

||||||| BUNDESKONGRESS IN NÜRNBERG, 6.-8.12.2013 |||||

MORGEN LINKS *leben*

ANTRAGSBUCH

BUNDESKONGRESS DER
JUNGSOZIALISTINNEN 2013

Nach I.4.cc der Richtlinie für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD hat der Juso-Bundesvorstand den Antragsschluss auf den 25. Oktober 2013 festgelegt. Die vorliegenden Anträge wurden fristgerecht eingereicht.

Die Gliederung der Anträge und die Vergabe der Antragsnummern stellen keine inhaltliche Bewertung der vorliegenden Anträge dar.

Die Antragskommission hat der Sortierung der Anträge in der folgenden Reihenfolge zugestimmt. Die Antragskommission empfiehlt, alle Anträge auf Grund ihrer politischen Bedeutung dem Kongress zur freien Entscheidung zu überlassen.

Impressum

Herausgeber:

Jusos in der SPD
Willy-Brandt-Haus
10963 Berlin

**Für den Inhalt der Anträge sind die
jeweiligen Antragsteller verantwortlich.**

Satz und Layout:



Das KonferenzKoordinationsSystem

KoKoS 2.3, © 2013 Fabian Parsch

Druck:

Druckerei Nolte, Iserlohn
(www.druckereinolte.de)

Bundeskongress, 6.-8.12.2013

A Arbeitsprogramm

A 1	Bundesvorstand	Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2013 - 2015.	10
-----	----------------	---	----

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand	Berufliche Weiterbildung	25
B 2	Berlin	Verdachtskündigung abschaffen	32
B 3	Berlin	Solidarität mit Inge Hannemann – Diskreditierung kritischer Jobcentermitarbeiter/innen verhindern!	33
B 4	Hessen-Nord	Minijobs abschaffen!	35
B 5	Hessen-Nord	Unbeschränkter Kündigungsschutz für ArbeitnehmerInnen mit einer Betriebszugehörigkeit ab 20 Jahren	36
B 6	Hessen-Nord	Keine Äpfel, sondern Geld!	37
B 7	Hessen-Nord	Anti-Mobbing-Gesetz	38
B 8	Baden-Württemberg	Betriebliche Kontrolle von unternehmensnahen Werk- und Dienstleistungsverträgen ausbauen	39
B 9	Baden-Württemberg	Reform des Psychotherapeutengesetzes (PsychThG)	41
B 10	Saarland	Politischer Streik	43
B 11	Rheinland-Pfalz	Politischer Streik	46
B 12	Saarland	Vereinbarung Familie und Beruf	48
B 13	Bremen	U25-Sondersanktionen abschaffen	51
B 14	Weser-Ems	Strenge Regulierung auf dem Arbeitsmarkt	53
B 15	Nord-Niedersachsen	Von 450-Euro- Jobs zu einem flexiblen und sozial gerechten Arbeitsmarkt	55
B 16	Brandenburg	Höhere Ausgleichsabgaben für Betriebe und Mindestquote für die Einstellung von Menschen mit Behinderung	60

C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand	Berufliche Ausbildung	62
C 2	Nordrhein-Westfalen	Inklusion – Von Anfang an dabei sein	71
C 3	Hessen-Nord	Kostenfreie Bildung	78
C 4	Juso Schüler*innen über Juso-Bundesvorstand	Erhöhung des Schüler*innenbafögs	79
C 5	Baden-Württemberg	BAföG wirklich weiterentwickeln	81
C 6	Hessen-Nord	Bundesweite Schulstandards	82

C 7	Rheinland-Pfalz	Lernmittelfreiheit von der Grundschule bis zur Hochschule	83
C 8	Baden-Württemberg	Bildung - mehr als nur Landessache!	84
C 9	Rheinland-Pfalz	Abschaffung Bildungsföderalismus	85
C 10	Weser-Ems	Frühkindliche Bildung - jetzt erst Recht!!	87
C 11	Hamburg	Pluralismus in den Klassenzimmern – Ein Unterricht für alle Religionen	88
C 12	Rheinland-Pfalz	Zufriedene Erzieher_innen für zufriedene Kinder und zufriedene Eltern - Struktureller Reformbedarf in den KiTas	90
C 13	Rheinland-Pfalz	Gendersensibilisierung fällt nicht vom Himmel – Geschlechtergerechte Bildung jetzt!	93
C 14	Juso Schüler*innen über Juso-Bundesvorstand	Schaffung der Stelle eines/einer Schulpsychologen/Schulpsychologin	96

D Demokratie, Partizipation & Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen

D 1	Berlin	Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen – Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!	98
D 2	Berlin	Kontinuierliche Finanzierung von antifaschistischen und antirassistischen Projekten sicherstellen	106
D 3	Braunschweig	Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras Braunschweig!	107
D 4	Sachsen	Für eine Senkung des aktiven Wahlrechts	110

E Europa, Frieden & Internationales

E 1	Bundesvorstand	Zeit für ein anderes Europa! – Unsere Plattform für die Europawahlen 2014	114
E 2	Nordrhein-Westfalen	2014 ist das Jahr für eine soziale, gerechte und demokratische Wende in Europa!	119
E 3	Rheinland-Pfalz	Es lebe die Europäische Republik!	123
E 4	Bayern	Schluss mit dem Kriegsgeschäft: Rüstungsexporte einschränken - Exitstrategie entwerfen!	129
E 5	Rheinland-Pfalz	Abrüstung und verantwortlich Handeln	132
E 6	Bayern	Perspektiven für afghanische Angestellte im Zuge des Bundeswehrabzugs 2014	137
E 7	Bayern	TTIP – so nicht!	139
E 8	Bayern	Konfliktprävention und Konfliktlösung - Responsibility to Protect (R2P) als vielversprechendes Konzept?	141
E 9	Bayern	Selbstdarstellung der Bundeswehr	145
E 10	Hannover	Kein Einsatz von Kampfdrohnen in der Bundeswehr !	148
E 11	Hannover	Transparenz schaffen: Waffenexporte und Rüstungsverträge einschränken und demokratisch legitimieren!	149
E 12	Braunschweig	Entwicklungspolitik emanzipatorisch gestalten	151
E 13	Berlin	Zufluchtsrecht afghanische Helfer_innen	153
E 14	Baden-Württemberg	Europa - unsere Zukunft	154

E 15	Weser-Ems	Für eine neue Außen- und Sicherheitspolitik	168
E 16	Hessen-Nord	Für den Frieden und gegen Gewalt! – Waffenexporte aus Deutschland und der EU stoppen	170
E 17	Hessen-Nord	Für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe!	172
E 18	Sachsen	Frieden für Syrien	176
E 19	Hessen-Süd, Rheinland-Pfalz	Die Fesseln der Entwicklungsländer zerschlagen! Entschuldungsoffensive starten!	177
E 20	Schleswig-Holstein	Einhaltung der Menschenrechte als Voraussetzung für den EU-Beitritt der Türkei	184

F Feminismus, Gleichstellung & Gender

F 1	Bayern	Toleranz fördern - Diskriminierung abbauen Gleiche Rechte für homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen	187
F 2	Berlin	Trans*rechte sind Menschenrechte!	190
F 3	Sachsen-Anhalt	Aufhebung der Pflicht zur Zuordnung einem Geschlecht	199
F 4	Baden-Württemberg	Konservative Familienbilder aufbrechen - Moderne Familienpolitik gestalten!	200
F 5	Rheinland-Pfalz	Wir wollen unseren Feminismus intersektional denken: Wir wollen mehrdimensionale Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt beseitigen!	202
F 6	Sachsen-Anhalt	Verschreibungspflichtige Pille danach abschaffen	206

G Generationen, Rente, Soziales & Gesundheit

G 1	Nordrhein-Westfalen	Impfschutz steigern, Kinder und Kranke schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle Gesundheitspolitik	210
G 2	Bayern	Schluss mit Generationengerechtigkeit!! Wir wollen Gerechtigkeit für alle!!	213
G 3	Weser-Ems	Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten	216
G 4	Brandenburg	Armutsfeste Rentenversicherung für alle – Spekulationsdruck auf Kapitalmarkt verringern	219
G 5	Brandenburg	Mehr Gesundheit für alle – Beitragssenkung für viele	221
G 6	Hessen-Nord	Finanzelle Unterstützung bei privater Vollzeitpflege	223
G 7	Hessen-Nord	Kuranspruch zur Wiederaufarbeitung eventueller psychischer Traumata nach Vollzeitpflege	224
G 8	Sachsen-Anhalt	Zwangstranssexualisierungen verhindern	225
G 9	Hamburg	Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung für Studierende	227
G 10	Hamburg	Von Koffein zu Ritalin!?	229
G 11	Baden-Württemberg	Einführung eines Medizinischen Dienstes der Sozialversicherung (MDSV)	231
G 12	Rheinland-Pfalz	Die Kostenbeteiligung junger Menschen und Leistungsberechtigter, die vollstationäre Leistungen erhalten, soll deutlich gekürzt werden.	233

G 13	Sachsen-Anhalt	Reduzierte Umsatzsteuer für sogenanntes Sozialcatering	234
G 14	Weser-Ems	Wohnungsabzocke stoppen - BestellerInnenprinzip einführen	235

K Kommunales

K 1	Bayern	Aufstockung der Fördermittel in der „Sozialen Stadt“	237
K 2	Hessen-Nord	Kommunen stärken - kommunale Selbstbestimmung ermöglichen!	240

M Migration & Integration

M 1	Bayern	Keine Optionspflicht bei doppelter Staatsbürgerschaft!	242
M 2	Bayern	Einführung des aktiven Ausländerwahlrechtes auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene	243
M 3	Baden-Württemberg	Keine Unterstützung für Fethullah Gülen	244
M 4	Hessen-Nord	Kostenlose Integrationskurse für ausländische Mitbürger	245
M 5	Baden-Württemberg	Zulassung von Fremdsprachen bei Verwaltungsakten	246

N Netzpolitik, Datenschutz, Inneres & Justiz

N 1	Bayern	Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen	249
N 2	Berlin	Konsequenzen aus dem NSA-Skandal	255
N 3	Hannover	Weitere Maßnahmen zur Modernisierung des Urheberrechts	259
N 4	Hannover	Frei, schnell, sicher, für alle, überall: Zugänge zum Internet sichern und ausbauen	261
N 5	Braunschweig	Einschränkung der privatwirtschaftlichen Datensammlung	263
N 6	Sachsen	Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten	265
N 7	Hamburg	Schluss mit verfassungswidriger Ämterpatronage!	267
N 8	Baden-Württemberg	Verbesserung des Opferschutzes bei Gewalttaten	269
N 9	Hessen-Nord	TelefonbetrügerInnen das Handwerk legen	270
N 10	Schleswig-Holstein	Netzneutralität durch Hash-Tags	271

O Organisation & Partei

O 1	Nordrhein-Westfalen	Europapartei: Mehr als eine Worthülse? – Eine Wiedervorlage	273
O 2	Bayern	SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen	277
O 3	Brandenburg	Innerparteiliche Demokratie stärken – Für die Urwahl von SpitzenkandidatInnen!	278
O 4	Berlin	11 Thesen zur Rolle der Sozialdemokratie vor und nach der Bundestagswahl	279
O 5	Berlin	Keine Wiederbelebung des Präsidiums: Abgeschafftes Präsidium abgeschafft lassen	284
O 6	Berlin	Parteikonvent generell mitgliederöffentlich	285
O 7	Berlin	Versteckte Gebühren für SPD-Kandidaturen abschaffen!	286

O 8	Sachsen	Ein Schritt in das 21. Jahrhundert - SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen	287
O 9	Hessen-Nord	Mehr Basisdemokratie wagen!	288
O 10	Hessen-Nord	Transparenz der Antragswerdegänge in der SPD	289
O 11	Hamburg	Einrichtung einer Juso-Azubi-Gruppe (JAG).	290

S Sonstiges

S 1	Bayern	Pragmatischer Umgang mit Cannabis	292
S 2	Sachsen	Legalisierung von Cannabis	297
S 3	Sachsen-Anhalt	Einkommensabhängige Gestaltung des Rundfunkbeitrags	299
S 4	Hamburg	Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erkennen: Die Trimedialität öffentlich-rechtlicher Programme herstellen.	301
S 5	Hessen-Nord	Für eine artgerechte Tierhaltung	303
S 6	Baden-Württemberg	Verbot von Tieren in Zirkusbetrieben	305
S 7	Schleswig-Holstein	Mehr Laizismus wagen! – Kirche, Staat und Religion endlich trennen!	306
S 8	Mecklenburg-Vorpommern	Für eine Einschränkung von Tierversuchen - Gegen Tierquälerei !	309
S 9	Weser-Ems	Bezüge Bundespräsident	312
S 10	Rheinland-Pfalz	Rückführung von in der Kolonialzeit geraubter Gebeine in ihre Ursprungsländer	314

U Umwelt, Nachhaltigkeit & Energie

U 1	Bayern	Fracking und Schiefergasförderung verbieten	317
U 2	Schleswig-Holstein	Keine Irrwege bei der Energiegewinnung – Fracking-Verbot vorantreiben	318
U 3	Hessen-Nord	Stoppt das Schlechtreden der Energiewende – SPD für Bürgerenergie!	319
U 4	Weser-Ems	Neue Perspektiven für Deutschlands Energiepolitik	324
U 5	Baden-Württemberg	Systematisierung der Umweltgesetzgebung	326
U 6	Schleswig-Holstein	Ökonomie, Ökologie und globale Verantwortung gemeinsam denken – Konsumgewohnheiten hinterfragen	327
U 7	Nord-Niedersachsen	Erneuerbare Energien Gesetz anpassen	328
U 8	Nord-Niedersachsen	Das Bewusstsein für den Umweltschutz stärken	329
U 9	Hamburg	Exportnation gerne, aber nicht beim Atommüll!	330
U 10	Hessen-Nord	Änderung des Deutschen Berggesetzes von 1982	332

V Verkehr & Infrastruktur

V 1	Bayern	Telekommunikationsinfrastruktur	335
V 2	Schleswig-Holstein	Infrastruktur gehört in die öffentliche Hand!	336
V 3	Bayern	Abschaffung der 1.Klasse /des Mehrklassensystems im Nahverkehr	337

W Wirtschaft, Finanzmärkte & Kapitalismuskritik

W 1	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand	Europäische Steuerpolitik	339
W 2	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand	Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen	342
W 3	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand	Genossenschaften stärken - Alternatives und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gezielt fördern und vereinfachen	346
W 4	Rheinland-Pfalz	Genossenschaften stärken – für eine umfassende Reform und eine Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Genossenschaftsmodells	350
W 5	Saarland	Genossenschaften stärken – für eine umfassende Reform und eine Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Genossenschaftsmodells	354
W 6	Bayern	Neuregelung der Mehrwertsteuer	358
W 7	Bayern	Tonnagesteuer abschaffen!	360
W 8	Weser-Ems	Spekulationen an den Rohstoffmärkten begrenzen	362

A **Arbeitsprogramm**

A 1	Bundesvorstand Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2013 - 2015.	10
------------	---	-----------

Titel Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm
der Jusos 2013 - 2015.

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2013 - 2015.

1

2 **1. Prolog: Wie Wir leben wollen?**

3

4 Eine gerechte Gesellschaft bedeutet für uns, in einer Welt zu leben, in der jeder Mensch sich
5 frei entfalten kann, beste Bildung genießt, und einen erfüllenden Beruf ausüben kann, der
6 genug Zeit für Familie, Ehrenamt und Selbstentfaltung bietet. Haus- und Erwerbsarbeit wird
7 dabei gerecht zwischen Männern und Frauen aufgeteilt. Dabei wird für Erwerbsarbeit ein
8 gerechter Lohn gezahlt. Privat lebt jede und jeder nach seinen Vorstellungen, man kann sich
9 stets weiterentwickeln und verändern. Wir leben in Einklang mit unserer Umwelt und unseren
10 Nachbarn. Wir wünschen uns, dass Europa weiter zusammenwächst und auf der Welt Frieden
11 herrscht. Das ist für uns der demokratische Sozialismus. Das dieses Idealbild noch nicht für alle
12 Menschen verwirklicht ist, ist klar. Doch wir werden nicht aufgeben für unsere Ideale zu
13 kämpfen, zu streiten. Unser Ziel ist es, das kapitalistische System zu überwinden. Damit wir
14 endlich morgen links leben.

15

16 **2. Analyse: Die Krise des Europäischen Kapitalismus**

17

18 **a. Vier Jahre Stillstand in Deutschland und Rückschritt in Europa**

19

20 In den letzten Jahren tobte in Europa eine der schwersten Wirtschaftskrisen der
21 Nachkriegsgeschichte, in Deutschland herrscht aber nach wie vor der Eindruck, davon nicht
22 betroffen zu sein. Die Rettung von Banken und Finanzmärkten hat in Europa viele
23 Volkswirtschaften überfordert und gepaart mit den strukturellen Ungleichgewichten in Europa an
24 den Rand des Bankrott geführt. Der einzige Ausweg war die Hilfe für andere Euro-Länder, die
25 aber nur zu drakonischen Bedingungen erteilt wurde. In Europa herrscht der Sparwahn, die
26 Konjunktur kommt nicht in Tritt. Die von Deutschland dominierte Europapolitik bietet keine
27 Aussicht auf Besserung. In Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit so hoch wie noch nie, in den
28 besonders hart betroffenen Länder wie Griechenland und Spanien fehlt für mehr als die Hälfte
29 der jungen Menscheneine Zukunftsperspektive. Ohne einen neuen Ansatz für eine langfristig
30 tragbare Wirtschafts- und Sozialordnung in Europa wird die Krise weiter andauern und auch
31 Deutschland mit hineinziehen. Momentan kann der wirtschaftliche Einbruch noch mit Exporten
32 nach Nordamerika und Ostasien kompensiert werden, aber auch in diesen Regionen ist die
33 wirtschaftliche Situation fragil. Viele unserer Ansprüche an Europa, ein solidarisches
34 Miteinander, demokratischere Entscheidungsprozesse oder Investitionen Bildung und
35 Infrastruktur haben sich in den vergangenen Krisenjahren zum schlechteren entwickelt.

36

37 Insbesondere im Wahlkampf wurde immer wieder betont, wie gut Deutschland dastehe. Dies
38 gibt die Realität aber nur zu einem Teil wieder, denn die Gesellschaft driftet auch in

39 Deutschland immer weiter auseinander. Wenn auch durch den Export getragene neue
40 Arbeitsplätze entstehen, entsprechen sie doch viel zu oft nicht unserer Vorstellung von „Guter
41 Arbeit“. Lohndumping, Werkverträge, Zeit- und Leiharbeit greifen immer weiter um sich und
42 prekarisieren den Arbeitsmarkt. Davon sind insbesondere junge Menschen betroffen. Für sie
43 bieten solche Beschäftigungsverhältnisse keine Grundlage für den Aufbau der
44 existenzsichernden Zukunft. In einigen Bereichen ist sogar jede Errungenschaft des Kampfes
45 für ArbeitnehmerInnenrechte verschwunden und man kann eher von Sklaven-, als von
46 Erwerbsarbeit sprechen. Bisher fehlt der Politik der Wille und den Gewerkschaften die Kraft,
47 diese Missstände anzugehen. Gleichzeitig wächst in Deutschland aber auch der Reichtum
48 weiter. Die Grenzen innerhalb der Gesellschaft werden nicht nur immer höher, sondern treten
49 auch immer deutlicher zutage. Im alltäglichen Leben wird dies zum Beispiel bei der
50 Ausdifferenzierung von Wohnquartieren, der zunehmenden Entstehung von privaten
51 Bildungseinrichtungen oder auch die Verweigerung der Reichsten an der Beteiligung der
52 Finanzierung der Solidarsysteme deutlich.

53

54 Alle Reformen der letzten Jahrzehnte erfolgten mit, bzw. durch die SPD. Diese hatten einige
55 Folgen, die nicht hinzunehmen sind. Auch die nun von der SPD beschlossenen
56 Nachbesserungen reichen nicht aus, um die Sozialsysteme tragfähig zu machen. Die heutige
57 Arbeitsmarktpolitik setzt fast ausschließlich auf das Einfordern von Engagement und Druck auf
58 das Individuum, ohne die notwendige Förderung zu leisten. Im Gesundheitsbereich herrscht ein
59 Zweiklassensystem bei dem der Leistungskatalog für gesetzlich Versicherte weiter schmilzt und
60 die Belastung für ArbeitnehmerInnen und Patienten steigen. Durch die derzeitige Aufstellung
61 des Rentensystems drohen Armutsrenten und ein so niedriges Niveau, dass die Zweifel am
62 Generationenvertrag weiter wachsen. Die Pflegeversicherung ist unterfinanziert und deckt denn
63 schnell wachsenden Bedarf bei weitem nicht mehr ab.

64

65 Der Sozialstaatsanspruch geht heute aber über die bloße Absicherung von Notsituationen
66 hinaus. Gerade bei Bildung, Kinderbetreuung oder kulturellen Angeboten hat es jedoch nur
67 schleichende Fortschritte gegeben. Die Bereitstellung solcher Angebote obliegt zumeist den
68 Kommunen und gerade denen fehlt das Geld um öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten.
69 Die Schuldenbremse verhindert den Handlungsspielraum für Bund und Länder und sorgt dafür,
70 dass wichtige Investitionen in Infrastruktur nicht getätigt werden können. Ganz besonders
71 deutlich wird dies bei der Energiewende, wobei deren Umsetzung nicht nur an fehlenden
72 finanziellen Mitteln hakt, sondern auch an der miserablen politischen Gestaltung und fehlender
73 öffentlicher Akzeptanz einzelner Projekte.

74

75 **b. Stockende gesellschaftliche Erneuerung und Versagen der Sicherheitsorgane**

76

77 Von einer Gesellschaft, die allen Menschen frei und selbstbestimmt ermöglicht, ihren eigenen
78 Lebensentwurf zu verwirklichen sind wir nach wie vor weit entfernt. Beim Thema Gleichstellung
79 von Frauen hat sich in den letzten Jahren kaum etwas bewegt. Noch immer verdienen Frauen
80 ca. 22% weniger als ihre männlichen Kollegen, noch immer sind Frauen kaum in Aufsichtsräten
81 und Vorständen repräsentiert, noch immer arbeiten Frauen häufiger unter prekären
82 Verhältnissen, noch immer wird Familienarbeit fast ausschließlich von Frauen geleistet. Und mit
83 dem Betreuungsgeld setzte schwarz-gelb ihrem Gesellschaftsbild von vorgestern die Krone auf.
84 Überholte Rollenvorstellungen engen alle Menschen in ihrer individuellen Lebensgestaltung ein.
85 Auch für die Gleichstellung von homosexuellen, transsexuellen und intersexuellen Menschen
86 besteht nach wie vor deutlicher Handlungsbedarf. Diskriminierungserfahrungen gehören zum
87 Alltag und auch bei gesetzlichen Regelungen sind homosexuelle Menschen weiterhin schlechter
88 gestellt. Die vom Bundesverfassungsgericht erzwungenen Anpassungen können nicht darüber
89 hinwegtäuschen, dass nach wie vor eine eklatante Benachteiligung von homosexuellen Paaren
90 stattfindet, zum Beispiel im Steuerrecht und im Adoptionsrecht.

91

92 Zu einem freien und selbstbestimmten Leben gehört ein Leben ohne Angst. Nach der
93 Aufdeckung der Verbrechen, die der Nationalsozialistische Untergrund begangen hat, und den
94 quälenden Antworten, die der NSU-Untersuchungsausschuss hervorbringt, muss dies in den
95 Ohren von Menschen mit Migrationshintergrund wie Hohn klingen. Neonazis wurden strukturell
96 und finanziell unterstützt, die Gefahr von rechts kontinuierlich verharmlost. Hinzu kommen
97 Staatsorgane, die Opfer und ihre Freunde und Familien jahrelang diffamiert und mit
98 ungerechtfertigten Anklagen konfrontiert haben. Es war die Rede von Türken-Mafia oder
99 Drogenkriminalität, worin sich die Opfer verstrickt hätten sollen. Das zeigt auch: Rassismus in

100 Deutschland ist kein Randphänomen, das an den sogenannten "rechten Rand" der Gesellschaft
101 verschoben werden kann. Er ist tief in der Mitte der Gesellschaft verankert und hat Struktur
102 sowie Methode.

103

104 Fehlendes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden und den Verfassungsschutz sind nicht nur eine
105 Konsequenz aus den Aufdeckungen im Rahmen des NSU-Untersuchungsausschusses,
106 sondern auch aus den Enthüllungen von Edward Snowden über die flächendeckende
107 Überwachung unserer Kommunikationsverbindungen. Diese haben einen massiven Angriff auf
108 unsere Grundrechte offenbart. Die Enthüllungen haben deutlich gemacht, dass staatliche
109 Geheimdienste in einem ungeheuren Umfang in grundrechtsrelevanten Bereichen aktiv sind
110 und dabei in keiner Weise demokratisch kontrolliert werden. Ein riesiger Teilbereich des Staates
111 ist somit nicht demokratisch legitimiert. Mit dem Wegschauen und Achselzucken muss nun
112 endlich Schluss sein!

113

114 **c. Kampf um neuen Hegemonien im globalen Kapitalismus**

115

116 In den letzten beiden Jahren haben die Weiterentwicklung und das oftmalige Scheitern der
117 Demokratiebewegungen in der Arabischen Welt die globale Landschaft am augenfälligsten
118 geprägt. Die anfängliche Freude über die Umwälzung autoritärer Regime ist in vielen Ländern in
119 eine regressive Tendenz umgeschlagen: entweder hin zu neuen Autokratien vielfach
120 islamistischer Prägung oder in gewaltsame Bürgerkriege. Allen voran in Syrien zeugen über
121 hunderttausend Tote und Millionen Flüchtlinge vom blutigen Kampf um die Vorherrschaft in einer
122 neuen Phase der Weltgeschichte. Das Scheitern der sogenannten Internationalen
123 Gemeinschaft und ihrer gegenwärtigen Institutionen, am klarsten dokumentiert im
124 völkerrechtlichen Tabubruch eines grausamen Giftgaseinsatzes, verbunden mit den
125 monatelangen Unklarheiten über die friedensstiftende Rolle UN, hat die Welt an den Rande
126 einer unilateralen militärischen Intervention gebracht. Gerade als es besonders gebraucht
127 wurde, bewies das derzeitige kollektive Sicherheitssystem erneut seine anachronistische und
128 ineffiziente Struktur.

129

130 In den UN haben die Schwellenländer keine angemessene Vertretung. Hingegen sind die
131 großen Schwellen- und spät industrialisierten Länder mittlerweile wichtige Akteure in der
132 globalen Klimapolitik, Finanzpolitik oder als auch neue Geberländer in der internationalen
133 Entwicklungszusammenarbeit. Der Übergang vom Hegemonialkartell der G8 zum neuen
134 Hegemon der G20 stellt exemplarisch die klassischen Nord-Süd-Verhältnisse in Frage. An
135 deren Stelle tritt ein erneuertes Modell von Zentrum und Peripherie im kapitalistischen
136 Weltsystem. Dieser Aufstieg vieler Schwellenländer geht oft mit innergesellschaftlichen sozio-
137 ökonomischen und politischen Verwerfungen einher, die in den letzten Jahren zu heftigen
138 sozialen Protesten geführt haben, etwa in Brasilien oder der Türkei. Die Veränderung des
139 kapitalistischen Weltsystems und die Neuordnung der Hegemoniefrage führt keinesfalls
140 zwangsläufig zu einer Demokratisierung und gerechteren Verteilung, eröffnet aber
141 Möglichkeitsräume für eine wirkmächtige Politik der internationalen Solidarität.

142

143 Mit all diesen Problemen und Entwicklungen werden wir Jusos uns weiter auseinandersetzen. In
144 den nächsten zwei Jahren stellen jedoch die folgenden Herausforderungen die zentralen
145 Ansatzpunkte unserer Arbeit dar:

146

147 **d. Zerstörung der Ökosysteme und Konzentration der Energieversorgung**

148

149 Die Begrenztheit der Rohstoffe und Erhaltung von Atmosphäre, Meere und Böden bilden den
150 ökologischen Rahmen unserer Produktionsmöglichkeiten. Dieser Rahmen ist gestaltbar und
151 erweiterbar, aber nicht unendlich. Die zunehmende Verknappung zentraler fossiler Ressourcen
152 wird global und vor allem regional zu Engpässen und Preissteigerungen führen. Das
153 Produktionsmaximum leicht verfügbaren Öls („Peak Oil“) wird unsere fossil geprägte
154 Gesellschaft (Produktion, Wohnen, Mobilität) massiv verändern. Das zentrale ökologische
155 Problem ist jedoch die Erschöpfung der Tragfähigkeit der natürlichen Senken, d.h. Atmosphäre,
156 Böden, Ozeane. Der Klimawandel, der Verlust an Biodiversität, die Übersäuerung der Meere
157 und Stickstoffüberschüsse der Böden gefährden die Erdsystemprozesse und verändern sie
158 dauerhaft und teilweise irreversibel. Diese ökologischen Herausforderungen fordern schleuniges
159 und weitreichendes Umsteuern.

160

161 Gleichzeitig ist die Weltgesellschaft vielfach von wachsenden Ungleichheiten und einer
162 Polarisierung der Einkommensverteilung geprägt. Auch die zunehmenden internationalen
163 ökonomischen Verflechtungen und die damit einhergehende Globalisierung haben die
164 wachsende globale Ungleichheit und die persistente Armut nicht eindämmen können. Der
165 Freihandelsfetisch der WTO sicherte in erster Linie die Eigentumsrechte und Interessen
166 international agierender Konzerne. Der Energiebedarf der Industriestaaten ist in den letzten
167 Jahren nicht gesunken, sondern noch gestiegen. Gleichzeitig benötigen Entwicklungs- und
168 Schwellenländer immer mehr Energie, um ihren wachsenden Bedarf zu decken. Vor allem
169 reiche Staaten versuchen daher, ihre Versorgung sicherzustellen und in den
170 energieversorgungsbedingten Konflikten die Handlungshoheit zu behalten.

171

172 Objektive ökologische Handlungszwänge haben verbunden mit dem Druck fortschrittlicher
173 sozialer und politischer Kräfte in Deutschland und weltweit zu einem beginnenden Umsteuern in
174 der Energieproduktion und -versorgung geführt: der Energiewende. Doch der Wechsel im
175 bestehenden System bringt hohe Investitionskosten mit sich. Energiegroßkonzerne ziehen ihre
176 Macht und somit auch ihren Profit aus dem bestehenden Energieproduktionssystem und sind
177 entsprechend hartnäckig. VerbraucherInnen werden durch dieses System und die fehlenden
178 Alternativen in Abhängigkeit getrieben.

179

180 e. Prekarisierung und Erosion des Normalarbeitsverhältnisses

181

182 Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend gewandelt.
183 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und das Normalarbeitsverhältnis sind unter Druck
184 geraten. So genannte atypische Beschäftigungsverhältnisse aber auch die Ausgliederung
185 zahlreicher Tätigkeiten in Werkverträge greifen um sich. Ausbildungs- und Erwerbsbiographien
186 „zersplittern“ immer stärker. Das alte Modell der Betriebszugehörigkeit von der Lehre bis zur
187 Rente wird zur Ausnahme. Mit der Deregulierung von Leiharbeit und der Förderung von
188 geringfügigen Arbeitsverhältnissen ist in Deutschland ein staatlich geförderter und
189 subventionierter Niedriglohnsektor geschaffen worden. Die Veränderungen auf dem
190 Arbeitsmarkt sind dabei so gravierend, dass bestehende Regulierungssysteme und
191 Schutzmechanismen in vielen Branchen an ihre Grenzen geraten. Das Flächentarifsystem ist
192 unter Druck und das System einer regulierenden Sozialpartnerschaft in zentralen Bereichen von
193 Arbeitgeberseite aufgekündigt.

194

195 Immer mehr lang erkämpfte Mitbestimmungsrechte geraten unter Druck. Betriebliche Solidarität
196 nimmt unter dem Eindruck von zersplitterten Erwerbsbiographien und zunehmend
197 konkurrierenden Tarifgruppen immer weiter ab.

198

199 f. Die Widersprüche der Europäischen Integration

200

201 Seit dem Heidelberger Programm von 1925 zählen die „Vereinigten Staaten von Europa“ zum
202 programmatischen Kernbestand der SPD. In der heutigen Situation aber rächt sich, dass die
203 gesellschaftlichen Linke nicht hart genug an einer überzeugenden Erzählung über die Zukunft
204 der Europäischen Union gearbeitet hat. Das hat einerseits die aus der Banken- und Finanzkrise
205 hervorgegangene Krise der Staatsrefinanzierung in der Eurozone gezeigt, die von den
206 Neoliberalen und Konservativen zur Schuldenkrise umgedichtet wurde. Andererseits ist es nicht
207 hinreichend gelungen, den Wert eines offenen Europas der Freizügigkeit zu begründen, als
208 Konservative und Nationalisten Schengen einschränken und die Grenzen wieder hochziehen
209 wollten. Die SPD will die Krise mit einem solidarischen Europa überwinden, weiß aber noch
210 nicht hinreichend, welche Rechte dieses haben soll, wie es funktionieren soll und was wir ihm
211 anvertrauen. Diese Visionslosigkeit stützt den Status Quo in der EU: eine strukturell liberale
212 Konstruktion, die die abhängig Beschäftigten der Mitgliedsstaaten zueinander in
213 Dumpingkonkurrenz stellt und Kapitalbesitzende und Vermögende schützt.

214

215 3. SPD und Jusos heute

216

217 3.1. Die SPD nach den Bundestagswahlen 2013

218

219 Die Bundestagswahl 2013 war für die SPD ein Misserfolg. Die Opposition der SPD gegen vier
220 Jahre schwarz-gelbe Politik zugunsten Weniger gegen die Interessen Vieler in diesem Land und
221 einem Großteil der EU-Mitgliedsstaaten war nicht hinreichend erkennbar.

222

223 In den letzten vier Jahren ist es auch dank uns Jusos gelungen, die programmatische und
224 inhaltliche Erneuerung in der SPD voranzubringen. Die Bundestagswahl zeigt: die SPD wurde
225 vor allem aufgrund ihres Programms und ihrer Positionen gewählt. Deshalb ist es unerlässlich,
226 die SPD auch weiterhin auf ihr Versprechen für mehr soziale Gerechtigkeit einzustehen zu
227 verpflichten, und ihre Programmatik dahingehend weiterzuentwickeln.

228

229 Das Ergebnis zeigt aber auch: die SPD konnte die verlorene Glaubwürdigkeit, auch bei unseren
230 früheren StammwählerInnen, noch nicht zurückgewinnen. Kurz gesagt: man glaubt uns nicht,
231 was wir sagen. Und es fehlt das dauerhafte Zutrauen der Menschen, dass die SPD die von
232 vielen Menschen unterstützte Programmatik unter Druck von Lobbyinteressen und unter Druck
233 des politischen Gegners auch verlässlich umsetzt. Dieser Mangel an Glaubwürdigkeit ist eine
234 Spätfolge der Agenda-Periode und der Großen Koalition von 2005-09.

235

236 Zudem mangelt es der SPD an einer glaubwürdigen Machtperspektive jenseits der Union. Die
237 SPD ist zum zweiten Mal hintereinander ohne realistische Machtperspektive in eine
238 Wahlauseinandersetzung gegangen – und hat zum zweiten Mal krachend verloren. Die
239 Konsequenz daraus muss das Ende der Ausschleißeritis sein. Niemals wieder darf sich die SPD
240 bereits im Vorfeld die Möglichkeit verbauen, eine Mehrheit jenseits der Union zu nutzen. Die
241 fraglos vorhandenen Differenzen mit der Linkspartei müssen in einem strategisch konzipierten
242 Dialogprozess thematisiert und verhandelbar gemacht werden. Es ist Aufgabe der Jusos dies in
243 den nächsten Jahren konsequent einzufordern und vorzuleben.

244

245 **3.2. Situation der Jusos**

246

247 Auch bei dieser Bundestagswahl haben die Jusos wieder einen eigenständigen
248 Jugendwahlkampf geführt. Mit unserer Kampagne „Zeit. Für dich. Für Gerechtigkeit.“ ist es uns
249 gelungen unsere Zielgruppe anzusprechen und deutliche Zuwächse für die SPD zu erzielen.
250 Das Wahlergebnis hat aber auch gezeigt, dass es keine linke Mehrheit unter den
251 JungwählerInnen gibt. Hiermit müssen wir uns in den nächsten zwei Jahren auseinandersetzen
252 und weiter an unserem Gesellschaftsentwurf für ein gutes linkes Leben arbeiten.

253

254 Aber auch unser Verband muss sich kontinuierlich weiterentwickeln. Die Potentialanalyse hat
255 gezeigt, unsere Mitglieder sind jünger, Jusos übernehmen schneller auch Funktionen in der
256 SPD und die Zeit, die für die Juso-Arbeit aufgebracht werden kann, wird angesichts von
257 stärkeren Anforderungen in Schule, Studium und Beruf weniger. Vieles ist uns in den letzten
258 Jahren schon gelungen: Der Basiskongress bietet mehr Möglichkeiten, direkt an den
259 Diskussionen der Bundesebene teilzuhaben. Auch der Jugendwahlkampf hat gezeigt, dass es
260 uns mit einem zeitgemäßen Auftreten nicht nur gelingen kann, uns selbst zu motivieren,
261 sondern auch Zustimmung bei jungen Menschen außerhalb unseres Verbands zu finden. Daran
262 gilt es weiterzuarbeiten: In der Öffentlichkeitsarbeit genauso wie bei unserer internen
263 Kommunikation und innerverbandlichen Beteiligung an der Meinungsbildung. Mit den
264 Zukunftswerkstätten wollen wir den gesamten Verband in den nächsten zwei Jahren stärker
265 einbeziehen und gemeinsam unseren solidarischen, linken Gesellschaftsentwurf
266 weiterentwickeln.

267

268 Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf das Thema Frauen bei den Jusos legen. Noch
269 immer treten viel weniger Frauen ein, noch immer bekleiden Männer die große Mehrzahl der
270 wichtigen Posten bei den Jusos. Wir brauchen mehr Frauen in der ersten Reihe!

271

272 **4. Zukunftswerkstatt 2013 – 2015: Ein gutes linkes Leben für Alle**

273

274 Nach dem Bundestagswahlkampf und einem enttäuschenden Ergebnis für die SPD gilt es für
275 uns nun in die Zukunft zu blicken. Denn unsere Gesellschaft wird vielfältiger, Lebensentwürfe
276 sind heute pluralistischer und individueller. Gleichzeitig sind auch die Antworten auf die
277 drängenden gesellschaftlichen Fragen individualisiert worden. Für viele, auch in der Linken,
278 geht es darum was der oder die Einzelne in seinem eigenen Leben verbessern kann. Dies
279 spiegelt sich zum Beispiel in der Diskussion um strategischen Konsum wieder. Was fehlt ist ein
280 konsistenter, linker, solidarischer Gesellschaftsentwurf.

281

282 Als sozialistischer Jugendverband ist es deshalb unsere Aufgabe auf diese Fragen zeitgemäße,

283 solidarische Antworten zu finden. Denn wir wollen allen Menschen ein gutes Leben
284 ermöglichen. Wir wollen, dass sie frei und selbstbestimmt entscheiden können, welche Richtung
285 sie einschlagen und wir wollen sicherstellen, dass die nötigen Voraussetzungen hierfür gegeben
286 sind. Gleichzeitig wissen wir: gesellschaftliche Machtverhältnisse prägen unsere Gesellschaft.
287 Es reicht deshalb nicht, nur jedem Einzelnen und jeder Einzelnen gleiche Chancen
288 einzuräumen und auf das Prinzip Eigenverantwortung zu setzen. Das heißt auch, dass wir uns
289 dem immer noch vorherrschenden Trend zur grenzenlosen Individualisierung unserer
290 Gesellschaft nicht blind unterwerfen dürfen. Ein „gutes Leben“ kann niemals nur die Aufgabe
291 eines Individuums sein. Es ist und bleibt unsere Überzeugung, dass echte gesellschaftliche
292 Fortschritte und Gerechtigkeit nur durch den gemeinsamen Kampf erreicht werden können. Das
293 heißt Solidarität mit den weniger Begünstigten und gesellschaftlich Ausgeschlossenen,
294 Solidarität bei der Verteilung der Arbeit, damit junge Menschen eine Chance auf ein
295 selbstbestimmtes Leben haben, Solidarität auch bei den ökologischen Herausforderungen,
296 denn auch hier müssen starke Schultern mehr Lasten tragen als schwache. Und Solidarität
297 nicht zuletzt mit den krisengebeutelten Menschen überall in Europa. Ein gutes linkes Leben für
298 jedeN EinzelneN kann es nur in Solidarität und durch die Überwindung systematischer
299 gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen geben.

300

301 Die zentrale Frage, die wir uns deshalb in den nächsten zwei Jahren stellen müssen heißt: Was
302 ist gutes Leben – wenn gutes Leben für alle etwas anderes ist? Wie können wir den Begriff der
303 Solidarität wieder bedeutsam machen? Was ist unser Zukunftsentwurf für eine solidarische und
304 selbstbestimmte Gesellschaft?

305

306 Hierfür werden wir Thesen erarbeiten, die sowohl breit im ganzen Verband diskutiert werden,
307 als auch mit MultiplikatorInnen und unseren BündnispartnerInnen. Der Juso-Bundesvorstand
308 richtet dafür in enger Absprache und in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und
309 Bezirken 8 Zukunftswerkstätten aus. Begleitet wird der Diskussionsprozess durch unsere
310 Publikationen und Informationsmedien.

311

312 **5. Unsere Perspektivprojekte**

313

314 Neben den Zukunftswerkstätten, werden wir unsere inhaltlichen Schwerpunkte in drei Projekten
315 erarbeiten, die dreimal jährlich für ein ganzes Wochenende tagen. Diese
316 Verbandswochenenden finden im gesamten Bundesgebiet statt. Die Projekte heißen
317 „Transformation der Wirtschaftsweise“, „Zukunft der Arbeit“ und „Zukunft Europas“. Im Zuge des
318 „lila Faden“ bearbeitet jedes Perspektivprojekt an jedem Verbandswochenende mindestens
319 einen Arbeitsblock ihres momentanen Arbeitsschwerpunktes zu gleichstellungspolitischen
320 Fragen. Die ebenfalls an jedem Wochenende stattfindende Verbandsdebatte findet zu aktuellen
321 politischen Fragestellungen statt.

322

323 Die Projekte arbeiten die vorhandenen Beschlusslagen der Jusos auf und entwickeln diese
324 weiter. Sie erarbeiten Beschlusslagen für den Bundeskongress. Sie greifen Diskussionen
325 innerhalb der Partei auf oder stoßen neue an. In den Projekten sollen folgende Fragen
326 bearbeitet werden:

327

328 **5.1. Transformation der Wirtschaftsweise**

329

330 Die Grenzen der natürlichen Umwelt: Ressourcenknappheit

331

332 Wann und unter welchen Umständen werden Ressourcen knapp? Welche Szenarien sind
333 denkbar, welche realistisch? Wie gehen wir mit den sich aus den Szenarien ergebenden
334 Konsequenzen um? Welche Ziele zur höheren Ressourceneffizienz und Ressourcenschonung
335 haben wir, welche Mittel bevorzugen wir national/international? Wie können energie- und
336 ressourcenintensive Industriestandorte gestärkt werden ohne die sozialen und ökologische
337 Aspekte aus den Augen zu verlieren? Welche Perspektiven haben wir für eine Zeit nach der
338 Verfügbarkeit billiger fossiler Rohstoffe? Wollen wir eine post-fossile Gesellschaft und wie soll
339 sie aussehen? Welche weltweiten Instrumente und Mechanismen sind notwendig um die
340 gerechte und ökologisch nachhaltige Nutzung der vorhandenen Ressourcen und
341 (Rest)Bestände der ökologischen Senken zu regeln (Weltklimavertrag, Transferzahlungen,
342 Emissionshandel, Mitigation usw.)?

343

344 Nachhaltige Energiewirtschaft

345

346 Welche Möglichkeiten gibt es um im Rahmen der Energiewende die sich bietenden Chancen
347 eines neuen, nachhaltigen Wirtschaftens effektiv zu nutzen? Welche Rolle spielt der
348 Emissionshandel in einem solchen Konzept, und welche spielen CCS und CCR? Wie können
349 wir in die Energiewende unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit
350 gemäß gestalten? Welche Möglichkeiten bieten sich an, um die Energiewende zu fördern und
351 eine übermäßige Belastung von privaten VerbraucherInnen und Industrie effektiv zu vermeiden;
352 welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang Großprojekte und ein System der dezentralen
353 Energieversorgung (Verstaatlichung, Genossenschaftsprojekte etc. ...)? Wie schaffen wir
354 Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz sowohl der Wirtschaft als auch der privaten
355 Haushalte? Wie können wir eine Energieversorgung jenseits von fossil- basierten Energie-
356 Oligopolstrukturen sichern?

357

358 Ungleichheiten überwinden statt fördern

359

360 Welche Möglichkeiten haben wir, um wirksame eine soziale Dimension von Entwicklung in den
361 Institutionen der Weltwirtschaftsordnung zu verankern? Wie genau stellen wir uns eine solche
362 soziale Dimension vor? Wie beurteilen wir Freihandelsabkommen und Fair-Trade, die Rolle der
363 Weltbank, der WTO und des Internationalen Währungsfonds? Wie begegnen wir
364 Ressourcenkonflikten mit den Mitteln ziviler Konfliktbearbeitung? Wie und mit welchen Folgen
365 kann im Zuge der Entwicklungszusammenarbeit das Auslassen fossiler und
366 naturzerstörerischer Entwicklungsschritte bewerkstelligt werden?

367

368 Entflechtung der Wirtschaftsstruktur und Demokratisierung der Wirtschaft

369

370 Wie können Monopole und Oligopole überwunden werden? Wie gehen wir mit Monopolen und
371 der öffentlichen Daseinsvorsorge um (u.a. Re-Kommunalisierungen)? Wie stehen wir zu
372 kommunalen Unternehmen und zu (Teil-)Privatisierungen? Welche Bedeutung haben
373 kommunale Wirtschaftsbetriebe sowie die Gemeinwirtschaft? Welche Rolle sollen
374 Genossenschaften und Belegschaftsunternehmen spielen? Wie kann betriebliche
375 Mitbestimmung gestärkt und wie können ArbeitnehmerInnen über langfristigen
376 Unternehmensentscheidungen maßgeblich entscheiden? Wie schaffen wir den Wandel vom
377 Shareholding zum Stakeholding? Welche Rolle haben öffentliche Banken im Hinblick auf die
378 Steuerung der Kapitalströme? Wie sieht unsere Idee der sozialökologische, demokratische
379 Rahmenplanung und Investitionslenkung aus? Welche Rolle können die regionale sowie die
380 europäische Ebene bei einer makroökonomischen Steuerungspolitik spielen?

381

382 **5.2. Zukunft der Arbeitswelt**

383

384 Arbeitsversicherung

385

386 Mit der Veränderung von Erwerbsbiographien muss auch eine Veränderung der Instrumente der
387 Absicherung von Erwerbslosigkeit einhergehen. Ausgehend von der Analyse, dass bei immer
388 mehr Brüchen in der durchschnittlichen Erwerbsbiographie eine Arbeitslosenversicherung, die
389 auch kurze Phasen der Arbeitslosigkeit stets mit dem Nimbus eines grundsätzlichen sozialen
390 Einbruchs versieht, nicht mehr die zeitgemäße Form von Absicherung bereit hält, ist die Idee
391 der Arbeitsversicherung geboren. Ihre konkrete Ausgestaltung steht aber in vielen Feldern noch
392 aus. Wie soll etwa eine materielle Unterstützungsleistung im Bedarfsfall aussehen? Wer ist
393 wann anspruchsberechtigt und welche Kriterien bestimmen die Leistungshöhe? Können
394 Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten einbezogen werden und wenn ja, wie? Wie können wir
395 echte berufliche Weiterentwicklungs- und Qualifizierungsangebote im Rahmen der
396 Arbeitsversicherung anbieten statt ArbeitnehmerInnen in teilweise nur begrenzt sinnvollen
397 Maßnahmen zu beschäftigen?

398

399 Arbeitszeitverkürzung (& Entgrenzung)

400

401 Die zunehmende Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit und die erwartete dauernde
402 Verfügbarkeit der ArbeitnehmerInnen schafft eine neue Perspektive auf die alte Debatte um
403 Arbeitszeit. Wie können wir in Zukunft noch klare Grenzen ziehen zwischen Arbeit und Freizeit?
404 Welche Arbeitszeitmodelle garantieren eine Regulierung von Arbeitszeit unter den sich

405 wandelnden Bedingungen und Anforderungen der Arbeitswelt? Welche Modelle einer stärkeren
406 Lebensarbeitszeitorientierung halten wir für zielführend und sinnvoll? Ist eine stärkere
407 Bezugnahme in den Rentenversicherungssystemen auf die geleistete Lebensarbeitszeit
408 sinnvoll? Wir wollen auch die Debatte um die Verteilung der gesamtgesellschaftlichen
409 Arbeitsmenge wieder aufgreifen und neu führen. Die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung
410 sind so aktuell wie nie.

411

412 Gleichstellung

413

414 Insbesondere wollen wir den Fokus der Diskussion auf Regulationsebenen legen, die in
415 unseren bisherigen Debatten eher zu kurz kamen. Dazu gehört zum Beispiel das Instrument
416 von tätigkeitsbezogenen tarifvertraglichen (Entgelt-)Eingruppierungssystemen, die in einigen
417 Branchen bereits heute die Schere zwischen gewerblichen und indirekten Bereichen geschlossen
418 hat, was erheblich zu einer Schließung der Geschlechterentlohnungsschere innerhalb der
419 jeweiligen Branchen beitragen kann.

420

421 **5.3. Zukunft Europas**

422

423 Die Sprachlosigkeit der europäischen Linken in der sogenannten Eurokrise offenbart ein
424 tieferliegendes Problem hinsichtlich einer linken Vision von Europa. Auch die europäische
425 Sozialdemokratie hat keine einheitliche Erzählung vom „Wohin?“ der Europäischen Integration
426 gefunden. Die „Finalitätsfrage“ nach dem anzustrebenden Zustand der Europäischen Union ist
427 unbeantwortet, sie wurde nachgeordnet und verdrängt. Selbst wir Jusos haben oft versucht sie
428 in einzelnen Politikfeldern isoliert zu beantworten. Hinter den Überschriften vom „sozialen
429 Europa“ stehen aber weiterhin offene Fragen zur Organisation eines solchen. Was sollen die
430 Vereinigten Staaten von Europa sein, welche Form von Föderalismus wollen wir, welchen
431 Kompetenzen sollen wo liegen, wie viel Souveränität soll unter welchen Umständen wohin
432 übertragen werden? Diese Fragen wollen wir für sich genommen und am Beispiel einzelner
433 Politikfelder debattieren:

434

435 Eurokrise

436

437 Die als Eurokrise bezeichnete Krise der Refinanzierung der Staatsfinanzierung im Euroraum ist
438 noch lange nicht überstanden. Auch wenn bisher noch kaum wirtschaftliche Auswirkungen in
439 Deutschland zu spüren sind, bleibt die große Herausforderung Europa als Ganzes wieder auf
440 einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen. Zwar wurde immer wieder vereinbart und auch
441 beschlossen, dass neben den Sparzwang auch Impulse für Wachstum hinzukommen müssen,
442 diese sind aber genau wie die Finanztransaktionssteuer ausgeblieben. Die Eurorettung und
443 Krisenpolitik muss auf neue Füße gestellt werden, sonst wird sich Europa nicht zum Positiven
444 entwickeln. Es gilt, diese Anstrengungen weiterhin kritisch zu begleiten und eigene Vorschläge
445 zu entwickeln. Ein besonderes Augenmerk muss dabei von uns auf die Bekämpfung der
446 Jugendarbeitslosigkeit gelegt werden.

447

448 Demokratisierung der EU und Öffentliche Daseinsvorsorge

449

450 Wie kann das Europäische Parlament, welches direkt von den BürgerInnen gewählt und somit
451 legitimiert wird, gestärkt werden? Wie können die Kontrollmöglichkeiten der nationalen
452 Parlamente ausgebaut werden?

453

454 Wer bildet das europäische demos? Wo findet der öffentliche Diskurs statt? Es gilt zu
455 bestimmen, wie eine europäische Medienlandschaft aussehen könnte und wie
456 direktdemokratische Elemente und ein europäischer Wahlkampf helfen könnten, Europa zu
457 politisieren, um somit eine umfänglichere Legitimität zu erreichen. Denn für viele Menschen sind
458 die EU und ihre Richtlinien ein Raumschiff mit wenig Bezug zur Realität. Dass diese Vorstellung
459 falsch ist, wird nirgendwo deutlicher als im Bereich der (kommunalen) Daseinsvorsorge. Wir
460 wollen im Projekt regionale Strategien gegen Privatisierung und für Rekommunalisierung
461 diskutieren und konkrete Möglichkeiten dazu aufzeigen.

462

463 Gemeinsame EU-Außenpolitik

464

465 Bis heute hat die EU keine kohärente Außenpolitik entwickelt. Weder die EU, noch die

466 Mitgliedsstaaten, noch SPD oder Jusos haben Antworten auf die kritischen Fragen der
467 Außenpolitik. So ist die Frage der "Responsibility to Protect" letztlich nicht zu Ende diskutiert.
468 Auch ist die Verknüpfung von Entwicklungs- und Außenpolitik immer noch nicht in der Debatte
469 oder gar im Handeln der EU und der Mitgliedsstaaten angekommen. Wir wollen diese Frage
470 grundsätzlich diskutieren und für die Jusos eine entsprechende Position erarbeiten.

471

472 **6. Feminismus**

473

474 Wir Jusos sind und bleiben ein feministischer Richtungsverband. Wir setzen uns dafür ein, dass
475 Frauen in unserer Gesellschaft endlich gleiche Chancen bekommen. Wir wollen, dass alle
476 Menschen frei und selbstbestimmt leben können. Wir wollen, dass Schluss ist mit der
477 Reproduktion von Rollenbildern und Stereotypen. Ein selbstbestimmtes Leben von Frauen ist
478 unser Ziel. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist dabei zentral für die Gleichstellung der
479 Geschlechter insgesamt.

480

481 Beim Thema Gleichstellung droht in den letzten Jahren jedoch ein gesellschaftlicher Rollback.
482 Das Thema Frauenpolitik wird – leider auch in der SPD – immer mehr auf Familienpolitik
483 reduziert. Selbstverständlich ist eine moderne Familienpolitik ein wichtiger Baustein. Die
484 grundlegenden Fragen des Patriachats, der Dominanz von überlieferten Rollenverständnissen
485 und die daraus folgende Diskriminierung vor allem von Frauen in allen Lebensbereichen
486 werden, dürfen jedoch nicht aus dem Blickfeld rücken. Wir Jusos müssen uns als eine
487 Organisation verstehen, die die Diskussion um Frauen- und Gleichstellungspolitik wieder
488 verbreitert. Dazu gilt es zunächst, uns inhaltlich fit zu machen. Denn auch bei uns gibt es viele,
489 die die Gleichstellung der Geschlechter für erreicht und Frauen- und Gleichstellungspolitik eher
490 für ein lästiges Ritual halten, das es zu beseitigen gilt. Deshalb müssen wir das Thema auch bei
491 den Jusos wieder breit zu verankern. Dazu ist es notwendig, das Thema Frauen und
492 Gleichstellung wieder als festen Block und/oder im Sinne des „lila Fadens“ als sich durch den
493 ganzen Ablauf ziehendes Querschnittsthema bei allen Seminaren, Veranstaltungen und
494 Publikationen zu verankern. Feminismus soll deshalb auch inhaltlich in alle drei Projekte
495 integriert werden. Jedes Perspektivprojekt bearbeitet dabei jedes Verbandswochenende
496 mindestens einen Arbeitsblock zu Gleichstellungspolitischen Fragen, ihres momentanen
497 Arbeitsschwerpunktes.

498

499 Frauen nehmen bei den Jusos zu wenige und zu niedrige Ämter wahr. Um mehr junge Frauen
500 in Führungspositionen zu bringen wollen wir Frauen gezielt fördern und vernetzen. Dafür
501 werden auf jeder Bundesveranstaltung Frauenvernetzungstreffen stattfinden. Auf jedem
502 Zukunftsprojektwochenende, auf jedem Seminar und Kongress. Ziel ist es, die Anzahl der
503 weiblichen Vorsitzenden in Landesverbänden und Unterbezirken deutlich zu erhöhen. Hier
504 wollen wir Unterstützung bieten. Gemeinsam mit der SPD wollen außerdem wir eine Strategie
505 entwickeln, wie wir vor allem mehr junge Frauen als Mitglieder für die SPD gewinnen können.

506

507 **7. Dialogwerkstätten für eine inklusive Gesellschaft**

508

509 Wir Jusos wollen eine inklusive Gesellschaft und eine vielfältige Gesellschaft, in der jedes
510 Individuum frei und gleich teilhaben kann. Eine solche Gesellschaft finden wir heute nicht vor.
511 Neben der grundsätzlichen Spaltung der Gesellschaft durch Klassenbeziehungen und die
512 soziale Frage finden wir eine Vielzahl unterschiedlicher gesellschaftlicher Diskriminierungen vor:
513 Sexismus, Antisemitismus, Rassismus, insbesondere auf Muslime sowie Sinti und Roma
514 bezogener Rassismus, Homo- und Transphobie, und Altersdiskriminierung sind nur einige
515 Beispiele. Wir streben eine Gesellschaft der Gleichwertigkeit an, in der sämtliche
516 Diskriminierungen verschwinden. Ferner wissen wir auch, dass Diskriminierungen
517 unterschiedlich große Gruppen in unterschiedlich starkem Maße treffen, in unterschiedlichem
518 Maße Auswirkungen auf die Einschränkung der Lebenschancen eines Menschen haben und
519 somit für uns unterschiedliche Dringlichkeit für politische Interventionen schaffen. Wir wollen uns
520 in den nächsten zwei Jahren auf die Handlungsfelder sexuelle Orientierung und sexuelle
521 Identität, Inklusion für Menschen mit Behinderung sowie inklusive Einwanderungsgesellschaft
522 konzentrieren.

523

524 In Zukunft wollen wir daher zum einen ein genaueres Bild über die Beteiligung von Mitgliedern
525 mit Migrationshintergrund in unseren eigenen Strukturen erlangen. Dazu werden wir
526 ausgewählte Vorstände und Delegationen der Jusos über einen längeren Zeitraum hinweg

527 anonymisiert und freiwillig über den Prozentsatz der Jusos mit Migrationshintergrund abfragen.
528
529 Zum anderen wollen wir Strategien und Forderungen noch stärker im Dialog mit
530 selbstorganisierten Betroffenengruppen erarbeiten. Wir werden deshalb Dialogwerkstätten
531 durchführen um unsere Positionen und Forderungen weiterzuentwickeln. Dazu führen wir ein
532 Fachgespräch und ein späteres internes Auswertungs- und Diskussionstreffen für jedes der drei
533 Handlungsfelder an einem gemeinsamen Termin durch.

534
535 Die spezifischen Probleme und Bedürfnisse junger Menschen heben wir dabei stets hervor. Wir
536 suchen den Austausch mit den entsprechenden Arbeitsgemeinschaften und Themenforen in der
537 SPD, sie können für uns dabei wichtige parteiinterne BündnispartnerInnen sein. Externe Partner
538 für unsere Dialoggespräche suchen wir entsprechend ihrer Bedeutung und der Nähe zu
539 unserem Wertekanon aus.

540

541 **8. Internationales**

542

543 **8.1. Austausch und Partnerschaften**

544

545 Zentrales Projekt der internationalen Arbeit des Verbandes bleibt das Willy-Brandt-Center
546 Jerusalem. In den letzten Jahren haben wir daneben unsere bilateralen Partnerschaften auf
547 internationaler Ebene erfolgreich intensiviert, gerade in Regionen mit großen
548 Umwälzungsprozessen. In der kommenden Amtsperiode werden wir ein besonderes
549 Augenmerk auf den Austausch mit folgenden Partnerorganisationen legen: Der CHP-Jugend in
550 der Türkei, dem größten und wichtigsten Land mit EU-Beitrittsperspektive, das aktuell von tiefen
551 inneren Kämpfen um Selbstbestimmung und Demokratie geprägt wird. Und mit der JPT aus
552 Lateinamerikas größtem Land Brasilien, einer Gesellschaft reich an sozialen Spannungen,
553 dessen Kampf um eine sozial-ökologische Transformation zu Recht weltweite Beachtung findet.
554 Daneben wollen wir den Dialog mit progressiven Kräften in Afghanistan fortsetzen, um deutlich
555 zu machen, dass die Unterstützung der Zivilgesellschaft in Afghanistan nicht mit dem Abzug
556 internationaler Truppen enden darf.

557

558 Gerade im Rahmen der Kampagne „Rise up!“ ist uns zudem ein engerer Austausch mit
559 europäischen PartnerInnen zu Themen mit gemeinsamer Handlungsrelevanz gelungen. Wir
560 werden auch in Zukunft den engen Austausch mit Partnerorganisationen aus EU-Staaten –
561 insbesondere im Mittel- und Osteuropäischen Raum und Balkan – suchen und verstärkt auch
562 deren Angebote nutzen.

563

564 **8.2. Thementag**

565

566 Wir richten einmal pro Jahr einen Thementag aus, der ein Thema bearbeitet und die
567 Weiterentwicklung der Beschlusslage ermöglicht. Die Themenkongresse sind verbandsoffen
568 und orientieren sich an den Schwerpunktthemen der internationalen Arbeit des Juso-
569 Bundesverbands: Nahost, Internationale Soziale Bewegungen oder Friedenspolitik.

570

571 **8.3. Strukturen der internationalen Arbeit**

572

573 Zentrales Gremium der internationalen Arbeit des Verbandes ist der Bundesvorstand. Die
574 Umsetzung der internationalen Beschlüsse des Bundeskongresses sowie aktuelle Beschlüsse
575 erfolgen durch den Vorstand. Er gewährleistet auch den Austausch mit unseren VertreterInnen
576 in den Internationalen Organisationen (IUSY, YES, DNK). Diesen Austausch und die
577 Kommunikation ständig zu verbessern, daran werden wir weiter arbeiten, denn nur so gelingt es
578 uns, auch unsere Position innerhalb von YES und IUSY zu stärken. Unsere VertreterInnen in
579 internationalen Gremien spiegeln unsere Juso-Positionen in die internationalen Dachverbände
580 zurück und vertreten diese dort.

581

582 YES wollen wir entsprechend unseres Beschlusses vom letzten Bundeskongress weiter stärken
583 und zu viel mehr machen als nur einer Dachorganisation, die lediglich dem Austausch von
584 Informationen und Bildungsseminaren dient. Wenn wir Europa demokratisieren wollen, müssen
585 wir auch YES demokratisieren.

586

587 Zur Unterstützung der aktuellen internationalen Arbeit des Bundesverbandes und zum

588 Austausch mit den Landesverbänden und Bezirken dient die Bundeskommission Internationales
589 (BKI). Die BKI besteht aus ein bis zwei VertreterInnen pro Landesverband/Bezirk sowie
590 zusätzlich einigen vom Bundesvorstand ernannten ExpertInnen. Die Mitglieder der BKI haben
591 Vorkenntnisse in der internationalen Arbeit im Verband und/oder auf internationaler Ebene
592 sowie vertiefter Kenntnis internationaler Fragen und/oder Regionen. Sie haben die Aufgabe
593 dem Bundesvorstand in aktuellen internationalen Fragen Expertise und Hintergründe
594 zuzuarbeiten und unterstützen die Vorbereitung und Durchführung der Themenkongresse. Die
595 BKI-Treffen koppeln sich an die Thementage und den Kongress zur Europawahl.

596

597 **8.4. Europawahl**

598

599 Wir Jusos werden die Europawahl mit unserer eigenen Jugendwahl-Kampagne begleiten.
600 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnerorganisationen werden wir für unsere
601 Vorstellungen eines sozialen, demokratischen und gerechten Europas kämpfen. Als Auftakt der
602 heißen Wahlkampfphase werden wir Ende April 2014 einen Europakongress abhalten, bei dem
603 wir die inhaltlichen Schwerpunkte, die wir auf dem Bundeskongress beschlossen haben, und
604 wesentliche Kampagnenelemente vorstellen. Im Rahmen der Workshops werden wir auch
605 unsere Partnerorganisationen der YES einladen.

606

607 Für die Europakampagne werden wir auf die guten Erfahrungen aus der
608 Bundestagswahlkampagne zurückgreifen. Dies betrifft insbesondere das Layout der Kampagne,
609 welches wir für unsere Materialien beibehalten werden, sowie einzelne Give-aways. Sofern es
610 finanziell möglich ist, werden wir in den letzten Wochen vor der Europawahl mit unserem
611 neugestalteten Juso-Bus eine Bustour durchführen. Diese wird von Bundesebene aus in enger
612 Abstimmung mit den Landesverbänden und Bezirken geplant. Die im Europawahlkampf aktiven
613 Jusos werden wir vernetzen, ihnen Informationen, Materialien und Aktionsvorschläge an die
614 Hand geben. Juso-KandidatInnen bei der Europawahl werden wir besonders unterstützen.

615

616 **9. Antifaschismus**

617

618 Wir sind ein antifaschistischer Verband. Das ist ein zentraler Teil unserer Identität und Aktivität.
619 Wir stellen uns überall gegen Nazis und beteiligen uns mit Partnern an Blockaden. Der
620 Bundesverband unterstützt die antifaschistische Arbeit vor Ort mit Materialien und Infos, und
621 wird auch weiterhin zu antifaschistischen Demos mit bundesweiter Bedeutung aufrufen. Unser
622 Ansatz zielt nicht auf Repression, sondern auf den Kampf gegen gruppenbezogene
623 Menschenfeindlichkeit auf allen Ebenen. In Ausnahmefällen können Organisationsverbote dafür
624 zuträglich sein. Deshalb drängen wir weiter auf ein NPD-Verbot. Auch in der Gedenkarbeit
625 wollen wir stärkere Akzente setzen. Wir werden gemeinsam mit der DGB-Jugend und den
626 Falken am 27. Januar 2015 anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung des KZ Auschwitz-
627 Birkenau ein angemessenes Gedenken organisieren.

628

629 In Zukunft wollen wir uns zudem noch stärker mit dem breiter werdenden rechten
630 Parteienspektrum in Deutschland auseinandersetzen und aus dieser Analyse
631 Gegenmaßnahmen ableiten. Wir drängen die SPD weiter dazu die Lehren aus dem Versagen
632 der Sicherheitsbehörden im NSU-Skandal zu ziehen und Inlandsgeheimdienste abzuschaffen.

633

634 **10. Juso-SchülerInnen**

635

636 Die Juso-SchülerInnen sind seit 3 Jahren die Vertretung der SchülerInnen bei den Jusos und
637 fungieren als Sprachrohr dieser in die Jusos und die SPD hinein. Ihr thematischer Schwerpunkt
638 liegt auf dem Bildungsbereich, insbesondere der Schulpolitik. Ihr Ansatz ist, dass die
639 Schülerinnen und Schüler selbst die besten ExpertInnen für Bildungspolitik sind, weil sie die
640 Auswirkungen dieser täglich in der Schule erleben. Die Juso-SchülerInnen lehnen
641 beispielsweise G8 ab und wollen den Bildungsföderalismus überwinden. Sie stehen für ein
642 gerechtes Schulsystem, für die eine Schule für alle, die GewinnerInnen statt VerliererInnen
643 schafft und individuelle Förderung möglich macht. Sie sind eine Untergruppierung der Jusos in
644 Form eines Projekts des Bundesvorstandes. Sie haben eine dreiköpfige, gleichberechtigte
645 Bundeskoordination, die für ein Jahr gewählt und dafür verantwortlich ist, jedes Jahr zwei
646 Kongresse zu veranstalten: Einen Basiskongress und einen Bundeskongress. Ein Mitglied
647 dieser Koordination ist für die Juso-SchülerInnen in den Juso-Bundesvorstand kooptiert. Im
648 neuen Arbeitsjahr wird die Bundeskoordination der Juso-SchülerInnen in Kooperation mit dem

649 Juso-Bundesvorstand ein Richtlinienpapier erstellen welches die Rahmenbedingungen der
650 Juso-SchülerInnen-Arbeit beschreibt, um die Strukturen der Juso-SchülerInnen auch formal zu
651 festigen.

652

653 **11. Gesellschaftlichen Wandel gestalten**

654

655 **11.1. Unsere Arbeitsweise**

656

657 Mit dem Basiskongress ist es uns gelungen ein gut funktionierendes Angebot für viele Jusos zu
658 schaffen. Deshalb wollen wir diesen beibehalten und einmal pro Jahr abhalten. Viele Jusos
659 wünschen sich eine engere Anbindung an den Bundesverband. Wir wollen uns deshalb auch
660 mit Angeboten direkt an die Unterbezirke und Kreisverbände wenden.

661

662 Unsere inhaltlichen Schwerpunkte bearbeiten wir in den Projektgruppen. Jeder Landesverband
663 und Bezirk entsendet eineN DelegierteN in jede dieser Projektgruppen. Der Bundesvorstand
664 benennt des Weiteren pro Projektgruppe zehn ExpertInnen, die dauerhaft in den Projekten
665 mitarbeiten. Dabei muss es sich um Personen handeln, die aufgrund ihrer bisherigen politischen
666 Tätigkeit einen substanziellen Beitrag zur Entwicklung des Projektes leisten können. Die
667 ExpertInnenposten werden zeitnah ausgeschrieben, alle interessierten Jusos können sich
668 bewerben. Die Projekte arbeiten die vorhandenen Beschlusslagen der Jusos auf und
669 entwickeln diese weiter. Sie erarbeiten Beschlusslagen für den Bundeskongress. Sie greifen
670 Diskussionen innerhalb der Partei auf oder stoßen diese an.

671

672 Um die Rückkopplung der Arbeit des Bundesvorstandes und der Projekte in die
673 Landesverbände und Bezirke zu gewährleisten, findet mindestens zweimal jährlich ein
674 Bundesausschuss (ergänzt um die Landes- und Bezirksvorsitzenden) statt.

675

676 **11.2. Bündnisarbeit**

677

678 Wir wollen diese Gesellschaft verändern, deshalb kämpfen wir in und mit der SPD für linke
679 Politik. Doch wir wissen: Die Welt wird nicht automatisch gerechter, wenn die SPD in der
680 Regierung ist, sondern, wenn wir es schaffen für unsere Idee der Gerechtigkeit gesellschaftliche
681 Bündnisse und Mehrheiten zu organisieren. Viele Menschen sind in anderen Organisationen
682 und Bündnissen aktiv und teilen dieselben Grundwerte wie wir. Wir wollen deshalb möglichst
683 viele mitnehmen und gemeinsam mit ihnen für eine gerechte Gesellschaft kämpfen. Sich
684 verstärkt in Bündnisse einzubringen, die Sichtbarkeit der Jusos zu erhöhen und gemeinsam für
685 unsere Überzeugungen zu streiten wird deshalb eine wichtige Aufgabe in den nächsten zwei
686 Jahren sein.

687

688 Die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und insbesondere den
689 Gewerkschaftsjugenden und der DGB-Jugend werden wir weiter vertiefen. Hierfür werden wir
690 uns für die Schaffung eines Jugendgewerkschaftsrates einsetzen, mit dem sich der
691 Bundesvorstand regelmäßig austauscht und gemeinsame Handlungsfelder er- sowie bearbeitet.
692

693 Ein weiterer Schwerpunkt wird der Austausch mit den uns nahestehenden politischen
694 Jugendorganisationen sein. Wollen wir progressive linke Politik durchsetzen, dann braucht es
695 bei der nächsten Bundestagswahl auch eine realistische Machtoption. Wir Jusos fordern seit
696 Jahren ein Ende der Auschließeritis und eine Öffnung der SPD hin zu rot-rot-grün. Dies gilt es
697 auch durch unsere Bündnisarbeit fortzubereiten. Wir werden deshalb den Austausch mit der
698 Grünen Jugend fortsetzen, genauso wie mit Linksjugend.Solid verstärkt suchen und eine
699 Zusammenarbeit ausloten.

700

701 Auch mit jungen WissenschaftlerInnen und Forschungsinstitutionen und Stiftungen wollen wir
702 verstärkt zusammenarbeiten und uns dort Expertise holen.

703

704 Die Expertise unserer BündnispartnerInnen wollen wir in die Projektarbeit integrieren. Deshalb
705 wollen wir versuchen pro Projekt einE ExpertIn aus einem befreundeten Verband für die
706 regelmäßige Mitarbeit zu gewinnen.

707

708 Einen Austausch auf europäischer Ebene über unterschiedliche Erfahrung mit Parteien links der
709 SozialistInnen und SozialdemokratInnen in Europa wollen wir anstoßen.

710

711 **11.3. Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen**

712

713 Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit wollen wir unsere Mitglieder über die Themen und Aktivitäten
714 des Bundesverbandes informieren, Einblicke in thematische Schwerpunkte und
715 gesellschaftliche Diskussionen bieten, als auch für unsere Inhalte in der Öffentlichkeit werben.
716 Dazu werden wir unsere Printprodukte und unser Onlineangebot weiter verzahnen und
717 kontinuierlich weiterentwickeln müssen. Erste Anregungen hierfür sind: eine gemeinsame
718 Update und Blog Redaktion. Der Blog wird auch mit mehr externen Auftragsbeiträgen und
719 Berichten über Verbandsaktivitäten bespielt und daraus das Update gefüllt. Im Zuge der
720 Weiterentwicklung unserer Öffentlichkeitsarbeit wird der Bundesvorstand hier ein
721 Gesamtkonzept erarbeiten.

722

723 Wir werden unseren Bestand an Informationsmaterialien kontinuierlich aktualisieren und
724 ausbauen.

725

726 Unsere Zeitschrift „Argumente“ dient dazu, Interessierten innerhalb und außerhalb des
727 Verbandes einen tieferen Einblick in ein Leitthema zu ermöglichen. Wir halten an ihrem
728 bewährten Konzept fest und wollen es weiterentwickeln. Ein Call-for-paper-System war ein
729 erster Schritt, weitere Ideen zur Verbesserung und Überarbeitung der „Argumente“ soll eine
730 Redaktion aus dem Juso-Bundesvorstand erarbeiten. Es soll insbesondere als verbandsinterne
731 Debattenplattform gestärkt werden. Den Abonnementkreis wollen wir um ehemalige Juso-
732 Funktionäre erweitern.

733

734 Wir werden unsere Präsenz in den Sozialen Netzwerken aufrechterhalten. Dafür soll die
735 Onlinegruppe verstetigt werden und insbesondere zur Begleitung von Großveranstaltung und
736 Kampagnen genutzt werden. Wer Mitglied im Onlineteam wird, entscheidet der Bundesvorstand
737 mithilfe einer offenen Ausschreibung einmal jährlich.

738

739 **11.4. Bildungsangebot**

740

741 In den vergangenen Jahren bestand das Bildungsangebot des Bundesverbandes neben den
742 Vorbereitungen auf die Bundestagswahl aus einem Durchlauf des Politdiploms und jährlichen
743 Akademien. Auffällig ist, dass es zunehmend schwieriger wird, die an versierten Zielgruppen zu
744 erreichen, so dass die Bundesangebote mehr Konkurrenz zur Bildungsarbeit der
745 Landesverbände ist, als einen Mehrwert für den Gesamtverband zu erzeugen. Daher wird es
746 die Aufgabe des neuen Bundesvorstandes sein, die bisherige Bildungsarbeit zu evaluieren und
747 in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken neu auszurichten.

748

749 **12. Morgen Links Leben!**

750

751 Wir Jusos sind ein eigenständiger Richtungsverband. Wir sind sozialistisch, feministisch und
752 internationalistisch. Das heißt, wir Jusos bekennen uns zur Idee des Demokratischen
753 Sozialismus, zur Idee einer Gesellschaft, in der alle Menschen, unabhängig ihres Geschlechtes,
754 frei und gleich sind und solidarisch für einander eintreten.

755

756 Wir haben viel vor in den nächsten zwei Jahren: Wir werden weiter an unserem
757 Gesellschaftsentwurf für ein gutes linkes Leben arbeiten! Wir werden weiterhin unsere
758 Überzeugungen und Positionen in die SPD tragen! Wir werden gemeinsam mit unseren
759 BündnispartnerInnen für eine gerechte und solidarische Gesellschaft streiten! Wir werden
760 unseren Verband kontinuierlich weiterentwickeln und mehr junge Menschen für die Mitarbeit bei
761 den Jusos begeistern! Wir werden Frauen besser fördern und vernetzen – in der Partei und bei
762 den Jusos! Wir werden konsequent weiter gegen Nazis aufstehen und uns gegen Rassismus
763 engagieren! Und wir werden gemeinsam weiterhin für unsere Überzeugung, den
764 demokratischen Sozialismus kämpfen – damit wir morgen links leben!

765

766

767

768

769

770

Bundeskongress, 6.-8.12.2013

B

Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand Berufliche Weiterbildung	25
B 2	Berlin Verdachtskündigung abschaffen	32
B 3	Berlin Solidarität mit Inge Hannemann – Diskreditierung kritischer Jobcentermitarbeiter/innen verhindern!	33
B 4	Hessen-Nord Minijobs abschaffen!	35
B 5	Hessen-Nord Unbeschränkter Kündigungsschutz für ArbeitnehmerInnen mit einer Betriebszugehörigkeit ab 20 Jahren	36
B 6	Hessen-Nord Keine Äpfel, sondern Geld!	37
B 7	Hessen-Nord Anti-Mobbing-Gesetz	38
B 8	Baden-Württemberg Betriebliche Kontrolle von unternehmensnahen Werk- und Dienstleistungsverträgen ausbauen	39
B 9	Baden-Württemberg Reform des Psychotherapeutengesetzes (PsychThG)	41
B 10	Saarland Politischer Streik	43
B 11	Rheinland-Pfalz Politischer Streik	46
B 12	Saarland Vereinbarung Familie und Beruf	48
B 13	Bremen U25-Sondersanktionen abschaffen	51

B 14	Weser-Ems Strenge Regulierung auf dem Arbeitsmarkt	53
B 15	Nord-Niedersachsen Von 450-Euro- Jobs zu einem flexiblen und sozial gerechten Arbeitsmarkt	55
B 16	Brandenburg Höhere Ausgleichsabgaben für Betriebe und Mindestquote für die Einstellung von Menschen mit Behinderung	60

Titel Berufliche Weiterbildung

Antragsteller Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso -
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Berufliche Weiterbildung

1 1. Unser Verständnis von Weiterbildung

2

3 Weiterbildung und lebenslanges Lernen erlangt in unserer Gesellschaft immer höheren
4 Stellenwert. Immer kürzere technologische Erneuerungszyklen und der viel beschriebene
5 Übergang zur „wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft“ stellen immer größere Ansprüche
6 an die Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen, hochqualifizierte Fachkräfte werden gesucht.
7 Lebenslanges Lernen ist in der beruflichen Realität längst unvermeidbar geworden aber nur für
8 wenige zu realisieren. Die Möglichkeiten der Weiterbildung und der Zugang zu Weiterbildung
9 sind in Deutschland weiterhin mangelhaft.

10

11 Weiterbildung wird heute häufig als Privataufgabe gesehen, der sich jeder eigenverantwortlich
12 und selbstfinanziert zu kümmern habe um sein Potential am Arbeitsmarkt zu verbessern.
13 Weiterbildung ist jedoch viel mehr als das. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch
14 Weiterbildung ist für uns immer mehr als die bloße Verbesserung der eigenen ökonomischen
15 Verwertbarkeit. Weiterbildung soll es ermöglichen sich entsprechend der persönlichen
16 Neigungen und Fähigkeiten beruflich weiter zu entwickeln. Weiterbildung muss gefördert
17 werden, weil Weiterbildung im heutigen Berufsleben unabdingbar ist. Weiterbildung muss
18 flexibel sein, um es in jeder Lebenslage nutzen zu können.

19

20 2. Situation beruflicher Weiterbildung

21

22 Deutschland liegt in Fragen der Weiterbildungsbeteiligung mittlerweile unter dem Durchschnitt
23 der EU Mitgliedsländer. Die Zielmarken der Europäischen Union bis 2010 die
24 Weiterbildungsbeteiligung auf 12,5 % zu erhöhen wurden deutlich verfehlt. Insbesondere
25 vergleichbare Mittel- und Nordeuropäische Länder überholen Deutschland bei
26 Weiterbildungsbeteiligung und betrieblicher Weiterbildung.

27

28 Zunehmend ist auch die soziale Selektivität der Weiterbildung festzustellen. Am häufigsten
29 nehmen gut ausgebildete, junge Männer mit Vollzeitstellen an Weiterbildungsmaßnahmen teil.
30 Je höher der Berufliche Abschluss, desto höher ist die Weiterbildungsbeteiligung. Die
31 Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten mit hohem Schulabschluss ist mit 64 % (2012)
32 deutlich höher als bei beschäftigten mit maximal Hauptschulabschluss.

33

34 Migrationshintergrund, atypische Beschäftigung, Alter und Geschlecht sind immer mehr ein
35 Hinderungsgrund bei der beruflichen Weiterbildung. Beschäftigte mit Migrationshintergrund
36 werden zunehmend abgehängt. Ihre Weiterbildungsbeteiligung stagniert, während sie bei
37 Beschäftigten ohne Migrationshintergrund in den letzten Jahren steigt. War die
38 Weiterbildungsbeteiligung von Frauen und Männer 2010 fast ausgeglichen so erfolgten jüngste

39 Zuwächse wieder stärker bei den Männern. Insbesondere werden Frauen bei der betrieblichen
40 Weiterbildung deutlich seltener für die Teilnahme an aufstiegsrelevanten Weiterbildungen
41 vorgesehen.

42

43 Das Weiterbildungssystem wird dem Anspruch an Qualifizierung und Kompetenzentwicklung für
44 die Mehrzahl der beschäftigten nicht gerecht. Es profitiert vornehmlich die Gruppe der bereits
45 gut ausgebildeten Fach- und Führungskräfte. Es kristallisiert sich zunehmend auch in Fragen
46 Weiterbildung eine stärker werdende soziale Spaltung in gut ausgebildete

47 Weiterbildungsgewinner und abgehängte, sozial benachteiligte Beschäftigte heraus, die die
48 zunehmende gesellschaftliche Spaltung verfestigt, da Aufstieg durch Weiterbildung gerade
49 durch mangelnde Beratung und fehlende finanzielle Unterstützung für viele unerreichbar wird.

50

51 **3. Allgemeines Recht auf Weiterbildung**

52

53 Wir fordern die gesetzliche Verankerung eines allgemeinen Rechts auf Weiterbildung.
54 Lernzeiten müssen rechtlich garantiert werden. Auch Erwerbslose müssen Rechtsansprüche
55 auf berufliche Weiterbildung im Arbeitsförderungsrecht erhalten. Nur so lässt sich der Zugang
56 zu Weiterbildung für alle die sich weiter qualifizieren wollen realisieren.

57

58 **4. Lebenslangen Lernens ermöglichen**

59

60 Lebenslanges Lernen umfasst die Summe der Möglichkeiten der formalen, nonformalen und
61 informelle Bildung im beruflichen sowie persönlichen Bereich, die über das gesamte Leben
62 eines Menschen hinweg erreichbar sind. Seit Jahren wird die Notwendigkeit Lebenslanges
63 Lernen als Schlüsselement des Fortschritts und der Wettbewerbsfähigkeit in einer

64 wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft gepredigt. Ohne die ständige Weiterentwicklung
65 und Weiterqualifizierung sei es kaum möglich sich dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt zu

66 behaupten. Was jedoch völlig ungeklärt ist, ist die Finanzierbarkeit lebenslangen Lernens, die
67 notwendige Lebensstandardsicherung im Falle von Verdienstaufschlägen durch – auch längere -

68 Weiterbildungsphasen in der Erwerbsbiographie, sowie die Frage nach der zusätzlichen hohen
69 sozialen Selektivität von Weiterbildung, die durch fehlende gesellschaftlich solidarische

70 Finanzierungskonzepte erzeugt wird.

71

72 Lebenslanges Lernen darf nicht die leere Worthülse bleiben, die es dank mangelnder

73 Finanzierungskonzepte heute noch für viele ist. Es müssen Finanzierungskonzepte im Rahmen
74 der Arbeitsversicherung geschaffen werden um im Sinne einer qualifizierungsorientierten

75 Arbeitsmarktpolitik es allen zu ermöglichen sich beruflich oder privat weiter zu entwickeln und

76 weiter zu bilden, Auch organisatorisch muss das derzeit stark segmentierte Bildungswesen
77 durchlässiger gestaltet werden und Lernprozesse in allen Bereichen miteinander verzahnt

78 werden.

79

80 Weiterbildung und Lebenslanges Lernen muss auch indirekt durch die Förderung von mehr

81 Teilzeitorptionen (auch in Schichtarbeit) und langfristigen Arbeitszeitkontensystemen in den

82 Betrieben unterstützt werden. Dazu müssen tarifvertragliche Regelungen zur langfristigen

83 Verteilung der Erwerbsarbeit über den Lebenslauf entwickelt und gefördert werden, um Zeit zu

84 schaffen für persönliche, berufliche und allgemeinbildende Weiterbildung und Qualifizierung.

85

86 **5. Struktur von beruflicher und persönlicher Weiterbildung**

87

88 Weiterbildung gliedert sich in Deutschland in drei verschiedene grundlegende Komponenten.

89 Zum einen die berufliche Weiterbildung die sich weiter in **persönliche berufliche**

90 **Weiterbildung** und in **betriebliche Weiterbildung** unterscheidet, sowie die **persönliche**

91 **allgemeinbildende Weiterbildung**. Alle dieser drei Säulen gilt es zu stärken und auszubauen.

92

93 **6. Allgemeinbildende Weiterbildung**

94

95 Wichtigster Träger der allgemeinbildenden Weiterbildung in Deutschland sind die

96

97 Volkshochschulen, die einen Großteil der Breitenbildung „zu demokratischen Preisen“ leisten

98 können. Wir fordern die spürbare Aufstockung der institutionellen Fördermittel der

99 Volkshochschulen und eine zusätzliche Bundesförderung mit dem Schwerpunkt auf

100 flächendeckenden Angebotsausbau aufzulegen. Insbesondere für die professionelle
101 Durchführung von Alphabetisierungskursen und „Integrationsmaßnahmen“ in ausreichendem
102 Umfang und von gruppenspezifischen Angeboten erfordert die Einführung zusätzlicher
103 Fördermittel.

104

105 Es muss allen möglich sein verpasste Schulabschlüsse kostenlos nachzuholen. Die Chance auf
106 dem zweiten Bildungsweg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern oder vom eigenen finanziellen
107 Leistungsvermögen abhängen, sondern muss allen offen stehen. Daher unterstützen wir das
108 Angebot von Abendrealschulen, Berufskollegs und Abendgymnasien in öffentlicher Hand, deren
109 Besuch kostenlos ist. Leider haben einige Bundesländer diesen Bildungsbereich komplett
110 privaten, kostenpflichtigen Anbietern überlassen. Wir fordern den Aufbau und Ausbau
111 flächendeckender öffentlicher Strukturen und Angebote in Bereich des zweiten Bildungsweges.
112 Wir fordern daher auch die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen, die in der
113 Regel Träger dieser Angebote sind. Die Teilnahme an entsprechenden Angeboten muss
114 vereinfacht und aktiv im Rahmen der Qualifizierungsberatung der Arbeitsversicherung
115 beworben werden.

116

117 Die TeilnehmerInnen müssen im Rahmen der Säule II der Arbeitsversicherung, der Förderung
118 persönlicher und beruflicher Weiterbildung auch weiterhin finanziell zum Beispiel im Rahmen
119 eines Erwachsenen-BAFÖG dabei unterstützt werden allgemeinbildende Bildungsabschlüsse
120 nachzuholen und entsprechend der Lernbelastung beispielsweise ihre Arbeitszeit reduzieren zu
121 können.

122

123 Wir fordern die bundesweite Wiedereinführung von Bildungsfreistellungen für alle
124 ArbeitnehmerInnen. Leider garantieren nicht mehr alle Bundesländern die Zeiten für
125 allgemeinbildende oder auch berufliche Weiterbildung. Wir fordern die Bundeseinheitliche
126 gesetzliche Regelung des Anspruchs auf entsprechende Weiterbildung im bisherigen Umfang
127 von 10 Tagen innerhalb zweier Jahre für Veranstaltungen der allgemeinbildenden oder
128 beruflichen Weiterbildung, sowie die Teilnahme an Veranstaltungen der politischen Bildung. Wir
129 fordern die Ausweitung dieser Weiterbildungszeiten.

130

131 **7.Arbeitsversicherung – Übergang zur qualifizierenden Arbeitsmarktpolitik**

132

133 Die Jusos setzen sich für die Weiterentwicklung der bestehenden Arbeitslosenversicherung zu
134 einer solidarischen Arbeitsversicherung ein. Grundlage ihrer Arbeit soll die Ausrichtung auf die
135 Umsetzung einer echten integrierten Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik sein. Im Rahmen
136 individualisierter Beratungs- und Qualifizierungsangebote sollen den Betroffenen echte
137 Weiterbildungschancen und dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht
138 werden sowie Qualifizierungsangebote im Rahmen einer persönlichen Kompetenzentwicklung
139 gefördert werden.

140

141 **7.1. Säule 1 – Versicherungsprinzip**

142

143 Das Grundprinzip der Arbeitsversicherung ist zum Einen der Erhalt und Ausbau beruflicher
144 Qualifikation. Und zum Anderen die Absicherung der Nichterwerbslosigkeit.

145

146 Als erste Säule der Arbeitsversicherung trägt die bisherige Versicherungswirkung der
147 Arbeitslosenversicherung. Sie dient der Absicherung der ArbeitnehmerInnen im Falle von
148 Arbeitslosigkeit oder von Übergangsphasen in den zunehmend „zersplitternden“
149 Erwerbsbiographien.

150

151 Der Schwerpunkt der Arbeitsversicherung wird auf individuelle Beratung und
152 Qualifizierungsangebote gelegt statt bloßer Vermittlung in Maßnahmen, deren Sinnhaftigkeit
153 häufig in Frage steht. Die Arbeitsversicherung soll echte Weiterbildungschancen eröffnen mit
154 dem Ziel der dauerhaften Integration der ArbeitnehmerInnen in den ersten Arbeitsmarkt und der
155 Realisierung guter Arbeitsbedingungen. Sie wird weiterhin paritätisch zwischen
156 ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen finanziert und durch staatliche Zuschüsse ergänzt.

157

158 Mittelfristig ist das Ziel alle Lohnersatzleistungen in die Arbeitsversicherung zu integrieren.

159

160 **7.2. Säule 2 – persönliche Qualifizierungsfunktion**

161

162 Die zweite Säule der Arbeitsversicherung soll die persönliche allgemeinbildende und berufliche
163 Weiterbildung stärken. Sie wird paritätisch zwischen den ArbeitnehmerInnen und
164 ArbeitgeberInnen getragen. Zusätzlich soll mit Hilfe staatliche Förderung zur Finanzierung von
165 Qualifizierungsmaßnahmen beigetragen werden und gezielt persönliche berufliche
166 Weiterbildung gefördert werden.

167

168 Im Rahmen eines Weiterbildungskontos können ArbeitnehmerInnen sowie, auf freiwilliger Basis
169 mitversicherte Selbständige Weiterbildungspunkte ansparen, die sie zur Teilnahme an allen
170 durch die Arbeitsversicherung zertifizierte persönlichen beruflichen sowie allgemeinbildenden
171 Weiterbildungsangeboten unter vollständiger Kostenübernahme durch die Arbeitsversicherung
172 berechtigen.

173

174 Sie dient auch zur Absicherung der finanziellen Risiken der ArbeitnehmerInnen während
175 Phasen der Weiterbildung. Häufig scheidet der Anspruch auf Lebenslanges Lernen und
176 berufliche Weiterbildung schon an der völlig ungeklärten Finanzierung und an der
177 Lebensstandartsicherung, die insbesondere für ArbeitnehmerInnen mit Familie unerlässlich ist.

178

179 Aus den Mitteln der Säule II soll es möglich sein, finanzielle Unterstützung für ein in Teilzeit
180 geführtes Studium zu erhalten oder Erwachsenenbafög zur Studien- oder
181 Weiterbildungsunterstützung zu erhalten sowie Modelle der berufsbegleitenden Weiterbildung
182 zu fördern.

183

184 Denn auch wer ein berufsbegleitende Studium beginnen möchte, ist finanziell entweder vom
185 Wohlwollen seines/seiner ArbeitgeberIn abhängig, der/die das zumeist teure Studium finanziert,
186 oder muss die horrenden Kosten für ein berufsbegleitendes Studium an einer privaten oder
187 staatlichen Hochschule selbst aufbringen. Studienfinanzierung über Stiftungen ist für
188 berufsbegleitende Studiengänge in den allermeisten Fällen ausgeschlossen. Wir glauben,
189 Fortbildung auch in Form eines berufsbegleitenden Studiums, sollte weder vom Wohlwollen
190 des/der ArbeitgeberIn abhängen, noch vom eigenen Geldbeutel.

191

192 Im Falle der Arbeitslosigkeit wird der Beitrag an die 2.Säule der Arbeitsversicherung durch die
193 Versicherungsfunktion der Arbeitsversicherung weiter gezahlt. Angesparte Punkte auf dem
194 Weiterbildungskonto der Säule II der Arbeitsversicherung werden nicht auf durch die
195 Versicherungsfunktion der Arbeitsversicherung gewährleistete Qualifizierungsmaßnahmen im
196 Falle von Arbeitslosigkeit angerechnet. Ihre Verwendung darf ebenfalls nicht zur Bedingung für
197 Leistungen der Säule I der Arbeitsversicherung werden.

198

199 **7.3. Säule 3 – betrieblicher Weiterbildungsfonds**

200

201 Betriebliche Weiterbildung kommt in Deutschland immer noch zu kurz. Viele Firmen sparen sich
202 die Investition in die Qualifikation ihrer Mitarbeiter und setzen lieber darauf sich kurzfristig auf
203 dem Arbeitsmarkt bedienen zu können. Betriebliche Weiterbildung stagniert in Deutschland seit
204 Jahren oder ist teilweise sogar rückläufig. Studien zeigen das Deutschland im Vergleich zu den
205 anderen Nord- bzw. Westeuropäischen Ländern bei der betrieblichen Weiterbildung deutlich
206 zurückbleibt. 2005 boten etwa 69 Prozent der Unternehmen ihren Beschäftigten Maßnahmen
207 der betrieblichen Weiterbildung an. Dies liegt über dem EU27 Durchschnitt aber hinter den
208 meisten Nord- und Westeuropäischen Länder zurück. Insbesondere Weiterbildungsbeteiligung
209 und Finanzierung der betrieblichen Weiterbildung lag im Unteren Mittelfeld aller EU27
210 Vergleichsbeispiele.

211

212 Im Rahmen des betrieblichen Weiterbildungsfonds sollen die Unternehmen entsprechend einer
213 vorgegebenen betrieblichen Weiterbildungsquote bezogen auf die Anzahl der Beschäftigten im
214 Unternehmen Beiträge pro weiterzubildender/n ArbeitnehmerIn in den betrieblichen
215 Weiterbildungsfonds ein. Diese erhalten Sie je betrieblicher Weiterbildungsbeteiligung
216 zurückerstattet.

217

218 Besonders gefördert werden sollen aus den Mitteln des betrieblichen Ausbildungsfonds
219 Maßnahmen im Rahmen von überbetrieblichen Weiterbildungskooperationen und
220 zielgruppengerechte Maßnahmen. Auch weitergehende branchenspezifische bzw.
221 tarifvertragliche Regelungen sollen gefördert werden.

222

223 Betriebliche Weiterbildung muss fester Bestandteil einer altersgerechten Personal- und
224 Qualifizierungspolitik werden. Sie ist auch wesentlichen Bestandteil eines aktiven betrieblichen
225 Gesundheitsmanagements. Denn wer heute mit der Ausbildung in einem Betrieb im
226 gewerbliche-technischen Bereich beginnt ist kaum in der Lage den körperlich belastenden
227 Arbeitsanforderungen bis zum Renteneintritt gerecht zu werden. Unternehmen müssen ihren
228 Mitarbeiter Angebote der Weiterqualifizierung bieten und damit – neben der Ermöglichung
229 aufstiegsrelevanter Weiterbildung - auch die Chance geben, sich altersgerecht für Tätigkeiten
230 in Arbeitsvorbereitung, Ausbildung oder konzeptionelle/ organisatorische Tätigkeiten weiter zu
231 qualifizieren. Maßnahmen der altersgerechten Personalpolitik und Weiterqualifizierung sollen
232 aus Mittel des betrieblichen Weiterbildungsfonds gefördert werden.

233

234 **7.4. Säule IV – Ausbildungsfonds und Ausbildungsförderrung**

235

236 Ausbildungsförderung und Sicherstellung von Ausbildungsplätzen sowie die Realisierung eines
237 Rechtsanspruchs auf Ausbildung gehören zu den grundlegenden Maßnahmen einer
238 qualifizierungsorientieren Arbeitsmarktpolitik. Trotz gestiegenem Bedarf an qualifizierten
239 Fachkräften finden jedes Jahr immer noch tausende ausbildungswillige Jugendliche keinen
240 Ausbildungsplatz und befinden sich in Übergangsmaßnahmen, die für viele Jugendliche
241 zunehmend zum Abstellgleis werden. Der Anteil der ausbildenden Unternehmen in
242 Deutschlang kontinuierlich auf derzeit 21,5 % der Unternehmen gesunken.

243

244 Daher fordern die Jusos im Rahmen der 4. Säule der Arbeitsversicherung einen
245 Ausbildungsfonds einzurichten. Unternehmen, die nicht oder nicht im ausreichenden Maße
246 ausbilden müssen wieder in die Pflicht genommen werden und an der Finanzierung der
247 gesamtgesellschaftlichen Aufgabe 'berufliche Ausbildung' finanziell beteiligt werden.

248

249 Die Unternehmen sollen im Rahmen des Ausbildungsfonds, entsprechend Betriebsgröße und
250 einer Ausbildungsquote von mindestens 10 Prozent verpflichtende Beiträge für die
251 Mindestanzahl an Auszubildenden im Betrieb an den Ausbildungsfonds entrichten müssen.

252

253 Aus dem Fonds wird ausbildenden Betrieben, entsprechend der Anzahl der Auszubildenden im
254 Betrieb der Beitrag zum Ausbildungsfonds zurückerstattet, Unternehmen die Überbedarf
255 ausbilden werden so gefördert. Ziel ist es, insbesondere die Klein- und mittelständischen
256 Unternehmen zu stärken. Mit den aus den übrigen Beiträgen der nicht ausbildenden
257 Unternehmen gewonnenen Mitteln sollen Überbetriebliche Ausbildungskooperationen und
258 soziale Ausbildungsprojekte gefördert sowie ausbildungsbegleitende Hilfen gestärkt werden.
259 Auch soll aus den Mitteln des Ausbildungsfonds die Neustrukturierung des Übergangssystems
260 sowie Ausbildungsförderungsmaßnahmen finanziert werden. Zusätzliche staatliche Mittel sollen
261 die Mittel des Ausbildungsfonds ergänzen und dazu dienen Ausbildungsförderung zu stärken.

262

263 Im Rahmen der Säule IV der Arbeitsversicherung soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen
264 werden, die die individuelle Beratung und Betreuung der Jugendlichen und jungen
265 Erwachsenen, die noch keine Ausbildung begonnen und abgeschlossen haben bis
266 einschließlich des 27 Lebensjahres vor Ort sicherstellt. Unterstützungsleistungen für
267 auszubildenden wie Berufsausbildungsbeihilfe nach SGB III oder Wohngeldzuschüsse sollen
268 ebenfalls über die Zentrale Ausbildungsberatung zu beantragen sein.

269

270 **7.5. Weiterbildungsberatung & Qualitätssicherung**

271

272 Grundlegendes Prinzip in der Ausrichtung der Arbeit der Arbeitsversicherung soll die individuelle
273 Weiterbildungsberatung und individuellen Anforderungen und Bedürfnissen angepasste
274 Kompetenzentwicklung der ArbeitnehmerInnen sein. Dazu bedarf es eines personell wie
275 institutionell gut ausgestatteten regional verfügbaren, flächendeckenden Systems der
276 Weiterbildungs- und Qualifizierungs- sowie Ausbildungsberatung. Dazu sollen die bestehenden
277 Strukturen der Arbeitsagentur weiterentwickelt und Ausgebaut werden. Die MitarbeiterInnen
278 sollen im Rahmen des Umbaus zur Arbeitsversicherung schrittweise in der Beratung und
279 individuellen Betreuung der ArbeitnehmerInnen geschult sowie sie personaldecke entsprechend
280 eines sinnvollen Betreuungsschlüssels aufgestockt werden.

281

282 Ziel ist es mit individuell zugeschnittenem Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogrammen

283 echte berufliche Chancen für die ArbeitnehmerInnen zu entwickeln und sie in Ihrem beruflichen
284 Fortkommen zu unterstützen.

285

286 Wichtiges Ziel ist es auch die Qualität der Weiterbildungsangebote zu sichern und durch
287 Zertifizierungen zu garantieren du einen Überblick in der Vielzahl der unterschiedlichen
288 Angebote zu ermöglichen.

289

290 Ziel muss es auch sein einen möglichst flachendeckend verfügbaren, umfassenden und
291 bedarfsangepassten Angebotskatalog zu entwickeln, der öffentlich ausgeschrieben wird und auf
292 die Durchführung dessen Einzelleistungen sich die Träger der Weiterbildungsleistungen
293 bewerben können. Im Vordergrund muss dabei immer die Qualität des Weiterbildungsangebots
294 stehen.

295

296 Im Rahmen der Umsetzung des nationalen Qualifizierungsrahmens sollen im Rahmen der
297 individuellen Kompetenzentwicklung Zertifizierungsleistungen von nonformal oder informell
298 erworbener Bildung durch die Einrichtungen der Arbeitsversicherung erbracht werden.

299

300 **8. Europäischer Qualifizierungsrahmen und nationale Umsetzung (EQR/DQR)**

301

302 Seit 2008 gilt der Europäische Qualifizierungsrahmen EQR als Empfehlung zu Umsetzung für
303 alle EU Staaten. Er soll als Übersetzungsinstrument die unterschiedlichen beruflichen und
304 akademischen Abschlüsse der einzelnen EU Mitgliedsstaaten zueinander in Beziehung setzen
305 und Vergleichbar machen. Dazu wird in einem nationalen Qualifizierungsrahmen (für
306 Deutschland DQR) jeder der hierarchisch angeordneten Kompetenzstufen des EQR Abschlüsse
307 des jeweiligen EU Mitgliedstaates zugeordnet. In Deutschland konnte man sich auf eine
308 Orientierung an der, mit den beruflichen Qualifizierungen erworbenen Handlungskompetenzen
309 einigen. Der Prozess der Eingruppierung aller beruflichen Abschlüsse auf einheitliche
310 Handlungskompetenzniveaus bietet die Chance mehr gesellschaftliche Mobilität und
311 Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erreichen. Dies ist ein wichtiger Prozess, der nicht rein
312 technokratisch gesehen, sondern dessen gesellschaftspolitische Bedeutung erkannt und der im
313 Sinne der Durchsetzung von mehr Bildungschancen für alle begleitet werden muss.

314

315 **8.1. Eingruppierung Berufsabschlüsse**

316

317 Wir begrüßen die Zuordnung auch von beruflichen Abschlüssen zu höheren Kompetenzstufen
318 und die damit verbundene Anerkennung von beruflicher Bildung als eigenständiger und
319 gleichwertiger Bildungsweg gegenüber akademischer Bildung. Auch in Deutschland lassen sich
320 so Kompetenzen gleichgültig wo auch immer sie erworben wurden, sei es in Ausbildung,
321 Universität oder Betrieb, miteinander vergleichbar machen.

322

323 Wir fordern daher alle Beteiligten auf mit dem beschrittenen Weg fortzufahren und im nächsten
324 Schritt auch die Konsequenz aus der Einordnung zu der Bildungsabschlüsse zu ziehen und
325 mehr Durchlässigkeit zwischen beruflichen und akademischen Bildungsweg zu ermöglichen und
326 diese Übergänge aktiv zu fördern und zu unterstützen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zu
327 Lebenslangem Lernen und Kompetenzentwicklung.

328

329 Dabei stellt sich auch die Frage nach der, im Zuge der beruflichen Ausbildung erworbenen
330 inhaltlichen Kompetenzen auf konkrete Studieninhalte im Grundstudium. Die Jusos fordern hier
331 branchenspezifisch Lösungen und konkrete Anknüpfungspunkte zu erarbeiten, wie in der
332 Ausbildung erworbenes Wissen und Kompetenzen im einen möglichen Studium angerechnet
333 werden kann und der Übergang zwischen beruflichem und akademischen Bildungssystem
334 unterstützt werden kann.

335

336 **8.2. Eingruppierung allgemeinbildende Abschlüsse**

337

338 Die Jusos sprechen sich gegen eine Gleichsetzung von allgemeinbildenden schulischen
339 Abschlüssen mit Stufen der Berufsqualifizierung aus. Der Erwerb der Fachhochschulreife mit
340 dem Abitur kann nicht dem berufsqualifizierenden Abschluss einer anerkannten beruflichen
341 Ausbildung gleichgesetzt werden, da keine beruflichen Qualifikationen erworben wurden. Dies
342 ist auch nicht Aufgabe der allgemeinbildenden schulischen Ausbildung. Hier sollen keine
343 beruflichen Qualifikationen vermittelt sondern vielmehr, frei von einer Orientierung auf die

344 ökonomische Verwertbarkeit, breit angelegte und umfassend allgemeinbildende Bildungsarbeit
345 mit emanzipatorischem Charakter betrieben werden.

346

347 Daher lehnen wir eine Gleichsetzung ab und befürworten die dauerhafte Beibehaltung des, im
348 Rahmen der Verhandlungen zur Umsetzung des nationalen Qualifizierungsrahmens
349 geschlossenen Kompromisses, allgemeinbildende Abschlüsse in den Qualifizierungsniveaus
350 nicht zu berücksichtigen. Vielmehr sollen allgemeinbildende schulische Abschlüsse nach
351 unserem Verständnis Einstiegsmöglichkeiten in das System der Berufsqualifizierung auf
352 bestimmten Qualifizierungsniveaus darstellen.

353

354 **8.3. Validierung Nonformaler und Informeller Bildung**

355

356 Das System des Europäischen Qualifizierungsrahmens sieht ausdrücklich auch die
357 Berücksichtigung von nonformal oder informell erworbenen Qualifikationen vor. Dabei handelt
358 es sich um Qualifikationen, die nicht im formalen, institutionell gestalteten Prozessen erworben,
359 sondern im selbstorganisierten Studium (Nonformale Bildung) oder im Rahmen des
360 Arbeitsprozesses, im ehrenamtlichen Engagement oder in der Freizeit erworbene
361 Qualifikationen (informelle Bildung).

362

363 Ansatz darf nicht sein durch informelle Lernprozesse im Betrieb betriebliche
364 Weiterbildungsmaßnahmen für erledigt zu erklären. Vielmehr geht es uns um die Anerkennung
365 und Validierung der im Arbeitsprozess und im Rahmen der Arbeitserfahrung erworbenen
366 Kenntnisse und Fähigkeiten, die selbsttätige Weiterbildung und Kompetenzentwicklung der
367 ArbeitnehmerInnen zu honorieren, im Qualifizierungsrahmen aber auch bei Eingruppierungen
368 entsprechend zu berücksichtigen.

369

370 In einem ersten Schritt müssen hierzu Methoden der Zertifizierung und Erfassung nonformal
371 und informell erworbener Bildung entwickelt werden. Mit Hilfe standardisierter Abfrage an
372 Vorgesetzte und Beschäftigte sollen diese im Rahmen von Arbeitszeugnissen und betrieblichen
373 Beurteilungen erfasst und dokumentiert werden. Es müssen im Rahmen der durch die
374 Arbeitsversicherung geförderten Kompetenzentwicklung und individuellen
375 Weiterbildungsberatung Möglichkeiten der Zertifizierung nonformaler und informeller Bildung
376 geschaffen werden.

377

378

379

380

381

382

383

384

385

386

387

388

389

390

391

392

393

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

Titel Verdachtskündigung abschaffen

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Verdachtskündigung abschaffen

- 1 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, ein Gesetzgebungsverfahren zu
2 initiieren, durch das Verdachtskündigungen von ArbeitnehmerInnen durch ArbeitgeberInnen im
3 deutschen Arbeitsrecht ausgeschlossen werden.“
4
5 ArbeitnehmerInnen können nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts nicht nur
6 aufgrund von Bagatellen wie eines während der Arbeit getrunkenen Kaffees im Wert von 0,20 €
7 oder eines mitgenommenen Pfandbons gekündigt werden. Eine Kündigung ist sogar schon
8 dann möglich, wenn der Verdacht einer Pflichtverletzung am Arbeitsplatz besteht. Meist geht es
9 dabei um vermeintlichen Diebstahl. Aber auch eine von ArbeitgeberInnen behauptete falsche
10 Spesenabrechnung kann zu einer Kündigung führen.
11
12 Eine solche Verdachtskündigung können ArbeitgeberInnen dann aussprechen, wenn der starke
13 Verdacht auf eine im Betrieb begangene Verfehlung besteht und die ArbeitgeberInnen alle
14 Möglichkeiten der Aufklärung ausgeschöpft haben. Sie wird häufig als fristlose Kündigung
15 ausgesprochen. Denn meistens berufen sich die ArbeitgeberInnen darauf, dass ihnen eine
16 Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist wegen des
17 entstandenen Vertrauensverlustes nicht zuzumuten ist. Die Verdachtskündigung knüpft also an
18 die auf dem Verdacht – meist einer Straftat - beruhende Zerstörung des
19 Vertrauensverhältnisses zwischen ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn an.
20
21 In der arbeitsrechtlichen Realität wird die Verdachtskündigung meist dazu genutzt, unliebsame
22 und vor allem gewerkschaftlich orientierte MitarbeiterInnen möglichst schnell loszuwerden. Die
23 Möglichkeit, ArbeitnehmerInnen nur aufgrund eines Verdachts zu kündigen, widerspricht der
24 sonst im deutschen Recht geltenden Unschuldsvermutung. Außerdem werden die sonst sehr
25 strengen sozialen Voraussetzungen für Kündigungen ausgehebelt.
26
27 Eine Kündigung – besonders eine fristlose - stellt einen starken Eingriff in soziale und
28 wirtschaftliche Lebensführung von ArbeitnehmerInnen dar. Ein bloßer Verdacht auf
29 ArbeitgeberInnenseite kann einen solchen Eingriff nicht rechtfertigen. Deshalb muss die
30 Verdachtskündigung abgeschafft werden.
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Titel Solidarität mit Inge Hannemann –
Diskreditierung kritischer Jobcentermitarbeiter/innen
verhindern!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Solidarität mit Inge Hannemann – Diskreditierung kritischer Jobcentermitarbeiter/innen verhindern!

- 1 Mit großem Befremden haben wir die Presseinfo 035 der Bundesagentur für Arbeit vom
2 14.06.2013 zur Kenntnis genommen. Darin wird die freigestellte Hamburger Jobcenter-
3 Mitarbeiterin Inge Hannemann bezichtigt, durch ihre Kritik am sog. Hartz-IV-System tausende
4 ihrer ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zu beleidigen, herabzuwürdigen und in Gefahr zu
5 bringen.
6
7 Unabhängig von den inhaltlichen Differenzen zwischen der Bundesagentur und Hannemann
8 wirkt zuallererst der scharfe, ins Persönliche abgleitende Ton der Presseinformation äußerst
9 befremdlich. So wird etwa behauptet, Hannemann gefalle sich „in der Rolle der Märtyrerin“. Wir
10 halten einen solchen Stil für öffentliche Verlautbarungen einer Bundesbehörde für völlig
11 unangemessen.
12
13 Darüber hinaus birgt die Stellungnahme der BA starke politische Implikationen. Hannemann hat
14 bereits unter Einsatz ihres Rufes und Namens in ihrer Funktion als Jobcentermitarbeiterin
15 öffentliche Kritik an Praktiken der Jobcenter und am Hartz-IV-System geäußert, insofern stellt
16 sie eine Tabubrecherin dar. Die Causa Hannemann hat also Auswirkungen, die weit über den
17 konkreten Fall hinausreichen. Am Umgang mit ihr, wird sich erweisen, wie die Bundesagentur
18 für Arbeit mit kritischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verfährt. Kann es die Agentur
19 aushalten, dass Missstände offen adressiert und auch der politischen Öffentlichkeit zugänglich
20 gemacht werden oder soll derlei Verhalten nach Möglichkeit unterdrückt werden? Die genannte
21 Presseinformation lässt auf Letzteres schließen. Hannemann soll als isolierter Einzelfall
22 dargestellt werden. Man versucht gar die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter gegen
23 sie auszuspielen. Dies setzt natürlich auch ein deutliches Signal an alle anderen Beschäftigten
24 der Jobcenter, die unter der Hand Kritik an den Zuständen üben oder anonym an die Presse
25 gehen, wie etwa in der Spiegelausgabe 26/2013.
26
27 Hannemann hat bereits eine Gegendarstellung veröffentlicht, in der sie die Vorwürfe zu
28 entkräften sucht. Aufgrund der polemischen Natur, sowie der teilweise sehr allgemeinen
29 Formulierungen der Presseinformation, fällt es jedoch schwer überhaupt die Möglichkeit für eine
30 sachliche Überprüfung auszumachen. Demnach scheint es eher um die Diskreditierung einer
31 Person, als um eine Erhellung der Öffentlichkeit gegangen zu sein. Der Vorwurf allerdings, der
32 nahelegt, Hannemann habe sich als Jobcentermitarbeiterin nicht an Recht und Gesetz gehalten,
33 sollte in jedem Fall mit Fakten unterlegt werden. Sollte dies nicht möglich sein, hat sich die
34 Bundesagentur unverzüglich davon zu distanzieren und öffentlich bei Hannemann zu
35 entschuldigen.
36
37 Wir haben dazu folgende Feststellungen zu machen:

- 38 1. Wir verurteilen die Art und Weise der Presseinformation der Bundesagentur für Arbeit aufs
39 Schärfste. Ein solcher Stil zielt klar auf eine Diskreditierung der Person Hannemann, weil
40 sie öffentliche Kritik geübt hat.
- 41 2. Wir solidarisieren uns mit Hannemann in ihrer Rolle als nicht-anonym auftretende
42 Kritikerin von Missständen im Hartz-IV-System und setzen dem sich verfestigenden
43 Eindruck, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter dürften sich nicht kritisch auf ihre
44 Arbeit beziehen und die politische Öffentlichkeit unter Wahrung von Recht und Gesetz
45 informieren, vehement Widerstand entgegen. Insider-Informationen wie von Hannemann
46 sind für eine Verbesserung der öffentlichen Arbeitsvermittlung unerlässlich. Es kann daher
47 nicht Aufgabe der BA sein, solche Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mit Repressionen zu
48 belegen.
- 49 3. Wir haben die zu kritisierenden Missstände ernsthaft zu diskutieren, unsere eigene Rolle
50 dabei zu hinterfragen und Abhilfe zu schaffen. Ein Sanktionssystem, das die
51 Existenzsicherung beschneidet, kann niemals menschenwürdig sein und muss
52 abgeschafft werden.

53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97

Titel Minijobs abschaffen!

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Minijobs abschaffen!

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass Minijobs auf 450-Euro-Basis abgeschafft werden. Dies hätte
2 zur Folge, dass ArbeitnehmerInnen wieder sozialversicherungspflichtig angestellt werden, um
3 bei Arbeitslosigkeit und/oder im Alter finanziell abgesichert zu sein. Ausgenommen sind
4 SchülerInnen, Studierende sowie RentnerInnen.

5

6 **Begründung:**

7 450-Euro-Jobs führen dazu, dass immer mehr Menschen in so genannten geringfügigen
8 Beschäftigungsverhältnissen und damit nicht auf sozialversicherungspflichtiger Basis angestellt
9 werden. Die Folgen: Aufgrund nicht geleisteter Beiträge besteht dann bei Arbeitslosigkeit kein
10 Anspruch auf ALG I; es werden keine Krankenversicherungsbeiträge geleistet; und bei Eintritt in
11 die Rente droht aufgrund des zu geringen Rentenanspruchs der Absturz in Altersarmut.

12

13 Ökonomische Probleme werden dadurch nur verschoben und damit vergrößert; zudem sollte
14 die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit ohnehin ein selbstverständliches Interesse an der
15 Verhinderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse haben.

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Unbeschränkter Kündigungsschutz für
ArbeitnehmerInnen mit einer Betriebszugehörigkeit ab 20
Jahren

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Unbeschränkter Kündigungsschutz für ArbeitnehmerInnen mit einer Betriebszugehörigkeit ab 20 Jahren

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass bundesweit ein unbeschränkter Kündigungsschutz für
2 ArbeitnehmerInnen eingeführt wird, die länger als 20 Jahre einem Betrieb zugehörig sind.

3

4 **Begründung:**

5 Wir leben in Zeiten, in denen eine Person in ihrem Leben oft ihren Arbeitsplatz wechselt.

6 Gerade in zunehmendem Alter wird es für diese Leute immer schwieriger einen neuen Beruf
7 nach einer Kündigung zu bekommen. Die SPD muss sich für diese Leute einsetzen!

8

9 Geschehen könnte dies zum Beispiel durch einen bundesweit einheitlichen Kündigungsschutz
10 für Arbeitnehmer, die einem Betrieb ununterbrochen und länger als 20 Jahre zugehörig waren.
11 Das BGB sieht im Moment für Arbeitnehmer im §622 Abs. 2 nur eine maximale Kündigungsfrist
12 von 7 Monaten vor. Eine Ausweitung – persönliches betriebsschädigendes Verhalten natürlich
13 ausgenommen – hätte nicht nur für die betreffenden Personen Vorteile, sondern auch
14 volkswirtschaftlich. Ältere Personen müssten sich im hohen Alter keine Sorgen um ihren
15 Arbeitsplatz machen, was bei vielen zu einer Stressentlastung führen könnte; für die
16 Volkswirtschaft würde dies sichere Arbeitsplätze und somit weniger eventuelle Sozialausgaben
17 bedeuten, die Mittel für andere Zwecke freimachen.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

Titel Keine Äpfel, sondern Geld!

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Äpfel, sondern Geld!

1 Wir fordern die Kultusminister dazu auf, § 17, Abs. 2 Berufsbildungsgesetzes (BBIG) ersatzlos
2 zu streichen!

3

4 **Begründung:**

5 Der § 17, Abs. 2 ermöglicht es den Ausbildern ihren Auszubildenden die Ausbildungsvergütung
6 bis 75% in Sachleistungen zu Bezugswerten auszuzahlen. Dieses entmündigt die
7 Auszubildenden und schränkt sie in ihrer Verhaltensfreiheit ein.

8

9 „§ 17 Vergütungsanspruch

10

11 *(1) Ausbildende haben Auszubildenden eine angemessene Vergütung zu gewähren. Sie ist*
12 *nach dem Lebensalter der Auszubildenden so zu bemessen, dass sie mit fortschreitender*
13 *Berufsausbildung, mindestens jährlich, ansteigt.*

14

15 *(2) Sachleistungen können in Höhe der nach § 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Vierten Buches*
16 *Sozialgesetzbuch festgesetzten Sachbezugswerte angerechnet werden, jedoch nicht über 75*
17 *Prozent der Bruttovergütung hinaus.*

18

19 *(3) Eine über die vereinbarte regelmäßige tägliche Ausbildungszeit hinausgehende*
20 *Beschäftigung ist besonders zu vergüten oder durch entsprechende Freizeit auszugleichen.“*

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Anti-Mobbing-Gesetz

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag; SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Anti-Mobbing-Gesetz

1 Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass Mobbing als eigener Straftatbestand anerkannt und auf
2 Bundesebene ein entsprechendes Gesetz verabschiedet wird. Mobbing am Arbeitsplatz, aber
3 auch im Alltag, ist ein zu bedeutendes gesellschaftliches Problem um mit dem Verweis auf
4 bestehende Anlaufstellen dieses Vorhaben zu blockieren.

5

6 **Begründung:**

7 Diversen Studien zufolge ist eine siebenstellige Zahl an Bürgerinnen und Bürgern in
8 Deutschland von Mobbing am Arbeitsplatz betroffen; dass die Anzahl derer, denen dies im
9 Alltag wiederfährt, noch deutlich höher liegt, dürfte offensichtlich sein. Obwohl Mobbing
10 zweifellos eine Verletzung des grundrechtlich verankerten allgemeinen Persönlichkeitsrechts
11 darstellt, gibt es in Deutschland kein Anti-Mobbing-Gesetz. Von den damit verbundenen
12 wirtschaftlichen Folgen ganz abgesehen, muss sich die SPD als Partei des sozialen
13 Zusammenhalts verstehen und darf bei derartigen Problemen selbstverständlich nicht
14 zuschauen. Die unter Mobbing erfassten verbalen und teilweise auch körperlichen Angriffe
15 können als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen betrachtet werden, hinsichtlich dessen
16 dringender Handlungsbedarf besteht, denn niemand soll sozial ins Abseits gedrängt werden.
17 Für dieses Bestreben darf es allerdings nicht nur bei nett formulierten Absichtserklärungen
18 bleiben. Bisherige Initiativen, unter anderem durch Petitionen an den Bundestag, wurden mit
19 Verweis auf bestehende Präventionsmaßnahmen, Anlauf- und Beschwerdestellen sowie die
20 Tatsache, dass Mobbing arbeitsrechtlich bereits verboten sei – durch die Grundrechte, was uns
21 zu vage ist –, abgelehnt. Die Relevanz für eine eigene rechtliche Klärung und ein
22 entsprechendes Gesetz ist jedoch zweifellos gegeben, mit leider sogar stark steigender
23 Tendenz, Stichwort Cybermobbing.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Betriebliche Kontrolle von unternehmensnahen
Werk- und Dienstleistungsverträgen ausbauen

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Betriebliche Kontrolle von unternehmensnahen Werk- und Dienstleistungsverträgen ausbauen

1 Zur effektiven betrieblichen Kontrolle unternehmensnaher Werk- und Dienstleistungsverträge
2 und zur Verhinderung verdeckter ArbeitnehmerInnenüberlassungen setzten wir uns für einen
3 Ausbau der betrieblichen Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnenvertretungen ein.
4 Konkret fordern wir eine Informationspflicht des/der Arbeitgebers/in beim Einsatz von
5 Werksverträgen auf dem Betriebsgelände und die Einführung harter Mitbestimmungsrechte
6 beim Einsatz von Werksverträgen innerhalb betrieblichen Wertschöpfungsketten. Weiterhin
7 fordern wir ein Bestandsschutz für MitarbeiterInnen in Werk- und Dienstleistungsverträgen,
8 welche aufgrund ihres unklaren arbeitsrechtlichen Status vom Betriebsrat des
9 werksvertragsgebenden Unternehmens bei der Unternehmensleitung aufgezeigt wurden und
10 deren Tätigkeitsart einer rechtlichen Überprüfung unterzogen wird. Nur so kann sichergestellt
11 werden, dass MitarbeiterInnen, die in Scheinselbsttätigkeit oder versteckten
12 ArbeitnehmerInnenüberlassungen beschäftigt sind, sichere Rahmenbedingungen für die
13 Klärung ihrer Situation erhalten.

14

15 **Begründung:**

16 Werks- und Dienstleistungsverträge sind ein Instrumente der Unternehmensführung, welche die
17 Fokussierung von Unternehmungen auf die wirtschaftlichen Kernkompetenzen und das
18 kurzfristige Abarbeiten von Auftragsspitzen ermöglichen sollen. So ist die Fremdvergabe von
19 Hausmeistertätigkeiten oder Abfallentsorgungsleistungen ein klassisches Beispiel für
20 Werkverträge. Auch die Fremdvergabe eines bestimmten Produktionsloses, welche über eigene
21 Kapazitäten nicht abgedeckt werden kann, ist ein Anwendungsfall dieses
22 Flexibilisierungsinstrumentes. Verhältnismäßig neu aufgekommen ist der dauerhafte Einsatz von
23 Werksverträgen in Teilbereichen der Kernkompetenzen der betrieblichen Unternehmungen. So
24 werden mittlerweile beispielsweise einzelne Arbeitsstationen eines industriellen Montagebandes
25 per Werkvertrag an Industriedienstleistungsunternehmen fremdvergeben. Oder einzelne
26 Verwaltungstätigkeiten, wie die Sekretariatsleitung und die Lohnbuchhaltung, werden per
27 Dienstleistungsvertrag an Fremdfirmen vergeben. Hier besteht ein enormes Risiko an
28 Missbrauch. Werk- und Dienstleistungsverträge regeln Geschäftsbeziehungen zwischen zwei
29 Unternehmen, bei dem ein vereinbartes Produkt oder eine vereinbarte Leistung erbracht werden
30 muss. Arbeiten hierbei MitarbeiterInnen beider Unternehmen an derselben Tätigkeit
31 miteinander, werden die MitarbeiterInnen des/der Werksvertragsnehmers/in von
32 MitarbeiterInnen des/der Werksvertragsgeber/in täglich in neue Tätigkeiten am Ort der
33 Leistungserbringung eingewiesen oder werden MitarbeiterInnen des/der
34 Werkvertragsnehmers/in gar komplett in die betrieblichen Abläufe des/der
35 Werkvertragsgebers/in eingebunden, so liegt eine versteckte ArbeitnehmerInnenüberlassung
36 vor. Die mangelnde Überprüfung dieser Beschäftigungsverhältnisse öffnet dem Missbrauch Tür
37 und Tor. ArbeitnehmerInnenüberlassungen sind in weiten Teilen der deutschen Wirtschaft
38 mittlerweile reglementiert und erlauben kaum noch Tariffucht und Lohndrückerei. Bei Werk- und

39 Dienstleistungsverträgen sieht dies anders aus. Ihr Einsatz unterliegt bislang weder der
40 betrieblichen Mitbestimmung noch sind Unternehmen der ArbeitnehmerInnenvertretungen über
41 den Einsatz von Werksverträgen informationspflichtig. Die bezahlten Entgelte werden über die
42 Entgeltbedingungen im werksvertragsnehmenden Unternehmen geregelt. Ein Angleich der
43 Entlohnungen wie er teilweise in der Leih- und Zeitarbeit existiert, erfolgt hier nicht. Die
44 Überprüfung von unternehmensnahen Werks- und Dienstleistungsverträgen muss in die Hand
45 der betrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen übergeben werden. Eine staatliche Kontrolle
46 dieser Verträge ist in der Fläche kaum zu leisten und wäre nur mit einem enormen
47 Bürokratiewachstum effektiv zu bewältigen.

48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

Titel Reform des Psychotherapeutengesetzes
(PsychThG)

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Reform des Psychotherapeutengesetzes (PsychThG)

1 Folgende Änderungen sollen im PsychThG wirksam werden:

2

3 1. Angemessene Vergütung während aller praktischer Phasen der Ausbildung, die sich
4 mindestens nach TVöD 13 richtet.

5 2. Abschaffung der Kosten für die postgraduale Ausbildung.

6 3. Master-Abschluss als Grundlage für die postgraduale Ausbildung als psychologische
7 PsychotherapeutIn.

8 4. Erleichterter Zugang zu BAföG unter Gleichsetzung der Richtlinien für SchülerInnen.

9 5. Umbenennung in PsychotherapeutInnengesetz

10

11 **Begründung:**

12 zu 1.

13

14 PsychotherapeutInnen in Ausbildung (PiAs) haben während ihrer Ausbildung (die in Voll- oder
15 Teilzeit absolviert werden kann) eine eineinhalbjährige praktische Tätigkeit an einer oder
16 mehreren Kliniken abzuleisten. Die Arbeitsaufgaben der PiAs unterscheiden sich in dieser Zeit
17 meist nicht oder nur geringfügig von den Tätigkeiten, welche approbierte festangestellte
18 PsychotherapeutInnen ausführen. So übernehmen PiAs nicht selten vom ersten Tag die
19 Betreuung von PatientInnen und therapeutischen Gruppen. Dieser Arbeitsaufwand steht in
20 keinem Verhältnis zur Vergütung. Obwohl die Kliniken den PiAs eine ganze Reihe eigenständig
21 auszuführender Aufgaben und viel Verantwortung übertragen, behandeln sie diese, wenn es um
22 die Bezahlung geht, wie unselbstständige PraktikantInnen. Gerade im großstädtischen Raum
23 erhalten PiAs nicht selten keinen Cent Vergütung für ihre Tätigkeit. Werden tatsächlich einmal
24 Aufwandsentschädigungen gezahlt, schwanken diese meist zwischen 400 bis 800 Euro
25 Bruttolohn. Nach Abzug regelmäßiger monatlicher Ausgaben, worunter auch die sehr hohen
26 Ausbildungskosten fallen (ca. 500 - 1000 Euro in den Anfangsmonaten), bleibt selbst den
27 bezahlten PiAs praktisch kein Geld zum Leben.

28

29 Dieses Modell rechnet sich natürlich vor allem für die Kliniken, welche akademische
30 Arbeitskräfte zu Dumpinglöhnen beschäftigen können. Da die praktische Tätigkeit ein
31 verpflichtender Bestandteil der Ausbildung ist, werden die PiAs quasi in diese prekäre Lage
32 hineingezwungen. Paradoxerweise befinden sich gerade PiAs in Kliniken mit einem
33 Mindestmaß an Vergütung in einer besonders kritischen Lage. Ihr/e Arbeitgeber/in hat ihnen
34 gegenüber besonderes Drohpotential, da er stets auf die im Vergleich vermeintlich guten
35 Arbeitsbedingungen pochen kann. Folge dieser asymmetrischen Machtbeziehung sind häufig
36 unbezahlte Überstunden und eine gesenkte Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu engagieren.
37 Ein Vergleich zwischen PiAs und Ärztinnen und Ärzten in der Weiterbildung zur Fachärztin bzw.
38 zum Facharzt zeigt die Missstände besonders deutlich auf. Letztere führen ebenfalls bereits

39 kurz nach ihrem Studium verantwortungsvolle Tätigkeiten aus und werden dafür voll bezahlt.

40

41 Da sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, dass nur wenige Kliniken bereit sind, die
42 prekären Bedingungen, unter welchen PiAs angestellt sind, selbst zu verändern, muss der
43 Gesetzgeber an dieser Stelle eingreifen. Als Grundlage für eine faire Bezahlung sollte sich
44 dieser an der Vergütung nach TVöD in der Stufe 13 orientieren. Eine derartige
45 Bemessungsgrundlage ist angemessen, wenn man bedenkt, dass PiAs bereits PsychologInnen
46 oder PädagogInnen mit Master oder Diplom sind. Arbeitskräfte mit entsprechenden
47 Qualifikationen werden im öffentlichen Dienst nach TVöD 13 eingruppiert. Für uns Jusos ist
48 selbstverständlich, dass die PiAs für ihre gute Arbeit auch einen fairen Lohn erhalten sollen.

49

50 zu 2.

51

52 Eine Vollzeitausbildung schließt sich an ein Hochschulstudium an und muss privat finanziert
53 werden. Die Kosten betragen je nach Ausbildungsstätte zwischen 10.000 und 80.000 Euro. Ein
54 solcher Umstand ist gesundheitspolitisch nicht hinzunehmen, da der Bedarf an Psychotherapie
55 in den letzten Jahren stetig steigt. Zudem wird durch die hohen Kosten besonders Menschen
56 aus bildungsfernen Elternhäusern der Zugang zur Ausbildung verwehrt. Da für Menschen mit
57 dem Berufsziel PsychotherapeutIn das abgeschlossene Hochschulstudium kein
58 berufsqualifizierender Abschluss ist, muss eine unserer zentralen Forderungen, nämlich die
59 kostenfreie Bildung bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss, auch für PiAs umgesetzt
60 werden.

61

62 zu 3.

63

64 Die Pläne der aktuellen Bundesregierung, ein Studium der Psychotherapie - ohne die Lehre
65 psychologischer Grundlagen - anzubieten, lehnen wir ab. Wer sich im Bereich der
66 Psychotherapie qualifizieren möchte, muss eine Grundlagenausbildung, z.B. ein
67 Psychologiestudium, absolviert haben. PiAs absolvieren eine Ausbildung, mit der sie die
68 Approbation und das Niveau einer Fachärztin bzw. eines Facharztes erreichen. Der Bachelor
69 als Voraussetzung würde den Berufstand im Verhältnis zu den Fachärzt*innenentwerten. Daher
70 soll der Master Voraussetzung sein. Da Psychotherapie zudem eine wissenschaftlich anerkannte
71 und qualitativ hochwertige Behandlung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit
72 psychischen Problemen darstellt, muss ein Masterabschluss die Voraussetzung der Ausbildung
73 sein. Durch die Bolognaform ist hier dringender Handlungsbedarf notwendig, da nun mit den
74 neuen Hochschulabschlüssen, die nicht im PsychThG aufgeführt sind, ein föderales Chaos bei
75 der Anerkennung der Zugangsvoraussetzungen entstanden ist.

76

77 zu 4.

78

79 Um den Lebensunterhalt während der Theoriephasen der Ausbildung zu decken, muss allen
80 PiAs der Zugang zu BAföG während der theoretischen Ausbildung ermöglicht werden. Da es
81 sich um eine postgraduale Ausbildung (Weiterbildung) handelt, besteht aus unserer Sicht
82 dieselbe Grundlage wie beim BAföG für SchülerInnen.

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Politischer Streik

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesvorstand

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Politischer Streik

1 **Analyse:**

2

3 In den vergangenen Jahren wurden von politischer Seite aus immer häufiger Reformen und
4 Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt, die zu einer deutlichen
5 Abkühlung des sozialen Klimas in Deutschland geführt haben.

6

7 Und auch die politische Partizipation und das Interesse besonders bei jungen Menschen nimmt
8 in den letzten Jahren stetig ab – erkennbar nicht nur an den sinkenden Wahlbeteiligungen.

9

10 Gerade vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wäre es an der Zeit, wieder über andere
11 Möglichkeiten der politischen Beteiligung nachzudenken, die über das „normale“ Volksbegehren
12 hinaus gehen. Denn auch wenn die für ein Volksbegehren notwendigen Unterschriften
13 gesammelt sind gilt dieses in vielen Bundesländern nicht als Verpflichtung für die politischen
14 Akteur*innen die Forderungen umzusetzen, sondern lediglich, sich mit der Thematik zu
15 beschäftigen. Ein gesellschaftliches Mittel, welches tatsächlichen Druck ausüben und eine
16 Kampfansage an politische Entscheidungen sein könnte, gibt es in Deutschland, im Gegensatz
17 zu anderen europäischen Ländern, so bislang nicht.

18

19 Der Arbeitskampf, als Kampfmittel im Tarifstreit gehört seit jeher zu einem der mächtigsten
20 Instrumente, die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung stehen.
21 Wenn es allerdings um gesellschaftliche Interessen und politische Entscheidungen geht, die
22 gegen den Willen der Bevölkerung getroffen werden sind die möglichen Formen des Protests
23 sehr stark eingeschränkt.

24

25 Der politische Streik besitzt in der deutschen Geschichte eine herausragende Rolle. So wurde
26 die Novemberrevolution, die das Ende des Ersten Weltkrieges und des Kaiserreiches
27 besiegelte, durch einen politischen Streik von Matrosenverbänden eingeläutet. Auch der
28 Aufstand des 17. Juni 1953, der ebenso eine Verbesserung der politischen Situation zum Ziel
29 hatte, muss an dieser Stelle Erwähnung finden. Im Gegensatz zum Streik bei Tarifkonflikten, der
30 eine konkrete wirtschaftliche Verbesserung mit sich bringen soll, ist die Zielsetzung beim
31 politischen Streik eine andere.

32

33 Das Streikrecht in Deutschland ist momentan nur ein Richterrecht und wird aus dem
34 Grundgesetz (GG) hergeleitet. Im Grundgesetz finden sich außer der Koalitionsfreiheit gemäß
35 Art. 9 Abs.3 nur wenige konkrete Hinweise auf das Streikrecht. Lediglich der im Artikel 20,
36 Absatz 4 verankerte, sog.. „Widerstandsparagraph“ kann gegebenenfalls noch als ein Recht auf
37 Streik interpretiert werden. Darüber hinaus gibt es keine explizite Legitimierung des politischen
38 Streiks und auch die angesprochenen Paragraphen sind juristischen Auslegungen vorbehalten.
39 Das geltende „Verbot“ des politischen Streikrechts basiert auf einem Urteil des
40 Bundesarbeitsgerichtes aus dem Jahre 1958, das den politischen Streik als unzulässig

41 betrachtete. Seitdem gab es in Deutschland keine legalen, politischen Streiks mehr.

42

43 Daraus ist allerdings keinesfalls abzuleiten, dass dieses Recht nicht generell vorhanden ist bzw.
44 vorhanden sein müsste. Vielmehr ist es sogar so, dass die Illegalisierung von Beamtenstreiks,
45 wilden Streiks, Blockaden, Boykotts, dem Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der
46 Einengung von Streikmöglichkeiten und weiteren Einschränkungen massive Defizite in unserer
47 politischen und wirtschaftlichen Demokratie darstellt. Diese Illegalisierungen, Einschränkungen
48 und Verbote stehen im krassen Widerspruch zu dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der
49 Menschenrechte der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen
50 Arbeiterorganisation (ILO), sowie dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen (Menschenrechts- und)
51 Sozialcharta, was dazu führt, dass Deutschland jedes zweite Jahr von der internationalen
52 Staatengemeinschaft wegen seines restriktiven Streikrechts gerügt wird.

53

54 Insbesondere das Verbot aller Streiks, die nicht explizit auf den Abschluss von Tarifverträgen
55 gerichtet sind, bildet eine schwere Verletzung dieser Bestimmungen. Diese Verbote bedrohen
56 unsere Demokratie, da sie die Partizipationsmöglichkeiten der Menschen massiv beschränken.

57

58 Auch von medialer Seite wurde und wird eine zum Teil tendenziös negative Berichterstattung
59 betrieben. Dabei werden Streikmaßnahmen häufig in ein schlechtes Licht gerückt und
60 Kommentare im Sinne der Arbeitgeber*innenverbände, einzelner Arbeitgeber*innen oder
61 wirtschaftsliberaler Teile der Politik verfasst.

62

63 Gerade wegen dieses großen Widerstandes seitens der Arbeitgeber*innenverbände ist es nur
64 mit einer gemeinsamer Anstrengung von Gewerkschaften und Parteien der
65 Arbeiter*innenbewegung möglich, den politischen Streik in Deutschland durchzusetzen.

66

67 Sowohl in den Parteien der Arbeiter*innenbewegung, als auch auf Seiten der Gewerkschaften
68 war die Skepsis gegenüber eines politischen Streikrechts in Deutschland nicht unerheblich.
69 Dennoch entwickelt sich momentan ein breiter Diskurs zu dieser Thematik, der weiter geführt
70 werden muss.

71

72 Unter anderem in europäischen Ländern wie Spanien, Frankreich, Griechenland, die sich in
73 Krisenlagen befinden, gehören Generalstreiks mittlerweile zu einem starken Druckmittel der
74 Bevölkerung. Die Streiks ermöglichen somit eine größere Kontrolle der politischen Institutionen
75 durch das Volk und sind ein zusätzliches Druckmittel gegenüber den Repräsentanten und
76 agierenden politischen Kräften. Politische Streiks zielen im Unterschied zu Demonstrationen
77 nicht nur auf das öffentliche Interesse, sondern auch auf die wirtschaftliche Produktivität und
78 sind diesen somit deutlich überlegen.

79 Der politische Streik ermöglicht es der Arbeiter*innenklasse ihre eigenen Interessen in der
80 Gesellschaft leichter durchzusetzen und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zwischen Kapital
81 und Arbeit ein Stück weit in die richtige Richtung zu verschieben.

82

83 Zum jetzigen Zeitpunkt hat Kapital deutlich bessere Möglichkeiten gesellschaftliche Diskurse zu
84 entfachen, zu gewinnen oder diese zu unterbinden. Durch den Einsatz der Medien kann ein
85 enormer politischer Druck aufgebaut werden. Gerade letzteres darf in seiner Wirkung keinesfalls
86 unterschätzt werden, so sind die großen Mediengesellschaften Deutschlands in privater Hand
87 und können die Masse der Menschen beeinflussen. Dazu muss in diesen Medien noch nicht
88 einmal gelogen werden, die bloße Darstellung der Informationen kann bereits manipulativ genug
89 sein, um die gewünschten gesellschaftliche Meinung zu erzeugen.

90

91 Durch das Recht politische Streiks durchzuführen, verbessert sich die Situation der
92 lohnabhängigen Bevölkerung und sie bekommt ein Druckmittel in die Hand, dass ihr sowieso als
93 Grundrecht zusteht und nur durch völkerrechtswidrige Entscheidungen genommen wurde.

94

95 **Daher fordern wir**

96

- 97 • die Entfacherung einer gesellschaftspolitischen Debatte zum Thema „politisches
98 Streikrecht“. Dies kann durch öffentliche Veranstaltungen, Seminar, Workshops, Vorträge
99 und Podiumsdiskussionen gemeinsam mit den Gewerkschaften geschehen. Wir als Jusos
100 müssen uns dafür einsetzen, den Diskurs weiter in die Gesellschaft zu tragen und die
101 Bedeutung des politischen Streikrechts hervorzuheben

- 102 • die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Verschärfung und Ausweitung von
103 umfassenden (Arbeits-)Kampfmitteln der (organisierten) Arbeitnehmer*innen
104 • den gemeinsamen Diskurs mit den Gewerkschaften zu suchen und mögliche
105 Handlungsoptionen für die Umsetzung eines politischen Streikrechts in Deutschland zu
106 diskutieren

107

108

109

110 **Begründung:**

111 erfolgt mündlich.

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

Titel Politischer Streik

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion; SPD-Bundesvorstand

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Politischer Streik

1 In den vergangenen Jahren wurden von politischer Seite aus immer häufiger Reformen und
2 Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt, die zu einer deutlichen
3 Abkühlung des sozialen Klimas in Deutschland geführt haben.

4

5 Und auch die politische Partizipation und das Interesse besonders bei jungen Menschen nimmt
6 in den letzten Jahren stetig ab – erkennbar nicht nur an den sinkenden Wahlbeteiligungen.

7

8 Gerade vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wäre es an der Zeit, wieder über andere
9 Möglichkeiten der politischen Beteiligung nachzudenken, die über das „normale“ Volksbegehren
10 hinaus gehen. Denn auch wenn die für ein Volksbegehren notwendigen Unterschriften
11 gesammelt sind gilt dieses in vielen Bundesländern nicht als Verpflichtung für die politischen
12 Akteur*innen die Forderungen umzusetzen, sondern lediglich, sich mit der Thematik zu
13 beschäftigen. Ein gesellschaftliches Mittel, welches tatsächlichen Druck ausüben und eine
14 Kampfansage an politische Entscheidungen sein könnte, gibt es in Deutschland, im Gegensatz
15 zu anderen europäischen Ländern, so bislang nicht.

16

17 Der Arbeitskampf, als Kampfmittel im Tarifstreit gehört seit jeher zu einem der mächtigsten
18 Instrumente, die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung stehen.
19 Wenn es allerdings um gesellschaftliche Interessen und politische Entscheidungen geht, die
20 gegen den Willen der Bevölkerung getroffen werden sind die möglichen Formen des Protests
21 sehr stark eingeschränkt. Der politische Streik besitzt in der deutschen Geschichte eine
22 herausragende Rolle. So wurde die Novemberrevolution, die das Ende des Ersten Weltkrieges
23 und des Kaiserreiches besiegelte, durch einen politischen Streik von Matrosenverbänden
24 eingeläutet. Auch der Aufstand des 17. Juni 1953, der ebenso eine Verbesserung der
25 politischen Situation zum Ziel hatte, muss an dieser Stelle Erwähnung finden. Im Gegensatz
26 zum Streik bei Tarifkonflikten, der eine konkrete wirtschaftliche Verbesserung mit sich bringen
27 soll, ist die Zielsetzung beim politischen Streik eine andere.

28

29 Insbesondere das Verbot aller Streiks, die nicht explizit auf den Abschluss von Tarifverträgen
30 gerichtet sind, bildet eine schwere Verletzung dieser Bestimmungen. Diese Verbote bedrohen
31 unsere Demokratie, da sie die Partizipationsmöglichkeiten der Menschen massiv beschränken.

32

33 Auch von medialer Seite wurde und wird eine zum Teil tendenziös negative Berichterstattung
34 betrieben. Dabei werden Streikmaßnahmen häufig in ein schlechtes Licht gerückt und
35 Kommentare im Sinne der Arbeitgeber*innenverbände, einzelner Arbeitgeber*innen oder
36 wirtschaftsliberaler Teile der Politik verfasst. Gerade wegen dieses großen Widerstandes
37 seitens der Arbeitgeber*innenverbände ist es nur mit einer gemeinsamer Anstrengung von
38 Gewerkschaften und Parteien der Arbeiter*innenbewegung möglich, den politischen Streik in
39 Deutschland durchzusetzen.

40

41 Sowohl in den Parteien der Arbeiter*innenbewegung, als auch auf Seiten der Gewerkschaften
42 war die Skepsis gegenüber eines politischen Streikrechts in Deutschland nicht unerheblich.
43 Dennoch entwickelt sich momentan ein breiter Diskurs zu dieser Thematik, der weiter geführt
44 werden muss.

45

46 Unter anderem in europäischen Ländern wie Spanien, Frankreich, Griechenland, die sich in
47 Krisenlagen befinden, gehören Generalstreiks mittlerweile zu einem starken Druckmittel der
48 Bevölkerung. Die Streiks ermöglichen somit eine größere Kontrolle der politischen Institutionen
49 durch das Volk und sind ein zusätzliches Druckmittel gegenüber den Repräsentanten und
50 agierenden politischen Kräften. Politische Streiks zielen im Unterschied zu Demonstrationen
51 nicht nur auf das öffentliche Interesse, sondern auch auf die wirtschaftliche Produktivität und
52 sind diesen somit deutlich überlegen.

53

54 Der politische Streik ermöglicht es der Arbeiter*innenklasse ihre eigenen Interessen in der
55 Gesellschaft leichter durchzusetzen und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zwischen Kapital
56 und Arbeit ein Stück weit in die richtige Richtung zu verschieben.

57

58 Zum jetzigen Zeitpunkt hat Kapital deutlich bessere Möglichkeiten gesellschaftliche Diskurse zu
59 entfachen, zu gewinnen oder diese zu unterbinden. Durch den Einsatz der Medien kann ein
60 enormer politischer Druck aufgebaut werden. Gerade letzteres darf in seiner Wirkung keinesfalls
61 unterschätzt werden, so sind die großen Mediengesellschaften Deutschlands in privater Hand
62 und können die Masse der Menschen beeinflussen. Dazu muss in diesen Medien noch nicht
63 einmal gelogen werden, die bloße Darstellung der Informationen kann bereits manipulativ genug
64 sein, um die gewünschten gesellschaftliche Meinung zu erzeugen.

65

66 Durch das Recht politische Streiks durchzuführen, verbessert sich die Situation der
67 lohnabhängigen Bevölkerung und sie bekommt ein Druckmittel in die Hand, dass ihr sowieso als
68 Grundrecht zusteht und nur durch völkerrechtswidrige Entscheidungen genommen wurde.

69

70 Daher fordern wir

71

72 • die Entfachung einer gesellschaftspolitischen Debatte zum Thema „politisches
73 Streikrecht“. Dies kann durch öffentliche Veranstaltungen, Seminar, Workshops, Vorträge
74 und Podiumsdiskussionen gemeinsam mit den Gewerkschaften geschehen. Wir als Jusos
75 müssen uns dafür einsetzen, den Diskurs weiter in die Gesellschaft zu tragen und die
76 Bedeutung des politischen Streikrechts hervorzuheben

77

78 • die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Verschärfung und Ausweitung von
79 umfassenden (Arbeits-) Kampfmitteln der (organisierten) Arbeitnehmer*innen

80

81 • den gemeinsamen Diskurs mit den Gewerkschaften zu suchen und mögliche
82 Handlungsoptionen für die Umsetzung eines politischen Streikrechts in Deutschland zu
83 diskutieren

84

85 **Begründung:**

86 erfolgt mündlich

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Vereinbarung Familie und Beruf

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Vereinbarung Familie und Beruf

1 **Analyse:**

2

3 Junge Familie in Deutschland haben es zur Zeit schwer. Sowohl der Mangel an
4 Betreuungsplätzen als auch unflexibel Arbeitszeiten führen dazu, das ein Elternteil die
5 Berufstätigkeit aufgeben muss. Für viele bedeutet dies zugleich das Karriere aus, denn wer
6 mehrere Jahre aus dem Beruf ausscheiden muss findet häufig schwerer wieder zurück ins
7 Berufsleben.

8

9 Unser Ziel muss die Unterstützung junger Familien sein, wofür der Staat die notwendigen
10 Rahmenbedingungen schaffen muss. Jedes Kind braucht ein garantiertes Recht auf Fürsorge,
11 und Bildung. Aber auch der Aufgabe der Erziehung muss sich der Staat stellen, denn Erziehung
12 ist immer auch Bildung, genauso ist Bildung immer zugleich Erziehung. Eine umfassende
13 pädagogische Betreuung vom ersten bis zum vierzehnten Lebensjahr ist für die Vereinbarung
14 von Familie und Beruf und für die Chancengleichheit aller Kinder unabhängig von den
15 finanziellen Möglichkeiten der Eltern Voraussetzung.

16

17 Ein erster Schritt ist mit dem ab August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen ganztägigen
18 Betreuungsplatz für jedes Kind vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr
19 getan. Die Umsetzung dieses Rechtsanspruchs ist aus mehreren Gründen ein wichtiger Schritt
20 in eine gleichberechtigte Gesellschaft:

21

22 Zum einen steht hier das Recht eines jeden Kindes auf gute Bildung im Vordergrund. Heute
23 bestimmen vor allem das Einkommen der Eltern und der Wohnort die Qualität der
24 Kindertagesstätte. Zunächst müssen jedoch die Aufgabenbereiche der Kinderbetreuung
25 definiert werden. In der heutigen Gesellschaft wird häufig zwischen Erziehung und Bildung
26 unterschieden, doch besonders bei Kleinkindern geht beides Hand in Hand. Um eine qualitativ
27 hohe und gebührenfreie frühkindlichen Bildung zu gewährleisten, muss der Bereich
28 Kleinkinderbetreuung dem Ministerium für Bildung unterstellt werden.

29

30 Besonders unverständlich ist der schleppende Ausbau in Anbetracht der neusten Zahlen zum
31 Fachkräftemange in Deutschland.

32

33 Die aktuelle Generation junger Frauen ist hervorragend ausgebildet und übertrifft in den
34 akademischen Leistungen im Durchschnitt die männlichen Kollegen. Trotzdem muss ein
35 Großteil dieser Frauen sich auch heute noch zwischen Beruf und Familie entscheiden. Gerade
36 einmal 5,7% der nicht erwerbstätigen Frauen mit einem oder mehreren Kindern unter 6 Jahren,
37 die mit einem voll erwerbstätigem Partner zusammenleben, haben dieses Lebensmodell
38 gewählt. Der Großteil der nicht berufstätigen Frauen wird unter anderem durch das mangelnde
39 Betreuungsangebot in das Hausfrauenmodell gepresst.

40

41 Dem entgegen steht das 2012 verabschiedete Betreuungsgeld. In Zusammenhang mit dem
42 Kinderförderungsgesetz, wonach jedem Kleinkind ein Betreuungsplatz zusteht, ist das
43 Betreuungsgeld ein wirtschaftliches Desaster. Die Bereithaltung eines Betreuungsplatzes und
44 die gleichzeitige Finanzielle Förderung der nicht Inanspruchnahme dieses KiTa- Platzes ist aus
45 wirtschaftlicher Sicht nicht vertretbar. Die durch das Betreuungsgeld anfallenden Kosten von
46 jährlich bis zu 2 Milliarden Euro müssen komplett in die Finanzierung der Kinderbetreuung
47 investiert werden.

48

49 Auch außerhalb der KiTa Öffnungszeiten müssen wir junge Familien mehr unterstützen.
50 Besonders im Schichtbetrieb arbeitende Eltern können die Betreuung eines Kleinkindes und
51 den Berufsalltag kaum unter einen Hut bringen. Häufig stoßen diese Eltern innerbetrieblich auf
52 großes Unverständnis von Vorgesetzten und Kollegen, wenn sie versuchen den Schichtplan
53 dem Familienleben anzupassen. Hier muss ein gesellschaftliches Umdenken erfolgen, das nur
54 durch ein starkes Engagement von Arbeitgebern aber auch gesetzlichen Regelungen erwirkt
55 werden kann. Daher fordern wir eine Befreiung von Nachtschichten für jeweils ein Elternteil, bis
56 zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes.

57

58 Auch in späteren Lebensphasen des Kindes müssen Eltern die Möglichkeit erhalten, flexibel auf
59 die Bedürfnisse Ihres Kindes einzugehen. Arbeitszeitmodellen zur Reduzierung der
60 Arbeitsstunden, Job-Sharing und Gleitzeitmodelle können hier Abhilfe schaffen.

61

62 Das Angebot an Ganztagschulen sowohl im Grundschul-Bereich als auch für Kinder und
63 Jugendliche der Sekundarstufe I steht weit hinter dem Bedarf zurück. Der Ausbau der
64 Ganztagsbetreuung für Schulkinder muss ausgebaut und mit dem Lehrplan wie auch der
65 Pausenregelung vereinbart werden.

66

67 Auch während der Ferien müssen Kinder berufstätiger Eltern betreut werden. Daher ist ein
68 flächendeckendes Angebot an Ferienbetreuungen zur Umsetzung einer ganzzeitigen
69 Betreuung von Kindern und Jugendlichen unumgänglich.

70

71 Wären sich 1978 noch ein Großteil der Männer als "Ernährer" verstanden, waren es 2009 nur noch
72 38 Prozent[1]. Aktuell sehen sich 46 Prozent der befragten Männer unter 45 Jahren eher als
73 "aktive Erzieher"[2]. Um die Zielsetzung eines Ausgleiches der Geschlechterrollen zu erreichen
74 ist eine Unterstützung der aktiven Vaterschaft unumgänglich. In vielen Bereichen der
75 Kindesversorgung wird heute schon der Fokus auf eine „nachhaltige Familienpolitik“ gelegt. So
76 kann jedes Elternteil gleichermaßen Erziehungsgeld oder Elternteilzeit beantragen. Direkt nach
77 der Geburt des Kindes liegt die Verantwortung aber immer noch bei der Mutter. Gerade in den
78 ersten Wochen nach der Geburt ist die Belastung für die Eltern durch die neue Situation
79 besonders hoch. Daher fordern wir einen Vaterschaftsurlaub von 10 Arbeitstagen direkt nach
80 der Geburt des Kindes.

81

82 Politik kann großen Einfluss auf die gelebten Rollenbilder ausüben. Besonders die
83 Diskriminierung arbeitender Mütter ist ein Problem, das sich durch alle Gesellschaftsschichten
84 zieht. Dies kann nur durch die Wandelung des Gesellschaftsbildes der Frau als Individuum und
85 nicht dem der reinen Hausfrau und Mutter erreicht werden. Durch die Förderung der
86 Gleichstellung der Geschlechter mit Hilfe eines gut durchdachten Betreuungssystems für Kinder
87 und Jugendliche sowie die Unterstützung der aktiven Vaterschaft können traditionelle
88 Rollenverhältnisse aufgebrochen werden.

89

90 **Wir fordern deshalb:**

91

- 92 • Umfassende und gebührenfreie pädagogische Betreuung vom ersten bis zum vierzehnten
- 93 Lebensjahr
- 94 • Umsetzung des Kinderförderungsgesetz, wonach jedem Kleinkind ein ganztägiger
- 95 Betreuungsplatz zusteht.
- 96 • die Kinderbetreuung vor Eintritt in die Schule muss auch Bildung sein. Der
- 97 Bildungsauftrag der Kindertagesstätten und Kindergärten muss somit dem
- 98 Bildungsministerium unterstehen
- 99 • Abschaffung des Betreuungsgeld
- 100 • eine Befreiung von Nachtschichten, bei vollem Ausgleich der „Nachtschichtzulagen“, für
- 101 jeweils ein Elternteil, bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes.

- 102 • Förderung von Arbeitszeitmodellen zur Reduzierung der Arbeitsstunden, Job-Sharing und
- 103 Gleitzeitmodelle
- 104 • Ausbau von Ganztagschulen
- 105 • Ein flächendeckendes Angebot an Ferienbetreuung, dieses Angebot soll, wo möglich, mit
- 106 Kooperationspartner*innen von anerkannten Trägern außerschulischer Bildungsarbeit
- 107 durchgeführt werden“
- 108 • einen Vaterschaftsurlaub von 10 Arbeitstagen direkt nach der Geburt des Kindes
- 109 • Bekämpfung der Diskriminierung arbeitender Mütter

110

111

112

113 [1] Vgl. Helge Pross, Die Männer. Eine repräsentative Untersuchung über die Selbstbilder von

114 Männern und ihre Bilder von der Frau, Hamburg 1978

115

116 [2] BMFSFJ (Hrsg.), Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009. Monitor

117 Familienforschung, Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Berlin 2009.

118

119 **Begründung:**

120 erfolgt mündlich.

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

Titel U25-Sondersanktionen abschaffen

Antragsteller Bremen

Zur Weiterleitung an Parteikonvent

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

U25-Sondersanktionen abschaffen

1 Die SPD setzt sich für die sofortige Abschaffung der zurzeit gültigen, besonders drastischen
2 Sanktionen gegen junge Arbeitssuchende im SGB II ein. Die Bundestagsfraktion wird
3 aufgefordert, eine entsprechende Initiative zu ergreifen.

4

5 **Begründung:**

6 Für junge Menschen bis 24 Jahre gelten im SGB II besonders drastische Sanktionsregelungen.
7 Ihnen werden bereits nach einem ersten Verstoß gegen die Zumutbarkeitsregeln sämtliche
8 Geldleistungen gestrichen. Nach einem zweiten Verstoß werden auch die Kosten für Miete und
9 Heizung versagt, zusätzlich erlischt die Trägerschaft ihrer Krankenversicherung.

10

11 Dies wird damit begründet, dass junge Menschen im Gegenzug für ihre besondere Förderung
12 besonders gefordert werden müssten. Eine Begründung, die über diese "pseudopädagogische
13 Stammtischparole" hinausgeht, existiert nicht. Aus sozialdemokratischer Perspektive richtig ist,
14 dass es bei jungen Menschen vor allem um Befähigung und Qualifizierung gehen sollte. Warum
15 aber jene, die auf den Arbeitsmarkt oft erst noch vorbereitet werden müssen, besonders hart für
16 ihr vermeintlich falsches Handeln am Arbeitsmarkt bestraft werden sollen, bleibt unerklärt. Das
17 SGB II widerspricht damit auch der bewährten Praxis des Jugendstrafrechts, zweite und dritte
18 Chancen zu geben anstatt Türen zuzuschlagen.

19

20 Die Folge der derzeitigen Regelung ist, dass Betroffene nicht etwa angespornt, sondern
21 demotiviert, gedemütigt und sozial ausgegrenzt werden. Die Sanktionen bedeuten regelmäßig
22 ein Leben ohne Geld für Nahrungsmittel, Strom oder Krankenversicherung. Betroffene rutschen
23 in Schwarzarbeit, Kleinkriminalität und Obdachlosigkeit ab oder erleben den Zwang, zu ihren
24 Familien zurückzuziehen, von denen sie oft wegen schwerer familiärer Probleme weggezogen
25 sind. Junge Frauen werden in traditionelle Rollenmuster, d.h. zur langfristigen ökonomischen
26 Abhängigkeit vom erwerbstätigen Partner, gedrängt.

27

28 Für die ArbeitsvermittlerInnen bedeuten die Vorschriften belastende Gewissensentscheidungen
29 und eine Erschwerung ihrer auf Kooperation angewiesenen Arbeit. Die allgemeinen negativen
30 Effekte von Sanktionen zeigen sich so bei jungen Menschen besonders deutlich: Ihre
31 nachhaltige Teilhabe am Erwerbsleben sowie ihre Entwicklung zu selbstständigen und
32 selbstbestimmten Persönlichkeiten werden nicht befördert, sondern massiv behindert.

33

34 Ziel einer arbeitnehmerInnenorientierten Arbeitsmarktpolitik muss es sein, Menschen
35 nachhaltige und hochwertige Beschäftigung zu bieten. Dies wird mit Sanktionen nicht erreicht.
36 Durch diese wird eine kurzfristige Perspektive eingenommen, die die Schuld für unzureichende
37 Beschäftigungsmöglichkeiten auf die Erwerbslosen abwälzt, indem die Erwerbslosen vor die
38 Wahl zwischen einer schnellen Vermittlung, und so das Drängen in prekäre
39 Beschäftigungsverhältnisse, oder aber ein Leben unter dem Existenzminimum stellt. Nicht nur,
40 aber insbesondere bei jungen Menschen sollten stattdessen unterwertige Beschäftigung

41 vermieden werden, indem aufstiegsorientierte Bildung und Qualifizierung wieder stärker in den
42 Vordergrund gerückt werden. Dafür bedarf es einer grundlegenden Überarbeitung des SGB II,
43 die unter vielen verschiedenen Sachfragen auch die Schaffung einer vollständig sanktionsfreien
44 Existenzsicherung sowie eine Abkehr von der jetzigen, kurzfristigen Vermittlungs- und
45 Maßnahmenlogik beinhalten muss. Die Abschaffung der geltenden U25- Sondersanktionen
46 wäre dafür ein wichtiger – und angesichts ihrer Drastik zeitlich besonders drängender- erster
47 Schritt.

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

41

42 Durch die leichten unzureichenden Regelungen der Leiharbeit, umgehen ArbeitgeberInnen
43 ArbeitnehmerInnenrechte durch den Einsatz über Werkverträge.

44

45 **Wir fordern die strenge Regulierung der Werkverträge, die den Einsatz stark begrenzen**
46 **und nur dort zugelassen werden, wo sie sinnvoll eingesetzt werden können. Dazu gehört**
47 **dringend eine Meldepflicht, die transparent macht, wo unter welchen Bedingungen**
48 **Werkverträge geschlossen wurden.**

49

50 **Mitbestimmung**

51

52 Viele prekäre Beschäftigungsarten werden durch fehlende Mitbestimmungsstrukturen gefördert,
53 bzw. unzureichend bekämpft. Nur wenige, die sich in solcher Beschäftigung befinden, wissen
54 von den Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetz. Hinzu kommen die geschürten
55 Existenzängste, durch die sich diese Menschen schlicht nicht trauen Mitbestimmungsstrukturen
56 im Betrieb aufzubauen.

57

58 **Wir fordern:**

59

- 60 • **In den Berufsschulen muss es bei jeder Aus- und Weiterbildungsart einen**
- 61 **verpflichtenden Teil zum Thema Mitbestimmung geben**
- 62 • **Die Mitbestimmungsmöglichkeiten durch das Betriebsverfassungsgesetz müssen**
- 63 **gestärkt werden**
- 64 • **Schon während der Neugründung von Betriebsräten muss bereits der**
- 65 **Kündigungsschutz greifen**

66

67 **Arbeitszeit**

68

69 Der "Acht Stunden Tag" ist mittlerweile etwa 150 Jahre alt und wurde seitdem kaum noch
70 angetastet. Seitdem stiegen aber die Produktivität der Betriebe und die Arbeitsbelastung für
71 jedeN EinzelneN deutlich an. Auch die psychischen Erkrankungen gehören immer mehr zum
72 Alltag. "Burnout" ist aber keine Modekrankheit, sondern ein Resultat der immer stärker
73 steigenden Belastung.

74

75 **Wir fordern die Regel-Arbeitszeit auf 30 Stunden/Woche zu reduzieren um die**
76 **Arbeitsbelastung zu kompensieren und die Gesundheit zu stärken. Die maximale**
77 **Arbeitszeit soll auf 45 Stunden/Woche begrenzt werden um Überstunden zu begrenzen.**

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Von 450-Euro- Jobs zu einem flexiblen und sozial gerechten Arbeitsmarkt

Antragsteller Nord-Niedersachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Von 450-Euro- Jobs zu einem flexiblen und sozial gerechten Arbeitsmarkt

- 1 Begrenzung der 450- Euro- Jobs
- 2
- 3 Einschränkung der Nutzergruppe für 450 €- Jobs
- 4
- 5 Zum jetzigen Zeitpunkt darf jede/r einen 450 €- Job ausüben. Dabei wird dieses Angebot häufig
- 6 von SchülerInnen, StudentInnen, RentnerInnen und Arbeitslosen beansprucht. Allerdings sind
- 7 viele 450 Euro- Jobs als KassiererIn oder in ähnlichen Bereichen zu finden, die reguläre
- 8 Beschäftigungsverhältnisse verdrängt haben. Diese Verdrängung von regulären
- 9 Beschäftigungsverhältnissen durch prekäre 450 Euro- Jobs kann und darf nicht Sinn der
- 10 Arbeitsmarktreform zur Vereinfachung von bürokratischen Aufwendungen sein. Daher sind z.B.
- 11 450 Euro- Jobs abzulehnen, bei denen die Arbeitskräfte keine Haupttätigkeit ausüben. Aus
- 12 sozialpolitischer Sicht ist es zu dem sehr bedenklich, dass insbesondere Arbeitslosengeld II
- 13 Bezieher keine Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhalten. Betriebe
- 14 nutzen so durch Einsparung von Personalkosten, z.B. durch das Einsparen der Sozialabgaben
- 15 die Arbeitskraft der Arbeitslosen aus. Gleichzeitig sind die Arbeitnehmer/innen so auf
- 16 Transferleistungen in Form des aufstockenden Arbeitslosengeldes II zum Arbeitseinkommen
- 17 angewiesen, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. So werden Steuermittel dafür
- 18 aufgebracht, die zu geringe Entlohnung auszugleichen.
- 19
- 20 Häufig werden 450 Euro- Jobs zur Umgehung der steuerlichen Progression sowie Einsparung
- 21 von Sozialabgaben genutzt. Dieses betrifft überwiegend Verheiratete, bei denen ein Ehegatte
- 22 sehr hohe Einkünfte hat. Durch die Zusammenveranlagung würde eine reguläre Beschäftigung
- 23 in die Einkommensteuerberechnung einfließen. Im Gegensatz dazu bietet die
- 24 Pauschalbesteuerung mit 2 % eine wahre Steuerersparnis. Wenn einer der Ehegatten keine
- 25 reguläre Beschäftigung hat und lediglich seine Einnahmen mit einem 450 Euro- Job erzielt, so
- 26 hat dies gravierende Auswirkungen im Bereich der Sozialversicherung, denn diese steuerliche
- 27 Gestaltung wirkt u.a. zu Lasten der Rentenansprüche.
- 28
- 29 Daher fordern die Jusos eine Begrenzung der 450- Euro- Jobs für folgende Gruppen:
- 30
- 31 • SchülerInnen
- 32 • Studierende
- 33 • RentnerInnen
- 34 • Arbeitslosen und Wiedereinsteiger in das Berufsleben unter den Einschränkungen des
- 35 Buchstaben b)
- 36 • Arbeitnehmer, sofern sie die Tätigkeiten für private Auftraggeber erbringen (z.B.
- 37 Kinderbetreuung)
- 38 • Selbständige, sofern sie nicht mehr als 20 Wochenarbeitsstunden für den 450 Euro-Job

39 aufwenden

40

41 b. 450 Euro-Jobs für eine begrenzte Zeit

42

43 Nach einer Rückkehr aus dem Ausland, der Elternzeit, der Arbeitslosigkeit oder nach einem
44 abgebrochenen Studium kann der Wiedereinstieg in das Berufsleben erfolgen. Hierfür eignen
45 sich die 450 Euro-Jobs. Die 450 Euro- Jobs stellen grundsätzlich billige Arbeitskräfte für
46 Unternehmer dar. Deshalb muss es einen gesetzlichen Missbrauchsschutz geben. Je nach Art
47 und Umfang der Tätigkeit benötigen Menschen Zeit eine Tätigkeit zu erlernen oder sich in eine
48 vorher gelernte Tätigkeit wieder einzufinden. Gerade in unserer modernen Welt verändert sich
49 das Arbeitsumfeld rasend schnell, so dass ein schneller Wiedereinstieg schwer ist und für viele
50 Arbeitgeber die Qualität der Arbeitsleistung von den Wiedereinsteigenden nicht mit einem vollen
51 Gehalt zu rechtfertigen ist. Daher wollen wir grundsätzlich die Möglichkeit des 450 Euro- Jobs
52 erhalten und eine Frist einführen, wann die Einarbeitungszeit endet. Nach dieser
53 Einarbeitungszeit muss ein reguläres Arbeitsverhältnis folgen. Die Einarbeitungszeit in einem
54 450 Euro Job darf nicht länger als ein halbes Jahr sein. Dieses wird sinngemäß aus der
55 Probezeit beim arbeitsrechtlichen Kündigungsschutz abgeleitet.

56

57 Die Jobcenter müssen kontrollieren, dass bei der Vermittlung von Arbeitslosen kein Missbrauch
58 betrieben wird. So dürfen Unternehmen, die nur eine geringe Quote der Arbeitnehmer nach dem
59 Ende der 450-Euro-Zeit als reguläre Beschäftigte übernehmen, keine weiteren Arbeitslosen
60 vermittelt bekommen.

61

62 Die Jusos fordern daher

63

- 64 • gesetzlich verpflichtende Umwandlung von 450 €- Jobs in Festanstellungen nach einem
- 65 Zeitraum von maximal 6 Monaten
- 66 • keine Vermittlung von 450 Euro Jobs an Unternehmen, die weniger als 50 % der
- 67 vermittelten Arbeitskräfte als reguläre Beschäftigte übernehmen

68

69 c. Gleichstellung von Selbständigen und Arbeitnehmer beim unterstützenden
70 Arbeitslosengeld II

71

72 Selbständige erhalten das Arbeitslosengeld II als Aufstockung nur darlehensweise zu ihrem
73 Einkommen. Arbeitnehmer hingegen brauchen die Leistungen nicht zurückzahlen. Eine
74 Gleichberechtigung von Kleingewerbetreibenden und Arbeitnehmern ist gerade im Blick auf die
75 unter 4. genannten Punkte folgerichtig.

76

77 Daher fordern die Jusos

78

- 79 • die Abschaffung der darlehensweisen Zahlung von ALG II

80

81 2. Gründung von Kleingewerben

82

83 Wir fordern die Ausgliederung von Arbeit in den kleingewerblichen Bereich. So lässt sich die
84 Verschärfung der Regelungen zum 450- Euro- Job abmildern und gleichzeitig schaffen wir neue
85 soziale Sicherheiten und Unterstützungsleistungen für die derzeitigen Kleingewerbetreibenden.
86 Kleingewerbetreibende sind nach unserer Auffassung alle Gewerbetreibende, deren
87 gewerbliche Einkünfte drei Jahre in Folge unter 24.500 Euro liegen und dementsprechend keine
88 Gewerbesteuer entrichten müssen.

89

90 a. Beratende Unterstützung bei der Gewerbeegründung

91

92 Ein Gewerbe zu gründen erfordert eine langfristige und sehr detaillierte Planung. Gerade in
93 konkurrenzlastigen Bereichen ist es für einen Jungunternehmer schwer seinen Platz zu finden.
94 Durch die Industrie- und Handwerkskammern, Gründungsvereine und Hilfguppen, sowie
95 Unternehmens-, Steuer- und Wirtschaftsberater gibt es genügend Ansprechpartner bei einer
96 Gründung des Gewerbes.

97

98 Die Kommunen sollen bei einer Gewerbebeanmeldung stärker prüfen, ob die Jungunternehmer
99 sich umfassend informiert haben, um zukünftige Insolvenzen und Scheinfirmen vom Markt

100 fernzuhalten. Dieses ist im Interesse aller Marktteilnehmer.
101
102 Weiter sollen Jobcenter geringfügig Beschäftigte, Arbeitssuchende und Zeitarbeitskräfte über
103 die Möglichkeiten der Betriebsgründung aufklären und Informationsmaterialien bereitstellen.
104
105 Die Juros fordern
106
107 • Aufklärung oben genannter Gruppen über Gründung, Möglichkeiten und Risiken eines
108 eigenen Gewerbes
109 • intensive Begleitung von Gewerbegründern
110 • Kontrolle der Kommunen, dass mindestens eine der og. genannten Institutionen in die
111 Unternehmensgründungen einbezogen wurde
112
113 b. Finanzielle Unterstützung bei der Gewerbegründung
114
115 Bei Arbeitslosen, die sich Selbständig machen wollen und die Planungen sehr konkret und
116 realistisch sind, sollen die Jobcenter die Kosten für die Gewerbeanmeldung übernehmen.
117
118 Die Juros fordern
119
120 • die Übernahme der Gebühren bei Gewerbeanmeldung durch die Jobcenter
121
122 3. Aufbau von Netzwerken bei Kleingewerbetreibenden
123
124 a. Wirtschaftsförderung/ Unternehmensberatungen
125
126 In vielen Kommunen oder Landkreisen gibt es sogenannte Wirtschaftsförderer, die im Auftrag
127 des Landkreises dafür sorgen, dass eine gesunde Infrastruktur für große Firmen und
128 mittelständische Firmen besteht. Hierzu gehört auch, dass Zuliefernde Firmen und
129 Aushilfsfirmen sowie Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Deshalb sind die Wirtschaftsförderer
130 gute Ansprechpartner, wenn es um die Einschätzung des Marktes für eine Selbständigkeit geht.
131 Gemeinsam mit Unternehmensberatern, Steuerberatern und der Arbeitsagentur sollte ein
132 angehender Selbständiger und aktive Kleingewerbetreibende ihre Situation am Markt
133 einschätzen und die Risiken für ausgeübte Tätigkeit kennenlernen. Dieses soll dazu führen,
134 dass ein gesunder Markt ohne Dumpingpreise entsteht.
135
136 Wir Juros fordern,
137
138 • dass die Kommune das erste Gespräch von Selbständigen mit Wirtschaftsförderern
139 kostenlos und gebührenfrei lässt.
140 • dass auf die Möglichkeiten Unternehmensberater, Steuerberater und die Arbeitsagenturen
141 anzusprechen bei der Gewerbeanmeldung hingewiesen wird.
142
143 b. Kommunikation zwischen Gewerbetreibenden und Unternehmen durch
144 Zentraldatenbank
145
146 Eine Online-Zentraldatenbank der Kleingewerbetreibenden soll die Kommunikation zwischen
147 Arbeit-Ausschreibenden und Gewerbetreibenden erhöhen. Der Zugriff erfolgt online für die
148 Zugriffsberechtigten Unternehmen, Gewerbetreibende sowie Jobcentern und Kommunen. Die
149 Verwaltung der Datenbank und Zuweisung von Nutzer-Accounts obliegt den Kommunen.
150
151 Jedes Unternehmen, das Arbeit ausschreiben, oder Leistungen erfragen möchte, kann sich bei
152 der Kommune Zugangsdaten zuweisen lassen und gibt die gesuchte Leistung und Kontaktdaten
153 an. Mit Eintrag eines Gewerbes bei der Kommune vergibt diese an jeden neuen Betriebsinhaber
154 Zugangsdaten und pflegt angebotene Leistung, Erfahrung und Kontaktdaten ein.
155
156 Das Web- Portal der Datenbank muss eine Suchmaske beinhalten, die den Kontakt zwischen
157 Gewerbetreibenden und Unternehmen eröffnen kann.
158
159 Bsp. Aufbau:
160

222 c. Mindestlohn

223

224 Um den gesetzlichen Mindestlohn der demnächst für alle Arbeitnehmer gelten wird nicht durch
225 Auftragsverlagerung an Selbständige zu umgehen, muss auch für die Berufsgruppen ein
226 Mindestarbeitslohn eingehalten werden. Dieser ist mit dem gesetzlichen Mindestlohn identisch.
227 Dennoch sollten sich die Auftraggeber und Selbständigen an den tariflichen Löhnen und
228 vergleichbaren Kalkulationen eines Unternehmerlohnes in der Branche orientieren.

229

230 Die Jusos fordern

231

232 • einen gesetzlichen Mindestunternehmerlohn einzuführen.

233

234

235

236

237

238

239

240

241

242

243

244

245

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

Titel Höhere Ausgleichsabgaben für Betriebe und
Mindestquote für die Einstellung von Menschen mit
Behinderung

Antragsteller Brandenburg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Höhere Ausgleichsabgaben für Betriebe und Mindestquote für die Einstellung von Menschen mit Behinderung

1 Der Juso-Bundeskongress fordert, dass die Ausgleichsabgaben für Betriebe ab einer Größe von
2 monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen, die gemäß § 71, 77 SGB IX weniger als die gesetzlich
3 vorgeschriebene Zahl von schwerbehinderten Menschen beschäftigen, erhöht werden. Die
4 Höhe der Ausgleichsabgabe soll monatlich je unbesetzten Pflichtarbeitsplatz betragen:

- 5
6 • 250 Euro bei einer Beschäftigungsquote von 3 % bis weniger als 5 %
7 • 500 Euro bei einer Beschäftigungsquote von 2 % bis weniger als 3 %
8 • 750 Euro bei einer Beschäftigungsquote von weniger als 2 %.

9
10 Darüber hinaus soll die Beschäftigungsquote für Menschen mit Schwerbehinderung in Betrieben
11 ab einer Größe von monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen gemäß § 71, 77 SGB IX von 5 %
12 auf 6 % erhöht werden.

13
14 **Begründung:**

15 Derzeit ist die Ausgleichsabgabe für Betriebe, die keinen oder zu wenige Menschen mit
16 Behinderung beschäftigen so gering, dass Unternehmen lieber die Ausgleichsabgabe zahlen,
17 anstatt einen Menschen mit Behinderung einzustellen. Sie fürchten oft Nachteile, wie keine
18 Kündigungsmöglichkeiten dieser Personen, 5 Tage mehr Urlaubsanspruch sowie einen höheren
19 Krankenstand als bei „gesundem“ Personal.

20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

C

Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand Berufliche Ausbildung	62
C 2	Nordrhein-Westfalen Inklusion – Von Anfang an dabei sein	71
C 3	Hessen-Nord Kostenfreie Bildung	78
C 4	Juso Schüler*innen über Juso-Bundesvorstand Erhöhung des Schüler*innenbafögs	79
C 5	Baden-Württemberg BAföG wirklich weiterentwickeln	81
C 6	Hessen-Nord Bundesweite Schulstandards	82
C 7	Rheinland-Pfalz Lernmittelfreiheit von der Grundschule bis zur Hochschule	83
C 8	Baden-Württemberg Bildung - mehr als nur Landessache!	84
C 9	Rheinland-Pfalz Abschaffung Bildungsföderalismus	85
C 10	Weser-Ems Frühkindliche Bildung - jetzt erst Recht!!	87
C 11	Hamburg Pluralismus in den Klassenzimmern – Ein Unterricht für alle Religionen	88
C 12	Rheinland-Pfalz Zufriedene Erzieher_innen für zufriedene Kinder und zufriedene Eltern - Struktureller Reformbedarf in den KiTas	90
C 13	Rheinland-Pfalz Gendersensibilisierung fällt nicht vom Himmel – Geschlechtergerechte Bildung jetzt!	93
C 14	Juso Schüler*innen über Juso-Bundesvorstand Schaffung der Stelle eines/einer Schulpsychologen/Schulpsychologin	96

Titel Berufliche Ausbildung

Antragsteller Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso -
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Berufliche Ausbildung

1 **1. Bedeutung von Ausbildung**

2

3 Berufliche Bildung und Ausbildung im dualen System ist für die Erwerbsbiographie der
4 überwiegenden Zahl der ArbeitnehmerInnen in Deutschland von grundlegender Bedeutung und
5 bestimmt die Lebensrealität jährlich tausender Jugendlicher. 2012 waren 824.626
6 Ausbildungsinteressierte Jugendliche offiziell verzeichnet, 551.272 neue Ausbildungsverträge
7 wurden geschlossen. Berufliche Bildung und gute Ausbildungsbedingungen haben für uns
8 daher besonderen Wert. Wir setzen uns entschieden für die Belange Ausbildender in
9 Deutschland und derjenige Jugendlichen die keinen Ausbildungsvertrag erhalten und in
10 Maßnahmen des Übergangssystems abgeschoben werden ein. Wir streben danach berufliche
11 Ausbildung für alle Interessierten zu verwirklichen, in der Jede und Jeder selbstbestimmt und
12 frei von ökonomischem Zwang ein Berufsfeld entsprechend ihrer/seiner Fähigkeiten und
13 Neigungen wählen und umfassend Ausgebildet seinen Weg in der Arbeitswelt beginnen kann.

14

15 Die berufliche Ausbildung ist für viele Jugendliche ein bedeutungsvoller Schritt, der ihr weiteres
16 Leben häufig entscheidend prägt. Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben ist es daher auch,
17 Jugendlichen eine Entscheidung über die Wahl des Ausbildungsberufes frei von ökonomischen
18 Zwängen zu ermöglichen. Man kann kaum von einer selbstbestimmten und freien Entscheidung
19 sprechen, wenn es nicht die Neigungen und Fähigkeiten der Jugendlichen sind, die über die
20 Berufswahl entscheiden, sondern der Zwang, zumindest irgendeinen Ausbildungsplatz
21 annehmen zu müssen. Das Recht auf freie Berufswahl hat für uns Vorrang vor dem Interesse
22 der Wirtschaftszweige an passgenauer Versorgung mit Nachwuchskräften. Nicht besetzte
23 Ausbildungsplätze sind für uns daher zunächst keine Schreckensvorstellung, sondern Ausdruck
24 eines Angebotes an Ausbildungsplätzen, das deutlich über die Zahl der Ausbildungssuchenden
25 hinausgeht und somit das Recht auf freie Berufswahl erst verwirklicht.

26

27 **2. Unser Anspruch an Ausbildung**

28

29 Wir wollen eine berufliche Ausbildung realisieren, die mehr vermittelt als nur technische
30 Fertigkeiten und nur auf die Verbesserung der ökonomischen Verwertbarkeit der jungen
31 ArbeitnehmerInnen abzieht. Auch berufliche Ausbildung muss einem emanzipatorischen
32 Anspruch gerecht werden. Sie muss zu selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Handeln
33 befähigen und den Jugendlichen umfassende Qualifikationen im gesamten Spektrum ihres
34 Berufsfeldes vermitteln.

35

36 **3. Situation beruflicher Ausbildung**

37

38 Auch wenn die offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung immer wieder anderes

39 nahelegen und die Ausbildungsplatzlücke sich in den vergangenen Jahren demographiebedingt
40 in Wohlgefallen aufgelöst habe, so gibt es auch heute zahlreiche Jugendliche, die keinen
41 Ausbildungsplatz finden.

42

43 Der Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verschleiert,
44 dass die tatsächlichen Zahlen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und die derzeit
45 gute Auftragslage der Unternehmen nicht auf den Ausbildungsmarkt durchschlug.

46

47 824.626 Ausbildungsinteressierten, seien es aktuelle BewerberInnen, AltbewerberInnen oder in
48 Warteschleifen geparkten oder gleich ganz als nicht ausbildungsreif abgeschriebene
49 Jugendlichen standen 2012 knapp 551.271 abgeschlossene Ausbildungsverträge gegenüber.
50 Das bedeutet, dass lediglich 66,9 Prozent der ausbildungsinteressierten Jugendlichen einen
51 Ausbildungsplatz finden. Gleichzeitig sind 76.029 BewerberInnen ohne Ausbildungsplatz
52 geblieben und das bei ca. 33.275 offenen Ausbildungsplätzen. Das wird oft mit der mangelnden
53 Ausbildungsreife der Jugendlichen begründet. Häufig sind es aber nicht die BewerberInnen, die
54 nicht ausbildungsreif sind, sondern die Firmen oder Arbeit- und Ausbildungsbedingungen in den
55 jeweiligen Berufen und Betrieben sind so miserabel, dass sich niemand freiwillig dort bewirbt.

56

57 Zusätzlich sind derzeit noch etwa 300.000 (2012) Jugendliche, häufig AltbewerberInnen, in
58 Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems geparkt, die sich für sie eher als Abstellgleis,
59 denn als Übergang erwiesen haben. Die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsabschluss in der
60 Altersgruppe zwischen 20 bis 29 Jahren ist seit Jahren relativ konstant und liegt 2012 bei rund
61 1,39 Millionen Menschen. Das sind 14,1 Prozent dieser Altersgruppe. Was Jugendliche heute
62 brauchen sind keine weiteren „Maßnahmen“, sondern echte Chancen und Perspektiven für eine
63 berufliche Qualifizierung.

64

65 In den kommenden Jahren wird es grade im hochqualifizierten Bereich einen enormen Bedarf
66 an gut ausgebildeten Fachkräften geben. Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze in diesen
67 Bereichen und die Jugendlichen müssen besser auf Ausbildung und Beruf vorbereitet werden.
68 Es kann nicht sein, dass jedes Jahr tausende Jugendliche ohne Ausbildungsplatz da stehen,
69 viele mit „nur“ Hauptschulabschluss keine Chance auf überhaupt einen Ausbildungsplatz haben,
70 dass Jahr für Jahr 60.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen. Wir brauchen
71 ein Schulsystem, das die Jugendlichen befähigt, selbstbestimmt über ihr Leben zu entscheiden
72 und sie auf qualifizierte Ausbildungen und die Herausforderungen der Arbeitswelt wirklich
73 vorbereitet, anstatt viele von vornherein abzuschreiben.

74

75 **4. Ausbildungsplätze sicherstellen**

76

77 Die Arbeitsbedingungen und die Lohnentwicklung haben aus ArbeitnehmerInnensicht in vielen
78 Branchen (nur beispielhaft genannt seien die Pflege und die Gastronomie) in den vergangenen
79 Jahren eine negative Entwicklung genommen. Dies wirkt sich zwangsläufig auf die Qualität der
80 Ausbildung aus. Obwohl deutschlandweit immer mehr Unternehmen den drohenden
81 Facharbeitermangel beklagen sind es bundesweit nur mehr 21,5 % der Unternehmen, die
82 überhaupt noch ausbilden und diese Ausbildungsquote sinkt seit Jahren weiter. Es gilt die
83 Unternehmen, welche finanziell und personell in der Lage sind auszubilden, entsprechend in die
84 Pflicht zu nehmen.

85

86 **4.1. Recht auf Ausbildung**

87

88 Die Jusos fordern die Einführung des gesetzlichen Anspruchs auf eine mindestens 3 Jährige
89 berufliche Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu absolvieren. Diese
90 Ausbildungsgarantie für alle ausbildungswilligen Jugendlichen die keinen Ausbildungsplatz
91 finden konnten soll spätestens 2 Monate nach Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres gelten.

92

93 Ausbildungsinteressierte Jugendliche, die innerhalb dieser Frist keinen Ausbildungsplatz
94 werden im Rahmen eines echten Übergangs- und Berufsvorbereitungssystems
95 anrechnungsfähige Ausbildungsangebote in schulischer oder geförderter Ausbildung gemacht,
96 die sie auf die Aufnahme einer dualen Ausbildung vorbereiten und ihnen reguläre
97 Ausbildungsinhalte vermitteln sollen. Maßnahmen der außerbetrieblichen Ausbildung und
98 geförderte Ausbildung sollen duale Ausbildung in keinem Fall ersetzen sondern nur ergänzen
99 und im Notfall als zusätzliche Ausbildungsmöglichkeit dienen. Ziel bleibt immer die Vermittlung

100 in duale Ausbildung.

101

102 **4.2. Ausbildungsplatzumlage – Ausbildungsfonds**

103

104 Unternehmen, die nicht oder nicht im ausreichenden Maße ausbilden müssen wieder in die
105 Pflicht genommen werden und an der Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe
106 'berufliche Ausbildung' finanziell beteiligt werden. Deshalb treten wir seit Jahren für die
107 Einführung der Umlagefinanzierung der Ausbildung ein. Die Unternehmen sollen im Rahmen
108 eines Ausbildungsfonds, entsprechend Betriebsgröße und einer Ausbildungsquote von
109 mindestens 10 Prozent verpflichtende Beiträge für die Mindestanzahl an Auszubildenden im
110 Betrieb an den Ausbildungsfonds entrichten müssen.

111

112 Aus dem Fonds wird ausbildenden Betrieben, entsprechend der Anzahl der Auszubildenden im
113 Betrieb der Beitrag zum Ausbildungsfonds zurückerstattet, Unternehmen mit
114 Überbedarfsausbildung werden so gefördert. Ziel ist es, insbesondere die Klein- und
115 mittelständischen Unternehmen zu stärken. Mit den aus den übrigen Beiträgen der nicht
116 ausbildenden Unternehmen gewonnenen Mitteln sollen Überbetriebliche
117 Ausbildungskooperationen und soziale Ausbildungsprojekte gefördert und
118 ausbildungsbegleitende Hilfen gestärkt werden. Ebenso soll aus den Mittel des
119 Ausbildungsfonds ein Sofortprogramm finanziert werden um Jugendliche AltbewerberInnen, die
120 derzeit in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems geparkt sind, in berufliche
121 Ausbildung zu vermitteln.

122

123 **4.3. Überbetriebliche Ausbildungskooperationen**

124

125 Gerade kleine Betriebe tun sich teilweise schwer alle Anforderungen an die Ausbildung in einem
126 Berufsfeld zu erfüllen und alle Ausbildungsinhalte auch tatsächlich in entsprechender Qualität
127 anbieten zu können. In kleineren und mittleren Betrieben kommt es daher immer wieder zu
128 einseitigen und teilweise ungenügenden Ausbildungen. Mancher Betrieb verzichtet auch auf
129 eine Ausbildung, da die Anforderungen nicht erfüllt werden können. Dennoch ist es gerade im
130 handwerklichen Bereich wichtig, dass die Jugendlichen mit der beruflichen Realität in kleinen
131 Betrieben in Kontakt kommen und zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen können.

132

133 Die Förderungen von Überbetrieblichen Ausbildungskooperationen ist eine Möglichkeit gerade
134 auch kleinen und mittleren Betrieben innerhalb des dualen Systems zu ermöglichen allen
135 Ausbildungsinhalten gerecht zu werden, indem einzelne Ausbildungsinhalte beispielsweise in
136 Lehrwerkstätten großer Betriebe oder Ausbildungskooperationen vermittelt werden. So können
137 neue Betriebe für eine Ausbildung gewonnen werden, ohne die Ansprüche an berufliche Bildung
138 zu reduzieren und weiterhin möglichst hohe Qualitätsstandards durchzusetzen. Diese
139 Ausbildungskooperationen erhalten die Rückerstattung der Ausbildungsfondsbeiträge während
140 des Aufenthalts der Auszubildenden im Betrieb und sollen zusätzlich aus Mitteln des
141 Ausbildungsfonds unterstützt werden.

142

143 **4.4. Übergangssystem**

144

145 Derzeit mündet fast jeder dritte Jugendliche, der eine berufliche Ausbildung anstrebt in einer
146 Maßnahme des Übergangssystems. 2011 befanden sich etwa 294.000 Jugendliche im Dickicht
147 der Warteschleifen. Es kann nicht sein, dass Übergangsmaßnahmen als Warteschleifen genutzt
148 werden um die Ausbildungsstatistik zu bereinigen. Ein großer Teil der Jugendlichen absolviert
149 mehr als eine Maßnahme im Übergangsbereich, die durchschnittliche Verweildauer liegt bei
150 etwa 17 Monaten. Fast jeder 3. Jugendliche ist auch noch nach 2 Jahren noch nicht auf einen
151 betrieblichen Ausbildungsplatz im Rahmen des dualen Systems vermittelt. Dies geht auf Kosten
152 der beruflichen Perspektiven der betroffenen Jugendlichen.

153

154 Wir fordern aus den Mitteln des Ausbildungsfonds ein Sofortprogramm zu initiieren um
155 Jugendliche, die als AltbewerberInnen derzeit in den bisherigen Maßnahmen des
156 Übergangssystems geparkt sind in berufliche Ausbildung zu vermitteln und den
157 Übergangsbereich neu zu gestalten, so dass betroffenen Jugendlichen echte Chancen auf
158 Ausbildung und Qualifizierung ermöglicht werden. Wir fordern die Umgestaltung und
159 Systematisierung des beruflichen Übergangssystems. Es bedarf bundeseinheitlicher Regelung
160 über die Anforderungen und Funktionen des Übergangssystems sowie der zentralen Steuerung

161 und Koordinierung der Maßnahmen.

162

163 Im Rahmen der Arbeitsversicherung muss auch der Übergangsbereich neu geordnet werden.
164 Insbesondere soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden, die die individuelle Beratung
165 und Betreuung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die noch keine Ausbildung
166 begonnen und abgeschlossen haben bis einschließlich des 27 Lebensjahres vor Ort sicherstellt.
167 Ziel ist es für alle Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden oder Unterstützung und
168 Förderung in der Ausbildung benötigen einen individuell zugeschnittenen Ausbildungs- und
169 Förderungsplan zu erstellen und Betreuungsangebote sicher zu stellen.

170

171 Ausbildungsinteressierte Jugendliche, die innerhalb der, durch den gesetzlichen Anspruch auf
172 eine berufliche Ausbildung garantierten Frist keinen Ausbildungsplatz finden absolvieren das
173 erste Ausbildungsjahr in einer Berufsfachschule und wechseln in eine duale oder geförderte
174 Ausbildung unter Anerkennung der Ausbildungsinhalte des ersten Ausbildungsjahres.
175 Auszubildende mit erheblichen Vermittlungshemmnissen auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu
176 leiden haben sollen gezielt gefördert und auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet werden.

177

178 Ausbildungsbegleitende Hilfen und Modelle der assistierenden Ausbildung müssen in allen
179 Betrieben zum Regelangebot werden und durch erfahrene Ausbilder und Lehrkräfte in enger
180 Absprache mit der Ausbildungsberatung im Rahmen der Arbeitsversicherung vor Ort konzipiert
181 und umgesetzt werden. Auch bedarf es eines sozialpädagogischen Beratungsangebots, das
182 den Jugendlichen bei privaten, beruflichen oder sonstigen Problemen in der Ausbildung
183 unterstützend zur Seite steht.

184

185 Alle Maßnahmen der außerbetrieblichen und geförderten Ausbildung haben als gemeinsames
186 Ziel immer die Vermittlung in duale Ausbildung. Sie sollen nur im Notfall als zusätzliche
187 Ausbildungsmöglichkeit dienen und Jugendlichen einen Einstieg in eine selbstbestimmte
188 Ausbildung ermöglichen.

189

190 **5. Ausbildungsqualität**

191

192 Der zweite Schwerpunkt, neben der Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätzen en ist die
193 Sicherstellung der Ausbildungsqualität. Wir fordern nicht nur Ausbildungsplätze sondern beste
194 Ausbildungs- und Rahmenbedingungen für alle Auszubildenden. Leider gibt es immer noch
195 Firmen für die Auszubildende in erster Linie billige Arbeitskräfte darstellen, die
196 Ausbildungspläne nicht einhalten, ungenügend ausbilden oder selbst elementaren Regeln des
197 Jugendarbeitsschutzgesetzes verletzen. Dagegen müssen wir vorgehen. Deshalb muss es
198 heißen: beste Ausbildung für alle!

199

200 **5.1. Duales Ausbildungssystem**

201

202 Wir stehen als Jusos weiterhin zu dem in Deutschland seit langem etablierten und gut
203 ausgebauten System der dualen Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule. Die
204 Kombination aus theoretischem und praktischem Lernen und die vielseitigen und
205 anspruchsvollen Aufgaben durch den hohen Praxisbezug vermitteln grundlegenden
206 Qualifikationen und berufliche Fertigkeiten zugleich mit breit angelegtem theoretischem
207 Hintergrundwissen. Wir fordern für alle die einen entsprechenden Ausbildungsberuf ergreifen
208 wollen eine Ausbildungsgarantie innerhalb des dualen Systems.

209

210 **5.2. Ablehnung generelle Verkürzung der Ausbildungsdauer**

211

212 Einer grundsätzlichen Verkürzung der Ausbildungsdauer von 3,5 Jahre auf generell 3 Jahre und
213 der vermehrten Einführung von 2-Jährigen Ausbildungsberufen stehen wir ablehnend
214 gegenüber. Gerade in den neuen 2-jährigen Ausbildungsgängen findet eine Fokussierung auf
215 einige Tätigkeiten statt, die dem grundlegenden Ziel einer breit angelegten Ausbildung
216 entgegensteht. Erfahrungen haben gezeigt, dass die verkürzten Ausbildungsgänge den
217 inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen mit denen die Jugendlichen in der Arbeitswelt
218 umzugehen haben nicht gerecht werden. Deshalb fordern die Jusos die Beibehaltung der, im
219 Regelfall dreijährigen Ausbildungsberufe und lehnen eine generelle Verkürzung entschieden
220 ab. Wir wollen keine Schmalspurausbildungen, sondern die Vermittlung umfassender beruflicher
221 Kenntnisse sowie breit angelegter Grundlagen und Kompetenzen verwirklichen.

222

223 **5.3. Beibehaltung Berufsprinzip und Ablehnung der Modularisierung**

224

225 Wir stehen zum Berufsprinzip und lehnen eine Aufgabe des Systems geschlossener
226 Berufsbilder zugunsten einer Modularisierung der beruflichen Ausbildung ab. Die
227 Modularisierung leistet dem Zuschnitt der Ausbildung auf unternehmensspezifische
228 Anforderungen und der reinen Orientierung an der ökonomischen Verwendbarkeit der
229 Auszubildenden für das konkrete Unternehmen Vorschub und steht damit im Widerspruch zu
230 der geforderten Universalität und Vergleichbarkeit der Ausbildung. Wir wollen an dem System
231 vielseitiger und umfassender Ausbildungsberufe festhalten und den Auszubildenden so so größt
232 mögliche vielseitigkeit und umfassende berufliche Bildung in ihrem Berufsfeld bieten. Um im
233 europäischen Rahmen zu einer Vergleichbarkeit der Berufsbilder zu gelangen, befürworten wir
234 die Ausarbeitung europäischer Kernberufe, die in den einzelnen Berufssegmenten gemeinsame
235 Ausbildungsinhalte und Kompetenzen festlegen, welche einen einheitlichen Rahmen für die
236 erforderlichen zu vermittelnden Ausbildungsinhalte darstellen und durch die länderspezifischen
237 Ausbildungsordnungen und Berufsbilder ergänzt und detailliert werden.

238

239 **5.4. Jugendarbeitsschutzgesetz**

240

241 Das Jugendarbeitsschutzgesetz gewährleistet den besonderen Schutz minderjähriger
242 Auszubildender. Das Gesetz, das in seiner Ursprungsform auf das Jahr 1956 zurück geht soll in
243 seinen Bestimmungen und Sprache modernisiert und verständlicher gestaltet werden.

244

245 Allen Forderungen an den Stellschrauben tägliche Arbeitszeit, Arbeitsstunden, Nacht- und
246 Schichtarbeit, wöchentliche Arbeitszeit und Freizeitregelungen zu drehen und den besonderen
247 Schutz für junge Auszubildende und Jugendliche auf zu weichen erteilen wir eine entschiedene
248 Absage. Die Ergebnisse der Bund-Länder Arbeitsgruppe zur Novellierung des
249 Jugendarbeitsschutzgesetzes zeigen deutlich: Ausweitung der Arbeitszeiten und Lockerungen
250 der Schutzbestimmungen führen zu deutlichen Verschlechterung der Ausbildungsergebnisse
251 und zu erheblichen negativen psycho-sozialen Konsequenzen für die Jugendlichen.

252

253 Ganz im Gegenteil fordern wir die entschiedene Durchsetzung und Kontrolle der Einhaltung der
254 Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, dass oft genug verletzt oder gedehnt wird. Die
255 Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes sollen auf alle Menschen in Ausbildung
256 ausgeweitet werden. Mit der Ergänzung um ein generelles Ausbildungsschutzgesetz sollen in
257 Zukunft alle, die unter 18 Jahre alt sind und/oder in Ausbildung stehen den
258 Schutzbestimmungen unterworfen sein. Ausnahmeregelungen bezüglich Arbeitbeginn und -
259 ende müssen klar umrissen, nachweislich im Rahmen der Ausbildung erforderlich und durch
260 zeitnahen Freizeitausgleich abgegolten werden. Eine Ausweitung der wöchentlichen
261 Arbeitszeiten ist nicht möglich.

262

263 **5.5. Auszubildenschutz & Qualitätssicherung in der Ausbildung**

264

265 Das Problem besteht in der mangelnden Kontrolle der Ausbildungsbedingungen und der
266 Einhaltung selbst elementare gesetzlicher Regelungen wie des Jugendarbeitsschutzgesetzes.
267 Befragungen der DGB Jugend zeigen, dass es immer noch viele Betriebe gibt, die weder einen
268 Ausbildungsplan einhalten, noch ihre Auszubildenden dauerhaft oder zumindest regelmäßig
269 durch einen Ausbilder betreut werden, wo ausbildungsfremde Tätigkeiten überwiegen und
270 Überstunden selbst für minderjährige Auszubildende zur Tagesordnung gehören. Viel zu oft
271 werden Auszubildende immer noch vor allem als billige Arbeitskräfte gesehen. Auch zeigen die
272 Befragungen, dass die gerade in Betrieben zum Problem wird, in denen keine betriebliche
273 Interessensvertretung vorhanden ist.

274

275 Gewerbeaufsichtsämter, die über die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen wachen sollten,
276 sind unterbesetzt und überfordert und die, für die Überwachung der Ausbildungsqualität
277 zuständigen Industrie- und Handelskammern sind oft wenig geneigt bei Verstößen gegen die
278 Ausbildungsordnung oder schlicht schlechten Ausbildungsbedingungen gegen die Unternehmen
279 durchzugreifen, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen auch die Arbeit der IHK finanzieren.
280 Erfahrungen zeigen, dass es für die betroffenen Auszubildenden häufig sehr schwierig ist
281 wirkliche Verbesserungen über die eigentlich zuständige IHK durchzusetzen.

282

283 Die paritätisch mit VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen und VertreterInnen der Industrie- und
284 Handelskammer besetzt Berufsbildungsausschüsse, die zuständig sind für alle rechtlichen
285 Belange der beruflichen Ausbildung und die Festlegung von Ausbildungsinhalte und -plänen
286 sind ein wichtiges Element der beruflichen Selbstverwaltung und sollen zur stetigen
287 Weiterentwicklung der Qualität der Ausbildung beitragen. Da sie aber nur selten tagen, daher
288 keine dauerhafte Kontrolle der Ausbildungsbedingungen und -qualität wahrnehmen können und
289 die Kammern dieser Rolle nur ungenügend nachkommen, soll das bestehende
290 Selbstverwaltungssystem aus Kammern und Berufsbildungsausschüssen ergänzt werden durch
291 eine unabhängige Stelle, die über die Einhaltung der grundlegenden gesetzlichen Regelungen
292 wie des Jugendarbeitsschutzgesetzes, über Ausbildungsbedingungen und Durchführung der
293 Ausbildungspläne wacht.

294

295 Zu prüfen ist diese Kontrollfunktion einer gesetzlichen Auszubildenden bzw.
296 ArbeitnehmerInnenvertretung anzuvertrauen, die ein Gegengewicht zum arbeitgeberdominierten
297 Kammersystem schaffen und regional organisierte Anlaufstelle für alle Auszubildenden, grade
298 auch in Betrieben ohne vorhandene betriebliche Mitbestimmungsstrukturen werden könnte.
299 Hier gilt es im Dialog mit den Gewerkschaften entsprechende Modelle zu entwickeln und im
300 umzusetzen.

301

302 **5.6. Ausbilder ausbilden!**

303

304 Im Rahmen der Qualitätssicherung Ausbildung muss auch gewährleistet werden, dass
305 ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten für AusbilderInnen geschaffen und dauerhaft
306 vorgehalten werden müssen, so dass diese sowohl über den neusten Stand der Technik als
307 auch in Fragen didaktischer Konzepte weiterbilden können. Die verpflichtende Einhaltung der
308 Bestimmungen der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) muss wieder zur Regel werden und
309 für neue AusbilderInnen in allen Betrieben verbindlich sein. Erfahrungen haben gezeigt, dass
310 durch die Aussetzungen der AEVO Prüfungen nicht zu nachweislich mehr verfügbaren
311 Ausbildungspersonal und mehr Ausbildungsplätzen geführt haben. Nur gut ausgebildetes
312 Lehrpersonal garantiert die Qualität der beruflichen Ausbildung.

313

314 **5.7. Stärkung der Berufsschulen**

315

316 Berufsschulen müssen als zentrale Lernorte für Auszubildende gestärkt werden. Deshalb
317 fordern wir die bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Berufsschulstandorte. Gerade
318 auch Grundlegende Bildung und gesellschaftspolitische Angebote müssen neben hochwertigem
319 fachlichen Unterricht gefördert werden. Die Auszubildenden müssen auch in den Berufsschulen
320 mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung erhalten. Weiterhin sollen die Berufsschulen über die
321 Berufsbildungsausschüsse stärker als bisher in die Erstellung der Ausbildungsordnung und die
322 konkrete Ausgestaltung der Ausbildungspläne mit einbezogen werden um die Abstimmung
323 zwischen der Ausbildung im Betrieb und den Inhalten des Berufsschulunterrichts besser zu
324 koordinieren und zu verzahnen.

325

326 Auch müssen Berufsschulzeiten endlich wieder verbindlich voll auf die wöchentliche Arbeitszeit
327 angerechnet werden können. Noch immer gibt es einige Firmen, die die im Ausbildungsvertrag
328 festgeschriebene wöchentliche Arbeitszeit als rein betrieblich reklamieren und Auszubildende
329 zur Nacharbeit der Berufsschulzeiten anhalten. Mit der Novellierung des
330 Jugendarbeitsschutzgesetzes von 1997 wurde auf Drängen der Wirtschaft die eindeutige
331 Regelung für alle über 18 jährigen aufgehoben. Für uns Jusos gehören die Berufsschulzeiten
332 inklusive aller Wege- und Pausenzeiten klar zu Ausbildung. Daher fordern wir weiterhin die volle
333 Anrechenbarkeit auf die Arbeitszeit weder im Jugendarbeitsschutzgesetz zu verankern

334

335 **6. Situation der Auszubildenden**

336

337 **6.1. Gleichstellung**

338

339 Immer noch gibt es reale Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern bei gleichwertigen
340 Tätigkeiten und die Schlechterstellung von übergehend „weiblichen“ Berufen. Man spricht von
341 einem Gender Pay Gap von 22% Lohnunterschied. Auch in der Ausbildung kommt es nach wie
342 vor zur konkreten wie strukturellen Benachteiligung von Frauen und Mädchen. Alle beruflichen
343 Bildungsangebote müssen dahingehend überprüft werden. Wir wollen uns mit der Problemlage

344 auseinandersetzen und Forderungen entwickeln um dem wirkungsvoll entgegen zu treten.

345

346 Ein konkretes Teilproblem stellt beispielsweise das Thema Ausbildung mit Kind dar. Gerade
347 junge Alleinerziehende haben große Schwierigkeiten überhaupt einen Ausbildungsplatz zu
348 erhalten oder den Ausbildungsalltag auf sich gestellt zu organisieren. Hier muss versucht
349 werden entsprechende Angebote zu entwickeln.

350

351 Bereits in berufsvorbereitenden Angeboten an den Schulen muss jungen Frauen und Männern
352 eine reelle Möglichkeit gegeben werden, sich und ihre Fähigkeiten am besten in verschiedenen,
353 auch „untypischen“ Berufsfeldern auszuprobieren. Betriebliche Realitäten, die durch die
354 Dominanz eines Geschlechtes geprägt sind, verschrecken junge Frauen wie auch junge Männer
355 oft. Hier muss gegengesteuert werden.

356

357 **6.2. MigrantInnen in der Ausbildung**

358

359 Wer aus einem Elternhaus mit Migrationshintergrund stammt, hat es bei der Suche nach einem
360 Ausbildungsplatz oft besonders schwer. Die Bewerberbefragung 2006 der Bundesagentur für
361 Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigt: Nur 29 Prozent der Jugendlichen
362 mit Migrationshintergrund, die in den vorangegangenen 15 Monaten auf Lehrstellensuche waren,
363 hatten Erfolg. Bei den Jugendliche ohne Migrationsgeschichte konnten im gleichen Zeitraum
364 immerhin 40 Prozent eine Berufsausbildung aufnehmen.

365

366 Das schlechte Abschneiden im Bewerbungsverfahren hat Konsequenzen: Fast jedeR dritte
367 BewerberIn aus einer Zuwandererfamilie landet zunächst in einem Übergangsprogramm, rund
368 jedeR fünfte ist arbeitslos oder jobbt. Im Alter von 25 bis 35 hatten 2005 vier von zehn
369 Migrantenkinder keinen Berufsabschluss. Immer wieder kann beobachtet werden, dass
370 Jugendliche mit Migrationshintergrund ungeachtet ihrer Qualifikation oft vorzeitig bei der
371 Bewerberauswahl aussortiert werden. MigrantInnen werden in Deutschland somit bei der
372

373 Ausbildungssuche häufig aus fremdenfeindlichen Beweggründen und Vorurteilen benachteiligt
374 und diskriminiert. Dagegen vorzugehen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um die
375 Benachteiligung zu vermindern, müssen frühzeitig Bewerbungstrainings in den Schulen
376 angeboten, die Berufsorientierung gefördert und das Absolvieren von Praktika unterstützt
377 werden. Personalverantwortliche sollten für ethnisch und kulturell neutrale Auswahlverfahren
378 sensibilisiert werden. Wir fordern darüber hinaus eine

379

380 umfassende Anerkennung von ausländischen Berufs- und Studienabschlüssen auch im
381 Rahmen der Vereinheitlichung durch den EQR und seine nationalen Anwendungen. Darüber
382 hinaus müssen MigrantInnen verstärkt in Führungspositionen befördert werden.

383

384 Bewerbungsverfahren sind entsprechend der Zielrichtung des Allgemeinen
385 Gleichbehandlungsgesetzes anonymisiert durchzuführen, damit BewerberInnen nicht von
386 vornherein wegen ihres Geschlechts oder eines Migrationshintergrundes von
387 Vorstellungsgesprächen ausgeschlossen werden. Ein entsprechendes Pilotprojekt der
388 Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat die Wirksamkeit dieses Bewerbungsverfahrens im
389 April 2012 bestätigt.

390

391 **6.3. Inklusive Ausbildung**

392

393 Eine erfolgreich abgeschlossene duale Ausbildung verbessert nachhaltig die beruflichen
394 Perspektiven junger Menschen. Dies gilt umso mehr, wenn die Ausbildung in regionalen
395 Betrieben am allgemeinen Arbeitsmarkt absolviert wird. Diese Möglichkeit steht jungen
396 Menschen mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung bisher nur in Ausnahmefällen offen.
397 Denn es fehlt sowohl an den passenden Ausbildungsstellen als auch an der hierfür notwendigen
398 Unterstützung für die jungen Menschen und die Betriebe. Deshalb muss ein inklusiver und
399 offener Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geschaffen werden, damit Menschen, mit
400 Beeinträchtigung nicht in Werkstätten versauern und ihre Fähigkeiten verloren gehen. Auch sie
401 müssen die Chance bekommen ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

402

403 **6.4. Auszubildendenvergütung**

404

405 Die Auszubildenden haben während der Ausbildung einen gesetzlich geregelten Anspruch auf
406 eine Ausbildungsvergütung. Sie ist entsprechend dem Lebensalter der Auszubildenden so zu
407 bemessen, dass sie „mit fortschreitender Berufsausbildung, mindestens jährlich, ansteigt.“
408 Dabei soll sie während der Ausbildung eine finanzielle Hilfe sein, die Ausbildung qualifizierter
409 Nachwuchsfachkräfte sichern und eine Entlohnung darstellen. Sie ist meist tarifvertraglich
410 geregelt, so dass die tarifvertraglich gebundenen Unternehmen sie nach geltender
411 Rechtsprechung maximal um 20 Prozent unterschreiten dürfen.

412

413 Was die Auszubildendenvergütung angeht gibt es eine erhebliche Spreizung zwischen
414 einzelnen Berufsgruppen, aber auch deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Ebenfalls
415 bestehen erhebliche regionale Disparitäten bei der Höhe der Ausbildungsvergütung. 2012
416 wurde in der durchschnittlichen Höhe der Ausbildungsvergütung in Ostdeutschland 91 Prozent
417 des Westniveaus erreicht.

418

419 27 Prozent der Auszubildenden müssen neben der Ausbildung noch einem weiteren
420 Arbeitsverhältnis nachgehen um sich ihre Ausbildung finanzieren zu können. Es kann nicht sein,
421 dass Auszubildende, die in Vollzeitausbildung erheblich zum Betriebserfolg beitragen so wenig
422 verdienen, dass die sich ihr Leben damit alleine nicht leisten können. Allein schon im Sinne des
423 Ausbildungserfolges muss eine angemessene Ausbildungsvergütung sicher gestellt sein. Daher
424 fordern wir die Einführung einer längst fälligen, gesetzlichen, flächendeckenden
425 Mindestauszubildendenvergütung in Höhe des aktuellen BAFÖG-Satzes.

426

427 **6.5. Mobilität in der Ausbildung**

428

429 Gerade jungen Menschen in Ausbildung steht meist sehr wenig Geld zur Verfügung. Sie sind
430 deshalb darauf angewiesen günstig von A nach B zu kommen um mobil zu sein. Wir setzen und
431 deshalb dafür ein, dass flächendeckend Ausbildungstickets eingeführt werden, ähnlich den
432 Semestertickets für Studierende.

433

434 Viele Kommunen und Dörfer sind so klein, dass es schwer bis unmöglich ist diese an das
435 ÖPNV-Netz anzubinden. Auch dort leben junge Menschen, die zu ihrer Ausbildung kommen
436 müssen. Für diese ist ein Führerschein leider nach wie vor die einzige Möglichkeit zu Mobilität.
437 Ein Führerschein bedeutet hier Freiheit und die Möglichkeit zur Teilhabe an Kulturangeboten.
438 Einen Führerschein zu machen ist jedoch sehr teuer und für viele dieser jungen Menschen ist
439 es sehr schwer finanzielle Mittel dafür aufzubringen. Wir wollen deshalb, dass der
440 Theorieunterricht für einen Führerschein in Schulen und Berufsschulen abgehalten wird.
441 Außerdem muss es – je nach der Angelegenheit einer Region an den öffentlichen
442 Personenverkehr – Zuschüsse auch für die praktische Ausbildung geben.

443

444 **6.6. Wohnen in der Ausbildung**

445

446 Ein wesentliches Problem mit Blick auf die soziale Situation von Auszubildenden ist der Mangel
447 an bezahlbarem Wohnraum. Insbesondere in Ballungszentren reicht die Ausbildungsvergütung
448 oft nicht aus, um eine Wohnung am freien Markt zu finden. Das gilt sowohl für ortsansässige
449 Auszubildende, als auch für BlockschülerInnen, die sich nur für bestimmte Unterrichtszeiträume
450 in den Städten aufhalten. Wir brauchen daher einen starken Ausbau der Wohnheimplätze für
451 Auszubildende. Hierbei soll insbesondere auch eine Förderung von Seiten der
452 Bundesministerien erfolgen. Auch müssen bereits existierende Mittel der
453 Wohnungsbauförderung zielgerichtet für Ausbildungswohnzentren Verwendung finden. Zudem
454 müssen Wohnstandards in bereits bestehenden Wohnheimen modernisiert und angeglichen
455 werden. So halten wir beispielsweise Mehrbettzimmer für nicht mehr zeitgemäß. Auf lange Sicht
456 wollen wir bundesweit Auszubildendenwerke etablieren, deren Arbeit in einem Dachverband
457 koordiniert wird, wie es auch bei Studierendenwerken der Fall ist.

458

459 **6.7. Übernahmesituation**

460

461 Umfragen zeigen, nicht einmal die Hälfte der Jugendlichen hat im Jahr vor ihrem
462 Berufsabschluss eine feste Übernahmezusage und Perspektive im ihrem Ausbildungsbetrieb.
463 Ein Drittel der Jugendlichen hat kurz vor Ihrem Berufsabschluss noch schlicht keine
464 Informationen darüber ob sie im Ausbildungsbetrieb übernommen werden oder nicht. Ohne
465 Berufserfahrung haben die nicht übernommenen Jugendlichen es häufig besonders schwer auf

466 dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Jusos fordern daher die Einführung einer
467 Übernahmegarantie für mindestens zwei Jahre. Nicht nur für die Unternehmenbindung, sondern
468 insbesondere auch für den Erwerb von praktischer Berufserfahrung für den ehemaligen
469 Auszubildenden ist dies entscheidend. Eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung sollte
470 hier aber weiterhin der Anspruch sein. Es ist sinnvoll, Übernahme und Übernahmegarantie
471 tarifvertraglich oder durch Betriebsvereinbarungen zu regeln. Solche vernünftigen
472 tarifvertraglichen Modelle existieren in Deutschland bereits in Teilen des Öffentlichen Dienstes
473 sowie in der Metallbranche und sollen beispielgebend sein. Der Abschluss dahingehender
474 Vereinbarung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmervertreterInnen muss gefördert
475 werden.

476

477 **7. Mitbestimmung in der Ausbildung**

478

479 Der Ausbildungsreport der DGB Jugend zeigt deutlich, wo betriebliche Mitbestimmung und
480 Jugend- und Auszubildendenvertretungen vorhanden sind, sind die Auszubildenden deutlich
481 zufriedener mit Ihrer Ausbildungssituation, werden weniger Verstöße gegen
482 Ausbildungsordnungen und gesetzliche Regelungen registriert und die Interessen der
483 jugendlichen gegenüber dem Arbeitgeber besser vertreten.

484

485 Wir wollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Jugendlichen im Betrieb und in
486 Ausbildungsfragen stärken und die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) daher mit
487 weitergehenden Rechten ausstatten. Sie sollen besser als bisher die Belange der
488 Auszubildenden im Betrieb vertreten können. Wir fordern daher die Ermöglichung von
489 Teilfreistellungen für Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen, die jedoch nicht mit dem Ziel
490 einen Berufsabschluss zu erreichen kollidieren dürfen und daher beschränkt bleiben müssen.
491 Die Tätigkeit als Jugend- und AuszubildendenvertreterIn und die erforderlichen rechtlichen
492 Schulungen müssen im Rahmen der Validierung nonformaler und informeller angerechnet und
493 entsprechend zertifiziert werden.

494

495 Wir fordern weiterhin die Stellung der Jugend- und Auszubildendenvertretung auch gegenüber
496 des Betriebsrates durch die Einführung eines eigenständigen Einbringungsrechtes für
497 ausbildungs- und jugendrelevante Themen, sowie des Stimmrechts im Betriebsrat für die
498 VertreterInnen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen bei Themen die die Belange der
499 durch die JAV vertretenen ArbeitnehmerInnen zu stärken.

500

501

502

503

504

505

506

507

508

509

510

511

512

513

514

515

516

517

518

519

520

521

522

523

524

525

526

Titel Inklusion – Von Anfang an dabei sein

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Inklusion – Von Anfang an dabei sein

1 Was wir unter Inklusion verstehen...

2

3 Ausgangspunkt des politischen und gesellschaftlichen Diskurses über Inklusion ist die UN-
4 Menschenrechtskonvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung aus dem Jahr 2006
5 (von der Bundesrepublik Deutschland 2009 ratifiziert). Es ist wichtig festzuhalten, dass die
6 Konvention kein „Sonderrecht“ für Menschen mit Behinderung darstellt. Sie fordert
7 ausschließlich die selbstverständliche Umsetzung aller anerkannten Menschenrechte auch für
8 Menschen mit körperlichen, seelischen oder geistigen Einschränkungen.

9

10 Jungsozialistische Politik orientiert sich an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und
11 Solidarität. Wir wollen dies durch einen sozialen und gerechten Staat mit gleichen
12 Lebensbedingungen für alle ermöglichen. Ein freies, selbstbestimmtes Leben kann nur erreicht
13 werden, wenn die Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie für
14 alle Menschen unter gleichen Bedingungen möglich ist.

15

16 Nehmen wir unsere Grundwerte und die derzeitige Beschlusslage ernst, so muss eine inklusive
17 Gesellschaft Kernelement unserer politischen Zielsetzungen sein.

18

19 Inklusion ist nämlich die volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft, unabhängig
20 von Alter, sexueller Orientierung, Handicap, Hautfarbe, Herkunft oder Geschlechtsidentität! Wir
21 Jusos bekennen uns ausdrücklich zu einem ganzheitlichen Inklusionsbegriff:

22

- 23 • Inklusion ist Gleichstellung! Nach wie vor werden Menschen aufgrund ihres Geschlechts
24 oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Wir Jusos sind aufgefordert, weiterhin für
25 echte Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu kämpfen.
- 26 • Inklusion ist gemeinsames Lernen! Gleiche Bildungschancen brauchen ein faires und
27 inklusives Schulsystem. Wir Jusos müssen – gerade auch in den Kommunen vor Ort – für
28 gemeinsames Lernen unabhängig von Herkunft, sozialer Situation, Begabung oder
29 Handicap werben.
- 30 • Inklusion ist gute Arbeit! Wir Jusos sind dazu verpflichtet, weiter jegliche Formen prekärer
31 Beschäftigung abzulehnen. Auch vermeintlich ausgeschlossene oder abgehängte
32 Gesellschaftsgruppen haben ein Recht auf gute Arbeit und Ausbildung!
- 33 • Inklusion ist Demokratie! Die Mitwirkung an demokratischen Entscheidungen steht längst
34 nicht allen Menschen offen. Wir Jusos sollten uns dafür einsetzen, mehr Teilhabe zu
35 ermöglichen.

36

37 Inklusion ist auch die volle gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an
38 unserer Gesellschaft. Eine Behinderung entsteht aus der Wechselwirkung zwischen Menschen
39 mit Beeinträchtigungen und einstellungs- sowie umweltbedingten Barrieren, die sie an der vollen
40 und wirksamen Teilhabe an der Gesellschaft hindern.[1] Wie in Artikel VI der UN-

41 Behindertenrechtskonvention festgelegt, werden Frauen mit Behinderung mehrfacher
42 Diskriminierung ausgesetzt. Gleiches gilt für MigrantInnen. Diesen Menschen ist erhöhte
43 Aufmerksamkeit und Unterstützung zu widmen.

44

45 Im Sinne der generationsgerechten Daseinsvorsorge sollten wir uns aber auch die Frage
46 stellen, was wir unter Inklusion älterer Menschen verstehen. In diesem Antrag stellen wir dar,
47 weshalb es eine UN-Menschenrechtskonvention auch für ältere Menschen geben muss. Die
48 Altersdiskriminierung durch jüngere Menschen kann das Älterwerden erschweren, aber auch
49 ältere Menschen haben Altersstereotype und beziehen diese nicht nur auf andere, sondern
50 auch auf sich selbst.

51

52 Kurz gefasst ist Inklusion Gleichstellung, gemeinsames Lernen, gute Arbeit und Demokratie.
53 Inklusion ist für uns die volle gleichberechtigte Teilhabe auch von älteren Menschen an unserer
54 Gesellschaft.

55

56 **Inklusion bedeutet Recht auf Bildung!**

57

58 Für uns ist das gemeinsame Lernen und Spielen von Kindern mit unterschiedlichsten Stärken
59 und Schwächen Grundlage einer solidarischen Gesellschaft.

60

61 Echte Chancengerechtigkeit ohne Diskriminierung gelingt nur in einem inklusiven
62 Bildungssystem.^[2] Wir stehen Sondersystemen grundsätzlich kritisch gegenüber und
63 befürworten eine inklusive Gesellschaft, in der spezielle KiTas für Kinder mit Behinderungen
64 und Förderschulen die Ausnahme sind und bei ausdrücklichem Wunsch der Eltern besucht
65 werden.

66

67 Zu den Gelingensfaktoren eines inklusiven Bildungssystems gehören für uns auch ganz
68 konkrete Aspekte:

69

- 70 • Inklusive Pädagogik muss obligatorischer Bestandteil jedweder pädagogischen
71 Ausbildung sein. Für bereits ausgebildete ErzieherInnen und LehrerInnen müssen
72 verpflichtende Fortbildungsmodule angeboten werden.
- 73 • Sozialen Kompetenzen muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden.
- 74 • Die Kompetenz von HeilpädagogInnen, SchulpsychologInnen, TherapeutInnen,
75 SozialarbeiterInnen und SonderpädagogInnen wird in den Regeleinrichtungen benötigt.
- 76 • Kinder mit Beeinträchtigungen brauchen eine individuelle und bedarfsorientierte
77 Unterstützung. Das können SchulbegleiterInnen oder technische Hilfen sein. Es ist sicher
78 zu stellen, dass die Unterstützung auch an die Ganztagsangebote der Schulen angepasst
79 wird.
- 80 • Medizinische und therapeutische Angebote müssen auch in KiTas und Schulen
81 durchgeführt werden können. Hierfür sind entsprechende Zeiten und Räume bereit zu
82 stellen.

83

84 Bereits in der frühkindlichen Bildung muss begonnen werden den Kindern aufzuzeigen, dass sie
85 alle gleichwertig und gleichberechtigt sind. Allerdings darf es auch nicht bedeuten, dass die
86 Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ausschließlich die Aufgabe der
87 Gesamt-, Sekundar- oder Gemeinschaftsschulen und der dort lernenden Kinder sein soll. Es
88 darf nicht dazu führen, dass die selbst von sozialer Exklusion bedrohten Kinder die behinderten
89 Kinder integrieren. Die therapeutische Unterstützung und intensive Betreuung, die ihnen derzeit
90 zusteht, darf nicht weggenommen und neu verteilt werden. Wiederum sollte es für ExpertInnen
91 wie Großeltern, ehemaligen SchülerInnen und SeniorInnen die Möglichkeiten geben sich in
92 Bildungsangeboten und Betreuung mit einzubringen.

93

94 Bereits während der Schulzeit soll es für die SchülerInnen Bildungsangebote geben zu
95 alternativen Kommunikationsarten wie Lippenlesen oder Gebärdensprachen oder auch
96 technische Kommunikationsmethoden.

97

98 Forschungsarbeiten zu Regenbogenfamilien zeigen deutlich, dass gerade im Kontext Schule
99 Handlungsbedarf besteht. Zum einen ist eine Erweiterung der Aus- und Fortbildungsinhalte
100 unerlässlich, um allen Kindern und Jugendlichen die große Bandbreite von möglichen
101 Familienkonstellationen wertfrei nahezubringen. Gleichzeitig gibt die Auseinandersetzung mit

102 LGBT-Lebensformen allen SchülerInnen die Möglichkeit, sich mit erweiterten Spiel- und
103 Handlungsräumen in Bezug auf Gender auseinanderzusetzen und so selbst möglicherweise zu
104 mehr Freiheit zu kommen. Diese emanzipatorischen Aspekte können bereits in der Kita nutzbar
105 gemacht werden. Denn für einen kreativen Umgang mit „Vielfalt“ ist es nie zu früh.

106

107 Wir wollen allen ein lebenslanges Lernen ermöglichen doch gerade ältere Menschen werden
108 von dem Zugang zu Bildung und Forschung ausgeschlossen, da es keine Stipendien oder
109 andere Fördersysteme für sie gibt. Wir brauchen ermutigende Angebote für Jugendliche,
110 Erwachsene und SeniorInnen, um Bildungsabschlüsse nachzuholen. Informationen und
111 Auskunftstellen zu Bildungsangeboten müssen für alle zugänglich sein. Für SchülerInnen,
112 Studierende und junge ArbeitnehmerInnen müssen die kommunalen Koordinierungsstellen im
113 Übergangssystem Schule - Beruf so umgestaltet werden, dass überall gleiche Standards für die
114 Beratung und Begleitung von Bildungs- und Berufswegen junger Menschen greifen. Hierzu zählt
115 auch die Schaffung einheitlicher Curricula für die Berufsorientierung und Berufsvorbereitung in
116 Schulen. Für Erwachsene und Senioren müssen die Kommunen künftig ebenfalls
117 Beratungsangebote schaffen, um ihnen eine Orientierung über lebenslang mögliche Bildungs-
118 und Qualifikationswege zu bieten. Diese Aufgabe darf nicht ausschließlich der
119 Öffentlichkeitsarbeit privatwirtschaftlicher Bildungsträger überlassen werden.

120

121 **Inklusion braucht Barrierefreiheit!**

122

123 Häufig werden infrastrukturelle, bauliche oder räumliche Barrieren vorgeschoben, wenn es
124 darum geht, Menschen mit Behinderung den vollen Zugang am gesellschaftlichen Leben zu
125 ermöglichen. Eine inklusive Gesellschaft braucht also – ganz grundlegend und anschaulich –
126 Barrierefreiheit.

127

128 Barrierefreiheit ist die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der gestalteten
129 Lebensbereiche für alle Menschen. Der Zugang und die Nutzung müssen für Menschen mit
130 Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich
131 ohne fremde Hilfe möglich sein.[3] Zu den Lebensbereichen gehören die physische Umwelt,
132 Transportmittel, Information und Kommunikation, einschließlich entsprechender Technologien
133 und Systeme, sowie andere Einrichtungen und Dienste, die der Öffentlichkeit in städtischen und
134 ländlichen Gebieten offenstehen.[4]

135

136 Wir fordern deshalb, dass Barrierefreiheit obligatorischer Bestandteil in den Prüfungen größerer
137 Bauvorhaben ist. Die entsprechende DIN 18040-1 muss demnach fest in der Bauordnung des
138 Landes verankert werden.

139

140 Die Ausbildung von IngenieurInnen und ArchitektInnen bedarf einer entsprechenden
141 Sensibilisierung, damit Baumängel und teure Nachbesserungen bei zukünftigen Bauvorhaben
142 verhindert werden. Außerdem soll ein klares Sachverständigenwesen im Bereich Barrierefreiheit
143 etabliert werden. Nur so können Baumängel und teure Nachbesserungen frühzeitig verhindert
144 werden.

145

146 Sämtliche Förderprogramme von Land und Bund müssen das Thema Barrierefreiheit abdecken
147 und so ausgestaltet sein, dass auch finanzschwache Kommunen in die Lage versetzt werden,
148 Investitionen in eine barrierefreie Infrastruktur tätigen zu können. Wir brauchen in unseren
149 Städten und Gemeinden eine Infrastruktur, die den Ansprüchen einer inklusiven Gesellschaft
150 gerecht wird. Dazu zählen nicht nur Rampen für RollstuhlfahrerInnen sondern zum Beispiel
151 auch Blindenleitsysteme, Ampeln mit akustischen Signalen und die selbstverständliche
152 Verwendung von Gebärdensprache, Brailleschrift und einfacher Sprache in unserer
153 Kommunikation.

154

155 Die Bestandsaufnahmen in vielen Bundesländern zur Klassifizierung von öffentlichen Gebäuden
156 schafft für Menschen mit einer Behinderung die notwendige Transparenz. Wir fordern hier die
157 Bundesländer, den Bund und vor allem private Freizeiteinrichtungen und Unternehmen auf, sich
158 an dieser Bestandsaufnahme zu beteiligen.

159

160 Die persönliche Mobilität für Menschen mit Behinderung ist mit größtmöglicher
161 Selbstbestimmung sicherzustellen[5], deshalb muss, sowohl im städtischen als auch im
162 ländlichen Raum, Mobilität durch öffentliche Verkehrsmittel möglich sein. Außerdem fordern wir,

163 dass barrierefreie Zugänge zu Bahn und Bus an Haltestellen und Bahnhöfen schnellstmöglich
164 flächendeckend bereitgestellt werden. Die Instandhaltung dieser Infrastruktur muss höchste
165 Priorität haben. Auch in öffentlichen Gebäuden wie beispielsweise Schulen müssen die
166 sächlichen und räumlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden um Inklusion möglich zu
167 machen. Jedes öffentliche Gebäude muss über Ausstattungen, die das 2-Sinne-Prinzip (immer
168 zwei Sinne müssen z.B. Wegweiser wahrnehmen) erfüllen, ausgestattet und jede Etage für alle
169 Personen erreichbar sein. Erst wenn die KISS (keep it short and simple) –Regel und das 2-
170 Sinne-Prinzip umgesetzt sind und alles klar erkennbar und für alle einfach zu erreichen ist, ist
171 ein öffentliches Gebäude barrierefrei. Diese Umwandlung muss verpflichtend an allen
172 öffentlichen Gebäuden stattfinden.

173

174 Inklusion soll das Bewusstsein und die Kompetenz vermitteln die vielfältigen Formen, Quellen
175 und Strukturen von Diskriminierung zu erkennen und diesen aktiv entgegenzuwirken. Inklusives
176 Denken und Handeln sollte für uns eine Selbstverständlichkeit werden, denn es bedeutet jeden
177 mit Respekt zu behandeln. Ebenso stärkt eine gute Kommunikation das Engagement von allen.

178

179 Barrierefreiheit bedeutet nicht nur eine leistungsfähige Infrastruktur, die jedem Menschen
180 ermöglicht, am öffentlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen, sondern auch eine
181 institutionelle Barrierefreiheit. Der Ausschluss von Nicht-EU-Bürgern von der Teilnahme an
182 kommunalen Wahlen und Abstimmungen stellt z.B. ein nicht zu rechtfertigendes
183 demokratisches Defizit dar. Hier ist es unabdingbar sich für ein Kommunalwahlrecht für Nicht-
184 EU-BürgerInnen einzusetzen. Außerdem müssen für MigrantInnen, die seit langem in der
185 Bundesrepublik leben, auch die Möglichkeit geschaffen werden an Landes- und
186 Bundestagswahlen teilzunehmen. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft zur
187 Verschaffung eines Willkommensgefühls muss vorhanden sein.

188

189 Aber auch im deutschen Recht sowie in anderen Regelwerken finden sich zahlreiche
190 Altersgrenzen. Vor allem im Berufsrecht und im Recht des öffentlichen Dienstes, im Sozialrecht
191 (hier vor allem im Rentenversicherungsrecht), im Recht des Ehrenamtes und im Recht der
192 kommunalpolitischen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen. Hierzu zählen beispielsweise die
193 Begrenzung des Bafög für Studierende bis 30 Jahre (beim Master bis 35 Jahre), die
194 Altersbegrenzung von Schöffen auf 69 Jahre sowie der „Studententarif“ bei Schwimmbädern,
195 Museen und Ähnliche. Zudem gibt es Altersgrenzen in Satzungen von Vereinen und
196 Verbänden, in Geschäftsbedingungen (z.B. von Finanzinstituten), in Tarifverträgen und in
197 Arbeitsverträgen. Den meisten Altersgrenzen liegt die pauschalisierende Annahme zu Grunde,
198 dass die Leistungsfähigkeit von Menschen mit zunehmendem Alter abnimmt. Altersgrenzen
199 basieren häufig auf gesellschaftlichen Altersbildern- und umgekehrt können Altersgrenzen
200 gesellschaftliche Altersbilder prägen. Hier wird es höchste Zeit, überkommene Altersbilder über
201 Bord zu werfen und sie durch neue zu ersetzen.

202

203 Es ist genauso wenig hinnehmbar, dass etwa der Name, der Geburtsort, die Religion oder das
204 Aussehen schon reichen um anders behandelt zu werden, etwa bei der Wohnungssuche oder
205 Polizeikontrollen. Zwar gibt es in Deutschland mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz
206 eine nationale Umsetzung entsprechenden EU-Rechts, doch ist es für von Benachteiligung
207 betroffene Menschen schwer, ihrem Recht auf Grundlage dieses Gesetzes Geltung zu
208 verschaffen. Wir Jusos fordern daher eine niedrighschwellige, flächendeckende
209 Beratungsinfrastruktur. Bisher gibt es beispielsweise in NRW erst in 8 Städten sogenannte
210 Antidiskriminierungsbüros, in denen betroffene Unterstützung erhalten. Auch die gesetzlichen
211 Fristen, innerhalb derer Betroffene etwaige Ansprüche auf Schadensersatz geltend machen
212 können, müssen angehoben werden. Derzeit liegen diese bei zwei Monaten. Schließlich muss
213 im Sinne betroffener Gruppen ein Verbandsklagerecht im AGG integriert werden. Wenn
214 bestimmte Gruppen hinsichtlich ähnlicher Diskriminierungsmerkmale benachteiligt werden,
215 muss die Möglichkeit bestehen, dass Vereine und Verbände in ihrem Namen auf Grundlage des
216 AGG gegen Rechtsverstöße vorgehen. Ebenso fordern wir die Entbürokratisierung, sowie den
217 Ausbau der Kapazitäten entsprechender Behörden, um jedem Menschen eine schnelle und
218 aufgeschlossene Prüfung eines Asylantrags zu garantieren.

219

220 **Gute Arbeit gehört zu einem selbstbestimmten Leben!**

221

222 Die Möglichkeit auf ein freies selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gesellschaft endet
223 häufig mit Eintritt in die Arbeitswelt. Und dies gilt nicht nur für Menschen mit Behinderung,

224 sondern vielfach auch für MigrantInnen oder auch Alleinerziehende. Ein inklusiver Arbeitsmarkt
225 ist somit zentrale Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft. Viele Betroffene werden über
226 Jahre hinweg in Maßnahmen von Bund und Land weitergereicht.

227

228 Das verankerte Recht auf Arbeit ermöglicht Menschen mit Behinderung einen Platz in einer
229 Behindertenwerkstatt. Dies ist für viele Betroffene eine wichtige Perspektive, jedoch darf der
230 Werkstattplatz keinesfalls die einzige Option für beeinträchtigte Menschen sein.

231

232 Die Übergänge zwischen dem ersten Arbeitsmarkt und Sondereinrichtungen müssen deshalb
233 erheblich optimiert werden. Häufig entfalten Sondersysteme eine Sogwirkung, sodass
234 Potenziale von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht ausgeschöpft
235 werden können. Der individuellen Unterstützung beim Übergang Schule-Beruf kommt hier eine
236 wichtige Rolle zu. Des Weiteren muss das duale Ausbildungssystem weiter für Menschen mit
237 Behinderung geöffnet werden.

238

239 Förderung und Qualifizierung von Menschen mit Behinderungen müssen individueller und den
240 Potenzialen der Menschen angepasst werden. Viele Maßnahmen sind stigmatisierend und
241 bieten nur geringe Erfolgsaussichten für den ersten Arbeitsmarkt.

242

243 Es muss uns gelingen, dass alle Betriebe Menschen mit Behinderung als Gewinn betrachten.
244 Die Meisten der 2,8 Mio. Menschen sind im Laufe ihrer Berufstätigkeit behindert geworden. Die
245 teuren Hilfsmaßnahmen müssen darauf ausgerichtet sein, dass die Menschen im Betrieb
246 gehalten werden.[6] Zusätzlich braucht es einen öffentlichen Beschäftigungssektor, der
247 insbesondere den Menschen eine Chance bietet, die bisher nur wenig Perspektiven auf dem
248 Arbeitsmarkt hatten. Aber auch Menschen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht,
249 noch nicht oder nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten können oder wollen,
250 haben ein Recht auf berufliche Bildung und Teilhabe am Arbeitsleben. Hier können Werkstätten
251 für behinderte Menschen oder vergleichbare Angebote den geeigneten Raum bieten. Dieses
252 Recht darf allerdings nicht von ökonomischer Leistungsfähigkeit eingeschränkt werden. Deshalb
253 muss der Begriff „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ in § 136 Abs. 2 Satz 1
254 SGB IX gestrichen werden

255

256 Wir Jusos fordern ein einheitliches Behindertenrecht. Das SGB IX muss um einen Leistungsteil
257 erweitert werden. Viele Menschen mit Behinderung, insbesondere mit Mehrfachbehinderungen,
258 werden völlig unnötig die Sozialhilfe (SGB XXII) gedrängt.

259

260 Bei den Älteren gibt es einen gespaltenen Arbeitsmarkt. Wer als Älterer oder Ältere eine
261 unbefristete Stelle hat, läuft durch den Kündigungsschutz weniger Gefahr, entlassen zu werden
262 als sein jüngerer Kollege. Doch verliert man jenseits der 55 erst einmal seinen Job, ist ein
263 Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt kaum möglich. Somit wächst die Bedeutung des
264 Kündigungsschutzes. Wir brauchen einen Gesinnungswandel, der die Erfahrungen älterer
265 Arbeitskräfte als Kompetenz anerkennt und nicht eine vermeintliche geringe Leistungsfähigkeit
266 an die erste Stelle setzt. Gerade die besondere Sicherung älterer Beschäftigter ist ein Hebel
267 dafür, dass sich ArbeitgeberInnen damit beschäftigen müssen, wie man Arbeit
268 lebensphasengerecht gestaltet, um ältere Fachkräfte zu halten. In vielen Tarifverträgen gibt es
269 gerade für ältere Beschäftigte einen Kündigungsschutz und Verdienstsicherung. Demnach darf
270 älteren Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie des Landes ab dem vollendeten 53.
271 Lebensjahr nicht mehr gekündigt werden. Ihr Entgelt darf ab dem 54. Lebensjahr nicht
272 gemindert werden. Können Beschäftigte aus dieser Altersgruppe den bisherigen regelmäßigen
273 Monatsverdienst nicht mehr erzielen, da sie zum Beispiel aus Alters- oder Gesundheitsgründen
274 aus dem Schichtbetrieb gehen müssen, muss ihnen der Arbeitgeber einen Ausgleichsbetrag
275 zahlen. Diese Regelung darf nicht aufgeweicht werden.

276

277 Für die Jusos bedeutet Inklusion auch eine konsequente Gleichstellungspolitik, so dass sich
278 Männer und Frauen auf Augenhöhe befinden. Noch immer verdienen Frauen in den gleichen
279 Positionen bis 21% weniger als die Männer, sind Frauen heute noch zu oft die
280 "Hinzuverdienerinnen" in Teilzeit und mit Minijob in den Familien. Hier gilt es insbesondere die
281 Hürden für berufstätige Frauen mit Kindern zu verkleinern, eine lückenlose Kinderbetreuung
282 sicherzustellen damit auch mit Kindern normaler sozialversicherungspflichtiger Arbeit
283 nachgegangen werden und somit für sich selbst und die Familie, ob mit Partner oder alleine
284 gesorgt werden kann. Aber auch die Angebote für mobiles Arbeiten müssen weiter ausgebaut

285 werden. Es muss im Interesse der Unternehmen liegen, im Werben um Fachkräfte verstärkt
286 Heimarbeitsplätze für berufstätige Mütter und Väter anzubieten. Die Wirtschaft trägt auch in
287 diesem Bereich eine gesellschaftliche Mitverantwortung. Wo immer es die charakteristischen
288 Anforderungen des Berufs zulassen, müssen ArbeitnehmerInnen einen Anspruch darauf haben,
289 zumindest einen Teil ihrer Wochenarbeitszeit vom heimischen Arbeitsplatz abzuleisten.
290

291 Die Führungsetagen werden noch immer durch Männer dominiert. Doch es darf dort keine
292 unsichtbaren Aufstiegsbarrieren geben. Niemand darf auf Grund des Geschlechts, Hautfarbe
293 und Religion auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Deswegen fordern wir die Einführung
294 einer Frauenquote von 40 % und das Migrantinnen und Migranten in ihren Karrierebemühungen
295 unterstützt werden, in dem unter anderem ausländische Abschlüsse anerkannt werden.
296

297 **Inklusion findet auch im Alltag statt!**
298

299 Aber das Leben besteht nicht nur aus Bildung und Arbeit. Auch Menschen mit Behinderungen
300 haben ein Recht darauf, selbst zu entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen. In
301 Deutschland leben die meisten Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und komplexen
302 Behinderungen in Wohnheimen. Damit sie die Wahlfreiheit über ihren Wohnort bekommen,
303 bedarf es einer Dezentralisierung der Unterstützungssysteme.
304

305 Die Wahlmöglichkeit zwischen stationärer und ambulanter Betreuung darf nicht von der
306 Finanzierung abhängen. Deshalb muss der sogenannte „Mehrkostenvorbehalt“, nach dem
307 ambulante Betreuung auf Dauer nicht mehr Geld kosten darf als stationäre, abgeschafft werden.
308

309 Höheres Alter bedeutet nicht automatisch Hilfsbedürftigkeit. Ältere Menschen werden gebraucht
310 und sie benötigen auch das Gefühl gebraucht zu werden. Sie in Pflege- oder Altenheimen zu
311 isolieren, macht keinen Sinn. Daher fordern wir JUSOS die Schaffung eines „dritten Sozialraums“
312 durch einen Baustopp für Pflegeheime und die Umwandlung aller Heime in betreute
313 Wohnungen oder ambulante Versorgung. Damit eingeschlossen sollen auch Generationshäuser
314 oder Alten-WGs sein. Ebenso müssen wir Strukturen schaffen, um die Wünsche der
315 HelferInnen und Hilfesuchenden zusammen zu bringen. Wir brauchen Freiwilligenagenturen,
316 Selbsthilfekontaktstellen und Engagementzentren, um das vielschichtige Engagement zu
317 verbinden und hier auch Möglichkeiten des Austauschs und des gegenseitigen Lernens
318 voneinander zu ermöglichen. So schaffen wir ein gelebtes Miteinander der Generationen.
319 Freiwillig und institutionell unterstützt können ältere Menschen ihr Wissen und ihre Fähigkeiten
320 weitergeben und nutzen, um der Gesellschaft und jüngeren Menschen zu helfen. Umgekehrt
321 können junge Menschen mit ihrem Tatendrang ältere Menschen in ihrem Lebenswandel
322 unterstützen. So wird ein Verständnis der Generationen füreinander befördert und geprägt,
323 welches durch den Wandel von Familienstrukturen und den großen Problemen für viele
324 Menschen oft in den Hintergrund gerät.
325

326 Nach wie vor ist die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen ein Thema in allen
327 Lebensbereichen. Trotz vieler gesetzlicher Verbesserungen und einer stetig steigenden
328 Intoleranz gegenüber Diskriminierung von Frauen, sind wir noch immer keine gleichberechtigte
329 Gesellschaft.
330

331 Ein zentrales Thema bleibt dabei auch der Schutz von Frauen vor Gewalt in der Familie. Wir
332 sprechen uns für den Erhalt und den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und anderen
333 Institutionen aus, die der Gewalt gegen Frauen entgegenwirken. Frauen, die häuslicher Gewalt
334 ausgesetzt sind, brauchen einen Ort, der ihnen eine sichere Zuflucht in der Not bietet und dann
335 eine Möglichkeit aus einer solchen Situation in die Zukunft ohne Gewalt zu gehen.
336

337 Inklusion muss aus unserer Sicht an vielen Stellen stattfinden und ist nicht von heute auf
338 morgen durchsetzbar. Es benötigt Einsatz von allen Seiten und eine stetige Reflexion dessen,
339 was Barriere sein kann und der Überlegung was getan werden kann, um diese abzubauen.
340

341 Die Idee der Inklusion ist keine politische Entscheidung, sondern eine gesellschaftliche
342 Entwicklung. Der Weg in eine inklusive Gesellschaft kann deshalb nur über breite
343 gesellschaftliche Debatten gelingen. Für diese Diskussion ist die Förderung von inklusiven
344 Kulturangeboten unerlässlich.
345

346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405

[1] Aus der Schattenübersetzung zur UN-BRK, Präambel Teil e).

[2] Art. 24, UN-BRK. In den Schulen werden derzeit weniger als 20 % der Kinder inklusiv beschult.

[3] Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung NRW § 4.

[4] Artikel 9, Schattenübersetzung zur UN-BRK.

[5] Artikel 20, UN-BRK.

[6] Zur Einordnung: Die Rentenversicherung des Bundes gibt jährlich 2,78 Mrd. € zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit von Menschen in NRW aus. Dazu kommen weitere 7 Mrd. € Erwerbsminderungsrente/Berufsunfähigkeitsrente.

Titel Kostenfreie Bildung

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kostenfreie Bildung

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, einen Vorschlag zu erarbeiten, der im
2 Grundgesetz das Recht auf kostenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule,
3 sicherstellt.

4

5 **Begründung:**

6 Dass Diskussionen im 21. Jahrhundert darüber geführt werden, dass Bildung etwas kosten soll,
7 entspricht nicht dem Gedanken der Weiterentwicklung und Modernisierung unserer
8 Gesellschaft.

9

10 Bildung ist der Zugang zu sämtlichen wichtigen Angelegenheiten im Leben. Auch, weil sich der
11 Mensch durch seine Bildung definieren kann.

12

13 Als sozialdemokratische Partei Deutschlands ist es unsere Pflicht, uns für eine kostenlose
14 Bildung einzusetzen.

15

16 Bildung darf definitiv nicht von der sozialen Herkunft abhängen

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Erhöhung des Schüler*innenbafögs

Antragsteller Juso Schüler*innen über Juso-Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Erhöhung des Schüler*innenbafögs

1 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen, dass folgende Änderungen an den Paragrafen
2 zum BaFöG für Schüler*innen vorgenommen werden:

3

4 § 12

5

6 (1) der Betrag von 216 auf 300 Euro erhöht wird der Vertrag von 391 auf 450 Euro erhöht wird
7

8 (2) der Betrag von 465 auf 500 Euro erhöht wird der Betrag von 543 auf 600 Euro erhöht wird

9 Begründung: Steigende Mietpreise, Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr und
10 steigende Energiekosten betreffen auch junge Schüler*innen und besonders auch junge
11 Auszubildende, welche das Bundesausbildungsförderungsgesetz in Anspruch nehmen. Junge
12 Menschen ziehen aus den Zentren der Städte aufgrund der steigenden Mieten (um bis zu ca. 15
13 %¹ Quelle: „Mietpreisentwicklung“ Berlin.de ; Frankfurter Rundschau), heraus und sind auf
14 preiswerten Wohnraum an den Rändern der Stadtzentren angewiesen. Durch das Ansiedeln
15 außerhalb des Stadtkerns kommt es aber zugleich zu einer Erhöhung der Ausgaben für den
16 ÖPNV (Öffentlicher-Personen-Nah-Verkehr). Zugleich stehen aber auch die jungen
17 Erwachsenen vor der finanziellen Herausforderung, ihren eigenen Bedarf an Mitteln des
18 täglichen Gebrauchs qualitativ zu decken. Derzeitig haben junge Menschen die ferne
19 Möglichkeit auf Bezuschussung durch eine Wohnpauschale, welche durch die
20 Ausbildungsförderung die angemessenen Wohnkosten nicht decken bzw. nicht durch einen
21 zumutbaren Nebenverdienst erbringen können.² BAföG Gesetz und Verwaltungsvorschrift
22 2013, §12

23

24 **Deshalb fordert die Jusos Schüler*innen Gruppe eine pauschale Erhöhung des**
25 **Schüler*innen BaFöG Bedarfsatzes, um 100€ für alle Leistungsempfänger.**

26

27 Weitere Informationen:

28

29 § 12 Bedarf für Schüler

30

31 (1) Als monatlicher Bedarf gelten für Schüler von Berufsfachschulen und Fachschulklassen,
32 deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, 216 Euro, von
33 Abendhauptschulen, Berufsaufbauschulen, Abendrealschulen und von Fachoberschulklassen,
34 deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, 391 Euro. (2) Als
35 monatlicher Bedarf gelten, wenn der Auszubildende nicht bei seinen Eltern wohnt, für Schüler
36 von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen sowie von Fach- und
37 Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt,
38 465 Euro, von Abendhauptschulen, Berufsaufbauschulen, Abendrealschulen und von
39 Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, 543
40 Euro. (3) (Aufgehoben) (3a) Ein Auszubildender wohnt auch dann bei seinen Eltern, wenn der

41 von ihm bewohnte Raum im Eigentum der Eltern steht. (4) Bei einer Ausbildung im Ausland wird
42 für die Hinreise zum Ausbildungsort sowie für eine Rückreise ein Reisekostenzuschlag geleistet.
43 Der Reisekostenzuschlag beträgt jeweils 250 Euro bei einer Reise innerhalb Europas, sonst
44 jeweils 500 Euro. In besonderen Härtefällen können die notwendigen Aufwendungen für eine
45 weitere Hin- und Rückreise geleistet werden.

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel BAFöG wirklich weiterentwickeln

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

BAFöG wirklich weiterentwickeln

1 Ein gebührenfreies Studium und ein starkes BAFöG sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass
2 finanzielle Gründe niemanden vom Studium abhalten. Jede Hürde, die junge Menschen vom
3 Beginn eines Studiums abhält, muss deshalb abgeschafft werden. Insbesondere die Aussicht
4 mit großen Schulden ins spätere Arbeitsleben zu starten, ist eine solche Hürde. Deshalb fordern
5 wir das derzeitige BAFöG so umzubauen, dass es als Vollzuschuss ausbezahlt wird und somit
6 kein Darlehen mehr aufgenommen werden muss.

7

8 **Begründung:**

9 Die Idee des BAFöG ist eine sozialdemokratische: Jeder Mensch soll ein Studium in dem Fach,
10 das ihn am meisten interessiert, aufnehmen können, unabhängig davon, aus welcher Familie er
11 stammt und wie gut er sich mit seinen Eltern versteht. Dieser Gedanke wird jedoch von der
12 aktuellen Förderung nicht mehr erfüllt. Die Aussicht das Studium mit 10.000€ Schulden zu
13 beenden führt dazu, dass junge Menschen das Studium gar nicht mehr beginnen oder sich für
14 Fächer entscheiden, die sie für ökonomisch sinnvoller halten.

15

16 Des Weiteren setzt BAFöG Familien unter Druck. Eltern wollen mitentscheiden, was ihre Kinder
17 studieren, immerhin zahlen sie ja auch dafür.

18

19 Neben dieser Einflussmöglichkeit hat das elternabhängige BAFöG eine Förderungslücke.
20 Mathematisch absolut einwandfrei berechnete Freibeträge führen schlussendlich doch dazu,
21 dass junge Menschen nicht von zu Hause wegziehen können, um an einer anderen Universität
22 zu studieren, weil die Mieten in der jeweiligen Stadt für die finanziellen Möglichkeiten nicht
23 tragbar sind und man zufällig aus der Förderung herausfällt. Dieses Mittelstandsloch wird durch
24 ein elternunabhängiges BAFöG dauerhaft verhindert.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Bundesweite Schulstandards

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Bundesweite Schulstandards

1 Es werden bundesweite Schulstandards eingeführt: gleichwertige Abschlussprüfungen,
2 Schulstoffangleichungen und eine kostenlose Erstausbildung gewährleistet.

3

4 **Begründung:**

5 In der heutigen Zeit müssen Arbeitnehmer flexibel sein und häufig auch von Bundesland zu
6 Bundesland umziehen. Damit die Kinder darunter nicht mehr als nötig leiden müssen, wenn sich
7 die gesamte schulische Situation ändert, müssen bundesweite Schulstandards eingeführt
8 werden.

9

10 Die Bildung von Kindern darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein, sonst ist das recht
11 auf freie Entfaltung nicht mehr gegeben. Und es könnte zu einer weiter und größeren Trennung
12 der verschiedenen Sozialschichten geben.

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Lernmittelfreiheit von der Grundschule bis zur Hochschule

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Lernmittelfreiheit von der Grundschule bis zur Hochschule

- 1 Die Jusos Rheinland-Pfalz fordern bundesweit Lernmittelfreiheit von der Grundschule bis zur
2 Hochschule.
3
4 Das Bereitstellen kostenloser Lernmittel (insbesondere Bücher, Arbeitshefte und Kopien) ist
5 eine wichtige Grundlage zur Schaffung von gleichen Bildungsvoraussetzungen für alle, in die
6 investiert werden muss.
7
8 **Begründung:**
9 Da Bildung „Ländersache“ ist, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine einheitliche
10 Regelung für die Finanzierung von schulischen Lernmitteln, welche für den Unterricht benötigt
11 werden und sehr viel kosten.
12
13 Entsprechend fällt zahlreichen Familien das Bezahlen solcher Materialien zum neuen Schuljahr
14 schwer, da ein hoher, zumeist dreistelliger Betrag in kurzer Zeit überwiesen werden muss.
15 Diese Belastung ist nicht zumutbar, da sie finanziell schwächere Familien, aber auch Familien
16 des Mittelstands in den Zugzwang der Überweisung drängt. Dieses Geld ist kurzfristig oftmals
17 nicht vorhanden und andere, zeitfressende, komplizierte Wege müssen in den sehr individuellen
18 Fällen gefunden werden. Auch unterscheiden sich die
19
20 Vorgehensweisen in den einzelnen Bundesländern sehr voneinander, was zu 16
21 unterschiedlichen Systemen führt und mancherorts gar überhaupt keine Unterstützung von
22 Land und Kommunen zur Folge hat.
23
24 Aus diesen Gründen ist ein länderübergreifendes Entlastungsmodell für Schülerinnen und
25 Schüler in der gesamten Bundesrepublik dringend notwendig! Da Bildung das Recht jedes
26 Menschen hier in Deutschland ist, dürfen Beschaffungskosten für Lernmaterialien (vor allem
27 Bücher, Arbeitshefte und Kopien) kein Hindernis darstellen, für niemanden.
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Bildung - mehr als nur Landessache!

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesvorstand

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Bildung - mehr als nur Landessache!

1 Der Juso Bundeskongress fordert die Abschaffung des Kooperationsverbots von Bund und
2 Land im Bereich der Bildung. Wir fordern, dass den Ländern in Zukunft Bundesgelder für die
3 Bildungspolitik zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel sollen in erster Linie für den Erhalt
4 von Lehrer*innenstellen und einer verbesserten Aus- und Weiterbildung für Lehrer*innen
5 eingesetzt werden.

6

7 Die Einführung der Gemeinschaftsschule erfordert eine erhöhte Zahl von Lehrkräften, um
8 diesem Schulmodell zum Erfolg zu verhelfen und den Schüler*innen die bestmögliche Bildung
9 zu ermöglichen. Zudem kann durch die Erhöhung/ den Erhalt der Lehrer*innenstellen den
10 krankheitsbedingten Unterrichtsausfällen entgegengewirkt werden.

11

12 Der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung betrug 2013 13,7 Milliarden
13 Euro. Wir fordern eine deutliche Erhöhung des Etats.

14

15 **Begründung:**

16 "Es gibt nur eins, was auf die Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung." John F. Kennedy

17

18 Durch die Schuldenbremse wird der finanzielle Spielraum der Bundesländer immer weiter
19 eingeschränkt. Da die Länder fast keine Möglichkeit haben, höhere Einnahmen, z. B. durch
20 Steuern, zu akquirieren, müssen sie durch Einsparungen einen ausgeglichenen Haushalt
21 herstellen. Dabei zeigt besonders die Finanz- und Wirtschaftskrise, dass Sparen allein große
22 Probleme verursacht, da wichtige Investitionen nicht getätigt werden können. Vor allem darf sich
23 der Sparkurs nicht auf die Bildung auswirken.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Abschaffung Bildungsföderalismus

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Abschaffung Bildungsföderalismus

1 Über die Forderung im SPD-Regierungsprogramm (gemeinsame Bildungsstandards einführen)
2 hinaus fordern wir, das Prinzip des Bildungsföderalismus abzuschaffen und die
3 Bildungskompetenz auf Bundesebene zu transferieren, so dass in ganz Deutschland eine
4 einheitliche Bildungspolitik mit denselben Bedingungen für alle Schülerinnen und Schüler,
5 Studentinnen und Studenten gemacht wird.

6

7 **Begründung:**

8 In Deutschland gibt es 16 Bundesländer mit 16 verschiedenen Schulsystemen. Diese Systeme
9 haben alle unterschiedliche Schulformen, die aber auf angeblich gleichwertige Abschlüsse
10 hinführen. Bei einem Abschluss, nämlich dem Abitur, wurde in diesem Jahr ein Versuch
11 unternommen, um die Vergleichbarkeit der Abschlüsse unter den Ländern herzustellen:

12

13 Im Frühjahr 2013 hat sich die Kultusministerkonferenz der Länder auf gemeinsame Richtlinien
14 für die Abiturprüfungen geeinigt und wird in Zukunft

15

16 allen Ländern in jedem Fach einen Pool von 100 Fragen zur Verfügung stellen, aus denen sie
17 wiederum die Fragen auswählen, die sie ihren

18

19 Abiturientinnen und Abiturienten stellen möchte. Auf diesem Weg ist zumindest theoretisch das
20 Abitur von einem Land mit einem anderen Land

21

22 vergleichbar. Faktisch jedoch kommt die Abiturnote nur zu einem geringen Teil durch die
23 Ergebnisse der Abschlussprüfungen zu Stande sondern wird bereits überwiegend durch die
24 Vorleistungen in den letzten Schuljahren bestimmt. Und dort sind die Curricula der Länder noch
25 stark divergierend. Bei den anderen Abschlüssen, der Mittleren Reife und dem Qualifizierenden
26 Abschluss, wurden bislang keine einheitlichen Standards festgelegt.

27

28 Dies ist eine Ungleichbehandlung sondergleichen. Dass Bildung in Deutschland vom Geldbeutel
29 abhängt, ist eine Realität, die wir seit Jahren anprangern und die auch regelmäßig in Studien
30 nachgewiesen wird. Die andere Hälfte der Ungleichbehandlung wird durch den deutschen
31 Bildungsföderalismus verursacht, der den Ländern nur sehr wenige Eckpunkte setzt bei der
32 Ausgestaltung ihrer Schulsysteme. Nun mögen es manche für sinnvoll halten, dass es in
33 Deutschland regional angepasste Schulformen gibt, die anderswo nicht angeboten werden; im
34 Grunde ist es aber eine Benachteiligung für die Schülerinnen und Schüler, die gerne eine
35 bestimmte Schulform besuchen möchten, sie aber in ihrer Umgebung nicht vorfinden.

36 Außerdem stecken die Länder unterschiedlich viel Geld in die Bildung, was sich vor allem bei
37 den Klassenstärken bemerkbar macht. Nach einer Studie der statistischen Ämter in
38 Deutschland differieren die jährlichen Ausgaben im Bereich der Sekundarstufe zwischen 6300
39 (NRW) und 8600 (Thüringen) Euro pro SchülerIn, die Klassenstärke lag zwischen 19,4
40 (Thüringen) und 26,6 (NRW) SchülerInnen. Hier wird klar, dass es zu deutlichen Unterschieden

41 in der Betreuung durch die Lehrkräfte kommt, es sei denn die LehrerInnen leisten im einen Land
42 37% mehr als im anderen.

43

44 Im SPD-Regierungsprogramm 2013 wurde die Forderung aus dem Bürgerkonvent, die
45 Gesetzgebungskompetenz im Bereich Bildung auf den Bund zu übertragen, zwar
46 aufgenommen, aber nur in sehr zurückhaltender Form übernommen, Statt einer Bildungspolitik
47 aus einem Guss soll ein "kooperativer Bildungsföderalismus" eingeführt werden,

48

49 Dies reicht aber nicht! Nur durch eine vom Bund festgelegte Bildungspolitik wird sichergestellt,
50 dass dieselben Rahmenbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und
51 Studenten herrschen.

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Frühkindliche Bildung - jetzt erst Recht!!

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Frühkindliche Bildung - jetzt erst Recht!!

1 Die frühkindliche Bildung ist ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Umso wichtiger ist es
2 daher, dass wir die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten sozial und gerecht mitbegleiten.

3

4 Wir fordern daher:

5

- 6 • Für die Ausbildung zur ErzieherIn muss eine Ausbildungsvergütung geleistet werden.
7 Darüber hinaus sollte die Ausbildung im dualen Ausbildungssystem stattfinden.
- 8 • Alle ErzieherInnen müssen nach einem einheitlichen Tarifvertrag bezahlt werden. Es gilt:
9 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der frühkindlichen Bildung!
- 10 • Jede Kindergartengruppe braucht eine Drittkraft, um stärker pädagogisch arbeiten zu
11 können und das vorhandene Personal zu entlasten.
- 12 • ErzieherInnen brauchen bessere Weiterbildungsmöglichkeiten und bessere
13 Aufstiegschancen.
- 14 • Durch die Schaffung unbefristeter Stellen soll die Jobsicherheit erhöht werden.
- 15 • Durch eine Image-Kampagne soll die Attraktivität des ErzieherInnen Berufes aufgezeigt
16 und im Zusammenwirken mit den vorangegangenen Maßnahmen weiter gesteigert
17 werden. Ziel muss es dabei sein, mehr Männer für diesen Beruf zu gewinnen.
- 18 • Die Gründung von Betriebskindergärten und alternativen Versorgungsmodellen muss
19 gefördert werden. Ziel dabei ist insbesondere, Unternehmen an den Kosten für die
20 Kinderbetreuung zu beteiligen.
- 21 • Die Abschaffung des Betreuungsgeldes ist unumgänglich, damit Geld wirksam für die
22 frühkindliche Bildung ausgegeben werden kann.

23

24 **Begründung:**

25 Erfolgt mündlich

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Pluralismus in den Klassenzimmern – Ein
Unterricht für alle Religionen

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Pluralismus in den Klassenzimmern – Ein Unterricht für alle Religionen

1 **Forderung:**

2

3 Die Jusos setzen sich für einen konfessionsübergreifenden Religionsunterricht ein.

4

5 **Begründung:**

6 Konfessionsübergreifender Religionsunterricht ist Grundlage für ein fundiertes Allgemeinwissen
7 über die Weltreligionen. Eben dieses Allgemeinwissen erachten wir in einer multikulturellen
8 Gesellschaft für notwendig. Wer über andere Religionen Bescheid weiß, baut weniger Vorurteile
9 auf und entwickelt Toleranz und Akzeptanz gegenüber anderen Religionen und
10 Weltanschauungen.

11

12 Ein gemeinsamer Religionsunterricht für alle verleiht der multikulturellen Gesellschaft
13 Deutschlands Ausdruck und trägt dazu bei, dass Schülerinnen und Schüler verschiedenster
14 Herkunft in einen Diskurs über ihr Wertesystem treten.

15

16 Einen nach Konfessionen getrennten Religionsunterricht lehnen wir ab. Sicher ist es richtig,
17 dass Vertreter einzelner Religionsgemeinschaften im Zweifel besser über die eigene Religion
18 Auskunft erteilen können, als Vertreter anderer Religionsgemeinschaften, doch im
19 Schulunterricht darf es nicht primär um die vertiefende Lehre der eigenen Religion gehen,
20 sondern vielmehr um ein konfessionsunabhängiges Verständnis von Religion im Allgemeinen.
21 Eine Separierung der Schüler nach Konfessionen ist nicht zeitgemäß und widerspricht unserem
22 Grundverständnis von einer aufgeklärten und pluralistischen Gesellschaft.

23

24 Eine Eingliederung des Religionsunterrichts in Fächer wie Ethik oder Philosophie ist ebenfalls
25 abzulehnen. Ein gemeinsamer Ethik-Philosophie-Religions-Unterricht der sich auf die
26 Diskussion über Wertvorstellungen und Moral beschränkt, wird der enormen Bedeutung die die
27 Religion in unserer Gesellschaft einnimmt und dem Einfluss, die sie noch heute auf unser
28 Wertesystem hat, nicht gerecht. Religionsunterricht muss über philosophische Fragen hinaus
29 Inhalte der Weltreligionen vermitteln, um bei Schülerinnen und Schülern ein vertieftes
30 Verständnis des Zusammenlebens und aller damit einhergehenden Schwierigkeiten zu
31 vermitteln. Das ist nur realisierbar, wenn Religion als eigenes Fach unterrichtet wird.

32

33 Im zeitlichen Rahmen des Schulunterrichts können die einzelnen Wissenschaften Philosophie
34 und Religion außerdem nicht angemessen in ein Fach zusammengefasst werden, ohne, dass
35 relevante Unterrichtsinhalte verloren gehen.

36

37 Unserer Überzeugung nach macht ein konfessionsunabhängiger Religionsunterricht für alle, der
38 nicht von einer bestimmten Religion geprägt ist, die Möglichkeit einer Befreiung von eben

39 diesem überflüssig.

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Zufriedene Erzieher_innen für zufriedene Kinder und zufriedene Eltern - Struktureller Reformbedarf in den KiTas

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Zufriedene Erzieher_innen für zufriedene Kinder und zufriedene Eltern -
Struktureller Reformbedarf in den KiTas

1 **Zufriedene Erzieher_innen für zufriedene Kinder und zufriedene Eltern - Struktureller**
2 **Reformbedarf in den KiTas**

3

4 **1 Folgen des Rechtsanspruchs ab August 2013**

5

6 Ein Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz - das klingt grundsätzlich nach einer
7 sozialdemokratischen Maßnahme, wenn man sie losgelöst von der verächtlichen Herdprämie
8 bewertet. Nach §24 II SGBVIII n.F. e hat jedes Kind unter drei Jahren ab dem 1. August 2013
9 einen Anspruch auf einen KiTa-Platz, diese werden nun nach und nach geschaffen. Auch die
10 Informationspflicht der KiTas wird ab dem 1. August 2013 für die Eltern ausgeweitet werden,
11 was ebenfalls Personal erfordert. Die Umsetzung dieser Neuerungen bleibt Landesrecht.

12

13 So der Plan der schwarz-gelben Bundesregierung. Doch nicht einmal die wagt sich zu
14 verleugnen, dass er so nicht funktionieren wird: Zum einen haben viele Kommunen bis jetzt
15 noch nicht genügend neue Plätze geschaffen, zum anderen fehlt es an pädagogischen
16 Fachkräften. So kann man davon ausgehen, dass bis zu 220.000 KiTa-Plätze ab dem
17 01.08.2013 fehlen werden und daraus resultierend eine Klagewelle die Kommunen überrollen
18 wird.

19

20 Viele juristische Fragen sind dabei noch ungeklärt: Wer die Verantwortung tragen soll, an wen
21 sich die betroffenen Eltern wenden können und welchen Anspruch sie erheben können, ist noch
22 zu bestimmen. Auch ist unklar wer die Kosten für den Ausbau der Tagesstätten sowie die
23 laufenden Kosten tragen soll.

24

25 Deshalb fordern wir:

26

27 • **eine besser bezahlte und attraktivere Ausbildung der Erzieher_innen!** – denn nur so
28 lässt sich der Mangel an qualifizierten Fachkräften langfristig beheben

29

30 • **eine klar aufgeteilte Verantwortungsübersicht der einzelnen Bereiche für**
31 **Kommunen und Länder!** – damit der Rechtsanspruch nicht in einem juristischen Chaos
32 endet, in dem sich Kommunen, Bund und Länder den schwarzen Peter gegenseitig
33 zuschieben, während Eltern von ihrem Anspruch kein Gebrauch machen können.

34

35 • **Beratungsstellen vor Ort für betroffene Eltern**

36

37 • **Einen Finanzierungsplan für die Kosten, die durch das neue Gesetz entstanden**

38 sind

39

40 2 Arbeitssituation der Erzieher_innen

41

42 Eine wissenschaftliche von der GEW 2010 veröffentlichte Studie zeigt ein erschreckendes
43 Resultat: Nur 8% der Erzieher_innen sind zufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen! Oder
44 umgekehrt: 92% sind nicht zufrieden!

45

46 Diese miserablen Arbeitsbedingungen führen zu vielerlei kurz- und langfristigen Konsequenzen:
47 Es gibt bei Erzieher_innen, darunter insbesondere bei Männern und Migrant_innen, eine
48 Großzahl an Personen, die nach abgeschlossener Berufsausbildung in ein anderes Berufsfeld
49 wechseln (33%, davon 40% Männer und 50% Migrant_innen).

50

51 Das unterdurchschnittliche Einkommen, die Befristung sowie die hohe Zahl an Teilzeitverträgen
52 führen zu einer Existenzgefährdung. Fast jedeR fünfte Erzieher_in ist armutsgefährdet!

53

54 Diese Gefährdung der Armut spielt insbesondere im Hinblick auf die Rentenaussichten eine
55 große Rolle:

56

57 EinE Erzieher_in, der/die vom 21.-59. Lebensjahr in Vollzeit gearbeitet hat, kommt
58 durchschnittlich auf eine Rente von nur 876€ pro Monat.

59

60 Deshalb fordern wir...

61

62 • **ein höheres Einkommen!** – Das Durchschnittseinkommen von Erzieher_innen liegt 224€
63 monatlich unter dem Bundesdurchschnitt aller Verdienenden

64

65 • **fristlose Verträge!** – ca. die Hälfte aller neuen Verträge werden befristet geschlossen
66 (doppelt so viele wie im branchenübergreifenden Durchschnitt)

67

68 • **mehr/attraktivere Vollzeitstellen!** – viele Erzieher_innen arbeiten nur in Teilzeit bzw.
69 können nur in Teilzeit arbeiten

70

71 • **mehr Rücksichtnahme auf die Gesundheit der Erzieher_innen!** – viele sind einem
72 hohen Arbeitspensum sowie einer extremen Lärmkonfrontation ausgesetzt; dies hat zur
73 Folge, dass das Renteneintrittsalter im Schnitt bei 59 Jahren liegt

74

75 • eine **Stärkung der Gewerkschaften** zur Durchsetzung der Forderungen!

76

77 3 Ausbildung der Erzieher_innen

78

79 In Rheinland-Pfalz ist die Ausbildung zur/m ErzieherIn stark verschult gestaltet. Sie findet an
80 einer Fachschule für Sozialpädagogik statt. Von insgesamt drei Ausbildungsjahren werden zwei
81 an der Fachschule verbracht und nur eins an der Ausbildungsstätte, z.B. der KiTa. Der
82 Abschluss ist der eines/r staatlich anerkannten ErzieherIn. Anschließend können
83 Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Organisation oder Sozialmanagement an
84 Fachschulen oder Fachhochschulen wahrgenommen werden.

85

86 Eine Ausbildungsvergütung gibt es – wenn überhaupt – nur im dritten Ausbildungsjahr.

87

88 Dass es auch anders geht, zeigt das dualorientierte Ausbildungsmodell in Baden-Württemberg,
89 das im Jahre 2012/13 gestartet ist und eine Vergütung für die Auszubildenden vorsieht.

90

91 Deshalb fordern wir:

92

93 • **Ein dualorientiertes Ausbildungsangebot auch in Rheinland-Pfalz!** – denn gerade im
94 pädagogischen Bereich ist eine unmittelbare und enge Verzahnung von schulischen und
95 praktischen Elementen Voraussetzung für eine gute, von Erfahrung geprägten
96 Ausbildung!

97

98 • **und damit einhergehend eine angemessene Vergütung in allen drei**

99 **Ausbildungsjahren!** – denn zum einen muss praktischer Einsatz von Anfang an entlohnt
100 werden, zum anderen macht eine angemessene Vergütung die Ausbildung selbstredend
101 attraktiver!

102

- 103 • **Einen festen Ausbildungsvertrag zwischen BewerberInnen und KiTa!** - So können
104 die Kindertageseinrichtungen ihr Personal gezielt auswählen, ausbilden und frühzeitig
105 binden

106

107 **4 Rolle der Trägerschaften**

108

109 Was die Trägerschaft bei KiTas angeht, so ist das Angebot vielfältig. Grundsätzlich befürworten
110 wir die Bezuschussung öffentlicher und freier Träger_innen mit öffentlichen Mitteln, da auch
111 frühkindliche Bildung staatliche Aufgabe ist. Einige besondere Fälle bedürfen einer genaueren
112 Betrachtung.

113

114 Wir fordern:

115

- 116 • **Private Trägerschaft kann nicht das Standbein sein, auf das Kommunen aufgrund**
117 **der fehlenden Plätze angewiesen sind! Deshalb muss der zusätzliche Bedarf an**
118 **Plätzen langfristig in öffentlicher oder freier Trägerschaft geschaffen werden!** –
119 Private Trägerschaften schaffen zwar zusätzliche Plätze, sie führen durch hohe
120 Elternbeiträge aber oft zu einer finanziellen Selektion, die unserer Vorstellung von freiem
121 Zugang zu Bildung grundsätzlich widerspricht.

122

- 123 • **Elterninitiativen, die sich dort bilden, wo Betreuungsangebote fehlen, müssen**
124 **finanziell und strukturell besser entlastet werden!** – Der freiwillige Einsatz und die
125 Mitgestaltung von Eltern sind grundsätzlich zu befürworten. Dennoch muss gesichert sein,
126 dass Eltern aufgrund struktureller Engpässe der Kommunen nicht gezwungen sind,
127 ehrenamtliche Arbeit oder höhere finanzielle Beiträge zu leisten, um ihre Kinder betreut zu
128 wissen.

129

- 130 • **Im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss es Betrieben erleichtert**
131 **werden Betriebskindertagesstätten einzurichten!** - Da der Betrieb als Träger nicht
132 anerkannt ist, muss im Zweifelsfall die Kommune als Trägerin fungieren oder eine_n
133 Träger_in organisieren. Alternativen sind auch Kooperationsmodelle innerhalb der
134 Kommune oder Platzkontingente in bestehenden KiTas.

135

- 136 • **Kirchliches Sonderarbeitsrecht abschaffen!** - Einstellungen und besonders
137 Entlassungen der Erzieher_innen aufgrund von Konfessionswechsel, sexueller
138 Orientierung, Scheidung etc., fehlende Tarifverträge sowie eine Abhängigkeit von der
139 Konfession bei der Arbeitsplatzsuche sind auch im Bereich der frühkindlichen Bildung
140 unhaltbare Zustände. Sicher ist die Unabhängigkeit in der pädagogischen Ausrichtung der
141 Einrichtungen bedeutend und gesetzlich festzulegen, jedoch hat dies im demokratisch
142 festgesetzten Rahmen stattzufinden.

143

144 **Begründung:**

145 Erfolgt mündlich

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

Titel Gendersensibilisierung fällt nicht vom
Himmel – Geschlechtergerechte Bildung jetzt!

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Gendersensibilisierung fällt nicht vom Himmel – Geschlechtergerechte Bildung jetzt!

- 1 **Gendersensibilisierung fällt nicht vom Himmel – Geschlechtergerechte Bildung jetzt**
- 2 Für uns Jungsozialist_innen in der SPD sind Schulen Orte, die junge Menschen heranbilden,
- 3 die einen offenen und toleranten Ausblick in die Welt bieten und in der Lage sind, Schüler_innen
- 4 einen konstruktiven kritischen Umgang mit sich selbst und und ihrer Umwelt zu motivieren.
- 5 Dazu gehört auch die Fähigkeit, Sexismus, damit verbundene Stereotype und Rollenklischees
- 6 im Alltag zu erkennen, zu entlarven und sich diesen entgegenzustellen.
- 7 Ein Blick in die Schule eröffnet diesbezüglich jedoch große Defizite. Das Thema Sex und
- 8 Gender mag sich in Lehre und Forschung der Hochschulen mittlerweile eine feste Nische
- 9 erobert haben, doch in der dort stattfindenden Ausbildung der Lehrer_innen sowie im
- 10 Schulalltag fehlt ein Bewusstsein für Gendersensibilisierung oft völlig.
- 11 **Die Rolle der Lehrenden – Eigene Vorurteile werden weitergegeben**
- 12 So präsent Stereotype, Rollenklischees und Homophobie leider noch in den Köpfen aller
- 13 Menschen sind, sind sie das natürlich auch in den Lehrer_innenzimmern. Dem Lehrpersonal
- 14 fehlt fast durchgängig ein Bewusstsein für den latenten alltäglichen Sexismus, den es
- 15 mitgestaltet und weiterträgt. Hinzu kommt eine erhebliche Unkenntnis einer Unterscheidung
- 16 zwischen sexueller Identität und Geschlecht und der Notwendigkeit geschlechtergerechter
- 17 Sprache.
- 18 Dies ist jedoch gleich in mehrfacher Hinsicht schlecht. Grundsätzlich haben Lehrende heute
- 19 mehr denn je neben der Vermittlung der Lerninhalte auch die Aufgabe, Schüler_innen soziale
- 20 Kompetenzen zu vermitteln. Dabei darf jedoch die Vorbildfunktion, die Lehrpersonen
- 21 einnehmen, sowie ihr Einfluss auf Gestaltung und Umgang im Schulalltag nicht unterschätzt
- 22 werden Ohne die notwendige Bewusstmachung werden eigene Vorurteile fortlaufend
- 23 reproduziert und weitergegeben. Pädagog_innen haben erheblichen Einfluss auf Empfinden,
- 24 Denken und Bewusstsein der Schüler_innen. Es liegt also an ihnen, ob Kinder eine
- 25 weitreichende Sensibilisierung bezüglich ihres Rollenverhaltens, ihrer Sexualität, ihres
- 26 Geschlechtsverständnisses erfahren oder nicht.
- 27 Ein erster Schritt, diese Automatismen der Reproduktion sexistischer Vorurteile zu
- 28 durchbrechen, müssen deshalb **verpflichtende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur**
- 29 **Sensibilisierung der Lehrenden** bezüglich dieser Thematik sein. Interesse und Bewusstsein
- 30 zu wecken, stellt jedoch nur eine erste Maßnahme dar, die es den Lehrenden ermöglicht, ihren
- 31 Umgang mit den Schüler_innen aber auch untereinander zu überdenken. Dem folgend müssen
- 32 ihnen unter anderem unbedingt **Methoden** an die Hand gegeben werden, die sie in die Lage
- 33 versetzen, **Geschlechterstereotype auch im Unterricht durchbrechen und**
- 34 **geschlechterstereotypem Verhalten im Klassenzimmer gezielt entgegenzuwirken.** Daraus
- 35 resultieren Klassen,, die beispielsweise für ihren Klassenrat eine quotierte Redeliste einsetzen,
- 36 die Aufgaben nicht geschlechtertypisch und zusätzlich quotiert verteilen, in denen alle Kinder
- 37 selbstverständlich zusammenarbeiten und am Ende im besten Falle die Kategorisierung in „die
- 38 Jungen“ und „die Mädchen“ völlig über Bord werfen können.

39

40 **Lehrbücher – Voll falscher Rollen und falscher Sprache**

41 Man könnte meinen, in den Lehrbüchern habe sich in Sachen Diversity einiges getan. Die
42 Fremdsprachenwerke haben es beispielsweise größtenteils geschafft, zumindest Alternativen
43 zur idyllischen vierköpfigen Familie mit dem Vater als Ernährer, der Mutter als fürsorglicher
44 Hausfrau, dem Sohn als Sportler und der Tochter als bravem Mädchen darzustellen: Kinder mit
45 Migrationshintergrund, Scheidungskinder und Patchworkfamilien haben ihren Weg in das
46 Sprachlehrbuch gefunden. Es gibt fußballbegeisterte Mädchen und Jungen, die tanzen.

47

48 Dass diese Aufweichung des traditionellen Rollenverständnisses jedoch nur oberflächlich und
49 widersprüchlich stattfindet, zeigt eine Studie, die von der GEW dazu in Auftrag gegeben wurde.
50 So bleibt die Stereotypisierung des Aussehens erhalten, was beispielsweise an Haarlänge,
51 Kleidung, Körpersilhouette und Haltung deutlich wird. Weibliche Personen werden viel mehr im
52 haushaltsnahen Kontext dargestellt. Tätigkeiten und Eigenschaften fallen tendenziell als
53 stereotypisierend auf: Mädchen gehen shoppen, Jungs sind chaotisch und wild. In keinem
54 einzigen der untersuchten Fremdsprachenwerke werden LGBTI- Menschen dargestellt.

55

56 Wie diese Beispiele zeigen, wird eine solche Stereotypisierung im Fremdsprachenbereich wird
57 durch die stark personalisierte Porträtierung der Charaktere besonders deutlich. Aber auch in
58 anderen Fachbereichen fällt in unterschiedlichen Aufgabenstellungen die Reproduktion
59 geschlechterstereotypen Verhaltens auf, ohne dass diese in irgendeiner Weise relativiert wird.

60

61 Ein weiteres Defizit der Lehrwerke ist eine fehlende geschlechtergerechte Sprache. In den
62 untersuchten Büchern wird das generische Maskulinum durchgängig verwendet, Nennungen
63 der weiblichen und männlichen Form finden sich nur punktuell.

64

65 Um diese Missstände zu beseitigen, muss das Bildungsministerium **Auflagen machen, die**
66 **Lehrwerke bezüglich Geschlechterkonstruktionen, Diversity und geschlechtergerechter**
67 **Sprache zu erfüllen haben.** Lehrbücher müssen umfassend auf Rekonstruktion von
68 Geschlechterstereotypen und auf geschlechtergerechte Sprache hin untersucht werden, um
69 dem Anspruch gerecht zu werden, nicht nur einen simplifizierten gesellschaftlichen Konsens
70 darzustellen, sondern ihre Aufklärungsfunktion wahrzunehmen.

71

72 **Koedukation – immer und überall?**

73 Eine Trennung nach Geschlecht betont die eigene Zuordnung zum Geschlecht, zu verstärkt
74 Stereotype und schafft Berührungsängste. Deshalb wird sie grundsätzlich unserem Ziel der
75 Überwindung von Rollenzuweisungen und Stereotypen entgegen. Für uns Jungsozialist_innen
76 in der SPD kann es deshalb nur eine Frage geben, die überhaupt erlaubt, darüber
77 nachzudenken, ob es sinnvoll sein kann, in bestimmten Unterrichtssituationen Kinder nach dem
78 zugeordneten Geschlecht zu trennen: Gibt es Situationen im Schulalltag, in denen die
79 Schaffung eines Schutzraumes notwendig ist? Sie stellt sich bezüglich des Sport- und des
80 Sexualkundeunterrichts.

81

82 **Im Sportunterricht sehen wir die Notwendigkeit eines solchen Schutzraumes nicht.**

83 Vielmehr sehen wir gerade den Sportunterricht als Raum, Berührungsängste und Stereotype zu
84 überwinden. Die Sportlehrer_innen haben aber gerade aufgrund dieser immer wieder präsenten
85 Berührungsängste und des stark unterschiedlich sozialisierten körperlichen Verhaltens, aber
86 auch aufgrund der körperlichen Nähe, die in ihrem Fach besteht, eine ganz besondere
87 Verantwortung. Deshalb ist es besonders notwendig,

88

89 **Sportlehrer_innen dahingehend verstärkt zu sensibilisieren und zu schulen.** Dadurch
90 müssen sie insbesondere in die Lage versetzt werden, die situative Notwendigkeit von
91 Schutzräumen zu erkennen und diese herzustellen.

92 **Lerninhalte Sex, Gender und sexuelle Identität**

93 Auch im Rahmen des Sexualkundeunterrichts müssen Lehrer_innen in der Lage sein, die
94 Notwendigkeit zur Schaffung von, Schutzräumen im Unterricht zu schaffen, wenn es um die
95 eigene sexuelle Identität geht. Sexualerziehung findet an Schulen oft aus überwiegend
96 biologischer Perspektive statt. Dabei wird, wie die Studie der GEW zeigt, Geschlecht in den
97 Lehrwerken generell als binäre Kategorie dargestellt: Säuglinge lassen sich durch Merkmale zu
98 einem der beiden Geschlechter unfehlbar zuordnen, Intersexualität wird höchstens am Rande
99 erwähnt. Formen der Intersexualität, bei denen in der Pubertät Entwicklungen auftreten, die

100 ihrem zugewiesenen Geschlecht nicht entsprechen, werden genauso tabuisiert wie die
101 Erfahrungen dieser Menschen. Auch Trans*menschen existieren in dem untersuchten
102 Biologiebüchern nicht. Die Lerninhalte in Bezug auf sexuelle Orientierung sind stark
103 heteronormativ, in einigen Büchern werden Homo- und Bisexualität überhaupt nicht thematisiert.
104 Auch Geschlechtsverkehr wird heteronormativ einzig zwischen Mann und Frau dargestellt. Nur
105 in einem einzigen untersuchten Lehrwerk schaffen es die Autor_innen immerhin ein Coming Out
106 explizit zu thematisieren.

107 Diese Analyse zeigt, dass in der **Sexualerziehung großer inhaltlicher Reformbedarf** besteht.
108 Der binäre Geschlechtsbegriff muss als Norm weichen und als sozial konstruiert thematisiert
109 werden. Inter* und Trans* müssen behandelt werden. Eine Überwindung der latent
110 vorherrschenden Heteronormativität kann nur erfolgen, wenn die Darstellung von Homo- und
111 Bisexualität als gleichwertige Orientierung und Praxis fest in den Lehrplänen verankert wird.
112 Was das Finden der eigenen sexuellen Identität angeht, muss auch der Prozess eines Coming
113 Out als persönliche Erfahrung und die Vorbehalte gegenüber Homosexuellen verpflichtend
114 thematisiert werden.

115

116 **Geschlechtergerechtigkeit ist und bleibt ein Querschnittsthema**

117 Die Lerninhalte zu Sex, Gender, sexueller Identität und Geschlechtergerechtigkeit sind dabei
118 nicht nur im Biologiesaal zu Hause. Gerade die soziale Dimension der Themen müssen auch in
119 möglichst allen anderen Fächern aufgegriffen werden. Dazu bieten sich ganz klassisch das
120 Fach Ethik, aber auch Deutsch und die Fremdsprachen und ganz besonders auch das Fach
121 Geschichte an.

122

123 Unsere Forderungen kompakt:

124

- 125 • verpflichtende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Sensibilisierung der Lehrenden
- 126 • Vermittlung von Methoden, die Geschlechterstereotype im Unterricht durchbrechen und
127 geschlechterstereotypem Verhalten im Klassenzimmer gezielt entgegenwirken
- 128 • Auflagen des Bildungsministerium, die Lehrwerke bezüglich Geschlechterkonstruktionen,
129 Diversity und geschlechter Sprache zu erfüllen haben
- 130 • Koedukativer Sportunterricht bei besonderer Sensibilisierung der Sportlehrer_innen
- 131 • Umfassende inhaltliche Reform des Sexualkundeunterrichts, um Heteronormativität und
132 Homophobie gezielt entgegenzuwirken
- 133 • Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema

134

135 **Begründung:**

136 Erfolgt mündlich

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Schaffung der Stelle eines/einer
Schulpsychologen/Schulpsychologin

Antragsteller Juso Schüler*innen über Juso-Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Schaffung der Stelle eines/einer Schulpsychologen/Schulpsychologin

1 Der Bundeskongress der Jusos in der SPD möge beschließen, dass an jeder Schule eine Stelle
2 für Schulpsycholog*innen geschaffen wird.

3

4 **Begründung:**

5 In der heutigen Schulzeit gehören Intoleranz, Diskriminierung und Mobbing leider zum
6 Schulalltag hinzu. Ebenso Lernstress, der unter anderem durch die Einführung von G8 bedingt
7 ist. Dies kann weitreichende Folgen für die Kinder und Jugendlichen haben, besonders in Zeiten
8 der Pubertät.

9

10 Studien haben ergeben, dass Kinder, die bereits früh gemobbt wurden, ein erhöhtes Risiko
11 aufweisen, später psychosomatische Beschwerden zu bekommen. Derzeit kommt auf über
12 16.000 Schülerinnen und Schülern (Stand 2010) nur eine Person mit schulpsychologischer
13 Ausbildung^[1]. Deutschland entspricht in diesem Bereich einem Entwicklungsland.

14

15 Dies muss geändert werden! Schule ist über weite Teile des Tages hinaus der Mittelpunkt des
16 täglichen Lebens von Schülerinnen und Schülern.^[2]

17

18 Da wir für ein gerechtes Bildungssystem kämpfen und wir unseren Bildungsauftrag
19 wahrnehmen, müssen wir dem Umgang untereinander und miteinander mehr Achtung
20 schenken. Oft wird in den Schulen über die oben beschriebenen Probleme hinweggesehen. Das
21 ist ein unzumutbarer Zustand.

22

23 Daher wollen wir uns als Juso-Schüler*innen dafür einsetzen, dass Schüler*innen den freien
24 Zugang zu einer ihnen außenstehenden Person im Schullalltag haben können. Diese begleitet
25 sie durch den Schullalltag und vermittelt zwischen Schüler*innen, Lehrer*innen und
26 Schulleitung. Wir sehen diese Aufgabe als einen Beruf zwischen dem eines/einer
27 Psychologen/Psychologin und Sozialpädagogen/Sozialpädagogin. Denkbar wäre im weiteren
28 Verlauf auch die Verknüpfung des Studiengangs mit dem der sozialen Arbeit oder die Schaffung
29 eines neuen Studienganges, indem soziale Arbeit mit Psychologie kombiniert wird.

30

31 Der Zugang zu diesen Psycholog*innen muss kostenfrei sein, denn es ist eine den Lehrer*innen
32 gleichwertige und somit auch gleich bezahlte Stelle.

33

34

35 ^[1] [http://www.focus.de/schule/schule/psychologie/psychologie-wenn-schule-die-seele-krank-](http://www.focus.de/schule/schule/psychologie/psychologie-wenn-schule-die-seele-krank-macht_aid_316764.html)
36 [macht_aid_316764.html](http://www.focus.de/schule/schule/psychologie/psychologie-wenn-schule-die-seele-krank-macht_aid_316764.html)

^[2] http://www.gewnds.de/Aktuell/archiv_jan_10/

D

Demokratie, Partizipation & Kampf gegen

menschenfeindliche Einstellungen

D 1	Berlin Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen – Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!	98
D 2	Berlin Kontinuierliche Finanzierung von antifaschistischen und antirassistischen Projekten sicherstellen	106
D 3	Braunschweig Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras Braunschweig!	107
D 4	Sachsen Für eine Senkung des aktiven Wahlrechts	110

Titel Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen –
Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur
Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen – Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!

1 Im November 2011 flog die Mordserie der rechten Terrorgruppe Nationalsozialistischer
2 Untergrund (NSU) auf. Seitdem sind zahllose erschütternde Details ans Licht gekommen – es
3 werden laufend mehr. Uns schockiert bis heute, wie Behörden sich so verhalten konnten. Selbst
4 in den Medien und weiten Teilen der Gesellschaft mangelt es massiv an Sensibilität. Diese Lage
5 gefährdet Grundfesten eines demokratischen, friedlichen Miteinanders und damit auch die
6 Zukunft von uns allen.

7
8 **Drei Skandale sind genug**

9
10 Gleichzeitig sind wir davon nicht erstaunt, denn diese Probleme sind schon lange Zeit strukturell
11 und institutionell verankert. Zu Beginn der 1990er Jahre herrschten in Deutschland rassistische
12 und sozialchauvinistische Einstellungsmuster vor, die die Unionsparteien durch ihre
13 Hetzkampagnen zum Asylrecht lange vorbereitet hatten. Die etablierten Parteien im Bundestag
14 reagierten mit dem Asylkompromiss zum Jahr 1993 auf die Pogromstimmung, der das
15 umfassende Recht auf Asyl faktisch abschaffte. (Es ist eine Schande der Sozialdemokratie,
16 dass sie ihn durch ihr historisches Einknicken vor den Unionsparteien erst ermöglichte.) Nach
17 der Wiedervereinigung brannten in ganz Deutschland Flüchtlingslager: die Pogrome in Rostock
18 und Solingen sind schreckliche Beispiele dafür. In kurzer Zeit ermordeten Neonazis zahlreiche
19 Menschen, inzwischen sind es mindestens 184 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 (Amadeu-
20 Antonio-Stiftung). Die Geheimdienste, ohnehin fragwürdig genug, sowie die
21 Sicherheitsbehörden, die Innenministerien und die Justiz sind auf dem rechten Auge blind
22 geblieben. Sie verfolgten all dies völlig unzureichend: Viele Täter_innen entkamen, wurde nicht
23 angeklagt oder erhielten niedrige (Freiheits-)Strafen. Der Verfassungsschutz warb zahlreiche V-
24 Leute in der rechten Szene an, allerdings führte dies meist nur zur Finanzierung und zum
25 Aufbau der rechten Szene, während die Führung der V-Leute völlig versagte. Auch in den
26 Jugendzentren herrschte Ahnungslosigkeit. Der damals (grundsätzlich sympathische) Ansatz
27 der akzeptierenden Jugendarbeit war den Gefahren rechter Strukturen nicht gewachsen und
28 versagte dabei, Alternativen aufzuzeigen und Jugendliche von der rechten Szene fern zu halten.
29 In diesem Klima gedieh der Nationalsozialistische Untergrund. Das ist der erste Skandal.

30
31 Die Mord-, Raub- und Anschlagsserie des NSU-Netzwerkes konnte unbehelligt verübt werden.
32 Die Polizeibehörden suchten über ein Jahrzehnt lang „ausländische Kriminelle“. Einschätzungen
33 der migrantischen Commune, dass Rassismus das Motiv sei, und Zeug_innen-Aussagen
34 wurden nicht weiter verfolgt. Das ist der zweite Skandal.

35
36 Während die unfassbaren Vorgänge in den Strafverfolgungsbehörden und dem
37 Verfassungsschutz aufgeklärt werden sollten, schredderten Verfassungsschutz-
38 Mitarbeiter_innen Akten. Politische Verantwortung übernahm niemand. Das ist der dritte

39 Skandal.

40

41 Jetzt bahnt sich ein vierter Skandal an: Die tatsächlichen Probleme werden nicht erkannt.
42 Stattdessen werden den verantwortlichen Behörden – insbesondere dem Verfassungsschutz –
43 noch mehr Zuständigkeiten und noch mehr Macht übertragen. Ihre Arbeitsweise möchten sie
44 nicht ändern. Sie möchten offensichtlich auch nicht einmal zur Aufklärung beitragen – entgegen
45 dem Versprechen an die Angehörigen der NSU-Opfer. Alle existierenden Kontrollgremien haben
46 versagt. Selbst gegenüber der Untersuchungsausschüsse zeigen einige Behörden einen
47 massiven Unwillen, sich an der Aufklärung zu beteiligen.

48

49 **Kein Extremismusdogma – gegen den (institutionellen) Rassismus auf allen Ebenen**

50

51 Über das eigentliche Problem wird geschwiegen: den Rassismus, den es genauso in den
52 Behörden gibt. Jedes Jahr belegt die Friedrich-Ebert-Stiftung, dass menschenfeindliche
53 Einstellungen in der „Mitte“ der Gesellschaft verbreitet sind. Antisemitismus, Rassismus,
54 Sozialchauvinismus oder Homo- und Transphobie können nicht auf so genannte politische
55 „Ränder“ (mit den Richtungen rechts, links und ausländisch) abgeschoben werden. Hier sollen
56 sich laut Verfassungsschutz die „Extremisten_innen“ tummeln und so die vermeintlich gute Mitte
57 umzingeln. Dies basiert auf der unwissenschaftlichen Extremismustheorie. Wie aber die
58 Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigt, ist die Mitte „extrem“: extrem
59 rassistisch, extrem antisemitisch, extrem sozialchauvinistisch, extrem homo- und transphob.
60 Doch der Verfassungsschutz folgt der extrismustheoretischen Sichtweise und verkennt so
61 neonazistischen Terror sowie seine Anknüpfungspunkte in der Mitte der Gesellschaft.

62

63 **Die Anfänge der Aufklärung: Die NSU-Untersuchungsausschüsse**

64

65 Als sich Bönhardt und Mundlos nach einem missglückten Banküberfall töteten und Zschäpe die
66 gemeinsame Wohnung anzündete, flog der Nationalsozialistische Untergrund auf. Der
67 Bundestag setzte zügig einen Untersuchungsausschuss ein. Mehrere Landesparlamente
68 folgten. Der NSU-Untersuchungsausschuss hat nach anderthalb Jahren einen umfassenden
69 Bericht vorgelegt und ausführlich dokumentiert. Während der Untersuchungen stieß der
70 Ausschuss häufig an seine Grenzen, da viele Sicherheitsbehörden in Blockadehaltung standen
71 und Unterlagen verweigerten oder vernichteten. Es handelt sich bei dem parlamentarischen
72 Untersuchungsausschuss um eine äußerst zu würdigende, parteiübergreifende
73 parlamentarische Leistung. Die gesellschaftliche Debatte ist immer noch unzureichend in Gang
74 gekommen.

75

76 **Den Untersuchungsausschuss ernst nehmen und die Empfehlungen umsetzen!**

77

78 Umso wichtiger ist es nun, zügig Konsequenzen zu ziehen. Die Sozialdemokratie schließt sich
79 den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag zur
80 „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“ einschließlich der ergänzenden
81 Stellungnahme (Sondervoten, *im Folgenden kursiv gedruckt*) der SPD-Fraktion an. Die
82 Sozialdemokratie tritt für folgende Forderungen ein und wird dafür Sorge trage, sie in Gesetzen,
83 Vorschriften und Programmen zu verankern.

84

85 **Eine andere Polizei ist nötig!**

86

- 87 1. Bei allen Fällen, die einen rassistisch oder anderweitig motivierter politischer Hintergrund
88 haben könnten, wird die Polizei verpflichtet diesen zu prüfen und dies zu dokumentieren,
89 sofern es keinen hinreichenden begründeten konkreten Tatverdacht in eine andere
90 Richtung gibt. Geben Opfer oder Zeug_innen ein Tatmotiv an („victim centred definition“),
91 wird dieses verpflichtend aufgenommen und angemessen berücksichtigt (nennt das Opfer
92 das Tatmotiv Rassismus, wird dem also nachgegangen). Es findet verpflichtend ein
93 Abgleich mit Informationen des Staatsschutzes und des Verfassungsschutzes statt. Es
94 wird sicher gestellt, dass rassistisch motivierte Taten von der Aufnahme der Anzeige bis
95 hin zum Abschluss des Strafverfahrens verfolgt werden können.
- 96 2. Bei der Polizei wird eine Arbeitskultur geschaffen, die eine Fehlerkultur, Reflexion,
97 Selbstkritik beinhaltet. Dies wird durch Aus- und Fortbildungen und Supervisionen sicher
98 gestellt. Rotation wird ein Führungsinstrument in den Dienststellen.
- 99 3. Alle Straftaten mit Bezug zu rechter Gewalt, insbesondere zum NSU, werden vorrangig

- 100 untersucht. Dem Bundestag wird hierüber berichtet. Bisher fälschlich nicht der politisch
101 motivierten Kriminalität Rechts zugeordneter Tötungsdelikte und Sprengstoffanschläge
102 werden erneut bewertet.
- 103 4. Der Themenfeldkatalog Politisch motivierte Kriminalität (PMK) wird gemeinsam mit
104 Wissenschaft und Zivilgesellschaft überarbeitet. Polizei und Justiz führen hierzu eine
105 Verlaufsstatistik.
- 106 5. Ermittler_innen verschiedener Fachrichtungen arbeiten so zusammen dass Straftaten
107 deliktsübergreifend richtig eingeordnet werden. Der Staatsschutz hat dabei führende
108 Kader der rechten Szene im Blick.
- 109 6. Eine zentrale Ermittlungsführung wird durch das BKA oder per Staatsvertrag durch eine
110 Landespolizei (im Sammelverfahren) ermöglicht.
- 111 7. Datensysteme werden interoperabel gemacht und den Dienststellen zur Verfügung
112 stehen.
- 113 8. Es bedarf zentral geführter Ermittlungen mit Weisungsrechten für regionale
114 Ermittlungsabschnitte in anderen Bundesländern. Es bedarf eines besseren
115 Verständnisses von deutschlandweit und international agierenden extrem rechten
116 Netzwerken.
- 117 9. Bei der Polizei wird eine Organisationseinheit innerhalb der ermittlungsführenden
118 Dienststelle, die sich der kontinuierlichen und kritischen Evaluation der einzelnen
119 Ermittlungsschritte und Auswertungsergebnisse widmet, eingerichtet.
12010. Es werden unverzüglich Voraussetzungen geschaffen, dass jederzeit eine bundesweite
121 Abklärung möglich ist, wie viele untergetauchte Rechtsextremisten mit Haftbefehl gesucht
122 und welche Straftaten ihnen zur Last gelegt werden.
12311. Die Polizei wird mit Vielfalt kompetent umgehen. Außerdem werden die Bemühungen
124 verstärkt, Menschen verschiedener Herkunft einzustellen.
12512. Interkulturelle Kompetenz wird Teil der Polizeiausbildung. Vorgesetzte der Kriminal- und
126 Schutzpolizei werden darin aus- und fortgebildet. Dies wird evaluiert.
12713. Die Kommunikation mit Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen wird als wichtige
128 Aufgabe gesehen und von eigens geschulten Beamt_innen wahrgenommen.
12914. Opfer, ihre Zeug_innen und Angehörige werden über die bisher bestehenden Pflichten
130 hinaus auf ihr Recht hingewiesen, eine Anwältin_einen Anwalt oder eine Begleitung zur
131 Vernehmung mitzubringen, und zwar in ihrer Muttersprache. Der Hinweis wird
132 dokumentiert.
13315. Die Polizei weist Opfer, ihre Zeug_innen und Angehörige mutmaßlich rassistisch oder
134 anderweitig politisch motivierter Gewalt auf Beratungsangebote auch in freier Trägerschaft
135 und auf Entschädigungsansprüche hin. Dies wird dokumentiert.
13616. Erfolglos bleibende Ermittlungen zu schweren Straftaten werden von anderen
137 Ermittler_innen nochmals geprüft.
13817. Ungelöst eingestellte Ermittlungen werden bei Fortschritten in den Ermittlungsmethoden
139 wieder aufgenommen.
14018. Das BKA berät die Polizeien der Länder bei der Anfragestellung, ob alle
141 Informationsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden.
14219. Die Ermittlungen zum NSU sollen in den Aus- und Fortbildungen aller Polizeien und
143 Laufbahnen thematisiert, analysiert und simuliert werden.
14420. Die Zusammenarbeit der Polizeibehörden wird Teil der Aus- und Fortbildung.
14521. Die Aus- und Fortbildung der Polizist_innen sensibilisiert grundlegend für die Gefahren
146 des Rechtsradikalismus und Rechtsterrorismus. Wissenschaft und Zivilgesellschaft
147 werden dabei einbezogen.
- 148
- 149 *Die SPD-Fraktion ergänzt in ihrem Sondervotum:*
- 150 *In 5 Jahren gibt es in jeder Polizeidienststelle eine_n Familienkontaktbeamt_in. Diese*
151 *kommunizieren bei rassistischen oder anderen politisch motivierten Gewalttaten mit den Opfern*
152 *und Angehörigen. Sie werden speziell dafür ausgebildet, auch in interkultureller Kompetenz.*
153
- 154 *Es erfolgt eine wissenschaftliche Einstellungsforschung, die Einstellungsmuster und Vorurteile*
155 *bei der Polizei und deren Auswirkungen auf polizeiliches Handeln beschreibt und erkennbar*
156 *werden lässt, welche strukturellen Faktoren, die Verfestigung solcher Einstellungen*
157 *vorantreiben oder ihnen entgegenwirken können. Die Diversität bei der Personalauswahl wird*
158 *erhöht. Hierzu werden Zielmarken vorgegeben, Bewerbungshemmnisse analysiert,*
159 *zielgruppenorientiertes Personalmarketing betrieben, die Personalentscheider_innen*
160 *fortgebildet. In allen Dienststellen wird auf allen Führungsebenen Diversity Management*

161 *implementiert. Die Achtung des Diskriminierungsverbots bei staatlichem Handeln und die*
162 *Sicherung des diskriminierungsfreien Zugangs zu staatlichen Stellen und Leistungen werden*
163 *zur Führungsaufgabe. Zentraler Bestandteil der Aus- und Fortbildung wird*
164 *Menschenrechtsbildung, das Leitbild diskriminierungsfreier Polizeiarbeit und die*
165 *Auseinandersetzung mit Rassismus sowie Interkulturelle Kompetenz. Die Diskurs- und*
166 *Kritikfähigkeit, Reflexion und konstruktive Kritik der eigenen Arbeit der Polizist_innen werden*
167 *erhöht. Aus- und Fortbildungsprogramme werden zusammen mit Wissenschaft und*
168 *Zivilgesellschaft entwickelt.*

169

170 *Es bedarf unabhängiger Beschwerdestellen für polizeiliches Fehlverhalten auf Landes- und*
171 *Bundesebene. Dies sind Ombudsstellen für Bürger_innen und Anlaufstellen für Polizist_innen.*
172 *Die Beschwerdestellen werden nicht in ein Ressort der Exekutive eingebunden, ihre Mitglieder*
173 *vom Parlament berufen und sie werden ausreichend mit Sach- und Personalmitteln*
174 *ausgestattet. Das Beschwerdeverfahren ist kosten- und formlos. Die Beschwerdestellen*
175 *berichten regelmäßig öffentlich und halten mehrsprachige Informationen bereit.*

176

177 **Justiz neu denken**

178

179 Der Untersuchungsausschuss hat Vorschläge dazu erarbeitet, dass der Nationalsozialistische
180 Untergrund auch aufgrund von Justizversagen so spät aufflog. Die Fraktionen fordern
181 gemeinsam:

182

183 1. Für die Zuständigkeitsprüfung des Generalbundesanwalts in Staatsschutzsachen werden
184 Qualitätsstandards entwickelt. Die Prüfung enthält Sachstandberichte und eine
185 Stellungnahme der ermittelnden Stelle.

186 2. Die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts wird so ausgeweitet, dass er tätig wird,
187 wenn eine Tat nicht mehr nur „geeignet ist“, sondern auch „geeignet sein kann“ den
188 Bestand eines Staates oder Verfassungsgrundsätze zu beeinträchtigen. Hierzu wird § 120
189 Abs. 2 Nr. 3 Gerichtsverfassungsgesetz geändert.

190 3. Die Gesetzgeberin erstellt Regelbeispiele für die Zuständigkeit des
191 Generalbundesanwalts.

192 4. Die Informationspflicht der Staatsanwaltschaften der Länder gegenüber dem
193 Generalbundesanwalt wird im Gerichtsverfassungsgesetz geregelt. *Die SPD-Fraktion*
194 *ergänzt: Die Landespolizeien müssen dem Generalbundesanwalt die Ermittlungsakten*
195 *verpflichtend vorlegen (Doppelakten), wenn es sich um die Delikte Mord, Totschlag,*
196 *Körperverletzung mit Todesfolge, Raub mit Todesfolge oder Brandstiftung mit Todesfolge*
197 *handelt und eine politische Motivation nicht ausgeschlossen werden kann, sodass der*
198 *Generalbundesanwalt seine Zuständigkeit prüfen kann.*

199 5. Es wird dafür Sorge getragen, dass die Vorschriften zur Zuständigkeit des
200 Generalbundesanwalts bei allen Phänomenbereichen politisch motivierter Kriminalität
201 gleich angewandt werden. Das heißt, es kann nicht sein, dass bspw. gegen Links schnell
202 ermittelt wird, während der Staat bei Politisch Motivierter Kriminalität Rechts auf dem
203 rechten Auge blind ist.

204 6. Die Maßgaben für staatsanwaltschaftliche Sammelverfahren in Nr. 25 der Richtlinien für
205 das Straf- und das Bußgeldverfahren werden nicht zu restriktiv ausgelegt.

206 7. Bei Sammelverfahren sollen übernahme- oder abgabewillige Staatsanwaltschaften einen
207 Antrag beim Generalbundesanwalt stellen können. Hierzu wird § 143 Abs. 3
208 Gerichtsverfassungsgesetz geändert. *Außerdem wird von der SPD-Fraktion ergänzt, dass*
209 *der Generalbundesanwalt von Amts wegen einer Landesstaatsanwaltschaft ein*
210 *Sammelverfahren zuweisen kann.*

211 8. Um geeignete Staatsanwält_innen im Hinblick auf die Geschäftsverteilung bei
212 Großverfahren einzusetzen soll die Vorschrift des § 145 Gerichtsverfassungsgesetz
213 angewendet werden.

214 9. Aus- und Fortbildungsangebote für Richter_innen und die Aus- und Fortbildung für
215 Staatsanwält_innen und Justizvollzugsbedienstete sensibilisiert grundlegend für die
216 Gefahren des Rechtsradikalismus und Rechtsterrorismus. Wissenschaft und
217 Zivilgesellschaft werden dabei einbezogen.

218 10. Es wird gesetzlich geregelt, dass Asservate zu ungeklärten Verbrechen nicht vor der
219 gesetzlichen Verjährungsfrist vernichtet werden dürfen.

220

221 *Die SPD-Fraktion ergänzt: Der Generalbundesanwalt wird personell entsprechend ausgestattet.*

222

223 **Verfassungsschutz reformierbar?**

224

225 Der Verfassungsschutz baut auf einem gefährlichen Extremismusdogma auf. Er kann nach
226 bisherigen Erkenntnissen für eine Demokratie nicht ausreichend kontrolliert werden. Die
227 Abschaffung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der jeweiligen Landesbehörden ist
228 unser Ziel.

229

230 Eine Demokratie kann nur ohne Inlandsgeheimdienst voll und ganz realisiert werden. Einige
231 Kreise in der SPD hegen noch die Hoffnung, dass Reformschritte die Gefahren, die vom
232 Verfassungsschutz ausgehen, abgemildert oder gar ausgeschlossen werden können. Wir gehen
233 davon aus, dass am Ende des Prozesses seine Abschaffung stehen muss – gleichzeitig fordern
234 wir die Verantwortlichen dazu auf, schnellstens die von der SPD-Fraktion beschlossenen
235 Reformvorschläge umzusetzen. Der katastrophale Ist-Zustand muss dringend überwunden
236 werden. Deswegen schließen wir uns dem Sofortprogramm aller Fraktionen an und dem
237 Sondervotum der SPD-Fraktion. Im Umkehrschluss heißt das: wenn es nicht in kürzester Zeit
238 gelingt, Schritte zum radikalen Umbau oder Neuaufbau der Behörde einzuleiten, muss sich die
239 SPD zwangsläufig für eine Abschaffung einsetzen!

240

241 Die Fraktionen empfehlen gemeinsam:

242

- 243 1. Im Verfassungsschutzverbund vorliegende Informationen von länderübergreifender
244 Bedeutung werden sofort zentral zusammengeführt, gründlich ausgewertet und
245 bereitgestellt.
- 246 2. Die Vorschriften für die Übermittlung von Informationen der Nachrichtendienste an die
247 Strafverfolgungsbehörden werden sofort unter Achtung des Trennungsgebots
248 angewendet.
- 249 3. Es wird sofort ein Controlling für einen sorgsamem und effektiven Umgang mit den
250 vorliegenden Informationen geben.
- 251 4. Es wird sofort Rechtsklarheit zu datenschutzrechtlicher Prüfung und Vernichtung von
252 Akten bei den Geheimdiensten geschaffen.
- 253 5. Auf dieser Grundlage werden sofort verständliche und handhabbare Vorschriften und
254 Dienstanweisungen zu Datenspeicherung und Aktenhaltung, Datenlöschung und
255 Aktenvernichtung geschaffen.
- 256 6. Die behördeninternen Datenschutzbeauftragten der Geheimdienste werden sofort bei der
257 Behördenleitung angesiedelt.
- 258 7. Der Verfassungsschutz wird sofort sensibilisiert für Gefahren, die von gruppenbezogener
259 Menschenfeindlichkeit als Gedankengut und rechten Strukturen ausgehen. Es wird einen
260 umfassenden Mentalitätswechsel geben und mehr Offenheit.
- 261 8. Zum Verfassungsschutz werden sofort die Ausbildungswege geöffnet, die Einstellung von
262 Quereinsteiger_innen, mehr Mitarbeiter_innentausch mit anderen Behörden auch
263 außerhalb des Geschäftsbereichs des Bundesinnenministeriums. Es findet eine laufende
264 inhaltliche Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt.
- 265 9. Der Verfassungsschutz wird mit Vielfalt kompetent umgehen. Außerdem werden ab sofort
266 die Bemühungen verstärkt, Menschen verschiedener Herkunft einzustellen. Zum Leitbild
267 müssen interkulturelle Kompetenz, Diskursfähigkeit und Fehlerkultur zählen und in der
268 Aus- und Fortbildung entwickelt werden.
- 269 10. Die Geheimdienste müssen ab sofort systematisch und strukturell kontrolliert werden. Die
270 parlamentarischen Kontrollgremien brauchen eine dauerhafte und schlagfertige
271 Kontrollmöglichkeit und muss hierfür mit Personal- und Sachmitteln umfassend
272 ausgestattet werden.
- 273 11. Die parlamentarischen Kontrollgremien müssen Angehörige aller involvierter Behörden
274 anhören, weswegen auch „sonstige Personen“ in § 5 Abs. 2 S. 1 Kontrollgremiengesetz
275 aufgenommen unverzüglich aufgenommen werden.
- 276 12. Die Parlamentarischen Kontrollgremien der involvierten Länder und des Bundes tauschen
277 sich ab sofort aus, wenn deren Geheimdienste miteinander kooperieren.
- 278 13. Es wird unverzüglich klare gesetzliche Regelungen für menschliche Quellen geben, auch
279 im Sprachgebrauch.
- 280 14. Es wird unverzüglich klare Regeln für die Auswahl, Eignung und Anwerbung von
281 Vertrauensleuten (V-Leuten) geben und zur Regeln zur Beendigung der Zusammenarbeit.
- 282 15. Es wird unverzüglich klare Regeln für die Dauer der Führung einer Quelle durch

283 Mitarbeiter_innen geben, sodass kein zu enges Verhältnis entsteht.

28416. Der Quellenschutz wird unverzüglich eingeschränkt, sodass Leib und Leben der Quelle
285 sowie anderer Personen, die Arbeitsfähigkeit der Verfassungsschutzbehörden und die
286 berechtigten Belange von Strafverfolgung und Gefahrenabwehr miteinander in Einklang
287 gebracht werden.

288

289 *Dieser Minimalkonsens wird durch folgende Maßnahmen der SPD ergänzt:*

290 *Die Analysefähigkeit über extrem rechte Aktivitäten des Verfassungsschutzes wird ausgebaut*
291 *durch Personalauswahl und -schulung und unter Einbezug wissenschaftlichen und*
292 *zivilgesellschaftlichen Sachverstands. Der Verfassungsschutz wird als Anlaufstelle für*
293 *Bürger_innen erkennbar.*

294

295 *Die für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zuständige Abteilung 2 wird in den nächsten*
296 *zwei Jahren vollständig nach Berlin verlegt mit einem strikten Freiwilligeitsgebot, sodass ein*
297 *personeller Neuaufbau möglich wird.*

298

299 *Die Organisationsstruktur der gemeinsamen Abwehrzentren wird auf den Prüfstand gestellt.*
300 *Mindestens sollen sie an einen Ort verlegt werden.*

301

302 *Die föderale Aufgabenverteilung und die Landesämter für Verfassungsschutz bleiben bestehen.*
303 *Die Zentralstellenfunktion des Bundesverfassungsschutzes wird gestärkt. Die eigene Tätigkeit*
304 *des Bundesverfassungsschutzes in den Ländern wird ermöglicht, wenn Gewalt angewendet*
305 *oder Gewaltanwendung vorbereitet wird. Hierzu wird § 5 Abs. 2 Satz 2*
306 *Bundesverfassungsschutzgesetz ergänzt. Der Bundesverfassungsschutz soll in Einzelfällen die*
307 *Koordinierung der Informationsbeschaffung und die zentrale Auswertung an sich ziehen*
308 *können, § 5 Bundesverfassungsschutzgesetz wird ergänzt. Es wird eine verbindliche*
309 *Verpflichtung der Landesämter für Verfassungsschutz zur unverzüglichen*
310 *Informationsübermittlung an den Bundesverfassungsschutz in den gesetzlich vorgesehenen*
311 *Phänomenbereichen und bezogen auf die von ihnen selbst gesammelten Informationen,*
312 *Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen geben. Der Bundesverfassungsschutz soll eine zentrale*
313 *Auswertung aller Informationen mit Gewaltbezug der Landesämter an sich ziehen können.*

314

315 *Die Verfassungsschutzbehörden werden ihre Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen, Ländern*
316 *und im Bund verstärken und in den Dialog mit der Gesellschaft treten.*

317

318 *Die gesetzlichen Regelungen zur Aufbewahrung von Dateien werden umfassend novelliert,*
319 *sodass Rechtsklarheit besteht und die Vorschriften dem technischen Fortschritt (elektronische*
320 *Akten) angepasst werden.*

321

322 *Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und für Informationsfreiheit wird gegenüber den*
323 *Verfassungsschutzbehörden gestärkt. Er erhält Zugang zu allen Informationen, die für seine*
324 *Aufgabenerledigung nötig sind. Der Bundesbeauftragte wird personell und finanziell erheblich*
325 *besser ausgestattet (entsprechend seinen Aufgaben).*

326

327 *Das Parlamentarische Kontrollgremium der Geheimdienste wird ausreichend professionell mit*
328 *Personal- und Sachmitteln ausgestattet. In der Bundestagsverwaltung wird beim*
329 *Parlamentarischen Kontrollgremium ein Arbeitsstab mit leitende_r Beamt_in, mehreren*
330 *Abteilungen und hoch qualifizierten Mitarbeiter_innen eingerichtet, der nur den Weisungen des*
331 *Parlamentarischen Kontrollgremiums unterliegt.*

332

333 *Die Zusammenarbeit zwischen dem Parlamentarischen Kontrollgremium und dem*
334 *Bundesbeauftragten für den Datenschutz und für Informationsfreiheit wird verstärkt und die*
335 *Prüfrahmen werden aufeinander abgestimmt.*

336

337 *Einzelheiten zu Werbung und Führung von Vertrauensleuten (V-Leuten) verbleiben bei den*
338 *Landesbehörden und bleiben geheim. Es werden aber klare, verbindliche bundeseinheitliche*
339 *gesetzliche Standards hierzu geschaffen: einschlägige Vorstrafen oder laufende*
340 *Ermittlungsverfahren, die der Anwerbung entgegenstehen; Sicherstellung durch die*
341 *Landesämter, dass die staatlichen Gegenleistungen an die V-Leute nicht dazu genutzt werden*
342 *können, Zielsetzung oder Aktivitäten der beobachteten Organisationen bewusst zu steuern;*
343 *staatliche finanzielle Zuwendungen dürfen den beobachteten Phänomenbereich nicht weiter*

344 stärken; bei der Personalauswahl für die V-Leute-Führung gilt das Vier-Augen-Prinzip; bei der
345 Einsatzdauer der V-Leute-Führer_innen gilt das Rotationsprinzip.

346

347 Es bedarf einer Genehmigungspflicht und ausführliche Begründungen für den Einsatz von V-
348 Leuten im Einzelfall, ggf. anonym. Die Prüfung findet unabhängig außerhalb der jeweiligen
349 Verfassungsschutzbehörde statt und sogar außerhalb der Exekutive. Dies geschieht in den
350 parlamentarischen Kontrollkommissionen nach dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post-
351 und Fernmeldegeheimnisses (G-10-Kommissionen).

352

353 Der Bundesverfassungsschutz koordiniert und kontrolliert in der Fachprüfgruppe des
354 Bundesverfassungsschutzes bei vollständigem Überblick alle V-Leute, auch in den Ländern,
355 sodass ein genaues Bild der Zugangslage entspricht.

356

357 **Zivilgesellschaft stärken und fördern**

358

359 Alle Parteien sind sich einig dass spezialisierte Beratungsprojekte und zivilgesellschaftliches
360 Engagement gegen Rassismus und die extreme Rechte besser finanziert, verstetigt und
361 ausgebaut werden müssen. Die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen
362 Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus werden völlig neu geordnet. Dazu bedarf
363 es Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Die Finanzierungssicherheit wird auf
364 bundesgesetzlicher Basis gewährleistet. Es wird sicher gestellt, dass die Projekte zu
365 mindestens 50 Prozent aus Bundesmitteln gefördert werden. Die Ko-Finanzierungspflicht für
366 Modellprojekte und in der präventiven Bildungsarbeit wird überprüft.

367

368 Bei der organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung des Nachfolgeprogramms von
369 „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ werden die Erfahrungen und Kompetenzen
370 zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte einbezogen, gleichberechtigt berücksichtigt und
371 auch die bisherigen Evaluationen berücksichtigt.

372

373 Die Förderung der Mobilen Beratung und der Opferberatung in freier Trägerschaft werden
374 verstetigt und auch auf alten Bundesländern erweitert. Es werden nicht staatliche
375 Beratungsangebote für Ausstiegswillige, regionale Netzwerkbüros zur Beratung von Initiativen
376 im Arbeitsfeld sowie lokale Aktionspläne zur Förderung von lokalen Strategien der
377 Zivilgesellschaft gefördert. Es wird ein bundesweites unabhängiges Monitoring rechter,
378 rassistischer und antisemitischer Gewalttaten gefördert. Es wird einen Initiativfonds für spezielle
379 Ad-hoc-Initiativen vor Ort zur Unterstützung von gemeinsamen Interventionen mit regionalen
380 Strukturen und Netzwerken geben.

381

382 Die Optionen für die Finanzierung von mehrjährigen Erprobungsphasen von
383 sozialraumbezogenen und überregionalen Modellen in der Bildungs- und Beratungsarbeit
384 bleiben erhalten. Strategische Ansätze und Strukturen aus der Bildungsarbeit werden zu
385 ganzheitlichen Ansätzen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene weiterentwickelt.

386

387 Strukturen werden gesichert, die Multiplikator_innen spezifisch und zielgruppengenau
388 sensibilisieren und thematisch ausbilden, für Organisationen und Initiativen, die präventive
389 Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit machen.

390

391 *Die SPD-Fraktion hat hierzu ein Sondervotum verfasst, dem wir uns anschließen:*
392 *Es werden strukturelle staatliche Programme gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelt, die*
393 *das gesamtgesellschaftliche Problem des Rassismus wirksam bekämpfen, zurückdrängen (und*
394 *schließlich zerschlagen) sollen. Es setzt insbesondere beim institutionellen Rassismus in den*
395 *Sicherheitsbehörden und in den Schulen an. Die Bundeszentrale für politische Bildung wird*
396 *finanziell wieder ausreichend ausgestattet, um Informationen und Seminarangebote zur*
397 *Verfügung zu stellen und sich so am Kampf gegen Rechts zu beteiligen. Es wird ein*
398 *Forschungsauftrag zur Erforschung des Dunkelfeldes rechter und rassistischer Straftaten*
399 *vergeben, insbesondere um die Abweichung der „Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990“*
400 *in der polizeilichen Kriminalstatistik von der Liste der Todesopfer rechter Gewalt der Amadeu-*
401 *Antonio-Stiftung zu untersuchen sowie nicht einmal dort erfasste Straftaten. Die Finanzierung*
402 *der staatlichen Programme gegen Rechts muss bewährte und erprobte Arbeit sicherstellen. Es*
403 *bedarf eines zusätzlichen Fördertopfes für neuartige Projekte. Die dreijährige Finanzierung der*
404 *Projekte wird aufgehoben. Die Extremismusklausel wird abgeschafft. Die Jugendarbeit mit*

405 *rechts gesinnten Jugendlichen wird neu ausgerichtet, da das Konzept der akzeptierenden*
406 *Jugendarbeit in diesem Bereich gescheitert ist. Es muss daher schonungslos überarbeitet*
407 *werden. Es werden Fortbildungsprogramme für Pädagog_innen finanziert, die pädagogische*
408 *Leitlinien erarbeiten sollen (BIKnetz), zusätzlich sind langfristige Schulungsprojekte nötig. Künftig*
409 *werden zivilgesellschaftliche Alternativen für nicht rechte Jugendliche unterstützt. Außerdem*
410 *werden Programme finanziert, die den Einstieg in die rechte Szene verhindern. Nachgelagerte*
411 *Ausstiegsprogramme bleiben wesentlicher Bestandteil im Kampf gegen Rechts.*

412

413 **Die Aufklärung muss weitergehen – weitere Konsequenzen müssen folgen**

414

415 Wir fordern die Aufklärung ungebremst fortzusetzen. Viele Expert_innen, die Türkische
416 Gemeinde in Deutschland und auch die Vertreter_innen der Nebenkläger_innen weisen immer
417 wieder auf die unzähligen offenen Fragen hin. Ein öffentliches Interesse besteht weiterhin. Es
418 kann nicht durch den NSU-Prozess in München, der nicht die Aufgabe hat, die Rolle der
419 Behörden zu untersuchen, oder den einzelnen Untersuchungsausschüssen, die sich auf
420 begrenzte Punkte spezialisiert haben, befriedigt werden. Der Bundestag ist mit einem neuen
421 Auftrag, der ungeklärte, offene Fragen behandelt und sich insbesondere mit den Lücken in den
422 Aussagen der Behördenvertreter_innen auseinandersetzt, in der neuen Legislaturperiode
423 gefragt.

424

425 Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die gesellschaftliche Debatte weitergeht.
426 Sie ist unverzichtbar. Denn die halbe Wahrheit ist nicht die Hälfte der Wahrheit!

427

428

429

430

431

432

433

434

435

436

437

438

439

440

441

442

443

444

445

446

447

448

449

450

451

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461

462

463

464

Titel Kontinuierliche Finanzierung von
antifaschistischen und antirassistischen Projekten
sicherstellen

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kontinuierliche Finanzierung von antifaschistischen und antirassistischen Projekten sicherstellen

1 Seit dem Auffliegen der Mordserie des NSU wird mehr denn je über rassistische, faschistische
2 und menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung und ihre Ursachen diskutiert. Neue
3 Strategien, Methoden und Institutionen zu ihrer Bekämpfung werden, so wirkt es, teilweise
4 wahllos aus dem Boden gestampft. Dass was passieren muss ist den Beteiligten klar, nur über
5 das „Wie“ wird festritten. Bei allem Aktionismus wird dabei oft vergessen, dass das wichtigste im
6 Kampf gegen rassistische, faschistische und menschenfeindliche Einstellungen eine
7 kontinuierliche Arbeit ist. Es gibt viele Projekte die auf diesem Feld seit Jahren gute Arbeit
8 leisten. Dennoch müssen sie oft um ihre Arbeit bangen, da eine langfristige Finanzierung oft
9 nicht gegeben ist und die Mittel teilweise jedes Jahr neu beantragt werden müssen.
10 Das jüngste Beispiel ist hier die Amadeu-Antonio-Stiftung. Sie ist bundesweit eines der
11 bekanntesten Projekte. Seit 2003 werden von ihr die bundesweiten Aktionswochen gegen
12 Antisemitismus veranstaltet. Rund um den 9. November finden Kundgebungen, Lesungen,
13 Mahnwachen, Ausstellungen, Demonstrationen und viele andere Aktionen statt. An Anfang
14 beteiligten sich 20 Partnerorganisationen an den Aktionswochen. Im letzten Jahr wurden in
15 Zusammenarbeit mit 120 Initiativen 280 Veranstaltungen organisiert. Jahr für Jahr konnten
16 somit mehr Menschen dafür begeistert werden sich deutlich gegen Antisemitismus zu
17 positionieren, eigene Veranstaltungen zu organisieren um dann noch mehr Menschen zu
18 erreichen. Es ist ein gutes Projekt.
19 In diesem Jahr sind Ihnen dafür jedoch keine Mittel durch den Bund genehmigt worden. Sie
20 wollen dennoch weitermachen, aus eigenen Mitteln. Doch das sollte nicht notwendig sein
21 müssen.
22 Dies ist nur ein Beispiel. Vielen größeren und kleineren Organisationen geht es ähnlich. Durch
23 die Mittelvergabe oder unsinnige Vorgaben wie die Extremismusklausel werden sie immer
24 wieder in ihrer Arbeit eingeschränkt und behindert.
25 Wir fordern die SPD auf, sich auf allen Ebenen für eine kontinuierliche Finanzierung von
26 antifaschistischem und antirassistischem Projekten und solchen für eine inklusive und
27 diskriminierungsfreie Gesellschaft einzusetzen. Gute Arbeit muss kontinuierliche und auf Dauer
28 gewährleistet sein und darf nicht durch die Mittelvergabe, durch Willkür und andere Vorgaben
29 gefährdet werden.
30
31
32
33
34
35
36

Titel Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras
Braunschweig!

Antragsteller Braunschweig

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras Braunschweig!

- 1 Aus aktuellem Anlass verstärken und bekunden wir erneut unsere Solidarität mit Ultras
- 2 Braunschweig!
- 3
- 4 1. Vorläufiger Höhepunkt der rechts motivierten Übergriffe auf antifaschistische Eintrachtfans
- 5 am 20.09.2013
- 6
- 7 Beim Auswärtsspiel von Eintracht Braunschweig bei Borussia Mönchengladbach am 20.09.2013
- 8 wurden erneut antifaschistische Eintrachtfans, größtenteils aus den Reihen der Ultras
- 9 Braunschweig, angegriffen. Mittels Tritten, Schlägen und Beleidigungen wie „Antifa-Jude“ wurde
- 10 versucht der Gruppe deutlich zu machen, dass sie im Eintrachtblock nicht willkommen ist. Die
- 11 Ordner mussten einschreiten und brachten die bedrohten Eintrachtfans in einen anderen Block
- 12 um Schlimmeres zu verhindern. Auf dem Weg dahin wurden sie weiter verbal und körperlich
- 13 attackiert. Während des Spiels wurden sie blockübergreifend, gut sichtbar, weiter durch
- 14 faschistische Parolen und Gesten provoziert, unter anderem durch Zeigen des Hitlergrußes.
- 15
- 16 Nach dem Spiel versammelte sich eine Gruppe von gewaltbereiten Eintrachtfans, besonders
- 17 aus dem Hooligan und Ultralager, um die bekannt antifaschistische Gruppe erneut zu
- 18 attackieren. Nun musste selbst die Polizei eingreifen um die Gruppe der linken Eintrachtfans vor
- 19 anderen Eintrachtfans zu schützen.
- 20
- 21 Nach Aussage der Ultras Braunschweig ging dabei zu keinem Zeitpunkt Gewalt oder
- 22 Provokation von ihrer Gruppe aus.
- 23
- 24 Auszug aus der Pressemitteilung der Ultras Braunschweig vom 22.09.2013:
- 25
- 26 *„Wir fragen uns an dieser Stelle, was noch passieren muss, bis Verein, Fanprojekt und Polizei*
- 27 *ihren Umgang mit der rechten Hooliganszene ändern. Die Ereignisse fügen sich ein in die Reihe*
- 28 *zahlreicher Übergriffe auf unsere Gruppe in den letzten Jahren, bei welchen es immer um*
- 29 *Einschüchterung einer Gruppe geht, der mit ihrer antifaschistischen Grundhaltung kein Platz in*
- 30 *der Braunschweig Fanszene gegeben werden soll. Es sollen dadurch Werte verdrängt werden,*
- 31 *die einen demokratischen Grundkonsens in unserer Gesellschaft darstellen. Zahlreiche*
- 32 *Äußerungen an diesem Tag und auch die Tatsache, welche Gruppen bei den Angriffen*
- 33 *federführend gewesen sind, zeigen was für eine Motivation hinter diesen Übergriffen steht. Dass*
- 34 *maßgeblich Mitglieder der seitens Polizei und Verein als nicht mehr relevant geglaubten,*
- 35 *rechten Alt-Hooligangruppe Alte Kameraden als Rädelsführer agierten, zeigt auf, dass es eine*
- 36 *Lächerlichkeit darstellt, in Braunschweig nicht von rechten Hooliganstrukturen sprechen zu*
- 37 *wollen.*
- 38

39 Auch die uns zugetragenen Informationen über die Umstände auf der Fahrt des Sonderzuges,
40 geben einen erschreckenden Einblick, wie es um die politische Gesinnung einiger
41 Gruppierungen steht. Gesänge wie „Erste Klasse, für die weiße Rasse“ und ähnliche Parolen,
42 werfen ebenfalls tiefe Abgründe auf.

43

44 Nur mit Glück gab es an diesem Tag keine schwerer Verletzten. Wir fragen uns: Muss es erst
45 soweit kommen, bis von symbolischen Aktionen und Lippenbekenntnissen Abstand genommen
46 und endlich gegen rechte Umtriebe vorgegangen wird?

47

48 Wir als Gruppe haben im Vorfeld mehrmals darauf hingewiesen, dass unsererseits kein
49 Interesse an gewalttätigen Auseinandersetzungen existiert. Wir beschränken uns lediglich auf
50 das Verteidigen unserer eigenen körperlichen Unversehrtheit. Dieses Vorgehen kann durch
51 Ordnungsdienst, Polizei und Fanprojekt bestätigt werden. Gleichzeitig haben wir uns zu jedem
52 Zeitpunkt sehr kooperativ verhalten, was ebenfalls durch den Ordnungsdienst bestätigt werden
53 kann.

54

55 Es stellt eine erschreckende Tatsache dar, dass in Braunschweig diejenigen einen Block
56 verlassen müssen, welche aufgrund ihrer antifaschistischen und antidiskriminierenden
57 Grundhaltung für einige ein Dorn im Auge sind. Es ist eine Bestätigung für rechte Gewalttäter,
58 wenn diese durch ihr Handeln und dauerhaftes Vorgehen gegen unsere Gruppe, solche
59 Ergebnisse erzielen.“

60

61 Wir stellen erschrocken fest, dass sich seit 2012 leider trotz aller Lippenbekenntnisse kaum
62 etwas geändert hat, es sogar schlimmer geworden zu sein scheint. Die Tatsache, dass offen
63 rechtsradikale Personen weiter ungehindert ihre Vormachtsstellung in der Kurve erhalten
64 konnten und mit Duldung einer großen Gruppe linke Eintrachtfans aus dem Block verjagen
65 können, zeigt uns wie wichtig Unterstützung von vielen Seiten für die betroffenen Fans von
66 Ultras Braunschweig in ihrem Kampf für eine Eintracht ohne Nazis ist.

67

68 2. Vorläufiger Höhepunkt katastrophaler Vereinspolitik am 27.09.2013

69

70 Eine Woche nach dem Eklat in Mönchengladbach meldete sich der Verein Eintracht
71 Braunschweig mittels einer Bekanntmachung zu den Vorfällen und möglichen Konsequenzen zu
72 Wort.

73

74 Auf ihrer Webseite ließ der Verein verkünden, dass er null Toleranz bei Gewalt, Rassismus und
75 Rechtsextremismus fordere. Man wollte sich klar gegen rechtes Gedankengut positionieren und
76 fordere dies auch von allen Eintrachtfans. Als Konsequenz der Vorfälle rund um das Spiel in
77 Mönchengladbach werde man der Gruppe Ultras Braunschweig den Zutritt zu Spielen der
78 Eintracht verwehren. Dieses Verbot gilt für das Auftreten als Gruppe, nicht für Einzelpersonen.
79 Als Grund nannte der Verein nicht eingehaltene Absprachen, benannte diese jedoch nicht in
80 ihrer Stellungnahme.

81

82 **Für uns Jusos Braunschweig ist dieser Ausschluss ein Skandal und wir fordern dieses**
83 **Verbot umgehend aufzuheben!**

84

85 Wir kritisieren, dass als Konsequenz der rechts motivierten Attacken auf antifaschistische Fans
86 lediglich die antifaschistischen Fans, deren Anwesenheit allein als sog. „Provokation“ gilt, von
87 allen Eintrachtspielen ausgeschlossen werden. Dieser Weg mag wohl in der Ersten Liga in ihrer
88 langen Geschichte bisher einmalig sein.

89

90 Wir kritisieren, dass durch dieses Urteil die Täter der Übergriffe keinerlei Konsequenzen zu
91 befürchten haben. Der Verein setzt so ein klares Signal: Antifaschistisches Engagement wird als
92 Störfaktor kritisiert und letztendlich verhindert, rechte Fans müssen weniger bis gar keine
93 Sanktionen befürchten und man ebnet ihnen teilweise den Weg, in dem man ihre Kritiker als
94 Schuldige brandmarkt und als Gruppe aussperrt.

95

96 Wir kritisieren, dass in der Stellungnahme des Vereins keine Erwähnung der rechten Übergriffe
97 stattfindet. Für Leserinnen und Leser könnte sich so auch das Bild ergeben, dass Ultras allein
98 der Drahtzieher der Unruhen waren, ja sogar selbst rechtsradikal sein könnten.

99

100 Wir kritisieren, dass der Verein intransparente Gründe nennt. Wenn ein Verein eine Gruppe
101 öffentlich als Störfaktor stigmatisiert und deren Ausschluss mitteilt, erwarten wir auch, dass der
102 Grund hierfür deutlich genannt wird. Ein Verweis auf nicht eingehaltene Abmachungen reicht
103 uns nicht aus und öffnet den Raum für Spekulationen jeder Art.
104
105 Weiter schließen wir uns den Forderungen der Ultras Braunschweig an:
106
107 Fortsetzung und Ausweitung des eingeschlagenen Wegs gegen (rechten) Hooliganismus in
108 Braunschweig.
109
110 Schluss mit der Verharmlosung rechter Gewalt und eine klare Benennung der Täter und ihrer
111 Sympathisanten durch Verein und Fanprojekt. Es bringt nichts, immer wieder von nicht
112 vorhandenen Strukturen zu sprechen (Geschäftsführung Eintracht Braunschweig), aber
113 gleichzeitig die agierenden Gruppen wie Alte Kameraden, Fette Schweine und Exzess Boys
114 nicht beim Namen zu nennen.
115
116 Daher: Eine klare Distanzierung von diesen rechten Gruppierungen, wie sie auch bereits der
117 regionale Rechtsextremismus-Experte Reinhard Koch vor einiger Zeit gefordert hat.
118
119 Aufklärung der Eintracht-Fans über die Aktivitäten und Strukturen rechter Hooligans in
120 Braunschweig.
121
122 Schluss mit der Gleichsetzung von rechter Gewalt mit antifaschistischem und
123 antidiskriminierendem Engagement von couragierten Eintracht-Fans und der Gruppe Ultras
124 Braunschweig.
125
126 Ausweitung der Präventivarbeit durch das Fanprojekt und den Verein Eintracht Braunschweig.
127 Mehr finanzielle Mittel durch die zuständigen Institutionen und den Verein Eintracht
128 Braunschweig, um gegen Nazis bzw. Diskriminierung und Gewalt zu sensibilisieren.
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Titel Für eine Senkung des aktiven Wahlrechts

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für eine Senkung des aktiven Wahlrechts

1 Die Jungsozialistinnen und -sozialisten in der SPD sprechen sich für die Senkung des aktiven
2 Wahlalters auf 14 Jahre für Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen aus.

3

4 Die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre wird die politische Bildung zweifellos vorantreiben,
5 denn es liegt im Interesse aller Parteien, die für die schulische Bildung verantwortlich sind,
6 darauf hinzuwirken, dass alle wahlberechtigten auch die entsprechende Bildung haben richtig
7 zu entscheiden.

8

9 **Begründung:**

10 Mit 14 Jahren steigen viele in die Ausbildung und damit in das Berufsleben ein. Damit werden
11 sie auch von unserer Gesellschaft in die Pflicht genommen. Ob es die Entrichtung von
12 Sozialabgaben oder von Steuern ist – dies gilt nicht erst ab der Vollendung des 14.
13 Lebensjahres.

14

15 Die Politik entscheidet über die Rahmenbedingungen von jungen Beschäftigten, SchülerInnen
16 und Studierenden. Es ist also folgerichtig, dass sie auch über diese mitentscheiden können. Es
17 ist nicht nachvollziehbar, warum unter 14 jährige weniger Möglichkeiten zur politischen
18 Entscheidungsnahme hat, als über 18 jährige.

19

20 Die Jusos setzen sich für die Stärkung der Rechte der Gesellschaft ein. Dazu gehört für uns
21 auch, dass junge Beschäftigte, Schüler und zukünftige Studierende die Chance haben müssen,
22 mitbestimmen zu können. Gerade Themen wie Berufsausbildung und Studium,
23 Jugendarbeitsschutzgesetze, prekäre Beschäftigung und Rente betreffen Jugendliche mehr als
24 alle anderen Altersgruppen. Aus diesem Grund müssen eben diese die politischen
25 Rahmenbedingungen mitentscheiden können.

26

27 Damit ist die Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre zwingend notwendig, denn die junge
28 Generation muss politisch mitentscheiden können um nicht eine Generation von Verlierern zu
29 werden.

30

31 Des Weiteren zeigt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks e.V. unter
32 SchülerInnen zwischen 10 und 17, dass das politische Interesse bis zu einem Alter von 15
33 Jahren wächst. Erst mit der Pubertät lässt das politische Interesse wieder nach. Mit einer
34 Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters besteht die Möglichkeit dies zu verändern.
35 Durch eine frühestmögliche Beteiligung an politischen Entscheidungen kann die Resignation
36 vermieden werden. Immerhin wird die Aussage „Die Politiker der Bundesregierung denken zu
37 wenig daran, was Leute in meinem Alter interessiert.“ Von 63% der befragten mit „stimmt“ oder
38 „stimmt eher“ beantwortet. Dabei steigt die Zustimmung von den Altersklassen 10-11 bis 16-17
39 von 57% auf 67% an. Die frühere Beteiligung an politischen Entscheidungen würden also
40 bereits der/die 14-jährige wird zu einer attraktiven Wählerschicht machen. Ihre Wünsche und

41 Forderungen würden stärker berücksichtigt werden und die Resignation sinken.
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Bundeskongress, 6.-8.12.2013

E

Europa, Frieden & Internationales

E 1	Bundesvorstand Zeit für ein anderes Europa! – Unsere Plattform für die Europawahlen 2014	114
E 2	Nordrhein-Westfalen 2014 ist das Jahr für eine soziale, gerechte und demokratische Wende in Europa!	119
E 3	Rheinland-Pfalz Es lebe die Europäische Republik!	123
E 4	Bayern Schluss mit dem Kriegsgeschäft: Rüstungsexporte einschränken - Exitstrategie entwerfen!	129
E 5	Rheinland-Pfalz Abrüstung und verantwortlich Handeln	132
E 6	Bayern Perspektiven für afghanische Angestellte im Zuge des Bundeswehrabzugs 2014	137
E 7	Bayern TTIP – so nicht!	139
E 8	Bayern Konfliktprävention und Konfliktlösung - Responsibility to Protect (R2P) als vielversprechendes Konzept?	141
E 9	Bayern Selbstdarstellung der Bundeswehr	145
E 10	Hannover Kein Einsatz von Kampfdrohnen in der Bundeswehr !	148
E 11	Hannover Transparenz schaffen: Waffenexporte und Rüstungsverträge einschränken und demokratisch legitimieren!	149
E 12	Braunschweig Entwicklungspolitik emanzipatorisch gestalten	151
E 13	Berlin Zufluchtsrecht afghanische Helfer_innen	153

E 14	Baden-Württemberg Europa - unsere Zukunft	154
E 15	Weser-Ems Für eine neue Außen- und Sicherheitspolitik	168
E 16	Hessen-Nord Für den Frieden und gegen Gewalt! – Waffenexporte aus Deutschland und der EU stoppen	170
E 17	Hessen-Nord Für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe!	172
E 18	Sachsen Frieden für Syrien	176
E 19	Hessen-Süd, Rheinland-Pfalz Die Fesseln der Entwicklungsländer zerschlagen! Entschuldungsoffensive starten!	177
E 20	Schleswig-Holstein Einhaltung der Menschenrechte als Voraussetzung für den EU-Beitritt der Türkei	184

Titel Zeit für ein anderes Europa! – Unsere Plattform
für die Europawahlen 2014

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Zeit für ein anderes Europa! – Unsere Plattform für die Europawahlen 2014

1 Zeit für ein anderes Europa! – Unsere Plattform für die Europawahlen 2014

2

3 Am 25. Mai 2014 wird das Europäische Parlament zum achten Mal direkt gewählt. Diese Wahl
4 fällt in die wohl schwierigste Phase der Europäischen Integration seit ihren Anfängen in den
5 1950er Jahren. Die Krise der Staatsrefinanzierung im Euroraum, die aus der globalen Banken-
6 und Finanzkrise folgte, hat die wirtschaftliche und soziale Spaltung in der EU im Eiltempo
7 vertieft und das Vertrauen in die EU insgesamt erschüttert. Niemals zuvor stand die
8 Europäische Union vor einer solchen Bewährungsprobe. Die EU steht am Scheideweg.

9

10 Konservative Regierungen unter der Führung von Angela Merkel haben gemeinsam mit einer
11 konservativ-liberalen Europäischen Kommission, die sich auf eine rechte Mehrheit im
12 Europäischen Parlament stützt, ein verheerendes Austeritätsprogramm über Europa gebracht.
13 Sparzwang ist zum Fetisch geworden und mit dem Fiskalpakt sogar zwingendes
14 Verfassungsrecht. Die Folge waren und sind Rezession und Massenarbeitslosigkeit gerade in
15 Südeuropa.

16

17 Besonders verheerend ist die Situation für junge Menschen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat in
18 vielen Ländern ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Die Arbeitslosigkeit unter jungen
19 Menschen ist mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. In den Ländern der EU
20 herrscht eine Jugendarbeitslosigkeit von über 23 Prozent. Vor fünf Jahren lag Nord-Süd in der
21 Arbeitslosigkeit gleichauf, heute ergibt sich eine Spreizung von 7,5%. Die
22 Langzeitarbeitslosigkeit ist von 2009 bis 2012 von 3 auf 4,6% gestiegen. Derzeit gibt es in der
23 EU über 5,5 Millionen junge Menschen, die vergeblich versuchen eine Ausbildung zu finden
24 oder in ihr Berufsleben zu starten. Und dies sind nur diejenigen, die überhaupt nichts finden,
25 viele mehr stecken in Praktika, Werkverträgen und anderen Warteschleifen fest. Besonders
26 bedrückend ist die Situation in Spanien, Griechenland und Kroatien mit über 50 Prozent
27 Jugendarbeitslosigkeit. Aber auch in Italien, Zypern, Portugal und der Slowakei liegt die
28 Jugendarbeitslosigkeit bei über 30 Prozent. Damit fehlt einem Großteil unserer Generation eine
29 Perspektive für ihre Zukunft. Oft sind die jungen Arbeitssuchenden gut ausgebildet, hoch
30 motiviert und wollen mit viel Engagement in ihr Berufsleben starten, doch sie bekommen keine
31 Chance dazu. Europa droht eine verlorene Generation. Und damit droht auch das
32 Auseinanderfallen Europas.

33

34 Gerade in den Ländern des Südens und Ostens waren Vermögen und Besitz bereits zu Beginn
35 der Krise 2008 deutlich ungleicher verteilt als in skandinavischen Ländern und beispielsweise
36 Deutschland. Aber auch in westeuropäischen Ländern, die auf Kosten der anderen profitieren,
37 steigt die Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen. D.h. es sind nicht einzelne Staaten
38 als Ganzes die von der Krise profitieren, sondern die Reichen in ganz Europa auf dem Rücken

39 der meisten Beschäftigten und der soziökonomisch Schwachen.

40

41 Es steht viel auf dem Spiel bei der Europawahl, gerade für junge Menschen. Vielleicht mehr als

42 je zuvor. Wir wissen auch, dass der Weg zurück ins nationalstaatliche Denken des 20.

43 Jahrhunderts kein Ausweg ist. Deswegen kämpfen wir für ein anderes Europa.

44

45 **1. Wir wollen ein Europa, das Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, und nicht verschärft!**

46

47 Wir brauchen eine Strategie für nachhaltigen Beschäftigungsaufbau in Europa. Dazu bedarf es

48 nachhaltiger Wachstumsimpulse, durch europaweite Investitionsprogramme. Dabei reichen

49 kurzfristige Strohfeuer nicht aus. Vielmehr müssen die Staaten ihre Ausgaben auf hohem

50 Niveau angleichen, etwa um damit Investitionen in Bildung, soziale Sicherung oder im Bereich

51 nachhaltiger Energie sicherstellen zu können. Dies ist aber gerade in den Krisenstaaten derzeit

52 nicht möglich, deswegen müssen Wachstumsimpulse auch von der europäischen Ebene

53 gemeinschaftlich organisiert werden.

54

55 Wir fordern

56

57 • einen **Europäischen Zukunftsfonds** ein, der unabhängig von nationalstaatlichen Quoten

58 und Interessen der einzelnen Regierungen Projekte und Maßnahmen in Europa fördert

59 und selber anschiebt. Dieser Zukunftsfonds soll dem europäischen Parlament unterstellt

60 werden und die zu beschließenden Ziele Verteilungskriterien und Organisation

61 selbstständig umsetzen. Vordringlich sind dabei Investitionen in die energetische

62 Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, energiesparende Maschinen und Anlagen,

63 grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte sowie moderne und Umwelt schonende

64 Mobilitätskonzepte. In gleichem Maße sind auch flächendeckende soziale

65 Dienstleistungen, der Ausbau von Kindergärten, Schulen, Hochschulen und

66 Forschungsinstituten ebenso wie Integrationsprojekte als Zukunftsaufgaben zu begreifen.

67

68 • **Umsetzung und Erweiterung der europäischen Ausbildungsgarantie (Youth**

69 **Guarantee)**. Die Ausbildungsgarantie soll zukünftig schon nach zwei und nicht erst nach

70 vier Monaten vergeblicher Suche greifen. Darüber hinaus sollte sie nicht nur den jungen

71 Menschen bis 24 Jahren, sondern allen bis zum dreißigsten Lebensjahr offen stehen. Die

72 Unterstützung durch die EU für die zuständigen Mitgliedsstaaten darf nicht durch weitere

73 Sparauflagen bedingt sein. Ziel der Programme muss es sein Jugendliche direkt in Arbeit

74 und qualifizierende Ausbildung zu bringen. Wenn dafür kein ausreichendes Angebot

75 geschaffen werden kann muss es darum gehen, ihre Qualifikation zu erhalten und

76 Weiterbildung anzubieten, dabei darf es aber nicht um bloße Beschäftigung gehen, um sie

77 aus den Statistiken streichen zu können. Jedes Angebot muss eine neue berufliche

78 Perspektive eröffnen. Des Weiteren bedarf es einer direkten Finanzierung von

79 Programmen für Schul-/AusbildungsabbrecherInnen.

80

81 **2. Wir wollen ein Europa, das Steuerhinterziehung und Steuervermeidung den Riegel**

82 **vorschiebt!**

83

84 Die wettbewerbspolitische Ausrichtung der EU macht auch vor den Steuersystemen der

85 Mitgliedsstaaten nicht halt. Viele EU-Länder haben sich einen Steuersenkungswettbewerb

86 sondergleichen geliefert und Steuerschlupflöcher geschaffen, um damit Investoren und

87 Unternehmen anzuziehen, in der Hoffnung, dass sie mit großen Investitionen davon profitieren

88 können. Gleichzeitig wurde zunehmend eine Politik der Ausgabenkürzung betrieben, so dass

89 viele Staaten ihre Aufgaben, wie Investitionen in Bildung, Infrastruktur, etc. nicht mehr

90 nachkommen konnten. Immer wieder wird hier die Entwicklung des durchschnittlichen

91 Körperschaftssteuersatzes in der EU thematisiert: dieser hat sich im Zeitraum von 1995 bis

92 2013 um ca. 13 % gesenkt – mit großen Auswirkungen! Unternehmen haben sich – mit

93 Unterstützung der EU Mitgliedsstaaten –immer weiter bei der Finanzierung von essentiellen

94 gesellschaftspolitischen Aufgaben aus der Verantwortung gestohlen. Generell kann der Trend in

95 der EU beobachtet werden, dass mobiles Kapital weitaus weniger besteuert wird, wie

96 immobiles, also auch der Faktor Arbeit. Die Konsequenzen dieser Entwicklungen bekommen

97 wir immer weiter zu spüren und trifft das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen. Den

98 öffentlichen Kassen fehlt hinten und vorne Geld und auch die EU gerät zunehmend unter

99 Finanzierungsdruck.

100

101 Steuern sind das zentrale Element, um den Staat und auch die Europäische Union
102 handlungsfähig zu machen. Die steuerpolitische Konkurrenz und Steuerschlupflöcher in einigen
103 Ländern der EU müssen ein Ende haben. Die unterschiedlichen Steuersysteme bedürfen einer
104 gemeinsamen Europäischen Koordinierung und brauchen einen klaren regulativen Rahmen.
105 Das Ziel für uns Jusos ist die Harmonisierung der Steuersysteme. Die EU soll eine
106 Gemeinschaft sein, in der nicht das „race-to-the-bottom-Prinzip“ sondern die Solidarität der
107 leitende Wert für das Handeln der Mitgliedsstaaten ist.

108

109 Dazu fordern wir:

110

111 • Den **Steuersenkungswettbewerb und Steuerschlupflöcher** in der EU müssen
112 konsequent geschlossen und bekämpft werden. Dazu gehört zunächst einmal, dass Arbeit
113 im Vergleich zu Kapital nicht stärker besteuert werden darf.

114

115 • Somit müssen Unternehmen wieder stärker zur Finanzierung von staatlichen Aufgaben
116 herangezogen werden! Deshalb bedarf es einer **einheitlichen Bemessungsgrundlage
117 für die Körperschaftssteuer**.

118

119 • Weiterhin setzen wir uns für eine **gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der
120 Vermögenssteuer** innerhalb der EU ein.

121

122 • Dass das **europäische Parlament durch direkte Steuern aus den Mitgliedsländern**
123 gestärkt wird. Zunächst muss die Finanztransaktionssteuer zu einer direkten
124 Einnahmequelle für den europäischen Haushalt werden, im zweiten Schritt müssen
125 weitere Steuern anteilig in den Haushalt der EU fließen, wie es bereits bei der
126 Mehrwertsteuer in Bruchteilen der Fall ist.

127

128 3. Wir wollen ein Europa, das Privatisierungen verhindert!

129

130 Ob Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr oder Krankenhäuser, immer öfter
131 bestimmen Richtlinien aus Brüssel wie die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger vor
132 Ort gestaltet wird. Dabei ist für uns klar: wir wollen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu
133 notwendigen Gütern und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben.

134

135 Deshalb fordern wir:

136

137 • ein Umdenken auf europäischer Ebene, die Schluss macht mit Privatisierung und den
138 Ausverkauf kommunaler Unternehmen. D.h. eine **Änderung europäischen
139 Wettbewerbsrechts** dahingehend, dass Daseinsvorsorge nicht Marktregeln des
140 Binnenmarktes unterworfen ist, sondern ausgenommen ist.

141

142 • eine bezahlbare und bedarfsgerechte **Grundversorgung** für alle Menschen

143

144 • regionale Strategien gegen Privatisierung und für **Rekommunalisierung**

145

146 4. Wir wollen ein demokratisches Europa, keine Troika-EU!

147

148 In der Krise wurden nicht nur die Ökonomien Südeuropas durch Sparzwänge ruiniert, auch die
149 Demokratie selber kam unter die Räder. TechnokratInnen-Regierungen in einigen
150 Mitgliedsstaaten und ein absurder Machtzuwachs der undemokratischen Troika (EZB, IWF und
151 EU-Kommission) haben gewählte Volksvertretungen an den Rand gedrängt.

152

153 Wir fordern,

154

155 • Die **Entmachtung der Troika**: Gewählte Parlamente und Regierungen müssen selber
156 entscheiden können, auch im Fall von Kreditgewährung

157

158 • eine **Parlamentarisierung der EU**: Das Europäische Parlament muss ein Initiativrecht in
159 der Gesetzgebung und volle Budgetrechte haben.

160

- 161 • den Ausbau der Europäischen Kommission zu einer wahren **EU-Regierung**, die ohne
162 Einfluss der Mitgliedsstaaten auf Basis der Ergebnisse der Europawahlen gebildet wird.
163 Die EU-Kommission soll dem Europäischen Parlament vollständig verantwortlich sein.
164
- 165 • **Mitsprache der nationalen Parlamente** auch in Fragen der Europäischen Finanzpolitik.
166 Ein Ende der Rettungspolitik der nationalen Regierungen unter Ausschluss der
167 Parlamente.

168

169 **5. Wir wollen ein Europa, das Banken in die Schranken weist!**

170

171 Milliarden von Steuergeldern wurden in den letzten fünf Jahren in die Rettung großer,
172 "systemrelevanter" Banken investiert, noch mehr Geld steht als Garantie bereit. Zwar war die
173 "Rettung" der Banken kurzfristig unvermeidbar, weil sonst ein noch härterer Wirtschaftseinbruch
174 und Massenentlassungen gedroht hätten, aber die Neuordnung der Banken und der
175 Finanzmärkte ist immer noch . Es muss endlich Schluss sein damit, dass Banken riskante
176 Geschäfte zum Nutzen einiger reicher Anteilseigner durchführen, und die Mitgliedsstaaten mit
177 öffentlichen Geldern für ein Scheitern von Banken haften.

178

179 Deshalb fordern wir:

180

- 181 • Die Umsetzung der **Finanztransaktionssteuer** und ihre Ausweitung auf die gesamte EU.

182

- 183 • Deutliche höhere Anforderungen an das **Eigenkapital** von Banken, damit diese selbst
184 genügend Reserven für schlechte Zeiten haben.

185

- 186 • Eine **europäische Bankenunion**, die ein einheitliches Bankenrecht und eine einheitliche
187 Bankenaufsicht.

188

- 189 • Ein **Trennbankensystem**, dass die Geschäft von Kunden- von Investitionsbanken
190 entflechtet

191

- 192 • Die **Einführung einer Europäischen Bankenabgabe**, bei der alle Banken in den
193 Rettungsmechanismus einzahlen, die auf dem europäischen Markt Handel treiben.

194

- 195 • Europaweites **Verbot der Spekulation** mit Nahrungsmitteln!

196

197 **6. Wir wollen ein Europa, das Flüchtlingen und Asylsuchenden hilft, und sie nicht 198 bekämpft!**

199

200 Viele Menschen sind bereits an den Außengrenzen Europas gestorben. Sie fliehen vor Krieg,
201 Hunger, Naturkatastrophen und vor Verfolgung. Die Antwort Europas und der Mehrheit der
202 konservative und neoliberal geführten Staaten ist die Abschreckung zu erhöhen und die
203 Festung Europa zu verstärken. Eine menschenverachtende Antwort. Wer an der Situation in
204 Lampedusa und der Menschen anderswo etwas ändern will, der muss dafür kämpfen, dass
205 Europas Asylpolitik humaner wird.

206

207 Wir fordern:

208

- 209 • Die **Abschaffung der Drittstaatenregelung** (Dublin II-Verordnung)

210

- 211 • Den **Ausbau legaler Einwanderungsmöglichkeiten** in die EU auf breiter Front

212

- 213 • **Legalisierung von momentan illegalen Migrant_innen** und die Straffreiheit von der
214 irregulären Einreise

215

- 216 • **Keine Kriminalisierung** von humanitären Helfenden

217

- 218 • Einheitliche Schutzstandards, Verfahren und Kriterien für die Aufnahme von Flüchtlingen,
219 die ein **hohes Schutzniveau** garantieren

220

- 221 • Auftrag von **FRONTEX grundlegend ändern**: Flüchtlingsschutz statt Flüchtlingsabwehr

222

223 7. Wir wollen ein Europa, dass junge Menschen stärkt.

224

225 Gerade junge Menschen nutzen die Vorteile der Europäischen Integration wie die Freizügigkeit
226 am intensivsten. Im Moment nehmen viele junge Menschen die Freizügigkeit in der EU aber als
227 Notausgang, um nicht Teil einer arbeitslosen Generation zu werden. Damit leistet die
228 Freizügigkeit in der EU zwar volkswirtschaftlich einen kleinen Beitrag um die Krise abzumildern,
229 persönlich ist dies aber oft mit großen Härten verbunden. Wenn Menschen regelrecht flüchten
230 um einer darniederliegenden Ökonomie entkommen zu können, empfinden sie die Mobilität als
231 Bürde und profitieren zudem in geringerem Maße von ihrer Auslandserfahrung. Wir wollen
232 wieder erreichen, dass sich junge Menschen freiwillig, geplant und zielgerichtet zum Lernen und
233 Arbeiten in einem anderen Land niederlassen können. Und wir wollen aktive Jugendarbeit
234 stärken.

235

236 • Wir begrüßen die Ausweitung des Austauschprogramms ERASMUS zu „**ERASMUS für**
237 **alle**“. Wir fordern eine signifikante **Erhöhung auf 20 Milliarden Euro** im Zuge der
238 Neuverhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens; einen Umstieg auf
239 Kreditfinanzierung bei „ERASMUS“ lehnen wir ab.

240

241 • Es muss weiterhin eine hinreichende **Finanzierung unabhängiger Jugendarbeit** auf
242 europäischer Ebene geben. Eine zentrale Rolle nehmen hierbei Jugendverbände ein,
243 deren Arbeit auch unabhängig von projektbasierter Förderung sichergestellt sein muss.
244 Das europäische Jugendforum soll gestärkt und an politischen Prozessen enger beteiligt
245 werden.

246

247 2014 wird zum ersten Mal ein Europäisches Parlament nach dem Vertrag von Lissabon
248 gewählt. Zum ersten Mal wird also die stärkste Fraktion im Parlament, und nicht die Mehrzahl
249 der Regierungen im Europäischen Rat, den und die KommissionspräsidentIn bestimmen. Mit
250 dem oder der gemeinsamen, europaweiten SpitzenkandidatIn des PES, der oder die durch ein
251 demokratisches Verfahren gewählt wurde, stellen wir auch unsere/n KandidatIn für diese
252 Position. Mit einem oder einer starken, aus Wahlen direkt hervorgegangene PräsidentIn der
253 Europäischen Kommission erwarten wir auch Bewegung in den Bereichen der europäischen
254 Politik, wo das Europäische Parlament noch wenige oder keine direkten Befugnisse hat. Die
255 Europawahl ist das zentrale Signal über die künftige Ausrichtung der EU.

256

257 Wir wollen ein sozialistisches und demokratisches Europa. Deswegen brauchen wir eine starke
258 SPD in einer starken SPE bei der Europawahl 2014. Wir werden um die Stimmen für und mit
259 der SPD, für und mit unseren europäischen Partnern, für und mit Martin Schulz kämpfen.

260

261 **Zeit für ein anderes Europa!**

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

Titel 2014 ist das Jahr für eine soziale, gerechte und demokratische Wende in Europa!

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

2014 ist das Jahr für eine soziale, gerechte und demokratische Wende in Europa!

1 Europa steht Ende 2013 vor seinen größten Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Es
2 ist bezeichnend, dass sich viele EuropäerInnen erst angesichts der größten
3 wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Krise bewusst werden, wie eng Europa
4 mittlerweile miteinander verwoben ist, dass die wirtschaftliche, soziale und finanzielle
5 Entwicklung des eigenen Landes in einer Wirtschafts- und Währungsunion auch vom
6 politischen Handeln der übrigen Staaten abhängt. Die Defizite der EU wurden während
7 der Krise deutlich. So hat die EU kaum Regulierungsbefugnisse sondern ist stark von
8 nationalstaatlichen Entscheidungen abhängig. Entscheidungen und mögliche Lösungen
9 wurden oft nur in Hinterzimmern von einigen Wenigen ausgearbeitet, die sich
10 demokratischen Prozessen entzogen haben. Die Krisenbewältigung ist bislang
11 gescheitert und die Idee eines gemeinsamen, sozialen, friedlichen und nachhaltigen
12 Europas ist in Gefahr! 2014 wird daher ein besonders wichtiges Jahr für die EU werden,
13 da das einzig demokratisch legitimierte Organ, das Europaparlament, von seinen
14 BürgerInnen neu gewählt wird. Wir Jusos stehen für ein anderes, für ein sozialeres,
15 gerechteres und demokratischeres Europa und werden mit einem engagierten
16 Wahlkampf für eine starke Sozialdemokratie in Europa kämpfen.
17
18 Die Sparpolitik ist gescheitert! Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat versagt!
19
20 Auf die Herausforderungen in Folge der andauernden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise
21 antwortet Europa unter der politischen Führung Deutschlands bisher einzig und allein
22 mit einer strengen Sparpolitik (Austeritätspolitik) der öffentlichen Haushalte. Ohne
23 konjunkturelle, sozial- und arbeitsmarktpolitische Konsequenzen und vor allem die
24 Ursache (!), nämlich der entfesselte Finanzkapitalismus, hinreichend zu beachten, zwingt
25 die EU hochverschuldete Länder wie Spanien oder Griechenland zu drakonischen
26 Sparmaßnahmen. Die SpekulantInnen der Finanzmärkte, also die VerursacherInnen der
27 Krise, werden an den Kosten der Krisenbewältigung nicht beteiligt. Bislang wurden nur
28 die Steuerzahlenden zur Kasse gebeten. Es mündet sogar darin, dass Deutschland
29 Europa mit dem Fiskalpakt eine Schuldenbremse aufbürdet, unter denen die Ländern -
30 Deutschland eingeschlossen - noch mehr zu leiden haben. Die Entwicklung in
31 Griechenland und anderen Staaten zeigt jedoch, dass ruinöse Sparprogramme nicht zu
32 wirtschaftlicher Erholung und zu einer gerechten Verteilung von Wohlstand führen. Eine
33 ganze Generation von EuropäerInnen steht angesichts der ausufernden
34 Jugendarbeitslosigkeit vor dem Nichts. Die Politik bleibt eine wirkliche Antwort darauf
35 schuldig. Während in den betroffenen Ländern Millionen Menschen ihre Existenzangst in
36 wütenden Protesten auf die Straße tragen und radikale politische Kräfte gestärkt werden,
37 führt ein Teil der politischen und medialen Öffentlichkeit - insbesondere in Deutschland -
38 die Debatte, als ginge es lediglich darum, wie tief den hiesigen SteuerzahlerInnen in die

39 **Tasche gegriffen werde. Zu dieser Art der Auseinandersetzung trug auch das Agieren der**
40 **schwarz-gelben Bundesregierung bei. Ihr politisches Versagen lässt 2013 auch in**
41 **Deutschland die EuropagegnerInnen erstarken. Der Erfolg der rechtspopulistischen**
42 **Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl zeigt deutlich, wie**
43 **verunsichert viele Menschen in unserem Land sind. Antieuropäische Argumentationen**
44 **sind in der deutschen Öffentlichkeit auf dem Weg wieder salonfähig zu werden. Dem**
45 **muss entgegengesteuert werden.**

46

47 Vielen BürgerInnen erscheint die Distanz zwischen ihnen und der EU größer denn je. Auch
48 deshalb, weil die Entscheidungen auf EU-Ebene nicht oder nicht hinreichend demokratisch
49 legitimiert sind.

50

51 Auch bei den großen Außen- und Sicherheitspolitischen Herausforderungen findet die EU nur
52 selten eine gemeinsame Sprache und wenn doch, dann meist - wie im Falle Syriens - erst
53 nachdem einzelne Mitgliedsstaaten sich bereits auf Ebene der internationalen
54 Staatengemeinschaft positioniert haben.

55

56 Im Mai 2014 wählen die BürgerInnen Europas ein neues Parlament. Gemeinsam mit der SPD,
57 der SPE und YES muss es uns Jusos gelingen, die Notwendigkeit einer sozialen und
58 demokratischen Wende in der Europäischen Union zu vermitteln. Europa ist eine
59 Schicksalsgemeinschaft. Eine sichere Zukunft und Perspektiven für die Jugend und
60 nachfolgende Generationen erreichen wir nur durch mehr Europa. Nur wenn wir zusammen
61 nationale Egoismen hinten anstellen, die soziale Schieflage in den Griff bekommen und
62 Solidarität leben, wird die Europäische Idee wieder ihre Faszination entfalten.

63

64 **Wir brauchen mehr soziales Europa**

65

66 In der bisherigen Integrationsgeschichte der Europäischen Union (EU), beginnend mit dem Ende
67 des zweiten Weltkrieges, wurde - fern des Pathos eines grenzenlosen Kontinents - vor allem auf
68 wirtschaftliche Freiheit gesetzt. So ehrlich die großen Europäer, ob Konservative oder
69 Sozialdemokraten, ob Brandt, de Gaulle, Schmidt, Giscard d'Estaing oder Mitterand es mit der
70 irreversiblen politischen und wirtschaftlichen Integration meinten, so waren die zentralen
71 integrationspolitischen Schritte stets von marktwirtschaftlichen Prinzipien geprägt. Dreh- und
72 Angelpunkt der Europadebatte war stets der gemeinsame Binnenmarkt und der freie Verkehr
73 von Personen, Waren, Dienstleistungen und von Kapital. Zwar gilt der gemeinsame Markt seit
74 1992 formal als vollendet, doch gerade in der Krise zeigt sich, dass entscheidende Elemente für
75 eine langfristig stabile Entwicklung innerhalb der EU fehlen. Wiederholt ist in den letzten
76 fünfundzwanzig Jahren auf die Notwendigkeit einer politischen Union hingewiesen worden,
77 doch passiert ist nichts. Formal koordiniert die Europäische Kommission zwar die
78 Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer, real dominieren jedoch bis heute nationalstaatliche
79 Akteure. Der Zeitgeist des Neoliberalismus hat die Politik der EU in den letzten 20 Jahren
80 dominiert und die politische Integration ist weit hinter der Integration des Wirtschafts- und
81 Währungsraums Europa zurückgeblieben. Dies führte notgedrungen zu einer ökonomischen
82 und sozialen Spaltung Europas, insbesondere angesichts dauerhafter und immenser
83 Handelsbilanzüberschüsse wirtschaftlich starker Länder, wie Deutschlands.

84

85 Während in anderen Wirtschafts- und Währungsräumen, etwa in den Vereinigten Staaten und
86 insbesondere in der Bundesrepublik zu D-Mark Zeiten, regionale Disparitäten durch die
87 Migration von Arbeitnehmenden sowie einen wirksamen Fiskalausgleich über die öffentlichen
88 Haushalte und die Sozialsysteme abgedeckt werden konnten und können, fehlt ein solcher
89 Fiskalausgleich in der EU. Auch der Arbeitsmarkt ist trotz der gebotenen Freizügigkeit nicht
90 vollständig integriert. Besonders für Nicht-AkademikerInnen ist es schwierig im EU-Ausland
91 beruflich Fuß zu fassen. So stellt sich bis heute die deutsche Bundesregierung gegen die
92 Anerkennung von nicht-deutschen Abschlüssen und verhindert somit die Integration von vielen
93 Arbeitnehmenden in den deutschen Arbeitsmarkt.

94

95 Ohne die Schaffung einer Sozialen Union neben der Wirtschafts- und Währungsunion werden
96 die gesellschaftliche Kräfte weiter auseinanderdriften und die Spaltung Europas wird weiter
97 voranschreiten.

98

99 **Demokratie in Europa**

100

101 Eine zunehmende Kompetenzverschiebung von der nationalen auf die europäische Ebene -
102 insbesondere in Fragen der Budgethoheit - muss von einer entsprechenden demokratischen
103 Legitimierung der EU-Institutionen flankiert werden. Die Menschen in Deutschland und den
104 anderen EU-Staaten müssen ihre Rolle als Souverän wahrnehmen können. Die Jusos sprechen
105 sich für eine klare Gewaltenteilung auf europäischer Ebene aus. Dazu zählt vor allem die
106 Trennung von legislativen und exekutiven Aufgaben. Die Europäische Kommission muss künftig
107 die Rolle einer Regierung übernehmen. Das Europäische Parlament muss die Kommission
108 folglich wählen, kontrollieren und absetzen können. Wir wollen das Europäische Parlament in
109 seiner Rolle als gesetzgebende Instanz innerhalb der EU und die demokratische Legitimierung
110 der Kommission stärken und so die EU als Institution transparenter und zugänglicher für den
111 BürgerInnenwillen machen. Zudem muss die Aufteilung der Kompetenzen transparenter
112 dargestellt werden. Damit wird die juristische Aushöhlung der Einzelfallentscheidungen
113 gebremst, die nationalen Egoismen deutlicher und eine politische Entscheidung für die
114 Weiterentwicklung der Europäischen Union notwendig.

115

116 **Eine Stimme in der Welt - für Frieden und Menschenrechte**

117

118 **Europa muss künftig als internationaler Akteur eine Schlüsselrolle im Kampf gegen**
119 **Armut und Gewalt in der internationalen Gemeinschaft übernehmen. Die**
120 **Einflussmöglichkeiten der nationalen Ebene nehmen stetig ab. Zu Recht ist die EU daher**
121 **bestrebt außenpolitisch mit einer Stimme zu sprechen. Doch gehen die Vorstellungen zur**
122 **Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der EU stark auseinander, insbesondere in der**
123 **Frage militärischer Intervention. Es bedarf daher eines Dialogs über die künftige Rolle**
124 **der EU bei internationalen Krisen. Nur wenn die EU gemeinsam und geschlossen für**
125 **Frieden und Menschenrechte eintritt und dabei wirtschaftliche Interessen hinten**
126 **anstellen, wird eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik realisierbar sein. Für uns**
127 **Jusos ist klar: EU-Mitgliedsländer sollen sich lediglich in absoluten Ausnahmefällen an**
128 **militärischen Interventionen beteiligen. Grundlage dafür muss ein UN-Mandat sein. Um**
129 **eine effektivere Reaktion auf Menschenrechtsverstöße und Krisen in der Welt zu**
130 **erreichen, muss sich die EU für eine Reform des UN-Sicherheitsrates einsetzen, dessen**
131 **Architektur nicht mehr zeitgemäß ist. Langfristig streben wir an, dass nicht mehr die**
132 **einzelnen Mitgliedsstaaten sondern die EU als solche einen Platz im UN Sicherheitsrat**
133 **erhält.**

134

135 **Will die EU international erfolgreich für Frieden und Menschenrechte eintreten, muss sie**
136 **sich selbst an diesen Ansprüchen messen. Die größten Defizite sehen wir Jusos derzeit**
137 **vor allem im Umgang mit Flüchtlingen und Zuwanderungswilligen. Die EU darf nicht**
138 **tatenlos zusehen, wie Tausende Menschen bei dem Versuch über das Mittelmeer**
139 **einzureisen ihr Leben verlieren. Alle Mitgliedsstaaten müssen gemeinsam Verantwortung**
140 **für das Schicksal derer übernehmen, die es, von Armut und Perspektivlosigkeit**
141 **getrieben, nach Europa zieht. Eine konzentrierte Internierung und die schnellstmögliche**
142 **Abschiebung sind menschenunwürdig und dürfen nicht Politik der EU und ihrer**
143 **Mitgliedsländer sein. Gemeinsam mit den Regierungen der Herkunftsländer müssen**
144 **Wege gefunden werden, migrationswilligen EU-Ausländern und Flüchtlingen die legale**
145 **Einwanderung nach Europa zu ermöglichen.**

146

147 **Unsere 10 Forderungen für ein sozialeres, demokratischeres und gerechteres Europa -**
148 **die Europawahl kann kommen! Wir sind bereit:**

149

- 150 1. **Weg mit der Sparpolitik** - her mit den nachhaltigen Investitionen: Die EU-Staaten
151 müssen aus dem Würgegriff der Austerität befreit werden und Spielräume für Investitionen
152 in Infrastruktur und Bildung sowie für Konjunkturprogramme erhalten.
- 153 2. **Wir brauchen ein starkes politisches Europa:** Wir fordern eine Fiskalunion in der EU,
154 die nicht von nationalstaatlichen Entscheidungen abhängig ist, sondern gemeinschaftlich
155 Entscheidungen treffen kann.
- 156 3. **Mehr Demokratie wagen:** Wir fordern ein demokratisches Europa, welches über ein
157 starkes europäisches Parlament verfügt. Es muss ausgestattet sein mit mehr
158 Gesetzgebungs-, Wahl- und Kontrollkompetenzen.
- 159 4. **Die Jugend ist unsere Gegenwart und unsere Zukunft:** Die EU muss den Kampf
160 gegen Jugendarbeitslosigkeit aufnehmen. Dazu zählt insbesondere ein Konjunktur- und

- 161 Investitionsprogramm für wirtschaftlich schwächere Länder, die in die Lage versetzt
162 werden müssen, ein Beschäftigungsprogramm aufzulegen. Zudem fordern wir eine
163 Ausbildungsgarantie für alle junge Menschen in Europa.
- 164 5. **Bändig die Finanzmärkte:** Wir fordern die Einführung der Finanztransaktionssteuer.
165 Statt einer fortwährenden Tolerierung der Spekulationsgewinne fordern wir die Stärkung
166 der Realwirtschaft als Rückgrat unseres Wohlstandes. Die Erlöse aus der
167 Finanztransaktionssteuer sollen direkt in den Europäischen Haushalt einfließen, um
168 gezielt europäische Investitionen in Wirtschaft, Beschäftigung und Qualifizierung zu
169 fördern.
- 170 6. **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:** Die in Kapitel IV der Charta der Grundrechte der EU
171 festgelegten Rechte (Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung, Recht auf angemessene
172 Arbeitsbedingungen, Erhalt sozialer Unterstützung, Zugang zur Gesundheitsversorgung)
173 müssen für alle BürgerInnen innerhalb der EU uneingeschränkt durchgesetzt werden.
174 Gesetzliche Lücken, durch die etwa atypische Beschäftigung und Lohndumping möglich
175 sind, müssen geschlossen werden. Dabei muss innerhalb der EU der Grundsatz *gleicher*
176 *Lohn für gleiche Arbeit* - gelten. Außerdem müssen alle Menschen diskriminierungsfrei
177 eine Existenzsicherung erhalten. Dazu gehören auch existenzsichernde Mindestlöhne.
178 Dabei bleiben wir bei unserer Forderung, dass ein europäischer Mindestlohn kurzfristig 50
179 % des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns und mittelfristig 60 % des jeweiligen
180 nationalen Durchschnittslohns nicht unterschreiten.
- 181 7. **Bildung bleibt Bildung:** Um die Migration von Arbeitskräften innerhalb der EU zu
182 erleichtern, müssen neben Schulabschlüssen auch berufsqualifizierende Abschlüsse
183 vergleichbar gemacht werden. Der Europäische Qualifizierungsrahmen für lebenslanges
184 Lernen (EQR) führt in die richtige Richtung. Um aber eine langfristig wirksame
185 Vergleichbarkeit zu schaffen muss die Umsetzung innerhalb der nationalen
186 Qualifikationsrahmen (NQR) einheitlicher geregelt werden. Hierzu zählt die verbindliche
187 Berücksichtigung non-formal und informell-erworbener Kompetenzen und die Einstufung
188 allgemeinbildender Schulabschlüsse. In diesem Zusammenhang bedarf der Bologna-
189 Prozess einer kritischen Prüfung. Inwieweit die Vergleichbarkeit von
190 Hochschulabschlüssen in der EU verbessert wurde und wo hochschulpolitischer
191 Handlungsbedarf besteht muss diskutiert werden.
- 192 8. **Mehr Mitbestimmung wagen:** Die gemeinsamen Mitbestimmungsrechte für
193 ArbeitnehmerInnen in Europa müssen gestärkt werden. Nur starke und unabhängige
194 Gewerkschaften und Betriebsräte verhindern, dass multinationale Konzerne die
195 ArbeitnehmerInnen innerhalb der EU gegeneinander ausspielen. Wir brauchen starke
196 europäische betriebliche Interessenvertretungen und setzen uns für die Stärkung des
197 sozialen Dialogs auf EU Ebene ein.
- 198 9. **Gleiches Recht für alle!** Europa braucht ein gemeinsames Sozialrecht, um in allen Teilen
199 der EU ein menschenwürdiges Leben garantieren zu können.
20010. **Kein Mensch ist illegal:** wir brauchen eine Reform der menschenunwürdigen Asyl- und
201 Flüchtlingspolitik der EU. Die Abschottungspolitik der EU muss ein Ende haben und auch
202 Frontex muss endlich abgeschafft werden. Asylsuchende müssen endlich wieder wie
203 Menschen behandelt werden und ihnen muss ein Recht auf ein faires Verfahren in ganz
204 Europa auf Asyl in Aussicht gestellt werden.

205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221

Titel Es lebe die Europäische Republik!

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD-BPT zur Europawahl, z.K. an: SPD-LTF,
Europakandidaten 2014, Europaabgeordnete der SPD,
Europapolitische Kommission der SPD

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Es lebe die Europäische Republik!

- 1 Der demokratische Zustand Europas
- 2
- 3 Eine unserer zentralen Forderungen ist seit jeher ein demokratisches Europa. Denn unser Ideal
- 4 der Demokratisierung aller Lebensbereiche macht selbstverständlich auch nicht vor Brüssel
- 5 halt.
- 6
- 7 Die Europäische Union und ihre Ausgestaltung ist das Produkt der öffentlichen Diskussion, auf
- 8 deren einer Seite Skepsis, schlimmstenfalls antieuropäische, nationalistische Ziele,
- 9 vorherrschen und deswegen jegliche weitere Integration ablehnen und auf der anderen Seite die
- 10 Befürworter stehen, welche ihrerseits in zwei grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen
- 11 gespalten sind und entweder eine starke, aber rein zwischenstaatliche Kooperation oder die
- 12 Schaffung eines Europäischen Staates als solchen fordern. Seit 1925 fordert die SPD in ihrem
- 13 Programm die Schaffung eines europäischen Bundesstaates. Dahinter stehen wir weiter. Auf
- 14 dem Weg dorthin wurde seit Gründung der Europäischen Gemeinschaften viel erreicht und
- 15 auch der Lissabon Vertrag hat noch einmal einige wichtige Schritte in die richtige Richtung
- 16 getan. Ausreichend sind sie für uns aber noch lange nicht.
- 17
- 18 Die europäischen Institutionen und die Politikprozesse werden von vielen Menschen in Europa
- 19 als komplex und undurchsichtig empfunden. Für viele Menschen erscheint die EU als eine
- 20 große black box, deren Funktionsweise undurchschaubar bleibt.
- 21
- 22 Hinzu kommt ein Gefühl der Distanz zwischen dem persönlichen Lebensumfeld und der
- 23 europäischen Ebene. Dies führt zu einer grundsätzlich erschwerten Identifikation mit Europa
- 24 und dem Empfinden, nicht an politischen Entscheidungen beteiligt zu sein oder sie gar
- 25 beeinflussen zu können. Zu diesen problematischen Sichtweisen treten weitere Kritikpunkte,
- 26 denen sich die EU aktuell ausgesetzt sieht. Die weiterhin ungelöste Finanz- und
- 27 Wirtschaftskrise führt nicht nur zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, sondern vor
- 28 allem auch zu neonationalistischen Abgrenzungstendenzen. Statt gelebter Solidarität zwischen
- 29 den europäischen Ländern in Zeiten, in denen diese gerade nötig wäre, herrscht das Prinzip
- 30 "Rette sich wer kann". Dabei jagt ein Krisengipfel den nächsten, wobei das Aktivitätsfeld weg
- 31 von den eigentlichen supranationalen europäischen Institutionen hin zu den Nationalstaaten in
- 32 Figur ihrer Staatschefs, Minister_innen und Unterhändler_innen verschoben wird. Dies ist ein
- 33 Rückschritt, da hierdurch zwangsläufig die Tendenz von konfrontativen zwischenstaatlichen
- 34 Verhandlungen im Gegensatz zu konsensualen gemeinsamen Lösungen ausgelebt und im
- 35 europäischen Zusammenspiel so stetig gesteigert wird. Kennzeichen hiervon sind nicht nur
- 36 Sozialdumping oder Lohndrückerei einiger Länder auf Kosten der anderen, sondern zum
- 37 Beispiel auch die Aussetzung und Nachverhandlungen zur Einschränkung des Schengen-

38 Raumes.

39

40 Politische Entscheidungsfindung ad hoc nachts in Hinterzimmern, statt öffentlich
41 nachvollziehbarer und begleitbarer Diskussion in Parlamenten entspricht einer mangelhaften
42 demokratischen Kultur, die nicht zum Dauerzustand werden darf.

43

44 Zusätzlich fördert die aktuelle Situation Entdemokratisierungsprozesse auf nationaler Ebene.
45 Wenn Merkel & friends zusammen mit dem IWF über die Konditionen der Kreditpakete für in
46 Not geratene Länder entscheiden, verbleibt für die Regierungen der Empfängerländer kaum
47 noch Handlungsspielraum. Es ist höchst problematisch, wenn Personen über die Politiken eines
48 Landes entscheiden, welche nicht von der Bevölkerung gewählt sind, ja überhaupt nicht gewählt
49 werden können und ihnen gegenüber in keinerlei Hinsicht Rechenschaft schuldig sind. Wahlen
50 werden so zur reinen Farce. Dabei ist eher unwahrscheinlich, dass in der öffentlichen
51 Wahrnehmung zwischen dem erwarteten und realen Handlungsspielraum der nationalen
52 Regierung, so wie zwischen den theoretischen und realen Akteuren differenziert wird. Wenn
53 statt Verbesserung eine stetig voranschreitende Verschlimmerung der sozialen Situation statt
54 findet, ist davon auszugehen, dass statt der Sparpolitik und den zwischenstaatlichen
55 Institutionen, die Demokratie und Europa insgesamt einen Vertrauensverlust erleiden. Es ergibt
56 sich das Paradox, dass in einer durch undemokratische und nationale Egoismen erzeugten
57 Situation, jenes was so dringend zur Lösung der Konflikte notwendig wäre, nämlich ein
58 demokratisches solidarisches supranationales Europa, der eigentlich Leidtragende ist.

59

60 Die SPD stellt sich dem nicht wirklich entgegen. Durch eine passive und visionslose
61 Europapolitik droht sie ihre Stellung als die Europapartei zu verlieren. Die Entwicklung eigener
62 Alternativen erschöpft sich in punktuelle Ergänzungen der Europapolitik der schwarz-gelben
63 Regierung. Die Unterscheidbarkeit der Bundestagsfraktionen der Volksparteien ist bei
64 europapolitischen Abstimmungen kaum mehr gegeben. Gerade jetzt, wenn grundsätzliche
65 Weichen für die Zukunft Europas gestellt werden, wird die SPD nicht zur Vorreiterin einer neuen
66 Idee von Europa, ja nicht einmal zu der Verteidigerin des bereits Existenten.

67

68 Wir Jusos wollen diesen inhaltlichen und strategischen Fehler nicht begehen. Wir werden uns
69 den anti-europäischen Tendenzen mutig entgegen stellen. Wir glauben, dass dies nicht nur mit
70 der defensiven Argumentation, welche auf Skizzierung von Horrorszenarien bei
71 Zusammenbruch der EU basiert und auf den bloßen Erhalt des bestehenden Systems
72 ausgerichtet ist, erfolgen kann, sondern eine neue Vision braucht. Die Vision einer
73 Europäischen Republik!

74

75 Die Ausgestaltung eines demokratischen Europas

76

77 Grundsätzliches

78

79 Unsere Vision von Europa ist nicht bloß die eines verstärkten Austauschs zwischen den
80 Staaten, Regionen oder Städten, die sich auf dem europäischen Kontinent befinden.
81 Nationalstaaten, deren Begründung und damit Existenz auf der Schaffung eines
82 Nationalbewusstseins basiert, erzeugen automatisch Abgrenzungstendenzen zu den
83 Bevölkerungen anderer Staaten. Es fördert Stereotype und steht individueller
84 Selbstverwirklichung und pluralen Gesellschaften entgegen. Die Überwindung von
85 Nationalstaaten kann durch Schaffung einer europäischen Republik ermöglicht werden. Dass es
86 innerhalb dessen unterschiedliche politische Ebenen geben muss, die unter Umständen auch
87 die Begrenzungen der heutigen europäischen Staaten widerspiegeln, ist damit nicht zu
88 verwechseln. Wir wollen einen solchen europäischen Staat aber nicht als zentralisiertes
89 Gebilde, welches von Brüssel aus sämtliche politische Handlungen lenkt. Verständnis und
90 Akzeptanz von Politik wird maßgeblich dann gefördert, wenn Entscheidungen vor Ort mit
91 direktem Kontakt zu den Menschen stattfinden. Gerade die Grundproblematik, dass größere
92 geographische Distanzen zur Entfernung zwischen politisch Handelnden und denen, die
93 solchen Handlungen unterworfen sind, führt ist bei unserer Vision von Europa zu antizipieren.
94 Ein Ausgleich der Souveränitätsverschiebung auf die kontinentale Ebene, kann durch die
95 Stärkung der lokalen und regionalen Ebene erfolgen. Der europäische Staat ist daher für uns
96 eine föderale Republik, mit starken Regionen. Gesetzgebungskompetenzen sollten sich daher
97 in föderalen Staaten wie Deutschland von der Bundes- auf die Europäische Ebene verschieben,
98 bei zentralisierten Staaten wie Frankreich würde eine Verschiebung nach oben, als auch nach

99 unten erfolgen. Ein europäischer Staat entsteht in dem Moment der Übertragung der
100 Kompetenz-Kompetenz von den Nationalstaaten auf die Europäische Union. Das heutige
101 bestehende Subsidiaritätsprinzip ist in dieser Form so nicht mehr zu halten. Alternativ ist eine
102 Aufgabenverteilung ähnlich der in Deutschland mit grundsätzlicher Kompetenzzuweisung,
103 alleinigem und gemeinsamen Legislativrecht in Abwandlung auf EU und Regionen anzustreben.
104 Die Verwaltungsebenen gliedern sich in Kommune – Region – Land – Republik. Eine wirkliche
105 europäische Verfassung halten wir für unerlässlich. Sie enthält neben dem staatlichen Aufbau
106 auch die Grundrechtecharta und eine Zielsetzung, die auf Frieden, Stabilität, sozialen Ausgleich
107 und Wohlstand basiert und damit eine Wende hinweg vom aktuellen binnenwirtschaftlichen
108 Politikfokus vollzieht. Die Unionsbürgerschaft wird zur Staatsbürgerschaft mit gleichen Rechten
109 in der gesamten Europäischen Republik. Für den Erfolg des Projekts Europas müssen sich die
110 Bürgerinnen und Bürger auch damit identifizieren können. Nur wenn für die Menschen deutlich
111 wird, dass Frieden in einem pluralen Europa, sozialer Ausgleich bei hohem Lebensstandard,
112 demokratiekonformer Markt und wirksamer Menschenrechtsschutz nur durch die europäische
113 Integration dauerhaft möglich ist, wird dem Integrationsprozess auch positiv entgegen gesehen.

114

115 Wir fordern daher:

116

- 117 • einen föderalen europäischen Bundesstaat
- 118 • eine europäische Verfassung
- 119 • die europäische Staatsbürgerschaft

120

121 Europäische Institutionen

122

123 Für ein demokratisches Europa brauchen wir endlich ein Europäisches Parlament, was nicht nur
124 so heißt, sondern tatsächlich auch die Rechte und Pflichten eines solchen hat. Das Europäische
125 Parlament erhält das Budget-, Initiativ- und Legislativrecht. Mechanismen, die eine stärkere
126 Anbindung und Kommunikation mit den europäischen Bürger_innen ermöglichen sind zu
127 fördern.

128

129 Der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union werden zur zweiten Kammer, neben
130 dem Europäischen Parlament umgebaut.

131

132 Die Arbeitsbedingungen der Parlamentarier_innen sind bisher mangelhaft ausgestattet und
133 tragen damit zu einem schwachen Parlament bei. Dies muss geändert werden.

134

135 Die Europäische Kommission wird zu einer ausschließlichen Verwaltung umgebaut, um auch
136 auf europäischer Ebene das Prinzip der Gewaltenteilung zu realisieren.

137 Kommissionspräsident_in und Kommissar_innen werden als Regierung vom Europaparlament
138 gewählt. Die europäische Regierung erhält Initiativrecht. Sie wird durch das Parlament
139 kontrolliert und kann von diesem auch wieder abgesetzt werden. Der Europäischen Kommission
140 wird eine neue Zielsetzung gegeben. Statt primär Ausgestaltung und damit Förderung des
141 Wirtschaftsverkehrs, soll sie entsprechend der neuen Verfassungszielsetzung vor allem der
142 Schaffung von sozialem Frieden verpflichtet sein.

143

144 Der Europäische Gerichtshof nimmt bereits heute eine wichtige Stellung ein und erließ einige
145 richtungsweisende Entscheidungen. Wir begrüßen die Gliederung in zwei Instanzenzüge,
146 glauben aber, dass die weiter wachsende Arbeit nur durch personelle Erweiterung in Zukunft
147 leistbar ist.

148

149 Wir fordern insgesamt:

150

- 151 • Schaffung eines wirklichen Europaparlaments durch Übertragung der vollen
152 Legislativrechte
- 153 • bessere finanzielle Ausstattung der/des Europäische Ombudsmanns, so wie des
154 Petitionsausschuss des Europaparlaments und stärkere Bekanntmachung dieser in der
155 Öffentlichkeit
- 156 • Der Europäischen Rat und des Rats der Europäischen Union werden zur zweiten
157 Kammer, neben dem Europäischen Parlament umgebaut
- 158 • Schaffung einer mit Kontroll- und Gesetzgebungskompetenzen ausgestatteten
159 Regionalkammer

- 160 • bessere finanzielle Ausstattung Parlamentarier_innen, so dass es mindestens ermöglicht
- 161 wird ein Büro in Brüssel, als auch eines in ihrer Herkunftsregion zu unterhalten und sich
- 162 wissenschaftliche Hilfskräfte zur Seite zu stellen
- 163 • Umwandlung der Kommissar_innen und der/des Kommissionspräsident_in zu einer
- 164 europäischen Regierung unter Kontrolle des Europaparlaments
- 165 • personeller Ausbau der europäischen Gerichtsbarkeit

166

167 Wahlsystem

168

169 Die Wahlbeteiligung zu den Wahlen zum Europäischen Parlament nimmt seit den ersten
170 Direktwahlen 1979 bedenklich ab. Viele Bürgerinnen und Bürger haben kein oder kaum
171 Interesse an den europäischen Wahlen. Die Wahlkämpfe der verschiedenen Parteien werden
172 von nationalen Themen und landesbezogenen Wahlversprechen überlagert, dies führt dazu,
173 dass die Wahlen nicht als wichtig wahrgenommen werden.

174

175 Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden alle fünf Jahre neu gewählt. Die einzelnen
176 Mitglieder werden für jeden Mitgliedsstaat getrennt gewählt. Die Anzahl der zu wählenden
177 Abgeordneten ist für jedes Land einzeln fest gelegt.

178

179 In jedem EU-Mitgliedsstaat gelten andere gesetzliche Regelungen zur Wahl. Unter anderem
180 das passive und aktive Wahlrecht hängen von diesen ab. Um das aktive Wahlrecht zu erhalten
181 muss man in den meisten Mitgliedsstaaten 18 Jahre alt sein, in Österreich darf man hingegen
182 bereits ab dem 16. Lebensjahr wählen. Die meisten EU-Bürger und EU-Bürgerinnen müssen
183 das 18. Lebensjahr erreichen um wählbar zu sein, in Italien und Zypern müssen die Kandidaten
184 und Kandidatinnen mindesten 25 Jahre alt sein. Wir fordern eine Vereinheitlichung bei 16
185 Jahren.

186

187 Auch die Sperrklausel unterscheidet sich von Staat zu Staat. In machen Ländern gibt es keine
188 Sperrklausel, in anderen unterscheidet es sich ob sie im Wahlkreis oder landesweit erreicht
189 werden muss. Gerade das Europaparlament leidet unter einer massiven Zersplitterung des
190 Parteienspektrums und büßt dadurch Handlungsfähigkeit ein. Daher und damit alle Parteien die
191 selben Chancen haben im Parlament vertreten zu sein, muss die Sperrklausel europaweit auf
192 5% angehoben werden. Genau wie die Sperrklausel muss auch das Sitzverteilungsverfahren
193 aus Fairnessgründen europaweit einheitlich sein. Für uns gilt: alle Bürger und Bürgerinnen der
194 Europäischen Union müssen den selben Stimmwert auf europäischer Ebene besitzen.

195

196 Der_die Präsident_in der Europäischen Kommission wird momentan getrennt von diesem
197 Wahlgang gewählt. Er wird vom Europäischen Rat nominiert und durch das Europäische
198 Parlament bestätigt. Der Europäische Rat soll bei seiner Nominierung das Ergebnis der
199 Europawahl berücksichtigen, diese Bestimmung ist aber in ihrer rechtlichen Reichweite noch
200 unbestimmt. Wenn das Parlament diesem_dieser Kandidat_in zustimmt ist er_sie zunächst
201 designierte_r Kommissionspräsident_in. Die Kommission muss sich noch einmal als ganzes
202 dem Europäischen Parlament zur Wahl stellen. Wird sie mit einer qualifizierten Mehrheit
203 ernannt, kann der_die Kommissionspräsident_in das Amt antreten.

204

205 Dieses Verfahren ist sehr unübersichtlich und garantiert keine demokratische Legitimation. Da
206 der Europäische Rat und das Europa Parlament unterschiedliche Wünsche an die
207 Kandidierenden stellen, können einer Nominierung und Wahl langwierige Prozesse voraus
208 gehen.

209

210 Dieses Prozedere muss für die Bürgerinnen und Bürger übersichtlicher werden. Eine
211 zusätzliche europäische Wahlliste könnte die Möglichkeit geben direkten Einfluss auf die Wahl
212 des Kommissionspräsident_in zuzunehmen. Diese Listen sollen von europäischen Parteien auf
213 Kongressen von ihren Mitgliedern demokratisch aufgestellt werden. Dazu müssen aber auch
214 Parteitage der europäischen Parteien Mindestanforderungen wie beispielsweise der
215 Repräsentativität bei der Delegiertenberechnung entsprechen. Ein europäisches Parteigesetz
216 muss geschaffen werden und demokratische innerparteiliche Mindestanforderungen beinhalten.
217 Die Spitzenkandidat_innen dieser Listen wären gleichzeitig die Kandidat_innen für das Amt
218 des_der Kommissionspräsident_in. Die Wählerinnen und Wähler hätten mit diesem
219 Wahlsystem, ähnlich wie bei der Bundestagswahl, zwei Stimmen. Eine wie bisher für die
220 regional Kandidierenden und eine zweite für die „Europäische Liste“. Dabei streben wir an, dass

221 auch die regional kandidierenden Mitglieder einer europäischen Partei sein sollen. Die
222 europäischen Bürger_innen könnten damit zum ersten Mal auch für Kandidaten und
223 Kandidatinnen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten stimmen. Die Wahlen hätten somit einen
224 echten europäischen Charakter und europäische Themen würden mehr in den Vordergrund
225 gestellt werden. Um auch auf europäischer Ebene politische Bildung zu stärken, muss ein Ring
226 politischer Jugendauf europäischer Ebene geschaffen werden, der die Dachorganisationen und
227 europäischen Verbände der politischen Jugendorganisationen entsprechend Geld für ihre
228 europäische politische Bildungsarbeit zur Verfügung stellt. Politische Bildungsarbeit für junge
229 Menschen kann am ehesten durch die politischen Jugendorganisationen gewährleistet werden
230 und ist auch zur Schaffung einer europäischen demokratischen Öffentlichkeit unabdingbar.

231

232 Die Menschen in Europa sollen ihre demokratischen Rechte in Zukunft stärker nutzen, um die
233 Europäische Union zu einem sozialen Europa der Bürger und Bürgerinnen zu machen. Ein
234 starkes, demokratisch legitimes Europäisches Parlament als Korrektiv der neoliberalen und
235 konservativen Politik der Europäischen Kommission kann Europa nur nach vorne bringen.

236

237 Wir fordern daher:

238

- 239 • aktives und passives Wahlrecht zum Europaparlament ab 16 Jahren in ganz Europa
- 240 • Vereinheitlichung des europäischen Wahlrechts
- 241 • Einführung europaweiter Sperrklausel von 5%
- 242 • Gleiches Sitzverteilungsverfahren
- 243 • die Einführung einer „Europäischen Liste“ bei den Europawahlen
- 244 • Wahl der_des Kommissionspräsident_in durch das Europaparlament
- 245 • Europäisches Parteiengesetz mit demokratischen Mindestanforderungen an die
246 innerparteiliche Organisation

247

248 Demokratisierung aller Lebensbereiche

249

250 Demokratie ist für uns mehr als die turnusgemäßen Wahlen und die Einrichtung demokratischer
251 Institutionen. Deswegen muss darüber hinaus eine Beteiligung aller Bürger_innen an politischer
252 Entscheidungsfindung möglich sein. Die Demokratisierung der europäischen Ebene ist nur
253 durch Aktivität aller an der demokratischen Gesellschaft beteiligten Akteure auch auf die
254 europäische Ebene möglich. Art. 11 II EUV muss endlich ausgestaltet werden. Eine
255 europäische Öffentlichkeit hat zahlreiche Facetten

256

257 Ein gemeinsamer europäischer Wirtschaftsraum ohne starke europäische Gewerkschaften ist
258 fatal für die Interessen der Arbeitnehmer_innen. Über die innereuropäischen Grenzen wandern
259 Waren, Kapital, Menschen und Dienstleistungen, der europäische Wirtschaftsraum ist sehr stark
260 miteinander verwoben. Gewerkschaftliche Solidarität innerhalb Europas findet noch viel zu
261 selten statt. Dies kann von der Arbeitgeberseite zum Nachteil der Arbeitnehmer_innen
262 ausgenutzt werden, indem die Produktion in das Land mit den niedrigsten Produktionskosten
263 ausgelagert wird. Um sich gegen solche Entwicklungen zu wehren, können europaweite Streiks
264 ein neues gewerkschaftliches Druckmittel sein.

265

266 Der Zusammenschluss nationaler Gewerkschaften bzw. die Gründung von europäischen
267 Gewerkschaften muss gefördert werden. Dazu gehören auch Euro-Betriebsräte, die bei
268 grenzüberschreitenden Unternehmensaktivitäten ab einer bestimmten Größe verpflichtet zu
269 gründen sind.

270

271 Der deutsch-französische Sender ARTE hat gezeigt, dass überstaatliche Kooperation in Sachen
272 Medien möglich ist. Eine Bereicherung der europäischen Medienlandschaft durch die Schaffung
273 einer europaweiten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt wäre ein weiterer Schritt, die
274 Europäer_innen näher zusammenzubringen. Mit dieser neuen Rundfunkanstalt könnten zum
275 Beispiel Debatten im europäischen Parlament stärker in den gesellschaftlichen Fokus rücken
276 und den Bürger_innen einen besseren Einblick in die Politik des europäischen Parlaments
277 gewährleisten. Dienste wie euronews müssen stärker beworben werden.

278

279 Viele Interessenverbände sind bereits heute auf europäischer Ebene aktiv oder sogar mit einer
280 Vertretung in Brüssel ansässig. Meist handelt es sich dabei bisher aber um finanzstarke
281 Lobbyisten. Auch kleine und bürgerschaftlich organisierte Verbände müssen ermutigt werden,

282 sich auch europaweit zu organisieren, um ihre Interessen besser vertreten zu können.

283

284 Es muss eine europaweite Diskussion über neue Beteiligungsmöglichkeiten (Stichwort: liquid
285 democracy) stattfinden, um Modelle für eine verstärkte Information und Partizipation der
286 europäischen Bürger_innen zu ermöglichen. Diese Diskussion muss mit den Bürger_innen
287 geführt werden. Direktdemokratische Elemente im engen, sind auf europäischer Ebene
288 ausschließlich von ressourcenstarken Kräften zu stemmen, welche tendenziell bereits jetzt
289 bessere Möglichkeiten der Lobbyarbeit als einfache Bürger_innen haben. Wir lehnen sie
290 deshalb auf dieser Ebene ab.

291

292 Wichtig ist auch eine demokratische Mitbestimmung in Betrieben, Schulen, Universitäten und
293 ähnlichen Organisationen. Diese demokratischen Standards müssen in ganz Europa erfüllt sein,
294 da die Demokratie nicht vor Werks-, Schul- und Universitätstoren enden darf. Für uns als Jusos
295 ist es wichtig, dass alle Menschen in Europa sich für ihre eigenen Belange stark machen
296 können.

297

298 Eine Kontrolle des Lobbyismus ist unabdingbar, auch auf europäischer Ebene.

299 Lobbyismusverbände, ihre Ansichten, Geld-, Auftragsgeber und Aktivitäten müssen für alle
300 Europäer_innen einsehbar sein. Es existiert zwar schon ein freiwilliges Lobbyismusregister, ein
301 Eintrag darauf ermöglicht Lobbyisten einen vereinfachten Zugang zu den europäischen
302 Regierungsgebäuden, die Eintragung mit jeweils aktuellen Informationen zu den oben
303 genannten Punkten muss zukünftig verpflichtend sein.

304

305 Wir fordern daher:

306

- 307 • obligatorische Konsultation europäischer Gewerkschaftsverbände im
- 308 Gesetzgebungsprozess zu Materien des Arbeits- und Wirtschaftspolitik
- 309 • Verpflichtende Einsetzung von Euro-Betriebsräten bei Betrieben mit Standorten in
- 310 mehreren Ländern. Darüber hinaus müssen Euro-Betriebsräteechte
- 311 Mitbestimmungsrechte, über reines Informationsrecht hinausgehend, erhalten
- 312 • Gründung einer staatlichen europäischen Rundfunkanstalt
- 313 • mehr Information über die Tätigkeiten der EU und Teilhabemöglichkeiten für die
- 314 Bürger_innen, wobei insbesondere die stärkere Nutzung von online Angeboten überprüft
- 315 werden soll
- 316 • Schaffung europäischer Mindeststandards über die demokratische Teilhabe in der Bildung
- 317 und bei der Arbeit, wobei sich an den höchsten Standards innerhalb der EU orientiert wird
- 318 • die Überführung des europäischen Lobbyistenregisters von der Freiwilligkeit zur
- 319 Verpflichtung

320

321

322

323

324

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

Titel Schluss mit dem Kriegsgeschäft:
Rüstungsexporte einschränken - Exitstrategie entwerfen!

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Schluss mit dem Kriegsgeschäft: Rüstungsexporte einschränken - Exitstrategie entwerfen!

- 1 Hintergrund
- 2
- 3 Immer wieder werden deutsche Rüstungsgeschäfte kritisch in den Medien diskutiert.
- 4 Prominente Exporte wie die Lieferung von Leopard II-Panzern nach Saudi-Arabien lösen dabei
- 5 öffentliche Entrüstung aus. Auf der gesetzlichen Ebene passiert jedoch nichts, um
- 6 Rüstungsexporte wirksam einzugrenzen.
- 7
- 8 Problematisch sind dabei insbesondere Lieferungen in Länder, in denen Menschenrechte
- 9 verletzt werden oder verletzt werden könnten. Die Genehmigung von Rüstungsexporten
- 10 orientiert sich derzeit an den „Politischen Grundsätze der Bundesregierung“. Nach diesen
- 11 Leitlinien ist die Lieferung in sogenannte „Spannungsgebiete“ verboten. Die dort festgehaltenen
- 12 Grundsätze werden jedoch von den politisch Verantwortlichen extrem weit ausgelegt. Die
- 13 Entscheidungen über Rüstungsexporte werden in einem geheimen Gremium - dem
- 14 Bundessicherheitsrat - ohne Mitwirkungsrechte des Parlaments getroffen. Der
- 15 Rüstungsexportbericht der Bundesregierung erscheint zwar jährlich, liefert jedoch keine
- 16 Informationen über die Auswirkungen der deutschen Waffenexporte in die über 100
- 17 Exportländer und wird dem Parlament ohnehin nur zur Kenntnis gereicht.
- 18
- 19 Deutschland ist als drittgrößter Waffenexporteur der Welt maßgeblich dafür verantwortlich, dass
- 20 Waffen und Waffenlizenzen in den weltweiten Umlauf gelangen. Dabei ist besonders die
- 21 Verbreitung von Kleinwaffen gefährlicher, als es möglicherweise auf den ersten Blick den
- 22 Anschein hat. Diese Waffen verbreiten sich rascher als andere Waffen und finden vor allem in
- 23 Bürgerkriegen Anwendung. Auch der Verkauf von Waffenlizenzen ist gefährlicher, als man
- 24 gemeinhin annimmt. Nach dem Verkauf unterliegt es nämlich nicht mehr der Kontrolle des
- 25 Exportstaates, wie viele Waffen nachgebaut werden und in welche Länder sie verkauft werden.
- 26
- 27 Es ist unerlässlich, dass Deutschland Waffenexporte restriktiver handhabt. Deutschlands
- 28 wirtschaftlicher Profit darf nicht auf dem Rücken der Menschenrechte erwirtschaftet werden. Ziel
- 29 muss es stattdessen sein, auf eine weltweite koordinierte Abrüstungspolitik hinzuwirken und
- 30 dabei auf nationaler Ebene mit gutem Beispiel voran zu gehen.
- 31
- 32 Rüstungsexporte einschränken - demokratische Kontrolle stärken!
- 33
- 34 Kurzfristig ist daher eine stärkere Kontrolle und Restriktion von Rüstungsexporten notwendig.
- 35 Konkret bedeutet dies für uns:
- 36
- 37 1. Um eine verbindliche gesetzliche Grundlage für den Export von Rüstungsgütern zu schaffen,
- 38 fordern wir ein eigenständiges Waffenkontrollgesetz.

39

40 Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und
41 sonstigen Rüstungsgütern“ sind hierfür in ein eigenständiges Gesetz umzuwandeln. Alle bisher
42 geltenden gesetzlichen Regelungen (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen,
43 Außenwirtschaftsverordnung etc.) sind in das Waffenkontrollgesetz zu integrieren.

44

45 2. Dieses Waffenkontrollgesetz hat dabei folgende Regelungen zu enthalten:

46

47 a. Die Lieferung von Rüstungsgütern und –lizenzen in alle Länder ist an die Zustimmung des
48 Deutschen Bundestages gebunden.

49

50 b. Exporte von Rüstungsgütern und -lizenzen in Länder, in denen Menschenrechtsverletzungen
51 bekannt sind, sind untersagt. Exporte in Länder, in denen bewaffnete Auseinandersetzungen
52 drohen oder in denen der Rüstungsexport dazu beitragen kann, bestehende Konflikte zu
53 verschärfen, sind untersagt. Die Prüfung erfolgt im Einzelfall. Die letztendliche Entscheidung
54 trifft der Deutsche Bundestag.

55

56 3. Deutschland wirkt auf EU-Ebene auf eine Regelung zur restriktiveren Waffenexportkontrolle
57 hin. Auf UN-Ebene wirkt Deutschland auf einen Waffenkontrollvertrag hin, der alle Länder zur
58 restriktiven Waffenexportkontrolle verpflichtet. Auch vor dem Zustandekommen eines solchen
59 Vertrages unterwirft sich Deutschland unilateral stärkeren Restriktionen für die eigenen
60 Rüstungsexporte.

61

62 4. Um die bisher oft bestehende langfristige Bindung an einmal beschlossene Waffen- und
63 Rüstungsexporte zu vermeiden, müssen auch die Verträge über den Munitions- und
64 Ersatzteilhandel entsprechend restriktiv ausgeführt werden. Noch bestehende Verträge dürfen
65 ohne Zustimmung des Bundestages nicht verlängert werden.

66

67 Die Logik der Rüstungsspirale durchbrechen - Ausstiegsszenario entwerfen!

68

69 Mittel- bis langfristig muss jedoch aus unserer Sicht die Frage gestellt werden, inwiefern das
70 Festhalten an einer großen Rüstungsindustrie und die daraus resultierende Notwendigkeit eines
71 stetigen Exports deutscher Rüstungsgüter in alle Welt unserer Vorstellung eines friedlichen
72 Deutschlands in der Mitte Europas entspricht. Durch den Wegfall des Ost-West Konflikts und
73 die Erweiterung der EU ist der Bedarf Deutschlands an Rüstungsgütern für eigene
74 Verteidigungsaufgaben in den letzten 20 Jahren rapide gesunken. Als alternative Absatzmärkte
75 hat sich die deutsche Rüstungsindustrie daher dem Export sowie der Herstellung
76 hochtechnisierter Waffensysteme für die "moderne Interventionsarmee" zugewendet. Beide
77 Optionen stehen in diametralem Gegensatz zu unserer Vorstellung eines deutschen Beitrags
78 zum friedlichen Zusammenleben der Völker und einer nachhaltigen Entwicklung.

79

80 Daher fordern wir im Zusammenhang mit der strengen Reglementierung von Rüstungsexporten
81 und -lizenzen:

82

83 1. Die Entwicklung einer Ausstiegsstrategie aus der Rüstungsproduktion vor dem Hintergrund
84 eines Nullszenarios ohne jegliche Form des Rüstungsexports. Alternative
85 Beschäftigungsmöglichkeiten für die heute im Bereich der Rüstungsindustrie angesiedelten
86 Betriebe müssen erörtert werden.

87

88 2. Sozialverträgliche Lösungen für die Beschäftigten der Rüstungsindustrie. In dieser Branche
89 arbeiten heute überdurchschnittlich viele gut ausgebildete FacharbeiterInnen und
90 IngenieurInnen, sodass durch entsprechende Umschulungs- und Vermittlungsangebote ein
91 Abbau des größten Teils der deutschen Rüstungsindustrie vertretbar scheint.

92

93 3. Für besonders von der Rüstungsindustrie geprägte Regionen wie etwa Bremen/
94 Bremerhaven müssen durch entsprechende Investitionsprogramme alternative Industriezweige
95 und Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen werden.

96

97 Für den verbleibenden Eigenbedarf an Rüstungsgütern, welcher sich aus unserer Sicht in erster
98 Linie auf den polizeilichen Bedarf sowie den Bedarf einer wieder als Verteidigungsarmee
99 begriffenen Bundeswehr beschränkt, fordern wir die Verstaatlichung der hierfür benötigten

100 Restkapazitäten im Rüstungsbereich. Auf diese Weise kann dem Gewinnstreben und damit
101 auch der Suche nach neuen Absatzmärkten innerhalb der deutschen Rüstungsindustrie am
102 effektivsten entgegengewirkt werden.

103

104 Europäische Lösungen sind notwendig

105

106 Da eine Transformation des momentanen militärisch-industriellen Konzepts in der
107 Bundesrepublik Deutschland nur beschränkte Auswirkungen hat, stehen wir zudem vor der
108 Aufgabe, eine Reform der verteidigungspolitischen Ausrichtung in Europa zu erarbeiten. Wir
109 Jusos sehen es daher als zwingend an, dass mit der schrittweisen Umwandlung der
110 nationalstaatlichen Streitkräfte in eine europäische Friedenstruppe im Rahmen einer
111 europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik parallel eine Umstrukturierung der
112 Rüstungsindustrie wie auch der -exportpraxis durchgeführt wird.

113

114 Für eine Friedensmacht, die Europa sein möchte, sind Rüstungsexporte auf Dauer moralisch
115 nicht vertretbar. Es ist daher jeglicher Export von Rüstungsgütern in Staaten außerhalb der EU
116 zu unterbinden.

117

118 Anerkennend, dass Truppen, die zum Beispiel bei friedenssichernden polizeilichen Einsätzen
119 unter UNO-Mandat ein gewisses Maß an Bewaffnung benötigen, steht für uns außer Frage,
120 dass diese bestmöglich und standardisiert auszustatten sind. Im Einklang mit den
121 sozialdemokratischen Wertvorstellungen ist eine Alternative zur aktuellen Realität zu suchen.

122

123 Wir Jusos stehen dafür ein, dass eine zukünftige Rüstungsproduktion auf den Eigenbedarf der
124 EU-Mitglieder beschränkt wird. Um eine Qualitäts- und Standardisierungssicherung zu
125 gewährleisten und privatwirtschaftliches Gewinnstreben wie bereits erläutert zu unterbinden, ist
126 aus den verschiedenen in Europa existierenden Rüstungsbetrieben langfristig ein, unter
127 Aufsicht und im gemeinsamen Besitz der europäischen Staaten befindlicher Rüstungskonzern
128 aufzubauen, der eine Versorgung des verbleibenden Eigenbedarfs organisiert.

129

130 Als Jusos sind wir der Meinung, dass die großen technologischen Kapazitäten der deutschen
131 Rüstungsindustrie produktiver und sinnvoller in zivilen Wirtschaftszweigen Verwendung finden.
132 Nur durch das Durchbrechen der Logik einer erhaltenswerten Rüstungsindustrie, welche
133 entsprechende Absatzmärkte fordert, ist aus unserer Sicht die dauerhafte Reduktion und
134 Restriktion von Rüstungsexporten möglich!

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Abrüstung und verantwortlich Handeln

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an Vorstand der Bundes-SPD, Parteitag der Bundes-SPD

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Abrüstung und verantwortlich Handeln

1 Am 22. Dezember 2001 beschloss die Bundesregierung unter Gerhard Schröder, den Einsatz
2 der Bundeswehr in Afghanistan. Aus diesem Mandat, das einerseits kurzfristig und andererseits
3 in personell geringem Rahmen stattfinden sollte, ist die Teilnahme Deutschlands an einem über
4 zehn Jahre andauernden Krieg geworden. Mittlerweile ist der Abzug der Bundeswehr aus
5 Afghanistan beschlossen. Zurück bleiben entscheidende Fragen hinsichtlich der Vergabe
6 politischer Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr.

7
8 Als Jusos kritisieren wir die Leichtfertigkeit, mit der das Parlament, auch die Fraktion der SPD,
9 das Afghanistan- Mandat im Bundestag verlängert haben. Wir kritisieren die willkürliche
10 Bezifferung von Einsatzkosten, die Unbedachtheit, mit der über 100.000 SoldatInnen mit einer
11 unzureichenden Schutzausrüstung eingesetzt wurden, sowie die politische Sorglosigkeit
12 darüber, welche Folgen der Einsatz für die in Afghanistan lebenden Menschen und eingesetzten
13 SoldatInnen haben wird. Zudem sind zivile Konfliktlösungsmöglichkeiten kaum bzw. sinnvoll
14 genutzt worden. Sobald ein Mandat für einen Auslandseinsatz vergeben wurde, trägt Politik
15 Verantwortung. Verantwortung für das, was vor einem Bundeswehreinsatz passiert und
16 Verantwortung für das, was während und nach einem solchen passiert. Deshalb darf sie sich
17 eben nicht nach einer Abstimmung zurückziehen, sondern muss das tun, wozu sie verpflichtet
18 ist - StaatsbürgerInnen in Uniform durch anständige Rahmenbedingungen wie physische, aber
19 auch psychische Ausbildung und Ausrüstung, optimal auf die Gefahrenlage vorzubereiten.
20 Hierfür bedarf es hinreichender Analysen der Lage vor Ort und ständigen Anpassungen, um den
21 von der Politik definierten Auftrag, den die Menschen ausführen, optimal, und mit so wenig
22 Opfern wie möglich auszuführen. Unabhängig von der Diskussion um den Einsatz, bezieht sich
23 der Antrag lediglich darauf, das von der Politik definierte Mandat so zu gestalten, dass die
24 SoldatInnen, Polizistinnen und Polizisten sowie die zivilen EntwicklungshelferInnen im Einsatz
25 nicht im Stich gelassen werden und sicher nach Deutschland zurückkommen können.

26
27 Uns geht es nicht um eine Rechtfertigung des Afghanistan-Einsatzes oder anderer
28 Auslandseinsätze der Bundeswehr, auch nicht um eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit
29 desselbigen. Wir sehen Auslandseinsätze der Bundeswehr weiterhin mit Skepsis und ziehen in
30 jedem Konfliktfall einen Einsatz ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten vor. Die Kritik am
31 Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr muss aber Anlass zu einer fundamentalen Kritik an der Art
32 und Weise, wie die Bundesrepublik Deutschland sich in Konflikt- und Krisensituationen zivil und
33 militärisch beteiligt hat, geben und zu einer breiten Debatte führen, ob und wie sie sich in
34 Konflikt- und Krisensituationen weiter beteiligen sollte. Wir haben enorme Zweifel an der
35 konventionellen Auffassung der Bundesregierung, dass eine nachhaltige Konfliktlösung durch
36 eine Fokussierung auf militärische Mittel stattfinden kann, da die Behebung der Konfliktursache
37 kein militärisches Handlungsziel ist oder sogar folgenden, politischen Konflikten neuen Boden
38 bietet. Im konkreten Fall des Afghanistan-Einsatzes war das politische, an die Bundeswehr
39 vergebene Mandat, kaum oder gar nicht umsetzbar. Da bei dem Auslandseinsatz der
40 Bundeswehr in Afghanistan politisch von einem humanitären Einsatz ausgegangen wurde,

41 wurden die dort eingesetzten Menschen zu Beginn des Einsatzes auch lediglich entsprechend
42 der Anforderungen eines humanitären Einsatzes ausgestattet; diese Ausstattung bzw.
43 Ausrüstung wurde aber den tatsächlichen Erfordernissen des Einsatzes nicht gerecht.

44

45 Zivile Konfliktlösungsstrategien müssen immer den Vorrang vor militärischen Interventionen
46 haben. Immer dann aber, wenn ein politisches Mandat für einen Einsatz vergeben wurde, sind
47 die Anforderungen, aber auch die Erkenntnisse aus der Truppe als solche anzunehmen und
48 müssen in zukünftigen Planungen besser einbezogen und fortwährend der Lage angepasst
49 werden. Selbstverständlich sollen hier keine tatsächlichen Beschaffungsmaßnahmen geplant
50 oder jedes Defizit dargestellt werden. Es geht uns um eine Analyse des Ist-Zustandes, die
51 hoffentlich endlich in wirkliche Verbesserungen mündet. Des Weiteren merken wir im Bezug auf
52 die Finanzierung der Forderungen explizit an, dass wir im Militärhaushalt zum einen eine
53 allgemeine Reduzierung (1) und zum anderen eine Verschiebung vom Waffenbereich hin zum
54 sozialen Bereich innerhalb der Bundeswehr vorsehen (2). Diese beiden Aspekte wirken
55 kumuliert negativ auf reine Rüstungsausgaben bzw. auf deren Investitionen.

56

57 Als Jusos RLP fordern wir:

58

- 59 • die Verstärkung und den Ausbau von zivilen Konfliktlösungsstrategien
- 60 • die Verbesserung der Ausbildung ziviler KriesehelferInnen
- 61 • stärkerer personeller Einsatz deutscher KriesehelferInnen bei Uno und OSZE[1]
- 62 • eine sorgfältige und überlegte Prüfung, inwiefern zivile Konfliktlösungsmöglichkeiten
63 eingesetzt werden können.
- 64 • Keine Einsätze, wenn der Schutz der SoldatInnen im Einsatz nicht gewährleistet werden
65 kann, bzw. deren direkte Bedrohung im Widerspruch mit der Aufgabe im Mandat steht
66 (Bsp.: Aufwand für Selbstschutz höher als Möglichkeit zu Aktivitäten, welche zur
67 Verbesserung der Konfliktsituation beitragen)
- 68 • eine verbesserte Ausbildungseffizienz und Einsatzvorbereitung
- 69 • Ausweitung und Verbesserung der persönlichen Ausrüstung hinsichtlich des Schutzes
70 und intensivere Einsatzvorbereitung mit dem Material
- 71 • ein guter Zugang zu Kommunikationsmedien, um mehrfach wöchentlich mit Familie und
72 Freunden Kontakt aufnehmen zu können
- 73 • Gewährleistung der Eingliederung in militärischen/zivilen Beruf nach schwerer Verletzung
74 im Einsatz
- 75 • Verbesserung der Unterstützungsangebote für SoldatInnen mit PTBS[2]
- 76 • Verbesserung der psychologischen Betreuung in und nach dem Einsatz sowie eine
77 Ausweitung der Seelsorge für traumatisierte SoldatInnen und ziviles Personal

78

79 **Zivile Konfliktbearbeitung**

80

81 Kriege beginnen nicht mit der Kriegserklärung und sie enden nicht mit dem Friedensschluss,
82 denn die kriegsauslösenden Konflikte und Ursachen gehen einer dem Ausbruch eines Krieges
83 lange voraus. Andererseits entstehen durch kriegerische Handlungen enorme Folgen für die
84 Zivilbevölkerung als auch die militärischen Einsatzkräfte, die die Generation, die den Krieg
85 selbst erfahren hat, übersteigen. Auch die massiven und langfristigen ökologischen Folgen sind
86 hier zu nennen. Es gibt keine moralische Legitimation, der Entwicklung eines Konflikts auf
87 internationaler Ebene bis zum Ausbruch eines Krieges zuzusehen und dann in militärischen
88 Interventionen ein Allheilmittel zu sehen, zumal die Ursache eines Krieges nicht selten in einer
89 vorhergegangenen kriegerischen Auseinandersetzung zu suchen ist.

90

91 Zivile Konfliktbearbeitung bedeutet, Konflikte zu erkennen, zu bearbeiten und im Idealfall zu
92 lösen, ohne dass dabei Gewalt angewendet wird. Ein wichtiges Mittel ist eine präventive
93 Diplomatie, die Konflikte frühzeitig erkennen und eingrenzen soll. Es ist notwendig, dass
94 speziell ausgebildete Friedensfachkräfte Vermittlungstätigkeiten übernehmen und für beide
95 Seiten als Vertrauenspersonen agieren können. Hierzu müssen alle Konfliktparteien Vertrauen
96 zu den zivilen KonfliktshelferInnen aufbauen und ebenso Vertrauen in den Prozess der
97 Konfliktbearbeitung gewinnen. Dringend gegeben ist, dass der Konfliktbearbeitungsprozess für
98 alle Konfliktparteien transparent verläuft wie auch, dass getroffene Vereinbarungen eingehalten
99 werden. Auch durch eine Abrüstung von Kleinwaffen kann der Ausbruch von kriegerischen
100 Konflikten verhindert werden.

101

102 Sollte ein Konflikt bereits eskaliert sein, so müssen Mittel und Methoden eingesetzt werden, die
103 zur Deeskalation beitragen. Hierzu können die Vereinbarung und Überwachung von
104 Waffenstillständen gehören. Von enormer Wichtigkeit ist ebenfalls die Nachsorge in einem
105 Konfliktfall: nur wenn einer zivilen Konfliktlösung der Boden geebnet wird, ist eine Versöhnung
106 der Konfliktparteien möglich.

107

108 Zu einer zivilen Konfliktbearbeitung gehören unabdingbare Voraussetzungen: Zum einen ist
109 dies der politische Wille, zivile Konfliktbearbeitung als Mittel der Konfliktlösung anzustreben wie
110 auch eine finanzielle Ausstattung z.B. des OSZE, die mehr als nur dem Anschaffungspreis
111 weniger Panzer entspricht. Des Weiteren sollten Friedensfachkräfte eine spezialisierte Aus-
112 oder Weiterbildung erhalten; mit mehrwöchigen Fortbildungsmodulen für Personen, die
113 ursprünglich aus einem militärischen Arbeitsfeld kommen, ist es nicht getan. Zudem muss eine
114 zivile Konfliktbearbeitung eine ernsthafte Alternative zu militärischen Einsätzen sein und
115 dauerhafte Arbeit leisten können. Eine zivile Konfliktbearbeitung, die nach Militäreinsätzen eine
116 kurzfristig angelegte Arbeit leisten soll, ist nicht sinnvoll. Das Ziel der zivilen Konfliktlösung ist
117 zudem eng mit dem Ziel der Abrüstung verbunden. Eine vertrauensvolle Arbeit spezialisierter
118 KonfliktshelferInnen wird angesichts einer enormen gegenseitigen militärischen Bedrohung nur
119 schwer erfolgreich sein. Abrüstung und der Abbau von militärischen Bedrohungsszenarien
120 tragen entscheidend zur Vertrauensbildung unter den Konfliktparteien bei.

121

122

123 **2. Einsatzvorbereitende Ausbildung**

124

125 Ausbildung ist zentral. Nur wer angemessen ausgebildet wird, kann alle Anforderungen erfüllen.
126 Diese Anforderungen sind vielfältig und so muss auch die einsatzvorbereitende Ausbildung
127 ausgestaltet sein. Fehlende Vorbereitung blockiert nicht nur die Arbeit mit dem jeweiligen
128 Material, sondern verhindert die Einarbeitung in die Interaktion zwischen verschiedenen
129 Systemen. Der Bundeswehr mangelt es seit geraumer Zeit beispielsweise an
130 Ausbildungsfahrzeugen, die in gleicher Ausführung auch im Einsatz benötigt und benutzt
131 werden.

132

133 SoldatInnen müssen im Umgang mit einer Waffe geschult sein. Wir wollen nicht verantworten,
134 dass durch Ersparnisse an der Einsatzvorbereitung Angehörige der Bundeswehr, aber auch
135 Zivilisten zu Schaden kommen, der eventuell vermeidbar gewesen wäre. Aber auch dort gibt es
136 erhebliche Defizite in der Einsatzvorbereitung, die durch einen Mangel an Munition, aber auch
137 Handfeuerwaffen entsteht. In diesem Kontext ist eine Häufung von Verletzungen durch
138 ungewollte Schussabgaben festzustellen. Das ist kein haltbarer Zustand und es ist notwendig,
139 einen sicheren Umgang mit Waffen durch gute Ausbildung zu gewährleisten. Ob dieser Zustand
140 durch mehr Übungsmunition oder durch Investitionen in computergesteuerte Waffensimulatoren
141 verbessert werden kann – und in welchem Umfang – muss durch andere Instanzen geprüft
142 werden.

143

144 Der Sanitätsdienst ist seit Jahren ein Streitpunkt. Soldatinnen und Soldaten sowie zivile
145 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen fest, dass dieser nicht hinreichend ausgebildet ist,
146 wohingegen das Bundesministerium der Verteidigung davon ausgeht, dass der Sanitätsdienst
147 seinen Verpflichtungen im Einsatzgebiet durch seine vorherige Ausbildung „umfassend gerecht“
148 werde. Dies beruht nicht zuletzt auch auf der Tatsache, dass zu Beginn des ISAF[3]-Mandats
149 der Bundeswehr die Lage anders war. Man ging davon aus, dass in einem humanitären Einsatz
150 SanitäterInnen nicht in Gefechtssituationen involviert werden. Dieser Eindruck ist aktuell nicht
151 mehr zutreffend. Daher muss auch hier eine situationsgerechte Anpassung erfolgen. Hier sind
152 eine sachgerechte Evaluation und einsatzorientierte Verbesserungen anzustreben.

153

154

155 **3. Ausrüstung am Einsatzort**

156

157 Den Anforderungen angepasste Ausrüstung ist zentraler Bestandteil eines jeden Einsatzes.
158 Deshalb ist es umso erstaunlicher, dass sich die Politik vorwiegend darauf konzentriert,
159 möglichst wenig den Eindruck eines tatsächlichen Krieges zu vermitteln und im Gegenzug die
160 Ausrüstung eben nicht an die tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Selbst nach dem
161 Feststellen eines Mangels dauern Beschaffungsmaßnahmen erstaunlich lange und können sich
162 über mehrere Jahre hinweg ziehen – wenngleich diese bereits versprochen wurden! Zugesagte

163 Materialien wurden gar nicht geliefert. Transportflugzeuge sind Jahrzehnte im Verzug,
164 Wartungsmaterial wird monatelang nicht geliefert. Dies ist nicht hinnehmbar! Die Folgen liegen
165 auf der Hand: Mangelnde Sicherheit, Probleme beim Nachschub, Planungsunsicherheit,
166 sinkende Motivation in der Truppe, sowie ein Auftrag, der keine Fortschritte erzielen kann.

167

168 Die Defizite beim Transport verwundeter SoldatInnen und ZivilistInnen durch fehlende (eigene)
169 Helikopter sind hinlänglich bekannt und werden weiterhin durch andere Nationen ausgeglichen.
170 Sollte Deutschland der „Letzte sein, der das Licht ausmacht“ oder jedenfalls nach den
171 amerikanischen Soldatinnen und Soldaten abziehen, so führt das mit großer Wahrscheinlichkeit
172 zu erheblichen Schwierigkeiten im Rahmen der deutschen Abzugsstrategie.

173

174 Geschützte Fahrzeuge sind ebenfalls ein Thema, das sich nahezu über ein Jahrzehnt zieht. So
175 werden weiterhin nicht den Sicherheitsanforderungen entsprechende Fahrzeuge eingesetzt, in
176 denen es bereits Tote gegeben hat. Zu kleine Sitze und teils gänzlich fehlende Möglichkeiten,
177 etwas zu verstauen, sind unzumutbar und führen oftmals zu Verletzungen. Auch hier gilt
178 anzumerken, dass dieser Aspekt nicht nur das militärische Handeln vor Ort gefährlich macht.

179

180 Weiterhin vorhanden ist das Problem bei der persönlichen Ausrüstung. Wohl ein großer Teil der
181 Truppe beschafft sich diese selbst und muss dafür z.T. mehrere hundert Euro aufwenden, weil
182 er oder sie sonst nicht ausreichend oder gänzlich falsch ausgerüstet wäre: Die verteilten
183 Schutzwesten lassen sich zum Beispiel in den Fahrzeugen der Bundeswehr erschwerend oder
184 gar nicht tragen. Auch die Benutzung des Standardgewehrs G-36 ist kaum bis überhaupt nicht
185 möglich. Störsender für von der Taliban improvisierend gebastelte Sprengsätze sind immer
186 noch nicht in der Fläche des Landes vorhanden und können so nicht helfen, weitere
187 Verletzungs-, aber auch Todesfälle zu vermeiden. Hier scheint es schleierhaft, weshalb die
188 Bundesrepublik eine lange Zeit über und wohl immer noch keine Routenbefreiung von IED[4]s
189 ohne Hilfe der anderen ISAF-Nationen durchführen konnte und kann. Ebenfalls mangelt es an
190 modernen Aufklärungssystemen, was schon zu vermeidbaren Opfern geführt hat. Auch hier
191 werden Fakten bewusst ignoriert vom Verteidigungsministerium. Das gesteht selbst
192 Generalinspekteur a.D., Harald Kujat, zu. (Quelle: Spiegel: 2010)

193

194

195 **3. Nichtmilitärische Investitionen**

196

197 Eine bessere und spezifische Auftragsvorbereitung im Einsatzort selbst muss gewährleistet
198 werden. Es bedarf besserem Kartenmaterial, welches für die Beurteilung der Lage unabdingbar
199 ist. Weiterhin muss man den Bedarf an Schulungsmedien (PCs, Beamer etc.) quantitativ und
200 qualitativ an die Gegebenheiten vor Ort anpassen.

201

202 Auch das Aufrechterhalten der Moral in der Truppe und zivilen EntwicklungshelferInnen ist ein
203 entscheidender Faktor, denn unmotivierte Menschen können eine so sensible und
204 kräftezehrende Mission kaum bewältigen. Hierbei ist es wichtig, dass den Einsatzkräften vor Ort
205 ein besserer Zugang zu Kommunikationsmedien zur Verfügung steht. Es kann nicht sein, dass
206 der Kontakt nach Hause für manche nur 1-2 Mal im Monat gewährt wird. Andere Nationen sind
207 da einen erheblichen Schritt weiter. In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, dass die
208 SoldatInnen nicht nur ihren Auftrag bekommen, sondern auch dahingehend aufgeklärt werden,
209 was sie dort machen und wozu es dient. Ein intensiverer Umgang und die Diskussion im Bezug
210 auf die kulturelle und politische Dimension des Einsatzes sind anzustreben.

211

212 Im Bereich der Seelsorge von SoldatInnen mit posttraumatischen Belastungsstörungen, aber
213 auch die medizinische, kostenfreie Betreuung bei einer Verwundung im Einsatz, wird zu Recht
214 vehement kritisiert. Auch für SoldatInnen, die schwere Verletzungen davongetragen haben und
215 daher ihren militärischen Dienst nicht mehr in der Truppe verrichten können, ist endlich ein
216 soziales Konzept anzustreben, das diese Menschen wieder in die Bundeswehr integriert oder
217 den weiteren Berufseinstieg gewährleistet. Finanzielle Unterstützung darf ebenso nicht
218 ausgesetzt werden, nur weil ein verwundeter Soldat kein militärisches Humankapital mehr
219 darstellen kann. Das ist mit sozialen Werten und der Moralvorstellung unserer Verfassung nicht
220 vereinbar! Dahingehend sind Veränderungen anzustreben und umzusetzen.

221

222 Wir bekennen uns ausdrücklich zur Abrüstung. Wir wollen Frieden. Solange wir jedoch nicht
223 unsere Ideale verwirklicht haben und Menschen im Einsatz sind, ist deren Sicherheit ein

224 zentrales Anliegen. Ihr Leben ist zu schützen ist ein Muss; andere Ansichten wären fatal und
225 führen - wie in Afghanistan - zu schlimmen Folgen. Das kann und darf nicht das Ziel
226 sozialdemokratischer Politik sein!

227

228 **Allgemeine Standpunkte zur Verteidigungspolitik**

229

230 Die oben genannten Forderungen beziehen sich auf einen Umstand, der eine Gegebenheit
231 darstellt. Das Mandat für den ISAF-Einsatz der Bundeswehr und der beteiligten Instanzen ist
232 vom Bundestag beschlossen und damit demokratisch legitimiert. Daher geht es nicht um eine
233 Grundsatzfrage, ob Einsätze legitim sind oder nicht, sondern um eine politische Anpassung von
234 Entscheidungen, die bereits getroffen wurden. Wir verschließen uns jedoch nicht einer
235 zusätzlichen Deutlichmachung eines allgemeinen Standpunktes zu diesem Thema. Wie bereits
236 angesprochen, sind wir für den Gedanken der Abrüstung. Eine zivile Konfliktlösung ist immer
237 die bessere Option! Wir appellieren an die Verantwortlichen in der Politik, dass sie eine
238 militärische Intervention nicht aus dem Bauch heraus entscheiden – sondern die absolute
239 Notwendigkeit nachdrücklicher abwägen sollen! Des Weiteren müssen die Bedenken und
240 Risiken von Einsätzen in der politischen Diskussion vermehrt und intensiver an Gehör finden.

241

242 Als bekennende Europäerinnen und Europäer wollen wir Abrüstung in Europa vorantreiben.
243 Eine europäische Armee kann, wenn sie zur Ablösung nationaler Armeen führt und dem
244 europäischen Parlament verantwortlich ist und in der Summe Abrüstung bedeutet, ein guter
245 Schritt sein. Aber auch ihr Einsatz müsste „ultima ratio“ sein!

246

247

248 [1] (OSZE) Die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ ist eine
249 Staatenkonferenz zur Friedenssicherung.

250

251 [2] (PTBS): Post-Traumatisches Belastungsstörung ist eine psychische Erkrankung, die von der
252 Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften folgendermaßen
253 definiert wird: „*Posttraumatische Belastungsstörung [...] eine mögliche Folgereaktion eines oder*
254 *mehrerer traumatischer Ereignisse (wie z. B. das Erleben von körperlicher und sexualisierter ,*
255 *auch in der Kindheit (so genannter) , Vergewaltigung, gewalttätige Angriffe auf die eigene*
256 *Person, Entführung, , Terroranschlag,*

257

258 *Krieg, Kriegsgefangenschaft, , , Gefangenschaft in einem , Natur- oder durch Menschen*
259 *verursachte , Unfälle oder die Diagnose einer lebensbedrohlichen Krankheit), die an der*
260 *eigenen Person, aber auch an fremden Personen erlebt werden können“*

261

262 [3] (ISAF International Security Assistance Force) deutsch: Internationale
263 Sicherheitsunterstützungstruppe. Hiermit gemeint ist die Sicherheits- und Aufbaumission unter -
264 Führung im Rahmen des Afghanistaneinsatzes.

265

266 [4] IED improvised explosive device dt: unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung
267 (Sprengfallen etc.)

268

269 **Begründung:**

270 Erfolgt, wenn gewünscht, mündlich.

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

Titel Perspektiven für afghanische Angestellte im
Zuge des Bundeswehrabzugs 2014

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Perspektiven für afghanische Angestellte im Zuge des Bundeswehrabzugs 2014

- 1 Die Jusos Bayern fordern eine Perspektive für die zivilen afghanischen MitarbeiterInnen
2 (Bundeswehr-interne Bezeichnung: „Ortskräfte“) der Bundeswehr und deutsche Stiftungs- und
3 Hilfswerke im Zuge des geplanten und absehbaren Abzuges der ISAF-Kontingente. Eine
4 Ausweitung auf die Beschäftigten von multinational betriebenen Einrichtungen und Basen soll
5 geprüft werden, wenn eine maßgebliche deutsche Beteiligung vorliegt und kein anderes Land
6 den dort Beschäftigten ein Angebot macht, das ihre Sicherheitsbedürfnisse angemessen
7 adressiert. Dabei sind auch Subunternehmer in die Prüfung einzuschließen. Das entscheidende
8 Kriterium ist eine Bedrohung von Leib und Leben aufgrund der vorherigen Tätigkeit für die
9 ausländischen Truppen.
- 10
- 11 Es soll den einheimischen MitarbeiterInnen sowie ihren unmittelbaren, abhängigen
12 Familienmitgliedern (Ehepartnern und Kindern) dazu die Ausstellung eines Aufenthaltstitels in
13 Form einer „Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG“ oder zumindest einer
14 „Niederlassungserlaubnis“ (nach AufenthG) für die Bundesrepublik Deutschland angeboten
15 werden. Über die zusätzliche Ausgabe von Aufenthaltstiteln an weiteren Familienmitglieder
16 (Bsp.: von den Betreffenden versorgte Eltern) ist auf begründeten Antrag unbürokratisch zu
17 entscheiden, Ansiedlungswünsche von Angestellten anderer Bündnispartner zum Zwecke der
18 Familienzusammenführung sind im Einzelfall sachlich zu prüfen und bei Vertretbarkeit zu
19 gewähren.
- 20
- 21 Ein solches Programm stellt keine „lex specialis“ dar, die das Asylrecht unterläuft, da nach
22 gegenwärtiger Rechtslage erst Deutschland (und zwar ohne Passage über sichere Drittstaaten)
23 erreicht werden müsste, bevor ein Asylverfahren überhaupt möglich wäre. Entsprechende Visa
24 werden jedoch von den afghanischen Autoritäten fast nicht und von deutschen Behörden nur
25 sehr zögerlich ausgestellt. Die Ausgabe entsprechender Aufenthaltsgenehmigungen ist bereits
26 im GG wohldefiniert und bedarf keiner Gesetzesänderung, es geht einzig um den politischen
27 Willen.
- 28
- 29 Die Strukturierung der Forderungen dieses Antrages erfolgt in enger Anlehnung an die
30 bestehenden Programme fast aller NATO-Bündnispartner im Umgang mit deren Hilfskräften. Ob
31 USA, Kanada, Niederlande, GB, Dänemark oder Frankreich, alle haben ein entsprechendes
32 Programm in Vorbereitung resp. Ausführung. Die Forderungen dieses Antrages sind zugleich so
33 gefasst, dass seine Aktualität auch für weitere, potentielle (also zukünftig mögliche)
34 Auslandseinsätze gilt und diese Überlegungen daher nach einmaliger Realisierung für alle
35 weiteren Engagements deutscher Soldaten im Ausland mitgedacht werden müssten. Es handelt
36 sich also um die Schaffung eines Präzedenzfalles.
- 37
- 38 Die Integration der UmsiedlerInnen ist durch ein eigens initiiertes Programm zu unterstützen.

39 Insbesondere ist die zukünftige ökonomische Eigenständigkeit der Betroffenen durch die
40 Erlangung und Vertiefung von Berufsqualifikationen sicherzustellen. Auch gesellschaftliche
41 Integration muss gezielt gefördert werden. Inwieweit dazu Strukturen eines nach progressiven
42 Gesichtspunkten reformierten Asylwesens oder ein eigenständiges, befristetes Programm
43 genutzt werden, bleibt dem Gesetzgeber überlassen. Alternativ soll eine Abfindung in Höhe von
44 drei Jahresgehältern (Stand letzte Bezüge, angelehnt an durch Australien getroffene Regelung)
45 offeriert werden, um es den ehemaligen Angestellten und ihren Angehörigen zu ermöglichen,
46 sich dem Zugriff möglicher Racheakte (die bereits jetzt ein erhebliches Bedrohungspotential
47 bilden und in nicht wenigen Fällen auch schon ausgeführt wurden) zu entziehen.

48

49 Die Kosten für oben genannte Maßnahmen sind aus dem Etat des Bundesministeriums der
50 Verteidigung zu bestreiten.

51

52 **Begründung:**

53 Der Ende 2001 beschlossene Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der durch den UN-
54 Sicherheitsrat mandatierten NATO-geführten ISAF-Operation steht – nach Ankündigung und
55 Planung der Bundesregierung - vor seinem Ende. Wiewohl auch darüber hinaus eine
56 militärische Präsenz der Bundeswehr nicht auszuschließen ist, so ergibt sich mit der
57 vollständigen Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Verantwortung eine
58 grundsätzlich neue Situation. Es erscheint dabei zunehmend zweifelhaft, ob die Verbände der
59 ANA (Afghanistan National Army) sowie die Polizeistreitkräfte die innere Sicherheit ohne
60 Unterstützung durch Koalitionstruppen aufrechterhalten können.

61

62 Da die für die Operationsfähigkeit der Koalitionstruppen unabdingbaren einheimischen
63 Hilfskräfte bereits in der Vergangenheit unter einer Vielzahl von Repressalien und sogar
64 Anschlägen zu leiden hatten ist ihr Verbleib nach Abzug der ISAF-Truppen unvertretbar.
65 Gleiches gilt für lokale Kräfte der politischen Stiftungen und privater Hilfswerke, denen (ebenso
66 wie den bei der ISAF Angestellten) häufig „Kollaboration mit dem Feind“ und „unislamisches
67 Verhalten“ unterstellt wird, „Verbrechen“, die nach Auffassung ihrer meist (noch) anonymen
68 Ankläger mit dem Tod oder zumindest schwersten Körperstrafen bestraft werden müssen.

69

70 Unabhängig von jeder ethischen oder moralischen Notwendigkeit für die hier geforderten
71 Maßnahmen sei ferner auf einige besondere Charakteristika dieser Gruppe hingewiesen (diese
72 sollen ausdrücklich NICHT als Argumente für eine Aufnahme verstanden werden, sondern
73 stattdessen offensichtliche Reservationen adressieren).

74

75 • Sämtliche Angestellten wurden vor Beginn und im Laufe ihrer Tätigkeit für die
76 Bundeswehr oder deutsche Organisationen mehrfach intensiv auf mögliche Verbindungen
77 zu fundamentalistisch-islamischen Kreisen und zur organisierten Kriminalität geprüft.

78

79 • Durch die zumeist langjährige Tätigkeit liegen umfassende Kenntnisse über Fähigkeiten
80 und Charakter der AntragstellerInnen vor.

81

82 • Aus der Verwendung einheimischer Hilfskräfte (zumindest jener, die aufgrund ihrer
83 öffentlichen Exposition mit hoher Sicherheit einen Aufenthaltstitel anstreben), die zumeist
84 als landeskundige FührerInnen und DolmetscherInnen arbeiten, ergibt sich eine
85 Zusammensetzung dieser Gruppe, die für eine Integration in die deutsche Gesellschaft
86 sehr günstig ist. Nicht nur sind bereits deutsche oder zumindest englische
87 Sprachkenntnisse vorhanden, generell kann mit einem gegenüber der afghanischen
88 Allgemeinbevölkerung stark erhöhten Bildungsgrad gerechnet werden.

89

90 • Es geht insgesamt um recht wenige Personengruppen: 1600 Menschen arbeiten laut
91 deutschem Innenministerium für die vier anwesenden Bundesministerien, nochmal ca.
92 400 für in Deutschland basierte NGOs und Stiftungen.

93

94 • Gerade die gesellschaftlich engagierten und durch ihre Arbeit befähigten bisherigen
95 MitarbeiterInnen wären nach ihrer Umsiedlung eine enorme Hilfe bei der Bewältigung des
96 stetigen (und zukünftig etwa steigenden?) Stromes afghanisch stämmiger Asylsuchender.
97 Gleichzeitig hätten sie selbst durch die große afghanische Gemeinschaft in Deutschland
98 wichtige Anknüpfungspunkte.

99

Titel TTIP – so nicht!

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

TTIP – so nicht!

1 Derzeit wird das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und
2 der EU, kurz TTIP für Transatlantic Trade and Investment Partnership, verhandelt. Wir Jusos
3 verfolgen diese Verhandlungen sehr kritisch und sehen die folgenden Punkte als essentiell
4 wichtig:

- 5
- 6 • Die Verhandlungen werden unter demokratischer Beteiligung der Parlamente und der
7 Zivilgesellschaft mit größtmöglicher Transparenz geführt. Auch nach Abschluss der
8 Verhandlungen sind die Vereinbarungen und Ausgestaltung des Abkommens dauerhafter
9 demokratischer Kontrolle zu unterwerfen.
 - 10 • Es werden keine Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge angetastet, Liberalisierung
11 oder Privatisierung öffentlicher Bereiche, insbesondere auch im öffentlichen
12 Beschaffungswesen, dürfen keinesfalls erleichtert oder ermöglicht werden, die Möglichkeit
13 Vergabekriterien festzulegen darf nicht eingeschränkt werden. Auch weitere
14 Deregulierungen des Finanzsektors dürfen nicht Bestandteil des Abkommens sein.
 - 15 • ArbeitnehmerInnenrechte müssen gewahrt bzw. ausgebaut werden.
 - 16 • Soziale und ökologische Zielsetzungen müssen gleichrangig neben wirtschaftlichen
17 Interessen berücksichtigt werden, EU-Standards im Arbeits-, Umwelt-, VerbraucherInnen-
18 und Gesundheitsschutz dürfen nicht preisgegeben werden.
 - 19 • Das Abkommen darf keine Regelungen zum Investitionsschutz enthalten, insbesondere
20 wenn dadurch ArbeitnehmerInnenrechte oder staatliche Regulationsmöglichkeiten berührt
21 werden.
 - 22 • Das Vorsorgeprinzip behält seine uneingeschränkte Gültigkeit.
 - 23 • Das Patent- und Markenwesen darf nicht über den jetzigen europäischen Standard hinaus
24 verkompliziert werden. Die Kosten für Normung und entsprechende Zertifizierung müssen
25 begrenzt werden und sich im Zweifel am Unternehmensumsatz orientieren.
 - 26 • Demokratisch legitimierte Regeln und Entscheidungen von Bund, Ländern und
27 Gemeinden dürfen nicht den Interessen ausländischer InvestorInnen untergeordnet bzw.
28 von diesen eingeschränkt werden.

29
30 Da nach derzeitigem Stand alle diese Punkte nicht oder nur unzureichend in den
31 Verhandlungen berücksichtigt werden, sprechen wir Jusos uns gegen das geplante
32 transatlantische Handels- und Investitionsabkommen aus und fordern unsere
33 MandatsträgerInnen dazu auf, ihren Einfluss geltend zu machen und sich dafür einzusetzen, die
34 Verhandlungen zu beenden.

35
36 **Begründung:**

37 Die EU-Kommission hofft, das geplante Transatlantische Freihandels- und
38 Investitionsschutzabkommen Sorge für mehr Wachstum und Arbeitsplätze, sogar als Lösung für
39 die derzeitige Krise im Euro-Raum wird es gesehen. Der Handel zwischen Europa und den USA

40 ist ohnehin bereits stark liberalisiert, durch das TTIP sind weitere Vereinheitlichungen von
41 Standards und Normen zu erwarten. Besonders groß sind die ökonomischen Erwartungen
42 durch den geplanten Abbau so genannter nichttarifärer Handelshemmnisse. Darunter sind
43 Vorschriften für Produkte und Produktionsweisen, Umweltauflagen oder auch
44 Bankenreglements zu verstehen. Das TTIP geht über herkömmliche Handelsabkommen hinaus,
45 weit mehr wirtschaftliche Vorschriften sind betroffen. Der Rahmen für die aktuellen
46 Verhandlungen ist deshalb sehr weit gesteckt.

47

48 Durch das TTIP wird die Angleichung von Standards in vielen Bereichen angestrebt – z. B. in der
49 Landwirtschaft, in der Energie- und Finanzwirtschaft, im Bereich der öffentlichen Beschaffung
50 oder der Arbeitswelt. Es droht eine Absenkung oder gar Aushebelung europäischer, auf dem
51 Vorsorgeprinzip beruhender Standards. Beispiele hierfür sind etwa die Zulassung von
52 Chemikalien und gentechnisch veränderten Organismen, umstrittene Methoden in der
53 Lebensmittelproduktion (Gentechnik, Klonen und Hormonbehandlung von Nutztieren) oder auch
54 das bei den Jusos kritisch bewertete Fracking. Angleichungen sind auch im
55 Dienstleistungssektor, beim Schutz des geistigen Eigentums (z. B. Patente) und im Bereich der
56 Kultur angestrebt. Weiterhin sind der Abbau von Barrieren für Investitionen und
57 Dienstleistungen und die Öffnung des öffentlichen Auftragswesens geplant. Hier werden
58 essentielle Bereiche der Daseinsvorsorge berührt. Der sogenannte Investitionsschutz könnte
59 US-InvestorInnen Klagen vor einem Schiedsgericht gegen deutsche Behörden ermöglichen, die
60 z.B. (deutsche) Umweltvorschriften befolgen, die in den USA deutlich weniger streng gestaltet
61 sind. Das Schiedsgericht würde in sehr teuren und geheimen Verfahren entscheiden.

62

63 Ein Dumping von lange erkämpften europäischen Standards und Bürgerrechten ist zu
64 verhindern, genauso wie Vorschriften, die zukünftige Arbeits-, Gesundheits-, Umwelt- oder
65 Verbraucherschutzregeln blockieren oder aushebeln. Unter dem Vorwand des Abkommens darf
66 sich kein paralleles Pseudo-Rechtssystem entwickeln. Wir wollen, dass die Verhandlungen aus
67 oben genannten Gründen beendet werden, bis es soweit ist, fordern wir ein transparentes
68 Verhandlungsverfahren unter Einbezug der Presse und der Öffentlichkeit, welches alle Aspekte
69 und (indirekten) Auswirkungen des geplanten Abkommens berücksichtigt, ohne wirtschaftliche
70 Erwartungen in den Vordergrund zu rücken.

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Konfliktprävention und Konfliktlösung -
Responsibility to Protect (R2P) als vielversprechendes
Konzept?

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Konfliktprävention und Konfliktlösung - Responsibility to Protect (R2P) als vielversprechendes Konzept?

1 1. Hintergrund

2

3 Die "Responsibility to Protect" (R2P) ist ein viel diskutiertes Thema. Spätestens seit der UN-
4 Resolution 1973 zu Libyen, in welcher erstmals der UN-Sicherheitsrat mittels R2P den
5 militärischen Einsatz gegen das libysche Regime autorisierte, steht dieses auch als
6 internationale Schutzverantwortung bezeichnete Konzept vermehrt in der Diskussion.

7

8 Die Resolution 1973 wurde von dem UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon als "historic decision"
9 bezeichnet. Ebenfalls sprach die Berichtsteratterin des Europäischen Parlaments für Libyen in
10 ähnlicher Weise von der Resolution und sprach ihr eine historische Dimension zu. Libyen kann
11 (neben der Elfenbeinküste) als ein neuer gefährlicher Präzedenzfall für die Anwendung von
12 militärischer Gewalt über die Legitimationsfigur der R2P gesehen werden.

13

14 Die Wurzel der Legitimationsfigur R2P liegt einer Debatte in der Zeit nach dem Ende des Ost-
15 West-Konflikts. Das Ende des Ost-West-Konflikts ermöglichte, dem Friedensrecht der UN-
16 Charta erstmals wirkliche Geltung zu verschaffen und darüber hinaus eine stärker auf den
17 Einzelnen gerichtete Schutzordnung einzurichten.

18

19 Dazu wurde vor allem die "humanitäre Intervention", ein Vorläufer des R2P-Konzept, als eine
20 Rechtfertigung für eine Intervention in einen souveränen Staat herangezogen. Unter der
21 "humanitären Intervention" werden klassischerweise Schutzaktionen zugunsten des Lebens und
22 der Gesundheit der BürgerInnen eines Staates verstanden, der nicht in der Lage ist, seine
23 BürgerInnen selber zu schützen bzw. selbst massive Menschenrechtsverletzungen begeht. So
24 wurde zum Schutze der Kurden im Irak die Errichtung einer Flugverbotszone als eine
25 "humanitäre Intervention" angesehen und auch über eine UN-Resolution legitimiert. Doch wurde
26 die "humanitäre Intervention" ebenfalls für die Bombardierung Iraks 1992 und 1998 als
27 Legitimation herangezogen, obgleich die dazugehörige UN-Resolution solche militärische
28 Gewalt nicht vorsah. Besonders deutlich wurde die Instrumentalisierung der Figur der
29 "humanitären Intervention" beim völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg 1999. Hier wurde das
30 militärische Eingreifen der NATO ohne UN-Mandat mit der drohenden humanitären Katastrophe
31 begründet und man deklarierte die militärische Gewalt als "humanitäre Intervention".

32

33 Die "humanitäre Intervention" war somit auch ein Mittel um einen möglichen
34 völkerrechtswidrigen Bruch der Souveränität des Staats und die Anwendung von militärischer
35 Gewalt zu rechtfertigen, sowie das Gewaltverbot der UN-Charta zu unterhöhlen.

36

37 Aufgrund dieser Unzulänglichkeit und des Problems, wann zum Schutze der Menschen von

38 außen in einen Staat eingegriffen werden sollte, berief der UN-Generalsekretär Kofi Annan eine
39 Kommission ein. Diese Kommission erstellte eine Studie, die das Konzept des R2P enthielt und
40 das Konzept der "humanitären Intervention" ablöst. Dabei sprach sich die Kommission mit ihren
41 R2P-Konzept für Interventionsmöglichkeiten in extremen und außergewöhnlichen Fällen aus.
42 Dabei soll eine Intervention dann stattfinden, wenn ein Staat zum Beispiel infolge eines
43 Bürgerkrieges, Aufstandes, interner Unterdrückung oder schwerer Verletzung der
44 Menschenrechte die eigene Bevölkerung nicht mehr vor großem Leid bewahren könne oder
45 dieses auch nicht wolle. Hier erwächst nun eine Verantwortung der internationalen
46 Staatengemeinschaft. Das Prinzip der staatlichen Souveränität muss in diesen Fällen dem
47 neuen Prinzip der Verantwortung weichen.

48

49 Dabei baut R2P auf drei grundlegenden Pfeilern auf: Prävention, Reaktion und Wiederaufbau.

50

51 Das heißt, dass die internationale Gemeinschaft in diesen drei Punkten Verantwortung
52 übernehmen soll. Neben zivilen Maßnahmen werden jedoch bei R2P auch militärische
53 Interventionen als letztes Mittel vorgesehen, und zwar konkret in vier Fällen:

54

55 • Völkermord

56

57 • Verbrechen gegen die Menschlichkeit

58

59 • Kriegsverbrechen

60

61 • Ethnische Säuberung

62

63 Unklar bleibt im bisherigen Konzept, welche Institutionen über das Vorliegen eines oder
64 mehrerer dieser Fälle zu entscheiden haben. Jedoch ist klar, dass aus dem R2P in der
65 Grundkonzeption der Kommission im Gegensatz etwa zu der Meinung der USA kein Recht oder
66 Pflicht zu Intervention eines einzelnen Staates in einem Staat erwächst.

67

68 **2. Vorrang für zivile Maßnahmen sichern**

69

70 R2P wird in der aktuellen politischen Debatte fast ausschließlich als
71 Begründungszusammenhang für Militäreinsätze als letztes Mittel zur Erfüllung der
72 Schutzverpflichtung gesehen. Aus Sicht der Jusos greift dieser Ansatz viel zu kurz. Im Gegenteil
73 wird gerade durch die Fokussierung auf militärische Einsätze die ungleich wichtigere Forderung
74 nach Prävention von Konflikten in den Hintergrund gedrängt.

75

76 Dabei können gerade durch den verstärkten Einsatz ziviler Friedensbildungsmaßnahmen
77 Konflikte frühzeitig erkannt und bereits vor einer gewalttätigen Eskalation moderiert werden.
78 Hierzu ist dringend eine Stärkung von zivilen Kapazitäten wie etwa des Zivilen Friedensdienstes
79 (ZFD) und des Zentrums für Internationale Konfliktforschung (ZIF) notwendig. Ziel muss hierbei
80 das langfristige und nachhaltige Engagement vor Ort sein, denn nur durch eine genaue
81 Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten und der beteiligten Konfliktparteien ist eine sinnvolle
82 Konfliktprävention möglich. Darüber hinaus können so auch eine ständige Rückmeldung und
83 eine umfassende Information über die jeweilige Lage im Konfliktgebiet stattfinden.

84

85 Als kritisch sehen wir dabei die bisherige Finanzierungspraxis ziviler Friedensmaßnahmen an,
86 welche größtenteils über projektgebundene Mittel erfolgt. Die dadurch entstehende
87 Fokussierung der zivilen Friedensarbeit auf kurz- bis mittelfristige, förderfähige Projekte
88 widerspricht dem Ziel eines langfristigen Engagements vor Ort. Wir fordern daher die verstärkte
89 dauerhafte Förderung ziviler Friedensdienste. Zudem müssen auch die Mittel der "klassischen
90 Diplomatie", sprich der Botschaften und des Auswärtigen Amtes, deutlich ausgebaut werden,
91 um eine umfangreiche und frühzeitige Information über etwaige Konflikte sicher zu stellen.

92

93 Zur Bündelung der Kompetenz muss zudem eine verstärkte Integration ziviler Maßnahmen
94 innerhalb der EU, sowie mit PartnerInnen des globalen Südens angestrebt werden.

95 Erfahrungsgemäß können besonders "kleinere", neutrale Staaten sehr effektiv und glaubwürdig
96 als "ehrliche VermittlerInnen" in Konfliktsituationen auftreten.

97

98 Auch wir fühlen uns als internationalistischer Richtungsverband der zivilen Konfliktprävention

99 verpflichtet und sind bereits durch das Willy-Brandt-Center in Jerusalem und verschiedene
100 andere trilaterale Projekte in dieser Aufgabe involviert. Als Partnerorganisation innerhalb der
101 IUSY erkennen wir besonders in der Kooperation mit unseren Schwesterorganisationen aus
102 aller Welt ein großes Potential zur nachhaltigen Förderung internationaler Partnerschaften über
103 alte und neue Konfliktgrenzen hinweg.

104

105 **3. R2P darf kein Freibrief für Invasionen werden - Klare Bedingungen festlegen**

106

107 Besonders da innerhalb des R2P-Konzepts der Einsatz militärischer Mittel gegen souveräne
108 Staaten als ultima ratio legitimiert werden soll, bedarf die Festlegung der entsprechenden
109 Kriterien einer kritischen Überprüfung. Insbesondere die Einsatzgründe Kriegsverbrechen und
110 ethnische Säuberung erscheinen aus Sicht der Jusos sehr schwer zu definieren. Entsprechend
111 sehen wir die ernsthafte Gefahr, dass eine willkürliche Entscheidung über das Vorliegen dieser
112 Kriterien zu einem Freibrief für militärische Interventionen aus anderen Motiven missbraucht
113 werden könnte, etwa zur Sicherung von Ressourcen und Handelswegen.

114

115 Während bei den Tatbeständen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Völkermord
116 klarere Abgrenzungen möglich erscheinen, bleibt doch die Frage nach der Definitionsmacht für
117 solche Fälle bestehen. Die Jusos schlagen daher eine spezielle, unabhängige Kommission
118 unter dem Dach der Vereinten Nationen vor, welche Informationen zu Konflikten sammelt und
119 entsprechende Berichte über das Vorliegen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und
120 Völkermorden veröffentlicht. Wir fordern die SPD auf, sich in den entsprechenden Gremien für
121 die Schaffung einer solchen Kommission einzusetzen.

122

123 Zusätzlich halten wir es für unabdingbar, dass auch vor dem Hintergrund der oft schwierigen
124 und niemals neutralen Informationslage in bewaffneten Konflikten sowohl die Kapazitäten der
125 klassischen Diplomatie, als auch des zivilen Friedensdienstes gestärkt werden. Nur durch die
126 langfristige Einbindung vor Ort und die nachhaltige Pflege von Kontakten zu allen
127 Konfliktparteien schon vor dem Ausbruch gewaltsamer Auseinandersetzungen ist im Notfall eine
128 umfassende Informationsbasis für etwaige Entscheidungen zu gewährleisten.

129

130 Auch bei der gewaltsamen Eskalation eines Konfliktes müssen im Sinne der R2P der Schutz
131 der Zivilbevölkerung und die Deeskalation des Konflikts oberstes Ziel einer jeden Intervention
132 sein. Zivile Peacekeeping Maßnahmen und polizeiliche Interventionen zum Schutz der
133 Bevölkerung sind dabei militärischen Einsätzen vorzuziehen. Aus Sicht der Jusos kann durch
134 militärisches Eingreifen kein Konflikt beigelegt werden. Es ist lediglich möglich, einer Seite durch
135 verstärkte militärische Unterstützung zum Sieg zu verhelfen. Dies widerspricht den Prinzipien
136 der R2P. Im Sinne der Schutzverantwortung verbietet sich eine militärische Eskalation des
137 Konfliktes durch externe Kräfte, da hierbei nur noch mehr Menschen in den gewaltsamen
138 Konflikt gezogen werden.

139

140 **4. Klare Entscheidungskompetenzen sind notwendig – nationale Alleingänge verhindern!**

141

142 Jedwedes Eingreifen in bewaffnete Konflikte in souveränen Staaten bedarf aus Sicht der Jusos
143 eines Mandats der UN. Keinesfalls dürfen nationale Alleingänge oder "Koalitionen der Willigen"
144 sich unter dem Label der R2P ein moralisches Recht zur Intervention konstruieren. Ebenso
145 müssen entsprechend bewaffnete und zivile Missionen unter dem Oberbefehl der Vereinten
146 Nationen stattfinden. Nur so ist eine glaubwürdige, von der internationalen Gemeinschaft
147 getragene Intervention zu legitimieren, welche im Sinne der internationalen
148 Schutzverantwortung ausschließlich den Schutz der allgemein gültigen Menschenrechte der
149 betroffenen Bevölkerung zum Ziel hat.

150

151 Dies gilt aus unserer Sicht auch explizit für den Fall einer Blockade im UN Sicherheitsrat: R2P
152 muss hier streng als eine Erweiterung des Völkerrechts und eine Stärkung der Vereinten
153 Nationen interpretiert werden, und darf eben nicht dazu genutzt werden, dass durchaus
154 bewährte Konzept der gegenseitigen Sicherheit mit dem Hinweis auf überlegene moralische
155 Rechte der einen oder anderen Nation auszuhebeln. Gerade der klar geäußerte Verzicht auf
156 militärische Mittel im Falle eines fehlenden UN Mandats stärkt aus unserer Sicht den Aufbau
157 ziviler Konfliktpräventions- und Lösungskapazitäten. Erst wenn der einseitige Militärschlag als
158 ultima ratio und damit als letzte "Keule" der sogenannten zivilisierten Staaten ausgeschlossen
159 wird, wird die eigentlich viel wichtigere Verantwortung dieser Staaten für die zivile

160 Friedenssicherung nachhaltig vorangetrieben werden.

161

162 Anstelle der Beteiligung nationaler Streitkräfte an UN Blauhelmissionen sollte zudem die
163 Möglichkeit in Betracht gezogen werden, eine solche Eingreiftruppe direkt unter UN
164 Verantwortung aufzustellen. Hierbei wäre besonders auf die Ausbildung in polizeilichen Taktiken
165 zu achten, sprich solcher, die den Schutz von Menschenleben als oberstes Ziel haben - anstelle
166 der derzeitigen überwiegend militärischen Eingreiftruppen, welche zwar die Ausschaltung des
167 Gegners, aber eben nicht den Schutz der Zivilbevölkerung zum Ziel haben.

168

169 **5. Verantwortung heißt auch Wiederaufbau**

170

171 Neben Prävention und Konfliktmoderation sieht das R2P Konzept ausdrücklich die
172 Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für den Wiederaufbau und die langfristige
173 Friedensförderung vor. Die Jusos unterstützen diesen Anspruch der internationalen
174 Schutzverantwortung: Nur durch das langfristige, zivile Engagement für wirtschaftlichen
175 Wiederaufbau und die Schaffung stabiler öffentlicher Institutionen kann ein nachhaltiger Beitrag
176 der internationalen Gemeinschaft zur Lösung gewalttätiger Konflikte gewährleistet werden. Es
177 ist höchste Zeit zu erkennen, dass mit kurzfristigen militärischen Interventionen bestenfalls
178 kurzfristige Waffenstillstände zu erreichen sind, niemals aber eine dauerhafte Friedenslösung.
179 Nur wenn - unterstützt durch die internationale Gemeinschaft - gerechte und gleichwertige
180 Lebensbedingungen und stabile, staatliche und zivile Institutionen in Konflikt- und
181 Krisenregionen geschaffen werden, kann ein Übergang von ruhenden Konflikten hin zu einem
182 friedlichen Zusammenleben aller beteiligten Konfliktparteien gelingen.

183

184 **6. Friedenspolitik statt Invasionsmacht**

185

186 Aus Sicht der Jusos kann das Konzept der Schutzverantwortung der internationalen
187 Gemeinschaft eine sinnvolle Grundlage bieten, um das friedlich Zusammenleben der Völker
188 über die reine Abwesenheit von Krieg zwischen Nationalstaaten hinaus zu gewährleisten. Wir
189 bekennen uns daher ausdrücklich zur internationalen Verantwortung für die Geltung der
190 Menschenrechte und die Verhinderung von Völkermorden und Verbrechen gegen die
191 Menschlichkeit.

192

193 Allerdings greift aus unserer Sicht die reine Fokussierung der R2P auf das militärische
194 Eingreifen im Notfall zu kurz: Nur durch das langfristige, zivile Engagement in Konfliktregionen
195 und die Schaffung entsprechender Kapazitäten zur Konfliktmoderation und Deeskalation kann
196 die Menschenwürde jedes einzelnen Menschen nachhaltig gewährleistet werden. Das
197 Bereithalten militärischer Mittel als ultima ratio konterkariert daher den Anspruch, Konflikte
198 bereits vor ihrer gewaltsamen Eskalation zu lösen und so dem Präventionsanspruch des R2P-
199 Konzepts gerecht zu werden.

200

201 Anstatt einer Diskussion über schnelle und effiziente Interventionsarmeen fordern wir daher
202 konkret von der deutschen Politik und der SPD einen verstärkten Einsatz für zivile und
203 diplomatische Mittel sowie den Ausbau bereits vorhandener Kapazitäten in der zivilen
204 Konfliktbearbeitung. Nur auf diese Weise kann aus Sicht der Jusos die Bundesrepublik,
205 eingebunden in die internationale Gemeinschaft, ihrer internationalen Verantwortung für die
206 Einhaltung der Menschenrechte gerecht werden.

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

41 allen Angeboten ist die Bundeswehr bemüht möglichst einfache Kontaktaufnahmen
42 sicherzustellen und den Lehrern möglichst viel Arbeit abzunehmen, so dass diese Angebote für
43 die Zielgruppe Lehrer natürlich unter Gesichtspunkten des Arbeitsaufwandes sehr attraktiv sind.
44

45 Fazit: Die Jugendoffiziere der Bundeswehr dienen dazu ein positives Bild der Streitkräfte zu
46 zeichnen und die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Bundeswehr zu verbreiten. Hierzu
47 nutzen sie vor allem die Schulen, wobei Zielgruppen Schüler und Lehrer (damit mittelbar
48 natürlich auch wieder Schüler) gleichermaßen sind.

49

50 2. Das zweite Instrument der Bundeswehr zur Selbstdarstellung sind die sog. Karriereatrucks
51 und Waffenschauen. Hierbei liegt die Zielsetzung ganz klar auf der Nachwuchsrekrutierung und
52 auf die Herstellung eines positiven Bildes der Bundeswehr, wobei das Betreiben von
53 Sicherheitspolitik nahezu keine Rolle spielt. Der Fokus liegt stets auf dem Aufzeigen von
54 Karrieremöglichkeiten bei der Bundeswehr in der militärischen oder zivilen Laufbahn. Diese
55 Präsentationen finden meistens im Rahmen von bundeswehreigenen Veranstaltungen statt, es
56 gibt sie aber auch am Rande von Volksfesten, Job-Messen und sonstigen Messen. Hierzu
57 werden Mittel genutzt, welche die Bundeswehr als guten Arbeitgeber zeigen (Rentenansprüche,
58 Krankenversicherung, Berufsförderungsdienst) und solche die spannende und für die
59 Zielgruppe (Jugendlich und Heranwachsende) ansprechende Aspekte des Dienstes bei der
60 Bundeswehr aufzeigen (sog. dynamische Waffenschauen, Vorführungen von Sondereinheiten,
61 Fallschirmsprungsimulatoren, Formaldienste durch Ehrenformationen, Bigband des
62 Bundeswehr und Militärorchester). Oftmals präsentieren sich wohltätige Organisationen
63 (Tschernobylhilfe, Lachen helfen e.V.) am Rande der Veranstaltungen. Die Bundeswehr
64 präsentiert sich bewusst jugendlich durch Zurschaustellung von gerade für männliche
65 Jugendliche anziehendes Kriegsgerät verknüpft mit Pop-Musik bzw. für Jugendliche
66 ansprechende Versionen von Militärmusik in Jazz-Variationen. Die Möglichkeit von
67 Auslandseinsätzen wird wahrheitsgemäß abhängig von der angestrebten Dienststellung und
68 Verwendung angesprochen, ob sie jedoch den Raum einnimmt welcher angesichts der
69 enormen Risiken für deutsche Soldaten und des an sich schon problematischen Einsatzes
70 einnimmt, muss kritisch hinterfragt werden, wobei man der Bundeswehr zu Gute halten muss,
71 dass es wohl nicht ihre Aufgabe ist bei der Nachwuchsgewinnung das kritische
72 Zustandekommen von politischen Entscheidungen zu thematisieren.

73

74 Fazit: Die Bundeswehr betreibt aggressiv Nachwuchswerbung im öffentlichen Raum, es wird ein
75 positives Bild der Bundeswehr und des Dienstes dort aufgebaut, welches zumindest als
76 idealisiert bezeichnet werden kann.

77

78 Bewertung der Lage:

79

80 Differenziert nach den Zielen:

81

82 1. Sicherheitspolitik von Seiten der Bundeswehr

83

84 Es ist völlig systemwidrig, dass eine staatliche Institution selbst die Politik betreibt, aus der sie
85 ihre Handlungsanweisungen abzuleiten hat. Natürlich betreiben Ministerien Politik und werben
86 für ihre Politik, doch ist dabei das Handeln der Ministerien stets der aktuellen Regierung
87 zuzurechnen und somit auch parteilich verortbar. Auch ist es normales und ständiges Vorgehen,
88 dass Interessenverbände von in staatlichen Institutionen Beschäftigten (Gewerkschaft der
89 Polizei, Bund deutscher Kriminalbeamter, Bundeswehrverband) an der politischen
90 Willensbildung teilnehmen und dabei ihre Interessen vertreten. Jedoch wird normalerweise
91 niemals eine staatliche Institution selbst durch ihre Angestellten tätig, um die Politik zu
92 gestalten, aus der sie ihre Handlungsweise abzuleiten hat. Dies ist bei der Bundeswehr in
93 besonderer Weise problematisch, da die Jugendoffiziere in ein strenges System von Befehl und
94 Gehorsam eingebunden sind und selbst in keinster Weise politische Beamte sind. Auch nehmen
95 die Jugendoffiziere der Bundeswehr in der öffentlichen Meinung eine völlig andere Stellung ein
96 als Pressesprecher oder ähnliche Positionen. Der Grundsatz, dass staatliche Institutionen nicht
97 selbst die Politik machen nach der sie sich zu richten haben, hat auch gute Gründe, denn
98 staatliche Organisationen sind Machtinstrument des Staates und nehmen die Staatsgewalt war
99 um sie im Sinne der Politik einzusetzen. Hierbei hat sich die Politik stets nach der
100 demokratischen Willensbildung von Parteien, Interessengemeinschaften usw. zu richten und
101 nicht am Interesse der Institution selbst. Eine solche Konstruktion würde die Institution zum

102 Selbstzweck erheben und stückweise der demokratischen Kontrolle entziehen. Das Betreiben
103 von Sicherheitspolitik durch die Bundeswehr selbst ist also völlig verfehlt.

104

105 2. Beeinflussung der öffentlichen Meinung

106

107 Die Versuche der Bundeswehr eine positive öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu bilden
108 unterscheiden sich dagegen nicht wesentlich von der Öffentlichkeitsarbeit anderer staatlicher
109 Institutionen. Allerdings ist eine Armee als kriegerisches Mittel immer kritisch zu betrachten,
110 weswegen sich die Frage stellt, ob der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr insoweit Schranken
111 auferlegt werden sollten, als dass vorgeschrieben wird die Öffentlichkeitsarbeit in einen
112 geschichtlichen und gesellschaftlichen Kontext einzubetten.

113

114 3. Nachwuchsgewinnung

115

116 Soldat in der Bundeswehr zu sein heißt sein Leben möglicherweise für die Bundesrepublik
117 Deutschland zu opfern. Tod und schwerste Verwundung sind heute - und waren immer - ein
118 realistisches Risiko für jeden Soldaten in der deutschen Armee. Außerdem bedeutet Soldat sein
119 auch die stete Möglichkeit einen anderen Menschen auf einen Befehl hin töten zu müssen.
120 Auch bedeutet der Dienst in der Bundeswehr ein schwere Einschränkung persönlicher
121 Freiheiten und ganz allgemein einen harten und fordernden Beruf, ferner den Zwang auf eine
122 politische Entscheidung hin massiv in die Freiheit eines Landes eingreifen zu müssen. Werbung
123 für eine solche Stellung im Rahmen von Waffenschauen, Karriereclubs und Orchestern und
124 ganz allgemein einem für Jugendliche ansprechenden Kontext von Coolness wird der Sache in
125 keinem Fall gerecht. Zwar erfüllt die Bundeswehr eine wichtige staatliche Aufgabe indem sie
126 Wehrhaftigkeit und die Erfüllung der deutschen Bündnispflichten gewährleistet und nach
127 Einführung der Freiwilligenarmee benötigt sie dazu auch die Möglichkeit der
128 Nachwuchswerbung, aber sie sollte dies in einer Art und Weise tun, welche der äußerst
129 schwierigen Stellung als Soldat der Bundeswehr gerecht wird.

130

131 Wir fordern daher:

132

133 Die Bundeswehr wird gesetzlich verpflichtet die Nachwuchswerbung und die
134 Öffentlichkeitsarbeit stets in einem Kontext zu betreiben, welcher die speziellen Probleme der
135 Armee als kriegerisches Instrument und der Arbeit in dieser beleuchtet. Veranstaltungen der
136 Bundeswehr zu Selbstdarstellung dürfen nur noch unter der Auflage stattfinden, dass ort- und
137 zeitgleich Informationsangebote zur Geschichte deutscher Armeen, dem Verhältnis deutscher
138 Armeen zur Demokratie, zu von deutschen Armeen verübten Kriegsverbrechen, zu den Toten
139 und Schwerstverletzten der Bundeswehr in aktuellen Auslandseinsätzen, zum Dienstalltag und
140 zum Verzicht auf persönliche Freiheiten in der Bundeswehr von nicht der Bundeswehr
141 angehörigen Personen angeboten werden. Zugleich darf sich die Bundeswehr in keiner Weise
142 mehr an der Unterrichtsgestaltung zu beteiligen.

143 Werbung der Bundeswehr über die Medien wird folgendermaßen beschränkt:

144 Der Bundeswehr ist verboten in bzw. mit Bezug auf Druckerzeugnisse bzw. Rundfunk- und
145 Fernseh- und Filmformate zu werben, deren Zielgruppe unter 18jährige in nicht nur ganz
146 unerheblichem Maße erfasst.

147 Der Bundeswehr ist verboten an Orten zu werben, welche überwiegend von unter 18jährigen
148 besucht werden.

149 Auftritte der Bundeswehr im Internet dürfen nicht auf unter 18jährige abzielen. Sie müssen
150 daher textbasiert und –dominiert sein. Bilder dürfen nur insoweit vorkommen, als dass ohne sie
151 die Vermittlung einer Information wesentlich erschwert wäre. Insbesondere hat die Bundeswehr
152 bei der Gestaltung ihrer Webseiten Posen und Auftritte aus der Jugendkultur zu vermeiden.

153 Die Bundeswehr darf ihre Selbstdarstellung nicht mit Gewinnspielen verknüpfen.

154

155 Diese Regelungen sollen als Bundesgesetz beschlossen werden und als Dienstanweisung des
156 Verteidigungsministers an alle Soldaten und zivilen Bedienstete der Bundeswehr ergehen.

157

158

159

160

161

Titel Kein Einsatz von Kampfdrohnen in der Bundeswehr !

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kein Einsatz von Kampfdrohnen in der Bundeswehr !

- 1 Die Jusos fordern die SPD-Bundestagsabgeordneten dazu auf,
2
3 1. sich für die Ächtung und ein weltweites Verbot von Kampfdrohnen einzusetzen,
4 2. sich gegen die Anschaffung sowie den Einsatz von bewaffneten und kampffähigen
5 unbemannten Luftfahrzeugen (Kampfdrohnen), durch die Bundeswehr oder andere
6 deutsche staatliche Institutionen, sowie die damit bezweckte gezielte Tötung von
7 Menschen, im In- und Ausland strikt einzusetzen,
8 3. sich für die Schaffung von völkerrechtlich bindenden Grundlagen rundum den möglichen
9 Status und beim Einsatz dieser Waffen. Sofern dies nicht gelingt, ist ein weltweites Verbot
10 und eine Ächtung dieser durchzusetzen,
11 4. und sich dafür einzusetzen, dass der Einsatz von Spähdrohnen durch die Bundeswehr nur
12 in Kriegs- und äußeren Krisengebieten zulässig ist. Ein Einsatz im Inneren hat zu
13 unterbleiben, ausgenommen im Rahmen der Amtshilfe bei Großschadenslagen
14 (Katastrophen).

15
16 **Begründung:**
17 Die Beschaffung von aktiven Angriffswaffen für die Bundeswehr (diese ist im Grundgesetz als
18 Verteidigungsarmee definiert), welche über große Distanzen gesteuert werden können, lehnen
19 wir strikt ab. Grundsätzlich muss auch die Frage geklärt werden, nach welchen völkerrechtlich
20 bindenden Regeln diese Waffen, wenn überhaupt, eingesetzt werden dürfen. Ein Verbot und
21 eine Ächtung dieser wird von uns begrüßt. Das Töten von Menschen über Kontinente hinweg,
22 verändert die Kriegsführung und verändert auch die Sicherheitslage Unschuldiger. Niemand
23 weiß wo, wann und von wem diese Waffen eingesetzt bzw. gesteuert werden. Der Einsatz weit
24 entfernt von jeglichen Kampfhandlungen ist möglich und setzt die Zivilbevölkerung einer
25 ständigen Gefahr aus. Kriege müssen verhindert werden. Sie dürfen nicht durch
26 Gefahrenreduzierung für die eigenen Armeeangehörigen erleichtert werden. Krieg ist und bleibt
27 kein Videospiel.

28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

38 Legitimation durch den Bundestag

39

40 Die Exporte nach Saudi-Arabien sind besonders aufgrund der schwierigen

41 Menschenrechtssituation immer wieder in der Presse thematisiert worden. Die Bundesregierung

42 selber äußerte sich jedoch nicht dazu und verwies lediglich auf die Rüstungsberichte des

43 vergangenen Jahre. Transparenz sieht anders aus! Rüstungsexporte müssen strenger überwacht

44 werden und die Voraussetzungen geändert werden. Bislang kann die Bundesregierung ohne die

45 Zustimmung des Parlaments handeln. Lediglich der geheim tagende Bundessicherheitsrat muss

46 zustimmen. Es zeigt sich ein Mangel an Demokratie und Überwachung. Es kann nicht sein,

47 dass nicht einmal die Mitglieder des Deutschen Bundestages über Rüstungsfragen informiert

48 werden. Rüstungsexporte müssen im deutschen Bundestag öffentlich diskutiert und abgestimmt

49 werden. Ein Beispiel könnte man sich am britischen Modell nehmen, dort müsse die Regierung

50 vierteljährlich alle Genehmigungen zum Rüstungsexport bekannt machen, damit sie in einem

51 parlamentarischen Gremium diskutiert werden könnten

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

Titel Entwicklungspolitik emanzipatorisch gestalten

Antragsteller Braunschweig

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Entwicklungspolitik emanzipatorisch gestalten

1 Kennzeichen der jetzigen Weltgesellschaft sind vor allem die wachsende Ungleichheit der
2 Länder und die Polarisierung der Einkommensverteilung. Die Folge: Ein Viertel der
3 Weltbevölkerung lebt in absoluter Armut. Was wir brauchen, um einem Wachstum der absoluten
4 Armut entgegen zu wirken, ist eine faire Chance der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt,
5 eine soziale Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft. Um den Entwicklungsländern die gleichen
6 Chancen zu gewähren, müssen die Handelsregeln neu entwickelt und die
7 globale Rahmenbedingungen verbessert werden. Die Länder müssen aber auch darin
8 unterstützt werden sich emanzipatorisch zu entwickeln. ichtige Voraussetzungen hierzu sind
9 unter anderem:

10

11 I. Die Stärkung der Entwicklungsländer in der WTO

12 Mit ihrer Freihandelspolitik sichert die WTO in erster Linie die Eigentumsrechte und Interessen
13 international agierender Konzerne. Der Kompetenzzuwachs der Entwicklungsländer in der WTO
14 geht bislang nicht mit einer Zunahme an Transparenz, Beteiligungsgerechtigkeit und
15 demokratischer Kontrolle einher. Daher kam die Liberalisierung des Welthandels in erster Linie
16 der EU und Japan zugute. Für uns Jusos ist es nicht verwunderlich, dass durch den Abbau der
17 „Hemmnisse“ im weltweiten Handel die
18 bestehende Ungleichheit eher gefördert als beseitigt wurde und die WTO mit ihrem Vorgehen
19 somit den Interessen der Menschen in Entwicklungsländern diametral entgegen steht. Um
20 diesem Trend entgegen zu wirken reicht eine Stärkung der Entwicklungsländer in
21 der WTO aber nicht aus, denn die verstärkte ungleiche Verteilung von Vermögen und
22 Einkommen zwischen den Ländern ist eine Frage von internationaler Verteilungsgerechtigkeit.
23 Ein Schritt zur Erreichung von Verteilungsgerechtigkeit ist Umgestaltung des Handels. Wir
24 müssen es schaffen, dass vom Handel nicht nur einige wenige Länder profitieren. Handel muss
25 nachhaltig sein und Entwicklungen fördern. Er muss den schwächeren Regionen der Welt eine
26 realistische Perspektive zur Entwicklung hin zu
27 mehr Wohlstand für alle bieten.

28

29 II. Die Entschuldung der Entwicklungsländer

30 Gerade die Entwicklungsländer sind, um Investitionen tätigen zu können und sich zu entwickeln,
31 abhängig von Krediten. Doch die Kredite des IWF oder der Weltbank sind an eine Vielzahl von
32 Bedingungen geknüpft wie zum Beispiel die komplette Öffnung oder Deregulierung der Märkte
33 oder Privatisierungen, deren Erfüllung oft entwicklungshemmend und nicht fördernd wirkt.
34 Soziale Ungleichheiten werden durch dieses Kreditsystem also eher verstärkt als abgebaut. Um
35 dies zu verhindern und die einzelnen Länder nicht im Schuldensumpf von IWF und Weltbank
36 versinken zu lassen, brauchen wir ein Programm zur Entschuldung der Entwicklungsländer. Wir
37 müssen stabile weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen durch eine Regulierung der
38 Finanzmärkte und eine wirksame Verankerung der sozialen Dimensionen von Entwicklung in

39 den Institutionen der Weltwirtschaftsordnung schaffen.
40 Statt die Länder allein zu lassen, müssen wir Investitionen der OECD Länder in die
41 internationale Entwicklungszusammenarbeit deutlich anheben, und eine Möglichkeit zur
42 Vergabe von Sozialentwicklungskrediten schaffen. Nur so, durch Schuldenabbau und
43 Investitionen, ist es möglich, die Eigenverantwortlichkeit der Länder zu stärken und sie in die
44 Lage zu versetzen, eigenständig eine nachhaltige Entwicklung zu verfolgen.

45

46 **III. Der Zugang zu besserer Bildung**

47 Doch gerade die unzureichenden Zugängen zu Bildung in den Entwicklungsländern verhindern
48 eine wirkliche Chancengleichheit und zwar nicht nur die der Individuen, sondern die der ganzen
49 Gesellschaft. Bildung ist ein unverzichtbares Mittel für die individuelle
50 Persönlichkeitsentwicklung und eine zentrale Voraussetzung für eine selbstbestimmte
51 eigenverantwortliche Lebensführung. Bildung ermöglicht eine gerechte Teilhabe jedes
52 Menschen am gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Ein
53 demokratisches Gemeinwesen ist deshalb auf Bildung angewiesen und muss sie allen
54 Mitgliedern zur Verfügung stellen. Wenn wir die Eigenverantwortlichkeit der Entwicklungsländer
55 stärken wollen und sie in die Lage versetzen wollen, eigenständig eine nachhaltige Entwicklung
56 zu verfolgen, muss es jedem Menschen möglich sein, Bildung zu erfahren.

57

58 **IV. Die Stärkung von Demokratie**

59 Für eine Stärkung von Demokratischen Strukturen reicht Bildung allein aber nicht aus. Auch
60 muss die Armut der Menschen durch gezielt politische Maßnahmen wirkungsvoll verringert
61 werden. Investitionen in soziale Grunddienste wie auch Bildung, aber vor allem auch
62 Gesundheit sowie Infrastruktur tragen dazu bei. So erfolgt die Stärkung von Demokratie und
63 good governance zum Beispiel durch einen Aufbau effektiver und effizienter Verwaltungen,
64 einer Professionalisierung der Beschäftigten im öffentlichen Sektor sowie Dezentralisierung
65 und Eindämmung von Korruption. Es gilt, die Länder darin unterstützen, ihre
66 Regierungsstrukturen zu verbessern und niemandem unser System „aufzudrücken“ und einen
67 Kulturimperialismus mit Entwicklungspolitik zu bezwecken. Wenn wir nicht dazu beitragen, dass
68 wir mehr Chancengerechtigkeit herstellen können, wird das vermutlich ernste Konsequenzen
69 nicht nur für die Industrie- sondern vor allem für die Menschen in den Entwicklungsländer
70 haben. Für uns ist Ungleichheit kein Anreiz für Menschen, sich um eine Verbesserung ihrer
71 eigene Zukunft zu bemühen, sondern ein Katalysator für so genannte „neue Kriege“, die
72 besonders der Zivilbevölkerung ernsthaft schaden.

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Zufluchtsrecht afghanische Helfer_innen

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Zufluchtsrecht afghanische Helfer_innen

1 Alle afghanischen Helfer_innen und ihren Angehörigen, die mit den internationalen Streitkräften
2 im Rahmen des internationalen Einsatzes der ISAF oder mit internationalen Hilfsorganisationen
3 in Afghanistan zusammengearbeitet haben, wird Aufnahme in Deutschland gewährt, so sie dies
4 wünschen. Ihnen wird finanzielle Unterstützung gewährt und Hilfe beim Abschluss einer
5 Ausbildung bzw. Studiums.

6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Titel Europa - unsere Zukunft

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPE-Fraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Europa - unsere Zukunft

1 **Europa - unsere Zukunft**

2

3 Europa ist in aller Munde. Kein Tag vergeht, an dem in den Nachrichten nicht über Europa oder
4 europäische Zusammenhänge berichtet wird. Aus unserem alltäglichen Leben ist der
5 europäische Gedanke nicht mehr wegzudenken. Doch sind es immer seltener positive
6 Nachrichten und Darstellungen, die unser tägliches Europabild prägen. Unsere Generation
7 wächst nicht mehr im Geiste einer europäischen Solidar- und Friedensgemeinschaft auf, die
8 voneinander profitiert, sich gegenseitig stärkt und unterstützt, oder gar in erster Linie die
9 positiven Errungenschaften eines geeinten Europas voranstellt. Die heutige junge Generation
10 kennt Europa nur als ein Europa der Krisen. Die Krise der Institutionen, die Finanzkrise, die
11 Wirtschaftskrise, die Bankenkrise, die Vertrauenskrise, die Krise im Bereich der
12 Jugendarbeitslosigkeit, die Krise der Gerechtigkeit. In Zyklen treten seit nun über 5 Jahren
13 verschiedene Krisen immer wiederkehrend auf. Die politischen Entscheidungsträger haben es
14 nicht verstanden ihr Krisenmanagement um eine langfristige Lösungsstrategie zu erweitern.
15 Krisengipfel sind zum Symptom kurzfristiger und kleinteiliger Schritte geworden, die nur
16 punktuell eine Entspannung bringen. Die Menschen in Europa, die in prekären
17 Lebensverhältnissen leben und sich um ihre Zukunft sorgen, bleiben ratlos zurück. Einte die
18 Menschen früher der Frieden, der Wiederaufbau, die gemeinsamen Werte oder der
19 wirtschaftliche Aufschwung, so eint uns heute die Krise. Dem wollen wir entgegen treten! Wir
20 wollen nicht als die „Generation Krise“ in die Geschichte eingehen. Wir werden nicht
21 akzeptieren, dass einer ganzen Generation in Südeuropa durch Jugendarbeitslosigkeit die
22 Zukunftschancen genommen werden. Wir zeigen Wege aus der Krise auf, kurzfristige wie
23 langfristige. Wir wollen den Menschen und insbesondere der jungen Generation eine
24 Perspektive bieten. Wir wollen zeigen wie Europa war, ist und wieder sein kann:
25 gemeinschaftlich, friedlich, wohlhabend und wertverbunden.

26

27 **Wir machen deutlich: Europa ist unsere Zukunft!**

28

29 Wir werden dabei nicht müde zu betonen, dass Europa für uns ein Projekt des Friedens ist. Seit
30 nun bald 70 Jahren leben wir in Europa in Frieden und ohne große kriegerische
31 Auseinandersetzungen. So lange wie nie zu vor. Vielen mag dies wie eine
32 Selbstverständlichkeit vorkommen. Uns jedoch nicht: Wir wissen um die Millionen unschuldiger
33 Opfer und der damit verbundenen Tragödien. Wir wissen um die zerstörten Familien und die
34 Opfer der Ungerechtigkeit des Krieges. Für uns ist klar: Es darf nie wieder Krieg in Deutschland
35 und Europa geben. Herkunft, Nationalität, Glaube und sexuelle Ausrichtung dürfen nie wieder
36 zu Ressentiments und Hass gegeneinander führen. Die europäische Entwicklung der letzten
37 Jahrzehnte sehen wir unter diesem Aspekt als Erfolgsgeschichte. Über die Europäische
38 Gemeinschaft für Kohle und Stahl, zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hin zur
39 Europäischen Gemeinschaft und letztlich die Gründung der Europäischen Union. All dies waren
40 Bausteine um Europa friedlicher und lebenswerter zu gestalten. Europa hat in den letzten

41 Jahrzehnten eine weltweit einmalige Integrationsleistung vollbracht. Kein anderer regionaler
42 Staatenzusammenschluss kann auch nur annähernd eine ähnliche starke Kooperation
43 vorweisen. Aus einstmalig verfeindeten Staaten sind gute Nachbarn in einem geeinten Europa
44 geworden. Demokratie, der politische Austausch und das Miteinander verschiedener Kulturen
45 sind heute im Gegensatz zu Zeiten des Nationalismus Normalität. Diese Werte und
46 Errungenschaften müssen erhalten, gepflegt und ausgebaut werden. Doch es ist an der Zeit
47 Europa weiter zu denken und weiter zu entwickeln.

48

49 Wir wollen ein grenzenloses und solidarisches Europa, in dem sich alle willkommen fühlen.
50 Wirtschaftlicher Erfolg und Wohlstand sollen nicht auf einige wenige beschränkt sein. Teilhabe
51 am gesellschaftlichen Leben und Bildung sind die Voraussetzungen für einen Ausbildungsplatz
52 in jungen Jahren, einen Arbeitsplatz mit guter Entlohnung und später ein Altern in Würde. Durch
53 die Globalisierung und die damit stetig steigende Verknüpfung und Vernetzung von
54 gesellschaftlichem Leben, Wirtschaften und politischem Handeln, können die dringenden
55 Fragen heute nur noch auf europäischer Ebene gelöst werden. Während bisher meist nur die
56 wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit im Fokus politischen Handelns in Europa stand,
57 müssen zukünftig vor allem soziale Fragen gelöst und Demokratiedefizite abgebaut werden. An
58 diesem Wendepunkt muss unsere junge Generation das Heft des Handels in die Hand nehmen
59 und weitgehende Reformen der europäischen Institutionen einfordern. **Denn Europa ist unsere**
60 **Zukunft!** Es ist unser Recht, Generationengerechtigkeit und handlungsfähige Staatshaushalte
61 einzufordern. Es ist unsere Pflicht, mehr Rechte für das europäische Parlament und eine
62 Vertiefung unserer demokratischen Institutionen einzufordern. Wir sind es, die eine nachhaltige
63 und wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union anstreben müssen, da nur so
64 Wohlstand in der Union auf Dauer gesichert werden kann. Generationengerechtigkeit bedeutet
65 auch, dass der jungen Generation diese Werte zugänglich gemacht werden müssen. Deshalb
66 fordern wir mehr Investitionen in Bildung und Forschung, Umweltschutz und erneuerbare
67 Energien, Infrastruktur und einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen.

68

69 In diesem Antrag schreiben wir unsere Ideen für ein Europa der Zukunft nieder vor dem
70 Hintergrund der europäischen Demokratie-, Wirtschafts- und Finanzkrise. Wir brauchen für
71 dieses Europa eine neue konstitutionelle Verfasstheit der Institutionen und Mitgliedsländer, um
72 Demokratie und Transparenz zu stärken. Wir wollen durch eine stärker gemeinschaftlich
73 koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik Dynamik ermöglichen, um eine stärker ausgeprägte
74 soziale Balance in allen Mitgliedsländern zu erreichen. Wir wollen deutlich machen, dass
75 Europas Grenzen nicht an geografische Gegebenheiten gekoppelt sind und wir an ein
76 grenzenloses Europa glauben. Nicht zuletzt wollen wir durch unsere Positionen wieder ein
77 stärkeres europäisches Bewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern Europas wecken. Wir
78 SPD Baden- Württemberg wird mit der nötigen Leidenschaft, mit ausdauerndem Engagement
79 und dem absoluten Willen für unsere Idee von Europa kämpfen!

80

81 **Europa mit Leben füllen**

82

83 Das europäische Projekt war immer mehr als ein Wirtschaftsprojekt. Europa ist ein
84 Friedensprojekt - die Europäische Gemeinschaft wurde aus den Erfahrungen zweier Weltkriege
85 und der daraus resultierenden Überzeugung „Nie wieder Krieg!“ geboren. Europa ist ein
86 demokratisches Projekt - Demokratie und Rechtsstaat bilden das gemeinsame humanistische
87 Erbe Europas. Neben der Sicherung von Frieden, Wohlstand und Demokratie verstehen wir
88 Europa jedoch auch als soziales Projekt. Wir wollen eine Europäische Union, die sozialen
89 Frieden schafft und die das Primat der Politik gegenüber dem Markt sichert. Deshalb sind die
90 sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für uns auch die Werte,
91 auf die die EU aufbauen muss.

92

93 Neben der ökonomischen und der politischen erleben wir heute auch eine „Wertekrise“
94 innerhalb der Europäischen Union. Wir erleben, wie immer mehr politische Entscheidungsträger
95 in ihrer Argumentation, für oder wider die Europäische Union, auf die nationalstaatliche
96 Sichtweise zurück fallen. Zwischen der Institution Europa und den Bürgerinnen und Bürgern gibt
97 es nach wie vor eine große Kluft. Es ist bisher nicht gelungen die Ziele und Ideen der
98 europäischen Gemeinschaft zu vermitteln. Daraus entsteht ein gefährlicher Kreislauf. Wenn die
99 Unterstützung derer für die Europäische Idee schwindet, auf die die europäische Politik
100 ausgerichtet ist, dann schwindet auch die Legitimation der Europäischen Union. Ohne
101 Bürgerinnen und Bürger keine Europäische Union.

102

103 Wir wollen diesen Teufelskreis durchbrechen. Wir wollen das europäische Bewusstsein in der
104 Bevölkerung stärken. Die Zahl derer, die Kriege in Mitteleuropa selbst miterlebt haben, sinkt.
105 Die lange Abwesenheit von Krieg führt dazu, dass insbesondere junge Menschen die
106 Europäische Union nicht mehr automatisch als Friedensprojekt verstehen. Sie müssen verstärkt
107 an die historische Bedeutung und den Stellenwert der Union für unser Leben herangeführt
108 werden. Dies kann unter anderem dadurch geschehen, dass Europa eine wichtigere Rolle in
109 den Lehrplänen spielt. Wir lehnen die Streichung der europäischen Mittel für das Erasmus-
110 Programm ab. Im Austausch mit anderen Mitgliedsstaaten und deren Bürgerinnen und Bürgern
111 wird die europäische Idee gelebt. Europa leben, heißt unterschiedliche Kulturen kennen und
112 schätzen zu können. Dies kann nur im Austausch funktionieren. Deshalb fordern wir einen
113 Ausbau des Leonardo da Vinci-Programms. Zudem wollen wir, dass
114 Schüleraustauschprogramme zukünftig direkt durch die Europäische Union finanziell gefördert
115 werden. Politische Bildung ist ein Schlüssel zur Schaffung und Stärkung eines europäischen
116 Bewusstseins.

117

118 Das europäische Bewusstsein wird auch durch eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit geschaffen.
119 Die Gründung europäischer Medienanstalten ist dafür ein wichtiger Schritt. Wir rufen die
120 europäischen Entscheidungsträger dazu auf, sich populistischen Argumentationen und
121 Stereotypen entschieden gegenzustellen.

122

123 „In Vielfalt geeint“ - diesem Motto fühlen auch wir uns verbunden. Die kulturelle und sprachliche
124 Vielfalt in der EU muss bewahrt und unterstützt werden. Dazu gehören gemeinsame
125 europäische Initiativen wie die europäische Kulturhauptstadt. Außerdem muss die doppelte
126 Staatsbürgerschaft endlich möglich gemacht werden.

127

128 Der Horizont der Europäischen Union darf nicht an seinen Außengrenzen enden. Aus der
129 Geschichte erwächst der EU eine besondere Verantwortung, Frieden, Wohlstand und
130 Gerechtigkeit zu fördern. Die EU ist ein beispielgebendes Friedensprojekt. Die EU und ihre
131 Mitgliedstaaten besitzen eine große Expertise im Bereich des zivilen Friedensaufbaus. Diese
132 Expertise muss sie in anderen Regionen auf der Welt einbringen. Die europäische und
133 insbesondere die deutsche Geschichte bringen eine besondere Verantwortung für Frieden und
134 Sicherheit in der Welt mit sich. Wir streben eine europäische Außenpolitik aus einer Stimme an.
135 Dies beinhaltet auch die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Armee, die nur im
136 Rahmen des Völkerrechts agieren soll. Die überkommene Struktur des UN-Sicherheitsrates
137 muss überwunden werden. Durch eine Neugliederung der Mitglieder kann eine Repräsentation,
138 Legitimation und Effektivität des Gremiums gestärkt werden. Letztlich müssen die P5-Länder ihr
139 Vetorecht aufgeben. Um vor der internationalen Gemeinschaft mit einer Stimme sprechen zu
140 können, fordern wir zudem einen gemeinsamen Sitz der Europäischen Union im Sicherheitsrat.

141

142 Verantwortung für die Menschenrechte zu übernehmen heißt auch Vorbild in der
143 Flüchtlingspolitik zu sein. Das Motto heißt: kein Mensch ist illegal. Menschen, die Schutz
144 suchen, müssen in Europa aufgenommen werden und dürfen nicht an den europäischen
145 Außengrenzen abgewiesen werden. Es gilt der Grundsatz, kein Flüchtling darf zurückgewiesen
146 werden, bevor nicht der Flüchtlingsstatus geklärt ist. In der Praxis muss jeder Flüchtling Zugang
147 zu einem Asylverfahren erhalten, die Genfer Flüchtlingskonvention gilt auch auf hoher See.

148

149 Die Grenzschutzagentur Frontex gerät immer wieder in die Kritik. Insbesondere die
150 Einbeziehung von EU-Anrainern in die Abwehr von Flüchtlingen durch Frontex ist sofort zu
151 beenden. Längerfristig muss Frontex in ein neues, humanes System der Flüchtlingspolitik
152 übergehen.

153

154 Flüchtlingen helfen heißt allerdings in erster Linie Fluchtursachen bekämpfen. Niemand verlässt
155 einfach so seine Heimat. Flüchtlingen in deren Heimat Gefahr für ihr Leib und Leben droht
156 dürfen nicht abgeschoben werden. Ihnen muss Europa Schutz bieten.

157

158 Das Dublin-System weißt den Außenstaaten der EU die Verantwortung für die Flüchtlingspolitik
159 zu. Häufig sind aber gerade in diesen Ländern die Bedingungen für Flüchtlinge unmenschlich,
160 weil sie mit der Aufnahme der vielen Asylsuchenden überfordert sind. Eine Neuausrichtung der
161 Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU ist dringend notwendig. Das heute maßgebliche
162 Kriterium für die Asylzuständigkeit – der "Ort der illegalen Einreise" bzw. die

163 Drittstaatenregelung - muss durch feste Flüchtlingskontingente, die den Mitgliedsstaaten
164 zugewiesen werden, ersetzt werden.

165

166 Besondere Verantwortung hat Europa hier durch seine koloniale Vergangenheit. Ziel der EU in
167 der postkolonialen Welt muss es sein, die wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen in den
168 ehemaligen "Kolonien" nicht mit einer neokolonialen Politik wirtschaftspolitischer Dominanz zu
169 begegnen. Wir wollen auf Augenhöhe eine fruchtbare Kooperation für alle Beteiligten für eine
170 langfristige Vision der wirtschaftlichen Stabilität, sozialer Grundsicherung und politischer Freiheit
171 für alle Menschen inner- und außerhalb Europas.

172

173 **Eine neue Konstitution für Europa**

174

175 In der institutionellen Ausgestaltung der Europäischen Union zeigen sich deutliche Schwächen.
176 Es mangelt an Demokratie und Transparenz. Da sich die Entscheidungsfindung in der EU
177 aufgrund der steigenden Anzahl von Mitgliedsstaaten immer schwieriger gestaltet, werden
178 wichtige Entscheidungen verfragt oder schwache Kompromisse ausgehandelt. Die
179 nationalstaatlichen Regierungen gehen dazu über, zwischenstaatliche Verträge zu schließen
180 und damit die europäischen Institutionen weiter zu schwächen. Für die BürgerInnen ist häufig
181 nicht nachvollziehbar, welche Entscheidungen von wem gefällt werden.

182

183 Das Europäische Parlament hat als einzige von den BürgerInnen direkt gewählte europäische
184 Institution in vielen Bereichen nur ein begrenztes Mitspracherecht und besitzt kein Initiativrecht.
185 Wir fordern die vollen Gesetzgebungs- und Kontrollrechte für das Europäische Parlament.
186 Mittelfristig wollen wir ein Zwei-Kammer-System, in dem Vertreter der Mitgliedsstaaten die
187 Länderkammer stellen. Einen Ministerrat, wie er derzeit besteht, wird es dann nicht mehr geben.
188 Bis es soweit ist, fordern wir die Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit für alle
189 Politikbereiche im Ministerrat. So soll verhindert werden, dass einzelne Mitgliedsstaaten die
190 europäische Entscheidungsfindung blockieren.

191

192 Derzeit kann das Parlament die Kommission nur als Ganzes bestätigen oder ablehnen. Wir
193 wollen, dass der Kommissionspräsident aus den Reihen des Parlaments und mit
194 parlamentarischer Mehrheit gewählt wird. Damit wird sichergestellt, dass sich die Konfliktlinien
195 in der EU zukünftig entlang der Parteien und nicht an der Staatszugehörigkeit der
196 Entscheidungsträger bilden.

197

198 Um ein europäisches Bewusstsein auch bei den Parteien zu fördern, wollen wir, dass die
199 Parteien, die bei den Wahlen zum Europäischen Parlament antreten, transnationale Listen
200 aufstellen und mit einer europäischen Spitzenkandidatin oder einem europäischen
201 Spitzenkandidaten in den Wahlkampf ziehen. Ein einheitliches Wahlrecht in Form eines
202 personalisierten Verhältniswahlrechts soll die Integration Europas weiter fördern. Zudem fordern
203 wir die Ausweitung des Wahlrechts. Bei allen Wahlen und Volksabstimmungen auf nationaler
204 und europäischer Ebene sollen UnionsbürgerInnen in dem Mitgliedsstaaten, in dem sie ihren
205 ständigen Wohnsitz haben, wählen dürfen.

206

207 Mittelfristig wollen wir die Vereinigten Staaten von Europa. Dieser soll als föderaler Bundesstaat
208 aufgebaut sein. Subsidiarität soll das leitende Prinzip bei der Verteilung von Aufgaben sein.
209 Dabei muss die Kompetenz-Kompetenz auf der europäischen Ebene liegen. Ein
210 Kompetenzkatalog entscheidet, welche Politikbereiche zur exklusiven Unionskompetenz
211 gehören und in welchen Politikfeldern die EU nur einen Rahmen für nationalstaatliche Politik
212 vorgibt. In den Vereinigten Staaten von Europa müssen die nationalen und regionalen
213 Parlamente eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozess spielen.

214

215 Der neue Aufbau Europas muss in einer Verfassung aufgeschrieben sein. Wir befürworten
216 deshalb die Forderungen nach einem neuen Verfassungsentwurf. Uns ist jedoch klar, dass
217 diese Verfassung durch eine Volksabstimmung legitimiert sein muss, wie es das
218 Bundesverfassungsgericht fordert. An dieser Stelle schließt sich der Kreis: ohne eine
219 gemeinsame europäische Vision wird es keine europäischen Bürgerinnen und Bürger geben.
220 Ohne europäische Bürgerinnen und Bürger wird es keine gemeinsame Verfassung geben. Die
221 europäische Idee lebt durch die Menschen.

222

223 **Die zwei Herausforderungen für Europa**

224

225 Seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2007 und 2008 konnten sich die
226 europäischen Akteure nicht auf eine gemeinsame einheitliche und nachhaltige Politik für die
227 Europäische Union und insbesondere für die Euro-Zone einigen. Während sich die Folgen
228 insbesondere härterer Rückzahlungsmodalitäten für Altschuldenlasten einiger Euro-Länder
229 immer mehr auf die Krisenstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger niederschlagen, scheint
230 eine nachhaltige Lösung der Krise nicht in Sicht.

231

232 Für uns ist klar, dass der Weg hin zu mehr Europa nur durch Wohlstand und Teilhabe am
233 wirtschaftlichen Erfolg der Bürgerinnen und Bürger möglich sein kann.

234

235 Die durch das Platzen der subprime Kreditblase in den USA und dem Platzen von mehreren
236 Immobilienpreisblasen in Europa ausgelöste Finanzkrise hat sich längst zu einer
237 unbestreitbaren Gefahr für die Stabilität von Staaten und Gesellschaften entwickelt. Dabei
238 kamen auch strukturelle Defizite einiger Euro-Mitgliedsstaaten zum Tragen, deren
239 Auswirkungen das Fortbestehen der Euro-Zone nachhaltig gefährdet haben. Dabei wurde die
240 Zukunft des Euro von den Mitgliedsstaaten nicht mit der notwendigen Entschlossenheit
241 verteidigt. Der mangelnde politische Willen der Schwarz Gelben Koalition hat das Fortbestehen
242 der Euro-Zone gefährdet.

243

244 Der Euro stellt vielmehr als eine Währung dar, er ist Symbol eines geeinten Europas Sein
245 Scheitern würde den Prozess der Europäischen Einigung neben einer Vielzahl negativer
246 wirtschafts- und finanzpolitischer Konsequenzen auch ideell um Jahre zurückwerfen. Die SPD
247 Baden-Württemberg steht daher zum Euro als solidarisches und gemeinschaftliches Projekt der
248 Europäischen Einigung. Wir stellen uns der Herausforderung, Konstruktionsfehler zu benennen
249 und kurzfristige wie langfristige Lösungsvorschläge zu bieten, um Europa für die Menschen
250 wieder zu einem Projekt der Solidarität und Perspektive zu machen.

251

252 Dabei gilt es, die im Rahmen der Wirtschafts- Finanz- und Staatsschuldenkrise kurzfristige
253 Lösungen zu definieren. Ziel muss es sein, den aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen
254 Druck insbesondere auf die GIIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Spanien)
255 zeitnah zu senken und anschließend langfristige ordnungspolitische Maßnahmen zur
256 nachhaltigen Konstruktion der Eurozone und der Europäischen Union zu ergreifen.

257

258 **Überlebensfähigkeit der Krisenstaaten gewährleisten**

259

260 Mit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine zusätzliche Belastung für die Haushalte
261 insbesondere der Euro-Staaten entstanden, deren Umfang die Staaten teils in ihrer Substanz
262 gefährdet hat. Allein zwischen September 2008 und Dezember 2010 wurden in Europa
263 insgesamt 1,6 Billionen Euro zur Rekapitalisierung und Rettung von Banken und
264 Finanzinstituten investiert. Die damit einhergehenden Kosten haben als konkreter Auslöser
265 sowohl nachhaltig ausgerichtete Volkswirtschaften in Bedrängnis gebracht, als auch die
266 strukturellen Defizite einiger Mitgliedsstaaten noch vervielfacht und damit dazu beigetragen,
267 dass diese schlagartig zum Tragen gekommen.

268

269 Während vor Ausbruch der Staatsschuldenkrise Spekulationen gegen den Euro, und damit
270 gegen eine der stabilsten Währungen überhaupt, kaum stattgefunden haben, führte das Herum
271 lavieren insbesondere der schwarz-gelben Bundesregierung zu einem massiven
272 Vertrauensbruch in die Währungsunion. Je nach politischer Großwetterlage und je nach
273 anstehenden Landtagswahlen wurden Euro-Skeptizismus und Aufspaltung des Währungsraums
274 innerhalb der Währungsunion verbreitet, und damit das Vertrauen grundlegend erschüttert.

275

276 Gerade in Krisenzeiten gilt es jedoch solidarisch für das Gemeinschaftsprojekt Euro
277 einzustehen und mögliche Defizite durch konkrete Maßnahmen zu bekämpfen.

278

279 Die Unfähigkeit auch der Bundesregierung, nachhaltig Vertrauen in die Euro-Zone
280 zurückzugewinnen, konnte nur durch die Europäische Zentralbank zurückgewonnen werden.
281 Kurzfristig konnte damit durch die Ankündigung, uneingeschränkt Staatsanleihen anzukaufen
282 (OMT) zwar ein letzter Rettungsschirm die Krise entschärfen, die Verlagerung der Krisenlösung
283 kann jedoch nicht hin zur EZB gehen.

284

285 Vor allem seit Ausbruch der Krise in Zypern wird deutlich, dass auch private AnlegerInnen nicht
286 von der Beteiligung an Rettungsmaßnahmen ausgenommen sind. Für die SPD ist deutlich: die
287 privaten Einlagen bei Banken können nicht zur Finanzierung staatlicher Defizite herangezogen
288 werden. Dies senkt nicht nur das Vertrauen der Finanzmärkte, insbesondere der privaten
289 Investoren in die Euro-Zone, es widerspricht auch unserem Verständnis des Zusammenhangs
290 zwischen Risiko und Haftung.

291

292 Die Austeritätspolitik der ehemaligen deutsch-französischen Achse "Merkozy" ist gescheitert.
293 Während der Sparzwang, durchgesetzt durch eine nicht vom Europäischen Parlament
294 legitimierte Troika, den Abwärtstrend der Volkswirtschaften der GIIPS-Staaten noch weiter
295 verstärkt, gibt es keine Konzepte zur kurzfristigen Investitionen in Wachstum und Ausbau der
296 Beschäftigung. Damit verlieren immer mehr, insbesondere junge Menschen eine Perspektive.
297 Die Volkswirtschaften blicken auf einen langen Zeitraum des wirtschaftlichen Abschwungs, der
298 Massenarbeitslosigkeit und der Armut der Bevölkerung.

299

300 Auch die SPD weiß: die strukturellen Defizite in den Krisenstaaten haben einen wesentlichen
301 Anteil an der Entwicklung der Krise, deren Lösung ohne eine Bekämpfung dieser Defizite kaum
302 möglich sein wird.

303

304 Gleichwohl kann eine Regeneration dieser Volkswirtschaften nur gelingen, wenn durch
305 entsprechende Investitionen und somit Schaffung von Arbeitsplätzen wieder Nachfrage und
306 Konsum entstehen und gerade seitens der Europäischen Union die Ausgaben in Bildung und
307 Weiterqualifizierung in diesen Staaten massiv ausgeweitet wird. Daher gilt es, zur kurzfristigen
308 Überwindung der Krise die Konsolidierung und Bekämpfung struktureller Defizite mit Maß und
309 Mitte durchzuführen, mehr Zeit dafür einzuräumen und Wachstum überhaupt zu ermöglichen.

310

311 Um eine kurzfristige Stabilisierung der Euro-Zone zu gewährleisten und damit eine nachhaltige
312 Reform der Europäischen Union wie der Euro-Zone überhaupt zu ermöglichen fordern wir
313 deshalb:

314

- 315 • Das klare Bekenntnis Deutschlands zum Euro.
- 316 • Die Errichtung eines Altschuldentilgungsfonds nach Vorbild des vom Rat der
317 Wirtschaftsweisen entwickelten Modells. Nur so kann kurzfristiger Druck der
318 Finanzmärkte reduziert werden, um strukturelle Reformen einleiten zu können.
- 319 • Eine kurzfristige Lockerung der Austeritätspolitik. Die fatalen Konsequenzen der
320 einseitigen Sparpolitik gefährden die Europäische Union in ihrer Substanz. Die
321 Konsolidierung struktureller Defizite kann nur mittel- bis langfristig gelingen.
- 322 • Die Lockerung der zeitlichen Auflagen zur Konsolidierung struktureller Defizite, um
323 kurzfristig Wachstum zu ermöglichen.
- 324 • Ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die dafür benötigten
325 Mittel sind einem unverzüglich zu schaffenden Strukturfonds gegen Jugendarbeitslosigkeit
326 zu entnehmen, der sich aus Einlagen aller EU-Mitgliedsstaaten zusammensetzt. Wir
327 fordern die Bundesregierung auf sofort eine echte Maßnahme zur Bekämpfung der hohen
328 Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit im Rat der Europäischen
329 Union vorzuschlagen.
- 330 • Angemessene Investitionen in Wachstums- und Beschäftigungsprogramme durch die
331 Europäische Union.
- 332 • Die Errichtung eines Bankenrestrukturierungsfonds. Die akuten Rekapitalisierungen sind
333 über diesen Fonds abzuwickeln, der sich bis zu langfristig ausgelegten, anteilig durch die
334 Banken finanzierten Einlagen, durch eine Vorfinanzierung der Euro-Staaten
335 zusammensetzen soll.
- 336 • Eine zügige Einführung einer europäischen Bankenaufsichtsbehörde. In dieser werden die
337 Kompetenzen der unterschiedlichen Aufsichts- und Kontrollbehörden in der Europäischen
338 Union bzw. Euro-Zone koordiniert und endlich effizient gestaltet.
- 339 • Diese prüft bis zu ihrem vollständigen Ausbau vorrangig.
- 340 • Die Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen und Liquiditätsstandards für europäische
341 Bankinstitute, um die Stabilität des Bankensystems kurzfristig nicht durch krisenanfällige
342 Eigenkapitalstrategien der Banken zu gefährden.
- 343 • Die Umsetzung der aktuell beschlossenen Regulierungsmaßnahmen der Finanzmärkte,
344 wie beispielsweise das Verbot ungedeckter Leerverkäufe, der Verlagerung des OTC-
345 Handels hin zu clearing-Stellen und der und Bonifikationen nur bei gleichzeitiger Haftung

- 346 in Verlustfällen, sowie maximal in der Höhe der Kernentlohnung stattfinden darf.
- 347 • Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die dadurch entstehenden
- 348 Steuereinnahmen gilt es dem Europäischen Parlament zu Investitionen in Wachstums-
- 349 und Beschäftigungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.
- 350 • Die baldmöglichste Rückführung der EZB auf ihre Rolle als Wahrer der
- 351 Preisniveaustabilität. Die durch die Untätigkeit der nationalen Regierungen notwendig
- 352 gewordenen Programme zum uneingeschränkten Ankauf von Staatsanleihen (OMT)
- 353 dürfen kein gängiges Mittel zur Bewältigung hoher Refinanzierungskosten von nationalen
- 354 Altschulden sein.
- 355 • Den Ausschluss der Beteiligung von Kleinanlegern an der Rettung großer Bankinstitute.
- 356 Dies mindert das Vertrauen in die Euro-Zone. Tatsächlich gilt es die Anteilseigner
- 357 betroffener Banken stärker zu beteiligen und deren Ausfälle ggf. über einen
- 358 Bankenrestrukturierungsfonds abzuwickeln.
- 359 • Die von Irland und Spanien geleisteten Mittel zur Tilgung der Ansprüche von Gläubigern
- 360 irischer und spanischer, zu rekapitalisierenden Banken über die EZB abzuwickeln. Auch
- 361 hier muss der Zusammenhang zwischen Haftung und Risiko greifen. Handelt es sich bei
- 362 den Gläubigern um systemrelevante Banken, sind deren Ausfälle über den zu
- 363 schaffenden Bankenrestrukturierungsfonds abzuwickeln. Die Belastung der irischen und
- 364 spanischen Haushalte machen eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung unmöglich.
- 365

366 **Die Jugend Europas als Verlierer**

367

368 Die zunehmende Arbeitslosigkeit insbesondere junger Menschen in den Krisenstaaten ist eine

369 Konsequenz der fatalen Krisenpolitik der europäischen Regierungen und insbesondere der

370 deutschen Bundesregierung. Europa kann nicht funktionieren, wenn die Folgen des

371 Fehlmanagements bei der Jugend, und damit bei der Zukunft Europas einschlagen. Die SPD

372 erklärt sich solidarisch mit den Jugendlichen, die momentan keinerlei Perspektiven oder

373 Existenzsicherung haben. Es darf nicht weiter zugesehen werden, während eine ganze

374 Generation ihrer Zukunft beraubt wird.

375

376 Die Jugendarbeitslosigkeit ist indes langfristig nur durch die Überwindung der Krise, durch

377 Wirtschaftswachstum und steigende Nachfrage zu lösen. Die von der Europäischen

378 Kommission bisher ergriffenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus. Zur Bekämpfung der

379 akuten Jugend-Arbeitslosigkeit fordern wir ein Investitionsprogramm für Ausbildungs- und

380 Weiterqualifizierungsmaßnahmen.

381

382 Um die Ausbildungsperspektiven für junge Menschen zu verbessern, gilt es insbesondere

383 kleinen und mittelständischen Betrieben konkrete Förderung zukommen zu lassen, um die

384 Ausbildungsbereitschaft zu fördern. Außerdem ist die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage

385 in den Mitgliedsländern zu prüfen. Des Weiteren gilt es, Unternehmens-Neugründungen den

386 Weg in die Selbstständigkeit durch Gründungszuschüsse und steuerliche Anreize zu

387 ermöglichen. Diese Förderung ist über die Einrichtung eines gesonderten Strukturfonds zur

388 Jugendarbeitslosigkeit durchzuführen, der zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu gründen ist. Es

389 müssen die rechtlichen Bedingungen dahingehend erleichtert werden, dass junge

390 ArbeitnehmerInnen leichter in den Europäischen Arbeitsmarkt einsteigen und somit ggf. auch in

391 anderen Mitgliedsländern Arbeit finden können. Die europäische Jugendgarantie muss

392 vollständig ausfinanziert werden mit den insgesamt notwendigen 21 Milliarden Euro, anstatt

393 der bisherigen 6 Milliarden Euro. Die Jugendgarantie soll für alle jungen Europäer*innen gelten.

394 Für die SPD ist jeder Mensch unter 30 Jahren ein junger Mensch, welcher spätestens nach 2

395 Monaten Arbeitslosigkeit oder nach dem Verlassen der Schule eine gute Arbeit, eine gute

396 Weiterbildung/Ausbildung oder ein gutes Praktikum angeboten werden sollte. Bei Menschen

397 mit abgeschlossener Berufsbildung muss sichergestellt werden, dass diese vor allem

398 Berufsangebote erhalten.

399

400 **EU-Haushalt als Basis neuer Politik**

401

402 Die SPD formuliert eine eindeutige Vision hin zu mehr Europa. Diese setzt eine Verlagerung der

403 Kompetenzen von den Nationalstaaten hin zur Europäischen Union voraus. Dabei muss

404 deutlich sein, dass unsere Vorstellungen einer koordinierten Wirtschafts- und Fiskalpolitik nur

405 durch eine deutliche Vergrößerung des EU-Haushaltes möglich ist. Wir sprechen uns daher für

406 ein neues finanzielles Gerüst der Europäischen Union aus. Der Beitrag der Länder gemessen

407 am jeweiligen Anteil des Europäischen Bruttoinlandsproduktes muss steigen. Unsere Visionen
408 einer zukunftsfähigen EU-Haushaltspolitik legt neue Schwerpunkte. Wir setzen konkret auf
409 folgende Projekte, für die EU-Mittel aufgewandt werden sollen:

410

- 411 • Beschäftigungsprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere im Bereich
- 412 von „grünen Jobs“
- 413 • Investitionen in Forschung und Bildung
- 414 • Unterstützung einer nachhaltigen Energiewende
- 415 • Bekämpfung von Armut und Ungleichheit
- 416 • Allgemeiner Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen
- 417 • Förderung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und der Finanzstabilität

418

419 Um diese Ziele erreichen zu können, benötigt die EU finanzielle Handlungsspielräume.
420 Während konservative PolitikerInnen wie David Cameron und Angela Merkel den EU-Haushalt
421 verkleinern wollen, setzt die SPD auf eine Vergrößerung der Einnahmen. Die Zeit der
422 Renationalisierung europäischer Politik muss ein Ende haben. Wir fordern daher die Einführung
423 einer Finanztransaktionssteuer sowie einer CO₂-Steuer. Die Einnahmen aus diesen Steuern
424 sollen zu 100% in den EU-Haushalt fließen. Gleichwohl gilt es, die Verwaltung der
425 Europäischen Union weiter effizienter zu gestalten.

426

427 **Finanzmärkte und unsere Finanzpolitik für Europa**

428

429 **Zusammenhang zwischen Risiko und Haftung wieder gewährleisten**

430

431 Viel zu oft wurde das Prinzip des Zusammenhangs zwischen Risiko und Haftung in den
432 vergangenen Jahrzehnten ad absurdum geführt. Insbesondere während der Finanz-,
433 Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise wurden die entstandenen Schäden aus
434 Risikoinvestitionen sozialisiert, Nationalstaaten retteten auf Kosten ihrer Haushalte
435 systemrelevante Kreditinstitute oder Großkonzerne.

436

437 Für uns gilt: jeder, der durch Investitionen, risikobehaftete Unternehmenspolitik oder
438 selbstverantwortende Fehler ohne Einfluss exogener Schocks Schaden trägt, muss die
439 Konsequenzen tragen.

440

441 **Finanzmärkte als Dienstleister der Realwirtschaft**

442

443 Die Finanzmärkte spielen seit jeher eine zentrale Rolle bei der Entwicklung der Realwirtschaft.
444 Nicht selten trugen Erfolg und Misserfolg der Finanzmärkte massiv zu Wohlstand und Armut der
445 Menschen bei.

446

447 Mit Entwicklung der Finanzkrise seit 2007 wurde deutlich, dass der Finanzsektor ein Eigenleben
448 entwickelt hatte, das fernab jeglicher Regulierung nach marktwirtschaftlichen Prinzipien genug
449 Bilanzvolumen bewegte, um die Wirtschaftssysteme einer Vielzahl von Staaten in ihrer
450 Substanz zu bedrohen.

451

452 Dabei wurden zunehmend Hoch-Risikogeschäfte abgewickelt, ohne für entstehende Schäden
453 haften zu können. Durch die Abhängigkeit von Realwirtschaft und Privatvermögen entwickelte
454 sich in den vergangenen Jahrzehnten ein Glücksspiel-System, dessen Risiko weder kalkulier-
455 noch kontrollierbar war. Ziel der Sozialdemokratie muss es daher sein, zukünftige Finanzkrisen
456 zu verhindern, indem wir intelligente Regulierungsbehörden mit den notwendigen Instrumenten
457 auszustatten, um nicht nachhaltige Vermögens- oder Finanzmarktblasen zu bekämpfen und den
458 Zusammenhang zwischen Risiko und Haftung wieder zu gewährleisten.

459

460 Die Krisenursachen für den Ausbruch der Finanzkrise 2007 liegen indes tief. Während der
461 wirtschaftlich angespannten Situation hatte man sowohl über die Zinspolitik der Zentralbanken
462 als auch über die Vergabepaxis von Krediten einen Infektionskeim gelegt, der die Hoch-
463 Risikogeschäfte der Banken und Investitionsfonds zu einem unweigerlichen Ausfallrisiko für die
464 privaten Anleger auswachsen ließ. Dabei kam eine Kombination an Fehleinschätzungen und
465 unzureichenden Ratings in Verbindung mit mangelnder Regulierung und unzureichenden
466 Eigenkapitalvorschriften zum Tragen, die innerhalb kurzer Zeit den gesamten Interbankenmarkt
467 zum Zusammenbruch führten, mit entsprechenden Konsequenzen für die Realwirtschaft.

468

469 Die SPD setzt sich daher für die Regulierung des Finanzmarktes ein. Wir fordern:

470

- 471 • Die Verbindung zwischen Risiko und Haftung im Finanzmarkt wieder zu reaktivieren.
- 472 • Die Einführung eines Trennbankensystems, um das Risiko des Investmentbankings nicht
- 473 auf die natürliche Funktion als Geschäftsbanken und Finanzdienstleister der
- 474 Realwirtschaft zu übertragen.
- 475 • Den Aufbau einer europäischen Aufsichts- und Kontrollbehörde, die die unterschiedlichen
- 476 Kompetenzen des ESFS, EBA, der nationalen Aufsichtsbehörden sowie informellen
- 477 Ausschüssen bündelt. Von dieser Aufsicht sind regionale Sparkassen und
- 478 Genossenschaftsbanken auszunehmen.
- 479 • Die Durchführung jährlicher Stresstests für alle als systemrelevant eingestuften Banken.
- 480 • Die Regulierung der Finanzmärkte. Dabei gilt es sowohl den Hochfrequenzhandel zu
- 481 reduzieren, die Überprüfung der Finanzprodukte durch die Europäische Aufsichtsbehörde,
- 482 die Einschränkung des Handels mit CDS auf eigene Produkte, als auch das Verbot
- 483 ungedeckter Leerverkäufe voranzutreiben.
- 484 • Die Ausweitung der Bilanzierungsvorschriften für Banken. Dabei müssen insbesondere
- 485 komplexe Finanzprodukte, wie etwa die Bündelung von CDS und verbrieften Krediten, die
- 486 sich während der Finanzkrise als „toxisch“ herausgestellt haben, in der Bilanz ersichtlich
- 487 sein und in ihrem Querschnitt abgebildet werden.
- 488 • Die Umsetzung der Basel III-Vereinbarungen, um die Krisenanfälligkeit europäischer
- 489 Banken zu reduzieren. Dabei ist die Umsetzung der Basel III-Vorschriften für regionale
- 490 Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu prüfen und ggf. anzupassen.
- 491 • Langfristige Verlagerung des OTC-Handels zu clearing-Stellen, die den Handel
- 492 transparent gestalten.
- 493 • Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um den Hochfrequenzhandel sinnvoll
- 494 einzuschränken. Dessen Erlöse kommen dem EU-Haushalt zugute.

495

496 **Banken haften für Banken**

497

498 Die Entwicklung seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die im
499 Finanzmarkt bewegten Bilanzsummen längst die nationaler Haushalte übersteigen. Während
500 wenige von den Gewinne der Spekulationen auf den Finanzmärkten zuvor profitiert hatten,
501 zeigte sich mit Ausbruch der Finanzkrise europaweit eine Vielzahl von systemrelevanten
502 Banken, die als „too big to fail“ einzuschätzen waren und damit zwangsläufig von den Staaten
503 der Eurozone gerettet werden mussten. Damit werden nicht nur die Kosten der Krise der
504 Allgemeinheit aufgebürdet, es widerspricht auch dem marktwirtschaftlichen Verständnis der
505 SPD. Es muss verhindert werden, dass zukünftig Spekulationen wissentlich auf Haftung des
506 Staates stattfinden, weil systemrelevante Banken zwangsläufig gerettet werden.

507

508 Wir fordern daher:

509

- 510 • Die Bildung eines Bankenrestrukturierungsfonds, der sich aus Einlagen der Banken und
- 511 Finanzinstitute zusammensetzt und ggf. zur Abwicklung von Banken dienen soll. Die Höhe
- 512 der Einlage definiert sich durch die Höhe der risikokalkulierten Bilanzsumme.
- 513 • Die Bildung eines Abwicklungsregimes, das insolvente Banken abwickeln kann und die
- 514 daraus entstehenden Risiken über den Bankenrestrukturierungsfonds auffangen kann.
- 515 • Die Beteiligung von privaten Anlegern an der Haftung dadurch auszuschließen.
- 516 Entsprechende Ansprüche sind über den Bankenrestrukturierungsfonds abzuwickeln.

517

518 **Europäische Zentralbank als unabhängige Institution der Geldwertstabilität**

519

520 Die EZB hat im Laufe der Krise mehrfach als letzter Rettungsanker über ihre Kompetenzen
521 hinaus agiert, und die Untätigkeit der Europäischen Regierungschefs, insbesondere die des
522 damaligen Bündnisses von Merkel und Sarkozy, häufig in letzter Minute noch kompensiert. Die
523 dabei ausgegebenen Maßnahmen des uneingeschränkten Ankaufs von Staatsanleihen (OMT),
524 wie den tatsächlichen Kauf von Staatsanleihen von Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und
525 Italiens zuvor haben ihre Wirkung entfaltet und kurzfristig das Vertrauen in die Euro-Zone
526 wiederhergestellt, das die Staats- und Regierungschefs zu erzeugen nicht in der Lage waren.

527

528 Die wesentliche Rolle der EZB liegt für uns dabei nach wie vor in der Sicherung der

529 Geldwertstabilität. Eine langfristig ausgelegte Politik der Zentralbank auf die Absicherung
530 fiskalischer Risiken der Euro-Länder gefährdet die Stabilität der Währung und verstößt gegen
531 die politische Unabhängigkeit der EZB. Den kurzfristig entstehenden Vorteile der Anleihenkäufe
532 können langfristige inflatorische Tendenzen und ein Abflauen der auf Kosten der
533 Geldwertstabilität geschaffenen Stärkung der Konjunktur nach sich ziehen, wie es
534 beispielsweise in Italien zu beobachten war.

535

536 Daher fordern wir:

537

538 • Den Erhalt der politischen Unabhängigkeit der EZB.

539 • Die Fokussierung der EZB auf die Preisniveau- bzw. Geldwertstabilität.

540 • Den baldestmöglichen Stopp der Ankäufe von Staatsanleihen der Euro-Staaten.

541

542 **Strukturelle Nachhaltigkeit als Perspektive für Europa**

543

544 Die im Rahmen der Staatsschuldenkrise sichtbar gewordenen Defizite in der nachhaltigen
545 strukturellen Haushaltskonsolidierung stellen einen der wesentlichen Geburtsfehler der
546 Europäischen Union dar. Dabei hat sich gezeigt, dass die Verschuldungspolitik weder durch
547 Konzepte der antizyklischen Haushaltskonsolidierung noch durch den Negativ-Anreiz durch
548 nachhaltige Belastung der Staatshaushalte durch Zinslasten verhindert werden konnte.

549

550 Für uns ist deutlich, dass Verschuldung immer eine Belastung kommender Generationen
551 bedeutet, die Staaten durch Zinslasten nachhaltig belastet und de facto immer Umverteilung
552 von unten nach oben zur Folge hat. Die Politik auf Pump ist gescheitert. Wir sprechen uns
553 daher dafür aus, so bald wie möglich den Weg der Neuverschuldung zu verlassen.

554

555 Eine Koordination der Fiskalpolitik kann nur gelingen, wenn die Verschuldungsorgien der
556 Staaten gestoppt werden. Daher sprechen wir uns mittel- bis langfristig dafür aus, ein neues,
557 nachhaltiges Haushaltsrecht in der Europäischen Union zu etablieren.

558

559 Die nationalen Haushalte sollen künftig durch einen Ausschuss des Europäischen Parlaments
560 genehmigt werden. Dabei darf es nicht zu normativer, inhaltlich politischer Einflussnahme
561 kommen, die Genehmigung der Haushalte muss nach Kennzahlen der jeweiligen
562 Wirtschaftssysteme ausgestaltet werden. Als geeignete Kennzahlen sind hierbei u.a. die
563 Investitionsquote, Staatsquote und die Maastricht-Konvergenzkriterien zu nennen.

564

565 Die konkrete Ausgestaltung konsolidierter Haushalte ist dabei der Kompetenz der nationalen
566 Parlamente vollständig zu überlassen.

567

568 Wir fordern daher:

569

570 • Die Genehmigungspflicht nationaler Haushalte durch einen zu bildenden
571 Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments.

572 • Einen Kriterien-Katalog, der die Genehmigung nationaler Haushalte nicht von deren
573 inhaltlicher Ausgestaltung, sondern von definierten Kennzahlen, wie bspw. der Maastricht-
574 Konvergenzkriterien, der Investitionsquote oder der Staatsquote abhängig macht.

575

576 **Gemeinsame Wirtschafts- und Fiskalpolitik in Europa**

577

578 Einer der Geburtsfehler des Euro stellt die Beibehaltung der nationalen Wirtschaftspolitik dar.
579 Während vor Einführung der Gemeinschaftswährung durch die Möglichkeit die eigene Währung
580 auf- und abzuwerten die unterschiedlichen Ausrichtungen der Volkswirtschaften kompensiert
581 werden konnten, musste mangels koordinierter Wirtschafts- und Fiskalpolitik dieser
582 Mechanismus realwirtschaftlich vollzogen werden. Während keine Kompetenzen zu konkreten
583 wirtschaftspolitischen Maßnahmen seitens der Europäischen Union vorhanden waren, konnten
584 sich durch die Import- oder Exportorientierung einzelner Staaten ein Ungleichgewicht in der
585 Euro-Zone entwickeln, dass mittel- und langfristig den Bestand der gemeinsame Währung
586 gefährden würde. Diese Entwicklung hat sich nach Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise
587 vollzogen.

588

589 Wir sprechen uns daher für eine Intensivierung der Wirtschaftskoordination im Rahmen des

590 entsprechend dem Europa 2020-Plans entwickelten Europäischen Semesters aus.

591

592 Dazu gilt es Kompetenzen an das Europäische Parlament abzugeben. Nur wenn entsprechende

593 Mittel zur konkreten Förderung wachstumsorientierter Investitionen und anreizorientierten

594 Konjunkturpolitik vorhanden sind, kann eine gemeinsame Wirtschaftspolitik gelingen.

595

596 Wir fordern deshalb:

597

598 • Die Verlagerung der Kompetenzen im Rahmen der Wirtschaftspolitik an das Europäische
599 Parlament.

600 • Eine anreizorientierte Politik, um Fehlentwicklungen einzelner Mitgliedsstaaten
601 entgegenwirken zu können. Hierzu gilt es, Einlagen der Mitgliedsstaaten zur freien
602 Verwendung nur dann freizugeben, wenn den Empfehlungen des Europäischen
603 Semesters Folge geleistet wird

604 • Die Kompetenz des Europäischen Parlaments, Mindeststandards zu definieren, um
605 sowohl unverhältnismäßige Niedriglohnpolitik, als auch für den Binnenwettbewerb
606 schädliche Steuerpolitik zu verhindern.

607 • Die zusätzlich Bereitstellung von Mitteln zusätzlich zu den Strukturfonds, um:

608 • Die Investition in Forschung & Entwicklung in Höhe von 3 % des BIP umzusetzen.

609 • Europäische Beschäftigungsprogramme tatsächlich umsetzen zu können. Dies ermöglicht
610 ein Entgegenwirken bei hohen Arbeitslosenquoten einzelner Mitgliedsstaaten.

611 • Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend den regionalen
612 Bedürfnissen anpassen zu können.

613 • Im Falle regionaler Krisen durch Elemente wie ein Europäisches Kurzarbeitergeld, oder
614 zusätzliche Investitionen jenseits der Strukturfonds regionale Konjunkturpakete aufstellen
615 zu können.

616

617 **Regionale Potentiale ausschöpfen und Potential der Europäischen Strukturfonds nutzen**

618

619 Die ungleichen wirtschaftlichen Entwicklungen insbesondere im Euro-Raum finden ihren

620 Ursprung neben politischen Maßnahmen auch in unterschiedlichen regionalen

621 Voraussetzungen. Um einen gemeinsamen Binnenmarkt aller EU-Mitgliedsstaaten realisieren

622 zu können, wurden deshalb die Europäischen Strukturfonds geschaffen, im wesentlichen

623 unterteilt in den EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), der zur Bekämpfung

624 struktureller regionaler Defizite konstruiert wurde, den ESF (Europäischer Sozialfonds), der zur

625 Schaffung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts dienen soll, wie den Europäischen

626 Kohäsionsfonds zur Förderung von Umwelt- und Infrastrukturprojekten.

627

628 Während die eigentlichen Ziele der Strukturfonds auf Konvergenz und Verringerung regionaler

629 unterschiedlicher Entwicklungsstände als Element eines gemeinsamen Binnenmarktes

630 unverzichtbar sind, haben sich die Strukturfonds tatsächlich jedoch als wenig wirkungsvolles

631 Mittel erwiesen. Die SPD Baden-Württemberg fordert daher eine Reform der Strukturfonds, um

632 die notwendige Konvergenz der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten

633 umsetzen zu können.

634

635 Die bisherige Förderung gemessen an 75 % unter EU-Durchschnitt des BIP pro Kopf wurde

636 nicht umgesetzt. Um eine Konzentration der Fördermittel zu verhindern, floss ein Großteil der

637 Mittel an Mitgliedsstaaten, die diesen Kriterien nicht mehr entsprochen haben. Für uns ist

638 jedoch klar: Gerade aufgrund der bisher fehlenden Umsetzung einer koordinierten

639 Wirtschaftspolitik und aufgrund der Konsequenzen unterschiedlicher Außenhandelsbilanzen gilt

640 es die Strukturfonds als wirkungsvolles Mittel umzugestalten und deren Volumen von aktuell ca.

641 1/3 des EU-Haushaltes in Höhe von ca. 308 Mrd. € deutlich auszubauen.

642

643 Wir fordern deshalb:

644

645 • Eine Reform der Strukturfonds, um die Ziele der Konvergenz und Verringerung regionaler
646 Disparitäten umsetzen zu können.

647 • Die gezielte Förderung regionaler Potentiale, um Ungleichheiten in den

648 Außenhandelsbilanzen kompensieren zu können.

649 • Den Ausbau der zur Verfügung stehenden Mittel.

650 • Eine Abkehr von dem wenig wirkungsvollen Gießkannen-Prinzip in der Förderung.

- 651 • Den Abbau von Bürokratie bei der Vergabe, um einen effizienteren Einsatz der Mittel zu
652 gewährleisten.
- 653 • Die Vergabe von Mitteln anhand von klar definierten Kennzahlen an Staaten mit einer auf
654 Stabilität und Wachstum ausgelegten Politik.
- 655 • Einen festgeschriebenen Finanzausgleich lehnen wir ab. Ziel muss es sein, Disparitäten
656 mittel- bis langfristig durch Förderung und Investitionen zu verringern und entsprechende
657 Kompensationszahlungen durch gezielte Förderungen zu nutzen.
- 658 • Die Schaffung eines weiteren Strukturfonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

659

660 **EU-Subventionen der Gegenwart**

661

662 Die EU-Subventionspolitik genügt auch im 21. Jahrhundert nicht sozialdemokratischen
663 Vorstellungen. Zwar hat sich der Anteil der strittigen Agrarsubventionen mittlerweile verkleinert,
664 nichtsdestoweniger werden noch immer über 40% des EU-Haushaltes für Agrarsubventionen
665 aufgewandt, davon ein überwiegender Großteil für Direktzahlungen. Diese Art der
666 Subventionen, die längst nicht mehr dem Ursprungsziel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP),
667 nämlich der Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung dient, lehnen wir ab. Die aktuellen
668 Agrarsubventionen fördern unökologische Anbauweisen, die Exporthilfen zerstören den
669 Wettbewerb in Entwicklungsländern und fördern Armut und Hunger der dort lebenden
670 Menschen auf Kosten unseres Wohlstandes. Auch die geplante Neustrukturierung der GAP
671 weißt eklatante Mängel auf.

672

673 **EU-Subventionen der Zukunft**

674

675 Wir kämpfen daher für eine andere Subventionspolitik, die sich insbesondere an den Bereichen
676 Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Energieeffizienz orientiert.

677

678 Konkret fordern wir eine klar nachvollziehbare Regelung für Agrarsubventionen bei einem
679 gleichzeitigen Rückgang der Gesamtmittel. Anstelle allgemeiner Subventionen sollen
680 vertragliche Zahlungen treten, die nur dann ausbezahlt werden, wenn Betriebe bestimmte
681 Auflagen zu nachhaltiger Erzeugung, zum Tierschutz und zur Reduktion des Einsatzes von
682 Chemikalien nachweisen können. Hinzu kommen Zahlungen für die Schaffung „grüner Jobs“ im
683 Bereich des ökologischen Landbaus. Durch diese gezielte Förderung soll der Anteil der
684 Agrarsubventionen am EU-Haushalt bis 2030 auf 25% des derzeitigen Niveaus abgesenkt
685 werden.

686

687 Des Weiteren fordern wir die Abschaffung sämtlicher handelsverzerrender Subventionen
688 insbesondere im Bereich der Ausfuhrsubventionen. Nur so können die EU-Entwicklungsziele mit
689 der GAP in Einklang gebracht werden.

690

691 **Die Europäische Integration vorantreiben**

692

693 Der Weg der Europäischen Erweiterung hat vor vielen Jahren begonnen und ist noch lange
694 nicht abgeschlossen. Die stetige Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft seit 1973
695 bestätigt uns in diesem Denken. In den letzten 20 Jahren wuchs die Anzahl der Mitgliedsstaaten
696 in der Europäischen Union von 12 auf 27 Länder.

697

698 Die Europäische Integration ist eine große Herausforderung, was sich beim Blick auf die Anzahl,
699 aber auch auf die Heterogenität in den politischen Systemen, den Kulturen und der
700 wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Mitgliedsstaaten verdeutlicht. Um neue
701 Erweiterungen zu ermöglichen müssen die Integration und das Zusammenwachsen der
702 bisherigen Europäischen Staaten noch weiter voranschreiten und verbessert werden. Die von
703 uns dargestellten Maßnahmen und Vorschläge im Antragstext werden dazu ihren Beitrag
704 leisten. Als SPD ist uns bewusst, dass diese Maßnahmen einzelne Bausteine sind, die nur alle
705 gemeinsam zum gewünschten Erfolg führen können. Die europäische Integration zeigt, dass
706 Staatsgrenzen innerhalb der EU langfristig obsolet werden können.

707

708 Wo die Grenzen dieser Integration Europas liegen, ist schwer genau zu definieren. Für uns
709 steht fest: Das politische Europa ist kein geographisches Gebilde! Wir sind ferner davon
710 überzeugt, dass auch Kultur und Religion sich nicht zur Abgrenzung eignen. Sinnvolle Kriterien
711 sind für uns die Stabilität und Funktionsfähigkeit des politischen Systems, sowie gemeinsame

712 Grundwerte im Sinne des Artikel 2 EU-Vertrag wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Gleichheit
713 und Freiheit. Als SPD befürworten wir die Erweiterung der Europäischen Union und fordern
714 diese auch energisch ein. Trotzdem tragen wir als EuropäerInnen Verantwortung für mögliche
715 Beitrittskandidaten sowie das Gesamtgerüst der EU. Den Dreiklang aus politischer und
716 wirtschaftlicher Stabilität sowie die unmissverständliche Einhaltung der Menschenrechte sind für
717 uns notwendige Voraussetzungen für einen Beitritt.

718

719 **Die Europäische Union - Gegen Europaskepsis und Rechtsruck**

720

721 Die Europäische Union erhebt den Anspruch auch eine Wertegemeinschaft zu sein. Europaweit
722 und in manchen Ländern besonders sind jedoch Absetzbewegungen spürbar, sowohl von
723 Europa als Gemeinschaft als auch von ihren gemeinsamen Werten. Wir wollen ein Europa, in
724 dem Grund- und Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern gelebt werden. Ein
725 Europa, deren Mitgliedstaaten zusammenhalten und sich als Teil einer Gemeinschaft verstehen.

726

727 Mit der Öffnung der Ehe in Frankreich ging eine Welle verbaler und körperlicher Gewalt einher -
728 gerichtet gegen lesbische, schwule, bisexuelle Menschen. In Deutschland sehen sich
729 Menschen, die der heterosexuellen und zweigeschlechtlichen Norm nicht entsprechen,
730 gezwungen, ihre Grundrechte in mühsamen Verfahren bis hin zum Bundesverfassungsgericht
731 Stück für Stück einzuklagen. Flüchtlinge müssen in absurden und unwürdigen Verfahren ihre
732 sexuelle Orientierung, ihre Geschlechtidentität beweisen. In einer Befragung von 93.000
733 Europäer*innen hat die Europäische Agentur für Grundrechte aufgezeigt, dass für
734 homosexuelle, bisexuelle und transgeschlechtliche Menschen europaweit Angst und Isolation,
735 Schikanen und Diskriminierung zum Alltag gehören. So wagen es zum Beispiel 66% der
736 Befragten nicht, in der Öffentlichkeit die Hand des*der gleichgeschlechtlichen Partner*in zu
737 halten. Ein Leben ohne Angst und Diskriminierung muss in Europa für alle Menschen möglich
738 werden, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung der Geschlechtsidentität. Hierzu fordern
739 wir polizeiliche Schulungen, mehr Hilfsangebote für Betroffene, eine wirksame Bekämpfung von
740 Hasskriminalität und vor allem ein Umdenken in unserer Gesellschaft.

741

742 Politische Entwicklungen, wie sie in Ungarn unter der Regierung von Ministerpräsident Viktor
743 Orban erfolgen, verurteilen wir und fordern die EU auf, hier deutlicher in ihrem Handeln zu
744 werden. Wenn Grundrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung beschnitten werden,
745 darf der Rest Europas nicht wort- und tatenlos zusehen. Trotz politischer Verhandlungen und
746 Gespräche hat sich gezeigt, dass die ungarische Regierung von der Aushöhlung des
747 Rechtsstaats nicht ablässt. Deshalb unterstützen wir die Forderungen nach einem Verfahren
748 gegen Ungarn wegen Verstoßes gegen die Grundwerte der Union. Generell erhoffen wir uns
749 durch die gezielte Unterstützung von demokratischen Stiftungen und Organisationen eine
750 Stärkung der Demokratie vor Ort und ein mehr an politischer Bildung. Gleichzeitig zeigt sich
751 auch hier, dass wirtschaftliche Perspektivlosigkeit den Weg für rechte Kräfte ebnen kann. Dies
752 muss ein deutliches Warnsignal sein.

753

754 Auch die Entwicklungen in Großbritannien beobachten wir mit Sorge. Dort werden populistische
755 Forderungen gegen das Europäische Projekt genutzt um sich parteipolitisch zu profilieren. Ein
756 solches Verhalten der Regierung unter David Cameron lehnen wir ab. Europa ist zu kostbar um
757 es parteitaktischen Spielchen zu Opfern, dies muss auch den politisch Verantwortlichen in
758 Großbritannien bewusst werden. Yes or No - Großbritannien muss sich entscheiden. Wir
759 ermutigen die Menschen in Großbritannien sich wieder für eine deutliche pro-europäische
760 Haltung stark zu machen und auszusprechen. Beide Seiten, die EU und
761 Großbritannien, müssen sich darüber im Klaren werden, ob die momentane Sonderrolle
762 Großbritanniens in der EU langfristig tragbar ist. Wir wünschen uns ein deutliches Bekenntnis
763 Großbritanniens zu Europäischen Union und damit auch zu einer Vollmitgliedschaft in der EU.
764 Gleichzeitig ist uns klar, dass die EU nur mit der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger
765 funktioniert. Sollte die Union von einer Mehrheit der BürgerInnen abgelehnt werden, können wir
766 kein Land zwingen, Mitglied zu bleiben.

767

768 **Die Erweiterung der Europäischen Union - eine Chance für mehr Demokratie**

769

770 Europa ist ein einzigartiges Friedens- und Demokratieprojekt. Bereits eine Beitrittsperspektive
771 kann demokratische Reformen begünstigen. Wir befürworten deshalb die Erweiterung der
772 Europäischen Union. Gleichzeitig ist klar, dass die EU handlungsfähig bleiben muss und nicht

773 überfordert werden darf. Um dies zu sichern, müssen Beitrittskandidaten die Kopenhagener
774 Kriterien erfüllen, um Mitglied werden zu können. Kulturelle Kriterien dürfen bei
775 Beitrittsentscheidungen hingegen keine Rolle spielen.

776

777 Mit Kroatien ist ein weiteres Land Mitglied der Europäischen Union geworden, das sich vor
778 weniger als 20 Jahren noch im Kriegszustand befand. Der Beitritt verkörpert damit einmal mehr
779 die Friedensleistung Europas. Der Beitritt Kroatiens bildet aber auch gleichzeitig eine
780 Beitrittsperspektive für die weiteren Balkanstaaten. Auch hier zeigt sich die integrative Wirkung,
781 die die Europäische Union erfüllt. Aus ehemals verfeindeten Ländern können kulturelle,
782 politische und wirtschaftliche Partner werden. Die zukünftigen Herausforderung für die
783 kroatische Bevölkerung werden die Bekämpfung der Korruption und die prekäre Situation auf
784 dem eigenen Arbeitsmarkt sein, auf dem insbesondere junge Menschen vergeblich nach einem
785 Ausbildungs- und Arbeitsplatz suchen. Hier ist es Aufgabe der Europäischen Union, gemeinsam
786 mit allen Mitgliedsstaaten Konzepte und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten, die diesen
787 Entwicklungen in den betroffenen Ländern entgegenwirken und der Jugend eine Perspektive
788 bieten.

789

790 Die Aufnahme weiterer Staaten des westlichen Balkans sehen wir als langfristiges Ziel in der
791 europäischen Erweiterungspolitik. Durch die Eröffnung einer Beitrittsoption kann diesen Ländern
792 eine Entwicklungsperspektive aufgezeigt werden.

793

794 Die Türkei bleibt für uns auch weiterhin ein potenzieller europäischer Mitgliedstaat. Die
795 Ereignisse rund um die Demonstrationen im Gezi-Park zeigen uns, dass die Türkei bei allen
796 Fortschritten der letzten Jahre noch deutliche Defizite bei der Meinungs-, Presse- und
797 Demonstrationsfreiheit aufzuarbeiten hat. Die vielen kritischen Stimmen unserer Generation in
798 der Türkei machen aber auch deutlich, dass dem wirtschaftlichen Fortschritt in der Türkei ein
799 gesellschaftlicher folgen wird. Der mutige und friedliche Teil der Demonstrierenden darf den
800 Konservativen in Europa nicht zum Vorwand taugen, die Beitrittsverhandlungen abermals zu
801 verschieben. Der demokratische und progressive Teil der Demonstrierenden baut auf uns. Wir
802 wollen ihnen verlässliche PartnerInnen sein

803

804

805

806

807

808

809

810

811

812

813

814

815

816

817

818

819

820

821

822

823

824

825

826

827

828

829

830

831

832

833

Titel Für eine neue Außen- und Sicherheitspolitik

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für eine neue Außen- und Sicherheitspolitik

1 **Waffenexporte begrenzen und stärker kontrollieren**

2

3 Gerade die Diskussionen über die aktuelle Situation in Libyen und erneute Panzer-Exporte nach
4 Saudi-Arabien zeigen uns, dass wir eine neue Außen- und Sicherheitspolitik für Deutschland
5 und die Welt brauchen.

6

7 Die deutsche Politik und vor allem die deutsche Wirtschaft als drittgrößter Waffenexporteur der
8 Welt müssen sich seiner großen Verantwortung bewusster werden. Dabei muss allen
9 Beteiligten klar sein, dass jede ins Ausland exportierte Handfeuerwaffe, jeder Panzer, jedes
10 Kriegsschiff und jedes Kampfflugzeug sowohl dem Friedenserhalt dienen kann, als auch als
11 Waffe gegen Menschen und die eigene Bevölkerung benutzt werden kann.

12

13 Eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine
14 gestalterische Außenpolitik lehnen wir entschieden ab. Desweiteren fordern wir eine stärkere
15 Kontrolle von Waffenexporten durch den Deutschen Bundestag. Wir halten den
16 Bundessicherheitsrat für das falsche Gremium über Exporte von Waffen ins Ausland zu
17 entscheiden, und sprechen uns daher für eine offene namentliche Abstimmung im Parlament
18 aus. Hierbei sollen den Parlamentariern unabhängige Gutachten vorgelegt werden, die vor
19 allem die Unterschiedliche Bewertung von Groß- und Kleinwaffenexporten berücksichtigt.

20

21 Eine mögliche Weitergabe aus Deutschland exportierter Waffen an Dritte ist wirksam zu
22 kontrollieren und Verstöße gegen Endverbleibsklauseln sind streng zu sanktionieren. Hier
23 fordern wir eine stärkere Kontrolle und Koordination durch die Vereinten Nationen.

24

25 **Umbau der Vereinten Nationen**

26

27 Ebenso müssen wir im Rahmen einer neuen Außen- und Sicherheitspolitik über den Umbau der
28 Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Kriseninterventions- und Hilfsarmee
29 nachdenken. Krisenintervention vor allem bei Völkermord und Genozid benötigen aber
30 unbedingt ein Mandat durch die Vereinten Nationen.

31

32 Verkrustete Strukturen in müssen aufgebrochen werden, lähmende Abstimmungsprozesse
33 müssen reformiert und den Umständen des 21. Jahrhunderts angepasst werden.

34

35 **Entwicklungshilfepolitik reformieren**

36

37 Desweiteren wollen wir im Zuge der Umstrukturierung der Außen- und Sicherheitspolitik auch
38 die Entwicklungshilfepolitik reformieren. Wir wollen keine reine Wirtschaftspolitik in der
39 Entwicklungshilfe. Ziel unserer Entwicklungspolitik ist die Überwindung von Armut und Hunger
40 in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der

41 Menschenrechte.
42
43 Ziel deutscher Entwicklungshilfepolitik muss es sein Gesundheitsvorsorge im Ausland zu
44 fördern, Demokratiebewegungen und junge Demokratien im Ausland zu unterstützen und zu
45 stärken und Hilfe zur Selbsthilfe in den Bereichen Bildung, und Innere Sicherheit zu geben.
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Titel Für den Frieden und gegen Gewalt! –
Waffenexporte aus Deutschland und der EU stoppen

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für den Frieden und gegen Gewalt! – Waffenexporte aus Deutschland und der EU stoppen

- 1 Die deutsche Volkswirtschaft ist traditionell eine exportorientierte. In vielen Bereichen sind
- 2 deutsche Produkte weltweit stark nachgefragt. Mittlerweile gehören zu einer solchen Gruppe
- 3 auch Waffen und Rüstungsgüter. Deutschland ist zum weltweit drittgrößten Exporteur von
- 4 Rüstungs- und Kriegsgütern geworden. Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ein
- 5 alarmierendes Zeichen, auch für den Wandel des außenpolitischen Selbstverständnisses der
- 6 Bundesrepublik Deutschland.
- 7
- 8 War dieses Selbstverständnis nach den schrecklichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts von
- 9 einer Zurückhaltung geprägt, hat es sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der
- 10 Teilung Deutschlands einem immer stärkeren Wandel unterzogen. Der Politikwissenschaftlicher
- 11 Herfried Münkler spricht dabei auch von Deutschland als mittlerweile „selbstbewusster
- 12 Mittelmacht“. Zwar mag Münklers Grundthese, nach der Deutschland seine Außenpolitik vor
- 13 allem an den Prämissen eines soft-power-Ansatzes orientiert, trotz vieler internationaler
- 14 militärischer Einsätze in den letzten Jahren und Jahrzehnten, immer noch zutreffend sein, doch
- 15 zeigen gerade solche Einsätze auch, dass auch hier die deutsche Außenpolitik einen
- 16 fortwährenden Wandel vollzieht.
- 17
- 18 Ausdruck dieses Wandels ist auch die zunehmende Zahl an Exporten von Waffen- und
- 19 Kriegsgütern. Mischt Deutschland insofern zwar nicht immer als Akteur unmittelbar in (z.T.
- 20 bewaffneten) Konflikten mit, so bezieht es durch das Exportieren von Waffen dennoch
- 21 Positionen.
- 22
- 23 Wir als Jusos sind zudem sehr empört darüber, dass der neue bundesrepublikanische Ansatz in
- 24 der Außenpolitik nicht mehr nur auf rein politischen Erwägungen beruht, sondern zunehmend
- 25 vor allem auch wirtschaftliche Ziele im Mittelpunkt stehen. Die deutsche Volkswirtschaft im
- 26 Gesamten profitiert von dem Export von Waffen und Kriegsgütern über Maßen. Wir als Jusos
- 27 sehen es sehr kritisch, dass wir unseren Wohlstand zunehmend auch durch den Verkauf
- 28 totbringender Waren erwirtschaften.
- 29 Wir Jusos stehen zu einer friedensicherenden und antimilitaristischen Außenpolitik. Unser
- 30 außenpolitisches Mittel ist die Diplomatie und die Förderung von Frieden weltweit. Die
- 31 Verschärfung von manifesten, oder auch latenten Konflikten durch die Lieferungen von Waffen
- 32 in Krisenregionen ist daher aufs Schärfste zu verurteilen. Wir fordern daher als
- 33 Sofortmaßnahme endlich mehr Transparenz und Kontrolle bei Waffenexporte. Diese müssen
- 34 wir über eine ausgeweitete parlamentarische Beteiligung in der Frage von
- 35 Exportentscheidungen sicherstellen. Der Deutsche Bundestag muss über die Entscheidung
- 36 über die Auslieferung von Waffen stimmberechtigt eingebunden werden. Die Überwachung der
- 37 deutschen Ausfuhrregelungen erachten wir zudem als unzureichend und fordern daher die

38 Bundesregierung auf, die bisherigen Regelungen und den Endverbleib insbesondere von
39 Kleinwaffen stärker zu überwachen.
40 Darüber hinaus fordern wir als Jusos die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu auf, sich
41 gemeinsam auf striktere Exportregelungen zu einigen. Die EU muss ihrem Friedensversprechen
42 nach Innen auch endlich sichtbar nach Außen gerecht werden!
43 Den Schlüssel zu einer erfolgreichen und durchsetzungsfähigen exportbeschränkenden Politik
44 im Bereich der Waffenexporte, sehen wir Jusos in der Schaffung von Anreizen zur Konversion
45 bestehender Rüstungsproduktion auf zivile Güter. Hierzu sollten von staatlicher und
46 europäischer Seite Anreizprogramme für die Wirtschaft initiiert werden, die sich zum Ziel setzen
47 die in diesem Wirtschaftsbereich bestehenden Beschäftigungsverhältnisse auch nach der
48 Einführung von Exportbeschränkungen zu sichern.
49
50 Frieden ist ein Wert, der uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten besonders verpflichtet.
51 Wir dürfen deshalb nicht länger zusehen, wie sich reiche Industrienationen, wie Deutschland,
52 mit dem Export von Kriegsgütern zu Lasten vieler krisenbetroffener Regionen und deren
53 Menschen, die nicht in Frieden leben, bereichern.
54
55 Internationale Solidarität heißt, sich offensiv für den Frieden stark zu machen und entsprechend
56 den Entwicklungen, die diesem Ziel entgegenstehen, entschieden entgegen zu treten!

57
58 **Begründung:**
59 Erfolgt mündlich.

60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97

Titel Für eine solidarische
Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe!

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-
Fraktion im Europäischen Parlament

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe!

1 Die deutsche Entwicklungspolitik in der Kritik

2

3 Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit wird durch eine große Anzahl von
4 Akteuren beeinflusst. Zu diesen Akteuren zählen vor allem die internationalen Organisationen
5 (Weltbank, IWF, die UN-Organisationen) aber auch die Entwicklungsorganisationen (z.B.
6 Ministerien, Durchführungsorganisationen) und Forschungseinrichtungen. Diese Vielzahl an
7 Akteuren bestimmt, was als Entwicklung anzusehen ist und wie sie zu erreichen ist und sie gilt
8 es entsprechend bei unserem entwicklungspolitischen Vorgehen zu berücksichtigen.

9

10 Das Signal und der Anspruch des Begriffswandels, von Entwicklungshilfe zu
11 Entwicklungszusammenarbeit, ist, dass die Gleichwertigkeit der Geber- und Nehmerländer
12 gegeben sein muss. Die Zeiten der Almosen von Nord nach Süd sind damit vorbei. Dieser
13 Paradigmenwechsel ist richtig und muss noch stärker in die Entwicklungszusammenarbeit und
14 deren Wahrnehmung einbezogen werden.

15

16 Der Strategiewechsel in der deutschen Entwicklungspolitik unter dem Entwicklungsminister Dirk
17 Niebel (FDP), der dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
18 (BMZ) als Fachminister vorsteht, wird von uns Jusos hingegen stark kritisiert. Ein
19 Hauptkritikpunkt an Niebels Entwicklungspolitik bezieht sich dabei auf die starke
20 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Hilfsorganisationen (Terre des Hommes,
21 Welthungerhilfe etc.) fürchten zu Recht, dass es primär um Wirtschaftsinteressen im Rahmen
22 der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geht. Diese Besorgnis wird durch die Tatsache
23 verschärft, dass nicht nur die seit den 1990er Jahren existierenden Privat-Public-Partnerships
24 (PPP) verstärkt weitergeführt werden, sondern u.a. auch eine Servicestelle für die
25 Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eingerichtet wurde. Die Wahrscheinlichkeit, dass
26 Unternehmen nur dort Investitionen tätigen, wo eine ausgebaute Infrastruktur und
27 Rechtssicherheit besteht, liegt auf der Hand. Dies bedeutet aber schlichtweg, dass
28 insbesondere fragile Staaten in Afrika selbst von solch einer Kooperation ausgeschlossen
29 bleiben. Diese Entwicklung sehen wir kritisch. Die Unternehmen wollen in erster Linie Geld
30 verdienen und Ressourcen sowie die Arbeitskräfte vor Ort ausbeuten. Dementsprechend ist ihr
31 Eigeninteresse kapitalistisch begründet und besteht nicht in der Förderung bzw. Verwirklichung
32 einer gerechteren Gesellschaft. Perfide ist zudem die Begründung für vermehrte PPP-
33 Förderung. So seien sie angeblich kostengünstiger und stärken den Wirtschaftsstandort
34 Deutschland global. So brüstet sich der liberale Minister, dass auf jeden „investierten“ Euro
35 1,40€ nach Deutschland zurückfließen würde. Hier verkommt Entwicklungszusammenarbeit in
36 bloßer Außenhandelsförderung. Ob die PPP-Förderung den Menschen vor Ort entsprechend
37 wirklich hilft, bleibt dabei mehr als fraglich.

38

39 Deutlich wird zudem, dass die deutsche Entwicklungspolitik unter Führung des FDP-Politikers
40 Niebel sich vorwiegend auf einen Aspekt von nachhaltiger Entwicklung, nämlich der Wirtschaft,
41 beschränkt und die anderen Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung (Soziales, Ökologie)
42 stark vernachlässigt. Folglich werden die Bereiche Soziales und Ökologie (Bildung,
43 Gesundheits- und Wasserversorgung etc.) dem Wirtschaftsaspekt untergeordnet.
44 Dementsprechend versagt Niebels Entwicklungspolitik vollkommen, wenn es darum geht,
45 wirtschaftliche Entwicklung in Einklang mit Ressourcengerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit
46 zu bringen. Vor allem unterschätzt diese Art der Entwicklungspolitik, welche entscheidende Rolle
47 die Erzielung von sozialer Gerechtigkeit in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Friedens hat.

48

49 Die Stärkung des Friedens durch Entwicklungszusammenarbeit wird zudem durch die stärkere
50 Vernetzung von Militär und Entwicklungszusammenarbeit konterkariert. So fördert das Haus
51 Niebel in einer seiner Förderlinien in Afghanistan nur NGOs, die auch zu einer Kooperation mit
52 dem Militär bereit sind. Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung der kolumbianischen
53 Regierung in der Region Macarena, die durch militärische Einsätze wieder das Gewaltmonopol
54 über die Region erlangen möchte. Wir Jusos lehnen die Einmischung der deutschen
55 Entwicklungszusammenarbeit in innerstaatliche Konflikte sowie die Unterstützung des Militärs
56 durch die Entwicklungszusammenarbeit ab. Entwicklungszusammenarbeit hat den Anspruch die
57 Welt gerechter zu machen und keine vermeindliche Entwicklung durch Waffengewalt
58 herzustellen.

59

60 Die internationale Staatengemeinschaft hat sich darauf verständigt, dass die Industrieländer
61 0,7% des BIPs für die Entwicklungszusammenarbeit jährlich zur Verfügung stellen sollen.
62 Dieses Ziel soll bis 2015 erreicht werden. Doch sind wir hiervon derzeit weit entfernt. Momentan
63 wendet Deutschland gerade einmal 0,4% des BIPs für die Entwicklungszusammenarbeit auf.
64 Wir fordern daher zudem schnellstmöglich die schrittweise Anhebung des Budgets, um das
65 0,7%-Ziel 2015 tatsächlich erreichen zu können. Diese Zielsetzung wird durch die kürzlich
66 getroffenen Entscheidungen ad absurdum geführt. Statt einer graduellen Anhebung des BMZ-
67 Etats wurde dieser weiter gekürzt. Der Bundestag beschloss Ende letzten Jahres gegen die
68 Stimmen der SPD sowie anderer Oppositionsparteien die Kürzung des BMZ-Etats. Für das
69 Haushaltsjahr 2013 verfügt das BMZ nun über knapp 6,3 Milliarden Euro. Im Vergleich zum
70 Vorjahr bedeutet dies eine Kürzung des Etats um 87 Millionen Euro. Es ist für uns schlichtweg
71 inakzeptabel, dass die Bundesregierung nicht bereit ist einen so geringen Anteil unseres jährlich
72 erwirtschafteten Vermögens zur Verfügung zu stellen, um den Menschen in weniger
73 entwickelten Ländern eine bessere Perspektive zu verschaffen. Die Erreichung des 0,7%-Ziels
74 verkommt unter der schwarz-gelben Koalition somit zur Utopie. Unser Wohlstand bildet eine
75 Pflicht zur Umverteilung, sowohl national, wie auch international.

76

77 Unser Ansatz für eine gute Entwicklungszusammenarbeit muss eine Weltgesellschaft sein, in
78 der Hunger, Elend und Armut zur Geschichtserzählung und nicht zur Gegenwartsbeschreibung
79 gehört. Den Wohlstand, den wenige Millionen Menschen auf der Welt genießen und das Elend
80 (Unterernährung & Hunger, Krieg & Verfolgung, Krankheit oder Analphabetismus) in dem
81 Milliarden Menschen leben, verpflichtet uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zu einem
82 klaren Bekenntnis zur globalen Umverteilung und zu einer nachhaltigen
83 Entwicklungszusammenarbeit.

84

85 Unser Ziel ist eine gerechtere Welt, in der sich alle auf Augenhöhe begegnen und jeder Mensch
86 die elementarsten Dinge zum Leben vorfindet. In der Tradition eines internationalistischen
87 Richtungsverbandes fühlen wir uns als Jusos zur Solidarität mit den Schwachen und
88 Benachteiligten weltweit verpflichtet und kämpfen hierfür auch bei uns vor Ort!

89

90 **Begründung:**

91 **Ausgangslage: Von Entwicklungshilfe zu Entwicklungszusammenarbeit**

92

93 Der Entwicklungsbegriff befand bzw. befindet sich im Wandel, da es sich hierbei nicht um einen
94 allgemeingültigen Begriff handelt. Vielmehr ist der Begriff Entwicklung abhängig von
95 individuellen und kollektiven Wertvorstellungen. In den 1950er und 1960er Jahren basierten
96 entwicklungspolitische Maßnahmen auf modernisierungstheoretischen Annahmen. Alle unter
97 der Modernisierungstheorie subsumierten Theorien gehen von einer nachholenden Entwicklung
98 der Entwicklungsländer aus. Für die Vertreterinnen und Vertreter der Modernisierungstheorien

99 liegen die Ursachen für Unterentwicklung in den endogenen Faktoren, d.h. in den
100 soziokulturellen Faktoren. Demzufolge kann Unterentwicklung durch die Übernahme westlicher
101 Wertemuster und die Weltmarktintegration überwunden werden. Das Konzept *Entwicklung*
102 *durch Wachstum* war geprägt von der modernisierungstheoretischen Prämisse, dass das
103 erzielte Wachstum auch die ärmsten Bevölkerungsteile eines Landes erreichen bzw. zu ihnen
104 durchsickern würde (Trickle-Down-Effekt). Im Laufe der 1960er Jahre zeichnete sich ab, dass
105 sich der erstrebte Trickle-Down-Effekt nicht herausstellen würde.

106

107 In den 1960er Jahren und 1970er Jahren erhielten die Dependenztheorien Einzug in die
108 entwicklungspolitischen Debatten. Die Vertreterinnen und Vertreter der Dependenztheorien
109 sahen den Grund für Unterentwicklung erstrangig in den externen Faktoren. Der Grund für die
110 Unterentwicklung, lag für sie somit nicht in den gesellschaftlichen Strukturen der
111 Entwicklungsländer, sondern vielmehr in der Integration der Entwicklungsländer (Peripherie) in
112 den von den Industrieländern (Zentrum) dominierten Weltmarkt. Jedoch vermochten die
113 Dependenztheorien nicht, einen fundamentalen Wandel des Entwicklungsdiskurses
114 herbeizuführen. Auch wirtschaftliche Erfolge der ostasiatischen Länder, die den Weg einer
115 nachholenden Entwicklung durch eine weltmarktintegrative Entwicklungsstrategie realisierten,
116 riefen das Scheitern der Dependenztheorien hervor.

117

118 Mit Beginn der Schuldenkrise Anfang der 1980er Jahre wurden die
119 Strukturanpassungsprogramme (SAPs) zum Leitbild der Weltbank-Politik gegenüber ihren
120 Kreditnehmerländern aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Weltbank und der Internationale
121 Währungsfonds (IWF) vollzogen mit den Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) einen
122 neoliberalen Kurswechsel. Die internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank und IWF)
123 verbanden mit den SAPs das Ziel die Zahlungsfähigkeit und die Kreditwürdigkeit der
124 Entwicklungsländer wiederherzustellen. Die Maßnahmen im Rahmen der SAPs waren vor allem
125 die Entstaatlichung der Wirtschaft, Handelsliberalisierung, Währungsabwertung sowie die
126 Stabilisierung der Staatsfinanzen durch Entlassungen im öffentlichen Dienst, Streichungen von
127 Subventionen bei Grundnahrungsmitteln und Einschnitte bei den Ausgaben für Bildung und
128 Gesundheit.

129

130 Die in den Folgejahren zunehmende Ressourcenknappheit, der augenscheinliche Klimawandel,
131 die Zunahme der Naturkatastrophen aber auch die Ausbreitung der globalen Armut, ließen eine
132 verbesserte Kooperation der Industrie- und Entwicklungsländern als Notwendigkeit erscheinen.
133 Im Laufe der Zeit hat eine Hinwendung zu einem ganzheitlicheren Entwicklungsbegriff
134 stattgefunden. Seit Ende der 1980er Jahren ist das Konzept der nachhaltigen Entwicklung das
135 Entwicklungsparadigma der UN. Bei der nachhaltigen Entwicklung handelt es sich um ein
136 mehrdimensionales Entwicklungskonzept. Dementsprechend werden nicht nur ökonomische
137 Belange, sondern auch ökologische (verantwortungsvolles Ressourcenmanagement) und
138 soziale Belange (Armutsbekämpfung) als bedeutend für die Förderung von
139 Entwicklungsprozessen gesehen. Darüber hinaus entwickelte das Entwicklungsprogramm der
140 UN (United Nations Development Program, UNDP) in den 1990er Jahren den Human
141 Development Index (HDI). Anhand von den Indikatoren Lebenserwartung, Alphabetisierungs-
142 und Einschulungsrate und der realen Kaufkraft, wird Entwicklung definiert. Mit dem
143 Nachhaltigkeitskonzept als auch dem Konzept der menschlichen Entwicklung findet prinzipiell
144 eine Abwendung von der einseitigen Orientierung auf die Wirtschaftsleistungen statt. Mit den
145 Konzepten der nachhaltigen Entwicklung und der menschlichen Entwicklung ist ebenfalls die
146 Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt entwicklungspolitischer Debatten gerückt. Insbesondere
147 die Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs)
148 im Jahr 2000 zeigen die Fokussierung auf die Lösung globaler Problemlagen, insbesondere der
149 Reduzierung der Armut weltweit, welche die Kooperation zwischen Industrie- und
150 Entwicklungsländern notwendig macht.

151

152 Die Hinwendung zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, d.h. zu einem
153 Partnerschaftsdiskurs, zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens,
154 wird vor allem durch die Verabschiedung der Paris-Deklaration deutlich. Im Jahr 2005
155 verabschiedeten die Entwicklungsministerinnen und -minister der Länder des globalen Nordens
156 und des globalen Südens sowie die Vertreterinnen und Vertreter der internationalen
157 Entwicklungsorganisationen in Paris die Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der
158 Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Eine zentrale Forderung der Paris-Deklaration ist, dass sich
159 die sogenannten Industrie- und Entwicklungsländer auf gemeinsame Prinzipien und Regeln der

160 internationalen Entwicklungskooperation einigen, die der Effektivität der internationalen
161 Entwicklungszusammenarbeit zuträglich sein sollen. Im Jahr 2008 fand erneut eine Konferenz
162 zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra statt, auf der die Bedeutung der
163 Menschenrechte, der Geschlechtergerechtigkeit und des Umweltschutzes für eine erfolgreiche
164 EZ hingewiesen wurde. Im Jahr 2011 wurde auf einer weiteren Konferenz zur Wirksamkeit der
165 Entwicklungszusammenarbeit in Busan (Südkorea) die Notwendigkeit, eine *globale*
166 *Partnerschaft für Entwicklung* zu schaffen, betont.

167

168 Deutlich wird hieran, dass im Bereich der Entwicklungspolitik offiziell die partnerschaftliche
169 Zusammenarbeit zwischen den Ländern des globalen Nordens und Südens eine prominente
170 Rolle einnimmt. Mittlerweile ist auch der Begriff der Entwicklungshilfe im amtlichen
171 Sprachgebrauch durch den Begriff der Entwicklungszusammenarbeit ersetzt worden. Unter
172 Entwicklungshilfe wurden alle entwicklungsbezogene Leistungen im Sinne von 75 finanzieller
173 Hilfe (z.B. Kredite) oder technischer Hilfe (Entsendung von Experten und Beratern) und
174 Warenhilfe aus den Industrieländern für die Entwicklungsländer von Seiten staatlicher Akteure
175 und nicht-staatlicher Akteure (z.B. Wirtschaft, Kirchen) verstanden. Heute wird von Seiten
176 entwicklungspolitischer Akteure, wie dem BMZ, darauf hingewiesen, dass die Länder, mit denen
177 man sich in entwicklungspolitischer Zusammenarbeiten befindet, nicht als Empfänger von
178 Hilfsleistungen, sondern vielmehr als gleichberechtigte Partner betrachtet werden, mit denen
179 man gemeinsam die Ziele der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit festlegt. Mit dem Begriff
180 der Entwicklungszusammenarbeit soll somit die partnerschaftliche Zusammenarbeit betont
181 werden.

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

Titel Frieden für Syrien

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Frieden für Syrien

1 Der Bürgerkrieg in Syrien ist eine humanitäre Katastrophe vor der Türschwelle Europas, die die
2 internationale Staatengemeinschaft nicht weiter ignorieren darf. Tatenlosigkeit macht
3 Deutschland mitschuldig an den Menschenrechtsverletzungen und Morden in Syrien und
4 toleriert sträflich wie ein Kerninteresse Europas, das Interesse an freien, stabilen und friedlichen
5 Nachbarstaaten, verletzt wird. Die Bundesregierung muss ihre außenpolitische Lethargie und
6 ihren Isolationismus beenden und aktiv in den Konflikt eingreifen.

7

8 Ein militärischer Einsatz aber garantiert allein mehr Leid der Zivilbevölkerung und würde den
9 Bürgerkrieg des Landes mit Gewissheit zu einem Stellvertreterkrieg der konkurrierenden
10 Allianzen ausweiten. Deutsche Außenpolitik darf es nicht sein, auf dem Rücken der syrischen
11 Bevölkerung, Vormachtsbestrebungen irgendeiner Interessengruppe im Nahen Osten zu
12 fördern. Aufgabe deutscher Außenpolitik ist vielmehr die engagierte Anwaltschaft für die Not
13 leidenden Menschen in Syrien durch eine diplomatische Initiative auf oberster Ebene.

14

15 Strategie der deutschen diplomatischen Intervention muss sein, das Patt des Bürgerkrieges und
16 die gemeinsame Angst aller Außenmächte vor einem Staatszerfall zu nutzen, um eine allseitig
17 akzeptierte Neutralität Syriens im Hegemonialkampf des Nahen Ostens auszuhandeln. Nur vor
18 diesem Hintergrund kann al-Assad und der innere Kreis der Baath Partei, sowie des
19 Sicherheitsapparates, mit Druck und einem Amnestieangebot ins Exil gedrängt werden. Eine
20 Übergangsregierung des konstituierten Syrischen Nationalrats, die Einforderung der
21 zugesicherten internationalen Hilfszahlungen und eine Friedensmission der Vereinten Nationen
22 können dann den Boden für den Wiederaufbau des Landes und die Rückkehr der syrischen
23 Flüchtlinge bereiten.

24

25 Bei der Unterstützung durch ausländische und internationale Kräfte ist darauf zu achten, dass
26 ein wirksamer Minderheitenschutz garantiert und etabliert wird, welcher unabdingbar für die
27 innere Stabilität der heterogenen Gesellschaft ist.

28

29 Um uns auch vor Ort in Sachsen mit der Situation solidarisch zu zeigen unterstützen wir die
30 Initiative „Adopt a Revolution“ (www.adoptrevolution.org).

31

32 **Begründung:**

33 Erfolgt mündlich.

34

35

36

37

38

39

Titel Die Fesseln der Entwicklungsländer
zerschlagen! Entschuldungsoffensive starten!

Antragsteller Hessen-Süd, Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Die Fesseln der Entwicklungsländer zerschlagen! Entschuldungsoffensive starten!

1
2 Unsere Welt ist immer noch eine solche der großen materiellen Unterschiede. Während auf der
3 einen Seite so viel Vermögen besteht, dass es in einem ganzen Leben nicht ausgegeben
4 werden kann, besitzen andere nicht einmal genug, um überhaupt überleben zu können.
5
6 Diese Unterschiede gibt es überall, sie gibt es aber insbesondere zwischen den ärmsten und
7 den reichsten Ländern unserer Welt. Alle Versuche seitens Politik, Privatpersonen oder
8 Organisationen haben auch nach Jahrzehnten daran nicht wirklich etwas ändern können. Die
9 Gründe wurzeln tiefer in unserem globalen wirtschaftlichen Gefüge, als dass singuläre Aktionen
10 dagegen etwas ausrichten könnten. Das sich gerade die ärmsten Länder nicht aus der Armut
11 befreien können, liegt in ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den großen Industrieländern.
12 Diese Abhängigkeit besteht kurzgefasst aus dem Zusammenspiel von verheißungsvollen
13 Krediten und Investitionen ausländischer Geldgeber*innen im Austausch mit internationalen
14 Verpflichtungen zu Marktliberalisierung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen mit
15 Wertschöpfung außerhalb des Landes, daraus resultierendem Abfluss des Reichtums,
16 Handelsabhängigkeiten und Schutzlosigkeit gegenüber den Schwankungen der globalen
17 Märkte, verstärkter Notwendigkeit von neuem Geld, welches wiederum nur durch Abbau des
18 Staates und weiterer Liberalisierung gewährt wird. Daraus entsteht eine Spirale aus
19 systematischer staatlicher Schwächung und Verschuldung, Verarmung der Gesellschaft und
20 Abhängigkeit von Fremdkapital. Schlechte soziale Bedingungen und Bildungsstandards, Zerfall
21 staatlicher Gewalt und Rechtsstaatlichkeit, individuelle Bereicherung, Korruption und
22 Vetternwirtschaft liegen im Verantwortungsbereich von Entwicklungsländern, haben ihre
23 Ursache aber gerade auch in den geschilderten globalen Zusammenhängen und werden von
24 ausländischen Investor*innen nicht nur nicht bekämpft sondern auch für eigene Interessen
25 genutzt. Aus dieser Armut Falle kann sich ein Land nicht aus eigener Anstrengung heraus
26 befreien.
27
28 Ein solches wirtschaftliches System ist nicht nur ungerecht, es ist unmenschlich. Ein solches
29 wirtschaftliches System nennt sich Kapitalismus und muss überwunden werden. Eine der
30 zentralen Punkte ist dabei die Erlösung aus der Staatsverschuldung, welche staatliche
31 Handlungsunfähigkeit fixiert und neben den politischen Druckmitteln, Ausdruck der dauerhaften
32 wirtschaftlichen Drangsalierung ist.
33
34 Unsere Wirtschaftsgeschichte ist eine Geschichte der Ver- und Entschuldung
35
36 Seitdem Menschen mit anderen Menschen Handel treiben existieren auch Schulden. Waren
37 früher jedoch die Schuldner*innen meist Privatleute, entwickelten sich erst Anleihen von
38 öffentlichen Institutionen im weitesten Sinne und seit dem 18. Jahrhundert mit Entstehung von

39 Staaten im heutigen Sinne auch (national-)staatliche Verschuldung. Mit der längeren
40 Beständigkeit und größeren Wirtschaftskraft von Staaten ging ein vermehrtes Vertrauen der
41 Geldgeber*innen in die Zahlungsfähigkeit einher, sodass im Gegenzug eine immer größer
42 werdende Verschuldung möglich wurde. Dass die staatlichen Schulden auch tatsächlich immer
43 zurückgezahlt wurden ist jedoch eine Farce. Die Geschichte zeigt uns, dass staatliche
44 Zahlungsausfälle eine wiederkehrende Kontinuität darstellen. Allein seit 1980 ist die Hälfte aller
45 Länder weltweit schon einmal zahlungsunfähig gewesen, sprich die Gläubiger*innen waren
46 Abschreibungen ausgesetzt.

47

48 Wenn wir heute in Deutschland über die Verschuldung anderer Länder wettern vergessen wir
49 oft, dass auch die zeitgeschichtlich sehr junge Bundesrepublik Deutschland schon einmal von
50 einem erheblichen Schuldenerlass profitiert hat. So wurde am 27. Februar 1953 das „Londoner
51 Schuldenabkommen“ unterzeichnet. In diesem einigten sich die USA, England, Frankreich und
52 viele weitere Staaten darauf Deutschland circa 50% der Vor- und Nachkriegsschulden zu
53 erlassen. Die restlichen 50 % wurden zu für Deutschland günstigen Bedingungen
54 umgeschuldet. So sollte der Schuldendienst zum Beispiel durch eigens geschaffene
55 zinsgünstige Kredite und nicht durch die Aufnahme neuer Kredite getilgt werden. Es bestand die
56 Möglichkeit einer Aussetzung der Zahlungen für die Jahre, in denen Deutschland keine
57 Handelsbilanzüberschüsse erzielt. Auch wurden alle Ansprüche an die Bundesrepublik in einem
58 einheitlichem gemeinsamen Verfahren geregelt. Bei Streitigkeiten entschied ein eigens
59 geschaffener Schiedsgerichtshof.

60

61 Dieses Beispiel zeigt, wie auch langfristig erfolgreich einem Land aus der Verschuldung
62 geholfen werden kann, wenn der politische Wille dazu gegeben ist. Wird heutzutage über die
63 Staatsschuldenprobleme überschuldeter Länder beraten, so fehlen interessanterweise in den
64 Lösungsversuchen die ehemals gegenüber Deutschland zugestandenen Kriterien..

65

66 Die systemisch angelegte Schuldenfalle

67

68 Auch wenn es um die 2000er Jahre einige positive Entwicklungen zu verzeichnen gab, hat sich
69 seit der weltweiten Finanzkrise 2008 die Lage in den Entwicklungsländern wieder zugespitzt. So
70 stieg die gesamte Auslandsverschuldung von Entwicklungsländern laut Weltbank im Jahr 2010
71 um zwölf Prozent auf rund vier Billionen US-Dollar an.

72

73 Im aktuellen internationalen Schuldensystem gibt es vier Institutionen, denen eine zentrale
74 Handlungsrolle zu Teil wird.

75

76 Das ist zum ersten die Weltbank, bestehend aus der Internationalen Bank für Wiederaufbau und
77 Entwicklung (IBRD, 1944) und der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA, 1960), deren
78 Kapitaleigner*innen ihre Mitgliedsstaaten sind. Neben einem Grundstock an Stimmen, errechnet
79 sich der restliche Stimmanteil am Kapitalanteil der Länder, der wiederum von der ökonomischen
80 Leistungsfähigkeit eines Staates abhängt. Das führt zur Tatsache, dass die USA den größten
81 Stimmenanteil haben und mit Europas Stimmanteil die Politik der Weltbank dominieren. Im
82 Mittelpunkt der Aufgaben steht offiziell die Armutsbekämpfung und die Steigerung des
83 Lebensstandards in Entwicklungsländern, wozu je nach Überschuldungsrisiko Zuschüsse oder
84 Darlehen mit niedrigeren Zinsen als auf privaten Märkten vergeben werden. Dabei orientiert
85 sich die Weltbank vorrangig an ökonomischen Wachstumsraten und fördert oftmals sozial und
86 ökologisch fragwürdige Großprojekte.

87

88 Der IWF (Internationaler Währungsfond) entstand im Jahre 1944 und zählt heute 188
89 Mitgliedsstaaten, deren Stimmrecht sich ebenfalls am Kapitalanteil orientiert. Entsprechend
90 haben wenige Industrienationen eine Stimmenmehrheit. Die Kernaufgabe des IWF ist es, die
91 Zusammenarbeit in der Währungspolitik zu fördern, zur Stabilisierung von Wechselkursen
92 beizutragen und technische Hilfe zu leisten. Außerdem verfügt er über bestimmte Möglichkeiten
93 der Kreditvergabe, die an strenge Auflagen, die sogenannten Strukturanpassungsprogramme
94 (SAP), gebunden sind. SAPs sind außerdem Voraussetzung für einen Schuldenerlass im
95 Rahmen der Heavily Indebted Poor Countrys (HIPC)-Initiative. Diese haushalts-, finanz-,
96 handels-, und arbeitsmarktpolitischen Vorgaben stellen weitreichende äußere Eingriffe in die
97 wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Entwicklungsländer dar. Sie
98 untergraben damit die Handlungsfähigkeit der Entwicklungsländer und die Einflussmöglichkeiten
99 ihrer Bürger*innen. Ihre demokratische Legitimierung ist daher mehr als fragwürdig.

100 Vorgebliches Ziel ist es, eine wirtschaftliche Stabilisierung und eine Stärkung des Wachstum
101 über Privatisierungen, die Einbindung in den Weltmarkt und über ausländische
102 Direktinvestitionen zu erreichen. Dazu sollen Handelsschranken abgebaut werden und die
103 Märkte der Schuldnerstaaten für den Weltmarkt geöffnet werden. Die einheimischen Produkte
104 sind jedoch meist gegen diese großer internationaler Konzerne nicht wettbewerbsfähig. Hinzu
105 kommt, dass den Entwicklungsländern Subventionen und Unterstützung ihrer Wirtschaft
106 untersagt wird, während gerade im landwirtschaftlichen Bereich die Industrieländer selbst
107 massive Subventionierung und Protektionismus durchführen. Trotz niedrigerer Lohnstückkosten
108 sind dadurch paradoxerweise viele Landwirt*innen in den Entwicklungsländern nicht mehr in der
109 Lage ihre Ware zu auskömmlichen Preise zu verkaufen und das Land gerät in die Abhängigkeit
110 von Lebensmittelexporten und den stark schwankenden Preisen an den internationalen Börsen.
111 Profiteur*innen sind vorrangig große internationale Konzerne aus Industrienationen. Weiterhin
112 verlangen die Anpassungsprogramme heftige Einschnitte bei den staatlichen Ausgaben. Durch
113 diese Einschnitte fallen zum Beispiel staatliche Leistungen im Gesundheits- und
114 Bildungsbereich weg. Dies hat weitreichende Folgen für die untere, meist vor den Maßnahmen
115 schon arme Bevölkerungsschicht. Auch führen die SAPs im Punkte Staatsverschuldung nicht
116 zum Erfolg, da das Ziel möglichst viele Zinsen zurück zu zahlen mit der Strategie verfolgt wird
117 auf kurze Sicht möglichst viele Devisen zu erwirtschaften. Dabei wird das Ziel der
118 Nachhaltigkeit, auch in ökologischer Sicht, vollkommen außer Acht gelassen.

119

120 Zu den internationalen Organisationen gesellen sich zwei inoffizielle Akteure. Der Pariser Club
121 ist ein Zusammenschluss von Gläubigerstaaten und gründete sich 1956. Ziel des Clubs ist es,
122 mit in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Ländern koordinierte Verhandlungen über
123 Umschuldungen, also die Abbezahlung alter Kredite durch die Neuaufnahme von Krediten zu
124 besseren Konditionen, zu führen. So wird vor allem eine Gleichbehandlung der
125 Gläubigerstaaten untereinander garantiert. Teilweise Schuldenerlasse und Zahlungsaufschübe
126 betreffen dadurch alle Gläubigerstaaten in ähnlich hohem Maße. Außerdem soll die
127 Verhandlung für die Schuldnerländer erleichtert werden, da sie einfacher mit allen Staaten
128 kommunizieren können. Konkrete Umschuldungsverhandlungen oder Schuldenerlasse kommen
129 nur zustande, wenn ein entsprechendes Votum des IWF vorliegt und der Schuldnerstaat sich
130 mit dem IWF über die Konditionen verständigt hat.

131

132 Als privatwirtschaftliches Gegenstück gründete sich 1976 der Londoner Club, der heute aus ca.
133 1000 privaten Gläubigerbanken besteht und die selbe Zielsetzung verfolgt.

134

135 Sowohl der Pariser Club, als auch der Londoner Club, sind dabei Richter in eigener Sache: Es
136 besteht kein einheitliches internationales Verfahren und somit keine unabhängige und neutrale
137 Institution, ähnlich eines Gerichtes, das zwischen den Gläubigern und den Schuldnerstaaten
138 verhandelt. Somit ist wesentlicher Inhalt der Clubverhandlungen die Entscheidungsfindung
139 innerhalb der Gläubiger*innen. Die Schuldner*innen können das Angebot annehmen oder,
140 sofern es die Position erlaubt, nachverhandeln. Im Ergebnis ist es nur selten der Fall, dass sich
141 die Forderungen der Schuldnerstaaten in einem angemessenen Verhältnis wiederfinden.
142 Aufgrund des Machtungleichgewichtes zwischen den Verhandlungspartner*innen ist diese Art
143 der Entscheidungsfindung höchst zweifelhaft. Es bedarf dringend einer neutralen Instanz und
144 fester Spielregeln.

145

146 Die verschuldeten Länder sehen sich sowohl in Paris, als auch in London einer Institution
147 gegenüber, deren Handlungen überhaupt erst mit einer Entscheidung des IWF beginnen. Es
148 besteht eine zwingende Verbindung zwischen IWF, dem Club of Paris und dem Club of
149 London.

150

151 Die Besonderheiten der staatlichen Verschuldung von Entwicklungsländern

152

153 Sowohl die Art, als auch die Folgen von staatlicher Verschuldung unterscheiden sich bei
154 Entwicklungs- und Industriestaaten in gewichtigen Punkten.

155

156 Im Gegensatz zu den westlichen Industrienationen sind die Entwicklungsstaaten oft nicht
157 innerstaatlich verschuldet, sondern ein Großteil der Gläubiger*innen sitzt im Ausland, da im
158 eigenen Land weniger Kapital vorhanden ist. Zudem werden die Kredite, die sie aufnehmen,
159 oftmals nicht in eigener Währung sondern ausschließlich in Fremdwährung gewährt. Die
160 Möglichkeit einer eigenen Entschuldung mithilfe eigener Fiskalpolitik ist somit nicht gegeben.

161 Sinkt der Wert der eigenen Währung im Verhältnis zur Fremdwährung führt dies automatisch zu
162 einer steigenden Verschuldung der betroffenen Staaten. Darüber hinaus bewirkt die
163 Verschuldung in Fremdwährung einen Exportzwang, da die betroffenen Länder die
164 Fremdwährung nur auf diesem Wege generieren können. Des Weiteren hat die Verschuldung
165 im Ausland zur Folge, dass die Zins und Tilgungszahlung im Gegensatz zu Industrienationen
166 der gesamten Volkswirtschaft verloren gehen.

167

168 Im Zuge von instabilen Machtverhältnissen und/ oder diktatorischen Regimen stellt sich die
169 Frage in wie fern einer Bevölkerung heute überhaupt Schulden völkerrechtlich zugerechnet
170 werden können. Wir glauben, dass Kredite, die ohne Anteilnahme der Bevölkerung und ohne
171 oder gegen ihr Interesse verwandt wurden und dies im Wissen der Gläubiger*innen geschah,
172 sogenannte illegitime Schulden, nicht anerkannt werden sollten.

173

174 Schlechte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Staaten trifft die Bevölkerung von
175 Entwicklungsländern meist deutlich stärker als in Industrienationen, da es kaum gute soziale
176 Sicherungssysteme gibt und das Überleben in vielen Fällen direkt von Unterstützungen seitens
177 des Staates oder durch Hilfsorganisationen abhängig ist.

178

179 Ein weiteres Problem ist die nicht ausreichende Datenlage über staatliche und insbesondere
180 private Verschuldung in Entwicklungsländern. So gibt es zwar ausführliche Datenbanken der
181 Weltbank, doch fehlen selbst ihnen Zahlen teilweise oder komplett.

182

183 Wir brauchen eine konsequente Entschuldungs- und Aufbauoffensive!

184

185 Die bisher angewandten Instrumente haben ihren Zweck nicht erfüllt. Im Gegenteil, sie
186 generieren das, was sie zu bekämpfen vorgeben; Verschuldung, Abhängigkeit und Armut.

187

188 Demgegenüber muss es eine weltweite Entschuldungsoffensive geben, die flankiert von
189 weiteren Investitionsmaßnahmen zu einer langfristigen Verbesserung und Stabilisation der
190 Situation von Entwicklungsländern führt. Das Maß der Entschuldung eines Landes darf nicht wie
191 bisher einseitig von Gläubiger*innen und damit durch ihre Interessen an die
192 Rückzahlungsfähigkeit eines Landes definierte „volkswirtschaftliche Schuldentragfähigkeit“ des
193 Entwicklungslandes gekoppelt werden, sondern muss die Wahrung wirtschaftlicher, kultureller
194 und sozialer Menschenrechte effektiv ermöglichen bzw. hierfür die Voraussetzung bilden. Für
195 den genauen Umfang ist die länderspezifische Situation entscheidend. Komplette
196 Schuldenerlässe dürfen nicht ausgeschlossen werden. Hierbei müssen alle Gläubiger*innen,
197 das heißt internationale Finanzinstitutionen, staatliche und private Gläubiger*innen, konsequent
198 mit einbezogen werden. Zentral für uns ist, dass eine Entschuldung am Anfang einer
199 Entschuldungs- und Aufbauinitiative steht und nicht immer erst an deren Ende.

200

201 Für das zukünftige Schuldenmanagement müssen folgende Kriterien gelten:

202

203 Der Schuldendienst darf nicht durch Rückgriff auf die Reserven, das heißt den Verkauf
204 staatlichen Eigentums, finanziert werden. Bei Außenhandelsbilanzdefiziten und negativem
205 Haushaltssaldo ist die Möglichkeit einer Aussetzung des Schuldendienstes vorzusehen. Der
206 Export von Grundnahrungsmitteln darf zu keinen Versorgungsengpässen der eigenen
207 Bevölkerung führen. Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion muss grundsätzlich von
208 Liberalisierungsmaßnahmen ausgenommen werden können. Der Schuldendienst darf soziale
209 Investitionen sowie das Entwicklungspotential des entsprechenden Landes nicht
210 beeinträchtigen. Möglichkeiten zur Umschuldung noch ausstehender Kredite müssen in
211 Betracht gezogen werden.

212

213 Durch Ent- oder Umschuldung frei werdende finanzielle Mittel dürfen nicht zur Machtsicherung
214 und Bereicherung despotischer Eliten genutzt werden. Vielmehr müssen daraus sozialstaatliche
215 Rahmenbedingungen finanziert werden. Das bedeutet u.a. die Stärkung der öffentlichen
216 Gesundheitsversorgung, des öffentlichen Bildungswesen, der sozialen Absicherungen und am
217 Gemeinwohl orientierte Infrastrukturmaßnahmen. Kreditgeber*innen dürfen nicht weiterhin an
218 Korruptionsmaßnahmen mitwirken bzw sie dulden.

219

220 Ziel dieses Prozesses muss es sein eine erneute Abhängigkeit zu vermeiden und die
221 langfristige Sicherung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Menschenrechte zu

222 gewährleisten.

223

224 Neue Institutionen braucht die Welt!

225

226 In Anbetracht der hochgradig problematischen und für eine positive Entwicklung der Länder des
227 Südens kontraproduktiven Rolle der Weltbank und des IWFs sehen wir tiefgreifende Reformen
228 als unabdingbar an, soll eine Entschuldung und nachhaltige Entwicklung gelingen. Die bisherige
229 Politik, tief verschuldete Länder, die durch ihre schlechte finanzielle Lage auf Kredite des IWF
230 angewiesen waren, zu neoliberalen Reformen zu zwingen, hat in weiten Teilen der betroffenen
231 Regionen verbrannte Erde hinterlassen. Ein Schuldenabbau fand nicht statt, zumeist stieg der
232 Schuldenstand sogar an. Viele Entwicklungsziele liegen in weiter Ferne. Einige Ländern haben
233 sogar regressivere Entwicklungen zu vermeiden. Natürlich hat all dies multiple Ursachen und
234 kann nicht allein dem IWF angelastet werden. Der IWF hat in seiner Bedeutung aber praktisch
235 eine Monopolstellung, so dass sein Einfluss nur schwer überschätzt werden kann. Die daher
236 notwendigen Reformen haben ein solches Ausmaß, dass ihre Umsetzung in den gewachsenen
237 und festgefahrenen Strukturen des IWF nicht realisierbar ist. Eine Auflösung des IWF und der
238 Aufbau eines multipolaren Systems aus potentiellen kreditgebenden Organisationen ist daher
239 die beste Alternative. Dafür sind bereits bestehende Ansätze, wie regionale
240 Entwicklungsbanken, auszubauen.

241

242 Grundlegend verändert werden muss zunächst die Entscheidungsfindung innerhalb der
243 Institutionen. Anstelle des bisherigen Stimmgewichts ausschließlich anhand der Beitragszahlen
244 soll eine angeglichenere demokratische Repräsentation der Mitglieder treten – einem Übergewicht
245 der Industrienationen wäre damit Vorschub geleistet. Die Leitung sollte zwischen den
246 verschiedenen Kontinenten alternieren – bisher waren alle Direktor*innen des IWFs aus Europa
247 und alle Präsidenten der Weltbank US-Amerikaner.

248

249 Im Aufgabenkatalog der neuen Organisationen sollten neben der Koordinierung von
250 Währungspolitik und Kreditvergabe, insbesondere die Kontrolle der Verwirklichung der sozialen
251 Entwicklungsziele stehen.

252

253 Im Rahmen der UN sollten international einheitliche Regeln zum Umgang mit
254 zahlungsunfähigen Staaten entwickelt und verabschiedet werden. Dabei sollte es sich nicht um
255 starr anzuwendende Blaupausen handeln, sondern ein Grundgerüst, das je nach Fall angepasst
256 werden kann. Im Zuge eines solchen internationalen Staatsinsolvenzverfahrens sollen für jedes
257 hoch verschuldete Land Ent- und Umschuldung ermöglicht werden. Dabei müssen alle
258 Gläubiger*innen gleichermaßen zur Verantwortung gezogen werden.

259

260 Es ist ein ständiges internationales Schiedsgericht einzurichten, welches über Differenzen bei
261 der Vergabe oder Tilgung von Krediten entscheidet. Damit soll die Gleichheit der Parteien und
262 ein fairer Ausgleich zwischen ihnen gewährleistet werden. Vereinigungen, wie der Pariser oder
263 Londoner Club, können damit nicht mehr einseitig Bedingungen diktieren, sondern stellen eine
264 Streitpartei dar. Durch Besetzung und Finanzierung muss garantiert werden, dass das Gericht
265 ständig Unabhängigkeit wahrt. Das Schiedsgericht soll auch auf Antrag über die Illegitimität von
266 Schulden entscheiden. Hierbei soll eine gleiche Anzahl von Richter*innen von den
267 Gläubiger*innen und den Schuldner*innen benannt werden, aus deren Mitte dann eine weitere
268 unabhängige Richter*in gewählt wird. Das Gericht ist quotiert zu besetzen.

269

270 Analog zu vielen anderen internationalen Organisationen soll die UN eine unabhängige Instanz
271 zur Bewertung der Kreditwürdigkeit von Staaten und Finanzprodukten einrichten. Anders als
272 private Ratingagenturen würde sie nicht direkt für eine Bewertung bezahlt werden, sondern
273 indirekt über Beiträge der Mitgliedsstaaten. Die Entscheidung über die personelle
274 Zusammensetzung liegt bei den demokratischen Gremien der UN. Durch sie soll auch die
275 Datenlage über staatliche und private Verschuldung ausgebaut werden.

276

277 Wir brauchen einen Marshallplan 2.0 für Entwicklungsländer!

278

279 Die wirtschaftliche Grundlage der Entwicklungsländer entscheidet über die sozioökonomische
280 und nachhaltige Transformation der am meisten benachteiligten Länder unserer Welt.
281 Im Mittelpunkt stehen dabei die jungen und wachsenden Gesellschaften, deren
282 allgemeine Lebensbedingungen aus eigener Kraft verbessert und entfaltet werden

283 müssen, um die Nutzung ihrer sozialen, demokratischen, kulturellen und menschlichen
284 Rechte zu ermöglichen. Im Zusammenhang mit einem Entschuldungsprogramm, braucht es
285 gleichzeitig einen Mechanismus, der die Länder aus dem Teufelskreis der Verschuldung befreit
286 und vor einem erneuten Eintritt schützt.

287

288 Dazu bedarf es ein ambitioniertes und finanzstarkes Investitions-, Aufbau- und
289 Modernisierungsprogramm, das die Souveränität und Eigenständigkeit der Entwicklungsländer
290 achtet und fördert. Das Recht auf eine nachholende und aufholende Entwicklung jener
291 Länder, muss auf die Solidarität und gerechte Wohlstandsverteilung der Weltgemeinschaft
292 zielen. Viel mehr gilt es, regionale Wirtschaftsstrukturen und soziale Wohlfahrtsysteme
293 zu fördern und zu stärken und mit einem nachhaltigen, ökologischen und Ressourcen
294 schonenden Fortschritt ganzheitlich zu vernetzen.

295

296 Im Einzelnen bedeutet das Investitionen in Primär- Sekundär, universitärer und beruflicher
297 Bildung, Gesundheit, Ausbau von Forschung, Maßnahmen zur Verringerung der
298 Handelsabhängigkeit von Entwicklungsländern, Aufbau transregionaler und umweltverträglicher
299 Infrastruktur- und Transportsysteme, Förderung von erneuerbaren Energie(-netzen),
300 Investitionen in die Informations- und Telekommunikationsindustrie, Stärkung von
301 genossenschaftlichen Unternehmen, Kooperativen und kleinbäuerlichen Strukturen,
302 Förderung regionaler Wertschöpfungsketten und direkter Rohstoffverarbeitung zum Aufbau
303 industrieller Arbeitsplätze, höhere finanzielle Ausstattung von regionalen/ überregionalen
304 Entwicklungsbanken, Mikrokreditprogramm, insbesondere mit Zielgruppe Frauen, umfassende
305 Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Förderung innovativer Start-Up's und
306 Jungunternehmer*innen.

307

308 Folglich müssen Investitionen in öffentliche, soziale und private Dienstleistungen erfolgen,
309 um handlungsfähige Staatsstrukturen zu fördern und die Basis für wohlfahrtsstaatliche (Um-)
310 Verteilungs- und Verwaltungssysteme zu legen.

311

312 Gleichzeitig gilt es mit strengen und transparenten Vergabesystemen bei „Marshall-
313 Investitionen“ Unternehmen der Entwicklungsländer zu beteiligen und dadurch den
314 Technologietransfer in diese Staaten zu fördern.

315

316 Soziale Entwicklungsprogramme statt neoliberaler Strukturanpassungsprogramme!

317

318 Die von IWF und Weltbank initiierten Strukturanpassungsmaßnahmen lehnen wir entschieden
319 ab. Sie bewirken Marktöffnungen zum Vorteil weniger, führen zum Ausverkauf staatlicher
320 Handlungsspielräume, fördern eine Zuspitzung der Armutsspirale für die breite Masse, sowie
321 ökologische Verwerfungen und bilden somit einen Teil des Problems und nicht der Lösung!

322

323 Wir fordern daher die Ersetzung der Strukturanpassungsmaßnahmen durch
324 Entwicklungsmaßnahmen, die statt eines Abbaus den Ausbau von Sozialen
325 Sicherungssystemen vorsehen, die (Wieder-)Einführung eines progressiven Steuersystems,
326 den Ausbau von Bildung und das Verbot der Nutzung der Kredite für Rüstungsausgaben. Wir
327 begrüßen in diesem Zusammenhang das Umdenken beim IWF, wonach aktuell ein idealer
328 Spitzensteuersatz zwischen 55 und 70 % empfohlen wird.

329

330 Die sozialen Entwicklungsprogramme dürfen nicht zu einem Ausverkauf des Staates führen,
331 sprich dürfen nicht an Privatisierungs- und Ausbeutungskonzessionen geknüpft werden. Bei
332 jeder Kreditvergabe muss die soziale Situation des Landes zugrunde gelegt werden und in einer
333 Einzelfallentscheidung die Konditionen individuell vereinbart werden.

334

335 Zusammengefasst fordern wir daher:

336

337 • einen umfassenden weitreichenden Schuldenerlass für Entwicklungsländer

338

339 • die Umschuldung aller restlichen Kredite zu benannten neuen Konditionen und die
340 Ermöglichung der temporären Aussetzungen von Rückzahlungen

341

342 • eine Neujustierung der Schulden tragfähigkeitsanalyse

343

344 • die Umstrukturierung des Weltbank/ IWF Systems zu einem multipolaren demokratischen
345 System an Kreditgeber*innen
346
347 • die Schaffung eines internationalen Staateninsolvenzverfahrens
348
349 • die Einrichtung eines dauerhaften internationalen Schulden-Schiedsgerichts
350
351 • die Transformation der Strukturanpassungsprogramme in soziale
352 Entwicklungsprogramme
353
354 • eine unabhängige Instanz zur Datensammlung und Bewertung der Kreditwürdigkeit von
355 Staaten
356
357 • einen „Marshall-Plan“ für Entwicklungsländer als zweite Säule der
358 Entschuldungsoffensive
359
360 Die SPD als Partei der internationalen Solidarität muss darauf drängen, das Bundesrepublik
361 und EU ihrer menschenrechtspolitischen Verantwortung gerecht werden und auf eine
362 Umsetzung des oben beschriebenen hinwirken. Dabei ist ein gemeinsames europäisches, statt
363 rein deutsches Vorgehen anzustreben.
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404

Titel Einhaltung der Menschenrechte als
Voraussetzung für den EU-Beitritt der Türkei

Antragsteller Schleswig-Holstein

Zur Weiterleitung an SPE/ S&D-Fraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Einhaltung der Menschenrechte als Voraussetzung für den EU-Beitritt der Türkei

- 1 Wir sprechen uns nur dann für einen Beitritt der Türkei in die EU aus, wenn die Anforderungen
- 2 in Bezug auf die Menschenrechte und demokratischen Grundrechte der Europäischen Union
- 3 erfüllt werden.
- 4
- 5 Daher fordern wir die SPE-Fraktion dazu auf, darauf hinzuwirken, dass dem EU –Beitrittsgesuch
- 6 der Türkei nur dann stattgegeben wird, wenn Wahlmanipulationen, Verstöße gegen
- 7 Rechtsstaatlichkeit sowie Menschenrechte ausgeschlossen werden können und die Verfolgung
- 8 politischer Aktivist*innen beendet wird. Auch wollen wir ein Ende der ungleichen und
- 9 ungerechten Behandlung von Minderheiten! Nach der türkischen Interpretation des Lausanner
- 10 Vertrages werden nur die nicht-muslimischen Gemeinschaften der Armenier*innen,
- 11 Bulgar*innen, Griech*innen und Jüd*innen als Minderheiten anerkannt und sollen die gleichen
- 12 Rechte wie Türk*innen genießen. Aber die Praxis sieht anders aus: Auch diese sind mit
- 13 erheblichen rechtlichen und praktischen Einschränkungen bei der Ausübung ihrer Sprache und
- 14 Religion konfrontiert. Noch stärkere Einschränkungen erfahren die nicht offiziell anerkannten
- 15 Minderheiten. Insbesondere das kurdische Volk als größte nicht türkische Volksgruppe leidet
- 16 unter erheblichen Repressionen. Bis Anfang der 1990er Jahre konnte die bloße Behauptung
- 17 ihrer Existenz und der Gebrauch der kurdischen Sprache strafrechtlich verfolgt werden. Zwar
- 18 hat die Türkei im Rahmen ihrer Beitrittsverhandlungen einige Besserungen zugesagt und
- 19 teilweise umgesetzt, aber auch das ist immer noch nicht weit genug. Der Völkermord an den
- 20 Armenier*innen wird immer noch geleugnet.
- 21
- 22 Wir fordern: Religionsfreiheit gilt für alle Menschen und kein Mensch darf wegen seiner*ihrer
- 23 Sprache, Religion, Kultur oder Abstammung diskriminiert werden. Das ist auch in Art.2 EUV
- 24 verankert! Wir wollen eine gleiche Behandlung aller Menschen in der Türkei.
- 25
- 26 **Begründung:**
- 27 Die Frage des EU-Beitritts der Türkei ist eine Art Schicksalsfrage der europäischen Integration
- 28 und hat durchaus viele Aspekte im Hinblick auf die Vereinbarkeit der europäischen sowie
- 29 türkischen Identität aufgeworfen. Es ist eine Schicksalsfrage, weil es darum geht, ob sich die
- 30 Europäische Union einem Land öffnen möchte, das geographisch betrachtet mit der meisten
- 31 Landmasse Asien zuzuordnen und dessen Bevölkerung überwiegend muslimischen Glaubens
- 32 ist. Die EU versteht sich als Wertegemeinschaft und legitimiert sich durch gemeinsame
- 33 Überzeugungen und Ideale. Der EU-Vertrag verweist auf Freiheit, Demokratie,
- 34 Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Menschenrechte. Auf diesen Grundwerten ruht das
- 35 Fundament der europäischen Idee. Um diese essentiellen Grundrechte auch bei der EU-
- 36 Erweiterung zu wahren, setzt Art. 49 EUV voraus, dass der antragsstellende Staat, der der EU
- 37 beitreten will, diese Werte achtet. Die derzeitige Entwicklung, welche die Türkei gemacht hat,
- 38 zeigt deutlich, dass jene Werte in der Türkei keine Umsetzung finden. Zwar hat die Türkei mit

39 zwei großen Verfassungsänderungen und 148 Gesetzesänderungen versucht, rechtliche
40 Grundlagen für einen demokratischen Rechtsstaat zu schaffen und die Rolle eines muslimisch
41 geprägten Landes mit laizistischer Ausrichtung zu betonen. Auch hat sie die Rolle der
42 diplomatischen Vermittlerin auf dem konfliktreichen Parkett des Nahen Ostens angenommen
43 und versucht so, auch europäischen Sicherheitsinteressen Rechnung zu tragen. Sie will das
44 Bild der Brücke zwischen Europa und Asien repräsentieren. Jedoch ist eben jenes Bild ein
45 anderes:
46
47 Angefangen von dem Vorwurf des drastischen Wahlbetrugs bei den Parlamentswahlen 2011,
48 der schwindenden Trennung von Staat und Religion, der innenpolitischen Instabilität wegen u.a.
49 der terroristischen Aktivitäten der PKK sowie der ungelösten Minderheitenproblematik bis hin
50 zur Zensur sogar der Medien und Verletzungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.
51 Durch geschickte Personalpolitik wird der Einfluss der Religion in der politischen Landschaft
52 gestärkt und die Islamisierung schreitet zunehmend voran. Kritiker*innen der Regierung und der
53 AKP werden aus nicht immer plausiblen Gründen inhaftiert. Einem fairen Prozess werden sie
54 nicht zugeführt. Nach außen hin erzeugt Erdoğan den Eindruck der aufgeklärten und
55 gemäßigten Türkei, nach innen hin ist von der Achtung der Menschenrechte nichts erkennbar.
56 Hinzu kommt neben der Zypernproblematik der Syrienkonflikt, der noch ungeahnte
57 außenpolitische Folgen birgt. Die Türkei kann es sich nicht erlauben, dass diese Grenzregion in
58 eine prekäre Konfliktlage ausfasert, da von der Stabilität der Türkei für den Raum des Nahen
59 Ostens sehr viel abhängt.
60
61 Solange die innen- sowie außenpolitische Lage der Türkei sich nicht entspannt und eine
62 positive Entwicklung im Hinblick auf die Stabilisierung der prekären Regionen eine Lösung der
63 Minderheitenproblematik und die Achtung der Menschenrechte nicht ersichtlich sind, sollte der
64 EU-Beitritt der Türkei nicht als Möglichkeit betrachtet werden. Die Aufnahme der Türkei birgt
65 natürlich Vorteile: An dieser Stelle seien u.a. das Potenzial eines künftigen Marktes und die
66 multikulturelle Bereicherung genannt. Alles in allem wäre der Beitritt der Türkei eine logische
67 Konsequenz aus all dem, was gemeinsam mit der Türkei verhandelt und angestoßen wurde.
68 Aber nicht solange die essentiellen Voraussetzungen der Achtung der Demokratie,
69 Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte nicht erfüllt sind und mit Füßen getreten werden.
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

Bundeskongress, 6.-8.12.2013

F

Feminismus, Gleichstellung & Gender

F 1	Bayern Toleranz fördern - Diskriminierung abbauen Gleiche Rechte für homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen	187
F 2	Berlin Trans*rechte sind Menschenrechte!	190
F 3	Sachsen-Anhalt Aufhebung der Pflicht zur Zuordnung einem Geschlecht	199
F 4	Baden-Württemberg Konservative Familienbilder aufbrechen - Moderne Familienpolitik gestalten!	200
F 5	Rheinland-Pfalz Wir wollen unseren Feminismus intersektional denken: Wir wollen mehrdimensionale Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt beseitigen!	202
F 6	Sachsen-Anhalt Verschreibungspflichte Pille danach abschaffen	206

Titel Toleranz fördern - Diskriminierung abbauen
Gleiche Rechte für homosexuelle, transsexuelle und
intersexuelle Menschen

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Gleichstellung

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Toleranz fördern - Diskriminierung abbauen Gleiche Rechte für homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen

- 1 Die rechtliche Situation von Lesben und Schwulen in Deutschland hat sich seit 1969
2 kontinuierlich verbessert. Insbesondere die rot-grüne Bundesregierung hat große Schritte in
3 Richtung Gleichstellung unternommen, unter anderem durch die Einführung der eingetragenen
4 Lebenspartnerschaft. Auch in der Gesellschaft und den Medien wird das Thema Homosexualität
5 nicht mehr tabuisiert, die echte gesellschaftliche Gleichstellung ist jedoch bei weitem noch nicht
6 vollzogen. Gesellschaftlich gehören Diskriminierungserfahrungen immer noch zum Alltag von
7 Schwulen und Lesben. Schon das Outing gegenüber Familie und Freunden bedeutet für die
8 meisten schwulen und lesbischen Jugendlichen weiter eine besondere Herausforderung –
9 insbesondere für jene, die unter mehrfacher Diskriminierung leiden, wie zum Beispiel Schwule
10 und Lesben mit Migrationshintergrund. Aber auch am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit
11 erfahren Schwule und Lesben nach wie vor Ablehnung.
12
13 Auch in vielen gesetzlichen Regelungen sind Schwule und Lesben weiterhin schlechter gestellt.
14 Trotz vieler, oft erst vom Bundesverfassungsgericht erzwungener Anpassungen, bestehen
15 weiterhin vielfältige Unterschiede in der Behandlung von Ehen und Lebenspartnerschaften,
16 darunter für die Betroffenen einschneidende Benachteiligungen im Steuerrecht und im
17 Adoptionsrecht.
18
19 Die Situation Transsexueller (die sich selbst nicht dem körperlich gegebenen Geschlecht
20 zuordnen) und intersexueller Menschen (die weder dem männlichen noch dem weiblichen
21 Geschlecht eindeutig zugeordnet werden können) wird jedoch auch in unserer Gesellschaft
22 weitgehend tabuisiert und ihre Rechte missachtet.
23
24 Nach geltenden gesetzlichen Regelungen und Verfahren müssen Transsexuelle sich zu
25 identitätsgestörten Menschen erklären. Da diese Verfahren die Geschlechtsidentität
26 transsexueller Menschen nicht umfassend respektieren, verstoßen sie gegen Menschenrechte.
27
28 Intersexuelle werden in der Regel im Kindesalter ohne ihre Einwilligung an ihren uneindeutigen
29 Genitalien operiert, um diese zu "vereinheitlichen", wobei in Kauf genommen wird, dass ihr
30 sexuelles Empfinden vermindert oder gänzlich zerstört wird. Ein Leben als Intersexueller ist in
31 unserer Gesellschaft nicht vorgesehen.
32
33 Für die Gleichstellung von homosexuellen, transsexuellen und intersexuellen Menschen besteht
34 also nach wie vor deutlicher Handlungsbedarf. Deshalb stellen wir folgende Forderungen auf,
35 um die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung voranzutreiben und Diskriminierungen
36 aktiv zu bekämpfen.
37

38 Bundes- und Landesebene:

39

- 40 • Verbot der Benachteiligung aufgrund der sexuellen Identität: Die derzeitige Formulierung
41 des Artikel 3 des Grundgesetzes (Gleichheit vor dem Gesetz) kann die rechtliche
42 Benachteiligung von Schwulen und Lesben offensichtlich bisher nicht wirksam verhindern.
43 Deswegen fordern wir, den Artikel 3 um das Merkmal „sexuelle Identität“ zu ergänzen.
- 44 • Gleichstellung von Regenbogenfamilien: Der besondere Schutz von Ehe und Familie in
45 Artikel 6 des Grundgesetzes soll für alle familiären Gemeinschaften gelten. Familien mit
46 zwei Vätern oder zwei Müttern sollen familien-, steuer- und sozialrechtlich gleichgestellt
47 werden.
- 48 • Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe: Durch die Einführung
49 der eingetragenen Lebenspartnerschaft wurden sowohl die Bürgerrechte lesbischer wie
50 schwuler Paare als auch die gesellschaftliche Akzeptanz gleichgeschlechtlicher
51 Beziehungen gestärkt. Verpartnerte homosexuelle Paare besitzen allerdings immer noch
52 nicht dieselben Rechte wie verheiratete Heterosexuelle. Wir fordern die Öffnung der Ehe
53 für gleichgeschlechtliche Paare, bestehende eingetragene Lebenspartnerschaften sind
54 dieser gleichzustellen.
- 55 • Adoptions- und Sorgerecht für homosexuelle Paare: Es ist derzeit Ehepaaren und
56 Einzelpersonen erlaubt, Kinder zu adoptieren, homosexuellen Paaren ist dies hingegen
57 verwehrt. Argumente zugunsten dieser Diskriminierung mit Verweis auf das Kindeswohl
58 sind durch eine Studie des Bundesjustizministeriums, die zeigt, dass das Wohlergehen
59 der Kinder nicht davon abhängt, ob die Eltern in hetero- oder homosexuellen
60 Partnerschaften leben, widerlegt. Wir fordern daher, die Benachteiligung von
61 homosexuellen Paaren hinsichtlich des Adoptions- und Sorgerechtes zu beenden.
- 62 • Künstliche Befruchtung für lesbische Paare erlauben: Die Richtlinien zur assistierten
63 Reproduktion der Bundesärztekammer untersagen jegliche ärztliche Unterstützung bei
64 einer künstlichen Befruchtung, wenn die betreffende Frau in einer lesbischen
65 Partnerschaft lebt. Dabei spielen ethische Gründe hier keine Rolle. Ärzte sollen so vor
66 möglichen Unterhaltsansprüchen der gezeugten Kinder geschützt werden, denn das
67 Abstammungsrecht misst in diesem Fall mit zweierlei Maß: Wird ein Kind in einer Ehe
68 durch künstliche Befruchtung mit dem Erbgut einer dritten Partei gezeugt, so gilt es
69 rechtlich als Kind des Ehepaars. Bei dem Paar in der eingetragenen Lebenspartnerschaft
70 verhält es sich aber nicht so. Deswegen fordern wir, dass für homosexuelle Paare in
71 eingetragener Lebenspartnerschaft zukünftig dasselbe Abstammungsrecht wie für
72 Eheleute gilt. Auch die Beschränkung auf verheiratete Paare muss aufgehoben werden,
73 das Recht auf Familiengründung muss für alle gelten.
- 74 • Verfolgten Schwulen und Lesben Schutz bieten: In vielen Ländern werden Lesben und
75 Schwule wegen ihrer Homosexualität verfolgt. Es drohen Haft- und Todesstrafen.
76 Deutschland muss deshalb Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität verfolgt werden, Asyl
77 gewähren. Auf internationaler Ebene muss sich die Bundesrepublik gegen die Verfolgung
78 und für die Gleichstellung Homo-, Trans- und Intersexueller einsetzen.
- 79 • Die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität in der NS-Zeit muss
80 aufgearbeitet und in das Gedenken und in die historische Darstellung miteinbezogen
81 werden.
- 82 • Rehabilitierung und Entschädigung der in der BRD und DDR Verurteilten: Lesben und
83 Schwule wurden nach 1945 weiter strafrechtlich verfolgt. 1968 wurde der §175 zwar
84 aufgeweicht, zu seiner endgültigen Streichung kam es aber erst 1994. Auch die DDR hat
85 Homosexualität unter Erwachsenen bis 1968 nicht vollständig entkriminalisiert. Die Opfer
86 dieser menschenrechtswidrigen Strafverfolgung in West und Ost müssen rehabilitiert und
87 entschädigt werden.
- 88 • Freie Wahl des Geschlechts in amtlichen Dokumenten: Menschen sollte das Recht
89 eingeräumt werden, das Geschlecht in amtlichen Dokumenten frei zu wählen, jedoch nur
90 wenn ausschließlich dieses gewünschte Geschlecht von der jeweils betroffenen Person
91 einen gewissen Zeitraum lang öffentlich bekundet wurde und dies auch nach erfolgreicher
92 Bewilligung so weitergeführt wird. Für Transsexuelle stellt die Änderung der
93 Geschlechtsangabe in offiziellen Dokumenten nach einer Geschlechtsanpassung eine
94 menschlich oft schwierige bürokratische Herausforderung dar. Intersexuellen Menschen
95 wird dies generell nicht gestattet. Vorbild ist hier Australien, das ein drittes Geschlecht X
96 ("unspecified") eingeführt hat. Dieses Modell soll auch in Deutschland eingeführt werden,
97 da insbesondere Intersexuelle sich nicht einem Geschlecht zuordnen lassen wollen.
- 98 • Aufklärung in Schulen, Sensibilisierung der Lehrkräfte, Aufklärung am Arbeitsplatz: Viele

99 lesbische und schwule Jugendliche haben nach wie vor Angst, von ihrem Umfeld
100 abgelehnt oder sogar gemobbt zu werden. Deswegen muss in den Schulen
101 entsprechende Aufklärungsarbeit über Homosexualität geleistet werden. Das betrifft u.a.
102 Lehrpläne und Lehrer_innenausbildung. Auch in den Betrieben und Unternehmen sollten
103 Maßnahmen getroffen werden, die ein Klima am Arbeitsplatz fördern, das den offenen
104 Umgang mit der Geschlechtsidentität erleichtert und Diskriminierung abbaut.

105

106 Kommunale Ebene:

107

- 108 • Stadtgeschichte ist auch immer Geschichte der Lesben und Schwulen. Dies darf in der
109 lokalen Geschichtsschreibung nicht mehr totgeschwiegen werden. Städtische
110 Einrichtungen sollen beauftragt werden, auch die geschichtliche Situation der
111 Homosexuellen zu recherchieren. Auch der Lesben und Schwulen, Trans- und
112 Intersexuellen soll würdig gedacht werden.
- 113 • In Bildungs- Kultur- und Jugendeinrichtungen müssen Angebote für Lesben und Schwule
114 geschaffen werden. Städtisches Personal und Mitarbeiter_innen im Bildungs- und
115 Erziehungsbereich sollen in Schulungen zu Homosexualität und Geschlechtsidentität
116 sensibilisiert werden.
- 117 • Unterstützung von Organisationen und Vereinen: Viel Aufklärungsarbeit für die Belange
118 homosexueller, transsexueller und intersexueller Menschen wurde und wird durch das
119 ehrenamtliche Engagement von Menschen geleistet. Dieses Engagement gilt es von
120 kommunaler Seite zu stärken und zu fördern.
- 121 • Einbeziehung des Themas in die Integrationsarbeit und Schaffung von
122 Beratungsangeboten für Schwule und Lesben mit Migrationshintergrund
- 123 • Kommunale Koordinierungsstellen/Beauftragte auf allen Ebenen: In den Kommunen sind
124 nach Münchener Vorbild Koordinierungsstellen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen zu
125 gründen, die sich nicht nur um die Belange der Lesben und Schwulen, sondern auch um
126 jene der Trans- und Intersexuellen kümmern, sie beraten und Öffentlichkeitsarbeit u.a.m.
127 leisten.
- 128 • Besseres Leben von Homosexuellen im Alter: Die traditionelle Senior_innenarbeit ignoriert
129 die Bedürfnisse älterer homosexueller Männer und Frauen noch weitgehend, weder im
130 Freizeit- noch im Bildungsbereich gibt es zielgruppenorientierte Angebote. Notwendig sind
131 Konzepte für die kultursensible Versorgung, Pflege und Begleitung von lesbischen Frauen
132 und schwulen Männern.

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

Titel Trans*rechte sind Menschenrechte!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Trans*rechte sind Menschenrechte!

1 Geschlecht ist vielfältig, allerdings werden gesellschaftlich zurzeit nur zwei
2 Geschlechtsidentitäten anerkannt, Frau und Mann. Dabei wird das Geschlecht einer Person
3 schon bei der Geburt aufgrund von biologischen Merkmalen festgelegt. Die Person kann also
4 nicht mitentscheiden und eine Reevaluation (Neubeurteilung) geschieht nicht. Dieses Herstellen
5 einer Normalität des zweigeschlechtlichen Systems führt zum Ausschluss all derer, die nicht in
6 dieses System passen, weil ihre Geschlechtsidentität nicht mit dem Geschlecht
7 zusammenpasst, das ihnen bei Geburt zugeordnet wurde. Dieser Ausschluss geschieht sowohl
8 auf persönlicher als auch struktureller Ebene. Dabei ist es wichtig Trans*menschen nicht als
9 homogene Gruppe aufzufassen. In diesem Antrag werden deswegen verschiedene Identitäten
10 unter diesem Überbegriff zusammengefasst, weil sie ähnlichen Problemen und Diskriminierung
11 gegenüberstehen: Transsexuelle, Trans*gender, Agender, Genderless, Bigender, Polygender,
12 Drags, Crossdresser*innen und viele Identitäten mehr werden hier als trans*idente Menschen (=
13 Trans*menschen, Trans*idente, Trans*) verstanden. Dabei ist die Überschneidung mit anderen
14 Identitätskategorien allerdings nicht zu vernachlässigen und kann zu einer Verschlechterung der
15 gesellschaftlichen Position führen. Die SPD hat in ihrem Regierungsprogramm „Das Wir
16 entscheidet“ 2013 beschlossen, die Rechte und die Chancen trans*identer Menschen zu
17 verbessern. Dieser Antrag will das Thema Trans* als Querschnittsthema begreifen und greift
18 verschiedenste Politikfelder auf, in denen es die Situation von Trans*menschen zu beleuchten –
19 und zu verbessern – gilt.

20

21 **If the kids get diversified!**

22 Im Bildungssektor gibt es zahlreiche offensichtliche und versteckte Hürden und Probleme die
23 Trans*menschen begegnen. Dabei treten die meisten Schwierigkeiten und
24 Diskriminierungserfahrungen für Kinder und Jugendliche, die trans* sind, im System Schule auf.
25 Mobbing gehört an vielen Schulen zum Alltag, besonders sind davon LGBTIQ*-Schüler*innen
26 (Lesbians, Gays, Bisexuals, Trans*people, Intersexes, Queers, *diverse) betroffen. Je nach
27 Studie fühlen sich 65 bis 90 Prozent der Trans*personen in der Schule nicht sicher, was zum
28 Schwänzen der Schule führt und damit Trans*Kinder und -Jugendliche effektiv einem Teil ihres
29 ihnen zustehenden Bildungsangebotes beraubt. Schulen sind meist nicht gut genug vorbereitet
30 und ausgerüstet um Trans*kindern und -Jugendlichen einen sicheren Raum zum Lernen und
31 zur persönlichen Entwicklung zu bieten. Dazu ist es wichtig Lehrpersonal, Sozialarbeiter*innen,
32 Schulpsycholog*innen und Vertrauenslehrer*innen für einen respektvollen und nicht
33 vorurteilsbelasteten Umgang mit Trans*Schüler*innen zu schulen und das nicht erst, wenn
34 angebliche „Probleme“ mit einer*m Trans*Schüler*in auftreten. Ein wichtiger Teil dieser
35 Ausbildung muss sein die Geschlechtsidentität von Trans*Kindern und -Jugendlichen zu
36 respektieren und ihnen auch Zugang zu den dazugehörigen Räumen zu verschaffen oder bei
37 Bedarf müssen zusätzliche Räume geschaffen werden. Besonders im Bezug auf Umkleiden und
38 Toiletten sollte in allen Schulen zusätzlich geschlechtsneutrale Räume geschaffen werden.
39 Vertrauenslehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen tragen eine besonders hohe
40 Verantwortung beim Umgang mit Trans*Schüler*innen. Sie müssen zumindest in der Lage sein

41 Trans*Jugendliche an beratenden Fachstellen weiterzuleiten.

42

43 Wir fordern:

44

- 45 • In den Bildungsministerien der Länder soll eine öffentlich zugängliche Datenbank an
46 Beratungsstellen, Jugendgruppen u.ä. eingerichtet werden. Diese soll sowohl für
47 Schüler*innen, Lehr*innen und Eltern ein Beratungsangebot und eine erste Anlaufstelle
48 bieten. Es ist allerdings entscheidend Schüler*innen mit Trans*Identitäten nicht als die
49 „Ausnahmen“ darzustellen für die mensch im Sinne der Antidiskriminierung gewappnet
50 sein muss.
- 51 • Trans* muss als Thema Teil der Lehramtsausbildung werden und alle bereits arbeitenden
52 Lehrer*innen müssen dementsprechend nachgeschult werden.
- 53 • Es ist notwendig das Thema Trans* auch im Lehrplan zu verankern: es gilt sexuelle
54 Vielfalt im Sexualkundeunterricht zu thematisieren, aber Trans*Sein darf nicht als
55 sexuellen Praxis benannt (und dazu gemacht) werden.
- 56 • Die Vielfältigkeit von Geschlechtsidentitäten muss in einem dafür passenden Fach
57 thematisiert werden und das spätestens ab dem 7. Schuljahr, nach Möglichkeiten bereits
58 in den Grundschulen.
- 59 • In den Schulbüchern aller Fächer sollen zukünftig auch androgyne und explizite
60 Trans*Ccharaktere auftauchen, das ist aktuell laut einer GEW Studie überhaupt nicht der
61 Fall.
- 62 • In den entsprechenden Bauverordnungen wird verankert und bei schon vorhandenen
63 Schulen nachgerüstet, dass Trans*kindern und -jugendlichen Toilettenräume und
64 Umkleieräume zur Verfügung gestellt werden.
- 65 • Vertrauenslehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen werden in Aus- und Fortbildung für
66 die Belange trans*identer Schüler*innen sensibilisiert.

67

68 **Trans*sein darf kein Armutsrisiko bleiben!**

69 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz schützt Trans*menschen grundsätzlich vor
70 Benachteiligung, allerdings entfaltet sich dieser Schutz kaum: Die Hälfte der Trans*menschen in
71 Deutschland macht Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz, der häufigste Ort ihrer
72 Diskriminierung.

73 Jeder dritte Trans*mensch wurde auf Grund des Geschlechts mindestens einmal nicht
74 eingestellt, selbst Arbeitsvermittlung wird häufig verweigert. Die Arbeitssuche wird in
75 Deutschland auch dadurch behindert, dass einigen Trans*menschen der Zugang zur
76 Dokumentenangleichung fehlt, sowie durch die Verfahrensdauer nach dem
77 Transsexuellengesetz. Bei mehr als jede*r dritten Trans*person bricht während dieser Verfahren
78 ein erheblicher Teil des Alltags weg, darunter auch Erwerbsarbeit. Die Einkommen von
79 Trans*menschen sind unterdurchschnittlich: 49 Prozent% der Trans*menschen in der
80 Europäischen Union verdienen unter 25.000 Euro jährlich (EU-Durchschnitt: 28.000 Euro), 37
81 Prozent% verdienen sogar weniger als 20.000 Euro. Trans*menschen verdienen sowohl im
82 Vergleich zu Männern und auch Frauen im Durchschnitt weniger. Dabei arbeiten sie oft unter
83 ihrer Qualifikation und sind in der Berufswahl eingeschränkt. Weniger als ein Drittel der
84 Trans*menschen in Europa geht einer Vollzeitbeschäftigung nach (Vergleich: Frauen 57
85 Prozent%, Männer 72 Prozent%).

86 Trans*menschen sind häufiger arbeitslos als die Gesamtbevölkerung, dabei betrifft es
87 Trans*people of Color nochmal stärker. Viele Trans*menschen kündigen aus Angst vor
88 Diskriminierung und insbesondere zu Beginn ihrer Transition ihr Arbeitsverhältnis und suchen
89 erst wieder Arbeit, wenn Dokumente angepasst sind, was aber oft mit sozialen Hürden
90 verbunden ist. Arbeitsplatzwechsel in diesem Zeitraum kommen vielfach vor. Trans*menschen
91 wird häufiger gekündigt (oder dies angedroht) als anderen, vor allem während der Transition.
92 Das Ausleben des eigenen Geschlechts bedeutet den Verzicht auf Karrierechancen.
93 Trans*menschen werden Fortbildungschancen und Beförderungen verweigert. Nicht erfüllbare
94 Geschlechter-Rollen-Erwartungen, Probleme beim Passing (erfolgreiches Angesehenwerden
95 als Angehörige*r des Geschlechts, mit dem mensch sich identifiziert), geschlechterstereotype
96 Kleidungsvorschriften, mangelnde Akzeptanz, geringes Selbstvertrauen, Depressivität, Stress,
97 Belastungen durch den Transitionsprozess, Diskriminierungserfahrungen oder Vermeiden von
98 neuen Arbeitsbereichen aus Angst vor Diskriminierung verschlechtern erheblich die
99 Karrierechancen von Trans*menschen. Etwa die Hälfte aller Trans*menschen sieht sich
100 dadurch benachteiligt.

101 Die Hälfte der Trans*menschen lebt ihr Geschlecht nicht immer öffentlich aus, insbesondere

102 wegen der Sorge der Diskriminierung am und der Sorge um den Arbeitsplatz. Trans*menschen
103 erfahren offene Ablehnung von ihren Kolleg_innen und Vorgesetzten oder zumindest keine
104 Anerkennung, davon ist jede*r fFünfte betroffen. Trans*gender, die sich nicht eindeutig einem
105 Geschlecht zuordnen können oder wollen, werden besonders ausgegrenzt.
106 Jede*r zweite bis dritte Trans*mensch hat Diskriminierung oder verbale, psychische, körperliche
107 uns sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz erfahren. Beschwerden von Trans*menschen auf
108 Ggrund von Diskriminierung wird häufig nicht nachgegangen. Das Vertrauen in Vorgesetzte,
109 Personalabteilungen, Kolleg*innen und Anlaufstellen ist daher gering. Bei den Gewerkschaften
110 ist wenig trans*spezifisches Wissen vorhanden.

111

112 Wir fordern:

113

- 114 • Der Trans*-, „Gender Pay Gap“ wird wirksam bekämpft. Hierzu wird die Forderung nach
- 115 gleichem Lohn für gleiche Arbeit endlich umgesetzt.
- 116 • Alle Trans*menschen erhalten einen Zugang zur Dokumenten- und Zeugnisanpassung.
- 117 • Meldebehörden müssen Trans*menschen informieren, die eine Geschlechts- oder
- 118 Namensänderung beantragen: über Anlaufstellen, Beratungen und Rechte und Umgang
- 119 am Arbeitsplatz. Diese Information wird aktenkundig vermerkt.
- 120 • Mitarbeiter*innen der Jobcenter werden für Belange trans*identer Menschen sensibilisiert
- 121 in Aus- und Fortbildung.
- 122 • Gewerkschaften und Arbeitgeber*innenverbände sollen Informationen zum Umgang mit
- 123 und zur Unterstützung von Trans*menschen anbieten. Gewerkschaften sollen
- 124 Anlaufstellen einrichten, dafür sind sie durch ein Bundesprogramm zu fördern.
- 125 • In Förderkataloge für Projekte, die Sexarbeiter*innen beraten und ihnen sonstige
- 126 Unterstützungsmaßnahmen anbieten, werden trans*spezifische Kriterien ergänzt.

127

128 **Trans*idente Menschen vor Gewalt schützen!**

129 Die EU-Kommission betont, dass alle EU-Länder Trans*menschen wirksam vor Verbrechen, die
130 aus gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit begangen werden, zu schützen müssen sind. Der
131 Bundesrat und die SPD-Bundestagsfraktion haben im Oktober 2012 vorgeschlagen, das
132 Kriterium gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die Bewegrundünde von Täter*innen
133 bei der Strafzumessung aufzunehmen.

134 Gerade beim Kontakt mit der Polizei kann es für Trans*menschen zu unangenehmen
135 Situationen kommen. Das beginnt damit, dass sie vielleicht von den Polizist*innen nicht als die
136 Person auf ihrem Ausweis erkannt werden, da ihr Passing zu „gut“ oder zu „schlecht“ ist. Auch
137 kommt es häufig auf Ggrund dieses Unterschieds zu verbalen Übergriffen von Polizist*innen.
138 Weiterhin findet Polizeigewalt auch gegenüber Trans*menschen statt. Gruppenbezogene
139 Gewalt gegenüber Trans*menschen wird häufig nicht als solche erkannt: Gewalt gegen
140 Trans*frauen wird EU-weit häufig als Auseinandersetzung zwischen Männern vermerkt,
141 Trans*frauen werden häufig als Verursacherinnen* und nicht als Opfer angesehen.
142 Auch vor Gericht kommt es zur Nichtanerkennung und zu verbalen Übergriffen. Im Strafvollzug
143 haben Trans*menschen ein erhöhtes Risiko, Opfer körperlicher und auch sexualisierter Gewalt
144 zu werden, was jedoch aus Angst vor Retraumatisierungen selten angezeigt wird. Insbesondere
145 prekär lebende Trans*menschen geraten häufiger ins Visier der Strafverfolgung, was sie erneut
146 Gewalt im Strafvollzug aussetzt. In Deutschland gibt es mehrere Berichte darüber, dass
147 Trans*frauen in Männergefängnissen untergebracht werden.

148

149 Wir fordern:

150

- 151 • Das Kriterium gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die Beweggründe von
- 152 Täter*innen bei der Strafzumessung (§ 46 Absatz 2 Satz 2 Strafgesetzbuch)
- 153 aufzunehmen, wird erneut als Gesetzesvorlage eingebracht.
- 154 • Der Umgang mit Trans*personen sollte Teil der Ausbildung von Sicherheitsfachkräften
- 155 und der Polizei sein.
- 156 • Für den Fall von Körperdurchsuchungen erhalten Durchsuchte ein Wahlrecht auf das
- 157 Geschlecht der*s Durchsuchende*n.
- 158 • Staatliche Organe sollen ihre Mitarbeiter*innen soweit schulen, dass diese transphob

- 163 motivierte Straftaten erkennen und entsprechend verfolgen, wenn sie auftreten, um damit
164 die Trans*community zu schützen. Dazu zählt auch, Opfer nicht zu Täter*innen zu
165 machen, sondern ihre Belange Ernst zu nehmen.
- 166 • Trans*menschen sind als Trans*menschen zu behandeln und nicht nach ihrem bei Geburt
167 zugeordnetem Geschlecht.
 - 168 • Trans*menschen sollen das Wahlrecht bekommen, in einem zu ihrem Geschlecht
169 passenden Gefängnis untergebracht zu werden. (Trans*frauen sollen in
170 Frauengefängnissen untergebracht werden können, Trans*männer in
171 Männergefängnissen.) Hierfür sind im Strafvollzug alle notwendigen Bedingungen zu
172 schaffen, ggf. als Einzelfalllösung.
 - 173 • Im Strafvollzug müssen Trans*Mmenschen als marginalisierte Gruppe besonderen Schutz
174 erfahren, Vollzugspersonal muss dafür ausgebildet und fortgebildet werden.
 - 175 • Es werden im Bund und in allen Ländern unabhängige Untersuchungskommissionen für
176 Polizeigewalt und -versagen, die bei der Legislative (z.B. Parlamentspräsident*in)
177 angesiedelt werden. Sie werden besonders für Polizeigewalt gegenüber marginalisierten
178 Gruppen sensibilisiert.
 - 179 • Beratungsangebote müssen ausgebaut werden.

180

181 **Für das Recht auf Geschlechtsidentität!**

182 Trans*menschen sind in Deutschland durch Gesetze geschützt (insb. Art. 3 Grundgesetz). Dies
183 bedeutet jedoch weder, dass Trans*menschen keine Gewalt und Diskriminierung erfahren,
184 noch, dass sie gleich gestellt sind. Mit dem Transsexuellengesetz (TSG) ist seit 1981 ein
185 Sondergesetz in Kraft, das u.a. Fragen des Personenstands und Vornamen sowie der
186 Transition regelt. Dieses Gesetz ist inzwischen durch den die Vorstellung von Geschlecht in der
187 Gesellschaft und Forschung sowie durch höchstrichterliche Urteile überholt. (Seit 2005
188 entfielen: die Ehelosigkeit, die Rückbenennung nach dem Geburtsvornamen bei Eheschließung,
189 die Bedingung der geschlechtsangleichenden Operation und der Unfruchtbarkeit vor einer
190 Personenstandsänderung. Das Gesetz wurde nicht immer geändert, aber viele Bestimmungen
191 dürfen nicht mehr angewandt werden.)

192 Das Gesetz wird in seiner heutigen Fassung von Trans*menschen noch als äußerst
193 diskriminierend wahrgenommen: Denn die Hürden zur Transition sind nachwievor hoch,
194 erniedrigend und stehen dem Selbstbestimmungsrecht entgegen: ein Gerichtsverfahren samt
195 zweier Gutachten von Sachverständigen sind zur Transition vonnöten. Identität zu
196 diagnostizieren ist unmöglich und ist für Außenstehende nicht begutachtbar, weswegen die
197 Gutachten auch ihren Zweck verfehlen. Die Kosten des Verfahrens (weit über 1000 Euro) sind
198 darüber hinaus hoch. Zeugt eine gesetzlich anerkannte Trans*person ein Kind, wird ihr
199 Vorname wieder durch den Geburtsnamen ersetzt etc. Außerdem erstreckt sich das
200 Transsexuellengesetz eben auf Transsexuelle, wobei also Trans*gendern, die nicht den
201 Diagnosekriterien entsprechen, der Zugang zu den Rechten des Transsexuellengesetzes
202 verweigert wird. Insgesamt geht das Transsexuellengesetz davon aus, dass Trans*menschen
203 vor Fehlentscheidungen geschützt werden sollen, was jedoch hier nicht Aufgabe der
204 Gesetzgeberin ist. Aufgrund der zu erwartenden sozialen Folgen ist ein leichtfertiger Umgang
205 unwahrscheinlich. Ebenso wenig muss die Gesellschaft vor Trans*menschen geschützt werden.
206 Respektvolle und umfassende Trans*rechte waren lange Zeit eine utopische Vorstellung. Mit
207 dem Beschluss des Geschlechtsidentitätsgesetz in Argentinien im Mai 2012 hat sich dies
208 geändert. Dies Gesetz garantiert allen Menschen in Argentinien, ihre Geschlechtsidentität selbst
209 zu bestimmen und frei zu entwickeln, Dokumentenänderungen sowie kostenlose medizinische
210 Unterstützung. Die Utopie wurde in Argentinien vom Möglichen ins Wirkliche geholt und damit
211 weltweit erkämpfbar und umsetzbar!

212 Das Trans*recht in Deutschland bedarf einer umfassende Überarbeitung. Der bundesweite
213 Arbeitskreis TSG-Reform, ein Bündnis von LGBTIQ*Verbänden, hat folgende Vorschläge
214 erarbeitet, denen wir uns anschließen.

215

216 Wir fordern:

217

- 218 • Das Transsexuellengesetz wird aufgehoben. Notwendige Regelungen werden in
219 bestehendes Recht integriert und so auf alle Trans*menschen und Intersexe ausgeweitet.
- 220 • Alle Regelungen gelten auch weiterhin für ausländische Staatsangehörige, deren
221 Herkunftsländer keine vergleich- und zumutbaren Regelungen haben.
- 222 • Das gerichtliche Verfahren zur Vornamens- und Personenstandsänderung wird
223 abgeschafft.

- 224 • Eine Begutachtung findet nicht statt.
- 225 • Medizinische Maßnahmen sind keine Voraussetzung für eine Vornamens- oder
- 226 Personenstandsänderung.
- 227 • Reproduktive Betätigung führt nicht zur Aberkennung des Vornamens oder
- 228 Personenstands.
- 229 • Altersgrenzen bestehen nachwievor nicht. Beschränkt Geschäftsfähige werden durch ihre
- 230 gesetzlichen Vertretung vertreten.
- 231 • Vornamen und Personenstand können auch mehrfach geändert werden.
- 232 • Vornamensänderungen werden als Verwaltungsakt von den Meldebehörden auf Antrag
- 233 vorgenommen, wenn die Person erklärt, sich einem anderen Geschlecht als bei Geburt
- 234 zugewiesen zuzugehören. Es können andersgeschlechtliche und geschlechtsneutrale
- 235 Namen eingetragen werden. Hierzu wird § 11 des Gesetzes über die Änderung von
- 236 Familiennamen und Vornamen ergänzt, sodass bei Trans*identität ein wichtiger Grund
- 237 vorliegt.
- 238 • Der geschlechtliche Personenstand wird als Verwaltungsakt von den Meldebehörden auf
- 239 Antrag geändert, wenn die Person erklärt, einem anderen Geschlecht als bei Geburt
- 240 zugewiesen zuzugehören. Es können weiblich“ und „männlich“ gewählt werden sowie
- 241 (analog zur Stellungnahme des Ethikrats zu Intersexualität) „anderes“ und keines. Ein
- 242 Mitspracherecht Dritter besteht nicht. Ehe und Lebenspartnerschaft bleiben unberührt,
- 243 werden auf Antrag aber in Lebenspartnerschaft oder Ehe umgewandelt. Die Regelungen
- 244 werden in das Personenstandsgesetz und die Personenstandsverordnung aufgenommen.
- 245 • Das Offenbarungsverbot aus dem Transsexuellengesetz wird ausgeweitet, sodass das
- 246 Offenbarungs- und Ausforschungsverbot wie jetzt auch bestehen bleibt, aber Angehörige
- 247 den ehemaligen Vornamen und Personenstand nur noch privat verwenden dürfen. Beide
- 248 Regeln werden in das Ordnungswidrigkeitengesetz aufgenommen und so sanktionierbar.
- 249 • Die Regeln zum Geburtseintrag bereits geborener Kinder werden unverändert in das
- 250 Personenstandsgesetz übernommen.

251

252 **Trans*Gesundheit verbessern!**

253 Der Europäische Gerichtshof und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte haben
 254 Direktiven erteilt, dass Trans*menschen medizinische Versorgung erleichtert werden möge. Die
 255 Umsetzung obliegt aber den Mitgliedsstaaten, sodass dies sehr unterschiedlich umgesetzt wird.
 256 Trans*menschen sollen in Deutschland dadurch unterstützt werden, dass die Krankenkassen
 257 die Kosten für Operationen, Hormonbehandlungen, Logopädie u.a. übernehmen. Trans*sein
 258 wird durch die Weltgesundheitsorganisation als psychische Krankheit „Transsexualität“ oder
 259 „Geschlechtsidentitätsstörung“ (Katalog ICD-10) angesehen. Das ist auch in Deutschland der
 260 Fall. Damit Transitionskosten von den Kassen übernommen werden, gibt es zunächst ein
 261 medizinisches Gutachten, außerdem muss ein Alltagstest vollzogen werden (Outing im Umfeld
 262 und auf Arbeit). Dann besteht die Pflicht zur Psychotherapie. So wird die Entscheidungshoheit
 263 über Trans*sein an die Medizin delegiert und als krankhaft abgestempelt. Trans*menschen wird
 264 abgesprochen, eine mündige Entscheidung treffen zu können. Und sie werden zu
 265 therapeutischen Maßnahmen gezwungen, die viele ablehnen oder nicht benötigen – nicht alle
 266 Trans*menschen sind depressiv oder traumatisiert. Die Verfahrensdauer ist lang (bis mehrere
 267 Jahre) und kostet die Betroffenen sehr viel Kraft. An diesen Hürden scheitern einige
 268 Trans*menschen und diejenigen, die die diagnostischen Kriterien der Transsexualität nicht
 269 erfüllen, haben keinen Zugang. Sie machen einen erheblichen Anteil aus. Durch die Nicht-
 270 Transition entsteht jedoch ein krankheitswertiges Leiden, weswegen eine Kostenübernahme
 271 durch Krankenkassen gerechtfertigt ist, ohne dass Trans*menschen selbst eine Krankheit ist.
 272 Wir schließen uns dem Vorschlag des bundesweiten Arbeitskreises TSG-Reform hierzu an.
 273 Trans*menschen sind darüber hinaus überdurchschnittlichen gesundheitlichen Belastungen
 274 ausgesetzt. Drei Viertel leiden unter Depressionen und Isolation, zwei Drittel haben
 275 Suizidgedanken, ein Drittel begeht im Erwachsenenalter einen Suizidversuch (Zahlen für EU).
 276 Gründe hierfür liegen nicht im Trans*sein, sondern bei Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen,
 277 psychischen und sexualisierten Gewalterfahrungen. Traumatisierungen führen dann zu
 278 selbstschädigendem Verhalten wie Drogenmissbrauch, wodurch ungeschützter
 279 Geschlechtsverkehr, HIV-Infektionen etc. begünstigt werden oder sich neuen Gewaltsituationen
 280 ausgesetzt wird, insbesondere in der Sexarbeit. Trans*menschen sind überdurchschnittlich oft
 281 dauerhaft gesundheitlich beeinträchtigt oder im Behindertenstatus. Ärzt_*innen und
 282 medizinisches Personal haben oft zu wenig wissen über Trans*sein, teilweise führt dies zu
 283 falschen hausärztlichen und psychiatrischen Behandlungen. Viele Trans*menschen fühlen sich
 284 durch ihre Ärzt_*innen und medizinisches Personal diskriminiert. Transphobe Erfahrungen im

285 Gesundheitssektor erschweren es Trans*menschen bei Ärzt_innen und medizinisches
286 Personal Hilfe zu suchen. Ärzt_innen und medizinisches Personal werden häufig gewechselt.
287 Viele Trans*menschen und medizinisches Personal vermeiden Vorsorgeuntersuchungen. Fast
288 alle verbergen ihr Geschlecht.

289

290 Wir fordern:

291

- 292 • Trans*sein wird im ICD-Katalog weltweit gestrichen. Der Bundestag wird die
293 Bundesregierung zu einer entsprechenden Initiative verpflichten.
- 294 • Die Leistungspflicht der Krankenkassen bei Hormontherapie, geschlechtsangleichenden
295 Operationen und sonstigen Maßnahmen, z.B. Epilation (permanente Entfernung von
296 Körperhaaren), wird im Fünften Buch Sozialgesetzbuch (SGB V), 3. Kapitel [Leistungen
297 der Krankenversicherung] festgeschrieben. Bei Epilation etc. ist dazu kein ärztlicher
298 Vorbehalt nötig.
- 299 • Die Ausbildung und Sensibilisierung für MedizinerÄrzt_innen und medizinisches Personal
300 wird im Bezug auf Trans*menschen verbessert.

301

302 **Für ein breites Beratungsnetzwerk und informierte Ärzt_innen!**

303 Gewalt auf der Straße findet statt, was aus den normierten Vorstellungen von Geschlecht
304 resultiert. Dies hat Konsequenzen für die Betroffenen, aber auch gesamtgesellschaftliche
305 Auswirkungen: Gewalt führt zu einer Entsolidarisierung mit den und zur Ignoranz der
306 Betroffenen. Gleichzeitig ist sie ein Signal an andere Ausgegrenzte, sich nicht öffentlich zu
307 bekennen. Sozialer Rückhalt in der Familie und im Freundeskreis sind eine bedeutende
308 Bewältigungsstrategie für den Umgang mit Sexismus und anderer Diskriminierungsformen,
309 auch psychosoziale Angebote für Trans*menschen, insbesondere Trans*menschen of Color,
310 sind bedeutend. Dies stärkt die Selbstakzeptanz. Gleichzeitig bedeutet dies, dass
311 demokratischen Institutionen wenig vertraut wird, Probleme zu lösen. Beratungsstellen fehlen
312 vielfach in der Nähe zum Wohnort, insbesondere im ländlichen Raum. Es besteht eine hohe
313 Zufriedenheit mit zivilgesellschaftlichen Beratungsangeboten, teilweise gibt es jedoch nur
314 Beratungen für Homo- und Bisexuelle oder nur in deutscher Sprache. Teilweise werden
315 Beratungen nicht aufgesucht, weil Diskriminierungen dort erwartet werden oder
316 Diskriminierungserfahrungen gemacht wurden. Mehrfachdiskriminierung erschwert selbst den
317 Zugang zu Therapien, Beratungseinrichtungen und Selbsthilfegruppen. Teilweise werden Teile
318 der Identität (z.B. Einwanderungsgeschichte) verschwiegen um Zugang zu erhalten, was erneut
319 belastend ist. Die Sensibilität dafür, dass Hilfesuchende mehrfache Zugehörigkeiten haben, und
320 die für Cissexismus, Heterosexismus und Rassismus fehlen oft (Heterosexismus ist ein
321 Sexismus, der Heterosexualität als Norm ansieht und diskriminiert Nicht-Heter*as; Cissexismus
322 sieht es als Norm an, nicht trans* zu sein und diskriminiert Trans*menschen / „cis“ ist das
323 Gegenteil von „trans“). Coming-outs sind ein gewichtiger Teil der Beratungen. Sie können
324 jedoch auch zu mehr Diskriminierung führen, da auffallende Personen sich in gefährlichen
325 Situationen schlechter zurückziehen können, wenn Rückzugsräume fehlen. Dies ist aber
326 flächendeckend der Fall. Für Menschen mit Mehrfachzugehörigkeiten ist das besonders
327 problematisch.

328

329 Wir fordern:

330

- 331 • Es werden Weiterbildungsmodule für Beschäftigte in der psychosozialen Beratung und für
332 Ärzt_innen und medizinisches Personal entwickelt und gefördert, die für diverse
333 Genderidentitäten, sexuelle Orientierungen und Mehrfachdiskriminierung sensibilisieren.
- 334 • Gewünscht wird ein vielfältigeres und flächendeckenderes Angebot an
335 Beratungseinrichtungen. Zugleich wird ein umfassenderes Beratungsangebot gewünscht,
336 das auch Sozialberatung oder Migrationsberatung beinhaltet. Beratungsstellen sollten
337 gut erreichbar sein und kostenlos.
- 338 • Die Zentralität und die Inhalte der Coming-out-Strategie in der Beratung und der Therapie
339 werden überarbeitet, wozu es zunächst weiterer Forschungsbedarf.

340

341 **Forschen!**

342 Zwar hat in den letzten Jahren die Forschung in Genderstudies im deutschsprachigen Raum
343 zugenommen, allerdings gibt es immer noch nur kaum empirische Daten und Forschung zur
344 Situation von Trans*menschen und zahlreiche Forschungslücken. Es ist wichtig zielgerichtet in
345 diese Richtung zu forschen und v.a. diese Forschung zu fördern. Dabei ist auch kritisch zu

346 hinterfragen unter welchen Vorannahmen Forschung über Trans*menschen betrieben wird. Die
347 Annahme einer psychischen Krankheit darf hierbei nicht die Grundlage sein, vielmehr muss sich
348 mit den Lebensrealitäten von Trans*menschen und der Diskriminierung die sie erfahren
349 beschäftigt werden. Es fehlen international, aber auch in Deutschland, wissenschaftliche Daten
350 zu Lebensweisen und Bedürfnisse von Trans*menschen, auch außerhalb medizinischer
351 Kategorien. Darüber hinaus fehlen Daten zu psychischer und physischer Gewalt auf das Leben
352 von Trans*menschen. Es fehlen in Deutschland Daten zur Lohnungleichheit. Wir fordern, dass
353 diese Lücken geschlossen werden, hierzu soll das Bundesforschungsministerium ein
354 Forschungsprogramm initiieren.

355

356 **Trans*freundliche Europapolitik und trans*freundliches Asylrecht!**

357 Das Bundesverfassungsgericht hat 2006 klar gestellt, dass das Transsexuellengesetz auch auf
358 für nicht deutsche mit Aufenthaltstitel gilt, sofern in deren Herkunftsland vergleichbare und
359 zumutbare Rechte nicht vorhanden sind. Dies geht jedoch mit Diskriminierungen einher: In
360 Pässen werden lediglich Ergänzungsdokumenten beigefügt über die Namens- oder
361 Geschlechtsänderung, sodass das Trans*sein immer erkennbar bleibt. Trans*menschen sind
362 mit den Ausnahmen von Österreich und Frankreich in der Europäischen Union nicht als „soziale
363 Gruppe“ im Asylrecht anerkannt, auch wenn der Menschenrechtskommissar des Europarats
364 dies empfiehlt.

365 Die Europäische Union muss alle ihre Möglichkeiten nutzen, um die Situation von
366 Trans*menschen zu verbessern. Eine Bestandsaufnahme der Situation wurde bereits durch die
367 Studie EU LGBT Survey (2012) der European Union Fundamental Rights Agency begonnen.
368 Gerade bei der Aufnahme von neuen Mitgliedsstaaten dürfen Menschenrechtsaspekte nicht
369 vernachlässigt werden. Das heißt nicht, dass die Situation von Trans*menschen in der EU gut
370 wäre – ganz im Gegenteil – , auch hier muss die EU als struktureller Überbau ihre Möglichkeiten
371 nutzen um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen.

372

373 Wir fordern:

374

- 375 • Deutschland erkennt Geschlechtsidentität als geschlechtsspezifisches
- 376 Verfolgungsmerkmal an und anerkennt Trans*menschen so in Asylverfahren. Deutschland
- 377 setzt sich auf europäischer Ebene für eine dem entsprechende EU-weite Regelung ein.
- 378 • Die Europäische Kommission nutzt europäische Rechtsakte, um alle Mitgliedsstaaten zur
- 379 Implementierung von Trans*rechten, Schutz von Trans*menschen durch den Staat sowie
- 380 die Förderung von Trans*menschen zu verpflichten.
- 381 • Die Europäische Union achtet Trans*rechte in Beitrittsverhandlungen.

382

383 **Das Wir entscheidet!**

384 Wer eine trans*freundliche Gesellschaft will, muss auch selbst trans*freundliche Räume
385 schaffen. Die SPD muss damit anfangen, eine andere Gesellschaft beginnt auch in den eigenen
386 Strukturen. Die SPD, und als Jugendverband besonders die Jusos, können für trans*idente
387 Mitglieder eine große Rolle spielen bei Gewährerdung, Coming-out oder Sich-Ausprobieren-
388 Wollen. Partei und Jugendverband sind für aktive Mitglieder schließlich eine wichtige
389 Bezugsgruppe sind.

390 Im Innenverhältnis der Mitglieder zur Partei muss für alle einzelnen ebenfalls das Recht auf
391 Geschlechtsidentität gelten. Zurzeit können Beitrittswillige der SPD gegenüber auf eine
392 Geschlechtsangabe verzichten, alternativ bestehen die Möglichkeiten „weiblich“ und „männlich“.
393 In den Gliederungen der Partei wird häufig ein pragmatischer Umgang gefunden. In der
394 Mitgliederverwaltung MAVIS werden nichtsdestotrotz eindeutige Geschlechter zugewiesen.
395 Einige Trans*personen berichten davon, dass in der MAVIS ihr Geschlecht nicht geändert
396 werden konnte. Viele Parteigeschäftsstellen sind unsicher im Umgang mit Trans*menschen, es
397 mangelt an Wissen. Daher werden Trans*menschen in der SPD auch unterschiedlich behandelt
398 in der Mitgliederverwaltung, aber auch bei der Postenbesetzung.

399

400 Wir fordern:

401

- 402 • Jedes Mitglied hat das Recht auf Entscheidung über die eigene Geschlechtsidentität.
- 403 • Eine Begutachtung findet nicht statt, es genügt die Willensbekundung des Mitglieds.
- 404 • Wird kein Geschlecht beim Eintritt eingetragen, wird dies auch so in der MAVIS vermerkt.
- 405 • Neben den Angaben „weiblich“, „männlich“ und keines kann als vierte Möglichkeit
- 406 „anderes“ angegeben werden.

- 407 • Es werden die technischen Voraussetzungen geschaffen, dass der Geschlechtseintrag in
408 der MAVIS einfach geändert werden kann.
- 409 • Für die Geschäftsstellen der Partei wird ein Leitfadens zum Umgang mit Trans*menschen
410 in der Partei bereitgestellt.
- 411 • In der Verbandsschule findet eine Sensibilisierung statt (bspw. bei
412 Teamer*innenschulungen, Fortbildungen, beim Juso-Politdiplom, Traineeprogrammen
413 etc.)

414

415 Auch die Geschlechterquote (Frauenquote bei den Jusos) bei der Besetzung von Delegationen,
416 Ämtern und Mandaten wirkt sich auf Trans*menschen in der SPD aus. Die Quote ist und bleibt
417 ein notwendiges und gewichtiges Förderinstrument. Sie soll bewirken, dass in der Partei auf
418 Grund ihres Geschlechts Benachteiligte ihrer gesellschaftlichen Repräsentation entsprechend in
419 der Partei beteiligt werden. Damit unterstützt die Quote Frauen. Für Trans*personen birgt diese
420 jedoch Schwierigkeiten: So kann das Outing als (Trans*)Mann den Verlust des
421 Förderinstruments Quote bedeuten, ohne dass geschlechtliche Benachteiligung abnimmt.
422 (Trans*)Frauen müssen sich teilweise mit dem Stigma auseinandersetzen, dass sie lediglich
423 von der Quote „profitieren“ wollten. Nicht alle Trans*personen trauen sich ein Outing in der SPD
424 zu, trotzdem empfinden einige die regelmäßige Zuordnung zu dem Geschlecht, dem sie bei
425 Geburt zugeordnet wurden, als belastend. Trans*gender, deren Identität weder explizit männlich
426 noch weiblich ist, werden von der Quote faktisch nicht erfasst. Es bedarf daher praktikabler
427 Lösungen, die den Belangen von Trans*personen entgegen kommen, ohne dass die
428 Geschlechterquote aufhört, Frauen in der SPD zu fördern wie bislang. Gleichzeitig ist klar, dass
429 jene praktikable Lösungen nicht cis-Männern (Männer, die sich als männlich fühlen und deren
430 Leib von sich und anderen als männlich zugeordnet wird / „cis“ ist das Gegenteil von „trans“⁴⁴)
431 offen stehen dürfen. Doch ein leichtfertiger Umgang mit Trans*Outings Aufgrund ist
432 unwahrscheinlich wegen der zu erwartenden sozialen Folgen, denn auch innerhalb der Partei ist
433 Trans*sein nachwievor stigmatisiert.

434

435 Wir fordern:

436

- 437 • Die Geschlechterquote (bei den Jusos die Frauenquote) ist und bleibt ein notwendiges
438 Förderinstrument für Frauen in der Partei.
- 439 • Ein Bekenntniszwang zum Trans*sein besteht nicht.
- 440 • Es wird unter diesen Prämissen nach praktikablen Lösungen gesucht für den Umgang mit
441 Trans*personen in Bezug auf die Geschlechterquote. An der Lösungssuche werden
442 Trans*menschen beteiligt.
- 443 • Trans*menschen behalten bzw. erhalten das Wahlrecht, ob sie als Männer* oder Frauen*
444 „gezählt“ werden wollen (mindestens bis eine andere Lösung gefunden ist).

445

446 Ähnlich gestaltet sich die Frage nach dem Zugang zur Arbeitsgemeinschaft
447 Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und für Frauennetzwerke. Outet sich ein Genosse als
448 Transmann, ist es nicht wünschenswert, dass er die Schutzraum- und Netzwerkfunktionen der
449 ASF oder autonomer Frauenzusammenhänge verliert; einigen Transmännern wird es jedoch
450 nicht zumutbar sein, in der ASF Mitglied bleiben zu müssen. Transfrauen schlägt häufig der
451 Vorwurf entgegen, dass in Schutzräumen wie der ASF „Männer“ nicht erwünscht seien;
452 Transfrauen sind aber keine „Männer“, sondern Frauen, die diesen Schutzraum gleichermaßen
453 benötigen.

454

455 Wir fordern:

456

- 457 • Trans*personen haben/erhalten ein Wahlrecht über ihre Mitgliedschaft in der
458 Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen.
- 459 • Es ist wichtig Räume für Trans*personen zu schaffen und zu öffnen. Autonome
460 Frauenzusammenhänge sollten nicht nur für cis-Frauen (Frauen, die sich als weiblich
461 fühlen und deren Leib von sich und anderen als weiblich zugeordnet wird / „cis“ ist das
462 Gegenteil von „trans“⁴⁴) offen sein, sondern müssen auch Trans*personen zugänglich
463 gemacht werden. Dabei ist es selbstverständlich, dass diese Räume cis-Männern nicht
464 offen stehen, auch nicht zeitweise.
- 465 • Zusätzlich zu trans*inklusiven Frauen*räumen sollte Trans*menschen innerhalb von
466 queeren Gruppen und im allgemeinen die Zeit und der Raum gegeben werden sich zu
467 organisieren. Bei den Jusos werden daher Möglichkeiten geschaffen, trans*idente

468 Mitglieder bundesweit miteinander zu vernetzen. (Dabei muss es sich nicht um autonome
469 Räume handeln.) Dies kann im Rahmen von bundesweiten Seminaren, Projekten u.ä.
470 geschehen.
471 • Autonome Räume und ihre Statements müssen stets Ernst genommen werden.
472
473 Ungelöst bleibt nachwievor die „Toilettenfrage“. Es gibt den Wunsch vieler Frauen, dass es nicht
474 ausschließlich geschlechtsneutrale Toiletten geben darf. In der herkömmlichen Aufteilung in
475 Frauen- und Männertoiletten finden Trans*menschen zunächst keine Berücksichtigung. Viele
476 Trans*personen wünschen sich jedoch klare Hinweise darauf, auf welcher Toilette sie
477 willkommen sind.
478
479 Wir fordern:
480
481 • Toiletten für Männer und Frauen bleiben auf unseren Veranstaltungen bestehen.
482 • Bei Großveranstaltungen soll es immer eine „dritte“, geschlechtsneutrale Toilette geben,
483 sofern es die Räumlichkeiten hergeben; sie kann sich auch in einem anderen Stockwerk
484 befinden, muss aber barrierefrei zugänglich sein.
485 • In allen anderen Fällen werden an einer oder beiden Toilette(n) ein Zettel angebracht, der
486 Trans*menschen (und ggf. andere) dort willkommen heißt (z.B. „+ Trans*“)
487 • Es wird angeregt, dass im Berliner Willy-Brandt-Haus eine geschlechtsneutrale Toilette
488 (unabhängig von allen weiteren) eingeführt wird.
489
490 **Begründung:**
491 *Dieser Antrag ist in einer Gruppe von Trans*menschen aus verschiedenen Juso-*
492 *Landesverbänden erarbeitet worden, um aus der Perspektive von Trans*menschen einen*
493 *Antrag zu Trans*politik als Querschnittsthema zu schreiben. Der Antrag wurde stellvertretend*
494 *von den Jusos LV Berlin beim Juso-Bundeskongress eingereicht.*
495
496
497
498
499
500
501
502
503
504
505
506
507
508
509
510
511
512
513
514
515
516
517
518
519
520
521
522
523
524
525
526
527

Titel Aufhebung der Pflicht zur Zuordnung einem Geschlecht

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Aufhebung der Pflicht zur Zuordnung einem Geschlecht

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass bei Personen, deren Geschlecht nicht eindeutig festgestellt
2 werden kann, ein provisorischer Geschlechtseintrag im Personenstandsregister erfolgt. Ab
3 Erreichen der Einwilligungsfähigkeit kann die betreffende Person eine Änderung des
4 eingetragenen Geschlechts und/oder Vornamens per Willenserklärung erwirken. Entsprechend
5 des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5.12.2008 sind geschlechtsneutrale Vornamen
6 generell zu ermöglichen.

7
8 Für den Geschlechtseintrag wird als dritte Option „nicht zugeordnet“ eingeführt.

9
10 Entsprechend notwendige gesetzliche Folgeregelungen sind zu treffen.

11
12 **Begründung:**

13 Der Begriff der Intersexualität bezieht sich auf Menschen, die sich aufgrund von körperlichen
14 Besonderheiten nicht eindeutig in das binäre Geschlechtssystem männlich/weiblich einordnen
15 lassen. Dabei bleibt offen ob es sich um ein drittes Geschlecht handelt oder ob die Zuordnung
16 nicht festgelegt oder festlegbar ist.

17
18 Wie der Ethikrat in seiner Stellungnahme 2011 feststellte, stellt es einen Eingriff in das
19 Persönlichkeitsrecht und das Recht auf Gleichbehandlung dar, wenn Menschen gezwungen
20 werden, sich im Personenstandsregister in eine der Kategorien männlich/weiblich einzuordnen,
21 obwohl sie dies nicht für sich können.

22
23 Eine Einordnung aller Menschen in männlich/weiblich ist nur bequem. Intersexuelle Menschen
24 müssen als Teil der gesellschaftlichen Vielfalt aber Respekt und Unterstützung von dieser
25 erfahren. Dafür ist es notwendig, dass ihr Status anerkannt wird. Mit der Anerkennung des
26 Satus folgt auch die Konsequenz, dass sie nicht gezwungen werden können sich, in
27 männlich/weiblich einzuordnen.

28
29 Diese Möglichkeit der Nicht-Zuordnung würde zur Aufklärung, Enttabuisierung, Schaffung von
30 Öffentlichkeit und Sichtbarkeit der Intersexualität beitragen.

31
32
33
34
35
36
37
38

39 Hier gilt für Heterosexuelle wie auch Homosexuelle, dass nicht die (hetero)sexuelle Orientierung
40 aus Menschen gute Eltern macht, sondern allein die Liebe zum und die Fürsorge fürs Kind!
41 Deshalb fordern wir endlich das volle Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare
42 einzuführen. Gleichzeitig muss auch das Elterngeld auf homosexuelle Paare ausgeweitet
43 werden.

44

45 Auch vielen gemischtgeschlechtlichen Paaren bleibt es bisher verwehrt ein Kind zu bekommen.
46 Wir wollen daher die Ausweitung der finanziellen Förderung der Reproduktionsmedizin für alle
47 Paare.

48

49 **Sensibilisierung für gesellschaftliche Realitäten**

50

51 Für viele Menschen ist eine inklusive Gesellschaft ungewohnt. In unserem von Separation
52 geprägten Miteinander ist es daher von fundamentaler Bedeutung, dass alle Menschen für die
53 "neuen" gesellschaftlichen Realitäten und die Selbstverständlichkeit von öffentlichen
54 Homosexuellen PartnerInnenschaften und vom biologisch zugeschrieben Geschlecht
55 abweichenden Verhaltensweisen sensibilisiert werden.

56

57 Insbesondere ErzieherInnen, LehrerInnen und allen anderen Tätigen im Bildungswesen sind
58 dabei gefordert unsere Kinder zur Toleranz zu erziehen. Aber z.B. auch Altenpflegepersonal
59 muss über die Bedürfnisse von Transgendern, Transsexuellen, Inter-Personen und
60 Homosexuellen Menschen Bescheid wissen und die persönliche Freiheit auch im Alter wahren.

61

62 **Familienformen außerhalb von Paarbeziehungen nicht benachteiligen**

63

64 Stärker noch als bei homosexuellen Paaren ist die die Akzeptanz von (Liebes-)Beziehungen
65 von mehr als zwei Personen zueinander (Polyamorie) bisher kaum spürbar thematisiert. Viele
66 Menschen empfinden es als "unmoralisch" mehr als eine Person zu lieben. Wir Jusos sagen:
67 Wenn erwachsene Menschen untereinander regeln, dass Sie eine Beziehung mit mehr als zwei
68 Personen eingehen, dann ist das ihr Recht. Auch hier gilt unser Grundsatz, dass wir Menschen
69 dabei unterstützen wollen füreinander einzustehen, wenn sie es wollen.

70

71 Neben polyamoren Beziehungen gibt es auch Menschen, die keine Liebesbeziehung
72 zueinander unterhalten, sich aber dennoch als Familie sehen. Das können die besten
73 FreundInnen sein oder auch eine ältere Dame und eine junge Frau, die sich gegenseitig
74 unterstützen. Wir können und wollen nicht definieren, was Familie ist. Daher wollen wir
75 Konzepte entwickeln, die auch all diesen Menschen ermöglichen, im Alltag wie im Ernstfall,
76 füreinander Verantwortung zu übernehmen und Familien zu sein. Eine Möglichkeit könnte eine
77 Art Familienvertrag sein, in dem die gegenseitigen Pflichten niedergelegt sind. Innerhalb
78 unseres Verbandes möchten wir uns über Möglichkeiten der Förderung verschiedener
79 Familienformen austauschen und damit Antworten auf die Lebensrealitäten vieler Menschen
80 geben.

81

82 Menschen sind individuell. Daher müssen sie unterstützt werden, ihre individuellen
83 Lebensentwürfe zu verwirklichen. Wir Jusos stehen an der Seite aller, die sich von
84 gesellschaftlichen Konventionen lösen wollen und fordern eine moderne und gerechte
85 Familienpolitik für alle Menschen. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der die Diversität von
86 Menschen eine Selbstverständlichkeit ist. Unsere Vorschläge sind daher ein erster Schritt dazu
87 diese Diversität anzuerkennen.

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Wir wollen unseren Feminismus intersektional denken: Wir wollen mehrdimensionale Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt beseitigen!

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesvorstand_SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Wir wollen unseren Feminismus intersektional denken: Wir wollen mehrdimensionale Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt beseitigen!

1 In einem patriarchalen, kapitalistischen System gibt es eine Vielzahl von Kategorien[1], die,
2 bedingt durch die Herrschaftsstrukturen des Systems zu Diskriminierung führen:[2] vom
3 Geschlecht, der sexuellen Orientierung und Identität, bis hin zur Hautfarbe, dem Alter, der
4 Klasse, der Gesundheit oder einer Behinderung bis hin zum Besitz. Sei es auf dem
5 Arbeitsmarkt, innerhalb unseres Bildungssystems, in Gesetzen oder bei einer
6 Wohnungsvergabe. Rassismus, Heterosexismus (als Diskriminierung aufgrund der Abweichung
7 von der Norm, die heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit heißt), Ableismus (= Diskriminierung
8 gegenüber Behinderten) sind Alltag in Deutschland. Entlang dieser Merkmale werden also
9 Menschen bewertet und mit Stereotypen belegt – die Verteilung von Macht und Privilegien teilt
10 sich entlang dieser Trennlinien auf.

11

12 Menschen können sowohl strukturell (z.B. durch die Gesetzgebung, bei der Erwerbsarbeit,
13 durch Lehrpläne an Schulen oder in Mediendarstellungen) als auch zwischenmenschlich (durch
14 Ausgrenzung, Beleidigungen oder physische und psychische Gewalt) diskriminiert werden.

15

16 **Mehrdimensionale Diskriminierung feministisch denken**

17

18 Menschen können aber auch mehrdimensional, aufgrund mehrerer Merkmale diskriminiert
19 werden: Migrantinnen können z.B. in Gehaltsverhandlungen oder als Angestellte in privaten
20 Haushalten sowohl aufgrund ihrer Herkunft und aufgrund ihres Geschlechts, als auch als
21 Frauen mit Migrationshintergrund von Diskriminierung betroffen sein. Bei solchen sogenannten
22 „intersektionalen Diskriminierungen“ wird ein Mensch aufgrund mehrerer Kategorisierungen, die
23 sich überschneiden, verschränken sowie voneinander abhängig sind, benachteiligt. Daraus
24 entsteht ein besonderer Typ von Diskriminierung, welcher sowohl zu mehrfachen und parallelen
25 als auch zu vollkommen eigenständigen Diskriminierungserfahrungen führt. Im kapitalistischen
26 System ist Diskriminierung selten eindimensional, sondern ein komplexes Geflecht, das die
27 Logik der Herrschaft im System untermauert. Damit das Phänomen der Diskriminierung
28 dementsprechend nicht verkürzt untersucht wird, reicht die bisherige Definition dieses Problems
29 nicht aus. Effekte von kapitalistischer Machtausübung, Hierarchie- und Privilegienwahrung
30 innerhalb des Patriarchats sowie Ausschluss von Ressourcen und Anerkennung bleiben
31 weiterhin unsichtbar, solange es keine gesetzliche Definition von „Mehrfachdiskriminierung“ gibt.
32 Sprechen wir von Sexismus gegenüber Frauen, muss uns bewusst sein, dass es „die Frau“
33 nicht gibt und eine trennscharfe Kategorisierung des "Frauseins" damit erfolglos bleibt. Ihre
34 Identität wird nicht durch ihr biologisches und soziales Geschlecht allein beeinflusst, sondern
35 auch durch weitere individuelle Merkmale wie Herkunft, Alter, sexuelle Orientierung usw., was
36 eine Möglichkeit der mehrdimensionalen Diskriminierung einer Frau durch Rassismus,
37 Heterosexismus oder Klassismus (= Diskriminierung aufgrund des ökonomischen Status)

38 einschließt. Deshalb müssen wir unseren Feminismus intersektional denken!

39

40 **Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland**

41

42 Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes fasst die bisherigen empirischen Ergebnisse zur
43 Mehrfachdiskriminierung folgendermaßen zusammen:

44

45 „Während die Dimensionen Alter, Herkunft, Geschlecht und sexuelle Orientierung wechselseitig
46 verstärkend wirken, hat eine Behinderung in der Regel einen dominanten Einfluss auf die
47 lebensgeschichtlichen Erfahrungen und überlagert diese. Häufig traten die Dimensionen ‚Alter
48 und Behinderung‘ sowie ‚prekäre Lebensbedingungen und ethnische Herkunft‘ zusammen.

49

50 Menschen mit Migrationshintergrund und Lesben und Schwule erfahren vor allem in der Schule
51 Diskriminierungen. Auch bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Praktikumsplatz, bei der
52 Wohnungs- und Arbeitssuche und bei Behörden werden Diskriminierungserfahrungen gemacht.
53 Diese werden häufig von Menschen mit Migrationshintergrund – oft in Kombination mit dem
54 Geschlecht – erlebt.

55

56 Gewalt und Übergriffe treffen Menschen vor allem wegen ihrer Herkunft, ihres Geschlechts und
57 ihrer sexuellen Orientierung.“[3]

58

59 Auf dem Arbeitsmarkt scheint die mehrdimensionale Diskriminierung am häufigsten aufzutreten,
60 wie europaweite Studien zeigen. Diese Ergebnisse scheinen auch für Deutschland zuzutreffen,
61 wie erste deutsche Analysen bestätigen, so dass sie auch auf Deutschland übertragen werden
62 können.

63

64 Damit entsteht folgendes Bild:

65

66 Frauen mit Migrationshintergrund werden diskriminiert, wenn ihnen nur Arbeit im
67 Niedriglohnssektor oder als unsichtbare Angestellte im privaten Haushalten eröffnet wird, die
68 ausbeuterisch ist. Roma-Frauen werden zudem mit sogenannten anti-ziganistischen
69 Stereotypen und Anfeindungen konfrontiert. Lesben sehen sich ebenfalls mehrfachen
70 Diskriminierungen ausgesetzt und wünschen sich ein LGBT-Netzwerk in ihrem Unternehmen,
71 um auf diese Diskriminierung organisiert reagieren zu können. Jedoch sehen 23 Prozent der
72 befragten lesbischen Frauen in ihrem bereits bestehenden LGBT-Netzwerk eine Dominanz
73 männlicher Mitglieder, so dass ihre Stimmen dort nicht anerkannt werden. Mit ca. 1,3 Millionen
74 Angestellten in verschiedenen Branchen sind die christlichen Großkirchen und deren
75 Institutionen nach dem Staat die zweitgrößten Arbeitgeberinnen in Deutschland. Da
76 gleichgeschlechtliche Partnerschaften nicht mit ihren ethischen Vorschriften zu vereinen sind,
77 werden Homosexuelle oftmals entlassen,[4] wobei gleichzeitig Menschen anderen Glaubens
78 häufig grundsätzlich von einer Berufstätigkeit in kirchlichen Institutionen als
79 Tendenzschutzbetriebe ausgeschlossen werden können. Die Kirchen berufen sich dabei auf §9
80 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, das ihnen eine Ungleichbehandlung zusichert,
81 sollte die Beschäftigung ein gewisses Bekenntnis voraussetzen. Die Kirchen missbrauchen
82 diese rechtliche Grundlage konsequent. Wir halten an unserer Forderung fest, das kirchliche
83 Sonderarbeitsrecht abzuschaffen.

84

85 Bekannt ist, dass Trans*Personen vor ihrem Coming-Out oft ihre Stelle kündigen, weil sie Angst
86 vor Mobbing, Versetzung und Entlassung haben. In anderen Ländern Europas konnte belegt
87 werden, dass hohe Arbeitslosenraten bei Trans*Personen auf diese Problematik zurückgeführt
88 werden können. Gleichzeitig finden sich aber auch einige Trans*Personen in den
89 Führungsetagen von Unternehmen wieder. Die Schere klafft hier weit auseinander und eine
90 tiefere Betrachtung der Ausprägung von Mehrfachdiskriminierung von Trans*Personen kann
91 näheren Aufschluss über die Gründe dafür liefern. Transfrauen (sie leben im selbstgewählten
92 weiblichen Geschlecht, bei einst zugewiesenem männlichen Geschlecht) sind besonders stark
93 von Diskriminierung betroffen: Sie müssen sich und ihre Kompetenzen in besonderem Maße
94 unter Beweis stellen, werden bei Einstellungsverfahren benachteiligt, arbeiten generell öfter in
95 Teilzeit und sind in der Konsequenz häufiger als Transmänner arbeitslos. Altersarmut ist häufig
96 eine direkte Folge. In einigen Fällen ist der Weg über die Prostitution die einzig mögliche
97 Einnahmequelle, besonders wenn sich diese Transfrauen irregulär im Land aufhalten. Sie
98 werden zudem öfter Opfer von Hassverbrechen.[5] Die Vielschichtigkeit von

99 Mehrfachdiskriminierung wird deutlich, wenn beispielsweise lesbische Migrantinnen angeben,
100 dass es ihnen schwer falle sich gegen Diskriminierungen zur Wehr zu setzen, da nicht immer
101 klar erkennbar sei, warum sie diskriminiert würden.[6]

102

103 **Rechtliche Situation: fehlende offizielle Definition**

104

105 Im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sind lediglich Diskriminierungen aufgrund
106 folgender Merkmale gelistet: die ethnische Herkunft, das Geschlecht, die Religion oder
107 Weltanschauung, das Alter, die sexuelle Identität und eine Behinderung. Diese
108 Kategorisierungen stehen nebeneinander, indem sie mit einem „oder“ voneinander getrennt
109 sind, und die Aufzählung umfasst demnach nicht deren Verschränkung.

110

111 Die rechtlichen Konsequenzen einer mehrfachen Diskriminierung sind bisher nicht geklärt, da es
112 im AGG keine Definition davon gibt. Dies hat auf die konkrete rechtliche Praxis natürlich
113 Auswirkungen: Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes meint nach einer Analyse
114 ausgewählter Gerichtsentscheidungen, dass die Gerichte mehrfache Diskriminierung eher nicht
115 erkennen oder unzureichend mitbedenken.

116

117 Diskriminierung, besonders in ihrer mehrdimensionalen Ausprägung, ist ein Mechanismus der
118 kapitalistischen Herrschaftsideologie. Unser Kampf gegen Diskriminierung ist damit auch ein
119 Kampf gegen kapitalistische Verwertungslogik. Wir sind uns dabei völlig im Klaren darüber,
120 dass die Überwindung des Kapitalismus sicher nicht alle gesellschaftlichen Probleme löst, doch
121 wollen wir uns der Wirkungsweise des Kapitalismus bewusst sein. Innerhalb des
122 entmenschlichten Wirtschaftsdenkens sind Diskriminierungserscheinungen notwendig. Somit
123 findet die Diskussion der Möglichkeiten gegen Diskriminierung und Mehrfachdiskriminierung
124 auch innerhalb eines antikapitalistischen Diskurses statt.

125

126 Wir Jusos Rheinland-Pfalz fordern:

127

- 128 • Für die weitere Erforschung des Phänomens Mehrfachdiskriminierung und dessen
129 Auswirkungen müssen Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen bereitgestellt werden.
130 Denn nur die wissenschaftliche Erforschung verlässlicher Messinstrumente erlaubt eine
131 Integration der faktischen Mehrfachdiskriminierung in den juristischen Alltag. Eine
132 Möglichkeit wäre die Erhebung von Beschwerdedaten, in der sie systematisch
133 berücksichtigt wird.
- 134 • Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) muss auf eine Definition von
135 Mehrfachdiskriminierung und eine offene Liste der Kategorisierungen (in § 1) ausgeweitet
136 werden, damit die rechtlichen Konsequenzen mitsamt Sanktionen einzelfallgerichtet
137 geklärt werden. Zudem müssen weitere gesetzliche Grundlagen zur Einklagbarkeit und
138 Ahndung geschaffen werden!
- 139 • In den Findungsprozess einer solchen Definition müssen zwingend Gruppen und
140 Bündnisse eingebunden werden, die sich jetzt bereits mit dem Themenbereich
141 beschäftigen. Durch die Vernetzung solcher Gruppierungen wird deren Lobbyarbeit
142 gestärkt und das Thema gewinnt eine stärkere Rückendeckung. Innerhalb von
143 Gewerkschaften oder Unternehmen helfen beispielsweise Trainings oder Netzwerke, um
144 gegen Benachteiligungen vorzugehen und sich zu organisieren.
- 145 • Durch eine breite Informationskampagne muss Mehrfachdiskriminierung als ein
146 gesellschaftliches Problem erklärt und anerkannt werden. Damit erhalten auch von
147 Diskriminierung Betroffene Wissen über die rechtliche Sachlage und ihre rechtlichen
148 Möglichkeiten. Die Hürden beim Zugang zu Rechtsbeistand müssen abgebaut werden.
- 149 • Ministerien auf Landes- und Bundesebene müssen Aktionspläne erarbeiten, wie diese
150 Diskriminierung gesamtgesellschaftlich beseitigt werden kann. Die Umsetzung der
151 Aktionspläne sollen eigens dafür geschaffene Anlaufstellen, die unter- und miteinander
152 verknüpft sind, bewerkstelligen.
- 153 • Es muss eine Sensibilisierung von und eine Weiterbildung bei Politiker_innen,
154 Jurist_innen, Arbeitgeber_innen sowie Gewerkschaftler_innen, Lehrer_innen,
155 Berater_innen in den Antidiskriminierungsstellen und anderen gesellschaftlichen
156 Akteur_innen auf die Mehrfachdiskriminierung erfolgen. Zudem muss die
157 mehrdimensionale Diskriminierung eine Rolle in der politischen Bildungsarbeit spielen!
158 Dafür sollen die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.
- 159 • Auf dem Arbeitsmarkt müssen solche Bedingungen geschaffen werden, die

160 Ungerechtigkeiten und Ausbeutung keinen Raum lassen. Dazu gehört ein gesetzlicher
161 Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50€, eine tatsächliche vereinheitlichte
162 Anerkennung von ausländischen Schul- und Berufsabschlüssen sowie ein anonymisiertes
163 Bewerbungsverfahren. Zudem muss zählen: Arbeitsplatzsuche geht vor
164 Sprachkompetenz, um Menschen nicht aufgrund ihrer Migrationsgeschichte zu
165 benachteiligen. Generell darf kein Mensch als Ware betrachtet und behandelt werden –
166 diese kapitalistische Verdinglichung von Menschen zur Profitmaximierung muss gestoppt
167 werden!

168 • Diese Form von Diskriminierung findet nicht nur am Arbeitsmarkt statt. Auch in anderen
169 Lebensbereichen müssen Veränderungen geschehen, um mehrdimensionaler
170 Diskriminierung entgegenzuwirken: Beispiele dafür sind inklusive Schulen, das
171 Abschaffen von diskriminierenden, verdachtsunabhängigen Kontrollen von Polizei- und
172 Sicherheitsbeamten (wie etwa „racial profiling“) oder die Erweiterung des allgemeinen
173 Wahlrechts auf alle Menschen.

174 • Der erste Schritt gegen zwischenmenschliche Diskriminierung ist die Selbstreflexion, bei
175 der wir uns intensiv mit einigen Fragen unseres Lebensalltags beschäftigen müssen: Was
176 haben diskriminierende Verhältnisse mit meinem eigenen Leben zu tun? Warum kann ich
177 so leben, wie ich lebe? Wo bin ich privilegiert und nehme ich Raum ein, der auch für
178 andere zur Verfügung stehen müsste? Daraus sollten sich Überlegungen, auch innerhalb
179 unseres Verbandes, entwickeln, welche Räume jede_r Einzelne für Nicht-Privilegierte
180 öffnen und anbieten kann (z.B. Diskussionszeit), wie das eigene Leben verändert werden
181 kann, damit andere weniger eingeschränkt werden und an welchen Stellen man ganz
182 konkret und direkt (Mehrfach-)Diskriminierung aktiv entgegenzutreten kann, um die eigene
183 Position als Mensch mit Privilegien solidarisch zu nutzen.

184

185 [1] Das Beschreiben dieser Diskriminierungskategorien schafft Ein- und Ausschlüsse und eine
186 Norm, an der gemessen wird. Die Kategorien werden durch jedes Mal Benennen neu
187 konstruiert. Dieses Problems sind wir uns bewusst, doch kommen wir zum jetzigen Moment
188 nicht drum herum, die Konstruktion aufrechtzuerhalten, um das Problem beim Namen zu
189 nennen, um es sichtbar zu machen, um es im nächsten Schritt zu beseitigen.

190

191 [2] In der Wissenschaft werden gar bis zu 13 Differenzlinien diskutiert. Vgl.
192 Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Mehrdimensionale Diskriminierung – Begriffe, Theorien
193 und juristische Analyse. Berlin 2010. [http://www.antidiskriminierungsstelle-](http://www.antidiskriminierungsstelle-datenbanken.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/mehrdimensionale_diskriminierung_theorien.html?nn=3707826)
194 [datenbanken.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/](http://www.antidiskriminierungsstelle-datenbanken.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/mehrdimensionale_diskriminierung_theorien.html?nn=3707826)
195 [mehrdimensionale_diskriminierung_theorien.html?nn=3707826](http://www.antidiskriminierungsstelle-datenbanken.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/mehrdimensionale_diskriminierung_theorien.html?nn=3707826).

196

197 [3] Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Forschung der ADS auf einen Blick:
198 Mehrdimensionale Diskriminierung. Berlin 2011: [http://www.antidiskriminierungsstelle-](http://www.antidiskriminierungsstelle-datenbanken.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/factsheet_mehrdimensionale_Diskriminierung.pdf?__blob=publicationFile)
199 [datenbanken.de/SharedDocs/Downloads/DE/](http://www.antidiskriminierungsstelle-datenbanken.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/factsheet_mehrdimensionale_Diskriminierung.pdf?__blob=publicationFile)
200 [publikationen/factsheet_mehrdimensionale_Diskriminierung.pdf?__blob=publicationFile](http://www.antidiskriminierungsstelle-datenbanken.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/factsheet_mehrdimensionale_Diskriminierung.pdf?__blob=publicationFile).

201

202 [4] Vgl. Elisabeth Botsch: Länderbericht 1/2010 zur Situation von Lesben, Schwulen,
203 Bisexuellen und Transgender. Deutschland. Wien 2010.

204

205 [5] Vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Benachteiligung von Trans*Personen.
206 insbesondere im Arbeitsleben. Berlin 2010.

207 [http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/benachteiligung_von_trans_personen_insbesondere_im_arbeitsleben.pdf?__blob=publicationFile)
208 [benachteiligung_von_trans_personen_insbesondere_im_arbeitsleben.pdf?](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/benachteiligung_von_trans_personen_insbesondere_im_arbeitsleben.pdf?__blob=publicationFile)

209 [_blob=publicationFile](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/benachteiligung_von_trans_personen_insbesondere_im_arbeitsleben.pdf?__blob=publicationFile).

210

211 [6] Vgl. LesMigraS: Gewalt- und Mehrfachdiskriminierungserfahrungen von
212 lesbischen/bisexuellen Frauen und Trans* in Deutschland. 2010.

213 [http://www.lesmigras.de/ll_files/lesbenberatung-berlin/ Gewalt%20%28Dokus.](http://www.lesmigras.de/ll_files/lesbenberatung-berlin/Gewalt%20%28Dokus.)

214 [Aufsaetze...%29/Dokumentation%20Studie%20web_sicher.pdf](http://www.lesmigras.de/ll_files/lesbenberatung-berlin/Gewalt%20%28Dokus.).

215

216

217

218

219

Titel Verschreibungspflichte Pille danach abschaffen

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Verschreibungspflichte Pille danach abschaffen

- 1 Wir Jusos fordern, dass postkoitale hormonelle Verhütungsmittel in Deutschland rezeptfrei
2 erhältlich sein sollen. Statt der Verschreibungspflicht soll die Apothekenpflicht gelten.
3
4 Außerdem sollen Apotheker_innen im Rahmen des Selbstbedienungsverbots für
5 apothekenpflichtige Medikamente dazu verpflichtet werden, über die Risiken und
6 Nebenwirkungen aufzuklären und eine nachträgliche Untersuchung bei einem Gynäkologen
7 bzw. einer Gynäkologin empfehlen. Der/die das Medikament aushändigende Apotheker_in hat
8 über die allgemeine Aufklärung bzgl. Risiken und Nebenwirkungen hinaus, dezidiert bzgl. der
9 Patientin die Zugehörigkeit zu den verbreitetsten und gefährdetsten Risikogruppen zu erfragen.
10 Im Zweifelsfall hat er/sie die Patientin an einen Arzt/eine Ärztin zu verweisen und das
11 Medikament vorerst nicht auszuhändigen.
12
13 **Begründung:**
14 Während mittlerweile in fast allen europäischen Ländern postkoitale Verhütungsmittel,
15 insbesondere Levonorgestrel rezeptfrei erhältlich sind, fallen diese in Deutschland nach wie vor
16 unter die Verschreibungspflicht. Der zuständige Ausschuss des Bundesinstituts für Arzneimittel
17 und Medizinprodukte hat sich bereits 2004 offen für die Aufhebung dieser Pflicht ausgesprochen
18 hat. Uns ist bewusst, dass die „Pille danach“ mit schwerwiegenden Nebenwirkungen verbunden
19 ist, jedoch ist es unserer Meinung nach für deren Wirkung hinderlich, die Einnahmezeit durch
20 die Notwendigkeit eines Rezepts hinauszuzögern. Schließlich, so zeigen Studien, ist das
21 Medikament umso wirkungsvoller, je kürzer es nach dem Koitus eingenommen wird. Innerhalb
22 von 24 Stunden beträgt die Wahrscheinlichkeit ungewollt schwanger zu werden, lediglich 0,4 %.
23 Auch die Weltgesundheitsorganisation bestätigt, dass es sinnvoller sei die „Pille danach“ so
24 zeitnah wie möglich einzunehmen.
25
26 Die Nebenwirkungen des Medikaments sind allerdings derart stark, dass es durch Aufheben der
27 Verschreibungspflicht nicht zu einem „Routine-Verhütungsmittel“ werden würde. Dies zeigen
28 auch die Erfahrungen der EU-Länder, in denen Levonorgestrel rezeptfrei erhältlich ist. Des
29 Weiteren nimmt die Wirkung der „Pille danach“ durch mehrmalige Anwendung ab.
30
31 Als ein Argument für die Verschreibungspflicht wird angeführt, dass das Verhütungsmittel einen
32 gravierenden Eingriff in den weiblichen Körper vornehmen würde und demnach die
33 Verbraucherin vor Einnahme über mögliche Risiken und Nebenwirkungen informiert werden
34 muss. Dies soll von einem Gynäkologen bzw. einer Gynäkologin vorgenommen werden.
35 Erwiesenermaßen nimmt die Wirkung dieses Medikamentes jedoch mit zunehmender Länge
36 des Zeitraums zwischen Koitus und Einnahme ab. Demzufolge gestaltet es sich als
37 problematisch, diesen Zeitraum durch den Sprechstundenbesuch einer Ärztin bzw. eines Arztes
38 unnötig in die Länge zu ziehen. Wir sehen die Wichtigkeit der Aufklärung über Risiken und
39 Nebenwirkungen zwar gegeben, denken jedoch, dass dies im Sexualkundeunterricht
40 geschehen soll. Auch Apotheker_innen sind hierbei zur Aufklärung infolge des

41 Selbstbedienungsverbot verpflichtet. Letztlich ist es sinnvoller, eine Gynäkologin bzw. einen
42 Gynäkologen nach der Einnahme aufzusuchen, als vorher.

43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101

G

Generationen, Rente, Soziales & Gesundheit

G 1	Nordrhein-Westfalen Impfschutz steigern, Kinder und Kranke schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle Gesundheitspolitik	210
G 2	Bayern Schluss mit Generationengerechtigkeit!! Wir wollen Gerechtigkeit für alle!!	213
G 3	Weser-Ems Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten	216
G 4	Brandenburg Armutsfeste Rentenversicherung für alle – Spekulationsdruck auf Kapitalmarkt verringern	219
G 5	Brandenburg Mehr Gesundheit für alle – Beitragssenkung für viele	221
G 6	Hessen-Nord Finanzelle Unterstützung bei privater Vollzeitpflege	223
G 7	Hessen-Nord Kuranspruch zur Wiederaufarbeitung eventueller psychischer Traumata nach Vollzeitpflege	224
G 8	Sachsen-Anhalt Zwangstranssexualisierungen verhindern	225
G 9	Hamburg Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung für Studierende	227
G 10	Hamburg Von Koffein zu Ritalin!?	229
G 11	Baden-Württemberg Einführung eines Medizinischen Dienstes der Sozialversicherung (MDSV)	231
G 12	Rheinland-Pfalz Die Kostenbeteiligung junger Menschen und Leistungsberechtigter, die vollstationäre Leistungen erhalten, soll deutlich gekürzt werden.	233
G 13	Sachsen-Anhalt Reduzierte Umsatzsteuer für sogenanntes Sozialcatering	234

Titel Impfschutz steigern, Kinder und Kranke
schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle
Gesundheitspolitik

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Impfschutz steigern, Kinder und Kranke schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle Gesundheitspolitik

- 1 Der vorsorgende Politikansatz durchzieht als roter Faden all unsere Politikfelder. Vorsorgende
- 2 Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Kommunen und vieles mehr, anstelle einer teureren
- 3 Nachsorge. Das ist unser politischer Ansatz und dafür erhalten Jusos und SPD große
- 4 Zustimmung in der Bevölkerung. Der Satz „Kein Kind zurücklassen“ steht exemplarisch dafür.
- 5 Wir werden diesen Politikansatz in allen Bereichen fortsetzen und wollen speziell dafür sorgen,
- 6 dass die Schwächeren in der Gesellschaft davon profitieren.
- 7
- 8 In der Gesundheitspolitik ist das nicht anders: Prävention statt Reaktion und Nachsorge sind
- 9 wichtig, um Menschenleben zu retten, Krankheiten einzudämmen und letztlich auch Kosten zu
- 10 sparen. Diese Strategie hilft speziell den Menschen, für die eine kostspielige Behandlung durch
- 11 sie selbst oder ihre Kassen nicht bezahlbar ist. Denn die Folgen einer teuren und
- 12 nachsorgenden Medizin sind gerade für diese Menschen dramatisch, was gesellschaftlich zu
- 13 massiv ungleichen Chancen, ausgehend vom Einkommen führt. Vor kurzem erst hat eine Studie
- 14 des renommierten Max-Planck-Institutes herausgefunden, dass die Lebenserwartung ärmerer
- 15 Menschen in der Bundesrepublik im Schnitt fünf Jahre kürzer ist, als die anderer Gruppen. Bei
- 16 einer ähnlichen Studie Mitte der 90er Jahre, war der Unterschied mit ungefähr drei Jahren noch
- 17 deutlich geringer. Die Schere zwischen Arm und Reich geht also auch hier weiter auseinander,
- 18 was wir für einen absolut unhaltbaren Zustand halten. Prävention im Gesundheitsbereich ist
- 19 also auch eine wichtige Gerechtigkeitsfrage und ebenso wichtig wie eine umfassende
- 20 Krankenversorgung und wie die Positionierung in anderen Bereichen, wie Arbeitsmarkt- und
- 21 Sozialpolitik. Alle diese Themen sind Kernbereiche sozialdemokratischer Politik.
- 22
- 23 Prävention darf sich aber nicht nur durch den Bereich der Vorsorgeuntersuchungen ziehen,
- 24 sondern bedeutet speziell auch einen guten und umfassenden Schutz der Bevölkerung vor
- 25 vermeidbaren Krankheiten, beispielsweise als umfassender Impfschutz für die Bevölkerung.
- 26 Durch verschiedene Impfprogramme konnten gefährliche Krankheiten bereits deutlich
- 27 eingedämmt oder sogar ausgerottet werden. Doch nach wie vor gibt es Krankheiten, welche die
- 28 Bevölkerung stark gefährden, wenn es nicht einen umfassenden Impfschutz gibt. Dazu zählen
- 29 beispielsweise Polio und vor allem Masern, aber auch scheinbar „harmlosere“ Beispiele, wie die
- 30 jährlich grassierende Influenza. Wenn der Impfschutz in der Bevölkerung abnimmt drohen
- 31 gefährliche Pandemien. Bei allen Krankheiten sind dann zuerst besonders sehr junge, alte,
- 32 kranke oder auch sozial benachteiligte Menschen betroffen.
- 33
- 34 Die Abdeckung von Impfungen in der Bevölkerung lässt deutlich nach. Das liegt daran, dass es
- 35 einige ausgemachte ImpfgegnerInnen gibt, die sich beispielsweise über das Internet
- 36 organisieren. Gerade in (West-) Deutschland gibt es ein hohes Potential an moderaten bis
- 37 radikalen ImpfgegnerInnen. Sie sind in der Regel hoch gebildet, eigentlich gutmeinend, oft

38 wohlhabend und weitestgehend im bürgerlichen Milieu verortet. Leider geht aber auch eine
39 antiwissenschaftliche und faktennegierende Haltung damit einher. Mit wissenschaftlich
40 unhaltbaren Schreckensgeschichten versuchen sie zu begründen, warum sie sich selbst und
41 ihre Kinder nicht impfen lassen und anderen von Impfungen abraten. Dabei ist klar, dass es
42 zwar bei Impfungen – wie bei jedem Medikament – zu Nebenwirkungen kommen kann, doch
43 sind diese klar erfasst und treten statistisch betrachtet sehr selten auf. Der Nutzen von
44 Impfungen, sowohl persönlich, wie auch gesellschaftlich überragt die Gefahr durch
45 Nebenwirkungen sehr deutlich.

46

47 Es ist also problematisch, wenn in bestimmten Situationen eine nachgewiesene wirksame und
48 notwendige Therapie oder Vorsorge (wie Impfung) nicht erfolgt – zum objektivierbaren Schaden
49 der einzelnen betroffenen PatientInnen. Fahrlässig, gefährlich und unsozial wird es aber vor
50 allem dann, wenn durch Nichtimpfen von (beispielsweise) Kindern die Ausbreitung von
51 Krankheitserregern nicht gestoppt werden kann und andere Kinder (bis hin zum Tode) gefährdet
52 werden, die beispielsweise noch nicht, oder wegen anderen Krankheiten nicht geimpft werden
53 können. Diesem gefährdenden und unsozialen Verhalten muss entgegengewirkt werden, damit
54 Pandemien verhindert werden. Zudem müssen Menschen, denen ein eigener Impfschutz nicht
55 möglich ist, weil sie beispielsweise zu jung sind für eine Impfung, oder aufgrund von
56 Immundefekten besonders anfällig für Krankheiten sind, beziehungsweise eine nachgewiesene
57 Unverträglichkeit haben, trotzdem geschützt werden. Zudem gibt es Gruppen, die bedingt durch
58 ihr Alter oder eine Erkrankung ebenfalls dadurch in Gefahr geraten, dass sich gesunde
59 Menschen nicht impfen lassen. So müssen dann die schwächeren oder anfälligeren in der
60 Gesellschaft die Folgen derjenigen tragen, die aus scheinbarem und fälschlichem
61 Eigeninteresse auf einen Impfschutz verzichtet haben.

62

63 Andere Länder sind in punkto Impfschutz dabei deutlich weiter voran gekommen; so gab es
64 beispielsweise 2006 die Situation, dass südamerikanische Länder eine Reisewarnung für
65 Deutschland herausgaben, weil es hier rund 1200 Fälle von Masernerkrankungen im westlichen
66 Ruhrgebiet gab. Der Grund für diesen Ausbruch ist vor allem darin zu suchen, dass die
67 Impfabdeckung in der Bevölkerung nicht mehr flächendeckend genug ist, um einen Ausbruch
68 und eine Verbreitung zu verhindern. Die Gefahr für ähnliche oder auch noch deutlich
69 dramatischere Ausbrüche von Masern oder anderen Erkrankungen steigt stetig und die Folge
70 könnten viele tote Menschen sein. Zudem ist Deutschland durch den nicht flächendeckenden
71 Impfschutz ein großes Teil des Problems, wenn es um die globale Eradikation von
72 Infektionskrankheiten geht. Bei der Bekämpfung von Masern sind beispielsweise nicht die
73 südamerikanischen oder afrikanischen Staaten das Problem, welche die Eradikation der
74 Krankheit verhindern, sondern maßgeblich Deutschland, die französische Schweiz und
75 Frankreich.

76

77 Um den Impfschutz und weitere präventive Maßnahmen, sowie die Früherkennung und
78 Bekämpfung von Pandemien und Seuchen zu verbessern muss sich perspektivisch auch mit
79 der föderalen Zuständigkeit in diesen Bereichen, sowie der Zusammenarbeit auf europäischer
80 Ebene befasst werden. Denn die unterschiedlichen Regelungen in unterschiedlichen
81 Bundesländern und europäischen Staaten sorgen dafür, dass man im Zweifelsfall einem
82 Krankheitsausbruch immer einen Schritt hinterher ist, denn schließlich machen
83 Krankheitserreger nicht vor Grenzen halt. Doch diesen „großen Wurf“ kann dieser Antrag nicht
84 leisten, damit soll sich in weiteren Papieren beschäftigt werden.

85

86 Wir benötigen im Bereich des Impfschutzes neue Regelungen, mit jedem Tag steigt die
87 Wahrscheinlichkeit, dass eine Krankheit dadurch ausgelöst wird, dass sie sich durch fehlenden
88 Impfschutz in der Bevölkerung besser verbreiten kann. Deshalb setzen wir uns für einen
89 umfassenden Schutz der Menschen ein. Aber wie können wir diesen erreichen? Eine
90 umfassende Impfpflicht in breiten Teilen der Bevölkerung wird immer wieder diskutiert, diese
91 macht aber nur in bestimmten Bereichen Sinn und ist uns zu drastisch.

92

93 Aber die Impfaufklärung muss deutlich ausgebaut werden. Durch Ärzte, in KiTas und
94 Grundschulen muss umfassend für nötige und sinnvolle Impfungen geworben werden, damit
95 junge Eltern, MitarbeiterInnen bestimmter Branchen und letztlich die gesamte Gesellschaft von
96 den Vorteilen notwendiger Impfungen überzeugt werden.

97

98 Zudem gab es früher an vielen Orten so genannte „Impfmobile“, die an verschiedenen

99 neuralgischen Punkten Impfungen und Impfaufklärung angeboten haben. Diese Mobile wurden
100 und werden aber zunehmend abgeschafft, was falsch ist und mittelfristig auch kein Geld spart,
101 sondern zusätzliche Kosten aufwirft. Daher plädieren wir für die Fortführung und Verbeiterung
102 des Angebotes der Impfmobile.

103

104 Außerdem muss es breit angelegte Impfkampagnen und Impfwerbung geben, um die
105 Prävention in der Bundesrepublik zu verbessern. Ähnlich wie dies beispielsweise durch das
106 Robert-Koch-Institut im Zusammenhang mit dem Waschen und Desinfizieren der Hände, um die
107 Verbreitung von Krankheiten einzudämmen, passiert ist, brauchen wir auch beim Thema
108 Impfungen breit angelegte Aufklärungskampagnen. Hierfür wären auch die Bundeszentrale für
109 gesundheitliche Aufklärung (BZgA), sowie das Robert-Koch-Institut sinnvolle Träger.

110

111 Bestimmten Erregern (derzeit beispielsweise Masern) muss darüber hinaus offensiv
112 entgegengewirkt werden. Dies wird dadurch erreicht, dass bestimmte Arbeits- und
113 Risikogruppen breit geimpft werden, damit andere schutz- und pflegebedürftige Menschen
114 (Kinder, Alte, Kranke) nicht gefährdet werden. Die Impfungen müssen beispielsweise bei
115 Kindergartenkindern, Schulkindern, ErzieherInnen, ÄrztInnen, Kranken- und Pflegepersonal
116 vorgenommen werden. Der wirkende Impfschutz soll dabei Voraussetzung sein die
117 entsprechenden, für Krankheitsausbrüche besonders markanten Einrichtungen (KiTas, Schulen,
118 Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, etc.) dauerhaft besuchen zu können.

119

120 Wir fordern die Bundesregierung und Landesregierungen, sowie die GesundheitsministerInnen
121 auf, die oben genannten Maßnahmen umzusetzen und sich dafür einzusetzen, dass es
122 bundesweit ein besseres präventives Gesundheitswesen, eine bessere Früherkennung und
123 umfassende Maßnahmen für einen besseren Impfschutz gibt.

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

Titel Schluss mit Generationengerechtigkeit!! Wir wollen Gerechtigkeit für alle!!

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Schluss mit Generationengerechtigkeit!! Wir wollen Gerechtigkeit für alle!!

- 1 Bei Diskussionen über demografischen Wandel, aber auch über Rente ist häufig von
- 2 „Generationengerechtigkeit“ die Rede. Die These, die hier vermittelt wird, ist, dass es immer
- 3 mehr ältere Menschen geben wird, während gleichzeitig immer weniger Kinder geboren werden.
- 4 Das führt zu einem Konflikt. Die wenigen Jungen Menschen könnten nichtmehr die vielen Alten
- 5 finanzieren. Häufig wird hierbei ein sehr stigmatisiertes Bild von Jung und Alt gezeichnet. „Die
- 6 Alten“, die den Jungen zur Last fallen und „Die Jungen“ die diese Belastung nicht mehr tragen
- 7 können. Als Lösungsansätze werden insbesondere länger arbeiten und mehr private Vorsorge
- 8 vorgeschlagen.
- 9
- 10 Das ist allerdings der falsche Ansatz. Verteilungsgerechtigkeit ist keine Generationenfrage! Die
- 11 Schieflage in unserem System besteht nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Arm und
- 12 Reich. Diese falsche Annahme führt zu Privatisierung, Sozialabbau und dazu, dass
- 13 Generationen gegeneinander ausgespielt werden.
- 14
- 15 Schon jetzt müssen die Menschen immer länger beruflich arbeiten und aktiv bleiben um nicht in
- 16 Armut abzurutschen. Es ist, gerade im Alter, ein starkes Gefälle zwischen Arm und Reich
- 17 erkennbar. Geld, Bildung und soziale Durchsetzungsfähigkeit verbessern nachweisbar die
- 18 Chancen für gesundes und langes Leben. Obwohl das Problem bekannt ist, hat man es noch
- 19 nicht geschafft diese Entwicklung aufzuhalten.
- 20
- 21 Politik muss einen neuen Diskurs darüber anregen wie ein sozial gerechtes Altern und ein
- 22 Zusammenleben der Generationen aussehen können. Sie darf die Fäden der Seniorenpolitik
- 23 nicht aus der Hand geben und diese nicht zum Spielball marktwirtschaftlicher Interessen
- 24 verkommen lassen. Nur so schafft man es, die immer noch vorherrschende
- 25 Versorgungsungerechtigkeit zu beseitigen.
- 26
- 27 Deshalb fordern wir:
- 28
- 29 • Ausbau offener Angebote für Senioren
- 30
- 31 Angebote der offenen Altenarbeit müssen weiter gefördert werden. Es gibt Modellprojekte von
- 32 Bund und Ländern, die verschiedene, offene Beratungen und Bildungsangebote bereitstellen.
- 33 Doch häufig haben sie keinen Bestand, weil sie nach der Modellphase nicht mehr weiter
- 34 finanziert werden.
- 35
- 36 Beispielhaft kann man hier die Alten- Service-Zentren in München nennen, die flächendeckend
- 37 in München existieren.
- 38

39 Die Alten-Service-Zentren bieten offene Beratungs- und Bildungsangebote für Senioren und
40 Seniorinnen und deren Umfeld, unabhängig von sozialem, ökonomischem und rechtlichem
41 Status, Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Religion, Bildung, Behinderung oder sexueller
42 Orientierung.

43

44 Dieses Angebot könnte Vorbildcharakter für andere Großstädte haben. Zudem müssen
45 dringend Konzepte entwickelt werden, wie auch ältere Menschen im ländlichen Raum erreicht
46 werden können.

47

48 Offene Altenarbeit muss endlich als Möglichkeit gesehen werden um präventiv Problemlagen im
49 Alter entgegenzuwirken. Es darf nicht mehr nur der Grundsatz ambulant vor stationär gelten
50 sondern offen vor ambulant und ambulant vor stationär.

51

52 Bildung muss zudem in jedem Alter als Grundrecht gelten. Bildung hat einen Eigenwert und
53 ermöglicht soziale und gesellschaftliche Teilhabe. Dies muss Menschen jeglichen Alters und
54 jeglicher sozialer Situation ermöglicht werden. Bildungsangebote müssen daher für Menschen
55 in allen Lebenssituationen vorhanden sein. Studiengebühren für SeniorInnenstudentInnen
56 lehnen wir ab.

57

58 1. Begegnung zwischen den Generationen fördern

59

60 Es gibt immer weniger Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Generationen. Außer mit Oma
61 und Opa, oder Enkel und Enkelin, haben die meisten nur Kontakt innerhalb ihrer eigenen
62 Altersgruppe. Das fördert Vorurteile, sorgt dafür dass alle in ihrer eigenen Welt leben und es
63 keinen Austausch zwischen den Generationen gibt.

64

65 Viele Vereine und Institutionen, wie auch die SPD, klagen über fehlenden Nachwuchs. Ein
66 Grund ist auch, dass wenig auf die Belange Jüngerer Rücksicht genommen wird und es auch
67 hier, obwohl es vielfache Möglichkeiten gäbe, wenig Austausch zwischen den Generationen
68 gibt. Das muss sich ändern.

69

70 Wir fordern mehr staatliche Unterstützung für Intergenerationelle Projekte, wie
71 Mehrgenerationenhäuser und Intergenerationelles Wohnen. Wir müssen aufhören übereinander
72 zu reden und anfangen miteinander zu reden.

73

74 1.) Verbesserung der Pflegesituation in Deutschland

75

76 Die Zahl pflegebedürftiger Menschen steigt an. Deswegen muss die Infrastruktur in der Pflege
77 massiv ausgebaut werden. Die totale Institutionalisierung in der Pflege, in der das Individuum
78 vergessen und nur darauf geachtet wird möglichst schnell möglichst viel Pflegeleistungen zu
79 erbringen, muss aufhören. Wir brauchen Pflege die Selbstständigkeit und Fähigkeiten der
80 Pflegebedürftigen erhält und fördert, Angehörige einbindet und allen Menschen zur Verfügung
81 steht. Das gilt sowohl für stationäre als auch für ambulante Pflege. Auch neue Formen des
82 betreuten Wohnens müssen von staatlicher Seite deutlich mehr gefördert werden (SeniorInnen
83 WGs, Betreutes Wohnen zu Hause).

84

85 Es müssen mehr Arbeitsplätze für Pflegepersonal geschaffen werden die auch angemessene
86 Arbeitsbedingungen und Entlohnung beinhalten, für diese körperlich schwere und wichtige
87 Arbeit.

88

89 Pflege ist ein Thema das Generationsübergreifend diskutiert werden muss. Mit einer steigenden
90 Lebenserwartung, ist die Möglichkeit pflegebedürftig zu werden nicht unwahrscheinlich.
91 Deswegen sollten sich Menschen aller Altersstufen mit dem Thema auseinandersetzen.

92

93 Pflege ist zudem ein Thema, das die Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft. Es muss
94 Angehörigen, die Pflegebedürftige zu Hause betreuen, ermöglicht werden, dies mit ihrem Beruf
95 zu vereinbaren.

96

97 • Rente: Keine Frage der Generationengerechtigkeit

98

99 Wir müssen Altersarmut bekämpfen, dafür ist eine Rente von der die Menschen im Alter leben

100 können, unabdingbar. Deshalb fordern wir den Erhalt des Rentenniveaus von 51% und die
101 Abkehr von der Rente mit 67. Eine Absenkung des Niveaus, über eine Erhöhung des
102 Renteneintrittsalters, über Beitragssenkungen oder eine direkte Absenkung der auszahlenden
103 Rentenleistungen, wird auch die junge Generation schwer bereuen, weil wir selbst es sind, die
104 später nicht von unserer Rente leben können.
105
106 Gerade bei der Rentendebatte wird ein Generationenkonflikt konstruiert. Es ist aber ein Konflikt
107 über die Generationen hinweg. Denn entscheidend ist nicht nur wie viele Menschen einzahlen,
108 sondern wie viel einbezahlt wird. Hier müssen Menschen mit hohem Einkommen stärker in die
109 Pflicht genommen werden.
110
111 • Prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne sind Garanten für Altersarmut. Deshalb Schluss
112 damit!
113
114 Altersarmut ist außerdem zuallererst eine Folge von Erwerbsarmut. Wer von seinem Lohn nicht
115 leben kann, kann auch von der späteren Rente nicht leben. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen
116 sind daher auch eine wichtige Stellschraube im Kampf gegen Altersarmut.
117
118 Schon heute leben viele Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Für sie ist es
119 unmöglich privat fürs Alter vorzusorgen. Auch das, kein Problem zwischen Generationen,
120 sondern eines das alle Generationen betrifft.
121
122 Wir müssen weg von prekären Beschäftigungsverhältnissen und uns für gute Arbeitsplätze mit
123 guten Einkommen und Arbeitsbedingungen einsetzen. Deshalb fordern wir auch einen
124 flächendeckenden Mindestlohn. Außerdem helfen gute Einkommen auch die Rentenkasse zu
125 stabilisieren. Nur wer von seiner Arbeit leben kann, kann später auch von seiner Rente leben.
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Titel Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten

1 Günstiger Wohnraum ist in Deutschland seit einigen Jahren -besonders in Ballungszentren-
2 knapp geworden. Dies führt zu einem gesellschaftlichen Problem, das nicht nur Menschen
3 unterhalb der Armutsgrenze, sondern auch Studierende, SozialhilfeempfängerInnen und
4 Seniorinnen und Senioren belastet. Wir Jusos müssen uns dafür einsetzen, dass günstiger
5 Wohnraum bestehen und Wohnraum bezahlbar bleibt.

6

7 **Wir fordern:**

8

- 9 • Der Bund muss die jährlichen Kompensationsmittel für die soziale Wohnraumförderung
10 bis 2019 fortführen und diese finanziell besser ausstatten. Diese Städtebauförderung soll
11 unter dem Programm „Soziale Stadt“ verstärkt und verlässlich fortgeführt werden.
- 12 • Einen Investitionspakt für die Kommunen, der gemeinsam mit den Ländern beschlossen
13 wird.
- 14 • Kommunen, die keinen „Eigenanteilfond“ finanziell leisten können, bekommen die
15 Möglichkeit Bundesförderungen zu nutzen.
- 16 • Bei Neuvermietungen darf die Miete nicht mehr als 5 Prozent über der ortsüblichen
17 Vergleichsmiete liegen. Bei Bestandsmieten sollen Mieterhöhungen auf maximal 10
18 Prozent in 5 Jahren begrenzt werden.
- 19 • VermieterInnen dürfen bei Sanierungen max. 5 Prozent der Kosten pro Jahr auf die
20 MieterInnen umlegen- Der Bund soll effiziente Maßnahmen zur Sanierung finanziell
21 unterstützen, um MieterInnen vor Kostenexplosionen zu schützen.
- 22 • WohnungseigentümerInnen müssen den MaklerIn bezahlen und nicht mehr die
23 Wohnungssuchenden, Damit ist eine Änderung im Gesetz zur Regelung der
24 Wohnungsvermittlung (WoVermRG) nötig.
- 25 • Ein Sonderprogramm zur Förderung von Wohnungsgenossenschaften, die bevorzugt
26 behandelt werden sollen. Dabei soll die CO2-Gebäude- und die energetische Sanierung
27 so ausgerichtet werden, dass dies möglichst vielen MieterInnen zugutekommt.
- 28 • Wohnungsgenossenschaften erstellen gemeinsam mit den Kommunen ein
29 „Mietenbündnis“, setzen sich für Mietbegrenzungen ein und festigen dies im deutschen
30 Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG).
- 31 • Wohnngenossenschaften, geben ihr Ziel hoher Erträge auf und stellen die erwirtschafteten
32 Erträge für neue Wohnungen/ kostengünstigere Wohnungen bereit.
- 33 • Keine spekulativ geplanten Leerstände mehr! Bei Objekten, die mehr als zwei Jahre leer
34 stehen, geht das Nutzungsrecht an die Kommune über.
- 35 • Die Einführung von gesetzlichen Mietspiegeln, welche von öffentlichen Trägern erhoben
36 werden, damit ein Mindestmaß an Transparenz auf dem Immobilienmarkt herrscht.
- 37 • Die Einführung der Fehlbelegungsabgabe mit Ausnahmeregelungen für Quartiere mit
38 besonderem Entwicklungsbedarf, um den Kommunen die Gegenfinanzierung zu

39 erleichtern.

40

41 **Menschen mit geringen Einkommen / Transfereinkommen**

42

43 Menschen mit geringen Einkommen und/oder Transfereinkommen sind besonders von dieser
44 Situation betroffen! Durch höhere Mieten können sich viele Menschen den Wohnraum in ihrem
45 gewohnten Umfeld nicht mehr leisten, obwohl ihre Mieten übernommen werden. Menschen, die
46 aufgrund von Betriebskündigungen ihre Arbeit verloren haben, werden genötigt ihre Wohnung
47 zu verlassen, weil sie als „nicht mehr angemessenen“ bewertet wird.

48

49 Daher fordern wir:

50

- 51 • Der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wird wieder eingeführt und darf nicht als
- 52 Einkommen angerechnet werden. Ein Sozialtarif für den Grundverbrauch von Gas und
- 53 Strom wird eingeführt.
- 54 • Das Mietkonzept für ALG 2 Empfängern wird erneuert, damit der tatsächliche Bedarf für
- 55 die „Kosten der Unterkunft“ bemessen werden kann.
- 56 • Menschen, die mit einem Transfereinkommen die Übernahme der realen Miete durch das
- 57 Jobcenter erhalten und daher die Streichung der Satzungsermächtigung und
- 58 insbesondere der Pauschalierungsoption.

59

60 **Studium**

61

62 Für viele Studierende ist die Wohnungssuche ein Alptraum. Die Wohnungen im Studentenwerk
63 sind schnell vergriffen und auch die Plätze in Wohngemeinschaften sind knapp und schnell
64 belegt. Gerade junge Menschen, die für ein Studium in eine andere Stadt ziehen, sind
65 besonders von begrenztem Wohnangebot betroffen.

66

67 **Daher fordern wir:**

68

- 69 • Die Studentenwerke müssen mehr Kapazitäten für kostengünstigen Wohnraum schaffen.
- 70 Dabei sollen die Hochschulen verstärkt auf Bundesförderungsmittel zugreifen können. Der
- 71 Wohnheimbau im Rahmen eines Hochschulpaktes 2020 soll durch ein Bund-Länder-
- 72 Programm finanziert werden.
- 73 • Eine forcierte Konversionspolitik. Durch die Nutzung alter Kasernen und ähnlicher Objekte
- 74 kann kostengünstiger Wohnraum geschaffen werden.
- 75 • Die Mieten für Wohnheimplätze bundesweit sind gleichbleibend niedrig zu halten. Dazu
- 76 verpflichten sich die Studierendenwerke.
- 77 • dass die Hochschulen gemeinsam mit den Kommunen Städtekonzepte entwerfen, wie
- 78 günstiger Wohnraum für junge Menschen geschaffen werden kann.
- 79 • Studierende sollen die Möglichkeit eines Heizkostenzuschusses erhalten.

80

81 **Ausbildung**

82

83 Junge Menschen, die eine Ausbildung absolvieren und durch ihre Erwerbsarbeit einen wichtigen
84 Beitrag in unserer Gesellschaft leisten, sollen die Möglichkeit bekommen einen eigenen
85 Haushalt führen zu können– und damit ein selbstbestimmtes Leben.

86

87 **Daher fordern wir:**

88

- 89 • Baugenossenschaften sollen für Auszubildende Wohnraum anbieten, der kostengünstig
- 90 und für die Auszubildende nachhaltig bezahlbar ist. Dabei soll der
- 91 Wohnberechtigungsschein (WBS) für die öffentlichen subventionierten Wohnungen
- 92 ausgeweitet werden.
- 93 • Die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) gilt für alle Auszubildende, die sich entscheiden
- 94 einen eigenen Haushalt zu führen. Diese Jugendlichen erhalten einen Anspruch auf den
- 95 Wohnberechtigungsschein (WBS).
- 96 • Die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) steigt auf das gleiche Niveau wie das Bafög.
- 97 • Auszubildende sollen die Möglichkeit eines Heizkostenzuschusses erhalten.

98

99 **RentnerInnen**

100

101 Viele Rentnerinnen und Rentner in Deutschland sind von Altersarmut gefährdet und fühlen sich
102 nicht mehr in der Lage, dauerhaft die Miete zu bezahlen. Wir Jusos vertreten die Ansicht, dass
103 Seniorinnen und Senioren so lange wie möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben sollen.

104

105 **Daher fordern wir:**

106

107 • Zuschüsse für einen altersgerechten Umbau von Wohnungen. Dabei sollen die
108 Zuschüsse der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für den Abbau von Barrieren bei
109 Wohnungen wieder eingeführt werden.

110 • Menschen mit einer Pflegestufe erhalten die Möglichkeit, weiterhin in ihren vertrauten
111 Wohnumfeld zu bleiben. Dies muss bis ins hohe Alter und mindestens bis zur Pflegestufe
112 2 garantiert werden.

113 • Für durch Altersarmut betroffene RentnerInnen wird ein Recht auf einen Sozialtarif für den
114 Grundverbrauch von Gas und Strom gestaltet.

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Armutsfeste Rentenversicherung für alle –
Spekulationsdruck auf Kapitalmarkt verringern

Antragsteller Brandenburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Armutsfeste Rentenversicherung für alle – Spekulationsdruck auf Kapitalmarkt verringern

1 Das aktuelle Rentenkonzept der SPD ist ein guter Schritt in die richtige Richtung, eine
2 armutsfeste Rentenversicherung für alle zu schaffen, denn es enthält auch wichtige
3 arbeitsmarktpolitische Elemente. Das verfolgte "klare Bekenntnis zur gesetzlichen
4 Rentenversicherung" setzt voraus, das Konzept konsequent weiterzuentwickeln, um auch
5 langfristig eine nachhaltig und volkswirtschaftlich sinnvoll finanzierte armutsfeste
6 Alterssicherung zu haben.

7

8 Der Juso-Bundeskongress fordert für diese Weiterentwicklung des Rentenkonzeptes daher die
9 Einbeziehung aller Gliederungen der Partei sowie folgende inhaltliche Punkte:

10

11 1. Gesetzliche Rente auf Umlagebasis stärken und zu solidarischer Basisrentenversicherung
12 für alle BürgerInnen ausbauen (auch Beamte, PolitikerInnen, Selbstständige etc.)

13 2. Berücksichtigung aller Einkommensarten, insbesondere Ausweitung auf Erträge aus
14 Kapital- und Aktienbesitz, Gewinnen aus Spekulation und Unternehmungen, Mieten etc.

15 3. Schrittweise Erhöhung und langfristige Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze

16 4. Sofortige Angleichung Ost an West

17 5. Mindest- und Lebensstandardsicherung

18 6. Höchstrente

19 7. An die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasste steuerbezuschusste

20 Solidarrente

21

22 Die Ausweitung des Kreises der Versicherten, der Bemessungsgrundlage und damit auch der
23 BeitragszahlerInnen dient:

24

25 1. dem Schutz vor Altersarmut (z. B. bei so genannten Solo-Selbstständigen)

26 2. der Schaffung eines nachhaltig soliden Finanzierungsfundamentes

27 3. einer volkswirtschaftlich sinnvollen Umverteilung von oben nach unten

28

29 Indem die gesetzliche Rentenversicherung gegenüber der kapitalgedeckten privaten Rente so
30 gestärkt wird, wird zugleich einer weiteren Aufblähung des Kapitalmarktes mit Geld, das nach
31 Rendite sucht, entgegengewirkt. Der Spekulationsdruck auf den Finanzmärkten wird verringert.

32

33 **Begründung:**

34 Die gute rot-grün-rote Mehrheitssituation im Bundesrat gilt es jetzt für dieses soziale Projekt zu
35 nutzen.

36

37 Während bei privaten kapitalbasierten Rentenversicherungen (PRV) ca. 20-30 % der Beiträge
38 für Abschluss- und Verwaltungskosten für die Verrentung verloren gehen – schließlich müssen

39 für die AnteilseignerInnen jährliche Profite mit dem Kundengeschäft erwirtschaftet werden –, hat
40 die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) lediglich ca. 3 % Verwaltungskosten.

41

42 Die PRV fördern nachweislich den Renditedruck an den Finanzmärkten, da sie hohe

43

44 Milliardensummen über die Jahre einsammeln und mit dem Ziel möglichst hoher Renditen
45 anlegen müssen, unabhängig davon, was die Realwirtschaft maximal zu leisten imstande ist.

46

47 Ein Verfahren auf Umlagebasis und mit Steuerzuschüssen (GRV) ist gerechter, solidarischer
48 und schützt eher vor Altersarmut, wenn nicht nur eine ggf. geringer werdende Zahl von
49 sozialversicherungspflichtigen EmpfängerInnen von Lohn und Gehalt, sondern prinzipiell auch
50 Spitzenverdienende und BesitzerInnen großer Vermögen, mithin die Kapitalseite, zur
51 Finanzierung gleichermaßen herangezogen werden.

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Mehr Gesundheit für alle – Beitragssenkung für viele

Antragsteller Brandenburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Mehr Gesundheit für alle – Beitragssenkung für viele

1 Der Weg der SPD, eine Zwei-Klassen-Medizin klar abzulehnen und stattdessen für eine
2 solidarische BürgerInnenversicherung einzutreten, in die prinzipiell alle einzahlen sollten, mit
3 paritätischer Beteiligung der ArbeitgeberInnen und Senkung des Beitrages für die
4 ArbeitnehmerInnen, ist richtig. Dieser Weg ist konsequent weiterzugehen.

5
6 Dabei ist jedoch sicherzustellen, dass nicht nur wie bisher der Produktionsfaktor Arbeit (Löhne,
7 Gehälter) allein zur Beitragserhebung herangezogen wird. Vielmehr erfordert eine konsequent
8 zu Ende gedachte solidarische Gesundheitsversicherung, dass alle Menschen mit allen
9 Einkommensarten, insbesondere der Faktor Kapital und Besitz, gerecht an der Finanzierung
10 beteiligt werden.

11
12 Der Juso-Bundeskongress fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung für alle
13 BürgerInnen, die u. a. folgende Punkte gewährleistet:

- 14
- 15 1. Ausnahmslos alle BürgerInnen sind versichert
 - 16 2. Integration der Pflegeversicherung
 - 17 3. Schrittweise Erhöhung & langfristig Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze
 - 18 4. Gleicher Prozentsatz für alle auf das gesamte Einkommen
 - 19 5. Kein Zusatzbeitrag, keine Zuzahlungen
 - 20 6. Private Versicherungen für Zusatzleistungen
 - 21 7. Ausweitung der Beitragserhebung auf alle Einkommensarten, insbesondere auf Erträge
22 aus Kapital- und Aktienbesitz, Gewinnen aus Spekulation und Unternehmungen, Mieten u.
23 ä.
 - 24 8. Für ArbeitnehmerInnen und Angestellte zahlt die arbeitgebende Stelle die Hälfte des
25 Beitrages

26
27 Damit lässt sich nicht nur der Beitrag für ArbeitnehmerInnen, Angestellte und
28
29 Selbstständige deutlich senken, sondern auch die Unternehmen, insbesondere die kleinen und
30 mittelständischen, entlasten.

31
32 **Begründung:**

33 Zum Beitrag lt. aktueller Gesetzeslage: 15,5 % Beitragssatz + ggf. Zusatzbeiträge + ggf.
34 Zuzahlungen. Dabei zahlt ArbeitgeberIn 7,3 % und ArbeitnehmerIn 8,2 % + Zusatzbeiträge +
35 zukünftige Beitragssteigerungen.

36
37 Wenn alle mit allen Einkommensarten einzahlen, ist ein Beitragssatz um 11 % möglich, womit
38 sich der Anteil der ArbeitnehmerInnen, aber ebenso der ArbeitgeberInnen auf 5,5 % reduziert.

39 Da so vornehmlich geringe und Durchschnittseinkommen sowie der Mittelstand entlastet
40 werden, ist das volkswirtschaftlich eine win-win-Situation, denn das führt zu zusätzlicher Kauf-
41 und Investitionskraft.

42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

Titel Kuranspruch zur Wiederaufarbeitung
eventueller psychischer Traumata nach Vollzeitpflege

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kuranspruch zur Wiederaufarbeitung eventueller psychischer Traumata nach Vollzeitpflege

1 Es wird ein Kuranspruch zur Aufarbeitung von eventueller psychischer Traumata nach
2 mindestens einjähriger Vollzeitpflege eines Familienangehörigen eingeführt.

3

4 **Begründung:**

5 Nach dem Tod von Familienangehörigen, die gepflegt wurden, treten oft psychologische
6 Probleme und Traumata der pflegenden Angehörigen auf und Probleme beim Wiedereinstieg in
7 eine berufliches Tätigkeit, durch die eine Kur für die Angehörigen, die die verstorbene Person
8 gepflegt haben, notwendig ist.

9

10 Durch diese neuen Pflegegesetze soll die private Pflege unterstützt werden und eine Entlastung
11 der Altenheime herbeigeführt werden. Dies ist mit Blick auf den zukünftigen demographischen
12 Wandel unbedingt nötig, denn die Pflege alter und kranker Menschen wird immer häufiger
13 notwendig werden und durch die Medizin werden Menschen immer älter, dadurch wird diese Art
14 von Unterstützung umso wichtiger. Eine private Pflege ist eine sehr große psychische Belastung
15 für die pflegenden Personen. Gerade, um diese Menschen auch nach dem Ende der Pflege zu
16 unterstützen, muss die Gelegenheit für eine psychische Nachbereitung gegeben werden, um
17 diesen Menschen einen Wiedereinstieg in die Gesellschaft (damit auch in den Beruf) zu
18 ermöglichen. Also ist die anschließende (nach dem Tod der zu pflegenden Person)
19 Unterstützung der Angehörigen unbedingt notwendig.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Zwangstranssexualisierungen verhindern

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Zwangstranssexualisierungen verhindern

1 Die Jusos sowie die SPD setzen sich für eine Anerkennung der Rechte von intersexuellen
2 Menschen ein. Dafür wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, entsprechende Anträge im
3 Bundestag zu unterstützen.

4
5 1. Es dürfen keine chirurgischen und/oder medikamentösen/hormonellen Eingriffe erfolgen,
6 so lange keine lebensbedrohliche Indikation zugrunde liegt.

7 2. Kosmetische Eingriffe dürfen nur bei ausdrücklicher Einwilligung der betroffenen und
8 zuvor ausführlich informierten Personen stattfinden. Eine alleinige Zustimmung der
9 Erziehungsberechtigten genügt nicht. Die behandelnden Mediziner_innen informieren die
10 betroffenen Personen über alle gegenwärtigen und zukünftigen Risiken von Eingriffen
11 sowie deren Unterlassung schriftlich. Das gilt insbesondere bei der Entfernung
12 hormonproduzierender Organe und daraus resultierenden medikamentösen
13 Hormonersatztherapien.

14 3. Bei Entlassung händigen die behandelnden Mediziner_innen den betroffenen Menschen
15 bzw. deren Eltern unaufgefordert eine Kopie der Patientenakte aus.

16 4. Die Eltern von betroffenen Kindern sind wahrheitsgetreu aufzuklären. Für die betroffenen
17 Menschen selbst gilt eine stufenweise, altersgerechte Aufklärung über ihre Besonderheit.
18 Zur Aufklärung und Vernetzung von betroffenen Personen sollen außerklinische,
19 interdisziplinäre Kontakt- und Beratungszentren öffentlich finanziert und ausgebaut
20 werden.

21
22 **Begründung:**

23 Der Begriff "Intersexualität" stammt aus der Medizin und beschreibt ein "Dazwischen" zwischen
24 den sich einander ausschließend definierten Geschlechtern Mann und Frau. Dieser Definition
25 kann und sollte man skeptische gegenüber stehen, allerdings werden in diesem Text Worte wie
26 Intersexualität, intersexuell etc. benutzt, da sie auch von Betroffenen zur Selbstbeschreibung
27 genutzt werden. Weitere (nicht unumstrittene) Bezeichnungen sind Hermaphroditismus,
28 Zwitterigkeit und "Disorders of Sex Development" (DSD).

29
30 Intersexualität dient als Oberbegriff, um Menschen zu kategorisieren, die nicht "eindeutig" in die
31 Geschlechtskategorien Mann/Frau eingeordnet werden können. Dies bezieht sich auf das
32 chromosomale (Frau: XX, Mann: XY), gonadale (Keimdrüsen: Eierstöcke, Hoden), hormonale
33 (definierter Sexualhormonspiegel), genitale (innere Genitalien: Gebärmutter, Eierleiter und
34 Scheide; Prostata und Samenleiter) und morphologische Geschlecht (äußere
35 Geschlechtsorgane). Die Ursachen für Intersexualität sind so vielfältig wie ihre Ausprägungen.

36
37 Wissenschaftliche Studien kommen zu dem Schluss, dass bei Anlegung strenger Kriterien ein
38 Kind von 1.500 Kindern als "Intersexuell" auf die Welt kommt (also etwa 55.000 in Deutschland).
39 Bei etwas weiter gefassten Kriterien kommen Studien sogar auf ein Kind pro hundert
40 Neugeborener.

41

42 Die zahlenmäßig überwiegende Gruppe von Intersexuellen wird in der Medizin als Menschen
43 mit "Androgenitalem Syndrom" bezeichnet. Diese Stoffwechselstörung sorgt für Komplikationen
44 im Hormonhaushalt des oder der Betroffenen. Mädchen haben dann meist eine vergrößerte
45 Klitoris. Bei Jungs werden in der Pubertät die Hoden nicht größer. Außerdem können
46 verschiedene anatomische Besonderheiten dazu führen, dass ein Mensch in der Gesellschaft
47 als intersexuell gilt- etwa ein Penis, der eine bestimmte Größe unterschreitet.

48

49 Nach der Geburt des Kindes soll das Geschlecht bestimmt werden. Teilweise ist dies aber nur
50 widersprüchlich möglich. Die Geschlechtsanpassungen sollen das Geschlecht
51 "vereindeutlichen", damit das Kind eine "stabile" Geschlechtsidentität entwickeln kann. Diese
52 Auffassung geht von einem "wahren" Geschlecht und einer traditionellen auf Reproduktion
53 ausgerichteten Lebensweise aus. Es ignoriert, dass Menschen ihre Sexualität auch anders
54 ausleben können und wollen könnten.

55

56 Zu 1.: Die Geschlechtsanpassung wird in vielen Fällen auf chirurgische Weise vorgenommen.
57 Zu den häufigsten Operationen zählen die Kastration, die Verkleinerung der Klitoris und die
58 Schaffung einer künstlichen Vagina. Oft sind die Eingriffe irreversibel und mit vielen
59 Folgeoperationen verbunden.

60

61 Die Geschlechtsanpassungen können auch über eine Hormontherapie erfolgen. Bei länger
62 dauernder Einwirkung dieser können die Veränderungen nicht mehr rückgängig gemacht
63 werden. Die Eingriffe führen außerdem zu psychischen und physischen Schäden unter denen
64 die Betroffenen ein Leben lang zu leiden haben, wie die Hamburger Intersex-Studie 2007 belegte.

65

66 Zu 2.: Es geht in diesem Beschluss nicht darum erwachsenen Intersexuellen das Recht auf eine
67 selbstbestimmte Veränderung ihres Körpers zu nehmen. Aber diese Operationen an Kindern,
68 die nicht einwilligen oder sich wehren können, ist Gewalt und eine Verletzung ihres Rechts auf
69 körperliche Unversehrtheit.

70

71 Menschen mit Besonderheiten in der geschlechtlichen Entwicklung sind Teil unserer
72 Gesellschaft und haben das gleiche Recht auf freie Entwicklung. Die an ihnen begangenen,
73 medizinisch nicht notwendigen, traumatisierenden Behandlungen stellen laut der Stellungnahme
74 des Deutschen Ethikrats einen schwerwiegenden und nicht zu rechtfertigen Eingriff in das Recht
75 auf Unversehrtheit, Selbstbestimmung und das Persönlichkeitsrecht dar.

76

77 Da in den meisten Fällen eine medizinische Indikation fehlt, sollte die Entscheidung über eine
78 mögliche Behandlung von den Betroffenen selbst nach vollständiger Aufklärung gefällt werden.
79 Die Eingriffe sind durch die Auswirkungen auf die sexuelle Selbstbestimmung des Kindes, seine
80 geschlechtliche Identität und Fortpflanzungsfreiheit höchstpersönlich. Dadurch kann diese
81 Entscheidung nicht von den Eltern getroffen werden.

82

83 Zu 3.: Es sind mehrere Fälle bekannt, in denen Intersexuelle, die im Kindesalter operiert
84 wurden, im Erwachsenenalter die Patientenakten angefordert haben und diese nicht
85 aufzufinden waren. Des Weiteren ist den Eltern und den Betroffenen selbst teilweise nicht
86 bekannt, was operiert wurde, aus welchem Grund und welche Auswirkungen das hat/haben
87 kann. Dies erfahren Betroffene teilweise erst Jahre später von anderen Ärzt_innen. Mit einer
88 Kopie der Patientenakte, die unmittelbar nach der Behandlung ausgehändigt wird, bekommen
89 die Betroffenen Klarheit über die Behandlungen.

90

91 Zu 4.: Intersexualität ist ein sehr vielfältiges Thema. Die Entscheidung über eine Operation bzw.
92 Behandlung sollte erst nach intensiver Beratung und reiflicher Überlegung getroffen werden. Für
93 die Betroffenen hat es Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Darum müssen in einer
94 Beratungsstelle alle beteiligten Disziplinen vertreten sein, um eine angemessene Beratung
95 garantieren zu können. Da die Operationen und Behandlungen meist von Mediziner_innen in
96 Krankenhäusern vorgenommen wurden, ist eine unabhängige Instanz für die
97 unvoreingenommene Beratung wichtig. Eine altersgerechte Aufklärung ist dabei besonders
98 wichtig. Viele Kinder werden im Unklaren über ihre Besonderheit gelassen und es wird versucht,
99 dass sie sich durch die Erziehung einem Geschlecht anpassen.

100

Titel Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung für Studierende

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung für Studierende

1 **Der Bundeskongress der Jusos möge folgende Forderungen beraten und beschließen:**

2

3 1. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung für Studierende gem.
4 § 245 SGB V wird von 7/10 auf 5/10 gesenkt. Das entspricht nach dem aktuellen
5 allgemeinen Beitragssatz gem. § 241 SGB V einem Beitragssatz von 7,75% und liegt
6 damit nur marginal unter dem Beitragssatz eines Arbeitnehmers.

7 2. Für die gesetzliche Pflegeversicherung soll es ebenfalls eine Regelung analog dem
8 § 245 SGB V geben. Auch hier soll der Beitragssatz 5/10 des allgemeinen Beitragssatzes
9 betragen. Das entspricht nach dem aktuellen allgemeinen Beitragssatz gem. § 55 SGB XI
10 einem Beitragssatz von 1,025% und entspricht damit exakt dem des Arbeitnehmers.

11

12 **Begründung:**

13 Studierende erhalten in vielen Fällen gesonderte Beitragssätze. Vom Sportverein bis zum
14 ÖPNV gibt es Studententarife – so auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Die
15 gesonderten Tarife sind gesellschaftlich akzeptiert und sozial geboten um Studierenden
16 unabhängig ihrer sozialen Herkunft ein Studium zu ermöglichen. Studierende, die nicht nach
17 §7 SGB V von der Versicherungspflicht ausgenommen sind (gilt für geringfügig Beschäftigte),
18 müssen sich gem. § 5 I Nr. 9 SGB V, § 21 KLVG 1989 pflichtversichern. Der Beitrag für
19 Studierende berechnet sich nach zwei Faktoren:

20

21 1. Die Bemessungsgrundlage ist ein fester Betrag. Studierende, die einer
22 sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigung nachgehen, entrichten somit unabhängig
23 von ihrem Gehalt einen festen Betrag. Dieser richtet sich gem. § 236 I SGB V i.V.m. § 13 I
24 Nr. 2, II BAföG nach dem Bedarfssatz für Studierende die nicht mehr bei ihren Eltern
25 leben. Das sind zusammen mit dem monatlichen Bedarf von €373 (§ 13 I Nr. 2 BAföG)
26 und dem „Wohngeld“ von €224 (§ 13 II Nr. 2 BAföG) insgesamt €597.

27 2. Der Beitragssatz ist gem. § 245 SGB V genau 7/10 des allgemeinen Beitragssatzes zur
28 Krankenversicherung. Dieser beträgt gem. § 241 SGB V 15,5%. Dies ergibt für
29 Studierende einen Beitragssatz von 10,85%.

30

31

32 Somit ergibt sich für Studierende ein Beitrag von €64,77 zur Krankenversicherung. Hinzu
33 kommt, ebenfalls auf Grundlage des Bedarfssatzes errechnet, gem. § 55 SGB XI ein
34 Beitragssatz von 2,05% für die Pflegeversicherung. Dies ergibt einen Betrag von €13,73.

35

36 Im Ergebnis müssen Studierende damit insgesamt jeden Monat €78,50 in die Kassen der
37 Kranken- und Pflegeversicherung einzahlen. Im Verhältnis zum BAföG-Bedarfssatz sind das
38 13,15% . Besonders einschneidend können die Beiträge für Studierende sein, die neben dem

39 Studium arbeiten und deren Gehalt oberhalb der Grenze zur geringfügigen Beschäftigung liegt.
40 Liegt das Gehalt nämlich zugleich unterhalb des Bedarfssatzes, erhöht sich der prozentuale
41 Anteil zum realen Gehalt signifikant.

42

43 Betrachtet man die Steigerung der Beitragsbeträge, durch Änderungen sowohl am Beitrags- als
44 auch Bedarfssatz, gibt es eine augenscheinlich überdurchschnittliche Erhöhung. 2005 haben
45 Studierende noch €46,60 für die Krankenversicherung (10% von €466,00) und €9,09 für die
46 Pflegeversicherung (1,7% von €466,00) bezahlt. Es musste also ein Gesamtbetrag von €55,69
47 im Monat entrichtet werden, wohingegen heute monatlich €78,50 anfallen. Somit liegt eine
48 Beitragssteigerung von über 40% in 8 Jahren vor. Das entspricht einem jährlichen Anstieg von
49 5% gegenüber den durchschnittlichen 3%, welche die ArbeitnehmerInnen in Deutschland
50 jährlich mehr verdienen.

51

52 Insbesondere im Vergleich mit ArbeitnehmerInnen, die gem. § 5 I Nr. 1 SGB V pflichtversichert
53 sind, ergibt sich für Studierende ein Ungleichgewicht. Denn von dem Beitragssatz von 15,5%
54 tragen ArbeitnehmerInnen nur einen Anteil von 8,2%. Der Beitragssatz der Studierenden liegt
55 damit real 2,65% über dem der ArbeitnehmerInnen. Im Falle der Pflegeversicherung gibt es
56 keine Ermäßigung für Studierende. Arbeitnehmer hingegen zahlen gem. § 58 I SGB XI die
57 Hälfte des Beitragssatzes. Hier zahlen Studierende somit real den doppelten Beitragssatz
58 gegenüber ArbeitnehmerInnen.

59

60 Betrachtet man die Lebensrealität von Studierenden, existiert hier ein gesellschaftliches
61 Ungleichgewicht. Insbesondere in Ballungsräumen und Großstädten, also dort wo die Mehrheit
62 der Studierenden lebt und studiert, sind die Miet- und Unterhaltungskosten vergleichsweise
63 hoch. Ein so hoher Beitrag zur Kranken-/Pflegeversicherung, wie er bisher existiert, sorgt hier
64 schnell für unzumutbare finanzielle Engpässe. Selbst wenn man den Bedarfssatz für die
65 Unterkunft gem. § 13 II Nr. 2 BAföG erhöht und Studierenden so die Kosten für die Unterkunft
66 abnimmt bzw. erleichtert würde der Beitrag aufgrund der Koppelung an den Bedarfssatz mit
67 steigen. Da die Koppelung an den Bedarfssatz jedoch grundsätzlich sinnvoll ist, kann eine
68 Änderung nur durch eine Anpassung des Beitragssatzes erfolgen.

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

Titel Von Koffein zu Ritalin!?

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Von Koffein zu Ritalin!?

1 **Der Bundeskongress der Jusos möge beraten und beschließen:**

2

3 Der ansteigende Konsum von Aufputzmitteln und anderen leistungssteigernden
4 Medikamenten unter Studierenden ist eine beunruhigende Entwicklung, der man frühzeitig mit
5 Aufklärung begegnen muss. Die Jusos und die SPD werden sich dieser Aufgabe annehmen.
6 Dazu gehört, dass die SPD in den entsprechenden Gremien, den Start einer spezifischen
7 Aufklärungskampagne an den Hochschulen veranlasst, die die gesundheitlichen Risiken in den
8 Vordergrund stellt und auf das Verbot nach dem Betäubungsmittelgesetz, sowie die
9 Wettbewerbsverzerrung durch das Hirndoping aufmerksam macht. Auch eine gezielte
10 Überprüfung der Prüfungsordnungen[1] im Hinblick auf Regelungen zum so genannten
11 „Hirndoping“ kann eine mögliche Maßnahme sein. Eine Kooperation mit den jeweiligen ASten
12 und dem Studierendenwerk ist hierbei wünschenswert.

13

14

15

16 [1] Gemeint ist der für den Erwerb des Hochschulabschlusses direkt relevante Teil der
17 Prüfungsordnungen.

18

19 **Begründung:**

20 **Hintergründe**

21

22 Bis vor etwa 50 Jahren hielt die Arbeitswelt für Arbeitnehmer[1] vor allem körperliche
23 Belastungen bereit. In der heutigen Arbeitswelt jedoch bestimmen vorwiegend psychosoziale
24 und kognitive Belastungen den Ausbildungs- und Arbeitsalltag. Von einem durchschnittlichen
25 Arbeitnehmer wird heutzutage vor allem örtliche und zeitliche Flexibilität, kontinuierliche
26 Verfügbarkeit, Aktivität und Kreativität sowie emotionale Ausgeglichenheit und soziales
27 Anpassungsvermögen verlangt. Lange dachte man, dass mit von physisch zu psychisch
28 wechselnden Anforderungen die Probleme für den durchschnittlichen Arbeitnehmer abnehmen
29 würden. Doch heute weiß man: Veränderte Anforderungen bewirken veränderte Probleme. Als
30 man das vor einigen Jahren erkannte, erkannte man auch Phänomene wie z.B. das Burn-Out-
31 Syndrom und reagierte darauf mit entsprechenden präventiven Maßnahmen. Darüber hinaus
32 reagieren Menschen jedoch auf wachsende reale oder subjektiv empfundene Anforderungen an
33 ihre Leistungsfähigkeit mit Anpassung. In diesem Zusammenhang tritt in steigendem Maße das
34 so genannte ‚Hirndoping‘ auf.

35

36 **Fakten (oder Panikmache?)**

37

38 Das so genannte ‚Hirndoping‘ ist „der Versuch gesunder Menschen, die Leistungsfähigkeit des
39 Gehirns sowie die emotionale und soziale Kompetenz durch die Einnahme bestimmter
40 Medikamente über das normale, nicht krankhaft veränderte Maß hinaus zu verbessern“ (vgl.

41 Lieb 2010; DAK 2009). Davon erfasst ist vornehmlich die Einnahme von rezeptpflichtigen
42 Substanzen außerhalb ihrer zugelassenen Indikation und außerhalb der ärztlichen Verordnung
43 mit dem Zweck der Steigerung von Hirnleistung.

44

45 Zu den bekannten Substanzen gehören: Methylphenidat (Handelsname bspw. Ritalin® I zur
46 Behandlung von ADHS) und das Modafinil (Handelsname Vigil®) u.a. zur Therapie von
47 Narkolepsie, aber auch Antidementiva und Antidepressiva. Es besteht ein hohes Risiko der
48 psychischen Abhängigkeit. Dem Gesundheitsreport der DAK von 2009 zufolge gaben 17% der
49 Befragten (bei der DAK versicherte Arbeitnehmer) an bereits Medikamente zur Verbesserung
50 der geistigen Leistungsfähigkeit oder psychischen Befindlichkeit eingenommen zu haben. Einer
51 Studie von Forschern der Uni Mainz von 2012 zufolge, gaben 20% der Befragten (Schüler und
52 Studierende) an, innerhalb des letzten Jahres verschreibungspflichtige Medikamente ohne
53 medizinische Notwendigkeit gezielt zur geistigen Leistungssteigerung eingenommen zu haben.

54 [2]

55

56 **Fazit**

57

58 Den Jusos und der SPD ist bewusst, dass Leistungsdruck im Studium und die schwierige
59 finanzielle Lage von Studierenden große Probleme sind. Entsprechende Beschlusslagen zeigen
60 Handlungsbedarf und Lösungsansätze. Doch es zeigt sich, dass diesen Problemen auch auf
61 der psychosozialen Ebene begegnet werden muss. Daher fordern wir angemessene
62 Präventivmaßnahmen gegen den Anstieg von Hirndoping im Studium.

63

64

65

66 [1] Aus Gründen der flüssigeren Lesbarkeit und in Ermangelung einer befriedigenderen
67 Sprachregelung wird im Folgenden das generische Maskulinum verwendet, das stellvertretend
68 für das männliche und das weibliche Geschlecht steht.

69

70 [2] Vgl. „Randomized Response Estimates for the 12-Month Prevalence of Cognitive-Enhancing
71 Drug Use in University Students”; Dietz, Striegel, Franke, Lieb, Simon, Ulrich, in:
72 “Pharmacotherapy”, 10.01.2013

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Einführung eines Medizinischen Dienstes
der Sozialversicherung (MDSV)

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Einführung eines Medizinischen Dienstes der Sozialversicherung (MDSV)

- 1 Die im Bundesrat vertretene Landesregierung sowie die im Bundestag vertretene SPD-Fraktion
- 2 sollen ein Gesetz vorbereiten, mit dem die unterschiedlichen ärztlichen Untersuchungsstellen
- 3 der jeweiligen Sozialleistungsträger gebündelt und unter einem Dach allen
- 4 SozialversicherungsträgerInnen dienen.
- 5
- 6 **Begründung:**
- 7 Derzeit unterhalten Krankenkassen, Rentenversicherungen, Arbeitsagenturen sowie
- 8 Landratsämter eigene ärztliche Untersuchungsstellen, welche bei einem Leistungsfall den
- 9 Versicherten (m/w) auf den gesundheitlichen Zustand hin untersuchen.
- 10
- 11 Hierbei sind oft mehrere Untersuchungen notwendig bei unterschiedlichen ärztlichen Stellen
- 12 unterschiedlicher Sozialversicherungen.
- 13
- 14 Die Erstellung eines Gutachten des medizinischen Dienstes der Krankenversicherung, kurz
- 15 MDK, ist z.B. nicht bindend für den Rentenversicherungsträger, der zur Beurteilung einer
- 16 Erwerbsminderung ein eigenes Gutachten in Auftrag gibt, zu dem Versicherte erneut eingeladen
- 17 werden.
- 18
- 19 Gleiches gilt auch bei ärztlichen Untersuchungen der Arbeitsagenturen.
- 20
- 21 Noch extremer wird das Beispiel bei der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland
- 22 (DRV MD). Gutachten, die von der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg (DRV
- 23 BW) auf Grund des Wohnsitzes bei der DRV MD in Auftrag gegeben werden, werden von dort
- 24 an sogenannte Konsiliarärztinnen und Konsiliarärzte weitergegeben. Die Erstellung dauert
- 25 mitunter mehrere Monate, teilweise sogar ein halbes Jahr, in welchem den Versicherten
- 26 Leistungen entzogen werden und sie ohne Geld dastehen oder gezwungen sind, Sozialhilfe
- 27 (ALG 2) zu beantragen. Geht das Gutachten der DRV MD dann bei der DRV BW ein, so gilt
- 28 dessen Aussage noch nicht, sondern wird erst noch einmal vom dortigen medizinischen Dienst
- 29 geprüft. Erst nach dessen Urteil kann der/die Sachbearbeiter/in entweder über Bewilligung oder
- 30 Ablehnung der Erwerbsminderungsrente urteilen.
- 31
- 32 Allein aus verwaltungsökonomischen Gründen ist dieses gesamte Vorgehen innerhalb der
- 33 Sozialversicherung zu teuer, zu bürokratisch und ineffizient. Ein einheitlicher
- 34 sozialmedizinischer Dienst der Sozialversicherung (MDSV) kann Versicherte untersuchen.
- 35 Dessen Gutachten gilt dann für den gesamten Sozialversicherungsbereich. Die Erteilung der
- 36 jeweiligen Bescheide könnte so auch beschleunigt werden.
- 37
- 38 Im Bereich der Versorgungsämter könnte man unter Umständen eine Ausnahme machen, da

39 die Feststellung einer Schwerbehinderung nicht gleichbedeutend mit einer Erwerbsminderung
40 oder Arbeitsunfähigkeit ist.

41

42 Aber auch persönliche Gründe sprechen gegen diesen bürokratischen Komplex, da Versicherte
43 gezwungen werden zu neuen Untersuchungen zu gehen, was für viele mit Schmerzen und
44 Zeitaufwand verbunden ist.

45

46 Unter diesem Gesichtspunkt ist daher der Gesetzgeber gefordert einen einheitlichen MDSV
47 einzurichten. Da dies auch die Länder betrifft, ist das Gesetz von Bundestag und Bundesrat zu
48 verabschieden.

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Die Kostenbeteiligung junger Menschen und Leistungsberechtigter, die vollstationäre Leistungen erhalten, soll deutlich gekürzt werden.

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Die Kostenbeteiligung junger Menschen und Leistungsberechtigter, die vollstationäre Leistungen erhalten, soll deutlich gekürzt werden.

1

2 **Die Kostenbeteiligung junger Menschen und Leistungsberechtigter, die vollstationäre**
3 **Leistungen erhalten, soll deutlich gekürzt werden.**

4

5 Bundesweit erhalten mehrere tausend Jugendliche und junge Erwachsene vollstationäre
6 staatliche Leistungen. Dazu zählen z.B. die Unterkunft in einer sozialpädagogisch begleiteten
7 Wohnform oder die Erziehung in einem Heim oder in Vollzeitpflege. Gem. § 94 Abs. 6 SGB VIII
8 müssen diese Jugendliche und junge Erwachsene einen Kostenbeitrag an den Staat zahlen,
9 falls sie ein eigenes Einkommen z.B. aus Ferien- oder Minijobs erzielen. Dieser Kostenbeitrag
10 beträgt derzeit 75 % des Einkommens, wobei es geringe Freibeträge gibt. Jugendliche und
11 junge Erwachsene, die vollstationäre Leistungen erhalten, leben in einem schwierigen Umfeld,
12 oft ohne Familie und genügend Anerkennung im Alltag. Zwar finanziert der Staat den
13 Lebensunterhalt der Betroffenen und zahlt diesen auch (ein eher geringes) Taschengeld.
14 Allerdings kann die negative Wirkung einer so hohen Kostenbeteiligung aus dem eigenen
15 Einkommen gar nicht unterschätzt werden. Erfolgserlebnisse wie ein eigenes Einkommen
16 stärken das Selbstbewusstsein aller Jugendlichen und motivieren zu Eigeninitiative. Jugendliche
17 aus einem "normalen" familiären Umfeld dürfen häufig ihr Einkommen komplett behalten und
18 können so auch auf größere Anschaffungen wie einen eigenen PC hin sparen. Dies wird jungen
19 Personen, die vollstationäre Leistungen erhalten, durch die hohe Kostenbeteiligung verwehrt.
20 Da es sich für sie nicht lohnend ist zu arbeiten suchen die meisten von ihnen gar nicht erst nach
21 einem Job. Für das weitere Leben, auch gerade im Hinblick auf die berufliche Zukunft sollten
22 aber auch diese Jugendlichen und junge Erwachsene die Erfahrung machen, dass Arbeit und
23 Eigenverantwortung sich lohnen. Uns Jusos kann es nicht egal sein, dass diese Jugendlichen
24 so hohe Kostenbeiträge zahlen müssen und so indirekt der Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche
25 Arbeit" verletzt wird. Deshalb fordern wir die Kostenbeteiligung aus dem eigenen Einkommen
26 von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf 15 % zu senken.

27

28 **Begründung:**

29 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

30

31

32

33

34

35

36

37

Titel Reduzierte Umsatzsteuer für sogenanntes
Sozialcatering

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Reduzierte Umsatzsteuer für sogenanntes Sozialcatering

1

2 Für sogenanntes Sozialcatering, also die Essensversorgung für soziale Einrichtungen wie
3 (Berufs-/Hoch-)Schulen, Kindertagesstätten oder Pflegeheime, soll künftig nur noch der
4 reduzierte Umsatzsteuer zur Anwendung kommen. Es gilt zu prüfen, inwiefern zur
5 Kompensation der reduzierte Satz für andere Produkte, der nicht unmittelbar mit einer
6 Entlastung im sozialen Bereich einhergeht, abgeschafft werden kann.

7

8

9

10 **Begründung:**

11 Die Essensversorgung in Sozialeinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen gehört zu
12 den wichtigsten Angeboten dieser Einrichtungen, wenn es um die Erfüllung von
13 Grundbedürfnissen geht. Eine gute Essensversorgung für möglichst alle Nutzerinnen und
14 Nutzer dieser Institutionen ist zudem zentrale Voraussetzung für die Erfüllung der Ziele dieser
15 Institutionen. Doch auch in diesem Bereich hat es in den vergangenen Jahren Kostenaufwüchse
16 gegeben, die die Kassen derjenigen, die für diese aufkommen müssen belasten. Viele Eltern
17 können sich beispielsweise kaum noch leisten, für die Versorgung ihrer Kinder in der Schule mit
18 einer warmen Mahlzeit aufzukommen. Die SPD fordert deshalb schon seit einiger Zeit eine
19 kostenlose Essensversorgung in den Schulen. Eine Umsetzung dieser Forderung ist derzeit
20 aber nicht absehbar. Eine Reduzierung des Umsatzsteuersatzes, die auch 1:1 an die Preise
21 weitergegeben wird, wäre immerhin ein erster Schritt.

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

K

Kommunales

K 1	Bayern Aufstockung der Fördermittel in der „Sozialen Stadt“	237
K 2	Hessen-Nord Kommunen stärken - kommunale Selbstbestimmung ermöglichen!	240

Titel Aufstockung der Fördermittel in der „Sozialen Stadt“

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Aufstockung der Fördermittel in der „Sozialen Stadt“

- 1 Das Programm „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ wurde im Jahr
2 1999 unter einer Kooperation des Bundes mit den Ländern aufgelegt. Ziel war dabei, die als
3 „Abwärtsspirale“ bezeichnete negative Entwicklung in so genannten benachteiligten Stadtteilen
4 nach Möglichkeit aufzuhalten und im Zuge dessen die Lebens- und Wohnbedingungen der
5 Menschen vor Ort nachhaltig zu verbessern.
6
- 7 Das Programm wurde auf dem Hintergrund einer kleinräumigen Segregation ins Leben gerufen,
8 welche seit den 1990er Jahren in Deutschland dazu führt, dass zahlreiche Wohngebiete bzw.
9 Stadtteile ins Hintertreffen geraten und einem Abwertungsprozess unterliegen. Stichworte wie
10 Globalisierung, Deindustrialisierung sowie Deregulierung spielen dabei eine große Rolle. Folge
11 davon ist eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Hinblick auf den Zugang zu guter
12 Arbeit, regelmäßigem Einkommen und einem zufriedenstellenden Lebensstil einzelner
13 Bevölkerungsteile.
14
- 15 So sind betitelte Quartiere oft gekennzeichnet durch diverse Problemlagen in den
16 unterschiedlichsten Bereichen. Sowohl im städtebaulichen als auch im sozialen Bereich
17 entstanden und entstehen Spannungen, welche dazu führen, dass Nachbarschaften überfordert
18 sind und die Lebensbedingungen für die Bevölkerung vor Ort sich zunehmend schwierig
19 gestalten. Viele der Quartiere sind von eingeschränkten und veralteten Wohnstrukturen
20 gekennzeichnet. Hinzu kommen soziale Spannungen, welche durch generationale und kulturelle
21 Konflikte entstehen. Die Bevölkerung in diesen Stadtteilen hat oft einen hohen Anteil an
22 Arbeitslosigkeit und Transferleistungen. Zunehmend entsteht daraus ein Abwärtsprozess,
23 welcher durch ein negatives Image dieser Stadtteile zusätzlich befeuert wird. Konsequenz
24 davon ist oftmals der zusätzliche Abzug sozialkultureller Infrastruktur und lokaler Ökonomie.
25
- 26 Das Programm „Soziale Stadt“ antwortet darauf mit einem integrierten Ansatz der
27 Gemeinwesenentwicklung. Dies meint, dass Maßnahmen und Projekte aus unterschiedlichen
28 Politikbereichen und unter der Zusammenarbeit verschiedener Ressorts aus Politik und
29 Verwaltung realisiert werden sollen. Dabei geht es sowohl um inhaltlich als auch instrumentell-
30 strategische Handlungsfelder, welche bearbeitet werden. So geht es um neue Wertschöpfung
31 und den Aufbau einer funktionierenden lokalen Ökonomie vor Ort. Aber auch um eine lebendige
32 Stadtkultur, dem niedrigschwelligen Zugang zu Angeboten des Sozialen, Verbesserungen im
33 Wohnumfeld und einer Imageverbesserung durch nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit auf
34 inhaltlicher Ebene. Auch die Themen Gesundheitsförderung und Bildung spielen dabei eine
35 große Rolle.
36
- 37 Auf instrumentell-strategischer Ebene ist vor allem der Ansatz des Quartiersmanagements
38 hervorzuheben. Dieses versucht als Ansprechpartner vor Ort funktionierende und sich selbst

39 tragende Strukturen vor Ort zu unterstützen bzw. zu installieren. Hierzu ist es nötig Ressourcen
40 zu bündeln und Institutionen bzw. Angebote zu vernetzen. Ein wichtiger Aspekt ist weiterhin die
41 Aktivierung der Bürgerschaft vor Ort für ihre eigenen Belange. Bürgerbeteiligung ist somit ein
42 entscheidender Faktor im Programm „Soziale Stadt“.

43

44 Im Jahr 2010 wurde das Programm noch mit knapp 100 Millionen Euro gefordert. Dies
45 ermöglichte es den Kommunen und weiteren Investoren vor Ort wichtige Projekte sowohl im
46 städtebaulichen als auch sozialen Bereich umzusetzen. Auch das wichtige
47 Quartiersmanagement vor Ort konnte dadurch nachhaltig arbeiten und unter anderem auch
48 durch das Anzapfen von Zusatzprogrammen zur „Sozialen Stadt“ und einer damit
49 einhergehenden Mittelbündelung wichtige Projekte auf den Weg bringen. Im Jahr 2011 wurde
50 das Programm dann von der Regierung um circa 70 % gekürzt und die Forderung betrug nur
51 noch ca. 28 Millionen Euro für die gesamte Republik und alle Kommunen, welche sich in diesem
52 Programm befinden. Damit ist das Programm „Soziale Stadt“ dasjenige, welches am meisten
53 unter den Mittelkürzungen in der Städtebauforderung zu leiden hat. Und das obwohl tagein
54 tagaus um solche Themen wie Integration eine oft haltlose und plakative Debatte geführt wird.
55 Das Programm „Soziale Stadt“ leistet zu einem Wir-Gefühl in der Bevölkerung einen wichtigen
56 Beitrag und vermag es Bevölkerungsteilen, welche zunehmend abgehängt werden, eine neue
57 Perspektive vermitteln zu können. Dies zeigen nicht zuletzt die zahlreichen positiven Beispiel im
58 großen als auch im kleinen Stile.

59

60 Im Jahr 2012 wurden die finanziellen Mittel in dem Programm 1 zwar wieder auf 40 Millionen
61 erhöht, doch diese Mittel erschienen für ein nachhaltiges und integriertes Arbeiten bei der hohen
62 Anzahl der Programmgebiete in Deutschland nicht ausreichend. Hinzu kommt, dass soziale
63 Aspekte vollkommen in den Hintergrund gedrängt wurden und mittlerweile nicht mehr gefördert
64 werden. Vor allem das wichtige Quartiersmanagement als Ansprechpartner vor Ort hat darunter
65 zu leiden und verschwindet aufgrund fehlender Mittel inmitten wichtiger Prozesse in den
66 Quartieren. Der neue Titel des Programms „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“
67 unterstreicht dabei den alleinigen Fokus auf baulich-investive Maßnahmen. Dies erscheint
68 schlichtweg aber zu wenig und zu kurz gedacht. Folge davon ist mittlerweile, dass Kommunen
69 das Programm wechseln und Quartiersmanagements komplett wegfallen. Somit sind auch die
70 aufgebauten Strukturen vor Ort gefährdet, da die Vorbereitung einer nachhaltig wirksamen
71 Verstetigung Zeit braucht. Die Regierung spart damit weiter bei den Bevölkerungsschichten,
72 welche sowieso schon zahlreichen Problemlagen ausgesetzt sind und lässt zusätzlich noch die
73 Kommunen mit diesen komplexen Herausforderungen allein. Auch dies zeigt abermals, dass die
74 so genannte Finanz- und Wirtschaftskrise abermals auf den Schultern der kleinen und mitunter
75 armen Bevölkerungsmilieus ausgetragen wird. Dem ist Einhalt zu gebieten.

76

77 Das Programm wurde mittlerweile zwar nicht eingestellt, aber so weit reduziert, dass es nur
78 noch ein Papiertiger ist. Und das obwohl es nachweislich ein sehr erfolgreiches
79 Städtebauförderprogramm ist bzw. war! Sowohl im sozialen als auch im investiven Bereich
80 konnten viele positive Effekte verzeichnet werden. Es gibt momentan zwar das Gerücht, dass
81 an einem neuen Programm gearbeitet wird, aber für viele Kommunen und als
82 Quartiersmanager_in tätige herrscht eine hohe Planungssicherheit. Und die letztendlichen
83 Verlierer_innen sind die Menschen vor Ort!

84

85 **Daher fordern wir:**

86

- 87 1. Eine ordentliche und mit den Gremien der Städte und Gemeinden koordinierte,
88 Ausstattung des Programms Soziale Stadt mit finanziellen Mitteln.
- 89 2. Die Wiederaufnahme eines integrierten Ansatzes, welcher gerade auch soziale Momente
90 und Projekte fordert und gestaltet.
- 91 3. Insgesamt die Wiederaufstockung der Städtebaufördermittel auf den Stand von 2010,
92 sodass die Kommunen wieder sicherer planen können und mit ihren zahlreichen
93 Herausforderungen nicht immer mehr alleine gelassen werden.
- 94 4. Die Neuauflage eines Nachfolgeprogramms, welches konzeptionell bauliche und soziale
95 Dinge zusammenbringt und ausreichend finanziert ist. Dieser Bedarf ist in Absprache mit
96 den Kommunen zu ermitteln. Und zwar noch vor der Bundestagswahl! Brücken die gebaut
97 werden konnten, brechen ansonsten wieder ein!

98

99 Weiterhin fordern wir eine Verstetigung der durchgeführten Maßnahmen und die

100 Weiterverwendung der Arbeitsergebnisse aus dem Programm nach dessen Abschluss in
101 einzelnen Projektgebieten. Ein koordiniertes Auslaufen des Programms,
102 Übergangsfinanzierungen und -strategien, sowie sorgfältige und zugängliche
103 Ergebnisdokumentation sichern das nachhaltige Wirken der Sozialen Stadt.

104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Titel Kommunen stärken - kommunale Selbstbestimmung ermöglichen!

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD- Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kommunen stärken - kommunale Selbstbestimmung ermöglichen!

1 Bund und Ländern haben den Kommunen in den letzten Jahren eine Vielzahl von Aufgaben
2 übertragen, die diese häufig vor finanzielle Hürden stellt. Die Garantie auf einen U3-
3 Betreuungsplatz ist nur ein Beispiel hierfür. Hinzu kommt, dass viele Kommunen auch ohne
4 diese weitere Aufgaben kaum in der Lage waren, ihren Aufgaben nachzukommen, von
5 freiwilligen Leistungen ganz zu schweigen. Viele Kommunen in Hessen retteten sich bspw.
6 unter den so genannten Kommunalen Rettungsschirm der Landesregierung. Wir lehnen eben
7 diesen ab, da er die kommunalen Parlamente entmündigt und ihnen jeglichen Spielraum nimmt.
8 Die miserable finanzielle Situation der Kommunen ist eben nicht hausgemacht, es fehlt den
9 Kommunen an Einnahmen. Auch wir Jusos fordern stets neben dem Blick auf die Ausgaben
10 den Blick auf die Einnahmen. Allerdings kann das nicht bedeuten, dass Steuern, Abgaben und
11 Gebühren ohne Rücksicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Betroffenen erhoben
12 werden. Ein Beispiel hierfür ist die Pferdesteuer, die nun viele -allen voran finanzschwache-
13 Kommunen planen einzuführen bzw. es bereits getan haben.

14
15 Um den Menschen die Möglichkeit zu geben ihr Umfeld selbstbestimmt zu gestalten, sind starke
16 Kommunen notwendig. Wir fordern daher die neue hessische Landesregierung und die neue
17 Bundesregierung dazu auf, die kommunale Finanzierung auf neue Beine zu stellen. Eine
18 Möglichkeit könnte eine sozialgerechte Einnahmenerhöhung des Bundes sein, die auf Länder
19 und Kommunen umverteilt wird. Den betroffenen Kommunen müssen mehr Zuschüsse gezahlt
20 werden. Von der neuen hessischen Landesregierung fordern wir, dass alle Bundesmittel, die
21 Kommunen und ländlichen Raum dienen sollen, ohne Managementaufwendungen durchgeleitet
22 werden.

23
24 **Begründung:**
25 Erfolgt mündlich.

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

M

Migration & Integration

M 1	Bayern Keine Optionspflicht bei doppelter Staatsbürgerschaft!	242
M 2	Bayern Einführung des aktiven Ausländerwahlrechtes auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene	243
M 3	Baden-Württemberg Keine Unterstützung für Fethullah Gülen	244
M 4	Hessen-Nord Kostenlose Integrationskurse für ausländische Mitbürger	245
M 5	Baden-Württemberg Zulassung von Fremdsprachen bei Verwaltungsakten	246

Titel Keine Optionspflicht bei doppelter Staatsbürgerschaft!

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Optionspflicht bei doppelter Staatsbürgerschaft!

1 Wir fordern die Abschaffung der Optionspflicht für Bürgerinnen und Bürger mit doppelter
2 Staatsangehörigkeit, da diese die Integration nicht fördert.

3

4 **Begründung:**

5 Wer die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortsprinzip oder durch Einbürgerung
6 nach der Übergangsregelung erhalten hat, muss mit Beginn der Volljährigkeit, spätestens
7 jedoch bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres erklären, ob sie bzw. er die deutsche oder eine
8 andere Staatsangehörigkeit behalten will („Optionspflicht“), während in 19 EU-Staaten die
9 Doppelte Staatsbürgerschaft Normalität ist.

10

11 Dabei ist die Staatsbürgerschaft für viele Bürgerinnen und Bürger wie eine Identität, die die
12 kulturelle Verbindung zum jeweiligen Staat bekundet.

13

14 Jedes Jahr werden junge Menschen gezwungen eine Staatsangehörigkeit abzugeben, was
15 viele in einen Konflikt bringt, da sie entweder ihre Wurzeln, ihre Kultur und ihre Rechte in ihrem
16 Ursprungsstaat verlieren oder diese nicht in Deutschland erlangen können.

17

18 Dadurch gewinnt der Staat keine Sympathie und sendet ein falsches Signal mit Ihrer
19 Integrationspolitik.

20

21 Auch aus wirtschaftlicher Hinsicht stellt die Mehrstaatlichkeit in Nicht-EU-Staaten einen Vorteil
22 für Bürgerinnen und Bürger dar. Firmen haben einen großen Vorteil durch Mehrstaatler,
23 aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit und ihren Kenntnissen in kulturellen und gesellschaftlichen
24 Fragen, wenn sie erfolgreiche Geschäfte im Ausland tätigen wollen.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Einführung des aktiven Ausländerwahlrechtes
auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Einführung des aktiven Ausländerwahlrechtes auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene

1 Wir Jusos fordern für alle ausländischen MitbürgerInnen, die in Deutschland einen festen
2 Wohnsitz haben und eine unbefristete Niederlassungserlaubnis besitzen, ein aktives Wahlrecht
3 auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene.

4

5 **Begründung:**

6 In der Europäischen Union dürfen alle EU-BürgerInnen an Kommunalwahlen in ihrem
7 Hauptwohntort teilnehmen, unabhängig davon in welchem Mitgliedsstaat sich diese Person
8 befindet. Dieses Recht wurde 1992 im Vertrag von Maastricht eingeführt und ist seither in Art.
9 22 Abs. 1 AEUV¹ verankert.

10

11 In einigen EU-Ländern dürfen auch Nicht-EU-Bürger an den Kommunalwahlen teilnehmen,
12 wenn auch zum Teil nur aus bestimmten Ländern oder mit langen Wartezeiten. Deutschland
13 gehört nicht zu diesen EU- Ländern.

14

15 Nach dem Vertrag von Maastricht und zur Umsetzung seiner oben genannten Bestimmungen
16 fügte das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 21. Dezember 1992 Art. 28 Abs. 1 GG
17 sodann folgenden Satz 3 bei: "Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die
18 die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach
19 Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar."

20

21 So haben aktuell nur EU-BürgerInnen auf kommunaler Ebene ein aktives und passives
22 Wahlrecht.

23

24 An dieser Stelle sollte nicht zwischen EU- Bürger und Nicht EU- Bürger unterschieden werden,
25 sondern als ImmigrantInnen, die in Deutschland leben, angesehen werden.

26

27 Jede Bürgerin und jeder Bürger sollte das Recht haben sich aktiv an den Wahlen zu beteiligen.

28

29 Eine Einbindung in die Politik fördert die Integration bzw. wäre eine Belohnung für eine
30 gelungene Integration. Des Weiteren unterwerfen sich unsere ausländischen MitbürgerInnen in
31 gleichem Maße der Staatsgewalt wie deutsche StaatsbürgerInnen. Insbesondere müssen alle
32 gleichermaßen Steuern zahlen, jedoch können die ImmigrantInnen nicht über die Verwendung
33 ihrer Steuern bestimmen. Mittlerweile hat die zweite und dritte Generation oft keine starken
34 Verbindungen mit ihrem Heimatstaat und legt den Lebensmittelschwerpunkt meist in das
35 Gastland.

36

37 ¹AEUV: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

38

Titel Keine Unterstützung für Fethullah Gülen

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Unterstützung für Fethullah Gülen

1 Wir fordern die Einstellung der Co-Finanzierung von Schulprojekten der Gülen-Bewegung durch
2 den Staat.

3

4 **Begründung:**

5 Die Schulprojekte der Gülen-Bewegung gehen auf den islamistischen Prediger Fethullah Gülen
6 zurück. Dieser wirkte zuerst in der Türkei, doch seit einigen Jahren werden auch in Deutschland
7 Schulen der Gülen-Bewegung gegründet. Diese werden von bekannten Persönlichkeiten wie
8 der ehemaligen Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth, unterstützt.

9

10 Fethullah Gülen legte 1999 seine Absichten, die er in der Türkei verfolgt, wie folgt dar: „Man
11 muss die Stellen im Justiz- und Innenministerium, die man in seine Hand bekommen hat,
12 erweitern. Diese Einheiten sind unsere Garantie für die Zukunft. Die Gemeindemitglieder
13 sollten sich jedoch nicht mit Ämtern wie zum Beispiel denen der Richter oder Landräte
14 begnügen, sondern versuchen die oberen Organe des Staates zu erreichen. Ohne Euch
15 bemerkbar zu machen, müsst Ihr immer weiter vorangehen und die entscheidenden Stellen
16 des Systems entdecken. Ihr dürft in einem gewissen Grad mit den politischen Machthabern und
17 mit denjenigen Menschen, die hundertprozentig gegen uns sind, nicht in einen offenen Dialog
18 eintreten, aber ihr dürft sie auch nicht bekämpfen. Wenn sich unsere Freunde zu früh zu
19 erkennen geben, wird die Welt ihre Köpfe zerquetschen und die Muslime werden dann
20 Ähnliches wie in Algerien erleben. Die Welt hat große Angst vor der islamischen Entwicklung.
21 Diejenigen von uns, die sich in diesem Dienst befinden, müssen sich so wie ein Diplomat
22 verhalten, als ob sie die ganze Welt regieren würden, und zwar so lange, bis Ihr diese Macht
23 erreicht habt, die Ihr dann auch in der Lage seid, mit eigenen Kräften auszufüllen, bis Ihr im
24 Rahmen des türkischen Staatsaufbaus die Macht in sämtlichen Verfassungsorganen an Euch
25 gerissen habt.“

26

27 Diese und weitere Aussagen zeigen klar, welche Ziele die Gülen-Bewegung verfolgt - die
28 Umsetzung seiner Weltanschauung, der Scharia. Die islamistische Scharia steht im krassen
29 Widerspruch zu den Grundsätzen unserer demokratischen Gesellschaft. Sie stellt sich gegen
30 elementare Grundrechte wie die Achtung der Menschenwürde, die freie Meinungsäußerung
31 sowie die Religionsfreiheit. Gülen kämpft insbesondere gegen die strikte Trennung von Religion
32 und Staat und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

33

34

35

36

37

38

39

Titel Kostenlose Integrationskurse für ausländische
Mitbürger

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kostenlose Integrationskurse für ausländische Mitbürger

1 Jeder Ausländer/Jede Ausländerin darf kostenlos an Integrationskursen teilnehmen. Dabei wird
2 nicht zwischen EU-BürgerInnen und Nicht-EU-BürgerInnen unterschieden. Die Kosten sind nicht
3 den Kommunen anzulasten, sondern vom Bund zu tragen.

4

5 **Begründung:**

6 Deutschland hat es viele Jahrzehnte lang versäumt, eine effiziente, langfristig erfolgreiche
7 Integrationspolitik zu betreiben. Die ersten MigrantInnen in Deutschland wurden lediglich als
8 „GastarbeiterInnen“ betrachtet und somit haben die damaligen Bundesregierungen keine
9 langfristigen Projekte und Programme ins Leben gerufen, um diese Menschen erfolgreich in die
10 deutsche Gesellschaft integrieren zu können.

11

12 Dass eine erfolgreiche Integration den Bestand der Gesellschaft sicherstellt, dürfte sicherlich
13 absolut nachvollziehbar sein.

14

15 Bei den sogenannten Integrationskursen handelt es sich um Sprachkurse, bei denen die
16 Sprachkompetenzen gefördert werden und Kurse, in denen geschichtliches Wissen über die
17 BRD vermittelt wird. Dieser Spracherwerb dient hauptsächlich einer Aus- und Weiterbildung des
18 Betroffenen. Ein allgemein wichtiges Ziel dieser Kurse ist, ausländische Menschen erfolgreich in
19 die deutsche Gesellschaft integrieren zu können. Hierbei spielt der Spracherwerb eine
20 außerordentlich wichtige Rolle, denn er ist der Schlüssel zu allen weiteren Prozessen der
21 Sozialintegration im Aufnahmeland.

22

23 Allerdings haben EU-BürgerInnen keinen gesetzlichen Anspruch auf Teilnahme an diesen
24 Kursen und die Kosten dieser Kurse stellen für viele ein Hindernis dar. Die Bundesregierung hat
25 aber im Jahre 2011 entschieden, mehrere Millionen Euro bei diesen Kursen zu sparen.

26

27 Wenn wir aber in einer Gesellschaft leben möchten, die ausländerfreundlich ist und jeden
28 Menschen akzeptiert und willkommen heißt, muss auch seitens dieser Gesellschaft etwas dafür
29 getan werden

30

31 Denn Integration ist stark von der Aufnahmebereitschaft abhängig.

32

33

34

35

36

37

38

Titel Zulassung von Fremdsprachen bei
Verwaltungsakten

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Zulassung von Fremdsprachen bei Verwaltungsakten

1 Wir fordern die Zulassung von weiteren Sprachen außer Deutsch bei der Bekanntgabe von
2 mündlichen Verwaltungsakten; Allgemeinverfügungen und Polizeiverfügungen (im folgenden
3 Verwaltungsakte genannt). Unter einem Verwaltungsakt versteht sich eine hoheitliche
4 Maßnahme einer Behörde die in der Lage ist, einen Einzelfall zu Regeln z.B. ein Platzverweis
5 der Polizei gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

6
7 Damit verbunden ist ein entsprechender Zusatz im § 37 Abs. 2 LVwVfG in Verbindung mit § 23
8 Abs. 1 LVwVfG (Landesverwaltungsverfahrensgesetz).

9
10 Ausgesprochene Verwaltungsakte in fremden Sprachen sollen zudem, zum Zweck der
11 Nachverfolgung und Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, in deutscher und der weiteren
12 verwendeten Sprache niedergeschrieben werden.

13
14 Die Bekanntgabe von mündlichen Verwaltungsakten darf durch die Beschäftigten der Behörden,
15 erst nach Prüfung der individuellen Fremdsprachenkenntnisse, geschehen.

16
17 Unter den Behörden verstehen sich alle Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung
18 wahrnehmen (§1 Abs. 2 LVwVfG). Der Polizeivollzug ist hiermit auch erwähnt!

19
20 **Begründung:**

21 In den Verwaltungen, der Polizei und den Ministerien beträgt die Zahl der Beschäftigten und
22 BeamtInnen mit einem Migrationshintergrund rund 9,9 % (nachfolgend Bedienstete genannt).

23
24 Die Bediensteten dürfen aber im Rahmen eines Verwaltungsaktes ihre
25 Fremdsprachenkenntnisse nicht einsetzen, da der § 23 Abs. 2 LVwVfG folgenden Wortlaut hat:

26
27 *„Die Amtssprache ist Deutsch.“*

28
29 Nimmt man nun diesen Wortlaut in Verbindung mit dem § 37 Abs. 2 LVwVfG, der eine
30 mündliche Aussprache eines Verwaltungsaktes erst ermöglicht, so werden Fremdsprachen als
31 Art der Bekanntgabe ausgeschlossen. Der Verwaltungsakt ist fehlerhaft und gilt als nicht
32 Bekannt gegeben.

33
34 Zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit sollte dann ein mündlich ausgesprochener Verwaltungsakt
35 unverzüglich durch den Bediensteten niedergeschrieben werden um einen Dritten, der die
36 Fremdsprache nicht beherrscht, Einsicht in den Sachverhalt und den Vorgang gewähren zu
37 können. Auch muss sich der entsprechende Bedienstete einer Fremdsprachenprüfung
38 unterziehen, die belegen muss, dass die Kenntnisse in der Fremdsprache für die Bekanntgabe

39 eines Verwaltungsaktes ausreichend sind.

40

41 Spätestens beim Widerspruchsverfahren, das in der Regel schriftlich ist, sollte aber eine weitere
42 Sprachen außer Deutsch ausgeschlossen werden, da es bei einem solchen Verfahren unter
43 Umständen zu komplizierten juristischen Prozessen kommen kann.

44

45 Die Widerspruchsbehörden sind Behörden einer Fach- und Rechtsaufsichtbehörde, die,
46 abgesehen von einigen Ausnahmen, nicht den Verwaltungsakt erlassen haben sondern
47 vielmehr den Sachverhalt als eine unabhängige-außenstehende Behörde prüfen sollen. Sollte
48 nun das Widerspruchsverfahren weiterhin in einer Fremdsprache geführt werden, könnten die
49 zur Prüfung bestimmten Behörden Schwierigkeiten bekommen den Sachverhalt darzustellen,
50 wodurch sich die Bearbeitung eines Widerspruchsverfahrens weiter verzögern könnte.

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

N

Netzpolitik, Datenschutz, Inneres & Justiz

N 1	Bayern Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen	249
N 2	Berlin Konsequenzen aus dem NSA-Skandal	255
N 3	Hannover Weitere Maßnahmen zur Modernisierung des Urheberrechts	259
N 4	Hannover Frei, schnell, sicher, für alle, überall: Zugänge zum Internet sichern und ausbauen	261
N 5	Braunschweig Einschränkung der privatwirtschaftlichen Datensammlung	263
N 6	Sachsen Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten	265
N 7	Hamburg Schluss mit verfassungswidriger Ämterpatronage!	267
N 8	Baden-Württemberg Verbesserung des Opferschutzes bei Gewalttaten	269
N 9	Hessen-Nord TelefonbetrügerInnen das Handwerk legen	270
N 10	Schleswig-Holstein Netzneutralität durch Hash-Tags	271

Titel Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen

- 1 Auch wenn fast eineinhalb Jahre nach der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen
2 Untergrunds“ noch viele Fragen offen sind, zeichnen die bisher bekanntgewordenen Fakten ein
3 verheerendes Bild der Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden, insbesondere der
4 Verfassungsschutzbehörden. Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse und -kommissionen,
5 Medienberichte und die Recherchen antifaschistischer Initiativen zeigen klar, dass es sich
6 hierbei nicht um eine unglückliche Verkettung von Zufällen/individuellem Versagen Einzelner
7 handelt, sondern dass die Probleme tiefer, in der Struktur und der ideologischen
8 Grundausrichtung der Sicherheitsbehörden liegen.
9
- 10 Auch wenn die schonungslose Aufarbeitung zum „Staatsversagen“ (Angela Merkel) noch nicht
11 abgeschlossen sind, ist ein Punkt doch schon klar: Ein „weiter so“ darf es nicht geben und eine
12 Belohnung der Sicherheitsbehörden mit zusätzlichen Befugnissen und Zuständigkeiten wäre
13 eine grundlegend falsche Antwort.
14
- 15 Hier muss zuerst eine umfassende und kritische Analyse und Aufarbeitung erfolgen, um
16 nüchtern bewerten zu können, mit welchen Bedrohungslagen für unsere Gesellschaft in Zukunft
17 zu rechnen ist und welche Behörden oder Institutionen mit welchen Methoden dafür einen guten
18 Schutz bieten könnten.
19
- 20 Die Verfassungsschutzämter jedenfalls haben eindeutig ihre Unfähigkeit bewiesen, den hohen
21 und auch selbstgestellten Ansprüchen als „Frühwarnsystem“ gerecht zu werden und sollten
22 daher grundlegend zur Disposition gestellt werden. Bei der öffentlichen Aufarbeitung des „NSU-
23 Komplexes“ haben sich die Verfassungsschutzbehörden und oft auch die sie kontrollierenden
24 Innenministerien bislang wenig kooperativ verhalten. Die Untersuchungsausschüsse und die
25 Justiz sind mit Aktenvernichtungen, Verweigerung von (umfassenden) Aussagegenehmigungen,
26 systematischen Erinnerungslücken, Schwärzung selbst geheim eingestufte Akten und der
27 insgesamt mangelnden Bereitstellung von Informationen konfrontiert. Unter Verweis auf das
28 „Staatswohl“ behindern sie die Aufklärung durch die Parlamente und legen so ein „autoritäres,
29 vordemokratisches Staatsverständnis“ (Hajo Funke) an den Tag. Wenn die
30 Verfassungsschutzbehörden ihren Selbsterhaltungstrieb über die von der Öffentlichkeit und den
31 Parlamenten eingeforderte schonungslose Aufarbeitung stellen, werden sie zu einer
32 Gefährdung für unsere Demokratie, dann haben sie ihre Existenzberechtigung endgültig
33 verspielt.
34
- 35 **Die historische Legende**
36
- 37 Schon der Begriff „Verfassungsschutz“ ist irreführend, handelt es sich doch um eine
38 euphemistische Bezeichnung für insgesamt 17 Inlandsgeheimdienste (16 Landes- und eine

39 Bundesbehörde), die sich als „Frühwarnsystem“ einer „wehrhaften Demokratie“ verstehen. Sie
40 wurden mit Zustimmung der Alliierten mit einer klaren antikommunistischen Ausrichtung
41 gegründet und boten auch vielen durch ihr Wirken in der NS-Zeit Vorbelasteten ein neues
42 Betätigungsfeld. Detaillierte Aussagen über den Einfluss „ehemaliger“ Nazis sind allerdings bis
43 heute kaum möglich, da sich die Geheimdienste einer unabhängigen wissenschaftlichen
44 Aufarbeitung ihrer Frühgeschichte weitgehend verwehren. Nicht nur aus heutiger Sicht mutet es
45 absurd an, dass als „Lehre aus Weimar“ Institutionen zum Schutz der Demokratie geschaffen
46 wurden, die maßgeblich von Funktionären der nationalsozialistischen Diktatur mitgeprägt
47 wurden. Weniger verwundert es allerdings, dass diese Geheimdienste ein Geschichtsbild
48 propagierten, das von der Totalitarismustheorie geprägt wurde: Die Weimarer Republik sei
49 letztlich von ihren Gegnern links wie rechts, KPD wie NSDAP, gleichermaßen zu Fall gebracht
50 worden. Die Kooperation breiter nationalkonservativer Kreise mit den Nazis, die letztlich erst
51 deren Machtübernahme ermöglicht hatte, wurde zugunsten des antikommunistischen
52 Konsenses des beginnenden Kalten Krieges, der vielen aus der alten Elite einen Neuanfang
53 ermöglichte, verdrängt. So konnten dann auch wieder alte Nazis beruhigt gegen
54 „kommunistische Umtriebe“ vorgehen.

55

56 Obwohl relativ wenig über die Arbeit der Verfassungsschutzämter in den letzten 60 Jahren
57 bekannt ist, sorgten sie doch für eine Vielzahl an Skandalen, die von zahlreichen Stasi-
58 Überläufern, der Bespitzelung kritischer JournalistInnen und PolitikerInnen,
59 AtomkraftgegnerInnen über einen Sprengstoffanschlag auf das Gefängnis in Celle („Aktion
60 Feuerzauber“/Celler Loch) bis hin zur Verstrickung V-Leuten in schwere Straftaten reichte. Das
61 Versagen dieser Behörden bei den Morden des NSU ist also nur der Höhepunkt einer langen
62 Reihe von fragwürdigen Aktionen. Erst aufgrund des katastrophalen Ausmaßes dieser
63 Mordserie findet nun endlich ein breiterer öffentlicher Diskurs über die Notwendigkeit und
64 Unantastbarkeit der Geheimdienste statt, wie er von vielen BürgerrechtlerInnen schon lange
65 eingefordert wurde.

66

67 **Charakter eines Geheimdienstes**

68

69 Neben der Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen, die nach eigenen Angaben den Großteil
70 ihrer Arbeit ausmacht, steht diesen Inlandsgeheimdiensten ein breites Spektrum an
71 nachrichtendienstlichen Instrumenten (z.B. Abhör- und Überwachungsmaßnahmen, V-Leute,
72 etc.) zur Verfügung. Zudem sind Informationen über ihre personelle Ausstattung, ihre
73 finanziellen Ressourcen, ihre Strukturen und die Richtlinien, die ihre Arbeit prägen, der
74 Öffentlichkeit nicht zugänglich.

75

76 Diese geheimen Methoden und Strukturen der Verfassungsschutzbehörden machen ihre
77 demokratische Kontrolle praktisch unmöglich, da in der Praxis selbst den ParlamentarierInnen in
78 den geheim tagenden Kontrollgremien Auskünfte und Akteneinsicht weitestgehend verwehrt
79 bleiben. Eine Bewertung der Arbeit dieser Behörden ist daher praktisch nicht möglich und somit
80 kann auch der Glaubensgrundsatz ihrer Notwendigkeit nicht angegriffen werden.

81

82 Die mangelnde Transparenz, die mangelhaften Kontrollmöglichkeiten und die stetige
83 Wiederholung des Glaubenssatzes ihrer Notwendigkeit ermöglichte es diesen Behörden ein
84 Eigenleben zu entwickeln, das oft sogar zu einer Konkurrenz mit anderen Sicherheitsbehörden
85 führte. Daher wäre es auch nicht ausreichend, lediglich einzelne Beamte oder die
86 Führungsriege auszutauschen, während die grundlegenden Strukturen unangetastet blieben.
87 Auch für die Annahme, dass unter Aufsicht eines sozialdemokratisch geführten
88 Innenministeriums die Situation grundlegend anders darstellen würde, sind keine Belege zu
89 finden. Ebenso wenig überzeugend sind Überlegungen der SPD-Bundestagsfraktion zu einem
90 Umzug der Geheimdienste nach Berlin, einem „Mentalitätswechsel“ mit besserer
91 Öffentlichkeitsarbeit und die Verpflichtung zu einem verbesserten Informationsaustausch. Diese
92 Schlussfolgerungen zeigen drastisch, dass die bisherige Analysetiefe nicht ausreichend ist.
93 Diese minimalen Reformen wären lediglich Augenwischerei zur Beruhigung der Öffentlichkeit.

94

95 **„V-Leute“**

96

97 In den Untersuchungsausschüssen und den Medien, kommen immer wieder BeamtInnen der
98 Inlandsgeheimdienste und konservative PolitikerInnen zu Wort, die behaupten dass ein
99 Verzicht auf V-Leute nicht möglich ist. Wirkliche Argumente für V-Leute bzw. Belege für den

100 Wert ihrer Arbeit bleiben diese „Sicherheits-“politikerInnen und „VerfassungsschützerInnen“
101 schuldig, denn es handelt sich auch hierbei um einen Glaubensgrundsatz, der weder belegbar
102 noch angreifbar ist .

103

104 Die Hintergründe der zahlreichen bislang im Umfeld des NSU bekannt gewordenen V-Leute, die
105 das „Trio“ und seine UnterstützerInnen quasi umzingelten, legen den Verdacht nahe, dass die
106 Bezahlung aktiver Nazis als V-Leute in der rechten Szene dem Kampf gegen die extreme
107 Rechte mehr schadet, als sie ihm nützt. Für Informationen zweifelhafter Qualität wurde erhaltenen
108 V-Leute Finanzmittel, Ausrüstung und Informationen, die es ihnen ermöglichten die rechte
109 Netzwerke und Organisationen mit staatlichen Mitteln auf- und auszubauen. In einigen Fällen
110 besteht der begründete Verdacht, dass die V-Leute sogar vor Strafverfolgung geschützt wurden.
111 Dies legt die Vermutung nahe, dass die V-Leute das Prinzip wohl teilweise besser durchschaut
112 haben als so einige BeamtInnen in den Geheimdiensten.

113

114 Der Einsatz von V-Leuten ist also grundsätzlich in Frage zu stellen und ebenso ist zu
115 überprüfen, ob die Notwendigkeit und Erfolgsaussicht dieser Methode in anderen
116 Sicherheitsbereichen nicht ebenfalls anzuzweifeln ist. Während der Einsatz von
117 Abhörmaßnahmen eine richterliche Genehmigung erfordert ist, ist dies beim Einsatz von V-
118 Leuten nicht der Fall. Grundsätzlich wäre eine umfassende unabhängige wissenschaftliche
119 Evaluation der Instrumente der verdeckten Ermittlung dringend erforderlich.

120

121 **Extremismustheorie/Diffamierung und Diskreditierung**

122

123 Die sogenannte „Extremismustheorie“ ist das dogmatische Leitbild der Inlandsgeheimdienste.
124 Sie wird über dem Verfassungsschutz nahestehende WissenschaftlerInnen und die eigene
125 Öffentlichkeitsarbeit offensiv nach „außen“ getragen. Mit dieser Unterstützung hielt diese
126 wissenschaftlich äußerst umstrittene Theorie Einzug in gesellschaftliche Debatten. Sie prägt die
127 Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes, der seine fachlichen Kenntnisse primär von den
128 Inlandsgeheimdiensten bezieht, bestimmt die Förderrichtlinien staatlicher und staatlich-
129 geförderter Programme gegen „Extremismus“ und findet Verbreitung in der politischen Bildung
130 und sogar in Schulen. Innerhalb der staatlichen Behörden findet bisher kein kritischer Diskurs
131 über diese Theorie statt, obwohl bis heute keine juristische Definition von „Extremismus“
132 vorliegt. Lediglich einige engagierte WissenschaftlerInnen und Teile der Zivilgesellschaft
133 versuchen mittlerweile vermehrt die Extremismustheorie zu kritisieren und alternative
134 theoretische Ansätze anzubieten. Gegen die staatliche Dominanz ist hier allerdings schwer
135 anzukommen. Ein neueres Element des Kampfes um Deutungshoheit ist die sogenannte
136 „Extremismus-Klausel“, oder auch euphemistisch „Demokratieerklärung“, die staatliche
137 Förderung letztlich davon abhängig macht, ob die geförderten Organisationen/Institutionen die
138 Extremismustheorie teilen. Zustimmung wird mit Förderung belohnt, Ablehnung führt zum
139 Entzug von finanzieller Förderung und somit oftmals zum Ende des Projekts. Die Debatte um
140 die Extremismus-Klausel führte allerdings erstmals seit langem wieder zu einer breit geführten
141 gesellschaftlichen Debatte um die Extremismustheorie.

142

143 Der Kampf um Deutungshoheit wird so weit geführt, dass zivilgesellschaftliche und
144 antifaschistische Initiativen als „linksextrem“ diffamiert werden und sich als Konsequenz im
145 Verfassungsschutzbericht wieder finden. Der Inlandsgeheimdienst besitzt hierbei eine große
146 Macht und nutzt sie auch entsprechend, um seine eigene Position zu verteidigen. Nimmt man
147 diesen Kampf gegen eine derartige „hoheitliche Verurteilung“ (Jürgen Seifert) auf sich, so
148 steht man vor einer langwierigen und aufwändigen juristischen Auseinandersetzung. Dies zeigte
149 sich in den letzten Jahren z.B. im Fall von a.i.d.a., der VVN/BdA, dem Publizisten Rolf Gössner,
150 den JungdemokratInnen oder sogar der Partei Die Linke.

151

152 Dabei muss gerade den zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen zugestanden
153 werden, dass sie trotz erheblich geringerer Ressourcen oftmals bessere Informationen und
154 analytische Tiefe bei der Betrachtung neonazistischer Entwicklungen haben, als der
155 Inlandsgeheimdienst. Sie tragen auch oft erheblich mehr zur Verteidigung demokratischer
156 Grundwerte bei als die Sicherheitsbehörden, mit erheblich weniger Ressourcen und ohne den
157 Rückgriff auf V-Leute oder nachrichtendienstliche Mittel. Dadurch wird die Deutungshoheit der
158 Sicherheitsbehörden direkt angegriffen und somit kommt es zu den beschriebenen
159 Verteidigungs- und Diffamierungskampagnen, die oft den politischen „Segen“ der jeweiligen
160 Innenministerien haben.

161

162 **Geheimdienste auf Expansionskurs**

163

164 Gerade nach dem Ende des Kalten Krieges wurden die Zuständigkeiten insbesondere des
165 bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz erheblich ausgeweitet und es kam zu einer
166 Umverteilung von Personal innerhalb der Behörden. Die eigene Existenzberechtigung wurde
167 aber trotz des Wegfalls des „klassischen Feindbildes“ ebenso wenig in Frage gestellt, wie die
168 angewandten Methoden und ob eine neue Offenheit möglich wäre. Trotz der zeitweisen
169 Umverteilung der Personalstärke in den Verfassungsschutzämtern vom Arbeitsbereich
170 „Linksextremismus“ hin zu „Rechtsextremismus“, hat sich an der ideologischen Ausrichtung nie
171 etwas geändert. Dies zeigte sich auch in der Zusammenlegung der Abteilungen für „Links“- und
172 „Rechtsextremismus“ durch den damaligen Innenminister Schäuble zu einer gemeinsamen
173 „Extremismus-Abteilung“. Selbst in SPD-regierten Bundesländern kommt es aber leider nicht zu
174 einer Infragestellung der Extremismustheorie, nur die Umsetzung in der Praxis weicht dort in
175 Nuancen ab.

176

177 Bei der Umverteilung des Personals vom Beobachtungsgegenstand „Linksextremismus“ hin zu
178 „Rechtsextremismus“ hielt man zum einen an der ideologischen Ausrichtung, der
179 Extremismustheorie, fest. Folglich kam es, sichtbar in den Verfassungsschutzberichten, zu
180 einem „Aufrechnen“ der Gefahrenpotentiale und Straftaten, sogar die Seitenzahl wurde –
181 gewollt oder zufällig – möglichst gleich gehalten. Zum anderen wurde das Personal lediglich
182 umgeschichtet. Wer als vorher für die Erfassung „linksextremistischer“ Entwicklungen zuständig
183 war, sollte dies nun im Bereich „Rechtsextremismus“ tun. Im Sinne der Extremismustheorie ist
184 das nur naheliegend und konsequent, schließlich geht man in der praktischen Umsetzung
185 dieser Theorie von einer Gleichartigkeit dieser Phänomene aus. Ob dies allerdings in der Praxis
186 wirklich hilfreich war ist kritisch zu hinterfragen. Vielleicht erklärt das aber immer den Verweis
187 auf eine nicht vorhandene „Braune Armee Fraktion“, die sich in Struktur und Auftreten (z.B.
188 Bekennerschreiben) klar an der RAF orientierte. Andere Arten des Terrorismus waren diesen
189 MitarbeiterInnen wohl gar nicht vorstellbar und somit wurden auch Konzepte wie Blood&Honour,
190 Combat 18 und der „führerlose Widerstand“ nie umfänglich verstanden und analysiert. Dieser
191 blinde Fleck in der Gefahrenanalyse ist Teil der Erklärung für das Versagen der Dienste bei der
192 Aufklärung der neonazistische Mordserie des NSU.

193

194 Auch andere Beobachtungsbereiche wurden generiert, um die eigene Arbeit neu zu
195 legitimieren. Besonders frappant ist dies bei der Beobachtung der Organisierten Kriminalität, ein
196 Bereich, der vorher allein der Kriminalpolizei zugeordnet war, oder bei der Beobachtung von
197 Scientology und der Abwehr von Wirtschaftsspionage. Das stetige Suchen nach neuen
198 Feindbildern drückt sich in der Bewertung des sogenannten „Ausländerextremismus“ aus.
199 Hierbei handelt es sich ebenso wie beim Feld des „Islamismus“ um einen nur sehr schwach
200 definierten Beobachtungsbereich, der aber zu einer erheblichen Ausweitung der Aktivitäten der
201 Dienste geführt hat. Es ist zweifelhaft, ob der Inlandsgeheimdienst hier einen objektiven Blick
202 hat, allerdings kam es zu einer erheblichen Ausweitung der Überwachungselemente und –
203 methoden in Folge der Terroranschläge in New York, Madrid und London. Es liegt Verdacht
204 nahe, dass hier einfach lange bereitliegende „Wunsch Kataloge“ der Geheimdienste unkritisch
205 umgesetzt wurden.

206

207 Der bayerische Inlandsgeheimdienst war und ist hierbei Vorreiter und Vorbild für die aktuellen
208 Debatten zur Neuausrichtung der Geheimdienste, denn er hat einige dieser sogenannten
209 Reformen bereits hinter sich. Seine Öffentlichkeitsarbeit wird durch die sogenannte Bayerische
210 Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) in Schulen und zivilgesellschaftliche Bündnisse
211 getragen. Der Inlandsgeheimdienst übernimmt hier Bildungsaufgaben und versucht Einfluss auf
212 die Zivilgesellschaft zu nehmen, obwohl er hierfür keinen gesetzlichen Auftrag besitzt.

213

214 **Trennungsgebot**

215

216 Auch wenn es immer wieder gerade von konservativer Seite und aus „Sicherheitskreisen“ gerne
217 behauptet wird, besteht keine verfassungsrechtliche Verpflichtung zum Unterhalt von
218 Geheimdiensten zum Schutz der Verfassung. Das Grundgesetz spricht dem Bund lediglich die
219 Zuständigkeit für den grundlegenden Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu,
220 legt aber nicht die konkrete Form fest, in der dies zu erfolgen hat. Die rechtliche Grundlage für
221 die Einrichtung und Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie der 16 Landesämter

222 bildet das Bundesverfassungsschutzgesetz, das mit einer entsprechenden Mehrheit durch den
223 Gesetzgeber geändert werden könnte.

224

225 In ihrem „Polizeibrief“ legten die West-Alliierten 1949 grundlegende Regeln für die
226 Sicherarchitektur der Bundesrepublik fest. Darin wurde der Bundesregierung zwar die
227 Einrichtung eines Inlandsnachrichtendienstes gestattet, jedoch zugleich untersagt, diesen mit
228 polizeilichen Befugnissen auszustatten, um die Entstehung einer neuen Gestapo/eines neuen
229 Reichssicherheitshauptamtes zu verhindern. Von VerteidigerInnen des Verfassungsschutzes
230 wird dieses „Trennungsgebot“ gerne angeführt, wenn die Existenzberechtigung der
231 Geheimdienste angezweifelt wird. Dann wird vor der Gefahr der Entstehung einer „neuen
232 Gestapo“ gewarnt, die mit der Abschaffung der Geheimdienste zwangsläufig verbunden wäre.
233 In der Praxis ist allerdings festzustellen, dass das Trennungsgebot von Polizei und
234 Geheimdiensten schon lange unterlaufen wird. Nicht zuletzt seit 2001 wurde die
235 Unterwanderung des Trennungsgebotes durch „gemeinsame Abwehrzentren“ und
236 „Verbunddateien“ auf nationaler wie europäischer Ebene regelrecht institutionalisiert.

237

238 Polizeilicher Staatsschutz und andere Polizeistellen verfügen seit Jahrzehnte über umfassende
239 Befugnisse zu verdeckten Ermittlungen und Abhörmaßnahmen. Ein Wegfall der
240 Inlandsgeheimdienste würde an diesem Sachverhalt erst einmal nichts ändern, aber auch nicht
241 das Trennungsgebot zu Fall bringen. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes muss klar auf
242 die Bereiche Strafverfolgung und Gefahrenabwehr beschränkt sein. Natürlich ist es auch hier
243 sinnvoll, eine genaue Kontrolle einzufordern und eine gesellschaftliche Debatte über die
244 Notwendigkeit und demokratische und rechtstaatliche Kontrolle solcher Befugnisse zu führen.

245

246 **Auch „die anderen“ haben versagt – Zeit für eine grundlegende Debatte**

247

248 Gerade im Fall des NSU muss festgestellt werden, dass nicht nur der Verfassungsschutz,
249 sondern auch der Militärische Abschirmdienst (MAD), der die Aufgaben des
250 Verfassungsschutzes für den Bereich der Bundeswehr erfüllen soll, der polizeiliche
251 Staatsschutz sowie die Staatsanwaltschaften versagt haben. Auch hier ist eine grundlegende
252 Debatte über Aufgaben, Befugnisse, Zusammenarbeit erforderlich. An einer grundsätzlichen
253 Debatte über die deutsche Sicherheitsarchitektur, auch im europäischen und internationalen
254 Rahmen führt also eigentlich kein Weg vorbei. Dennoch ist bereits eines jetzt klar: Einem
255 intransparenten und demokratisch nicht kontrollierbaren Geheimdienst darf der Schutz unserer
256 Verfassung nicht länger anvertraut werden. Die Inlandsgeheimdienste und ihre politische
257 Führung legen hier keinerlei Problembewusstsein an den Tag. Im Gegenzug für bestenfalls
258 kosmetische Reformen wollen sie mit weitergehenden Zuständigkeiten, erweiterten
259 Zugriffsmöglichkeiten auf Informationen und mehr Kompetenzen belohnt werden. Es ist Zeit für
260 eine klare Zäsur – die Inlandsgeheimdienste müssen abgeschafft werden.

261

262 **Chance in der Katastrophe – Aufwertung der Zivilgesellschaft**

263

264 Obwohl es jetzt noch nicht möglich ist ein abschließendes Fazit über das Versagen und die
265 Neuordnung der Sicherheitsarchitektur zu ziehen, obwohl sich dies derzeit zahlreiche
266 PolitikerInnen und Beamte der betroffenen Behörden anmaßen, ist es doch von hoher
267 Bedeutung einen entscheidenden Punkt herauszustellen. Obschon die Zukunft der
268 Sicherheitsbehörden ungewiss ist und zu befürchten ist, dass sich aufgrund der aktuellen
269 Möglichkeiten die Spirale von Überwachung, Repression und Ausweitung der Kompetenzen für
270 nicht-kontrollierbare Institutionen fortsetzt, bleibt festzuhalten, dass die zivilgesellschaftlichen
271 und antifaschistischen Initiativen und Vereine im Bereich der Beobachtung der neonazistischen
272 Szene kompetenter sind als die Behörden, die diese Kompetenz für sich beanspruchen. Die
273 Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden Ideologie der Neonazis und allgemein mit
274 antidemokratischen und antipluralistischen Einstellungen kann durch die Zivilgesellschaft viel
275 besser geleistet werden als durch geheime Beobachtung und Repression.

276

277 Repression ist das Ende einer Eskalationskette von zur Verfügung stehenden Möglichkeiten
278 und nicht deren Anfang. Der eigentliche Schutz der Demokratie geschieht also nicht in
279 geheimen und nicht-kontrollierbaren Kellern, sondern jeden Tag auf der Straße, an den
280 Stammtischen und in der Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus und Faschismus. Die
281 demokratische Praxis der aktiven Bürgerinnen und Bürger schützt den Kern der Demokratie und
282 sollte daher besonders gefördert und auch wertgeschätzt werden. Aus der oftmals verwendeten

283 Floskel „Zivilgesellschaft stärken“ sollte nun aus der Notwendigkeit heraus eine Tugend
284 gemacht werden. Die Zivilgesellschaft und auch die Wissenschaft sollte stärker in den Schutz
285 der Demokratie eingezogen werden, beispielsweise in Form eines „Demokratie-Instituts“. Dies
286 wäre die passende Antwort einer modernen und freiheitlichen Demokratie und nicht der
287 Rückgriff auf mehr geheime und undemokratische Methoden. Auch an dieser Stelle ist die Rolle
288 der derzeitigen Geheimdienste mindestens kontraproduktiv, wenn nicht sogar schädlich.

289

290 **Forderungen**

291

- 292 1. Der Verfassungsschutz muss in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Dies bedeutet
293 die Abwicklung der Inlandsgeheimdienste in Bund und Ländern.
- 294 2. Die Inlandsgeheimdienste stehen in einer Bringschuld: Sie müssen den
295 Untersuchungsausschüssen und der Justiz umfassenden Zugang zu ihren Akten und
296 Mitarbeitern einräumen, um eine Aufklärung des Staatsversagens im Fall NSU
297 zuzulassen.
- 298 3. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes muss auf den Bereich der Strafverfolgung und
299 Gefahrenabwehr beschränkt bleiben. Bei den jeweils zuständigen Parlamenten sollen
300 unabhängige „Staatsschutzbeauftragte“ eingerichtet werden, die unabhängig von den
301 internen Kontrollen der Polizei und Innenverwaltung die Arbeit des Staatsschutzes
302 überwachen und Beschwerden von BürgerInnen untersuchen.
- 303 4. Eine von den Sicherheitsbehörden unabhängige und international besetzte Kommission
304 soll von Bund und Ländern zusammen einberufen werden, um die Erfordernisse an eine
305 moderne und demokratische Sicherheitsarchitektur zu diskutieren. An der Arbeit der
306 Kommission sollen auch VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, aus der
307 Wissenschaft, DatenschützerInnen und BürgerrechtlerInnen einbezogen werden. In
308 diesem Rahmen muss auch eine grundlegende Evaluation des Einsatzes
309 nachrichtendienstlicher Mittel durch deutsche Sicherheitsbehörden erfolgen.
- 310 5. Die Sicherheitsbehörden müssen sich aus dem Bereich politische Bildung und der
311 wissenschaftlichen Forschung zurückziehen.
- 312 6. Zur wissenschaftlichen Untersuchung autoritärer Einstellungen und Formen
313 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft sowie der
314 Entwicklung der extremen Rechten soll ein unabhängiges „Demokratie-Institut“
315 eingerichtet werden. Dieses Institut soll einen Beirat erhalten, in dem antifaschistische und
316 zivilgesellschaftliche Bündnisse und Organisationen vertreten sind.
- 317 7. Zur Sicherstellung einer langfristigen und projektungebundenen Förderung und Beratung
318 von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen die extreme Rechte soll die Einrichtung
319 einer unabhängigen Stiftung erfolgen.
- 320 8. Die historischen Wurzeln der Landesämter und des Bundesamtes für Verfassungsschutz
321 sowie ihre Tätigkeit in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik müssen endlich
322 aufgearbeitet werden. Dies hat durch eine unabhängige wissenschaftliche Kommission zu
323 erfolgen, die umfassenden Zugang zu den Akten erhält, die im Anschluss an die
324 zuständigen staatlichen Archive zu überführen sind.

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

Titel Konsequenzen aus dem NSA-Skandal

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Konsequenzen aus dem NSA-Skandal

1 Die Debatte rund um die Enthüllungen von Edward Snowden hat eine Diskussion in Gang
2 gesetzt, die sich um drei tieferliegende Fragen dreht.

3

4 **Die erste Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bürger vor einem unbegrenzten**
5 **Zugriff des Staates geschützt werden?**

6

7 Der Staat muss gesetzlich genau definieren, welche Daten Behörden an ausländische Dienste
8 weitergeben dürfen. Dabei muss verhindert werden, dass der Grundrechtsschutz ausgehebelt
9 wird. Das bedeutet, dass der Datenschutzstandard auch im Ausland konsequent gewahrt
10 bleiben muss. Ist dies nicht möglich, so muss eine Datenweitergabe unterbleiben. Eine
11 Dreiecksweitergabe zwischen inländischer Polizei, ausländischen Diensten und inländischen
12 Geheimdiensten muss unterbunden werden. Dieser bricht zwei rechtsstaatliche Prinzipien:

13

- 14 • Die Tätigkeit von Polizei und Geheimdienst soll getrennt sein
- 15 • Um den inländischen Geheimdienst besser kontrollieren und regulieren zu können, ist
16 dieser vom Auslandsgeheimdienst zu trennen.

17

18 Geheimdienste unterstehen Ministerinnen und Ministern, die durch Parlamente und
19 schlussendlich von den Wählerinnen und Wählern (dem Souverän) demokratisch legitimiert
20 wurden. Diese Kette der Legitimation kann aber nur funktionieren, wenn die Wählenden sich
21 über die Vorgänge in der Regierung informieren können. Die Geheimdienste haben sich als für
22 unseren demokratischen Anspruch nicht genügend kontrollierbar erwiesen.

23 Inlandsgeheimdienste sind in der Lage, diejenigen zu kontrollieren, die für die Kontrolle der
24 Inlandsgeheimdienste zuständig sind. In diesem Verhältnis kann der Geheimdienst die Kontrolle
25 gänzlich blockieren oder gar mit seiner Informationshoheit steuern. Somit sind sie nur durch
26 höchste Gefährdungen für den Bestand der Verfassungsorgane oder dem Leib und Leben der
27 Bevölkerung vorübergehend zu rechtfertigen. Deshalb streben wir eine gesellschaftspolitische
28 Entwicklung an, in deren Folge Geheimdienste nicht länger notwendig sind und abgeschafft
29 werden können. Solange Geheimdienste als notwendig erachtet werden, müssen sie besonders
30 starken Kontrollmechanismen ausgesetzt werden, damit kein „tiefer Staat“ oder „Staat im Staat“
31 abseits demokratischer Kontrolle entstehen kann. Deshalb sind die Kontrollbefugnisse des
32 parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) durch folgende Maßnahmen auszuweiten:

33

34 1. Jede und jeder Angehörige des parlamentarischen Kontrollgremiums soll das Recht
35 haben, alle bereits bestehenden oder neu hinzukommenden Kontrollbefugnisse des
36 Gremiums zu nutzen. Dies schließt ausdrücklich Sachverhalte ein, die als geheim
37 eingestuft sind. Nur eine 2/3-Mehrheit des Gremiums soll dies im Einzelfall unterbinden
38 können. Dadurch würde die unzweckmäßige Situation enden, dass die Regierung die
39 Aufklärung mit der Mehrheit im Ausschuss verhindern kann.

40 2. Aufgrund der zu großen Menge an Daten, die durch das Gremium untersucht werden

41 müssten, müssen Maßnahmen gefunden werden, um es effektiv und mit wichtigen
42 Informationen zu versorgen. Dazu soll jede Nachricht, die von den Geheimdiensten an
43 das Bundeskanzleramt gesendet wird, auch an das PKG gesendet werden. Dinge, die so
44 wichtig sind, um sie an die oberste Aufsicht zu senden, sind auch so wichtig, dass das
45 PKG sie wissen muss, um seiner Kontrollfunktion nachzukommen. Gleiches soll für
46 Informationen gelten, die an das Ausland gesendet werden.

47 3. Die Personalmittel der PKG oder ihrer Mitglieder sind aufzustocken. Da Abgeordnete
48 durch ihre Verschwiegenheitspflicht in der Regel keine öffentlichkeitswirksamen Vorteile
49 aus ihrer Arbeit im PKG ziehen, sollen sie für diese Arbeit in Form von unterstützendem
50 Personal entschädigt werden. Ein „Arbeitsstab“ der Bundestagsverwaltung muss
51 eingesetzt werden. Er untersteht ausschließlich dem PKG und ist vorrangig für
52 Prüfaufträge zuständig. Darüber hinaus werden den Mitgliedern des PKG zusätzliche
53 Personalmittel für eine Vollzeitstelle (wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in) zur Verfügung
54 gestellt.

55 4. Der PKG ist auf die Größe eines regulären Ausschusses des Deutschen Bundestages zu
56 vergrößern. Auf die Kontrolle der Nachrichtendienste hat sich in der Vergangenheit auch
57 die aktuelle Größe des PKG negativ ausgewirkt.

58 5. Die Rechte, die der Opposition laut der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestage
59 zugestanden werden, werden auch im PKG angewandt. Die Vorladung von
60 Sachverständigen und Zeugen darf nicht weiterhin durch die aktuell im PKG geltende
61 Mehrheitsentscheidung verhindert werden.

62

63 Bei allen Überwachungsmaßnahmen muss spätestens unmittelbar nach Abschluss der
64 Maßnahme eine Information aller Betroffenen erfolgen. Denn nur so lässt sich ein Bewusstsein
65 für die Gefahren der Überwachung erzielen und es wird die Möglichkeit eröffnet, gegen
66 mögliche Rechtsverstöße vorgehen zu können. Es sollen gesetzliche Fristen eingeführt werden,
67 nach denen die Zielperson und andere Betroffene informiert werden. Alle
68 Überwachungsmaßnahmen sowie die Datenweitergabe an andere Dienste ist unter einen
69 Richtervorbehalt zu stellen. Alle Genehmigungen sind auf einen Zeitraum von maximal wenigen
70 Monaten zu erteilen, jede Verlängerung einer Maßnahme muss gesondert beantragt und
71 begründet werden. Entscheidungen über die Genehmigung oder Verlängerung einer
72 Maßnahme sowie eine Datenweitergabe dürfen nicht von Einzelrichter*innen getroffen werden.
73 Der Richtervorbehalt muss dahingehend ausgestaltet werden, dass fachlich spezialisierte
74 Richter*innen eine fundierte Entscheidung treffen und der Richtervorbehalt nicht - wie bisher -
75 meist leerläuft in dem Richter*innen diese Entscheidung neben ihren eigentlichen Aufgaben
76 treffen, fachlich in die Materie nicht eingearbeitet sind und somit meist die Anträge der
77 Ermittlungsbehörden einfach "abgenickt" werden.

78

79 Der/die Bundesdatenschutzbeauftragte muss gestärkt werden. Auskünfte oder Akteneinsicht
80 dürfen zukünftig nicht verweigert werden können. Zudem soll ein regelmäßiger Bericht erstellt
81 werden, der die einzelnen Maßnahmenarten und deren Häufigkeit und Erfolgsquote listet.
82 Geheime Akten sollen je nach Geheimhaltungsstufe ein Veröffentlichungsdatum bekommen,
83 welches von der Geheimhaltungsstufe abhängt. Mehr als 30 Jahre darf hierbei keine Akte
84 geheim bleiben. Wer Zugriff auf die Akten bekommen soll, richtet sich nach
85 Datenschutzerwägungen und dem öffentlichen Interesse. Die Regeln hierfür müssen in einem
86 gesellschaftlichen Diskussionsprozess erst gefunden werden.

87

88 Die rechtliche Lage von Whistleblowern muss verbessert werden.

89

90 **Die zweite Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bürger vor unbegrenzter**
91 **Überwachung aus kommerziellen Interessen geschützt werden?**

92

93 In Zeiten von „Big Data“ werden alle zur Verfügung stehenden Daten ausgewertet: jeder Besuch
94 einer Website, jede Erwähnung einer Marke, jeder Ort, der besucht wird. Durch statistische
95 Analysen werden Zusammenhänge erstellt und Individuen identifiziert. Die Ergebnisse dieses
96 Prozesses werden uns die nächsten Jahre prägen und die Verselbständigung der Daten führt
97 dazu, dass dieser Prozess kaum noch umzukehren ist. Das erste Ziel ist deshalb die
98 Etablierung von staatlichen und internationalen Regeln für die Datenverarbeitung. International
99 muss vor allem das Marktortprinzip durchgesetzt werden, dass im Kern aussagt, dass die
100 Gesetze des Landes gelten, in dem der Kunde sitzt. Große Internetfirmen können sonst einen
101 Deregulierungswettbewerb erzwingen, da sie von überall aus arbeiten können. Wir setzen uns

102 für einen starken Datenschutz auf europäischer Ebene ein und nehmen das
103 Bundesdatenschutzgesetz als Grundlage für die Datenschutzgrundverordnung.

104

105 Solch eine Regelung nützt aber nur dann etwas, wenn national Regeln geschaffen werden, die
106 einen modernen Datenschutz wirksam durchsetzen können. Eine wichtige Erkenntnis der
107 Debatte über den Datenschutz ist das Prinzip der Datensparsamkeit und Zweckbestimmtheit.
108 Unternehmen ist nur erlaubt, die Daten zu speichern, die für ihren Dienst tatsächlich notwendig
109 sind. Dazu müssen aber die Nutzerinnen und Nutzer über die gespeicherten Daten informiert
110 werden. Die SPD soll sich deshalb dafür einsetzen, dass ein Datenbrief nach dem Modell des
111 Chaos Computer Club eingeführt wird. Wenn eine Firma, Behörde oder Institution
112 personenbezogene Daten über jemanden erhebt, speichert oder übermittelt, sollen Betroffene
113 regelmäßig über die über ihn/sie gespeicherten Daten informiert werden. Die Ausgestaltung des
114 Datenbriefes muss eine absolute Datensicherheit bieten. Das betrifft auch Daten, die über ihn
115 beispielsweise durch „Anreicherung“ mit anderen Datenquellen erzeugt werden, also Profile,
116 Scoring-Werte, Annahmen über Vorlieben, interne Kundenklassenzuordnungen und ähnliches.

117

118 Eine weitere Diskussion, der sich in Zukunft zu stellen sein wird, ist die Ausweitung des
119 Diskriminierungsverbotes sowie die Sicherstellung des rechtsstaatlichen Prinzips der
120 Unschuldsvermutung. So ist es möglich, dass bereits verbotene Diskriminierung zum Beispiel
121 anhand von Geschlecht oder „Hautfarbe“, durch die Hintertür wieder ermöglicht werden, indem
122 zum Beispiel über die Wohnanschrift auf den sog. Migrationshintergrund geschlossen wird.
123 Darüber hinaus kann es zu neuen Formen von Diskriminierung kommen. Durch automatische
124 Systeme und Mustersuche können scheinbare Zusammenhänge in Daten gefunden werden,
125 von denen die Kundinnen und Kunden nicht einmal wissen. So können Käufer der falschen Eis-
126 Sorte, z. B. Straciatella-Eis, am falschen Tag bei einer Bank keinen Kredit bekommen, weil
127 andere, die die gleiche Entscheidung trafen, die Kredite nicht zurück zahlen konnten. Andere
128 Verhaltensmuster, wie die Teilnahme an bestimmten Demonstrationen, könnten hingegen zu
129 der Vorausberechnung einer hohen Wahrscheinlichkeit für „gesellschaftsgefährdendes
130 Verhalten“ führen und damit Menschen unter Generalverdacht stellen. Das könnte zudem dazu
131 führen, dass Menschen sich weniger engagieren und die freie Meinungsäußerung von sich aus
132 einschränken. Dies gefährdet die Grundlage bürgerschaftlichen Engagements und unsere
133 Demokratie. Dieser „statistische Diskriminierung“ und damit Umkehrung der
134 Unschuldsvermutung kann nur entgegengetreten werden, wenn solche Scoring-Verfahren
135 transparent sind, sodass gegen sachlich abseits der statistischen Korrelation nicht
136 gerechtfertigte Ungleichbehandlung vorgegangen werden kann. In besonders wichtigen
137 Bereichen wie der Kreditvergabe ist darüber hinaus die Regulierung und Überwachung auf
138 diesen Bereich auszuweiten.

139

140 **Die dritte Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bürger selbst schützen und können**
141 **sie dabei unterstützt werden?**

142

143 Die zynische Aussage von Hans-Peter Friedrich, dass jedeR sich selbst schützen und nicht auf
144 den Staat hoffen solle bleibt falsch. Solange in- und ausländische staatliche Organe massenhaft
145 überwachen und Angriffe auf die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität
146 informationstechnischer Systeme (durch das BVerfG geschaffenes Grundrecht) und die
147 Telekommunikationsfreiheit durchführen, ist der Staat der richtige Adressat.

148

149 Richtig ist aber, dass der Staat den Selbstschutz aller verbessern kann. Maßnahmen dazu sind
150 folgende:

151

- 152 1. Die Förderung von freier Software muss verstärkt werden, da bei dieser Hintertüren durch
153 staatliche Dienste besser festgestellt und beseitigt werden können. Dazu gehören
154 Maßnahmen wie der Nutzung freier Software in öffentlichen Verwaltungen und gezielte
155 Forschungsförderung.
- 156 2. Weder die Inlandsgeheimdienste noch die Polizei dürfen auf dem Schwarzmarkt
157 sogenannte Zero-Day-Lücken und zugehörige Ausspähprogramme kaufen. Jeder Euro
158 der in diesen Markt fließt reißt neue Lücken in den Computern unbescholtener
159 Bürgerinnen und Bürger.
- 160 3. Die Rechtssituation von Menschen, die Sicherheitslücken in Programmen offenlegen
161 müssen unabhängig davon, ob mit dem Unternehmen zusammengearbeitet wurde oder
162 nicht, verbessert werden. Unternehmensinteressen müssen hinter dem

- 163 Sicherheitsinteresse der Öffentlichkeit zurückstehen.
- 164 4. Es muss sichergestellt werden, dass der sog. Hackerparagraf Forschung sowie
- 165 Entwicklung und Anwendung von Software, die zur Sicherheit von Computersystemen
- 166 beiträgt, nicht behindert.
- 167 5. Verschlüsselung soll gefördert werden, denn zu einem modernen Datenschutz gehört die
- 168 Sicherung der eigenen Daten. Dies soll an geeigneter Stelle in Lehrpläne und
- 169 Informationskampagnien aufgenommen werden. Gesetze, die Verschlüsselung verbieten
- 170 oder die Herausgabe von Passwörtern erzwingen, sind abzulehnen.
- 171 6. Es bedarf einer unabhängigen Stelle, welche die Bevölkerung über Datenschutz- und
- 172 Verschlüsselungsmaßnahmen informiert.

173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222

Titel Weitere Maßnahmen zur Modernisierung des Urheberrechts

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Weitere Maßnahmen zur Modernisierung des Urheberrechts

- 1 Um diese Punkte sollte nach unserer Auffassung das Thesenpapier der SPD-Fraktion
2 konkretisiert und ergänzt werden:
3
4 1. Das Urheberrecht muss so ausgestaltet werden, dass insbesondere grundrechtlich
5 geschützte Positionen wie die Allgemeine Handlungsfreiheit, Informationelle
6 Selbstbestimmung, Eigentum und Arbeit möglichst angemessen und effektiv garantiert
7 werden können. Nur unter dieser Prämisse kann ein neues Urheberrecht in der
8 gegebenen Rechts- und Wirtschaftsordnung Bestand haben.
9 2. Die exzessiv betriebene Abmahn-Industrie durch Anwälte und Inkasso-Unternehmen ist
10 zu stoppen. Nach Vorbild des Gesetzes zum Unlauteren Wettbewerb sollten
11 Einzelpersonen nicht mehr ohne Weiteres klagen dürfen. Vielmehr sollte dies nur staatlich
12 autorisierten Verbänden möglich sein.
13 3. In Fällen einer Abmahnung darf es nicht mehr per se zu astronomisch hohen
14 Schadensersatzforderungen kommen. Die heute gesetzlich bestehende, aber undeutliche
15 Unterscheidung zwischen erheblicher und unerheblicher Urheberrechtsverletzung muss
16 vom Gesetzgeber präziser gefasst werden.
17 4. Zum Schutze Minderjähriger im Umgang mit dem Urheberrecht im Internet muss von
18 staatlicher Seite mehr Aufklärung betrieben werden. In Ansehung der großen Bedeutung
19 des Internets im täglichen Leben ist auch die Möglichkeit bereits früh ansetzender
20 schulischer Bildungsmaßnahmen allgemein zum Verhalten im Internet zumindest zu
21 prüfen.
22 5. Bildung ist das höchste Gut unserer Gesellschaft. Wir stellen fest, dass öffentliches
23 Bildungsinteresse in keiner Weise das Urheberrecht beschädigt, sondern die Gesellschaft
24 insgesamt voranbringt. Daher fordern wir eine breite Zugänglichkeit und Verwertbarkeit
25 von Werken für Forschung und Lehre, sofern keine kommerzielle Nutzung vorliegt.
26 Darüber hinaus sehen wir es als selbstverständlich an, dass alle mit öffentlichen Geldern
27 unterstützen Veröffentlichungen der breiten Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.
28 6. Ein über die staatlichen Grenzen hinausgehendes einheitliches Urheberrecht ist
29 notwendig, um der Globalität des Urheberrechts, insbesondere im Internet, Rechnung zu
30 tragen. Daher müssen Anstrengungen unternommen werden, um ein internationales
31 völkerrechtliches Abkommen zum Urheberrecht zu etablieren. Aufgrund der Komplexität
32 dieses Verfahrens ist vorab bzw. parallel auch eine Verordnung oder Richtlinie innerhalb
33 der EU zu erstreben.
34
35 **Begründung:**
36 Mit den „Zwölf Thesen für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht“ hat die SPD-Fraktion des
37 Bundestages ihre Vorschläge zur Verbesserung des Urheberrechts in Deutschland formuliert.
38 Wir Jusos im Landkreis Diepholz stimmen diesem Thesenpapier zu, wollen aber mit unseren

39 Forderungen weitere Konkretisierungen und Ergänzungen für ein zeitgemäßes Urheberrecht.

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Frei, schnell, sicher, für alle, überall: Zugänge zum Internet sichern und ausbauen

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Frei, schnell, sicher, für alle, überall: Zugänge zum Internet sichern und ausbauen

1 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Die Jusos stehen für eine moderne Netzpolitik, die den freien, schnellen und sicheren Zugang
4 zum Internet für alle Menschen in allen Regionen unseres Landes sicherstellt. Der Ausbau der
5 Internetinfrastruktur hat für uns höchste Priorität – und dabei wollen wir auch für faire
6 Rahmenbedingungen sorgen. Deshalb stehen wir für folgende politische Eckpunkte:

7

8 1. Eine gesetzliche Festlegung der Netzneutralität, damit das Internet weiterhin frei und offen
9 für alle NutzerInnen bleibt.

10 2. Ein Verbot der Entschleunigung von Festnetz-gebundenen und mobilen
11 Internetanschlüssen, sofern diese als „Flatrate“ vermarktet werden.

12 3. Eine gesetzliche Übernahme- und Betriebsmöglichkeit von Leitungsinfrastruktur in
13 kommunale Hand oder durch kommunale Stadtwerke im Zuge einer
14 Netzkonzessionierung.

15 4. Den Ausbau des breitbandigen Glasfaser-Netzes für alle NutzerInnen, auch in ländlichen
16 Regionen. Als Ergänzungstechnologie bei nur unwirtschaftlichen
17 Erschließungsbedingungen kann der LTE-Ausbau forciert werden.

18 5. Eine gesetzliche Absicherung der Rechtssicherheit (Begrenzung der „Störerhaftung“) von
19 Anbietern freier WLANs, insbesondere jener, die durch öffentliche Stellen wie z.B.
20 Kommunen angeboten werden.

21 6. Eine gesetzliche Absicherung der Persönlichkeitsrechte und der Privatsphäre der
22 NutzerInnen durch ein Verbot von kombinierender Datenverwertung mit dem Ziel der
23 NutzerInnenkontrolle (so z.B. Technologien wie „Deep Packet Inspection“ (DPI)).

24

25 **Begründung:**

26 Das Internet ist die technologische und gesellschaftliche Innovation unserer Zeit. Es ist frei und
27 offen für alle – und es hat unser Leben und Arbeiten miteinander tiefgreifend verändert und uns
28 allen neue Formen der Kommunikation und Zusammenarbeit ermöglicht. Doch es bleibt nicht
29 per se frei und offen für alle und das für immer – wie jedes andere Netz auch steht es unter dem
30 Druck von Kapitalinteressen, deren Logik tiefgreifende Auswirkungen auf das Internet und seine
31 Form hat. Deswegen ist das Internet kein gleichsam separater, rechtloser Raum, sondern im
32 Gegenteil: Es bedarf politischer Gestaltung. Die o.a. Eckpunkte betreffen Themen, die sich in
33 diesem Kontext zurzeit in der politischen Debatte befinden:

34

35 1. Netzneutralität bedeutet, dass alle Daten im Internet „gleich behandelt“ werden. Ein
36 Datenpaket mit einer privaten Email wird durch die Netzinfrastruktur genauso behandelt,
37 wie das Streamen eines kostenpflichtigen Fernsehangebots oder der Download von
38 Bildern. Das wollen wir erhalten: Wir wollen das Gebot der Netzneutralität gesetzlich

39 absichern, damit das Internet auch künftig frei und offen für alle bleibt. Die Telekom und
40 andere Anbieter wollen das Datenvolumen von neuen Anschlüssen begrenzen. Letztlich
41 steckt dahinter die Idee, dass wer bestimmte Angebote wie Streaming (z.B. Anschauen
42 von Filmen im Internet) nutzen will, diese Dienste bzw. weiteres Datenvolumen
43 hinzukaufen muss. Dadurch versprechen sich die Anbieter höhere Einnahmen,
44 insbesondere jene großer Dienste (Youtube, Fernsehsender etc.). Kleineren bzw. neuen
45 Unternehmen oder Organisationen wird dies – insbesondere zu Beginn ihrer Aktivitäten –
46 nicht möglich sein. Die Folge ist ein steigender Monopolisierungsdruck beim Angebot und
47 zugleich eine marktliche Innovationsbremse – und viel schlimmer: Wir hätten ein Internet
48 der zwei Geschwindigkeiten, dass gut Begüterte begünstigt.

49 2. Insbesondere mobiles Telefonieren und Surfen kostet in Deutschland viel mehr als im
50 europäischen Ausland. Wer dauerhaft mobil surfen will, darf tief in die Tasche greifen –
51 damit muss Schluss sein. Wir wollen, dass wer ein „Flatrate“-Angebot gebucht hat, nicht
52 mehr künstlich heruntergebremst werden kann, nachdem ein theoretisches „Limit“ erreicht
53 wurde – insbesondere dann, wenn freie Netzkapazitäten noch vorhanden sind.
54 Infrastruktur, die alle NutzerInnen bezahlen und die aus Gewinnmaximierungsgründen
55 aber ungenutzt bleibt, darf es nicht geben. Geschwindigkeitsdrosselungen dürfen nur
56 dann erfolgen, wenn die Netzkapazitäten tatsächlich erschöpft sind.

57 3. Der Telekom gehören heute nach wie vor große Teile des Festnetzes. Sie schafft es als
58 Marktteilnehmerin aber nicht, das Netz zum Wohle aller zu betreiben. Daher fordern wir,
59 dass Zug um Zug Kommunen und kommunalen Stadtwerken im Rahmen einer
60 Konzessionierung die Inbesitznahme und der Betrieb von Netzinfrastruktur besser
61 ermöglicht wird – zudem wäre das Internet als Teil des kommunalen Netzes dann ein
62 weiterer Baustein der kommunalen Daseinsvorsorge.

63 4. Fast alle Technologien bei der Internetnutzung benötigen mehr und mehr Bandbreite –
64 zugleich gelingt es am Markt nicht, diese Bandbreite auch flächig bereitzustellen. Wir
65 brauchen deswegen eine neue Breitband-Glasfaser-Initiative, die diese gewaltige
66 Infrastrukturaufgabe bündelt. Zudem kann im ländlichen Raum auch LTE (über Funk) als
67 Ergänzungstechnologie dienen, sofern eine kabelgebundene Erschließung nur erheblich
68 unwirtschaftlich zu machen ist.

69 5. Nach heutiger Rechtslage können InhaberInnen eines Internetanschlusses für alle
70 Handlungen haftbar gemacht werden, die über diesen Internetanschluss begangen
71 werden – auch dann, wenn diese Handlungen nicht durch den/die AnschlussinhaberIn
72 begangen wurden („Störerhaftung“). Dies betrifft insbesondere AnbieterInnen von
73 kommunalen WLANs o.ä., die durch diese Rechtslage in ihren Ausbaubemühungen
74 behindert werden. Zurzeit bereitet das Land Hamburg eine Bundesratsinitiative in dieser
75 Sache vor, wobei wir mit Nachdruck für eine Unterstützung durch das Land
76 Niedersachsen werben.

77 6. Durch bestimmte Technologien sind die Persönlichkeitsrechte und die Privatsphäre der
78 NutzerInnen im Internet in Gefahr. So ist z.B. Deep Packet Inspection eine Technologie,
79 die es ermöglicht, Datenverkehr innerhalb des Internets inhaltlich auszuwerten und ggf. zu
80 überwachen. Diese Technologie wird in einigen Ländern dazu verwendet, um den Zugriff
81 auf Internetangebote für die Bevölkerung zu blockieren. In Deutschland ist dies zwar noch
82 nicht im Einsatz, die bestehende Netzinfrastruktur ermöglicht dies jedoch. Um weiterhin
83 einen freien Zugang zu allen Informationen im Internet gewährleisten zu können, muss
84 garantiert werden, dass solche Technologien nicht eingesetzt werden bzw. dass der
85 Einsatz solcher Technologien unter Strafe gestellt wird.

86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

39

40 5.

41

42 Personen die Internetdienste nutzen, haben nicht oder nur teilweise die Möglichkeit, Ihre von
43 sich erhobenen Datenvollständig zu ändern und/ oder zu löschen.

44 **Die Möglichkeit über seine eigenen Daten zu bestimmen.**

45

46 6.

47

48 Internetdienste, welche sensible personenbezogene oder personenbeziehbare Daten erheben,
49 speichern, verändern, übermitteln und nutzen, sind nicht oder nur teilweise an staatliche
50 Vorgaben und/ oder Kontrollen gebunden.

51 **Anbieter von Diensten, die sensiblen Daten nutzen, müssen gesetzliche festgelegte**
52 **Mindestanforderungen zu dem Schutz der Daten erfüllen.**

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag SPD

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten

- 1 Der Pfefferspray gegen Menschen ist eigentlich verboten. Die internationale
2 Biowaffenkonvention aus dem Jahr 1972 untersagt den Einsatz in internationalen Konflikten.
3 Auf nationaler Ebene sind sogenannte Reizsprühstoffgeräte in Deutschland Waffen im Sinne
4 des Waffengesetzes. Die dafür erforderliche Zulassung des Wirkstoffs Oleoresin Capsicum ist in
5 Deutschland bislang nicht erfolgt und nur als „Tierabwehrsprays“ gekennzeichnete Produkte
6 dürfen im Moment in die Hand von Zivilisten gelangen.
7
8 Eine Ausnahme von dieser Regelung bilden derzeit nur Vollzugsbeamte bei Behörden, die nicht
9 dem Waffengesetz unterworfen sind, wie zum Beispiel Polizeivollzugsbeamte. Diese dürfen
10 Pfefferspray auch zu dem Zweck führen, es als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt gegen
11 Menschen einzusetzen.
12
13 Diese derzeitige Praxis lehnen wir ab und fordern ein absolutes Verbot des Einsatzes von
14 Pfefferspray gegen Menschen im Rahmen von Polizeieinsätzen auf Bund- wie Länderebene.
15
16 **Begründung:**
17 Es ist nicht nur systemisch unsinnig, den Einsatz von bestimmten Waffen in kriegerischen
18 Konflikten zu untersagen, aber den Einsatz dieser Mittel gegen Zivilisten zu gestatten. Vielmehr
19 birgt Pfefferspray auch einige tiefgreifende Gefahren, die es zu einem äußerst gefährlich und im
20 Ernstfall auch tödlichen Einsatzmittel machen.
21
22 Kerngesunde Menschen überstehen einen Pfeffersprayeinsatz zumindest langfristig ohne
23 negative gesundheitliche Folgen. Kurzfristige und sehr schmerzvolle Verletzungen an den
24 Augen und den Schleimhäuten sind zwar die Regel, allerdings verschwinden diese Symptome
25 zumindest nach einer adäquaten und schnellen Behandlung auch wieder.
26
27 Anders schaut es hingegen bei gesundheitlich vorbelasteten Menschen aus, die
28 selbstverständlich auch zu den Teilnehmenden von Demonstrationen und Kundgebungen
29 gehören: Wer unter einer Asthma-Krankheit leidet, bestimmte Allergien oder eine Herz-
30 Kreislauf-Schwäche hat, Psychopharmaka nehmen muss, oder dauerhaft Kokain bzw.
31 Amphetamine konsumiert, für den wird der Kontakt mit Pfefferspray zu einer ernsthaften
32 gesundheitlichen Gefahr. Allergische Schockreaktionen können die Folge sein, die
33 schlimmstenfalls auch zum Tode führen können. In Deutschland wurden schon mehrere
34 derartige Todesfälle dokumentiert, im US-amerikanischen Bundestaat Kalifornien summiert sich
35 die Zahl der Todesopfer seit 1993 auf 27.
36
37 Nicht ohne Grund sagt auch die Bundesregierung „Bei bestimmungsgemäßer Exposition von
38 gesunden Personen sind in der Regel keine bleibenden gesundheitlichen Schäden zu
39 erwarten.“ Für Personen mit gesundheitlicher Vorbelastung fällt die Antwort unter Umständen
40 anders aus. Dazu kommt noch die Tatsache, dass gerade auf Demonstrationen oft nicht die

41 nach einem Pfeffersprayeinsatz eigentlich notwendige und angeratene medizinische Betreuung
42 bereitgestellt werden kann.
43
44 Zugleich ist aber auch das Risiko (auch unverschuldet) in einen Pfeffersprayeinsatz zu
45 gelangen, in den letzten Jahren insgesamt gestiegen. Seitdem Pfefferspray zum Einsatz-
46 Repertoire der Polizei gehört (etwa seit der Jahrtausendwende) ist trotz des Fehlens einer
47 offiziellen Statistik von einer zunehmenden Verwendung auszugehen. Allein beim Einsatz
48 gegen die Castor-Transporte im November 2010 wurden 2200(!) Dosen Pfefferspray
49 verbraucht. Von einem Einsatz in einzelnen Notsituationen kann an dieser Stelle nicht mehr
50 gesprochen werden.

51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101

Titel Schluss mit verfassungswidriger
Ämterpatronage!

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Schluss mit verfassungswidriger Ämterpatronage!

- 1 **Der Bundeskongress der Jusos möge beraten und beschließen:**
2
3 Die Jusos fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf,
4
5 gem. Art. 44 Abs. 1 GG die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der
6 Beamtenernennung von 24 Juristen im Bundesministerium des Innern im Herbst 2012 zu
7 beantragen, um die Frage zu klären, ob dabei die verfassungsrechtlichen Vorgaben zur
8 Bestenauslese nach Art. 33 Abs. 2 GG beachtet wurden oder Kandidaten nach CDU-Parteinähe
9 und christlich-religiösem Engagement grob verfassungswidrig bevorzugt wurden.
10
11 **Begründung:**
12 Im Herbst 2012 schrieb das Bundesministerium des Innern 24 Juristenstellen aus. Es handelt
13 sich dabei um die größte Einstellungswelle für den höheren Dienst seit der Wiedervereinigung
14 mit Personalfolgekosten von knapp **90 Mio Euro**.^[1] Wie bei dem Einstellungsverfahren in
15 Bundesministerien üblich stellte das Bundesverwaltungsamt nach einer Vorauswahl eine auf
16 einem anerkannten Punktesystem beruhende Rankingliste der in Betracht kommenden 470
17 Bewerber nach dem Leistungsprinzip auf.
18
19 Nach Berichten verschiedener Zeitungen wie „Die Welt“^[2] und „Die Zeit“^[3] wurde dieses
20 Kandidatenranking dann aber über Nacht entsprechend den politischen Präferenzen der CDU
21 neu überarbeitet. Im Ergebnis wurden schließlich Kandidaten mit deutlich niedrigeren
22 Rankingplätzen aufgrund ihrer **Parteizugehörigkeit**, eines Stipendium bei der CDU-nahen
23 **Konrad-Adenauer-Stiftung** oder ihres **Engagements in der christlichen Kirche** gegenüber
24 besser qualifizierten Bewerbern bevorzugt. Dabei wurde das Mitbestimmungsrecht der
25 Personalvertretung völlig übergangen. Dazu ist auch bereits ein Urteil des Arbeitsgerichts Berlin
26 ergangen.^[4] Es soll nach dem Bericht der „Welt“ sogar zur **Diskriminierung behinderter**
27 **Bewerber** gekommen sein.
28
29 Dies ist ein Skandal!
30
31 Gem. Art. 33 Abs. 2 GG hat jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen
32 Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte. Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG schreibt zudem
33 vor, dass niemand wegen seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen
34 benachteiligt werden darf. Ausdrücklich wird in Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG hervorgehoben, dass
35 niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf.
36
37 Hierüber hat sich Innenminister Friedrich mit seiner „Parteibuchwirtschaft“^[5] dreist
38 hinweggesetzt und sowohl gegen Art 33 Abs. 2 GG als auch gegen Art. 3 Abs. 3 GG, einem

39 Grundpfeiler demokratischer Gerechtigkeit, verstoßen.

40

41 Wir Jusos sind der Überzeugung, dass **Ämterpatronage** in einem Rechtsstaat nichts verloren
42 hat und mit aller Macht verhindert werden muss, um das Vertrauen in Politik und Verwaltung zu
43 wahren. Daher reicht die bisher von der SPD eingereichte kleine parlamentarische Anfrage nicht
44 aus. Vielmehr muss hier zum Schutze unserer Verfassung ein Untersuchungsausschuss
45 eingesetzt werden, der in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise über die
46 Machenschaften im Bundesinnenministerium erhebt. Es kann und darf nicht zugelassen
47 werden, dass Personalentscheidungen mit einem Gesamtvolumen von 90 Mio. Euro an der
48 Verfassung vorbei nach dem Gutdünken von CDU-Parteifunktionären zu Lasten zahlreicher
49 hoch qualifizierter Menschen getroffen werden. Eine restlose Aufklärung und eine
50 Neuausschreibung bei Bestätigung der Vorwürfe im Rahmen der parlamentarischen
51 Untersuchung sind unumgänglich!

52

53 Die materiellen Voraussetzungen für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses liegen
54 zudem vor. Nach § 1 Abs. 3 Untersuchungsausschussgesetz können sich
55 Untersuchungsverfahren auf alle Angelegenheiten erstrecken, die in den Kompetenzbereich des
56 Bundestages fallen. Im Rahmen der *Missbrauchsenquete* ist dabei auch die Kontrolle der
57 Regierung und der Aufsicht der ihr unterliegenden Verwaltung zulässig. Die Rechtmäßigkeit
58 einer historisch großen Einstellungsrunde für den höheren Dienst im Bundesinnenministerium
59 ist daher von der Prüfungskompetenz des Bundestages umfasst und mithin zulässiger
60 Gegenstand eines Untersuchungsausschusses.

61

62

63

64 [1] *Clauß, Gerichtsurteil: Haarsträubende Personalpolitik im Innenministerium, Die Welt v.*
65 *06.05.2013, abrufbar unter <http://www.welt.de/115912607>.*

66

67 [2] *Clauß, (Fn. 1).*

68

69 [3] *Dausend, Innenministerium: Glauben Sie?, Die Zeit v. 23.05.2013, abrufbar unter:*
70 *<http://www.zeit.de/2013/22/bundesinnenministerium-kulturwandel>.*

71

72 [4] *AG Berlin, Az.: 56BVGa4630/13 [n.v.].*

73

74 [5] *Clauß, (Fn. 1).*

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Verbesserung des Opferschutzes bei
Gewalttaten

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Verbesserung des Opferschutzes bei Gewalttaten

1 Opfer von körperlichen Gewalttaten haben oft Folgekosten, beispielsweise für ärztliche
2 Behandlungen, die sie bei der Zahlungsunfähigkeit ihrer PeinigerInnen und keiner
3 entsprechender Versicherung, selbst zahlen müssen. In einem Zivilprozess können die Kosten
4 zwar den TäterInnen auferlegt werden, doch bei benannter Zahlungsunfähigkeit erlangen die
5 Opfer lediglich einen Titel, sprich einen Anspruch auf Zahlung. Die Wirksamkeit dieses Titels
6 muss immer wieder durch Vollstreckungsklage bei eventuell eintretender Zahlungsfähigkeit
7 (Monatslohn höher als 800 €) des Täters/der Täterin eingeklagt werden. Dies zieht unter
8 anderem weitere Prozesskosten nach sich.

9

10 Deswegen fordern wir folgende Erleichterungen für Opfer von Gewalttaten:

11

12 Wir fordern eine **Einrichtung einer staatlichen Behörde nach Vorbild der Landesstiftung**
13 **Opferschutz**. Diese Landesstiftung zahlt fallabhängig die medizinischen Behandlungskosten
14 des/der Betroffenen. Allerdings ist die Tätigkeit dieser Stiftung auf Baden-Württemberg
15 beschränkt und tritt nur bei Anruf des/der Betroffenen zur Beratung zusammen. Eine staatliche
16 Stelle soll in Kooperation mit Gerichten und Jugendbehörden für zahlungsunfähige TäterInnen
17 die psychischen und physischen Behandlungskosten des/der Betroffenen übernehmen und als
18 GläubigerIn der TäterInnen auftreten und somit auch die Überprüfung der Zahlungsfähigkeit
19 übernehmen. Dadurch sind die Behandlungskosten bei gegen Gewalttaten nicht versicherten
20 Betroffenen gedeckt und es fallen für diese auch keine unnötigen Prozesskosten an.

21

22 Auch die Kosten der Einstellung eines Anwalts von Seiten des Opfers (z.B. Einblick in die Akte
23 zu erhalten) werden ebenfalls von der zu schaffenden Behörde übernommen

24

25 Diese Forderungen stärken die Rechte von Betroffenen, verschlanken bürokratische Prozesse
26 und verhindern diese finanziell untragbaren Situationen für die meist jugendlichen Betroffenen.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel TelefonbetrügerInnen das Handwerk legen

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

TelefonbetrügerInnen das Handwerk legen

1 Wir wollen VerbraucherInnen aktiv schützen und BetrügerInnen wirkungsvoll verfolgen können.

2

3 Aus diesem Grund darf der Gesetzgeber nicht länger zulassen, dass Firmen bzw.

4 Einzelpersonen eine falsche Rufnummer mitsenden und so für die Betroffenen nicht ersichtlich
5 ist, wer tatsächlich anruft und wie derjenige zu erreichen wäre. Jede Firma muss zukünftig eine
6 Rufnummer mitsenden, die tatsächlich ihnen zugewiesen ist.

7

8 **Begründung:**

9 In letzter Zeit treten wieder vermehrt TelefonbetrügerInnen auf, um Bürgerinnen und Bürger mit
10 angeblichen Gewinnen zu locken oder ihnen zu drohen und so von ihnen hohe Geldsummen zu
11 erschleichen. Ein besonders dreistes Beispiel stellt eine Gruppe von BetrügerInnen dar, die die
12 Telefonnummer des Amtsgerichtes Stuttgart mitsenden. Die AnruferInnen gaukeln dann diverse
13 Szenarien vor immer mit dem Ziel, dass die Opfer ihnen Geld überweisen bzw. ihre Kontodaten
14 weitergeben. Technisch möglich ist die Übersendung einer falschen Rufnummer durch eine
15 Programmierung in den Telekommunikationssystemen der BetrügerInnen.

16

17 In vielen Fällen kann man sicher auch von den Betroffenen verlangen, niemals Kontodaten am
18 Telefon Preis zu geben oder gar Geld auf irgendwelche Konten zu überweisen. Doch wenn
19 diese Personen recherchieren und dann feststellen, dass die angezeigte Telefonnummer
20 tatsächlich vom z.B. Amtsgericht stammt, werden viele zurückschrecken und Zahlungen
21 akzeptieren. Es gilt an dieser Stelle die Bevölkerung zu schützen und die Verfolgung der
22 TäterInnen zu erleichtern. Für die Polizei ist es zwar derzeit schon möglich, den "richtigen"
23 Anschluss herauszufinden, dies kann aber nur während eines Zeitraumes von 72 Stunden
24 erfolgen. Viele Opfer gehen aber wenn überhaupt nicht direkt zur Polizei, häufig aus
25 Schamgefühl und Unsicherheit.

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Netzneutralität durch Hash-Tags

Antragsteller Schleswig-Holstein

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Netzneutralität durch Hash-Tags

1 Wären die Jusos Diskriminierung anderer Geschlechter und Sexualitäten durch ein *innen
2 vorzubeugen suchen, werden im Internet durch puren Kapitalismus einzelne Inhalte durch die
3 Monopolisierung der Suchergebnisse diskriminiert. Wir sollten uns daher gönnen #jolo, dass im
4 Internet jedes Wort mit Hasg-Tags begonnen wird. Hierdurch wird jedes Wort gleichwertig und
5 es kann niemand bevorzugt werden.

6

7 Durch die Form der Raute wird außerdem eine Gleichförmigkeit der einzelnen Inhalt dargestellt.
8 Dadurch zeigen alle Linien auf einen gemeinsamen Kern hin und kommen alle aus der
9 unendlichen Tiefe des Internets zusammen.

10

11 **Begründung:**

12 erfolgt mündlich.

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39



Organisation & Partei

O 1	Nordrhein-Westfalen Europapartei: Mehr als eine Worthülse? – Eine Wiedervorlage	273
O 2	Bayern SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen	277
O 3	Brandenburg Innerparteiliche Demokratie stärken – Für die Urwahl von SpitzenkandidatInnen!	278
O 4	Berlin 11 Thesen zur Rolle der Sozialdemokratie vor und nach der Bundestagswahl	279
O 5	Berlin Keine Wiederbelebung des Präsidiums: Abgeschafftes Präsidium abgeschafft lassen	284
O 6	Berlin Parteikonvent generell mitgliederöffentlich	285
O 7	Berlin Versteckte Gebühren für SPD-Kandidaturen abschaffen!	286
O 8	Sachsen Ein Schritt in das 21. Jahrhundert - SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen	287
O 9	Hessen-Nord Mehr Basisdemokratie wagen!	288
O 10	Hessen-Nord Transparenz der Antragswerdegänge in der SPD	289
O 11	Hamburg Einrichtung einer Juso-Azubi-Gruppe (JAG).	290

Titel Europapartei: Mehr als eine Worthülse? – Eine Wiedervorlage

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Europapartei: Mehr als eine Worthülse? – Eine Wiedervorlage

- 1 Die Partei hat sich in den vergangenen Jahren für die Europapolitik und für die
2 Selbstorganisation zu einer Europapartei viel vorgenommen, doch bislang ist wenig davon zu
3 spüren. Die Ernsthaftigkeit der eigenen Beschlusslage ist in Vergessenheit geraten.
4
5 Das Hamburger Grundsatzprogramm gab schon 2007 die Richtung vor: „Europäische
6 Demokratie braucht europäische Öffentlichkeit. Europäische Medien, zivilgesellschaftliche
7 Organisationen, Sozialpartner, aber auch starke europäische Parteien sind dafür unabdingbar.
8 Unser Ziel ist es, die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) zu einer handlungsfähigen
9 Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln. Wir setzen uns für die Erarbeitung eines
10 sozialdemokratischen Grundsatzprogramms für Europa ein und wollen bei den Wahlen zum
11 Europäischen Parlament mit einem gesamteuropäischen Spitzenkandidaten antreten.[1]
12
13 Einzig die im Leitantrag „Neuer Fortschritt für ein starkes Europa“ vom Bundesparteitag 2011
14 wiederholte Forderung danach, dass zur nächsten Europawahl 2014 „ein/e
15 sozialdemokratische/r Spitzenkandidat/in aller SPE-Mitgliedsparteien für das Amt des/der
16 Kommissionspräsidenten/in antreten“[2] müsse, steht kurz vor der Erfüllung. Dass sich die
17 Partei eventuell auch organisatorisch auf neues europäisches Terrain bewegt, zeigt sich im
18 Moment leider einzig in der Tatsache, dass Martin Schulz nach der Erstellung der Bundesliste
19 für die Europawahl möglicherweise zu eben jenem europäischen Spitzenkandidaten gewählt
20 werden könnte. Groß bewegen musste man sich dafür nicht, schließlich ist er der eigene
21 Kandidat.
22
23 Die Marke „Europapartei“ steckt sich die SPD gerne ans Revers, muss sie aber erst noch
24 pflegen, auch wenn laut Beschlusslage „Schwerpunkt unserer Politik auf europäischer Ebene
25 die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)“ ist. Man wolle die Entwicklung
26 der SPE hin zu einer echten Mitgliederpartei als Kern einer europäischen Öffentlichkeit weiter
27 vorantreiben und die Möglichkeit für Individualmitgliedschaften schaffen, hieß es im Leitantrag
28 2011 weiter. Noch einmal wurden die bereits 2007 gesteckten Ziele aufgezählt: „Zugleich
29 müssen europäische Parteien so weiterentwickelt werden, dass sie europaweit kampagnen-
30 und politikfähig werden. Nur so können Parteien einen Beitrag zur Herausbildung einer
31 europäischen Öffentlichkeit leisten.“
32
33 Weiter stellte man heraus, dass die von der SPD initiierte Erarbeitung eines
34 Grundsatzprogramms der europäischen Sozialdemokratie weiter vorangetrieben werden wird
35 und das neu geschaffene Instrument der Europäischen Bürgerinitiative „mit unseren
36 Schwesterparteien, der SPE und Nichtregierungsorganisationen aktiv“[3] genutzt werden solle,
37 um die direkte Demokratie auf europäischer Ebene erlebbar zu machen. Nur leider ist das SPE-
38 Grundsatzprogramm in der Öffentlichkeit und in der Partei kaum ein Thema und die

39 Europäische BürgerInneninitiative fristet seit ihrer Einrichtung ein Nischendasein. Wohl kennen
40 26 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union die ECI, aber noch nicht
41 einmal 5 Prozent wissen, wie sie funktioniert.[4] Die SPD hat bisher einen einzigen Versuch
42 unternommen, das Instrument in den öffentlichen Fokus zu bringen, als sie gemeinsam mit der
43 österreichischen SPÖ ein Referendum über die Finanztransaktionssteuer anstieß. Das war vor
44 2011, also noch vor dem Bundesparteitagsbeschluss, und ist anschließend im Gipfelmarathon
45 versickert.

46

47 Auf dem gleichen Bundesparteitag von 2011 überwies man einen Antrag der Jusos, der bereits
48 2010 mit dem Titel „Mehr europäische Sozialdemokratie wagen“ dem Bundeskongress
49 vorgelegt wurde. Gelandet ist der Antrag beim Europabeauftragten des Parteivorstandes. Es
50 wurde betont, dass die automatische Mitgliedschaft in der SPE für jedes Mitglied der nationalen
51 SPE-Parteien sichtbar gemacht werden müsse. Da es ähnlich zu sehen sei, wie der
52 gleichzeitige Erwerb der Mitgliedschaft im Bundesverband und im Ortsverein der Partei und
53 jeweilig politische Mitwirkungsmöglichkeiten damit verbunden seien, müssten die
54 „Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder der nationalen Parteien auf europäischer Ebene [...]“
55 noch weiter gestärkt werden.“ [5]

56

57 Will man sich aber im Internet über das Wahlverfahren der Delegierten zum SPE-Kongress
58 informieren ist man schnell am Ende der Suche – ohne klares Ergebnis. Auch die
59 Kandidatinnen und Kandidaten für die Liste der SPD zur Europawahl werden irgendwo
60 zwischen Regionalverbund und Bundesebene ausgehandelt. SPD-Mitglieder können sich
61 allenfalls als SPE-AktivistInnen eintragen lassen.

62

63 Dass es immer mehr Europa-Arbeitskreise gibt und es im Parteivorstand eine/n
64 Europabeauftragte/n gibt, ist ein langsam fortschreitender, aber zu begrüßender Prozess. Dabei
65 sollte der Blick auch auf die Ortsvereine als Basis der innerparteilichen Willensbildung gelenkt
66 werden. Die Ideen sozialdemokratischer Europapolitik als wesentliches Merkmal der
67 Sozialdemokratie als solcher sind nicht überall an der Basis ausreichend verankert. Europa als
68 Thema auch der Bildungsarbeit direkt vor Ort, in Kooperation mit lokalen Trägern und Vereinen
69 in den Stadtteilen sollte direkt gefördert werden und die Ortsvereine durch Europa AKs und
70 bereitzustellende Teamerinnen und Teamer unterstützt werden. Die hohe mediale
71 Aufmerksamkeit von EU-Politik im Rahmen der sogenannten „Euro-Krise“ und der Umstand,
72 dass die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 mit den Kommunalwahlen in vielen
73 Bundesländern wie zum Beispiel NRW zusammenfallen, bieten eine einmalige Chance die
74 eigene Basis zu mobilisieren. Dabei ist darauf zu achten, dass die Mobilisierung und auch der
75 Wahlkampf auf Positionen ausgerichtet sind und nicht darauf, das politische System der EU zu
76 erklären, oder ihre Daseinsberechtigung zu verteidigen. Gerade auch die Verknüpfung von
77 europäischen und kommunalen Themen stellt eine Möglichkeit dar, Europapolitik „greifbar“ zu
78 machen und die Unterschiede einer sozialdemokratischen Politik in Abgrenzung zu heute
79 herrschenden politischen Ideen auf dem Kontinent darzustellen. EU-länderweite Kampagnen
80 und Initiative sollten auch Gebrauch von der Möglichkeit machen, kleinste
81 Organisationseinheiten (wie Ortsvereine) direkt zu vernetzen. Dabei können bereits existierende
82 Verbindungen zwischen Städten, etwa im Rahmen von Städtepartnerschaften nützlich sein. Die
83 SPD ist aus ihrer Selbstorganisation in diesem Sinne nicht schon immer „europäisch“ gewesen.
84 Und deshalb darf die Selbstbetrachtung als „Europapartei“ keinesfalls selbstzufrieden sein. Die
85 SPD muss sich fortentwickeln und ihre eigenen Beschlüsse umsetzen:

86

87 Bestehende Regularien sind intransparent und nicht geeignet, wenigstens die eigene
88 Parteibasis so recht zum Europawahlkampf zu motivieren. „Es muss sichergestellt werden, dass
89 den europapolitisch Interessierten eine entscheidungsrelevante Beteiligung über die Strukturen
90 der jeweiligen Mitgliedspartei (leichter Zugang zu lokaler Ebene) möglich gemacht werden“,
91 hieß es dazu 2011. Erfüllen alle Ebenen dann diese Aufgabe, so ist es die logische
92 Konsequenz, „einen Anteil der Mitgliedsbeiträge an die SPE abzuführen, um diese zu stärken
93 und ihre eigenständige Kampagnenfähigkeit so zu verbessern.“[6]

94

95 Die Kampagnenfähigkeit steht vor allem vor dem Hintergrund des Wahldebakels von 2009, als
96 europaweit und ganz besonders in Deutschland die Ergebnisse für sozialdemokratische und
97 sozialistische Parteien einbrachen. Die Negativkampagne der SPD unterschied sich damals nur
98 in wenigen Punkten von denen von CDU und FDP, die wahlweise mit einem schwarz-rot-golden
99 hinterlegten „Wir in Europa“ den Akzent darauf legten, deutsche Interessen auf europäischer

100 Ebene vertreten zu wollen, oder die Wahl zu einer nationalen Wahl erklärten, indem sie „Stark
101 für Deutschland in Europa“ zu ihrem Leitspruch erhoben. Deshalb muss die Ausrichtung der
102 Wahlkampagne auf nationale Themen und die Orientierung am Zeitplan einer Bundestagswahl
103 ein Ende haben. Eine Partei, die für sich in Anspruch nimmt, eine europäische Partei zu sein,
104 muss das auch zum Ausdruck bringen können. Damit zollt man der Europawahl die
105 Aufmerksamkeit, die ihr gebührt.

106

107 Die SPE bereitet im Moment genau die Elemente für einen gemeinsamen europäischen
108 Wahlkampf vor und hat beschlossen, dass auch die Mitgliedsparteien modernisiert werden
109 sollen. Darunter fallen neben allgemeinen Zielen wie einer wiedererstarkenden Zusammenarbeit
110 mit den Gewerkschaften, eben auch Punkte wie innerparteiliche Demokratie in Bezug auf die
111 Wahl von Führungspersönlichkeiten sowie von Kandidatinnen und Kandidaten.[7]

112

113 Zur Strategie der SPE gehört daneben, die nationale Parteiebene enger mit der Europaebene
114 zu verknüpfen. Dazu gehören länderübergreifende Kampagnen und Plattformen. Noch vor der
115 Nominierung eines europäischen Spitzenkandidaten 2014 will die SPE damit beginnen ein
116 gemeinsames Manifest zu entwickeln und eine gemeinsame europäische Kampagnenstrategie
117 aufzustellen.[8] Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der SPD, sich dort stark einzubringen und
118 in den eigenen Wahlkampf auch ernsthaft zu übertragen. Findet man gemeinsame
119 europapolitische Themen, ist „die Voraussetzung dafür [geschaffen], dass den Europawahlen
120 endlich der Charakter einer nationalen Nebenwahl genommen wird.“[9]

121

122 Dazu gehört einerseits eine bessere Vernetzung, ein engerer Austausch mit den
123 Europabgeordneten, die im Parteialltag kaum Platz einnehmen. Dies hängt nicht zuletzt mit den
124 vorgenannten Wahlverfahren zusammen. Weder für die Bürgerinnen und Bürger, noch für
125 unsere Mitglieder ist das vielversprechend. Eine Identifikation wird unnötig erschwert, wo doch
126 schon das Europawahlrecht schlechte Rahmenbedingungen liefert: Eine Wahl, die innerhalb
127 der Europäischen Union auf mehrere Tage verteilt ist, mit Wahllisten die ihren
128 länderübergreifenden Anspruch noch immer nicht erfüllen. Um die Identifikation mit den
129 Abgeordneten vor Ort und zugleich den europäischen Gedanken der Wahl zu stärken, scheint
130 eine Diskussion über eine Reform des Wahlverfahrens zum Europäischen Parlament
131 notwendig. Eine Reform, bei der eine gute Balance zwischen Elementen einer Direktwahl in
132 Wahlkreisen und einer länderübergreifenden Listenwahl zu finden ist.

133

134 Andererseits braucht es auch eine bessere Verständlichkeit des Wahlprogramms zur
135 Europawahl. 2009 hatte die SPD die zweifelhafte Ehre in den Medien für das unverständlichste
136 Wahlprogramm gerügt zu werden. Das sollte angegangen werden, indem man beispielsweise
137 Fachbegriffe und Wortkreationen eindämmt, in Klammern erklärt oder Info-Boxen einführt, damit
138 sie sinnig sind und sich von den LeserInnen erschließen lassen und so nicht den Anschein von
139 rein symbolischen Begrifflichkeiten machen. Die regelmäßige Einteilung der Verständlichkeit
140 von Wahlprogrammen der Universität Hohenheim[10] wird anhand eines Punktespektrums
141 vorgenommen. Dass die Artikel aus dem Politikteil der Bild-Zeitung dabei als Positivvergleich
142 genommen werden, kann aus unserer Sicht zwar nicht als Leitlinie für bestens verständliche
143 Texte gelten. Einen Sinn verkürzen heißt nicht gleich, dass etwas verständlicher gemacht
144 würde, denn man muss das Niveau nicht senken, um verständlicher zu machen, was man
145 sagen will. Nichtsdestotrotz ist die Einstufung als Anzeichen dafür zu werten, dass Sätze wie die
146 folgenden aus dem Wahlprogramm überarbeitet werden sollten:

147

148 „Der unter deutscher Regie eingeführte Makroökonomische Dialog (MED) zwischen den EU-
149 Finanzministern, der Europäischen Zentralbank und den Sozialpartnern ist zu stärken und
150 insbesondere für die Eurozone weiterzuentwickeln. [...] Wir wollen den Internationalen
151 Währungsfonds (IWF) demokratisch reformieren und zur zentralen Kontroll- und
152 Koordinationsinstanz für die internationale Finanzwirtschaft ausbauen. Seine Zusammenarbeit
153 mit dem Forum für Finanzstabilität (FSF) ist weiter zu verbessern. Gemeinsam sollen beide
154 Institutionen ein Frühwarnsystem und politische Handlungsempfehlungen für stabile
155 Finanzmärkte entwickeln.“[11] Das muss gemeinsam mit dem Schritt zu einem europäischen
156 Programm unbedingt angegangen werden.

157

158 Wenn 2014 die Europawahl anläuft, sind ganze sieben Jahre seit dem Grundsatzprogramm von
159 Hamburg, fünf Jahre seit der letzten Europawahl und drei Jahre seit Beschluss des Leitantrages
160 „Neuer Fortschritt für ein starkes Europa“ vergangen. Genug gewartet. Die beschworene

161 Europapartei darf auch in ihrer Selbstorganisation keine Worthölse bleiben!

162

163 • Die Europa-Beschlusslage mit Leben füllen

164

165 • Die SPE-Grundsatzprogrammdebatte vorantreiben

166

167 • Die Wahl der SPD-EuropakandidatInnen demokratisieren

168

169 • Eine wirklich europäische Wahlkampagne fahren

170

171 • Europa in das Parteileben holen

172

173 • Europa-Programm verständlicher machen

174

175

176

177 [1] http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf, S. 29

178

179 [2] http://www.spd.de/linkableblob/17784/data/20110926_leitantrag_europa.pdf, S. 21 – 22

180

181 [3] http://www.spd.de/linkableblob/17784/data/20110926_leitantrag_europa.pdf, S. 21

182

183 [4] <http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/>

184 2012/election_2012/Parlement_EB774PARLelections_EN_final.pptx, Folie 31

185

186 [5] http://www.spd.de/linkableblob/23182/data/beschlussbuch_bpt_2011.pdf, S. 121

187

188 [6] http://www.spd.de/linkableblob/23182/data/beschlussbuch_bpt_2011.pdf, S. 121

189

190 [7] http://www.pes.org/en/system/files/PES_Strategy_for_2010-2014_adopted_040210_EN.pdf,

191 S. 4

192

193 [8] http://www.pes.org/en/system/files/PES_Strategy_for_2010-2014_adopted_040210_EN.pdf,

194 S. 5

195

196 [9] http://www.spd.de/linkableblob/23182/data/beschlussbuch_bpt_2011.pdf, S. 122

197

198 [10] <https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/einrichtungen/komm/PDFs/Komm/>

199 Wahlprogramm-Check/Wahlprogramm-Check_Europawahl_2009.pdf

200

201 [11] http://library.fes.de/prodok/ip-02017/europamanifest_2009_final.pdf, S. 10 – 12

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

Titel SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen

1 Wir fordern, dass SPD-Mitgliederbegehren nicht mehr nur auf dem Papier (Unterschriftenlisten)
2 unterstützt werden können, sondern dass eine Abstimmung auch online möglich ist. Durch eine
3 Identifizierung mit der SPD-Mitgliedsnummer kann gewährleistet werden, dass jedes Mitglied
4 nur einmal abstimmt.

5

6 **Begründung:**

7 Beim Mitgliederbegehren gegen die verdachtslose Vorratsdatenspeicherung kamen weniger als
8 6000 Unterschriften zusammen. Wir denken, man macht es sich zu einfach, wenn man diese
9 geringe Resonanz nur auf mangelndes Interesse an der Thematik Vorratsdatenspeicherung
10 zurückführt. Das Verfahren mit den Listen, die unterschrieben in den SPD-Geschäftsstellen
11 abgegeben oder direkt an die InitiatorInnen geschickt werden sollen, ist zu umständlich.

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Innerparteiliche Demokratie stärken – Für die
Urwahl von SpitzenkandidatInnen!

Antragsteller Brandenburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Innerparteiliche Demokratie stärken – Für die Urwahl von SpitzenkandidatInnen!

- 1 Die SPD ist die größte und älteste Volkspartei in Deutschland. Mehr als 470.000 Menschen
- 2 setzen sich seit 150 Jahren für die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ein.
- 3
- 4 Grundwerte, die mehrere Diktaturen, Kriege und Wirtschaftskrisen überlebt haben. Von
- 5 Schleswig-Holstein, über Brandenburg bis Bayern setzen sich jede Genossin und jeder
- 6 Genosse seit der friedlichen Revolution 1989/1990 für ein soziales und demokratisches Land
- 7 ein.
- 8
- 9 Diese Demokratie lebt von ihren Bürgerinnen und Bürgern. Die Partei lebt von ihren Mitgliedern.
- 10
- 11 Wir SozialdemokratInnen können erhobenen Hauptes auf unsere Geschichte und Politik
- 12 gucken. Meist kluge Entscheidungen in Regierungsverantwortung, herausragende
- 13 Politikerinnen und Politiker wie Willy Brandt, Helmut Schmidt oder Regine Hildebrandt werden
- 14 immer fest mit der Sozialdemokratie verbunden sein.
- 15
- 16 Um das Meinungsbild unserer Basis – und damit jeder Genossin und jedes Genossen –
- 17 abzubilden, setzen wir uns für einen Mitgliederentscheid bei der Nominierung zur
- 18 Spitzenkandidatin oder zum Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl ein und ändern § 13 (1)
- 19 des SPD OrganisationsStatut wie folgt:
- 20
- 21 § 13 (1) Mitgliederentscheid
- 22
- 23 Ein Mitgliederentscheid kann den Beschluss eines Organs ändern, aufheben oder einen
- 24 solchen Beschluss anstelle eines Organs fassen. Der Kanzlerkandidat oder die
- 25
- 26 Kanzlerkandidatin der SPD wird durch einen Mitgliederentscheid bestimmt.
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel 11 Thesen zur Rolle der Sozialdemokratie vor und nach der Bundestagswahl

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

11 Thesen zur Rolle der Sozialdemokratie vor und nach der Bundestagswahl

1 Die Bundestagswahlen haben uns vor ein aus jungsozialistischer und sozialdemokratischer
2 Perspektive mehr als unbefriedigendes Ergebnis gestellt. Der SPD ist es nicht gelungen die
3 Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen, die unserer Partei seit 15 Jahren in
4 kontinuierlich wachsendem Maße das Vertrauen entzogen haben. Auch überdurchschnittliche
5 Zuwächse in der Gruppe der Erst- und JungwählerInnen können diesen Umstand nicht
6 kaschieren.
7 Mit elf Thesen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben und keine absolute Wahrheit
8 sein wollen und können, möchten wir unseren Berliner Impuls zur Frage nach der inhaltlichen,
9 personellen und strategischen Zukunft der SPD beitragen. „Die Zukunft ist offen“, das gilt
10 gesamtgesellschaftlich ebenso wie für die SPD. Deshalb nehmen wir die Herausforderung an
11 und steigen in die Diskussion ein.

12

13 **1. Alle Wahlziele verpasst!**

14

15 Die SPD hat sich die formalen Ziele gesetzt, mit Peer Steinbrück den Bundeskanzler zu stellen,
16 mit Bündnis '90 / Die Grünen eine Koalition zu führen und die schwarz-gelbe Regierung
17 abzulösen, sowie bei der Bundestagswahl 30+x Prozent der Zweitstimmen zu erhalten. Die SPD
18 hat diese Bundestagswahlen mit einem Ergebnis von 25,7 Prozent verloren und alle
19 wesentlichen Wahlziele verpasst. Auch der erste Zugewinn seit 1998 (plus 2,7 Prozent) kann
20 darüber nicht hinwegtäuschen, schließlich war die Sozialdemokratie zuvor tief genug gesunken:
21 Dies ist das zweitschlechteste Ergebnis seit der Gründung der Bundesrepublik. Lediglich
22 Schwarz-Gelb ist, weil die FDP den Wiedereinzug in den Bundestag verpasst hat, abgewählt.
23 Auch wenn nun im Bundestag eine rechnerische Mehrheit links der Mitte besteht, muss der
24 eindeutige Rechtsruck bei dieser Wahl kritisch ins Auge gefasst werden: 53 Prozent der
25 Zweitstimmen gingen an rechte, rechtspopulistische oder nazistische Parteien (CDU, CSU,
26 FDP, AfD, NPD, REP, ProD und andere). Auch diese Entwicklung muss klar als Teil der
27 Wahlniederlage anerkannt werden, denn es ist nicht gelungen, eine linke Mehrheit zu
28 mobilisieren.

29

30 **2. Ein linkes Wahlprogramm hatten wir, aber...**

31

32 Die SPD hat für ein solide demokratisch-sozialistisches Wahlprogramm im Wahlkampf große
33 Zustimmung erfahren. Unsere Kernforderungen waren der flächendeckende, gesetzliche
34 Mindestlohn, gleicher Lohn für Frauen und Männer, gleicher Lohn für gleiche Arbeit,
35 Solidarrente und Rente nach 45 Beitragsjahren, die Abschaffung des Betreuungsgeldes und
36 Investitionen in Kitas, doppelte Staatsbürgerschaft, bezahlbares Wohnen,
37 Finanzmarktregulierung und gerechtere Steuern. Diese Forderungen sind gesellschaftlich
38 mehrheitsfähig und finden breite Unterstützung. Die Mitglieder der SPD standen mit sehr großer

39 Mehrheit hinter ihrem Programm und Umfragen zeigen, dass die Wählerinnen und Wähler der
40 SPD diese in ihrer großen Mehrheit aufgrund des Regierungsprogrammes gewählt haben.
41 Gleichzeitig ist es uns aber nicht gelungen den Entwurf eines sozialen Europas zu schaffen
42 und Schwarz-Gelb somit in einem wesentlichen Politikfeld herauszufordern. Eine solche Vision
43 hätte klar skizzieren können, wie die Sozialdemokratie in der europäischen Krisenpolitik anders
44 agiert hätte und auf welche Vision sie hinarbeitet. Das Thema Europa ist in der öffentlichen
45 Debatte größtenteils negativ konnotiert, diesen Umstand konnte eine Partei wie die AfD klar für
46 sich nutzen. Auch in diesem Wahlkampf und auch in der Zeit davor hat die SPD es verpasst ein
47 positives Narrativ zu schaffen und in der öffentlichen Debatte dem Projekt Europa den
48 Stellenwert zu verschaffen, den es verdient hätte. Dies hat uns gleichzeitig die Perspektive
49 verbaut, Bundestagswahl in diesem und Europawahl im kommenden Jahr als zwei Seiten einer
50 Medaille zu verstehen und den BürgerInnen daraus abgeleitet den konsistenten Entwurf einer
51 zeitgemäßen, sozialen und integrativen föderalen Staatlichkeit zu skizzieren.
52 Wir Jusos haben hierzu bereits Vorarbeit geleistet – beispielsweise die Bekämpfung von
53 Steuerhinterziehung und –vermeidung betreffend oder auch bezüglich einer europäischen
54 Vermögensabgabe - und werden entsprechende Anknüpfungspunkte im Rahmen der Wahlen
55 zum Europäischen Parlament nutzen.

56

57 **3. ... das bedeutet noch keinen Stimmenzuwachs**

58

59 Dass die theoretisch sehr breite Zustimmung zu unserem Programm nicht in praktische
60 Zustimmung, in Vertrauen und in die Stimmen vieler Wählerinnen und Wähler umgemünzt
61 werden konnte, hat verschiedene Gründe. Wir sind überzeugt und stützen uns hierbei auf
62 vielfache Erfahrungen in und außerhalb des Wahlkampfes, dass dies im Kern mit verlorenem
63 Vertrauen, einer falschen personellen Aufstellung und einer selbstgeschaffenen strategischen
64 Sackgasse zu tun hat.

65 Die SPD hat in den vergangenen 15 Jahren enorm an Vertrauen verloren. Vielen Menschen
66 glauben nicht mehr, dass die SPD Deutschland und Europa gerechter machen werde. Dies liegt
67 in den nicht eingelösten Glücksversprechen des rot-grünen Projektes und seinem Versagen,
68 das die SPD in der großen Koalition fortgesetzt hat. Hierzu zählen das verworfene
69 Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, der Afghanistankrieg, die Zerschlagung der
70 Sozialsysteme und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch die Hartz-Reformen und die
71 Rente mit 67, die Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche, die
72 Mehrwertsteuererhöhung, die Vorratsdatenspeicherung und vieles mehr.

73 Mit dem diesjährigen Regierungsprogramm hat die SPD einen Kurswechsel vorgenommen und
74 eine Korrektur vieler dieser krassen Fehler angekündigt. Doch auch wenn dieses
75 Regierungsprogramm gesellschaftlich mehrheitsfähig war, stieß man doch im Wahlkampf oft auf
76 die These, dass die jetzige SPD dieses ohnehin nicht umsetzen würde.

77 Es hätte einen Personalvorschlag gebraucht, der dieses ordentliche linke Programm nicht nur
78 abbildet, sondern der auch glaubhaft vermitteln kann voll und ganz dahinter zu stehen. Doch die
79 gesamte Trias, bestehend aus Sigmar Gabriel, Frank-Walter-Steinmeier und Peer Steinbrück,
80 war an der großen Koalition beteiligt. Wie sollten gerade sie einen Richtungswechsel glaubhaft
81 machen? Peer Steinbrück hatte zudem den Ruf eines Finanzmarkt-Deregulierers. Frank-Walter
82 Steinmeier ist der Architekt der Agenda 2010 und hat weder als Vizekanzler unter Angela
83 Merkel, noch als „Oppositionsführer“ für einen Machtwechsel gestanden und jede sinnvolle
84 Konfrontation gemieden. Zudem stellt sich nachwievor die Frage, warum es eigentlich diese
85 Trias gab. Denn ursprünglich hatte die SPD sich auf dem Dresdner Parteitag 2009 einem Ende
86 der Basta-Politik und mehr Basisbeteiligung verschrieben. Dass sich drei Genossen selbst als
87 Köpfe der Partei ausriefen, knüpfte jedoch nahtlos an alte Zeiten an.

88 Die Besetzung der Spitzenkandidatur verlief für die Basis und die Öffentlichkeit völlig
89 undurchsichtig. Unverständlich ist und bleibt dabei auch, warum in der engeren Auswahl nicht
90 eine Genossin vorgesehen wurde. Das Bild, welches dadurch im Raum stehen bleibt, ist das
91 dreier (mittel)alter, westdeutscher, weißer Männer, die den Kuchen unter sich aufteilen wollten.
92 Nicht gerade ein passendes Bild, um das doch gelungene Wahlprogramm auch personell zu
93 unterfüttern, was schon bei einem kurzen Blick in die Wahlanalyse für alle deutlich wird, denn:
94 Stärkste Wählergruppe der SPD waren Männer über 60.

95 Insgesamt lief die SPD so in eine Sackgasse, die durch einen geradezu wahnhaften
96 Abgrenzungskurs gegenüber der bloßen Möglichkeit eines rot-rot-grünen Linksbündnisses
97 unterstrichen wurde. Dieser Kurs war in vielfacher Hinsicht schädlich und dumm. Er wirkte
98 angesichts der ernüchternden Umfragewerte demobilisierend. Er lud enttäuschte SPD-
99 AnhängerInnen erneut dazu ein, der SPD mit einer Stimme für die Linkspartei einen vielleicht

100 letzten Warnschuss vor den Bug zu setzen. Und er verbaut für weitere vier Jahre die Nutzung
101 einer vorhandenen parlamentarischen Mehrheit.
102 Alle genannten Faktoren bedingen sich gegenseitig.

103

104 **4. Rückbesinnung und Erneuerung fortsetzen!**

105

106 Wenn grundsätzliche inhaltliche Zustimmung nicht zu tatsächlicher Zustimmung in der
107 Wahlkabine führt, dann fehlt den WählerInnen ganz offenkundig der Glaube an Wille und Kraft
108 der Sozialdemokratie, ihre eigene Programmatik in praktische Politik umzusetzen. Zudem gibt
109 es aber auch relevante Bevölkerungsteile, aus deren Sicht die Selbsterneuerung und
110 Rückbesinnung der Sozialdemokratie auf ihre Grundsätze noch lange nicht weit genug geht.
111 Beiden Faktoren kann, das hat Sigmar Gabriel zuletzt richtig bemerkt, nur mit Vertrauensbildung
112 begegnet werden. Jedoch sollte jede und jeder, der oder die aktuell in führender Position
113 Verantwortung für die SPD trägt kritisch hinterfragen, inwiefern er oder sie für einen echten
114 Vertrauensbildungsprozess hilfreich oder hinderlich ist. Und ob der Wunsch nach
115 Rückbesinnung und Erneuerung lediglich dem sorgenvollen Blick auf die Umfragen folgt, oder
116 ob er aus einem ehrlichen Erkenntnisprozess erwächst.

117

118 **5. Nie wieder Troika!**

119

120 Diese Annahme speist sich aus Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit, aus Hartz-Reformen,
121 der Deregulierung des Arbeitsmarktes, einer degressiven Steuerpolitik und anderem. Die
122 Personen, die untrennbar mit dieser Politik verbunden sind – beispielsweise die „Troika“ -,
123 bestimmen im Kern auch in 2013 weiterhin deutlich vernehmbar den Kurs der Sozialdemokratie.
124 Sie waren und sind maßgebliche Bremsklötze an den Beinen eines nach links laufenden
125 Regierungsprogramms. Ein personelles „Weiter so!“ darf es nicht geben. Die SPD muss
126 stattdessen in ihrer Breite und in der öffentlichen Wahrnehmung jünger, weiblicher,
127 ostdeutscher und unverbraucher werden. Sie muss ihre Repräsentanz in der Öffentlichkeit
128 zudem deutlich breiter aufstellen und auf mehr Personen verteilen. Auch das sind Erkenntnisse
129 des vorliegenden Wahlergebnisses.

130 Die SPD hat in Sachen Nachwuchsförderung offensichtlich versagt. Zwar gibt es beispielsweise
131 Frauenmitgliedwerbekampagnen und es wird sich bemüht, die Partei als ganze weiblicher zu
132 machen, doch um die Parteispitze scheint es dabei nicht zu gehen. Genauso bilden
133 GenossInnen im Jusoalter zwar einen stattlichen Anteil an unserer Partei, doch in der
134 Gesamtschau muss leider konstatiert werden, dass die SPD, je höher man die Stufen
135 hinaufsteigt, immer älter und männlicher wird.

136

137 **6. Ausschließeritis? Ausschließen!**

138

139 Verzweifelte Verteidigungskämpfe um das Erbe von sieben Jahren Rot-Grün und die
140 retrospektive Lesart der Agendapolitik haben uns zudem in eine beispiellose strategische
141 Sackgasse manövriert. Eine souveräne und selbstbewusste Auseinandersetzung mit der
142 Linken als etablierter politischer Größe im bundesdeutschen Parlamentarismus hat nicht
143 stattgefunden. Dieses Versäumnis verhindert nun zum wiederholten Mal, dass aus linken
144 parlamentarischen Mehrheiten eine linke Regierung wird und hat unsere potenzielle
145 WählerInnenschaft demobilisiert. 2013 muss deshalb das letzte Jahr sein, in dem die SPD-
146 Spitze mit einem pauschalen Abgrenzungskurs nach links progressive Politikansätze
147 verhindert. Wir werden keine Parteispitze unterstützen, die nicht bereit ist diesen Irrweg zu
148 verlassen. Die Bundestagsfraktion fordern wir auf bei der Zusammenstellung der
149 Fraktionsspitze die gleichen Maßstäbe anzulegen und endlich keine Agenda-ApologeInnen
150 mehr auf's Schild zu hieven. Die übereilte Wahl von Frank-Walter Steinmeier und Thomas
151 Oppermann war in dieser Hinsicht eine große Enttäuschung und steht einer ehrlichen
152 Aufarbeitung des Wahlergebnisses massiv im Weg.

153

154 **7. Mehrheiten Nutzen. Zum Nutzen aller.**

155

156 Wir schließen uns der Forderung des Juso-Bundesverbandes an, wonach die vorhandenen
157 linken Mehrheiten bis zur Bildung einer neuen Bundesregierung zu nutzen sind, um
158 Kernforderungen des rot-rot-grünen Lagers wie z.B. den flächendeckenden gesetzlichen
159 Mindestlohn, die Öffnung der Ehe und die Abschaffung des unsolidarischen Betreuungsgeldes
160 schnellstmöglich durchzusetzen. Diese Chance nicht zu nutzen wäre fatal und würde ein

161 weiteres Mal große Zweifel schüren, wie ernst die SPD es mit ihren Kernforderungen meint.
162 Dass die strategisch ebenfalls völlig defensiv aufgestellte Linkspartei überhaupt in der Lage ist,
163 uns mit unseren eigenen und vor allem populären politischen Forderungen seit Monaten und
164 Jahren am Nasenring durch die Arena zu ziehen, sollte zu denken geben.

165

166 **8. Rot-rot-grüner wird's nicht.**

167

168 Mit der Entscheidung, eine Koalition mit der Linkspartei von vornherein auszuschließen, hat sich
169 die SPD ein weiteres Mal selbst Steine in den Weg gelegt. Eine Politik der Annäherung
170 zwischen SPD, Grünen und Linkspartei muss deshalb im Mittelpunkt der kommenden
171 Legislaturperiode stehen. Sich auf eine große Koalition einzulassen würde auch hier die
172 Möglichkeiten stark beschneiden. Wir brauchen aber mehr als Denkfabriken und weitere
173 Gesprächskreise, sondern vielmehr eine enge parlamentarische Abstimmung der Fraktionen,
174 eine echte Offenheit für rot-rot-grüne Optionen bei Landtagswahlen – derzeit beispielsweise in
175 Hessen - und eine klare und inhaltlich begründete Kommunikation in der Öffentlichkeit, warum
176 wir diese strategische Option im Interesse dieser Gesellschaft künftig nutzen wollen. Eine starke
177 linke Opposition ist das Projekt, an dem die SPD sich beteiligen sollte, auch um dabei ihr Profil
178 als linke Volkspartei zurückzugewinnen. Gemeinsam mit Linkspartei und Grünen wollen wir für
179 gemeinsame Mehrheiten streiten und dabei die o.g. Mehrheiten reaktionärer Parteien, die den
180 parlamentarischen Mehrheiten zum Trotz existieren – brechen.

181

182 **9. Opposition ist Mist. GroKo ist größerer Mist.**

183

184 Die massive Ablehnung der SPD-Basis gegenüber der Option einer möglichen Großen
185 Koalition ist überall spürbar. Vor dem Parteikonvent haben wir gemeinsam mit dutzenden
186 GenossInnen diese Stimmung zunächst vor und infolgedessen auch in das Willy-Brandt-Haus
187 getragen. Doch genügt dies nicht. Notwendig ist in allen relevanten vor uns liegenden
188 Entscheidungen eine breite, echte Beteiligung der Mitgliedschaft, die nicht durch Zeitpunkt und
189 Fragestellung manipuliert werden darf. Einen Mitgliederentscheid zum frühestmöglichen
190 Zeitpunkt der Gespräche mit der Union hätten wir hierbei für geeignet gehalten, doch der
191 Konvent – medial als Basisgremium verklärt - hat anders entschieden.
192 Das Ergebnis aus Sondierungen oder Verhandlungen mit der Union darf in keinem Fall als
193 Grundlage für eine Erpressung der Mitgliedschaft durch die Parteiführung dienen. Die durch den
194 Parteikonvent beschlossene Mitgliederbefragung muss ergebnisoffen stattfinden und die
195 tatsächlichen Inhalte des Befragungsgegenstandes in den Mittelpunkt der
196 Mitgliedsentscheidung stellen. Pseudodemokratische Kommentarspalten auf spd.de werden
197 diesem Anspruch keinesfalls gerecht, sie simulieren Partizipation nur.
198 Klar ist auch: Wer den Mitgliedern der SPD nun ein halbgares Verhandlungsergebnis präsentiert
199 und es auch noch zur Annahme empfiehlt, knüpft sein oder ihr politisches Schicksal an das
200 Ergebnis der Befragung. Die SPD steht demnach nicht nur vor einem simplen
201 Mitgliederentscheid über eine Regierungsbeteiligung, sie steht vielmehr vor einer inhaltlichen,
202 strategischen und infolgedessen auch personellen Richtungsentscheidung. Dafür lohnt es sich
203 zu kämpfen.

204

205 **10. Kein Politikwechsel mit der Union. Nirgends.**

206

207 Eine Große Koalition lehnen wir aus inhaltlichen Gründen grundsätzlich und entschieden ab.
208 Die SPD hat bei der zurückliegenden Bundestagswahl keinen Regierungsauftrag erhalten.
209 Formulierungen wie „Der Ball liegt nun im Feld von Frau Merkel“ (Steinbrück, Gabriel, weitere)
210 zeichnen jedoch ebenso ein Zerrbild der Situation. Frau Merkel hat keine parlamentarische
211 Mehrheit und somit auch keinen Ball. Es ist die SPD, die Gefahr läuft ihr den Ball erneut
212 bereitwillig vor die Füße zu werfen.

213 Eine ernsthafte Option, sich in einem Regierungsbündnis mit der Union unter den gegebenen
214 Mehrheitsverhältnissen auch nur im Ansatz wiederzufinden, besteht nicht. Alle Erfahrungen der
215 bisherigen Bundesregierungen unter Angela Merkel zeigen zudem, dass die Koalitionsverträge
216 im Ergebnis das Papier nicht wert sind, auf dem sie gedruckt wurden. Hier dürfen einzelne
217 Forderungen, die es möglicherweise in einen Koalitionsvertrag schaffen würden, nicht als
218 großer Erfolg gesehen werden, denn selbst wenn ein solcher Vertrag einen
219 sozialdemokratischen Schriftzug trüge, bleibt stark zu bezweifeln, dass die Regierung diesen in
220 den kommenden Jahren beibehalte. Oder ob wir nicht viel mehr als Juniorpartnerin in dieser
221 Koalition so viel mittragen müssten, dass wir uns am Ende selbst nicht mehr erkennen. Die SPD

222 darf sich hier nicht weiter verbiegen. Sozialdemokratisches Regieren ist in einer Großen
223 Koalition dieses Formats schlicht nicht möglich.

224

225 **11. Verantwortung heißt auch „Nein“ sagen**

226

227 „Staatspolitische Verantwortung“, mit der die SPD nun bei der Ehre gepackt und in die Große
228 Koalition gedrängt werden soll, nachdem ihr im Wahlkampf noch vehement vorgeworfen wurde
229 nicht staatstragend und verantwortungsbewusst genug zu sein, ist keine relevante politische
230 Größe. Zudem ist auch die Opposition in einer parlamentarischen Demokratie unverzichtbarer
231 Bestandteil dessen, was sich hinter „staatspolitischer Verantwortung“ verbirgt.

232 „Staatspolitische Verantwortung“ schafft jedoch keinen Mindestlohn, keine Gleichstellung, kein
233 gerechtes Gesundheitssystem, keine gute Arbeit und kämpft nicht gegen Nazis. Sie ist kein
234 Selbstzweck. Sie ist vielmehr die Waffe derer, die mit dem weitgehend entpolitisierten Status
235 Quo zufrieden sind. Ihnen wollen und werden wir nicht nachgeben, denn der mitschwingende
236 Vorwurf gegenüber SozialdemokratInnen als „vaterlandslosen GesellInnen“ ist eine historische
237 Konstante, die zu jeder Zeit nur dem einen Ziel diene, nämlich die Sozialdemokratie zu
238 zerstören.

239

240

241

242

243

244

245

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

Titel Keine Wiederbelebung des Präsidiums:
Abgeschafftes Präsidium abgeschafft lassen

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Wiederbelebung des Präsidiums: Abgeschafftes Präsidium abgeschafft lassen

- 1 Die SPD spricht sich gegen eine Wiedereinführung des Präsidiums aus und hält an
- 2 Bundesparteitag, Parteikonvent und Parteivorstand fest.
- 3
- 4 **Begründung:**
- 5 Im Zuge der Auswertung der Bundestagswahl 2009 stellte sich die SPD auch Organisatorisch
- 6 neu auf. Der Bundesparteitag beschloss 2011 mit deutlicher Mehrheit, dass das Präsidium auf
- 7 Bundesebene abgeschafft werden sollte. Ziel war es mehr Diskussion und Beteiligung der
- 8 unterschiedlichsten Mitglieder zuzulassen. Eine Wiedereinführung des Parteipräsidiums auf
- 9 Bundesebene wäre mehr als ein Schritt zurück und würde den Erneuerungsprozess, der immer
- 10 noch nicht abgeschlossen ist, zerstören. Die SPD kann über die Reformierung von bestehenden
- 11 Strukturen nachdenken, sollte aber Abstand davon nehmen, neue (alte) Strukturen wieder
- 12 einzuführen.
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel Parteikonvent generell mitgliederöffentlich

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Parteikonvent generell mitgliederöffentlich

- 1 Der §28 Absatz 6 des Organisationsstatuts der SPD ist neu zu fassen.
- 2 Bisher: Der Parteikonvent gibt sich eine Geschäftsordnung. Er kann auf Antrag die
- 3 nichtöffentliche Tagung beschließen.
- 4 Neu: Der Parteikonvent gibt sich eine Geschäftsordnung. Er tagt immer mindestens
- 5 parteiöffentlich. Er kann auf Antrag die öffentliche Tagung beschließen. Für den Fall, dass die
- 6 Zahl der SPD-Mitglieder, die am Konvent teilnehmen wollen, die Raumkapazitäten übersteigt,
- 7 ist durch Übertragung in weitere Räume oder andere, geeignete technische Lösungen
- 8 sicherzustellen, dass alle SPD-Mitglieder den Konvent mitverfolgen können.

9

10 **Begründung:**

11 In den Wochen und Monaten des Wahlkampfes haben wir an Wohnungstüren und Infoständen
12 verkündet, dass das WIR entscheidet. Das muss auch für die SPD selbst gelten. Der
13 Parteikonvent am 27.09.13 verbannte jedoch die Mitglieder der SPD vor die Tür. Dies haben wir
14 nicht akzeptiert und werden auch zukünftig nichtöffentliche Sitzungen des Parteikonvents nicht
15 akzeptieren.

16 Das WIR entscheidet!

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Versteckte Gebühren für SPD-Kandidaturen
abschaffen!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Versteckte Gebühren für SPD-Kandidaturen abschaffen!

- 1 Für die Kandidatur auf öffentliche Ämter, wie für den Bundestag, Abgeordnetenhaus,
- 2 Bezirksverordnetenversammlung etc. wird von den Kandidat_innen nicht länger eine
- 3 Kostenbeteiligung aus eigenen Mitteln entrichtet, sofern diese erstmals und/oder aus einer nicht
- 4 parlamentarischen Position für ein öffentliches Amt kandidieren oder von der kommunalen
- 5 Ebene für ein Landesparlament oder den Bundestag kandidieren.

6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Ein Schritt in das 21. Jahrhundert - SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag SPD

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Ein Schritt in das 21. Jahrhundert - SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen

1 Wir fordern, dass bei der Durchführung von Mitgliederbegehren innerhalb der SPD in Zukunft
2 nicht mehr nur die Abstimmung durch handschriftlich auszufüllende Unterschriftenlisten möglich
3 ist, sondern auch ein geeignetes Online-Verfahren bereitgestellt wird. Durch die Verwendung
4 der eindeutig zuordenbaren SPD-Mitgliedsnummer könnte eine Mehrfachabstimmung
5 zuverlässig verhindert werden.

6

7 **Begründung:**

8 Unabhängig von der Frage wie gelungen das Mitgliederbegehren gegen die verdachtslose
9 Vorratsdatenspeicherung in seiner Ausgestaltung war, zeigte sich für die Durchführenden ein
10 zentrales Hemmnis: Das Festhalten an Unterschriftenlisten, die persönlich ausgefüllt werden
11 müssen, ist in einer Partei mit einem Aktivenanteil von etwas über 10% und einem doch recht
12 hohen Quorum für Mitgliederbegehren eine zu große Hürde. Eine sichere und eindeutige
13 Abstimmung in einem Online-Verfahren ist möglich und wäre ein kleiner Baustein zur
14 fortdauernden Modernisierung der SPD.

15

16 Ausdrücklich soll die Online-Abstimmung nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zum
17 bestehenden Verfahren verstanden werden.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Mehr Basisdemokratie wagen!

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Mehr Basisdemokratie wagen!

1 SpitzenkandidatInnen der SPD auf Bundes- und Landesebene sollen zukünftig
2 basisdemokratisch von den Parteimitgliedern gewählt werden. Auch auf kommunaler Ebene
3 soll diese Möglichkeit zunehmend umgesetzt werden. Dies wäre ein entscheidendes Signal
4 hinsichtlich der vom Parteivorstand ausgegebenen Transparenz und Mitgliederbeteiligung in der
5 SPD.

6
7 Erweist sich diese Maßnahme als erfolgreich, wird der zweite Schritt sein, vergleichbare
8 Entscheidungsverfahren nicht nur auf personeller, sondern auch auf inhaltlicher Ebene
9 umzusetzen.

10

11 **Begründung:**

12 Das mediale Echo auf die Kür des Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl ist hinlänglich
13 bekannt und nicht unberechtigt. Die Kommunikation der Troika und der Parteispitze, es habe
14 eben nur ein Kandidat gewollt, ist bei dieser Art der Entscheidungsfindung kaum zu belegen.
15 Grundsätzlich sollte in unserer Partei jede/r – ggf. unter bestimmten, sinnvollen Kriterien – die
16 Chance haben, sich zu einer solchen Wahl aufzustellen.

17

18 Die Machbarkeit eines solchen Verfahrens haben u.a. Bündnis '90/Die Grünen mit ihrer Urwahl
19 für die Bundestagswahl eindeutig nachgewiesen, was ihnen kurzer Aufgeregtheiten zum Trotz
20 keinesfalls geschadet hat. Je umfangreicher dies Anwendung findet, also mindestens auch für
21 die Ebene der Bundesländer, desto eher kann dem Vorurteil von Hinterzimmerpolitik und damit
22 auch der Parteienverdrossenheit insgesamt etwas Stichhaltiges entgegnet werden.

23

24 Die Sinnhaftigkeit auf kommunaler Ebene muss überprüft werden; hier räumen wir ein, dass
25 aufgrund finanzieller Zwänge und der ohnehin oft schwierigen KandidatInnenfindung sich die
26 Lage anders darstellt. Wünschenswert wären noch mehr basisdemokratische Angebote jedoch
27 auch hier.

28

29 Die Ausweitung auf inhaltliche Fragen muss selbstverständlich mit Bedacht geschehen und darf
30 die Kompetenzen der gewählten Gremien nicht vollständig untergraben. Jedoch zu hoffen, dass
31 sich die abnehmende Beteiligung der BürgerInnen in Parteien von alleine löst, wird unter keinen
32 Umständen erfolgreich sein. Derartige Maßnahmen per se zu verurteilen, wäre also deutlich zu
33 kurz gedacht und mittel- wie langfristige äußerst kontraproduktiv.

34

35

36

37

38

39

Titel Einrichtung einer Juso-Azubi-Gruppe (JAG).

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Einrichtung einer Juso-Azubi-Gruppe (JAG).

1 **Forderung:**

2

3 Der Juso-Bundesvorstand wird aufgefordert eine Juso-Azubi Bundeskoordination (vergleichbar
4 mit der, der Juso-SchülerInnen) einzurichten.

5

6 **Begründung:**

7 Bei den Jusos gibt es viele Untergruppen wie Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen etc. die
8 für bestimmte Zielgruppen ansprechbar sind.

9

10 Beim Betrachten dieser Strukturen ist aufgefallen, dass Auszubildende sich kaum in diesen
11 wieder finden. Es besteht eine starke Juso-Hochschulgruppe und eine schnell wachsende Juso-
12 Schüler Struktur, dies finden wir sehr positiv. Allerdings vertreten die o.g.
13 zielgruppenorientierten Strukturen nur am Rande auch Auszubildenden.

14

15 Die Auszubildenden haben oftmals einen ganz anderen Tagesablauf, andere Vorstellungen und
16 andere Lebenswahrnehmungen als die Vielzahl der Schüler und Studenten bei uns im Verband.

17

18 Wir verstehen uns als die Jugendorganisation der Arbeiterpartei Deutschlands und haben im
19 ganzen Bundesverband keine angemessene Vertretung dieser uns wichtigen Zielgruppe.

20

21 Wir möchten den Auszubildenden einen Raum schaffen in dem sie sich gebührend entfalten
22 und austauschen können. Außerdem können die Azubis, ihre eigenen Schwerpunkte setzen
23 und so ihren Interessen nachgehen.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

S

Sonstiges

S 1	Bayern Pragmatischer Umgang mit Cannabis	292
S 2	Sachsen Legalisierung von Cannabis	297
S 3	Sachsen-Anhalt Einkommensabhängige Gestaltung des Rundfunkbeitrags	299
S 4	Hamburg Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erkennen: Die Trimedialität öffentlich-rechtlicher Programme herstellen.	301
S 5	Hessen-Nord Für eine artgerechte Tierhaltung	303
S 6	Baden-Württemberg Verbot von Tieren in Zirkusbetrieben	305
S 7	Schleswig-Holstein Mehr Laizismus wagen! – Kirche, Staat und Religion endlich trennen!	306
S 8	Mecklenburg-Vorpommern Für eine Einschränkung von Tierversuchen - Gegen Tierquälerei !	309
S 9	Weser-Ems Bezüge Bundespräsident	312
S 10	Rheinland-Pfalz Rückführung von in der Kolonialzeit geraubter Gebeine in ihre Ursprungsländer	314

Titel Pragmatischer Umgang mit Cannabis

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Pragmatischer Umgang mit Cannabis

1 Der Konsum von Cannabis hat gemäß diverser Studien eine große Anziehung auf breite
2 Bevölkerungsschichten. Deshalb stellen sich zwei zentrale Fragen:

3

4 • Warum ist das so?

5

6 • Wie könnte sich dies steuern lassen, um die negativen Effekte für die Gesellschaft zu
7 reduzieren und gleichzeitig einen finanziellen Ausgleich zu erhalten?

8

9 Aktuelle Situation: Konsum

10

11 Eine nicht zu unterschätzende Zahl an Menschen konsumiert regelmäßig Cannabis, dies ist die
12 gesellschaftliche Realität in Deutschland. Hierzu zählen besonders Jugendliche. Gemäß einer
13 Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (=BzGA) konsumieren über drei
14 Prozent der 12- bis 17-jährigen Jugendlichen regelmäßig Cannabis. Insgesamt haben zum
15 Zeitpunkt der Studie fast zehn Prozent der Jugendlichen in ihrem Leben mind. einmal gekifft,
16 6,6% allein in dem vorangegangenen Jahr der Studie. Unter den Erwachsenen, laut der Studie 18-
17 bis 64- Jährigen, haben bereits 23% in ihrem Leben zum Joint gegriffen. Davon 2,2 Prozent in
18 den vergangenen 30 Tagen.[i] Dies zeigt zwei Dinge: Weit verbreiteter Cannabiskonsum ist eine
19 Tatsache, die nicht zu widerlegen ist. Ebenso, wie die wenigsten Konsument_innen die Risiken
20 wirklich reflektieren und somit das Beibehalten des aktuellen Verbots von Cannabis die
21 gesamte Situation nicht ändert.

22

23 Aktuelle Situation: Gesundheitliche Gefahren und zusätzliche Gefahren durch repressive Politik

24

25 Repression ist für uns das falsche Mittel der Drogenpolitik. Es führt zu Problematiken, die ohne
26 diese Repression gar nicht vorhanden wären. Dies betrifft sowohl die daraus resultierende
27 Strafverfolgung, als auch gesundheitliche Risiken und Nebenwirkungen, welche bspw. durch
28 Streckmittel entstehen, welche aufgrund des Schwarzmarktes und der dadurch nicht
29 vorhandenen Rechtssicherheit der Käufer_innen weit verbreitet sind. So kam es z.B. im Jahr
30 2007 in Leipzig durch „gestrecktes“ Cannabis zur größten Bleivergiftung seit Ende des Zweiten
31 Weltkrieges.[ii] Im Jahr 2009 kam es in München wiederholt zu Fällen, in denen Menschen
32 wegen Bleivergiftungen durch „gestrecktes“ Cannabis ins Krankenhaus geliefert wurden. Der
33 deutsche Hanfverband erklärte anlässlich einer öffentlichen Anhörung im deutschen Bundestag
34 am 28. September 2011 in diesem Zusammenhang, dass ihrem „Streckmittelmelder“, welcher
35 2009 eingeführt wurde, bis zu diesem Zeitpunkt über 3000 Fälle gemeldet wurden, immer
36 wieder tauchen Fälle auf, in denen Cannabis mit Zucker oder Haarspray gestreckt werden-dies
37 mit verheerenden Folgen für die Konsumenten.

38

39 .[iii] All diese Beispiele zeigen, dass die „Streckung“ von Cannabis ein massives Problem
40 darstellt, welches erst durch die Kriminalisierung der Handhabung entsteht.

41

42 Eine weitere, unserer Ansicht nach, unterschätzte Gefahr einer kriminalisierten Handhabung, ist
43 die Wahrnehmung von Cannabiskonsumet_innen in Bezug auf andere illegale Drogen. Durch
44 ein Cannabis-Verbot kauft der Kunde oder die Kundin ihr Produkt in den meisten Fällen bei
45 Personen, die auch andere, so genannte harte Drogen verkaufen. Durch den ständigen
46 Umgang mit letzteren wird eine, durch die dauerhafte Konfrontation verschuldete,
47 Verharmlosung härterer Drogen erzeugt.

48

49 In diesem Zusammenhang muss allerdings erläutert werden, dass der Konsum der Droge
50 Cannabis grundsätzlich Folgeschäden verursacht. Zum einen wäre eine physische Abhängigkeit
51 möglich, wenn auch nicht so ausgeprägt wie bei Alkohol oder Opiaten der Fall, tritt diese ein bis
52 zwei Tage nach dem letzten Konsum auf, welcher ein bis zwei Wochen danach anhält. Weiter
53 gibt es die Möglichkeit der psychischen Abhängigkeit. Zum anderen besteht die Möglichkeit der
54 psychischen Abhängigkeit, die bspw. zu starken Psychosen (Neurosen) führen kann. aber auch
55 schon davor, wenn Alltagssituationen und Stress nur noch durch den Griff zum Joint bewältigt
56 werden können tritt eine gewisse psychische Abhängigkeit auf. Selbst wenn Alltagssituationen
57 sowie Stress nur noch durch den „Griff zum Joint“ vor allem letzteres führt bei vielen Menschen
58 dazu, dass sie immer tiefer in einen Teufelskreis geraten, aus dem es schwer ist, ohne Hilfe
59 Dritter, wieder aus zu brechen. Dieses Beispiel zeigt das grundsätzliche Problem, welches es
60 schwer macht konkrete Gefahren für Cannabis zu benennen: Menschen aus einem stabilen
61 sozialem Umfeld, intakter Familie sowie einem mehr oder weniger sorgenfreien Leben rutschen
62 wesentlich schwerer in diese Situationen, als andere, die unter Umständen sich auch aus
63 Zugehörigkeitsgründen beteiligen. Hier muss bspw. eine vernünftige Präventionsarbeit
64 ansetzen. Gefahren bestehen ebenfalls außerhalb solcher Extremsituationen. So genannte
65 Dauerkonsumet_innen fallen als träge und unmotiviert auf, was häufiger auch berufliche
66 Auswirkungen haben kann. Außerdem sind die Auswirkungen auf das nähere Umfeld nicht zu
67 vernachlässigen, denn es kann dazu führen, dass Freundschaften auf Grund dieser
68 Nebenwirkungen zerbrechen, oder Ähnliches. Dies kann aber genauso bei einem milden
69 Umgang mit Cannabis oder ohne Form einer Abhängigkeit möglich sein. Daraus lässt sich
70 schließen, dass Cannabis, wie jede andere Droge, gefährliche Auswirkungen auf den/die
71 Konsumenten/in hat. Aber auch eine legalisierte Handhabung stellt uns vor einige Probleme,
72 welche sorgfältig analysiert sowie angegangen werden müssen. Die Erfahrung zeigt jedoch,
73 dass eine Politik der Verbote diese Probleme nicht löst, sondern sie meist noch verschlimmert.

74

75 Gesellschaftliche Auswirkungen einer pragmatischen Drogenpolitik (für den
76 Einzelnen/Konsumenten)

77

78 Das Verbot von Cannabis führt zu einem weiteren Problem, welches v.a. die Gesellschaft
79 betrifft, denn die Konsument_innen erleiden durch den Konsum Schäden, die durch die
80 Allgemeinheit getragen werden müssen, ohne, dass sie sich beim Kauf, bspw. durch Steuern,
81 an diesen Kosten beteiligen, wie es beim Rauchen oder bei Alkohol der Fall ist. Durch die
82 Aufhebung des Verbotes eröffnet sich für den Staat die Möglichkeit einer Besteuerung und
83 beendet damit gleichzeitig die Kriminalisierung großer Bevölkerungsschichten, ohne, dass diese
84 einem/r Dritten durch Wort oder Tat Schaden zufügen. Eine Studie des britischen Unterhauses
85 aus dem Jahr 2000 schätzt, dass durch eine Cannabisbesteuerung der britische Staat etwa
86 eine Milliarde Pfund (ca. 1,2 Milliarden Euro) Steuermehreinnahmen pro Jahr hätte, wenn eine
87 Steuer in Höhe der dortigen Steuer auf Zigaretten angewendet werden würde.[iv]

88

89 Konservative Kräfte begegnen den Problemen des heutigen Cannabiskonsums mit der
90 Forderung einer stärkeren Repression durch die Exekutive. Die Problematik, welche sich durch
91 den Drogenkonsum einzelner für die Gesellschaft ergibt wird dadurch jedoch nicht gelöst. Im
92 Gegenteil, diese Repressionspolitik kostet die deutsche Gesellschaft neben der Einschränkung
93 der Freiheit jedes/r Einzelnen und anderer Grund- und Menschenrechte auch jährlich
94 mindestens eine Milliarde Euro an Kosten für Gerichtsprozesse, Gefängnisverwahrung,
95 Polizeieinsätze sowie vor allem für Routine-Fahndungen. Während die zusätzlichen
96 Belastungen durch eine Legalisierung etwa durch eine Zunahme der Therapien oder durch (im
97 Vergleich zu heute) verschwindende Geldstrafen dagegen bei nur ca. 200 Mio. Euro liegen
98 würde, wenn die Zahlen aus UK als Vergleich herangezogen werden.[v]

99

100 Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (GG Art.20, Abs. 3) spricht ebenso für eine Politik des
101 Bestuerns anstatt der strikten Verbote, wie der Gleichbehandlungsgrundsatz (GG Art. 3, Abs.

102 1) mindestens eine Gleichstellung mit Drogen wie Alkohol und Nikotin geradezu vorschreibt.
103 Ferner verstößt ein Verbot außerdem gegen Artikel Zwei, Absatz Eins der freien Entfaltung der
104 Persönlichkeit. Daher ist aus unserer Sicht die derzeitige Rechtslage nicht hinnehmbar.

105

106 Pragmatische Politik: Internationale sowie Auswirkungen auf die Gesellschaft

107

108 Ein Maximum an Repressionen zeigt kaum Wirkung, wie sich mit Hilfe historischer Beispielen
109 belegen lässt, etwa das Alkoholverbot Anfang des 20. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten.
110 Hierbei lässt sich ganz klar verdeutlichen, wer die wahren Profiteur_innen eines solchen
111 Verbotes waren bzw. sind. Nämlich diejenigen, die es schaffen die entstehende "Marktlücke" zu
112 füllen. Hierbei handelt es sich um Menschen sowie Organisationen, die das vorhandene
113 Potential haben abseits der Legalität eben diese Nachfrage zu befriedigen. Damit verursacht
114 die Kriminalisierung von Cannabis gleichzeitig einen Markt für die organisierte Kriminalität,
115 welcher ihnen dadurch hilft andere „Märkte“, auf denen sie ebenfalls tätig sind, zu finanzieren.
116 Wir reden in diesem Zusammenhang von Waffenschmuggel, Menschenhandel, aber auch vom
117 Handel mit harten Drogen Dabei muss erwähnt werden, dass die organisierte Kriminalität in
118 Europa nur den Vertrieb organisiert. Der Anbau des Hanfs findet zu großen Teilen im Nahen
119 Osten statt. Afghanistan ist der größte Lieferant für Cannabis weltweit mit einem Umschlag von
120 1500 bis 3500 Tonnen jedes Jahr, wie eine Studie des Büros für Drogen und
121 Kriminalitätsbekämpfung der Vereinten Nationen zeigt. In einer Befragung, geben weitere 39%
122 der afghanischen Cannabis-Bauern an, dass der Grund für den Anbau der hohe Abnahme-Preis
123 ist. Für letzteren liegt die Kriminalisierung in den meisten europäischen Ländern auf der Hand.
124 Dieser hohe Verkaufspreis wird auch durch die zweitmeist genannte Ursache untermauert,
125 dabei nennen die 729 befragten Bauern die niedrigen Investitionskosten als Grund. Wir haben
126 also ganz offensichtlich hier niedrige Investitionskosten für die Bauern. Auf der anderen Seite
127 Abnehmer_innen, welche in diesem Beispiel Haschisch, zu einem hohen Preis abnehmen. Bei
128 der Befragung von Bauern, die den Verkauf von Cannabis wieder eingestellt oder es noch nie
129 gemacht haben kam in beiden Fällen als meistgenanntes Ergebnis heraus. Wenn der
130 Abnahme-Preis hoch genug ist, wären diese bereit in das Produkt zu investieren bzw. es
131 wiederanzupflanzen. Daraus lässt sich eindeutig schließen, dass unsere Momentan geführte
132 Anti-Drogen-Politik – Anbieter vom Markt zu nehmen – ihr Ziel nicht erfüllt. Denn eine hierdurch
133 erzeugte Unterversorgung sowie Deflation auf dem Drogenmarkt, lockt getrieben durch den
134 hohen Preis, viele neue Anbieter_innen ins Geschäft.

135

136 Die Kriminalisierung von Cannabis steigert also drastisch den Preis und schafft eine Marktlücke,
137 die es der organisierten Kriminalität ermöglicht, sich Geld zu verschaffen, um andere Ziele zu
138 verwirklichen. Auch deswegen, weil wir der Ansicht sind, dass ein "Krieg gegen die Drogen" das
139 Problem mehr verschärft und das bisherige System und Zusammenspiel bei der organisierten
140 Kriminalität eher festigt, statt überwindet, treten wir für eine Legalisierung von Cannabis ein. Im
141 Krieg gegen Drogen gilt, die größte Verliererin ist immer noch die Gesellschaft. Selbst in den
142 oben genannten Ländern, in denen die Cannabis-Bauern mit geringen Investitionskosten ihr
143 Haschisch zu einem hohen Preis absetzen können, ist die Bevölkerung der Verlierer dieser
144 Problematik. Beispielsweise wird in Afghanistan auf gigantischen Flächen fruchtbaren Bodens
145 nicht Nahrungsmittel angebaut, sondern Cannabis-Pflanzen gesät. Die UN beziffert diese
146 Flächen in einem Bericht zw. 10.000 und 24.000 ha, allein für Cannabis. Eine natürliche Folge
147 dessen: der Nahrungsmittelpreis steigt. Denn Bauern, die die Wahl zwischen dem Anbau von
148 Cannabis zu niedrigen Produktionspreisen und vergleichsweise hohem Verkaufswert gegenüber
149 den Kunden haben, werden sich im Zweifel immer für eben diese Arbeitnehmer_innen
150 entscheiden. Der Anbau von Gemüse und Obst, welcher in solchen Regionen äußerst wichtig
151 wären, fallen dabei weg. Abschließend gilt es fest zu halten, dass die oben erwähnten
152 internationalen Strukturen erhalten bleiben und sich weiter festigen durch eine Drogenpolitik,
153 wie wir sie bis dato haben. Der momentane Zustand reproduziert sich also durch die beiden
154 gegensätzlichen Parteien ständig selbst. Es führt eher für eine Verschärfung des Problems, statt
155 einer Lösung. Deshalb fordern wir eine grundsätzlichere Lösung für die gesamte Problematik
156 und eine damit verbundene Legalisierung von Cannabis.

157

158 ([http://www.unodc.org/documents/crop-](http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afghanistan_Cannabis_Survey_2009.pdf)
159 [monitoring/Afghanistan/Afghanistan_Cannabis_Survey_2009.pdf](http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afghanistan_Cannabis_Survey_2009.pdf))

160

161 Umsetzung der Entkriminalisierung und Legalisierung

162

163 Verwirklicht werden soll unsere Forderungen mit einem zwei Säulen Modell.

164

165 1. Sofortige Entkriminalisierung des Besitzes von natürlich produzierten Cannabis

166

167 Dies darf nachweislich nicht mit Streckmitteln belastet sein. Die Beweisspflicht liegt dabei nicht
168 bei den Konsumenten. Eine solche Überprüfung muss durch die Exekutive erfolgen. Innerhalb
169 der Umstellphase haben Verbraucher_innen die Möglichkeit ihr Cannabis freiwillig und
170 kostenlos auf dessen Qualität testen zu lassen.

171

172 Sollte sich allerdings dann herausstellen, dass dieses Cannabis nicht den oben genannten
173 Qualitätsanforderungen entspricht wird jenes eingezogen.

174

175 Des Weiteren muss die Präventionsarbeit verbessert werden. Diese soll auf keinen Fall aus
176 undifferenzierter Panikmache bestehen, denn bei einem Großteil der Jugendlichen hat dies nur
177 eine größere Neugierde zur Folge. Außerdem wird diese Panikmache schnell als unwahr
178 entlarvt und macht diese obsolet. . Aus diesem Grund wollen wir eine Präventionspolitik, die den
179 Jugendlichen auf der einen Seite die Gefahren aufzeigt, dies aber auf Grundlage einer
180 Diskussion sowie Aufklärung auf Augenhöhe umsetzt, ohne unglaubwürdig gestaltete
181 Verteufelung. Hierfür ist es wichtig sich die Gründe für den Cannabiskonsum Jugendlicher an zu
182 schauen. Die BzGA geht davon aus, dass die Hauptgründe für Cannabiskonsum Jugendlicher
183 Abgrenzung von der Elterngeneration, Ausdruck des persönlichen Stils, Absichtliche
184 Normenverletzung, Genuss oder auch der Reiz eines damit laut Klischees verbundenen
185 „Alternativen Lebensstils“ ist. Genau hier muss Cannabisprävention ansetzen, denn bereits in
186 der Jugend entscheidet sich oft in wie weit Cannabiskonsum das Leben beeinflussen wird. Dazu
187 müssen die gesunkenen Ausgaben, die im Polizeidienst anfallen komplett in die
188 Drogenprävention gesteckt werden.

189

190 Die Pädagogik, die in dem Zusammenhang bisher gefahren wurde war alles andere als
191 produktiv. Dies zu behaupten würde auch vielen vorhandenen Statistiken widersprechen.
192 Lediglich 3,7% der Jugendlichen vermeiden, verzögerten oder beendeten ihren Konsum
193 illegaler Drogen auf Grund der bisherigen Drogenpräventionsprogramme, wie aus einer Statistik
194 der BzGA zu entnehmen ist. Deshalb wollen wir das Problem Grundsätzlicher angehen.
195 Drogenprävention umfasst wesentlich mehr Dinge, als nur Aufklärung über potentielle Schäden
196 durch den Cannabiskonsum. Beispielsweise müssen Schulen mit Psycholog_innen und
197 Sozialarbeiter_innen ausgestattet werden. Deren Aufgabe muss es sein Faktoren, die für den
198 Cannabiskonsum oder einen extremen Anstieg des Konsums bei Einzelnen verantwortlich sind,
199 zu bekämpfen, bevor eine Verschlimmerung auftreten kann. Wie bereits erwähnt sind
200 Menschen mit einem schwachen sozialen Umfeld gefährdeter dauerhaft süchtig zu werden, da
201 sie ihre Probleme mit dem Konsum von Cannabis versuchen zu bewältigen. Aus diesem Grund
202 muss zielgerichtete Präventionsarbeit geleistet werden, d.h. Betroffenen bei der Bewältigung
203 von Problemen helfen und eben nicht die Kriminalisierung sowie gesellschaftliche Isolation der
204 Personen vorantreiben. Die Präventionsarbeit muss bis in die Schulen hineinreichen. Schulen
205 müssen eine bessere finanzielle Ausstattung in diesem Bereich erfahren. Es muss über
206 deutlicher über die Gefahren eines Konsums informiert werden Dazu können sowohl
207 akademisch ausgebildete Menschen aus dem Zusammenhang der Naturwissenschaften,
208 Pädagogik, ebenso wie „Aussteiger“, die ihre drogendominierte Vergangenheit hinter sich
209 gebracht haben. Hier gibt es viele Möglichkeiten der Umsetzung und sie müssen auch
210 individuell auf die verschiedenen Fälle angepasst werden. Daher fordern wir eine wesentliche
211 Erhöhung der dort zur Verfügung gestellten Mittel.

212

213 Aber auch Menschen, die schon auf Grund der Folgen des schweren Cannabiskonsums sich in
214 Behandlung befinden müssen eine verbesserte Betreuung und Chance auf Resozialisierung
215 bekommen. Hier müssen verstärkt Mittel zur Verfügung gestellt werden. Diese sollen
216 hauptsächlich aus der neu geschaffenen Quelle der Steuereinnahmen durch den legalisierten
217 Cannabisverkauf kommen, selbstverständlich muss die Höhe der Ausgaben angepasst werden
218 an die konkrete Situation.

219

220 (http://www.jugendschutz-stormarn.de/download/vortrag_strueber_cannabis.pdf)

221

222 2. Legalisierung des Cannabiskonsums

223

224 Dafür muss sowohl die gesamte Produktions- und Konsumkette legalisiert werden, als auch
225 gesetzlichen Regelungen unterworfen sowie nach ihnen organisiert werden. Wir fordern dies in
226 folgendem Rahmen zu tun:

227

228 a. Produktion:

229

230 Der Anbau für vom Staat beliehene Unternehmen soll legalisiert werden, allerdings
231 ausschließlich in staatlich zugelassenen Anbau- und Verarbeitungsanlagen. Diese sollen
232 regelmäßig durch eine staatliche Stelle kontrolliert werden sowie nach staatlichen
233 Qualitätsmerkmalen überprüft werden. Diese haben das Ziel jegliche Risiken und
234 Nebenwirkungen, die über die von Natur gegeben Risiken hinweg gehen, zu vermeiden.

235 Dadurch lassen sich einerseits Allgemein-Kosten reduzieren, andererseits wird die Gesundheit
236 der Konsument_innen weniger geschädigt.

237

238 b. Vertrieb:

239

240 Für die Organisation des Vertriebes wollen wir das bestehende Apotheken-Netz nutzen. Dies
241 setzt allerdings zusätzliche fachliche Kompetenz voraus, die durch vorhergehende staatliche
242 Schulungen, zusätzlich zur staatlichen Pharmazeut_innen-Ausbildung erworben werden soll.
243 Diese dienen auch der Sensibilisierung, um die Verkäufer_innen auf die anfänglichen
244 gesellschaftlichen und gesundheitlichen Problematiken vor zu bereiten. Es ist auch wichtig,
245 dass die Apotheken den bisher vorhandenen Rahmen behalten und dadurch ihre Seriosität
246 wahren. Wir wollen dieses Klima auch beim Cannabisverkauf nutzen, um dort die oben
247 genannte Seriosität auch bei den Käufer_innen zu schaffen.

248

249 c. Besitzer_innen/Konsument_innen:

250

251 Ebenso fordern wir ein Regelwerk für Konsument_innen. Dies soll eine Eigenbedarfsgrenze von
252 30g Marihuana pro Person (evtl. auch schon bei Entkriminalisierung) umfassen, um ein
253 erneutes Aufkommen eines Schwarzmarktes zu erschweren, dies soll bundesweit in allen
254 Ländern gleich gelten. Genauso ist uns auf Grund der großen Gefahr für die körperliche und
255 geistige Entwicklung, die von THC auf Personen ausgehen kann eine Altersbeschränkung
256 wichtig. Diese Altersgrenze muss bei 18 Jahren liegen, jedeR, der/die die Weitergabe an
257 Minderjährige ermöglicht, macht sich strafbar und muss mit juristischen Folgen rechnen. Der
258 Konsum in der Öffentlichkeit soll dort genau so geregelt werden, wie es jetzt schon im
259 Nichtraucher_innenschutzgesetz festgelegt ist, keiner darf anderen den passiven Konsum
260 aufzwingen. Genauso muss das Umfeld auch vor den Auswirkungen des THCs auf den/die
261 Konsumenten/in geschützt werden, so fordern wir weiterhin ein Verbot von aktivem THC im Blut
262 beim Autofahren.

263

264 Aus oben schon erläuterten Gründen ist es notwendig ein neues Konzept in der Drogenpolitik
265 zu schaffen, welches auf einen verantwortungsbewussten Konsum und ein Ende mit nicht
266 begründeten gesellschaftlichen Vorurteilen bedeutet. Vielmehr wollen wir auf Grundlage
267 unseres Konzeptes eine freie und progressive Gesellschaft schaffen. Nur so kann eine wirklich
268 emanzipierte Gesellschaft entstehen.

269

270

271

272 [i] vgl. http://www.dbdd.de/images/publikationen/dbdd/germany_reitox_report_2009_ger.pdf;
273 Seite 54.

274

275 [ii] vgl. <http://www.aerzteblatt.de/archiv/62150>.

276

277 [iii] vgl. <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a14/>

278 [anhoerungen/Archiv/k_Drugchecking/stellungnahmen/17_14_0182_7.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a14/anhoerungen/Archiv/k_Drugchecking/stellungnahmen/17_14_0182_7.pdf); Seite 1.

279

280 [iv] Vgl. Research Paper 00/74, *Cannabis*, S.65f., **Library House of Commons**

281

282 [v] Vgl. Research Paper 00/74, *Cannabis*, S.65f., **Library House of Commons**; *ONS Social*
283 *Trends 29*, 1999 edition

284

Titel Legalisierung von Cannabis

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag der SPD

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Legalisierung von Cannabis

1 * *Legalisierung von Besitz*

2

3 Der Besitz von Cannabis zum Zwecke des Eigenkonsums soll legalisiert werden. Eine Menge
4 von z.B. 10 Tagesdosen soll als Eigenbedarf angesehen werden und legal mitgeführt werden.

5

6 * *Legalisierung von Verkauf und Anbauen*

7

8 Der gewerbliche Anbau und Verkauf von Cannabisprodukten soll unter einem Lizenzmodell
9 legalisiert werden. Die Lizenzbedingungen sollen dabei in erster Linie sicherstellen, dass keine
10 Cannabisprodukte für einen Schwarzmarkt produziert werden und, dass die Erzeugnisse nur an
11 Volljährige abgegeben werden.

12

13 * *Legalisierung von Konsum*

14

15 Der Konsum von Cannabis in lizenzierten Konsumstellen (Cafés, Bars, etc.) soll erlaubt werden.
16 Die Lizenzbedingungen sollen sicherstellen, dass keine Cannabisprodukte an Minderjährige
17 abgegeben werden.

18

19 Der Konsum im privaten soll erlaubt werden.

20

21 Der Konsum im öffentlichen Raum, abgesehen von Konsumstellen, soll weiter verboten bleiben.

22

23 * *Legalisierung von Privatanbau zum Zweck des Privatkonsums*

24

25 Der Anbau von geringen Mengen Cannabis für den Eigenbedarf soll erlaubt werden.

26

27 * *Verwendung generierter Steuereinnahmen*

28

29 Steuereinnahmen, die durch die Legalisierung von Cannabis generiert werden, sollen zum
30 Zwecke der Suchtprävention und Suchttherapie gezielt eingesetzt werden. Nicht nur für
31 Cannabis, sondern für alle Drogen (inklusive Alkohol und Tabak).

32

33 **Begründung:**

34 Im Zuge einer Studie aus dem Jahr 2010 wurden Menschen nach ihrem Drogenkonsum befragt
35 [1]. Etwa 5% der Befragten gaben an, im zurückliegenden Jahr Cannabis konsumiert zu haben.

36 Über 25% gaben an, in ihrem Leben mindestens einmal Cannabis konsumiert zu haben.

37

38 Das zeigt, das Cannabiskonsum längst Teil unserer Gesellschaft ist. Es wird konsumiert,
39 besessen und gehandelt. Diese Realität muss endlich in der Politik ankommen und
40 wahrgenommen werden. Cannabis muss legalisiert werden.

41

42 Die Kriminalisierung von Cannabis hat dazu geführt, dass ein florierender Schwarzmarkt
43 entsteht. Ein Schwarzmarkt der Geld in die Kassen von mafiöse Organisation spült. Ein
44 Schwarzmarkt der dazu führt, dass sich sozial benachteiligte Menschen als DrogenkurierInnen
45 ausnutzen lassen, deren Ergreifung nie dazu führt, dass die AuftraggeberInnen gefasst werden.
46 Die Kriminalisierung führt außerdem dazu, dass GelegenheitskonsumentInnen mit schweren
47 Strafen zu rechnen haben. Ermittlungsverfahren, Freiheitsstrafen und die sozialen Folgen
48 verursachen Kosten an der Gesellschaft die in keinem Verhältnis zum Drogenkonsum stehen.

49

50 Eine Legalisierung würde den Staat nicht nur durch das Justizsystem entlasten, sie würde auch
51 neue Einnahmen generieren. Allein durch lizenzierten Anbau und Verkauf ließen sich
52 Steuereinnahmen schaffen. Die Einnahmen müssen dann zweckgebunden in die
53 Suchtprävention und Suchttherapie fließen. Es müssen Therapieangebote geschaffen und
54 SozialarbeiterInnen eingestellt werden.

55

56 Wie das Beispiel Portugal zeigt, ist bei einer Entkriminalisierung nicht mit einem massiven
57 Anstieg des Konsums zu rechnen. Seit 2001 erlaubt Portugal den Besitz von geringen Mengen
58 aller Drogen [2]. Die Kombination mit gezielten Hilfs- und Therapieangeboten hat die Lage von
59 Suchtkranken sogar verbessert. Gleichzeitig gab es keinen signifikanten Anstieg des
60 Drogenkonsums. Auch wenn hier der Verkauf nicht erlaubt ist, zeigt das Beispiel, dass eine
61 reduzierte Repression nicht zu einer Drogenschwämme führt.

62

63 Der kombinierte Ansatz von Legalisierung und Präventionsarbeit kann so der Gesellschaft
64 helfen. Die Legalisierung schafft mehr Freiheiten für die Einzelnen und entlastet die
65 Gemeinschaft als Ganzes.

66

67 **Quellen / Literatur**

68

69 [1] - <http://bit.ly/sirene4> - http://ift.de/fileadmin/literaturliste/ESA_2009_Drogen-Kurzbericht.pdf

70

71 [2] - <http://bit.ly/sirene2> - <http://www.heise.de/tp/artikel/34/34857/1.html>

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Einkommensabhängige Gestaltung des Rundfunkbeitrags

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt; SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Einkommensabhängige Gestaltung des Rundfunkbeitrags

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der allgemeine Rundfunkbeitrag einkommensabhängig
2 gestaltet wird.

3

4 **Begründung:**

5 Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 wurde in Deutschland der bisherige
6 Rundfunkgebührenstaatsvertrag aufgehoben und es gilt ein neuer Vertrag, der
7 Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RBStV). Damit ersetzt ein Rundfunkbeitrag die früheren
8 Rundfunkgebühren.

9

10 Der Unterschied zu einer Gebühr ist, dass ein Beitrag grundsätzlich nicht an die tatsächliche
11 Inanspruchnahme einer Leistung gebunden ist, sondern es soll allein für die Möglichkeit zur
12 Inanspruchnahme gezahlt werden.

13

14 Der Rundfunkbeitrag in Höhe von 17,98 Euro monatlich wird derzeit als Pauschale pro
15 Wohnung bezahlt, unabhängig davon, wie viele Personen dort leben und ob und wie viele
16 Rundfunkgeräte vorhanden sind.

17

18 Wer bestimmte Bedingungen erfüllt, kann sich von der Zahlung des Rundfunkbeitrags befreien
19 lassen. Zu den Bedingungen zählen derzeit zum Beispiel „wer wenig Geld hat und bestimmte
20 staatliche Sozialleistungen wie zum Beispiel Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder
21 Grundsicherung erhält“, oder Empfänger von Ausbildungsförderung ist. Dies schließt jedoch
22 zahlreiche Bevölkerungsgruppen mit einem geringen oder keinem Einkommen aus der
23 Befreiung aus.

24

25 Ein einkommensabhängig ausgestalteter Rundfunkbeitrag hat folgende Vorteile:

26

- 27 1. Niedriglohnempfänger, sowie prekär Beschäftigte werden entlastet.
- 28 2. Eine gerechtere prozentuale Haushaltsbelastung der Individuen/Familien, anstatt der
29 jetzigen Gebühr, die gleich ist für Reiche und Arme.
- 30 3. Entlastung von Menschen ohne eigenes Einkommen oder nur mit einem geringen
31 Zuverdienst, z.B. Auszubildende oder Studierende.

32

33 Am Beispiel für Studierende ist die einzige Möglichkeit sich vom Beitrag befreien zu lassen, eine
34 Bafög-Bescheinigung vorzulegen. Dies ist aber unzureichend, denn dies umfasst:

35

- 36 1.) Nicht die Studierenden, die kein Bafög bekommen, trotz dessen aber nur in geringem bis
37 mittlerem Maße von ihren Eltern unterstützt werden können

38

39 2.) Nicht die Studierenden, die aufgrund der Regelstudienzeit-Überschreitung kein Bafög-
40 Nachweis mehr vorlegen können.

41

42 3.) Nicht die Studierenden, die anderweitig ihr Studium finanzieren (Arbeit,
43 Studienkredit/Bildungskredit, Stipendium).

44

45 Nach neuesten Zeitungsinformationen gilt inzwischen jeder 4. Studierende als arm (Vgl.
46 Studentenarmut: Nach der Uni zur Tafel, [http://www.zeit.de/studium/uni-leben/2012-](http://www.zeit.de/studium/uni-leben/2012-11/studentin-armut-tafel)
47 [11/studentin-armut-tafel](http://www.zeit.de/studium/uni-leben/2012-11/studentin-armut-tafel), (07.04.13)).

48

49 Eine (weitgehende) Befreiung vom Rundfunkbeitrag durch eine einkommensabhängige
50 Ausgestaltung würde den Großteil der Niedriglohneempfänger, Studierenden und
51 Auszubildenden finanziell entlasten. Der Beitrag wäre wesentlich gerechter und würde dem
52 Gedanken der Solidargemeinschaft entsprechen.

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

Titel Herausforderungen des 21. Jahrhunderts
erkennen: Die Trimedialität öffentlich-rechtlicher Programme
herstellen.

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erkennen: Die Trimedialität öffentlich-rechtlicher Programme herstellen.

1 **Forderung:**

2

3 Die Jusos fordern Programmverantwortliche wie Politiker gleichermaßen auf, der Entwicklungen
4 der letzten Jahre Rechnung zu tragen und die Umsetzung eines trimedialen Programms
5 innerhalb der nächsten fünf Jahre bis 2018 abzuschließen.

6

7 Sofern zur Umsetzung des trimedialen Programms eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrags
8 erforderlich sein sollte, fordern wir die zuständigen politischen Stellen auf, diesen entsprechend
9 zu ändern oder anzupassen.

10

11 **Begründung:**

12 Seit Einführung des dualen Rundfunksystems in Deutschland im Jahre 1984 hat die
13 Beeinflussung der Menschen durch die Medien stark zugenommen. Wir leben in einer
14 Mediengesellschaft, in der die Notwendigkeit der Existenz vielfältiger öffentlich-rechtlicher
15 Programmangebote mehr denn je geboten zu sein scheint, um einer sich stetig
16 beschleunigenden inhaltlichen Verflachung auf dem kommerziellen Sektor durch privatrechtliche
17 Rundfunkanstalten entgegenzuwirken. Dies betrifft sowohl fiktionale als auch dokumentarische
18 Formate und schließt nicht zuletzt die politische Berichterstattung mit ein. Gleichzeitig sind
19 Übertragungsmöglichkeiten nicht mehr allein auf das lineare Programm beschränkt.

20

21 Um eine möglichst breite Nutzung bildender, unterhaltender und informativer öffentlich-
22 rechtlicher Formate sicherstellen zu können, ist es sinnvoll, die redaktionelle und technische
23 Zusammenarbeit von Radio, Fernsehen und Online herbeizuführen und damit ein trimediales
24 Programm zu etablieren. Eine anspruchsvolle Produktion kann dadurch über verschiedene
25 Auspielwege von einem Publikum konsumiert werden, das sich durch einen heterogenen
26 Medienkonsum auszeichnet, der unterschiedlichen Bedürfnissen unterliegt.

27

28 Bereits seit einigen Jahren findet eine solche Kooperation regelmäßig bei ausgewählten
29 Projekten statt. So hat beispielsweise der Norddeutsche Rundfunk mit der von Franziska
30 Stünkel inszenierten 18-stündigen Dokumentation „Der Tag der Norddeutschen“ eindrucksvoll
31 bewiesen, dass die Auswertung einer einzelnen Sendung mit großem Erfolg in drei Kanälen
32 erfolgen und dabei als Fernseh-, Radio- und Online-Beitrag gleichermaßen eine hohe
33 Akzeptanz erzielen kann.

34

35 Um flächendeckende trimediale Konzepte zu entwickeln und einen dauerhaften Erfolg
36 gewährleisten zu können, ist allerdings ein konsequentes Umdenken in den Redaktionen der
37 Sendeanstalten und ein hohes Maß an Flexibilität erforderlich. Eine Ko-Existenz zwischen den

38 Medien Fernsehen und Rundfunk allein ist nicht ausreichend, um die feste Verankerung
39 öffentlich-rechtlicher Programmangebote in der Gesellschaft auch für die Zukunft zu sichern.
40 Redaktionelle Strukturen, Arbeitsabläufe und Entscheidungskompetenzen müssen einer
41 kritischen Betrachtung unterzogen und Herausforderungen der Trimedialität angepasst werden.

42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98

Titel Für eine artgerechte Tierhaltung

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für eine artgerechte Tierhaltung

- 1 Zu einer solidarischen und sozialen Politik muss auch der Tierschutz gehören.
2
3 Wir fordern deshalb:
4
5 1. Die derzeitigen Praktiken in der Massentierhaltung sind nicht akzeptabel. Tiere müssen
6 entsprechend ihres Verhaltens und ihrer Bedürfnisse gehalten werden. Eine
7 Überzüchtung und vorsorgliche Gabe von Antibiotika wird verboten.
8 2. Das Kastrieren von männlichen Ferkeln oder anderen Tieren ohne jede Betäubung muss
9 gesetzlich verboten werden.
10 3. Das Patentieren von Tierzuchten darf nicht länger möglich sein.
11
12 **Begründung:**
13 Gemäß Art. 20a des Grundgesetzes wird der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der
14 Tiere zum Staatsziel erklärt. In der Praxis hat sich der Gesetzgeber an dieser Regelung kaum
15 orientiert und keine Maßnahmen ergriffen, um Tiere tatsächlich besser zu schützen. Im
16 Mittelpunkt der heutigen Politik steht weiterhin die Gewinnmaximierung, die auf dem Rücken
17 von Tieren in der Massentierhaltung erwirtschaftet wird.
18
19 Selbstverständlich muss auch der Verbraucher reagieren und in Kauf nehmen für den Verzehr
20 von tierischen Produkten wie etwa Fleisch, Eier oder Milch höhere Preise zu bezahlen, wenn er
21 diese zum Beispiel bei den örtlichen Metzgereien erwirbt, wo er viel leichter nachvollziehen
22 kann, woher die Produkte kommen. Doch auch die Politik muss in die Pflicht genommen
23 werden, um sich endlich an ihr selbst gesetztes Staatsziel zu halten.
24
25 Laut § 1 des Tierschutzgesetzes darf niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen,
26 Leiden oder Schäden zufügen. Ein großer wirtschaftlicher Gewinn stellt aus unserer Sicht
27 keinen vernünftigen Grund im Sinne des Gesetzes dar. So muss sich die Tierhaltung in
28 Deutschland künftig einer artgerechten Haltung von Tieren verpflichten. Dazu gehört den Tieren
29 genügend Raum- und Bewegungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und sie nicht mit
30 künstlichem Licht jeder natürlichen Lebensweise zu entziehen, sondern das Leben im
31 Tageslicht zuzulassen. Schweine beispielsweise sind sehr soziale und intelligente Tiere, für die
32 die derzeitigen Haltungsbedingungen unter den beengten Verhältnissen ohne Bewegungs- und
33 Beschäftigungsmöglichkeiten eine große Qual darstellen. Auch die ständige Trächtigkeit von
34 diversen Zuchttieren bedeutet für die Tiere keine Glückseligkeit oder Muttergefühle, strengere
35 Regelungen müssen geschaffen und kontrolliert werden, die die Trächtigkeit von Tieren nur
36 noch in Maßen zulässt.
37
38 Auch entbehrt es jedem vernünftigen Grund Ferkel und andere Tiere ohne Betäubung zu

39 kastrieren. Die Tiere erleiden große Schmerzen und geraten oft in einen Schockzustand. Den
40 Tieren müssen aber unnötige Schmerzen erspart bleiben. Der Gesetzgeber widerspricht sich
41 hier selbst, wenn er das Kastrieren ohne Betäubung zulässt.

42

43 Eine in der Europäischen Union derzeit immer häufiger angewandte Praxis besteht darin, das
44 Patentieren von Tierzuchten zuzulassen. So sind z.B. Patente vergeben worden für Kühe, die
45 mehr Milch geben und Schweine, die schneller wachsen und weniger Fett ansetzen. Profiteure
46 davon sind eindeutig die industriellen Großzuchten, die sich das Wissen über die Tierzucht zu
47 Eigen machen möchten, um so eine Monopolstellung für sich zu erreichen. Insbesondere
48 Kleinbetriebe würden darunter leiden. Wie wir wissen, sind es aber meist die Kleinbetriebe und
49 die regionalen Bauern, die auf Tierschutz Wert legen. Doch denen wird mit den erteilten
50 Patenten das Überleben weiter erschwert. Die Patente auf Lebewesen dürfen nicht weiter erteilt
51 werden.

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Verbot von Tieren in Zirkusbetrieben

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Verbot von Tieren in Zirkusbetrieben

1 Wir fordern ein generelles Verbot von Tieren in Zirkusbetrieben, da eine artgerechte Haltung
2 durch die unterschiedlichen Gastspielorte und das notwendige Fahren der Tiere in engen
3 Anhängern kaum möglich ist.

4

5 **Begründung:**

6 Durch die nicht artgerechte Haltung von Tieren wie z.B. Elefanten, Affen, Löwen und Bären in
7 Zirkusbetrieben kommt es häufig zu schwerwiegenden Erkrankungen, Verhaltensstörungen und
8 nicht selten zu Todesfällen. Kaum ein Tier erreicht im Zirkus sein natürliches Lebensalter.

9

10 In 13 Ländern der EU und einigen deutschen Städten wie Stuttgart oder Darmstadt bestehen
11 bereits Verbote für Zirkusse mit Wildtieren. Auch die deutsche Tierärztekammer und der
12 Bundesrat haben sich für ein allgemeines Verbot bestimmter Tierarten, wie Elefanten, Affen und
13 Tigern im Zirkus ausgesprochen. Die Bundesregierung lehnt entsprechende Bestrebungen ab.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

Titel Mehr Laizismus wagen! – Kirche, Staat und Religion endlich trennen!

Antragsteller Schleswig-Holstein

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Mehr Laizismus wagen! – Kirche, Staat und Religion endlich trennen!

- 1 Die Jusos fordern, um der Säkularisierung der Gesellschaft endlich Rechnung zu tragen, eine
2 konsequente Trennung von Staat, Kirche und Religion.
3
4 Dazu gehören für uns:
5
6 • Das sichtbare Tragen religiöser Symbole während der Arbeitszeit für Personen, die in
7 ihrer Funktion als Beamte oder Angestellte des Öffentlichen Dienstes den deutschen
8 Staat in der Öffentlichkeit repräsentieren, zu untersagen.
9
10 • Das Anbringen von religiösen Symbolen an öffentlichen Gebäuden und Schulen zu
11 verbieten.
12
13 • Die Mitgliedsbeiträge der Kirche werden nicht mehr durch den Staat erhoben
14 (Kirchensteuer).
15
16 • Der konfessionsgebundene Religionsunterricht soll durch ein konfessionsübergreifendes
17 Schulfach LER (Lebenskunde, Ethik, Religion) ersetzt werden. Das Fach soll Einblick in
18 jede Religion geben und des Weiteren demokratische Werte eines humanistischen
19 Menschenbildes vermitteln und Einblicke in die Philosophie geben. Der Artikel 7 des
20 Grundgesetzes muss dementsprechend geändert werden.
21
22 • Die Ewigkeitsklausel in Kirchenstaatsverträgen muss entfallen und Anpassungen an eine
23 säkularisierte Gesellschaft vorgenommen werden.
24
25 • Subventionen, die der Besoldung von Pfarrer*innen, Pastor*innen, Rabbiner*innen oder
26 einem/einer Imam/ Mourchida etc. dienen, müssen sukzessive entfallen. Ziel dieser
27 Maßnahmen ist es nicht, das religiöse Leben in Deutschland zum Ersterben zu bringen.
28
29 • Das staatliche Tanzverbot am Karfreitag muss abgeschafft werden.
30
31 • Mitarbeiter*innen religiöser Einrichtungen sollen im Rahmen einer Angleichung des
32 kirchlichen Arbeitsrechtes die Möglichkeit zu streiken bekommen.
33
34 • Die Kirchen haben sich nach demselben Arbeitsrecht zu richten, das für alle anderen
35 Tendenzbetriebe in Deutschland gilt. Dafür sind die notwendigen Passagen im
36 Betriebsverfassungsgesetz (§118) und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (§9)
37 zu streichen. Ferner sind auch in kirchlichen Einrichtungen Mitarbeitervertretungen wie in
38 anderen Organisationen einzurichten, dafür ist §112 des Personalvertretungsgesetzes zu

39 streichen.

40

41 • Die Seelsorge soll von den Kirchen selbst organisiert wie finanziert werden. Bei
42 Auslandseinsätzen der Bundeswehr kann bei Bedarf eine Ausnahme gemacht werden.

43

44 • Ein Kirchenaustritt muss – solange er noch durch das Amt erfolgt – gebührenfrei sein.

45

46 • Landeszuschüsse für die Kirchen müssen gekürzt und ein Teil umverteilt werden zu
47 Gunsten anderer Teile des Kulturhaushaltes (z.B. von Bildungsstätten, Akademien,
48 Musikschulen und Minderheiteneinrichtungen).

49

50 • Der Rundfunkstaatsvertrag wird dahingehend überarbeitet, dass die Kostenerstattung
51 öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten sowie privilegierte Sendezeiten der christlichen
52 sowie jüdischen Religionsgemeinschaften abgeschafft werden. Zudem sollen keine
53 Kirchenvertreter*innen in den Rundfunkräten eingebunden werden.

54

55 • Die Anerkennung eines laizistischen Arbeitskreises innerhalb der SPD analog zu den
56 organisierten Christ*innen in der Sozialdemokratie.

57

58 • Gleichberechtigung in Partei und Gesellschaft für Konfessionsfreie, Atheist*innen und
59 Agnostiker*innen.

60

61 • Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.

62

63 • Änderung des sog. Gotteslästerungsparagraphen im StGB in einen Paragraphen gegen
64 die Hetze gegen Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen.

65

66 • In staatlich bezuschussten, kirchlichen Einrichtungen darf es keine religiöse
67 Diskriminierung geben.

68

69 **Begründung:**

70 Die Sozialdemokratie hat sich in ihrer Gründungszeit als dezidiert laizistisch verstanden. Das
71 Linzer Programm führt, analog zu den deutschen Programmen der SPD, zum Thema Religion
72 und Kirche aus:

73

74 „Die Sozialdemokratie bekämpft das geltende Staatskirchenrecht. Sie fordert eine Regelung des
75 Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, welche jeder Kirche und Religionsgesellschaft das
76 Recht sichert, nach ihrem Glauben zu lehren und zu wirken, jedem ein/einen das Recht, nach
77 der Lehre seiner Kirche oder Religionsgemeinschaft zu leben, welche aber nicht zuläßt, daß der
78 Staat die Staatsbürger zu wirtschaftlichen Leistungen an die Kirche, zur Teilnahme am
79 kirchlichen Religionsunterricht und kirchlichen Kulthandlungen und zur Unterwerfung unter
80 kirchliche Gebote zwingt.“ Mit dem Godesberger Programm hat die SPD sich den
81 Religionsgemeinschaften angenähert. Eine Annäherung die unter den damaligen Umständen
82 nachvollziehbar und dem Weg zur, auch für religiöse Menschen wählbare, Volkspartei
83 notwendig war.

84

85 Die heutige Gesellschaft hat sich seit 1959 jedoch stark verändert. Die Säkularisierung ist
86 vorangeschritten und der Einfluss der Religionsgemeinschaften auf das Individuum so gering
87 wie wohl noch nie. Dieser Entwicklung wird der heutige Einfluss den Religionsgemeinschaften
88 über einst gewährte Privilegien in Politik und Gesellschaft ausüben nicht gerecht. Die Privilegien
89 einiger Religionsgemeinschaften wirken aus heutiger Sicht anachronistisch. Während es immer
90 mehr Atheist*innen und Agnostiker*innen gibt und der Anteil christlicher Menschen zu Gunsten
91 von Religionen wie dem Islam abnimmt besitzen christliche Kirchen Privilegien die andere
92 Religionsgemeinschaften nicht besitzen. Die daraus folgende Ungleichbehandlung widerspricht
93 unserem Verständnis von der Integration nicht-christlicher Menschen und den Interessen
94 nichtreligiöser Menschen.

95

96 Deutschland könnte hier eine Vorbildfunktion in Europa einnehmen, gerade da die deutsche
97 Öffentlichkeit sich an religiös orientierten Staaten oder an der Frage der Beschneidung
98 abarbeitet und somit oft kulturalistische Vorurteile gegen nichtchristliche Religionen schürt,
99 während hierzulande die enge Verschränkung von Religion und Politik selten kritisiert oder

100 hinterfragt wird. Nicht zuletzt ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit wenn schon die
101 Sozialdemokratie öffentlich für widersinnige Schuldenbremsen eintritt, Einsparungen in allen
102 Bereichen, und das heißt eben auch bei staatlich subventionierten Religionsgemeinschaften,
103 vorzunehmen. Da die Ausweitung der Privilegien auf alle Religionsgemeinschaften keine Option
104 ist muss die Sozialdemokratie sich auf ihre laizistische Tradition besinnen und für eine wirkliche
105 Trennung von Staat und Kirche kämpfen. Denn für uns gilt: Religion ist privat und keine
106 Staatssache.

107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Für eine Einschränkung von Tierversuchen -
Gegen Tierquälerei !

Antragsteller Mecklenburg-Vorpommern

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für eine Einschränkung von Tierversuchen - Gegen Tierquälerei !

- 1 Die Bundeskonferenz der Jusos möge beschließen:
- 2
- 3 Die Jusos bewerten Tierversuche als ethisch bedenklich. Die Forschung an Tieren muss
- 4 insgesamt reduziert werden.
- 5
- 6 Deswegen sprechen sich die Jusos für eine Effizienzsteigerung in der Forschung aus, um die
- 7 Anzahl der Tiere möglichst gering zu halten. Hierbei erachten wir die Nutzung von transgenen
- 8 Tieren genauso ethisch bedenklich, wie die Nutzung von nicht transgenen Tieren und wollen
- 9 auch in diesen Bereichen die Anzahl der Tiere möglichst gering halten.
- 10
- 11 Darüber hinaus fordern wir für den Ersatz von Tieren mögliche Alternativen zu finden. Um das
- 12 realisieren zu können, müssen entsprechende Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.
- 13
- 14 Die Jusos fordern außerdem dass Universitäten transparenter mit Tierversuchen umgehen. Zur
- 15 Umsetzung fordern wir einen jährlichen Bericht, welcher die Anzahl, die Art und den
- 16 Forschungszweck der Tiere aufzeigt.
- 17
- 18 **Begründung:**
- 19 Der Mensch ist keine Ratte
- 20
- 21 Tierversuche werden häufig von diversen Kreisen als alternativlos bzw. notwendig bezeichnet.
- 22 Der Grund liegt darin, dass man menschliche Krankheiten verstehen und heilen möchte. Eine
- 23 Vielzahl von Fakten belegen, dass die tierexperimentell ausgerichteten Forschungen in vielen
- 24 Teilen ihren Hoffnungen nicht gerecht geworden sind. Laut der amerikanischen Behörde „Food
- 25 and Drug Administration“ (FDA), welche für Lebensmittelüberwachung und die Zulassung von
- 26 Arzneimitteln zuständig und dem Gesundheitsministerium unterstellt ist, kommen über 90% der
- 27 potentiellen Arzneimittel, welche sich im Tierversuch als wirksam und sicher erwiesen haben,
- 28 nicht durch die klinische Prüfung. Die Gründe sind mangelnde Wirkung oder unerwünschte
- 29 Nebenwirkungen. Einer kanadischen Studie zufolge ist es wahrscheinlich, dass ca. 25% der
- 30 zugelassenen Wirkstoffe durch bekannte schwere Risiken zu Warnhinweisen oder
- 31 Marktrücknahmen führen.
- 32
- 33 Bereits 2002 erkannten Forscher_innen, dass z.B. Mäuse in der Erforschung der Multiples
- 34 Sklerose in die Irre führen. Die Tiere entwickeln die Krankheit nicht von Natur aus, daher
- 35 werden Symptome simuliert, indem Gehirngewebe in Mäuse injiziert wird, was zu einer Abwehr
- 36 gegenüber dem eigenen Nervengewebe führt. Dieses Modell wird als „unglücklicher Fehler,
- 37 welcher vielmehr auf Glaube basiert als auf Wissenschaft“ eingeschätzt.
- 38

39 Es gibt eine lange Reihe von Arzneimitteln, welche von den Behörden für den Verkauf
40 zugelassen wurden und vorher die gängige Forschung durchlief. Dabei wurde an Tieren geprüft,
41 ob Probleme am Menschen auftauchen könnten. Doch diese lange Reihe von Medikamenten
42 musste wieder vom Markt genommen oder im Gebrauch erheblich eingeschränkt werden. Einer
43 veröffentlichten Studie des Institutes für Klinische Pharmakologie in Bremen zufolge kommt es
44 jährlich zu 210.000 Krankenhauseinweisungen aufgrund von Nebenwirkungen durch
45 Medikamente. Diese Nebenwirkungen wurden im Tierversuchsstadium nicht vorausgesehen.
46 Von den 210.000 Einweisungen sind 33% lebensbedrohlich und ca. 8% verlaufen tödlich. Die
47 medizinische Hochschule Hannover hingegen geht sogar von 58.000 tödlichen unerwünschten
48 Nebenwirkungen aus.

49

50 Das Problem besteht in der Übertragbarkeit von Ergebnissen, welche aufgrund von
51 Tierexperimenten erzielt worden sind, auf kranke Menschen. Substanzen, welche bei Mäusen
52 keine Schäden hervorrufen, können bei Ratten zum Tode führen. Oder es können
53 Nebenwirkungen bei Mäusen entstehen aber hingegen keine Probleme bei Ratten. Auch
54 innerhalb von Tierarten können Ergebnisse je nach Stamm variieren. Um eine höhere Sicherheit
55 zu genießen werden daher in der Regel mehrere Tierarten genutzt, dennoch ist es keine
56 Garantie, dass es nicht zu starken Nebenwirkungen beim Menschen kommen kann. Einer
57 Studie aus den 70ern zufolge lag die Erfolgchance bei 0,0001% bei 500.000 getesteten
58 Substanzen. Weitere Beispiele für unerwünschte Nebenwirkungen die Substanz Thalidomid
59 (Contergan®), welches im Schlafmittel für Schwangere enthalten war. Die Contergan
60 Erkrankungen bzw. Missbildungen sind ausreichend bekannt, dennoch wurde vorher an Tieren
61 v.A. Mäusen und Ratten getestet.

62

63 Transgene Tiere sind aus der Sicht des Tierschutzes kaum zu rechtfertigen

64

65 Im Jahr 2011 starben ca. drei Millionen Tiere in deutschen Labors. Dies geht aus der Statistik
66 des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hervor.
67 Ungefähr 70% der Tiere sind Mäuse und 14% Ratten. Aber auch an ca. 200.000 Fische,
68 106.000 Vögel, 88.000 Kaninchen, 16.000 Schweine, 2500 Hunde, 1800 Affen und ca. 600
69 Katzen wurde geforscht. Vor allem der Bereich der Gentechnik verzeichnet eine Zunahme. Der
70 Anteil der genmanipulierten Tiere macht inzwischen ca. 25% der Tiere aus. In Zahlen bedeutet
71 dies ca. 730.000 transgene Tiere.

72

73 Transgene Tiere sind Tiere, welche definierte Veränderungen im Genom besitzen, welche nicht
74 durch klassische Züchtung oder zufällige Mutagenese zu erreichen sind bzw. wären.
75 Normalerweise wird das veränderte Erbmateriale nicht an die Nachkommen weitergegeben, doch
76 auch dies wurde bereits 2009 widerlegt. Bei einem Experiment erzeugten transgene Tiere
77 Nachkommen mit dem veränderten Erbgut.

78

79 Transgene Tier oder auch gentechnisch veränderte Tiere (GV-Tiere) sind oftmals nicht zu
80 gebrauchen und gelangen erst gar nicht in den Tierversuch. Ca. 40% aller GV-Tiere, welche für
81 Versuchszwecke vorrätig gehalten werden, gelangen in den Versuch. Der Rest wird ungenutzt
82 getötet. GV-Tiere sind oftmals besonders schweren Leiden ausgesetzt. Sie werden einzig
83 geschaffen, um im Labor zu erkranken und/oder zu sterben. Ein medizinischer Nutzen ist
84 demgegenüber kaum zu belegen und ist daher als gering einzustufen. Aus Sicht des
85 Tierschutzes ist die Forschung mit GV-Tieren kaum zu rechtfertigen.

86

87 Alternativen zur Tierforschung

88

89 Es gibt eine Reihe vielversprechender Ansätze – oder zumindest nicht weniger versprechender
90 Ansätze im Hinblick auf Tierversuche – der Zellkulturforschung mit denen das Erbgut schon
91 heute sehr viel differenzierter untersucht werden kann. „Hierzu gehören auch Gentechniken mit
92 der sich einzelne Erbfaktoren gezielt ausschalten lassen. An Zellen eingesetzt, kann mit ihr die
93 Funktion der Erbfaktoren schneller, genauer und kostengünstiger analysiert werden. Mithilfe
94 weiterer Techniken können im Reagenzglas auch mehrere Erbveränderungen gleichzeitig
95 ausgelöst und so die Wechselwirkungen im Erbgut untersucht werden. Werden diese Verfahren
96 bei menschlichen Zellen angewendet, lassen sich unmittelbar Erkenntnisse über die Funktion
97 menschlicher Organe und des menschlichen Körpers gewinnen.“

98

99 Die Bundesregierung fördert tierversuchsfreie Forschungen gerade einmal mit ca. 4 Millionen

100 Euro jährlich. Wohingegen die tierexperimentelle Forschung mehr als das 100-fache zur
101 Verfügung hat. Trotz der geringen finanziellen Unterstützung kann die tierversuchsfreie
102 Forschung beachtliche Erfolge vorweisen. „So kündigten die amerikanische
103 Umweltschutzbehörde EPA und die US-Nationalinstitute für Gesundheit (NIH) 2008 an,
104 Chemikalien und andere Stoffe in Zukunft mit automatisierten Zellsystemen und
105 Computermodellen testen zu wollen. Grund sei die schlechte Übertragbarkeit der Ergebnisse,
106 die hohen Kosten und die lange Dauer von Tiertests. Mit Robotern ist es möglich mehrere
107 tausend Substanzen innerhalb eines Tages durchzutesten, was mit Tierversuchen Jahre dauern
108 und dann nicht einmal brauchbare Ergebnisse hervorbringen würde.“

109

110 Fazit

111

112 Tierversuche insbesondere mit GV-Tieren sind nicht nur ethisch, sondern auch wissenschaftlich
113 stark zu bedenken. Eine Vielzahl von offiziellen Studien belegt, dass die Erfolgschancen und die
114 Übertragbarkeit von Erkenntnissen sehr gering sind. Die alternative Forschung hingegen
115 gewinnt immer mehr an Zulauf und erzielt immer bessere Erfolge. Ziel des Antrages ist nicht die
116 Forschung generell als Misserfolg darzustellen oder sie zu verteufeln. Ziel des Antrages ist es,
117 dass Leid der Tiere zu verringern und Alternativen, welche bessere Erkenntnisse erzielen, zu
118 fördern. Des Weiteren fordern wir eine höhere Transparenz im Bereich der Tierforschung an
119 Hochschulen. Es geht uns auch um die höhere Sicherheit und Verringerung des Risikos
120 gegenüber Nebenwirkungen für die menschliche Gesundheit. Denn Menschen sind eben keine
121 Ratten, Affen oder Mäuse. Die Alternativforschung erweist mittlerweile höhere Erfolgschancen
122 und ist daher auch primär zu fördern.

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Bezüge Bundespräsident

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Bezüge Bundespräsident

1 Der SPD-Bezirksparteitag beschließt, eine dahingehende Änderung des § 1 BPräsRuhebezG
2 zu unterstützen, dass zukünftige Bundespräsidenten a.D. einen Ruhebezug nur anteilig der
3 Bezüge, die sie während der Amtszeit beziehen, erhalten. Dabei kann zwischen solchen
4 Bundespräsidenten a.D., die das Amt für eine Amtszeit innehatten und solchen, die es für zwei
5 Amtszeiten innehatten unterschieden werden.

6
7 In diesem Zuge soll auch § 2 entsprechend geändert werden.

8
9 **Begründung:**

10 Der Bundespräsident ist zwar der „erste Bürger im Staat“, aber als solcher eben auch Bürger.
11 Bürger, wie jeder andere auch. Es ist nahezu unmöglich, auch nur einen weiteren Bürger der
12 Bundesrepublik zu finden, der, außer der Bundespräsidenten a.D., nach Eintritt des
13 Rentenalters ein Anrecht oder auch nur die Chance auf die vollen Gehaltsbezüge aus der Zeit
14 der Erwerbstätigkeit hat.

15
16 Des Weiteren ist das Gesetz über die Ruhebezüge des Bundespräsidenten teleologisch und
17 historisch auszulegen. Legt man die Tatsache zugrunde, dass dieses Gesetz im Jahre 1953 in
18 Kraft getreten ist, so wird schnell deutlich, dass durch den Bundespräsidenten ursprünglich eine
19 an die Demokratie angepasste Institution eines „Ersatzkaisers“ geschaffen werden sollte.

20
21 Das trifft vor allem zu, wenn man die Rechtsstellung des Reichspräsidenten während der Zeit
22 der Weimarer Republik hinzuzieht. Hier ist die sonst sehr übliche Abkehr von der Weimarer Zeit
23 nicht in vollen Zügen bedacht worden

24
25 Heute wird dem Amt des Bundespräsidenten nach völlig richtiger Ansicht eine Bedeutung
26 zugemessen, die nicht viel anders ist als die der anderen hohen Staatsämter.

27
28 Bei diesen, ob es der Bundeskanzler, die Bundesminister oder übrige hohe Institutionen des
29 Staates sind, wird eine Rente nur anteilig ausgezahlt. Im Gegensatz dazu übersteigen die
30 Aufgaben, die dem Bundeskanzler zukommen, die des Bundespräsidenten aber erheblich.

31
32 Gerade deshalb sollte der Bundespräsident auch diesbezüglich keine bessere Stellung
33 genießen.

34
35 Eine Rente in dieser Höhe, die dazu ein Gleiches der Bezüge aus der Amtszeit darstellt, steht
36 heute in keinem Verhältnis mehr.

37
38 Auch wenn die Ruhebezüge den Bundespräsidenten nach seiner Amtszeit vor der
39 Notwendigkeit und Abhängigkeit von einer Erwerbstätigkeit schützen soll, ist festzustellen, dass
40 - bei der aktuellen Höhe der Bezüge des Bundespräsidenten - dieser Schutz selbst dann noch

41 gewährleistet würde, wenn die Ruhebezüge nur die Hälfte des Betrages der Bezüge aus der
42 Amtszeit ausmachen würden.

43

44 Das BPräsRuhebezG ist zweifellos veraltet und bedarf dringend einer Reform.

45

46 Entsprechend muss natürlich auch der § 2 geändert werden. Es ist wäre natürlich widersinnig,
47 wenn die Hinterbliebenen eines Bundespräsidenten a.D. nach dessen Tod für drei Monate
48 wieder die vollen Bezüge aus der Amtszeit erhielten.

49

50 Dieser Sachverhalt muss den Änderungen des § 1 BPräsRuhebezG angepasst werden.

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

Titel Rückführung von in der Kolonialzeit
geraubter Gebeine in ihre Ursprungsländer

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an Das Auswärtige Amt, der Ausschuss für Menschenrechte
und Humanitäre Hilfe des Bundestages, Europäische
Kommission für Menschenrechte

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Rückführung von in der Kolonialzeit geraubter Gebeine in ihre Ursprungsländer

1 Im Verlauf des 19. Jahrhunderts und beginnenden 20. Jahrhunderts wurden im Zuge der
2 Kolonialisierung Afrikas eine Vielzahl von Gebeinen verstorbener AfrikanerInnen nach Europa
3 verbracht. Dort dienten sie ebenso wie Pflanzen, ausgestopfte Tiere oder ethnographische
4 Gegenstände als Ausstellungsstücke und Forschungsgegenstände. In einigen Fällen eigneten
5 sich die KolonialisatorInnen und NaturkundlerInnen die Gebeine Verstorbener gegen jeden
6 moralischen Grundsatz an: zum einen wurden frische Gräber geöffnet und Leichname
7 gestohlen. Zum anderen entstammten sie Gewalttaten gegen die indigene Bevölkerung, so z.B.
8 dem Völkermord an den Herero und Nama in Namibia im Namen des deutschen Reiches.

9

10 Als Jusos fordern wir, dass:

11

- 12 • Gebeine von AfrikanerInnen, die zu Zeiten der Kolonialzeit geraubt wurden, sollen,
13 insofern die Bitte um Rückführung der Herkunftsländer besteht, zurück geführt werden.
14 Politisch ist dafür Sorge zu tragen, dass alle aus Afrika geraubten Gebeine in würdevoller
15 und angemessener Form beigesetzt werden können. Insbesondere betrifft dies die
16 Schädel von über 3000 Angehörigen der Herero.
- 17 • Des weiteren sind alle medizinischen und naturkundlichen oder ethnologischen
18 Institutionen sowie Universitäten in Europa, in deren Asservatenkammern sich in der
19 Kolonialzeit nach Europa verbrachte Gebeine von AfrikanerInnen befinden, aufgefordert,
20 ihre Geschichte im Bezug auf Rassismus und Kolonialismus kritisch aufzuarbeiten.
- 21 • Die Bundesrepublik Deutschland sowie alle anderen europäischen Staaten die Rückgabe
22 von menschlichen Gebeinen muss mit Respekt und Rücksicht vor der kulturellen und
23 religiösen Identität des Herkunftslandes der Gebeine erfolgen. Die Rückgabe ist ein
24 Staatsakt, bei dem die die Gebeine empfangende Delegation mit Respekt empfangen
25 werden muss.

26

27 Das Sammeln, insbesondere von Schädeln der Herero, erfolgte gezielt in Konzentrationslagern,
28 das „wissenschaftliche“ Interesse daran war rassistisch motiviert: man wollte so die
29 vermeintliche Überlegenheit weißer Menschen durch Schädelvermessungen wissenschaftlich
30 belegen. Das Sammeln und Ausstellen von präparierten Menschen oder präparierten
31 Körperteilen ist in Einzelfällen belegt; so z.B. das Schicksal des „el negro de Banyoles“ oder von
32 Sarah Baartman.

33

34 In Europa lagern in den Asservatenkammern von medizinischen Instituten sowie
35 Naturkundemuseen heute noch eine unbekannte Zahl von Gebeinen von

36 SchwarzafrikanerInnen; zudem wird vermutet, dass in medizinischen Instituten und
37 naturkundlichen oder ethnologischen Museen in Deutschland noch dreitausend Schädel von
38 Angehörigen der Herero lagern, die zwischen 1904 und 1908 nach Deutschland gebracht
39 worden waren. Zudem gibt es eine Vielzahl von Gebeinen außereuropäischer Herkunft, die im
40 Kontext der Kolonialisierung nach Europa gelangten.

41

42 Die namibische Regierung kontaktierte die Bundesregierung bereits mehrfach mit der Bitte, die
43 Schädel der Herero herauszugeben. Bisher hat die Bundesregierung mit Ignoranz oder in
44 unangemessener Form auf diese Bitten reagiert. Bisher haben einige Institutionen Bereitschaft
45 signalisiert, die Schädel der Herero nach Namibia zurück zu führen. 2011 entschloss sich das
46 medizinhistorische Museum Charité in Berlin zu einer kritischen Aufarbeitung der eigenen
47 Geschichte; in Folge dessen konnten 20 Schädel der Herero an eine namibische Delegation
48 übergeben werden. Bei der festlichen Übergabe kam es jedoch zu einem Eklat: so löste eine
49 unangemessene Ansprache von Cornelia Pieper (FDP) den Unmut der namibischen Delegation
50 aus, weshalb Cornelia Pieper, erneuten Unmut auslösend, die Veranstaltung verfrüht verließ.
51 Zuvor hatte die deutsche Regierung niemanden damit beauftragt, die namibische Delegation zu
52 treffen.

53

54 **Begründung:**

55 „Unsere Hoffnung und Erwartung ist, dass dies zur Heilung beiträgt. Für uns Namibier ist das
56 keine leichte Aufgabe. Wir haben namibische Bürger deutscher Abstammung, die nicht dafür
57 verantwortlich gemacht werden können, was in der Vergangenheit geschehen ist. Die deutsche
58 Regierung muss anerkennen, dass wir eine sehr tragische Geschichte teilen. Wir müssen offen
59 und fair miteinander umgehen. Die Wahrheit muss ans Licht. Von dem, was wir hier bei
60 unserem Besuch erlebt haben, scheint es allerdings so, als ob viel zu wünschen übrig bleibt.“

61

62 KAZENAMBO KAZENAMBO, namibischer Kulturminister, im Taz Interview „Die Wahrheit muss
63 ans Licht“,

64

65 Taz-Online, am 30.09.2011, aufgerufen am 22.8.2012

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

U

Umwelt, Nachhaltigkeit & Energie

U 1	Bayern Fracking und Schiefergasförderung verbieten	317
U 2	Schleswig-Holstein Keine Irrwege bei der Energiegewinnung – Fracking-Verbot vorantreiben	318
U 3	Hessen-Nord Stoppt das Schlechtreden der Energiewende – SPD für Bürgerenergie!	319
U 4	Weser-Ems Neue Perspektiven für Deutschlands Energiepolitik	324
U 5	Baden-Württemberg Systematisierung der Umweltgesetzgebung	326
U 6	Schleswig-Holstein Ökonomie, Ökologie und globale Verantwortung gemeinsam denken – Konsumgewohnheiten hinterfragen	327
U 7	Nord-Niedersachsen Erneuerbare Energien Gesetz anpassen	328
U 8	Nord-Niedersachsen Das Bewusstsein für den Umweltschutz stärken	329
U 9	Hamburg Exportnation gerne, aber nicht beim Atommüll!	330
U 10	Hessen-Nord Änderung des Deutschen Berggesetzes von 1982	332

Titel Fracking und Schiefergasförderung verbieten

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Fracking und Schiefergasförderung verbieten

- 1 Das in Aussichtstellen einer Zulassung des Frackings in Deutschland wird von zahlreichen
- 2 BürgerInnen, von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen abgelehnt. Die Hydraulische
- 3 Frakturierung (Fracking) ist eine risikobehaftete Methode zur Gewinnung von Erdgas, das in tief
- 4 gelagerten Gesteinsschichten eingeschlossen ist. Um dieses Erdgas freizusetzen, schrauben
- 5 Bohrer senkrecht und waagrecht tausende Meter in die Tiefe, spritzen eine toxische Mischung
- 6 in das Gestein, um es aufzubrechen. Aus diesen künstlichen Rissen entweicht das Erdgas aus
- 7 der Gesteinsschicht und wird an die Oberfläche transportiert.
- 8
- 9 Ein Teil des toxischen Gemischs kommt dabei wieder zurück an die Erdoberfläche – es ist mit
- 10 Schwermetallen und radioaktiven Elementen versetzt. Der Großteil dieses Giftcocktails jedoch
- 11 bleibt unter der Erde zurück. Das Bohrloch wird nach der Förderung zubetoniert. Diese Methode
- 12 birgt zahlreiche Risiken und Gefahren für die Umwelt, für Tiere und für den Menschen. Es kann
- 13 nicht kontrolliert werden, ob das giftige Gemisch unter der Erde nach Jahren in das Trinkwasser
- 14 gerät – kilometerweit können Landschaften Jahre später veröden und ein Gesundheitsrisiko
- 15 darstellen. Die Bevölkerung in den Fracking-Regionen ist diesen gesundheitsschädlichen
- 16 Stoffen in Boden, Gewässern und Luft schutzlos ausgesetzt. Auch die Entsorgung des
- 17 Wassers, das mit dem Erdgas zurück auf die Oberfläche gespült wird, ist risikoreich – ein
- 18 gewisser Anteil verdampft in der Luft, was ebenfalls das Gesundheitsrisiko für die Leute in der
- 19 unmittelbaren Umgebung erhöht, aber auch die Entsorgung des Giftwassers ist problematisch.
- 20 Es soll in Kläranlagen gereinigt werden, die auf Schwermetalle und radioaktive Substanzen aber
- 21 nicht ausgerichtet sind – während Deutschland für den Atommüll noch kein Endlager hat, sollen
- 22 hier nun wieder Literweise Giftmüll angesammelt werden. Außerdem ist das Fracking eine
- 23 Methode, die sauberes Wasser in Massen benötigt und somit wasserverschwendend ist. Trotz
- 24 dieser Gefahren treffen die Minister Altmeier und Rössler erste Vorbereitungen für die
- 25 Zulassung des Frackings – es soll in Trinkwasserschutzgebieten verboten werden und nur mit
- 26 Umweltverträglichkeitsprüfungen zugelassen werden! Diese beiden vermeintlichen
- 27 Schutzmechanismen greifen zu kurz – auch Gebiete, die keine Trinkwasserschutzgebiete sind,
- 28 sind Lebensraum für Mensch und Tier und dürfen nicht fahrlässig vergiftet werden. Und weder
- 29 die Umweltverträglichkeitsprüfung noch die beiden Minister geben Antworten auf die wichtigen
- 30 Fragen, etwa hinsichtlich der Gefahr von Vergiftung des Erdreiches oder die Entsorgung giftiger
- 31 Abwässer.
- 32
- 33 Wir fordern ein Verbot für Fracking und Schiefergasförderung in Deutschland, denn diese
- 34 Methode ist mit ungeklärten Folgen behaftet und geht auf die Kosten künftiger Generationen!
- 35 Auch eine nur geringe Förderung ist abzulehnen, da hier die Risiko- und Gefahrenfaktoren
- 36 deutlich höher anzusetzen sind als irgendein gesellschaftlicher Gewinn. Wir brauchen das
- 37 Erdgas nicht, sondern die Bundesregierung soll ihre Hausaufgaben in Sachen Energiewende
- 38 erledigen, denn in der Gewinnung nachhaltiger Energie liegt die Zukunft!
- 39

Titel Keine Irrwege bei der Energiegewinnung –
Fracking-Verbot vorantreiben

Antragsteller Schleswig-Holstein

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Irrwege bei der Energiegewinnung – Fracking-Verbot vorantreiben

1 Die Jusos rufen die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für ein bundesweites Verbot des
2 Hydraulic Fracturing zur Erdöl- und Erdgas-Gewinnung einzusetzen. Auch ist die Vereinbarkeit
3 dieser Fördermethode mit den Vorgaben der EU Richtlinien zum Trinkwasserschutz zu prüfen.

4

5 Die Sozialdemokratie hält an der Energiewende fest; eine Energiewende, die verlässlich und
6 bezahlbar bleibt! Statt Investitionen in den Rohstoff „von gestern“ fordern wir staatliche,
7 energiepolitische Ausgaben auf den Bereich der erneuerbaren Energien zu konzentrieren.

8

9 Rückschritt auf dem Weg zur 100% Versorgung durch erneuerbare Energien.

10

11 **Begründung:**

12 Mit dem Verfahren des „Hydraulic Fracturing“ kurz: „Fracking“ versucht die Öl- und Gasindustrie
13 – am Ende der Möglichkeiten der Ressourcengewinnung durch konventionelle Verfahren - an
14 die letzten, bisher wirtschaftlich unrentablen, da nicht zur erreichenden, Öl- und Gasvorkommen
15 zu kommen. Dieses Vorgehen, bei dem Chemikalien ins Erdreich gepresst werden, um in
16 Gesteinsschichten lagerndes Öl und Erdgas freizusetzen ist nicht nur eine Gefahr für die
17 Umwelt, insbesondere durch die Verunreinigung des Trinkwassers durch die benutzen
18 Chemikalien, sondern bedeutet auch Rückschritt auf dem Weg zur 100%-Versorgung durch
19 erneuerbare Energien.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Stoppt das Schlechttreden der Energiewende –
SPD für Bürgerenergie!

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Stoppt das Schlechttreden der Energiewende – SPD für Bürgerenergie!

1 **1. Wir Jusos fordern unsere Mutterpartei, vor allem deren VertreterInnen in den**
2 **Kommunal- und Landesparlamenten sowie im Bundestag, dazu auf, sich öffentlich und**
3 **im Rahmen des politischen Streites eindeutig gegen den momentan stattfindenden**
4 **Versuch zu stellen, die Energiewende schlechztreden. Stattdessen muss der politische**
5 **Gestaltungsraum dazu genutzt und Lösungen angestrengt werden, welche den**
6 **gesellschaftlich akzeptierten und gewollten Umstieg auf Erneuerbare Energien (EE) so**
7 **effektiv, sozial, demokratisch und kosteneffizient wie möglich zu gestalten. Dabei sollen**
8 **auch die Vorteile und positiven Effekte von Erneuerbaren Energien in die öffentliche**
9 **Wahrnehmung transportiert werden.**

10

11 Das Instrument für diesen Umstieg, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), löste im Jahr
12 2000 das Stromeinspeisungsgesetz ab und ermöglichte erstmalig verlässliche planerische
13 Rahmenbedingungen für den Bau und Betrieb von Erneuerbaren-Energien-Anlagen (EEA).
14 Diese Planungssicherheit fußte auf zwei Bestandteilen: Zum einen auf der festen
15 Einspeisevergütung (xy Cent je Kilowattstunde) für einen festgelegten Zeitraum und zum
16 anderen auf der Abnahmegarantie, also der vorrangigen Einspeisung von erneuerbarem Strom.
17 Gerade diese Säulen bildeten die Grundlage für den massiven Ausbau der Erneuerbaren-
18 Energien-Kapazitäten und das wirtschaftliche Wachstum der Branche, deren Unternehmen im
19 Jahr 2000 noch 100.000 Angestellte beschäftigten, diese MitarbeiterInnenzahl bis zum Jahr
20 2011 auf über 380.000 steigerten und voraussichtlich bis zum Jahr 2020 eine halbe Millionen
21 Arbeitsplätze anbieten können.

22

23 Die garantierte Einspeisevergütung wird über die EEG-Umlage von den *meisten*
24 Stromverbrauchern mitgetragen. Und genau hier liegt bereits der erste Konstruktionsfehler: Die
25 Freistellung von der EEG-Umlage für über 600 Unternehmen, welche viel Strom verbrauchen
26 und angeblich im internationalen Wettbewerb stehen. Für manche Branchen mag das Sinn
27 machen, für die meisten Unternehmen sollten die politischen Anreize aber eher so gesetzt
28 werden, dass sie ein (Eigen-)Interesse daran entwickeln, ihre Stromnutzung bei Fertigungs- und
29 Produktionsprozessen oder auch im MitarbeiterInnenverhalten weiterzuentwickeln. Von der
30 großzügigen Ausnahmeregelung sollten ursprünglich hauptsächlich Zementhersteller,
31 Aluminiumhütten und Stahlproduzenten profitieren. Gerade diese profitieren mittlerweile aber
32 zusätzlich noch von sehr günstigen Börsenpreisen für Strom. Außerdem ist es wirklich fraglich,
33 warum beispielsweise Schlachthöfe, Tierfutterhersteller, Mineralwasserabfüller oder
34 Milchbetriebe von der Umlage befreit sind und dafür alle anderen Verbraucher mehr zahlen
35 müssen.

36

37 **2. Daher fordern wir Jusos die SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass die**
38 **Freistellungsmöglichkeiten von der EEG-Umlage kritisch überprüft werden und dafür zu**

39 **sorgen, dass die Kosten der Energiewende auch von allen Unternehmen und**
40 **Großverbrauchern mitgetragen werden und nicht nur von einer willkürlichen Auswahl**
41 **und den Privatverbrauchern. Deswegen fordern wir, die besondere Ausgleichsregelung**
42 **(§ 40ff. des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes 2012) – außer für den ÖPNV – zu streichen.**
43

44 Dass die EEG-Umlage aber nötig war, damit Erneuerbare Energien überhaupt eine Chance
45 gegen die über Jahrzehnte und auch aktuell noch sehr stark subventionierten konventionellen
46 Energieträger haben, am Markt Fuß zu fassen und sich weiterzuentwickeln, zeigt die
47 Erfolgsgeschichte der letzten zwölf Jahre. Der Anteil Erneuerbarer Energien an der
48 Stromversorgung ist von 6,4 % im Jahr 2000 auf über 20 % im Jahr 2012 angestiegen. Dies hat
49 zu einem massiven Preisverfall an der Strombörse geführt, weshalb die Differenz zwischen
50 Börsenpreis und garantierter Einspeisevergütung immer höher wird und die EEG-Umlage zum
51 Ausgleich dieser Differenz (zusätzlich zur wachsenden Menge des zu vergütenden Stroms)
52 immer weiter steigt (zum Jahr 2013 von 3,6 auf 5,4 Cent je Kilowattstunde). Das Kuriose daran
53 ist also die Tatsache, dass zwar die Börsenpreise für Strom weiter sinken (dabei hat alleine die
54 zunehmende Verfügbarkeit von Solarstrom im Jahr 2012 zu sinkenden Strompreisen an der
55 Börse von mehr als 5 Mrd. Euro geführt), diese aber nicht an die Endkunden weitergegeben
56 werden und die Endkunden stattdessen noch zusätzlich für die höhere EEG-Umlage
57 aufkommen müssen. Die Konstruktion des EEG führt also dazu, dass bei sinkenden
58 Strompreisen an der Börse, die Differenz von garantierter Vergütung zu erzielten Börsenpreisen
59 immer größer wird und daher – wie im Teufelskreis – auch die EEG-Umlage immer stärker
60 ansteigt. Diese wird allerdings von den Endkunden getragen, wohingegen die Stromkonzerne
61 die günstigen Börsenpreise und damit verbundenen hohen Gewinnspannen abgreifen. Dieser
62 Konstruktionsfehler könnte über folgende Verpflichtung zur Anpassung an die
63 Börsenpreisentwicklung behoben werden.

64

65 **3. Wir Jusos fordern die SPD dazu auf, eine Gesetzesinitiative auf Bundesebene**
66 **anzustrengen, um Stromkonzerne zu verpflichten, die kostensparenden und**
67 **preissenkenden Effekte von Erneuerbaren Energien, welche sich in günstigen**
68 **Strompreisen an den Spotmärkten bemerkbar machen, an die Endkunden weitergeben zu**
69 **müssen. Realisiert werden könnte diese Verpflichtung über eine monatliche oder**
70 **halbjährige Strompreisanpassung an die Börsenpreisentwicklung an der European**
71 **Energy Exchange (EEX) in Leipzig bzw. eine darauf basierende Ausgleichszahlung,**
72 **welche die Stromkonzerne an ihre Kunden entrichten müssen.**
73

74

74 Dies sollte aus zweifacher Hinsicht geschehen: Erstens tragen alle privaten Stromendkunden
75 den Ausbau Erneuerbarer Energien über die EEG-Umlage finanziell mit und sollten daher auch
76 als erste von durch EE zu verantwortende Strompreis senkende Effekte profitieren. Zweitens
77 würde durch einen an die Endkunden weitergebener Börsenpreis für Strom dazu führen, dass
78 die preisstabilisierenden Effekte von Erneuerbaren Energien auch in der Öffentlichkeit
79 wahrgenommen werden und sich die Meinung über den weiteren Ausbau von EE positiver als
80 bisher gestalten würde.

81

82 Während nämlich die Energieimportkosten in Deutschland in den Jahren von 2004 bis 2012 von
83 37 Mrd. Euro auf 98 Mrd. Euro (+ 165 %), hauptsächlich aufgrund der dramatischen
84 Preisanstiege für Öl, Gas und Kohle, angewachsen sind und die damit verbundenen
85 Kostensteigerungen nahezu ohne Widerstand und große Diskussion von den Energiekonzernen
86 auf alle Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden konnten, hat sich – transportiert
87 durch die meisten Massenmedien – in der Öffentlichkeit ein Meinungsbild eingestellt, welches
88 den Ausbau von Erneuerbaren Energien alleine für die Stromkostensteigerungen verantwortlich
89 zeichnet. Dieser ersten hartnäckigen Behauptung, also dass die Energiewende zu steigenden
90 Strompreisen führt, könnte über obigen Vorschlag begegnet werden. Dadurch kämen die
91 eigentlichen Wirkungen, nämlich Preissenkenden- bzw. stabilisierenden Effekte, auch bei den
92 EndverbraucherInnen.

93

94 Dem zweiten Behauptung, dass die Energiewende nicht ohne Off-Shore-Windparks und dem
95 damit verbundenen Bau von Höchstspannungsleitungen durch ganz Deutschland oder sogar
96 Europa auskommt, muss ebenso Einhalt geboten werden. Das einzige, was Off-Shore-
97 Windparks können, ist die Energiewende zu verlangsamen und zu verteuern. Dies sieht man
98 zum einen an den technischen Problemen und zum anderen am Leitungsbau, der zum
99 Abtransport des Stroms nötig wäre. Mit der On-Shore-Windenergie oder Photovoltaik-

100 Freiflächenanlagen auf Konversionsflächen (also z.B. ehemaligen Truppenübungsplätzen)
101 stehen viel günstigere Alternativen zu Verfügung, bei deren Bau auch noch höherwertige
102 Organisationsmodelle entwickelt und erprobt werden könnten. Auf diesem Weg könnten viele
103 BürgerInnen über Energiegenossenschaften oder Crowdfunding vom Betrieb profitieren und ihn
104 auch demokratisch mitgestalten. Wohingegen den Bau von Off-Shore-Windparks nur
105 finanzstarke Großkonzerne über vergünstigte Kredite (quasi Extrasubventionen) und eine hohe
106 Einspeisevergütung realisieren können. Diese sind aber nicht der Region und den Menschen
107 vor Ort, sondern nur ihren Aktionären verpflichtet.

108

109 **4. Daher fordern wir Jusos die SPD dazu auf, sich weiterhin stark zu machen für eine**
110 **dezentrale Energiewende. Dazu zählt der Widerstand gegen die Einführung eines**
111 **flexiblen Zahlungsbeginns der Einspeisevergütung, eine Deckelung der**
112 **Abnahmegarantie, weiteren unkalkulierbaren und drastischen Vergütungskürzungen,**
113 **oder gar einer Rückzahlung von bereits gezahlten EEG-Vergütungen. Stattdessen soll**
114 **sich die SPD für die Umsetzung von Maßnahmen einsetzen, die Planungssicherheit**
115 **schaffen und eine kosteneffiziente sowie von den BürgerInnen getragene Energiewende**
116 **befördern.**

117

118 **4.1 Raum für Windkraft an Land**

119

120 **In ganz Deutschland gibt es auf dem Festland ausreichend Raum für Windkraft. Wenn**
121 **jedes Bundesland auf nur 2 % seiner Fläche Raum für Windkraft schaffen würde, könnte**
122 **so über 50 % des Strombedarfs für Deutschland erzeugt werden – ganz ohne Off-Shore-**
123 **Parks.**

124

125 • **Da die Kommunen die regionale Wertschöpfung mit der Nutzung von Windkraft**
126 **steigern können (durch Gewerbesteuer, Pacht bzw. Erträge aus eigenem Betrieb),**
127 **haben sie ein eigenes Interesse am verträglichen Ausbau der Windkraft. Die**
128 **Verantwortung hierfür sollte daher in die Hände der Gemeinden und ihre**
129 **Flächennutzungsplanung gelegt werden. Den Ländern muss die Kompetenz**
130 **entzogen werden, mit Regionalplänen die Windkraft abschließend zu steuern und**
131 **ganze Gemeinden zu Ausschlussgebieten zu erklären. Dazu muss den**
132 **Regionalplänen mit den darin enthaltenen Zielen der Raumordnung die**
133 **Verhinderungswirkung gegenüber der Windkraft genommen werden. Durch diesen**
134 **Freiraum zur kommunalen Selbstbestimmung würde in kurzer Frist und in**
135 **Abstimmung mit den Bürgern ausreichend Raum für Windkraft an Land entstehen.**
136 **(Maßnahme: Änderung des Baugesetzbuches § 35 Abs. 3)**

137

138 • **Die Ausweisung absoluter Windkraft-Ausschlussflächen in Regionalplänen soll**
139 **untersagt werden; außerhalb von Vorranggebieten konkurriert die Windkraft mit**
140 **allen anderen Nutzungen nach Maßgabe der Gesetze (z. B. Lärm- und Artenschutz),**
141 **wodurch u. a. Abstände großer Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten**
142 **sichergestellt werden.**

143 **(Maßnahme: Änderung des Raumordnungsgesetzes)**

144

145 • **Die Abstandsregelungen und Höhenbegrenzungen sowie Sonderregelungen für**
146 **Windenergieanlagen in Wäldern sollen natur- und artenschutzrechtlichen Standards**
147 **gemäß dem aktuellen Stand der Wissenschaft genügen und die Bevölkerung vor**
148 **übermäßiger Belastung schützen.**

149 **(Maßnahme: Änderung des Raumordnungsgesetzes)**

150

151 **4.2 Smart grids für eine sichere erneuerbare Energieversorgung**

152

153 • **Die zentrale Herausforderung für die laufende und zu beschleunigende, dezentrale**
154 **Energiewende ist im Hinblick auf den Netzausbau die Verstärkung der Ortsnetze**
155 **und ihre Umgestaltung zu intelligenten Stromnetzen, sog. smart grids. So kann die**
156 **verstärkte dezentrale Einspeisung mit dem dezentral stattfindenden**
157 **Energieverbrauch wirksam ausgeglichen werden. Unnötige Investitionen in den**
158 **Ausbau großer Trassen (Übertragungsnetze) sollen zugunsten von**
159 **Investitionsbudgets für Ortsnetze (Nieder- und Mittelspannung) eingespart werden.**
160 **Dies ist auch deshalb notwendig, weil vielerorts bereits heute Engpässe bei den**

161 Einspeisekapazitäten auftreten und manch kleinere Windparks deshalb nicht
162 umgesetzt werden können (weil die zu errichtenden Stromtrassen bis zur nächsten
163 Einspeisemöglichkeit zu teuer sein und Windparks unwirtschaftlich machen
164 können).
165 (Maßnahmen: Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und der
166 Anreizregulierungsverordnung)

167

168 4.3 Eine-Million-BHKW-Programm für eine sichere erneuerbare Energieversorgung

169

170 • Eine Million Blockheizkraftwerke (BHKW) sollen bis 2015 auf der Basis
171 zinsbegünstigter Kredite in den Markt gebracht werden, um damit 20
172 Großkraftwerke zu ersetzen und durch dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung die
173 Verschwendung von Erdgas in reinen Heizungsanlagen zurückzuführen.
174 (Maßnahme: KfW-Programm)

175

176 • Mit Erdgas betriebene BHKWs dürfen nur noch gebaut werden, wenn sie sowohl
177 Strom wie auch Wärme produzieren und die Wärmeabnahme nach dem Kraft-
178 Wärme-Kopplungsgesetz sichergestellt ist.
179 (Maßnahme: Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes)

180

181 4.4 Speicherausbau für eine sichere erneuerbare Energieversorgung

182

183 • Einführung eines „Speicherbonus“ im Rahmen des EEG als Anreiz für Investitionen
184 zur Stromspeicherung; hierzu zählen auch E-Mobile, die teilweise als Speicher
185 eingesetzt werden.
186 (Maßnahme: Änderung des EEG)

187

188 • Besonderes Förderprogramm für Start-Ups auf der Basis zinsgünstiger Kredite für
189 die Entwicklung von innovativen Speichertechnologien. Zusätzlich könnte ein
190 bundesweiter Speicherwettbewerb mit entsprechend hohem Preisgeld ausgerufen
191 werden, um weitere Innovationen zu begünstigen, zu belohnen und auch in der
192 Öffentlichkeit bekannter zu machen.

193

194 • Besonderes Förderprogramm auf der Basis zinsbegünstigter Kredite für die „Power
195 to Gas“-Technologie als vielversprechende Speichertechnologie wegen der Größe
196 des vorhandenen Gasnetzes.
197 (Maßnahme: KfW-Programm)

198

199 • Vorrang für Strom- und Gasspeicher sowie Geothermie gegenüber Kohlendioxid-
200 Einlagerung (CCS); Untersagung der unterirdischen Kohlendioxid-Speicherung.
201 (Maßnahmen: Änderung des Raumordnungsgesetzes; entsprechendes CCS-
202 Gesetz)

203

204 4.5 EEG fortentwickeln

205

206 Grundlage des „Vorbilds Deutschland“ bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren
207 Energiequellen ist das EEG. Dieses muss EEG intelligent fortentwickelt werden. Die
208 Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen für alle Arten der Erneuerbaren von
209 der Wind- bis zur Wasserkraft und keine Stop-and-Go-Politik wie in den letzten Jahren
210 spontaner drastischer Einschnitte. Das Vertrauen der neuen Träger in die Verlässlichkeit
211 des EEG ist das Fundament für die dezentrale Energiewende. Die unerwartete
212 Abschaffung von Vergütungstatbeständen (z.B. für Solarparks auf Ackerflächen) hat
213 Kapital von Projektierern und Investoren vernichtet und die Energiewende verlangsamt.
214 Eine verlässliche und langfristig vorgegebene Absenkung der Vergütung wirkt. Auf diese
215 Weise kann die Photovoltaik bis zum Jahr 2015 Netzparität erreichen. Folgende
216 Regelungen sind erforderlich:

217

218 • Das EEG darf nicht dazu benutzt werden, vorrangig und unausgewogen
219 Großprojekte wie Off-Shore-Windparks oder große Biomasseanlagen zu fördern,
220 sondern muss weiterhin der Stärkung klein- und mittelgroßer Betreiber und
221 Stadtwerke dienen. Deshalb lehnen wir die Kürzung der Vergütung für

222 **Windkraftanlagen an Land genauso ab wie die ungerechtfertigte Erhöhung für**
223 **große Off-Shore-Windkraftprojekte. Diese Maßnahmen treiben die Kosten und**
224 **schaden der Volkswirtschaft.**

225

226 • **Windkraftanlagen brauchen eine verlässliche Vergütung. Der**
227 **Systemdienstleistungsbonus muss erhalten bleiben oder kompensiert werden. Ein**
228 **maßgeschneiderter Tatbestand soll für Kleinwindkraftanlagen eingeführt werden.**
229 **Die Vergütung für Repowering-Projekte soll attraktiver gestaltet werden.**

230

231 • **Die Solarvergütung soll vorhersehbar gestaltet werden und Anreize für**
232 **Investitionen schaffen. Der Rückgang der Vergütung (Degression) soll sich am**
233 **tatsächlichen Rückgang der Herstellungs- und Installationskosten einer**
234 **Solaranlage orientieren. Ein sog. Deckel, der den Zubau durch Kontingente oder**
235 **Quoten begrenzt, wird strikt abgelehnt.**

236

237 **4.6 Regionale Wertschöpfung**

238

239 • **Zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen – vom**
240 **ländlichen Raum bis zu den Städten und Metropolen – sollen die gesetzlichen**
241 **Weichen so gestellt werden, dass durch die dezentrale Energiewende möglichst viel**
242 **der lokal neu entstehenden Wertschöpfung bei den Menschen und der Wirtschaft**
243 **vor Ort verbleibt. Standortgemeinden für Windkraftanlagen garantiert das**
244 **Gewerbsteuergesetz schon heute 70 % der Einnahmen aus der Gewerbesteuer.**
245 **Den Gemeinden am Unternehmenssitz verbleiben 30 %. Um einen Anreiz für Städte**
246 **und Gemeinden zur Förderung von Investitionen in Solarparks, Biogas-,**
247 **Geothermie-, Kraft-Wärme-Kopplungs- und Wasserkraftanlagen zu setzen, soll die**
248 **70/30- Regelung – besser: eine 80/20-Regelung – für alle EE- und KWK-Anlagen**
249 **eingeführt werden.**

250 **(Maßnahme: Änderung des Gewerbsteuergesetzes)**

251

252 • **Die Landesparlamente sollen gesetzgeberisch dafür Sorge tragen, dass ein**
253 **Kriterium der regionalen Wertschöpfung in kommunale Ausschreibungsprozesse**
254 **einbezogen werden kann. Dadurch würde es Kommunen möglich, bei der**
255 **Auftragsvergabe bzw. Partnerwahl die verschiedenen Optionen zur Realisierung**
256 **von EE-Projekten daraufhin prüfen zu können, wovon die kommunale Wirtschaft**
257 **und Bürgerschaft am meisten profitiert und sie sich bei der Gestaltungsqualität**
258 **am hochwertigsten Einbringen kann.**

259

260 • **Bei der Nutzung von Flächen in Eigentum der jeweiligen Landesforstämter für den**
261 **Bau von EE-Anlagen sollen regionale Organisationslösungen für die Umsetzung**
262 **bevorzugt werden. Dies sollte in allen Landesparlamenten beschlossen werden.**

263

264 **Anstatt also Maßnahmen zur weiteren Verlangsamung und einer Begrenzung des Ausbaus von**
265 **EE sollte die Bundesregierung besser den steigenden Kosten für konventionelle Energieträger**
266 **über verlässliche Rahmenbedingungen und ein gutes Investitionsklima für Erneuerbare**
267 **Energien entgegensteuern. Beim sich jetzt zuspitzenden Kampf um die Ressourcen muss die**
268 **Position der SPD klar sein: Unsere Demokratie braucht keine Bürgervertreter, die einzig nach**
269 **den Interessen bestimmter Lobbyisten handeln, sondern sich vehement für Lösungen stark**
270 **machen, die auf Demokratie, Teilhabe, Transparenz und Mitwelt-Verträglichkeit setzen.**

271

272 **Begründung:**

273 **Erfolgt mündlich.**

274

275

276

277

278

279

280

281

282

Titel Neue Perspektiven für Deutschlands
Energiepolitik

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Neue Perspektiven für Deutschlands Energiepolitik

1 Deutschland steht mit der Energiewenden hinweg von Stromerzeugung aus Atomenergie hin zu
2 einem deutlich höheren Anteil der erneuerbaren Energien vor einer seiner größten
3 Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Diese Herausforderung gilt es aktiv zu gestalten,
4 und nicht wie es die derzeitige Bunderegierung tut, abzuwarten. Wir wollen neue Perspektiven
5 für Deutschlands Energiepolitik. Einige unserer Zentralen Forderungen sind hier im
6 nachfolgenden aufgeführt:

7
8 **Dezentrale Energieversorgung und dezentrale Energieanbieter**

9
10 Energieversorgung stellt sich heute so dar, dass aller Strom von zentralen Stellen (seien es
11 Atom- Gas oder Kohlekraftwerke) hinaus in die Städte und aufs Land transportiert wird. Diese
12 Tatsache der Zentralisierung unserer Energieerzeugung auf wenige Standorte lähmt den
13 Umbau auf die erneuerbaren Energien. Stromtrasse müssen erweitert und oft auch neu errichtet
14 werden. Das stößt bei betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern oftmals auf Ablehnung und
15 Gegenwehr.

16
17 Wichtig ist für uns daher der Aufbau einer dezentralen erneuerbaren Energieversorgung. Durch
18 Biogasanlagen, Photovoltaik und Windenergie können schon jetzt große Mengen an Strom und
19 Energie umweltfreundlich und regenerativ vor Ort erzeugt werden. Jedoch wollen wir, dass
20 unsere zukünftige Energieversorgung und die Umstellung auf Sonnen- Wind und Biogasenergie
21 gemeinsam und im Konsens mit allen Betroffenen umgestaltet werden.

22
23 **Stärkere Sanierung durch stärkere Rekommunalisierung**

24
25 Zur dezentralen Energieversorgung gehört dann im Umkehrschluss aber auch die
26 Dezentralisierung der Anbieter von Energie wie Strom, Wärme und Gas. Wir wollen weg von
27 den monopolistischen Energieversorgern hin zu Stadtwerken und Energiegenossenschaften
28 unter öffentlicher Kontrolle und gesamtgesellschaftlichem Einfluss. Zu dieser Forderung gehört
29 neben der Rekommunalisierung der Netze und Energieversorger vorn Ort aber auch die
30 Gründung beziehungsweise der Rückkauf von Wohnungsbaugesellschaften. Wohnen, vor allen
31 angebotenes Wohnen durch Vermietung muss Energieeinsparung stärker im Focus haben als
32 dies bisher der Fall ist. Wohngebäude in öffentlicher Hand können dies unserer Meinung nach
33 besser leisten.

34
35 Gebäudesanierungen nicht nur Gebäudedämmung, muss wieder mehr im Vordergrund stehen.
36 Dies steht der Profitgier von privaten Wohnungsbaugesellschaften oftmals stark entgegen.
37 Anreize zu schaffen kann hier ein Mittel sein, Forderung muss aber nach wie vor bleiben, dass
38 wir mehr Mietwohnungen in kommunaler und öffentlicher Hand wollen, und dies auch brauchen.

39

40 **Energiesparen - einer der wichtigsten Bausteine**

41

42 In Deutschland gibt es 30 Millionen Haushaltsgeräte, die älter sind als 14 Jahre. Das entspricht
43 17 Prozent des gesamten Bestands. Die Einsparpotenziale sind enorm. Würden alle diese
44 Geräte durch moderne Maschinen ersetzt, könnten acht Milliarden Kilowattstunden Strom pro
45 Jahr eingespart werden. Das würde ein großes Kohlekraftwerk verzichtbar machen. Aus Sicht
46 der Verbraucher bedeutet das: Sie könnten zwei Milliarden Euro Stromkosten im Jahr sparen.

47

48 Gleiches gilt für Heizungsanlagen und deren Komponenten. Der Austausch von
49 Umwälzpumpen in Heizungsanlagen wird im Landkreis Osnabrück zum Beispiel mit 100 € je
50 Pumpe und Haushalt gefördert.

51

52 Wir wollen, dass die Politik anreize schafft, um mehr Energie auch im Haushalt zu sparen. Das
53 Verbot der konventionellen Glühlampen von Seiten der Europäischen Union war hier unserer
54 Ansicht nur ein erster Schritt. Neue Perspektiven für eine neue Energiepolitik für Deutschland
55 heißt für uns Jusos vor allem auch Energieeinsparungen voranzutreiben.

56

57 **Energiespeicherung voranbringen**

58

59 Die Sonne scheint nicht immer, und Wind weht auch nur wenn das Wetter es denn will. Diese
60 Tatsache für die Gewinnung von Solar- und Windenergie stellt uns vor eine weiter große
61 Herausforderung. Energie wird nicht nur von Haushalten sondern auch von Industrie zu jeder
62 Tag- und Nachtzeit in ausreichender Menge zuverlässig benötigt. Das ist unabdingbar für den
63 Standort Deutschland.

64

65 Wo eine bereits geforderte dezentrale Energieversorgung nicht zuverlässig gewährleistet werden
66 kann, muss verstärkt in Energiespeicherung gesetzt werden. Der Ausbau der Elektro-Mobilität
67 soll beim Ausbau der dezentralen Energiespeicherung eine wichtige Rolle spielen. Elektroautos
68 sind mobile Energiespeicher, und können eine gute Ergänzung zu bereits bestehenden
69 Speichermöglichkeiten wie Pumpspeicherkraftwerken oder Gasspeicherkraftwerken sein.

70

71 Wir wollen mit allen diesen Forderungen alte und neue Diskussionen anstoßen, und die
72 Deutsche Energiepolitik wieder vermehrt in den Focus der öffentlichen Wahrnehmung bringen.

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Systematisierung der Umweltgesetzgebung

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Systematisierung der Umweltgesetzgebung

- 1 Die Jusos fordern die Systematisierung der Umweltgesetze in einem Umweltgesetzbuch.
- 2
- 3 **Begründung:**
- 4 Als SozialdemokratenInnen haben wir die Bedeutung des Umweltschutzes längst erkannt und
- 5 sehen diesen neben dem ökonomischen Wachstum und dem sozialen Ausgleich längst als
- 6 eines der wichtigsten Politikfelder an.
- 7 Als Jusos, und damit VertreterInnen der Jugend, ist es uns hier besonderes Anliegen
- 8 intergenerative Lösungen zu finden, die die Interessen kommender Generationen
- 9 berücksichtigen. Der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung ist für uns Richtlinie in allen
- 10 Politikbereichen.
- 11
- 12 Maßgebliche Verfehlungen, insbesondere im Umweltbereich, aber auch im Sektor der sozialen
- 13 Sicherungssysteme, sind auf die bewusste Herabsetzung künftiger Interessen zurückzuführen.
- 14 Dies lehnen wir als Jusos klar ab und wehren uns dagegen. Politik muss dem Gemeinwohl
- 15 dienen. Dazu gehören alt, wie jung und auch kommende Generationen.
- 16
- 17 Zum Umweltschutz gehört ganz klar der Schutz der Ökologie um ihrer selbst willen. Allerdings
- 18 steht für uns, wenn es hart auf hart kommt immer der Mensch vor der Natur. Primär geht es uns
- 19 im Umweltschutz um den Erhalt der Umwelt zum Schutz des Menschen. Sekundär um den
- 20 Schutz der Natur als solcher. Wir lehnen daher einen Ökozentrismus innerhalb der
- 21 Umweltpolitik, wie ihn einige Grüne vertreten, ab.
- 22
- 23 Um endlich klare und für alle verständliche Regelungen im Bereich der Umweltgesetzgebung zu
- 24 ermöglichen, fordern wir das Verfahren zu Systematisierung der Umweltgesetzgebung wieder
- 25 aufzunehmen. Die BürgerInnen in Deutschland haben längst erkannt, dass die Frage des
- 26 Schutzes der Umwelt eine der zentralen in unserer Gesellschaft ist.
- 27 Wir sollten daher von kleinteiligen Umweltvorschriften in einzelnen Fachgesetzen wegkommen.
- 28 Es braucht endlich ein einheitliches Umweltgesetzbuch.
- 29
- 30 Hierzu schlagen wir vor den von Umweltminister Sigmar Gabriel erarbeiteten Entwurf zum
- 31 Bundesumweltgesetzbuch wieder aufzugreifen und anhand dessen in Zusammenarbeit mit dem
- 32 Bundesumweltministerium, sowie den einschlägigen FachprofessorInnen im Umweltrecht, der
- 33 Umweltökonomie, der Umweltethik und den Naturwissenschaften einen neues Gesetz zu
- 34 erarbeiten, das den aktuellen formellen wie materiellen Standards genügt.
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39

Titel Ökonomie, Ökologie und globale Verantwortung
gemeinsam denken – Konsumgewohnheiten hinterfragen

Antragsteller Schleswig-Holstein

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Ökonomie, Ökologie und globale Verantwortung gemeinsam denken – Konsumgewohnheiten hinterfragen

1 Die Meldungen über verdorbenes Fleisch gehören inzwischen zur bundesdeutschen
2 Wirklichkeit. Im Januar 2013 konnten wir unter anderem davon lesen, dass jedes 6.
3 Schweinemettprodukt mit gefährlichen Bakterien kontaminiert ist. Gleichzeitig werden die
4 Ausmaße industrieller Massentierproduktion immer gewaltiger und die Folgen deutlicher. Wir
5 essen heute mehr Fleisch als jede Gesellschaft vor unserer Zeit. Der Lebensmittelindustrie geht
6 es darum, immer mehr Fleisch immer günstiger zu produzieren. Auf der Strecke bleiben dabei
7 das Wohl der Tiere, Umweltaspekte, gesundheitliche Problematiken und auch die Situation der
8 Beschäftigten in der Fleischproduktion. All diese Faktoren rücken immer mehr in den Fokus
9 unserer Aufmerksamkeit und entwickeln einen dringenden, politischen Handlungsbedarf.

10

11 Deshalb wollen wir Jusos uns mit dem Thema Fleischkonsum intensiv beschäftigen und eine
12 eigene Positionierung erarbeiten. Ferner wollen wir Maßnahmen evaluieren wie
13 Aufklärungskampagnen, strenge Auflagen in der Massentierhaltung und auch kontroverse
14 Aktionen wie vegetarische Tage in öffentlichen Mensen erwägen. Denkverbote darf es bei
15 dieser wichtigen Zukunftsfrage nicht geben, so sind auch die in letzter Zeit ins Gespräch
16 gebrachten Konsumsteuern auf tierische Produkte zu diskutieren.

17

18 **Begründung:**

19 Ziel dieses Antrages ist eine Versachlichung der Debatte. Er ist keinesfalls als Generalangriff
20 auf Menschen zu verstehen, die gerne Fleisch essen. Warum ist es also geboten, weniger
21 Fleisch zu essen? Die grundsätzlichen Argumente hierzu sind längst bekannt, deshalb nur
22 einige Schlaglichter. Besonders dramatisch sind die Folgen für die Umwelt. 9 % des CO₂, 37 %
23 des Methans und 65 % aller Stickoxide stammen aus der globalen Tierhaltung. Neue
24 Forschungsergebnisse der FAO (Lebensmittel- und Landwirtschaftsorganisation der UNO)
25 zeigen: Tiernutzung produziert 18% aller anthropogenen, treibhauswirksamen Emissionen und
26 ist somit noch vor dem Verkehrssektor der wichtigste Treibhausgasproduzent. Es ist absehbar,
27 dass Fleischkonsum in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird. Im Jahr 2012 wurden
28 weltweit 301.800.000 t Fleisch produziert. Traditionell eher fleischarm essende Kulturen wie
29 Indien oder China passen sich den europäischen Gepflogenheiten an, so dass diese Zahl in den
30 nächsten Jahren drastisch steigen wird.

31

32 Im Zuge dieser Entwicklung werden 70 % mehr Anbauflächen notwendig sein, die ohne
33 dramatische Rodungen nicht zur Verfügung stehen werden. Zusammengefasst steuert die Welt
34 in eine bedrohliche Situation zu.

35

36

37

38

Titel Erneuerbare Energien Gesetz anpassen

Antragsteller Nord-Niedersachsen

Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Erneuerbare Energien Gesetz anpassen

1 Durch landwirtschaftliche Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten, dem Erneuerbare-
2 Energien-Gesetz (EEG) mit einer garantierten Förderung und der Grundsatzentscheidung der
3 doppelt vollzogenen Energiewende hat die Bedeutung der Erneuerbaren-Energien
4 zugenommen. Agrarmassenenergie stellt dabei neben Windkraft- und Photovoltaikanlagen eine
5 dritte Säule im Klimaschutz und zur Wertschöpfung im ländlichen Raum dar. Doch gerade durch
6 zunehmenden Agrarmassenanbau, insbesondere von Mais, gibt es Umweltbelastungen.

7
8 Der Anbau von Mais verdrängt zunehmend andere Anbauprodukte. Im ländlichen Gebiet ist
9 bereits heute mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Mais bepflanzt.

10
11 Die Jusos setzen sich für eine Anpassung der Förderungen durch das EEG ein. Zukünftig sollen
12 nur noch kleinere, privilegiert Anlagen gefördert werden. Hintergrund ist die Stärkung der
13 bäuerlichen Wertschöpfung gegenüber industriellen Betreibern. Auch soll durch eine Koppelung
14 der zusätzlichen Prämie für Strom aus Kraft-Wärm-Koppelungsanlagen an ihre
15 Wärmeverbrauchsmengen eine gezieltere Unterstützung erreicht werden. Zusätzlich soll geprüft
16 werden, ob die Zusammensetzung der Agrarmasse unterschiedlich gefördert werden kann und
17 sollte.

18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Titel Das Bewusstsein für den Umweltschutz stärken

Antragsteller Nord-Niedersachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Das Bewusstsein für den Umweltschutz stärken

1 Der Bundeskongress der Jusos Niedersachsen möge beschließen, dass das Bewusstsein für
2 die Umwelt noch weiter gestärkt werden muss. Zum Abschrecken sollen auf allen Plastiktüten
3 Fotos abgedruckt werden, die Schäden durch die Umwelteinflüsse darstellen. Alternativ sollen
4 verstärkt biologisch abbaubare Einkaufstüten angeboten werden, sodass die Bürger eine
5 Chance der Auswahl haben.

6
7 Wir befürworten den Vorstoß der Grünen eine Umweltabgabe für Plastiktüten einzuführen.
8 Gleichzeitig muss aber auch sichergestellt werden, dass nur Papiertüten in den Verkauf
9 gelangen, die das FSC (Forest Stewardship Council) Symbol tragen, um so Missbrauch mit
10 nachwachsenden Rohstoffen und unkontrollierte Rodung zu Verhindern.

11
12 Der Vorstoß einer Umweltabgabe von 2 Euro pro Plastiktragetüte einzuführen findet unsere
13 Unterstützung.

14
15 **Begründung:**

16 Wir Bürger sind dafür verantwortlich die Umwelt zu schützen. Dazu sollte es selbstverständlich
17 sein, das Umwelt schönere Produkt zu wählen. Leider wählen die Bürger immer den
18 einfacheren Weg. Ich denke, wenn auf den Plastiktüten abschreckende Bilder abgedruckt sind,
19 überlegen die Bürger noch einmal, ob sie diese wirklich verwenden möchten. Einige werden
20 dann mit Sicherheit auf die Abbaubaren ausweichen.

21
22 Eine Plastiktüte wird nur sehr kurz genutzt. Plastiktüten sind für den Einkauf sehr praktisch und
23 belastbar. Jedoch werden viel zu viele Einkaufstüten direkt nach dem Einkauf weggeworfen.
24 Nach ihrem Gebrauch bleiben die Einkaufstüten etwa 100 bis 400 Jahre auf der Erde zurück.
25 Kunststofftüten werden zum großen Teil aus nicht nachwachsenden Rohstoffen hergestellt und
26 haben somit eine wesentlich schlechtere Klimabilanz als wiederverwendbare Papier- oder
27 Stofftragetaschen.

28
29 Kunststofftüten werden aus nicht nachwachsenden Rohstoffen hergestellt. Zum jetzigen
30 Zeitpunkt werden allerdings nur 6% des geförderten Erdöls zur Herstellung von Kunststoffen
31 benötigt. Schaffen wir die Überwindung der Abhängigkeit der fossilen Brennstoffe, verringern
32 wir den Anteil an ausgestoßenen Abgasen und Ähnlichen. Kunststofftüten haben dann immer
33 noch eine schlechtere Klimabilanz als beispielsweise Stoff oder Papiertragetaschen.

34
35
36
37
38
39

Titel Exportnation gerne, aber nicht beim Atommüll!

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Exportnation gerne, aber nicht beim Atommüll!

1 Der Juso Bundeskongress möge beraten und beschließen:

2

3 1. Wir fordern die SPD Fraktionen im Bundestag bzw. im Bundesrat auf eine gesetzlich
4 verbindliche Passage zur Atommüll-Endlager-Lösung im Inland als Erstlösung
5 einzubringen.

6 2. Wir fordern die SPD Fraktion im Europäischen Parlament auf einen Beschluss des
7 Europäischen Parlaments anzustreben, in dem die EU Kommission aufgefordert wird, die
8 Richtlinie 2011/70/EURATOM dahingehend zu ändern, dass Atommüllexporte in
9 Drittstaaten untersagt werden.

10

11 Im Juli 2011 hat die EU die Richtlinie 2011/70/EURATOM beschlossen, in der die EU-
12 Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert werden bis 2015 ein Konzept zu entwickeln, das eine
13 verantwortliche Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle, von ihrer
14 Entstehung bis zur Endlagerung, gewährleistet. Die ursprüngliche Richtlinie der Kommission
15 ließ keinen Export in andere Länder zu. Jedoch wurde diese Fassung dank des EURATOM-
16 Vertrages von einzelnen EU-Mitgliedstaaten entschärft. So heißt es nun in der Richtlinie
17 2011/70/EURATOM Artikel 4 Absatz 4:

18

19 „Radioaktive Abfälle werden in dem Mitgliedstaat endgelagert, in dem sie entstanden sind, es
20 sei denn, zum Zeitpunkt der Verbringung war — unter Berücksichtigung der von der
21 Kommission in Einklang mit Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 2006/117/Euratom festgelegten
22 Kriterien — ein Abkommen zwischen dem betreffenden Mitgliedstaat und einem anderen
23 Mitgliedstaat oder einem Drittstaat in Kraft, nach dem eine Anlage zur Endlagerung in einem
24 dieser Staaten genutzt wird.“

25

26 Diese Richtlinie wurde nun Anfang des Jahres erstmalig in Form eines Gesetzentwurfes von der
27 Bundesregierung umgesetzt. In diesem Gesetzentwurf fehlt jedoch eine verbindliche Aussage,
28 die sicherstellt, dass radioaktive Abfälle nur in dem Mitgliedstaat endgelagert werden, in dem sie
29 entstanden sind. Damit wird einem Atommüll-Export zum Zwecke der Endlagerung Tür und Tor
30 geöffnet. Zudem wird damit die Export-Lösung als adäquate Alternative zu Endlager in
31 Deutschland impliziert. Zwar dementiert die Bundesregierung die Absicht des Atommüllexports.
32 Man kann sich jedoch an dieser Stelle schon an Walter Ulbrichts legendären Satz erinnert
33 fühlen: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen“. So hat die CDU bereits im EU-
34 Parlament gegen ein generelles Verbot von Atommüllexporten gestimmt.

35

36 Die SPD hat sich unter Bundeskanzler Gerhard Schröder bewusst für einen Ausstieg aus der
37 Kernenergie entscheiden. Die hohen Kosten, sowie die immensen ökologischen Risiken bei der
38 Endlagerung des benutzten Brennstoffes waren hierbei wesentliche Argumente für den
39 Atomausstieg. Die hohe Radioaktivität, sowie die mitunter sehr lange Halbwertszeit von
40 Atommüll aus Kernkraftwerken erfordern eine Lagerstätte, die den Müll über sehr lange Zeit

41 sicher von der Biosphäre trennt. Ob eine vollständige Trennung überhaupt möglich ist, ist
42 fraglich. In jedem Fall ist sie mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Die
43 katastrophalen Zustände im Atommülllager Asse zeigen die fatalen Auswirkungen
44 ungenügender Lagerung. Eigentlich sollte klar sein: Wer durch günstigen Strom jahrzehntlang
45 von der Kernkraft profitiert hat, trägt auch die Verantwortung für sicheres Lagern. Wer jedoch
46 Atommüll exportiert, gibt eben jene Verantwortung aus den Händen und riskiert nicht nur
47 immense ökologische Schäden durch unsachgemäße Lagerung, sondern überträgt zugleich die
48 Folgen auf Menschen, die mit der Entstehung des Mülls nicht das Geringste zu tun hatten. In
49 anderen Worten: Probleme werden aus Bequemlichkeit an die Schwachen abgeschoben.
50 Dieses Vorgehen kann unsolidarischer nicht sein und darf für uns Sozialdemokraten daher
51 keine Alternative darstellen.

52

53 Darüber hinaus wird durch das Fehlen eines verbindlichen Bekenntnisses zur Endlager-Lösung
54 im Inland auch die Suche nach einem Endlager innerhalb der Bundesrepublik beeinflusst.
55 Derzeit wird heftig über die Suche nach einem passenden Standort und den hierfür
56 maßgeblichen Kriterien gestritten. Die in der EU-Richtlinie festgeschriebene Pflicht, bis 2015
57 eine Endlager-Lösung zu finden stellt hierbei ein wichtiges Druckmittel bei der
58 Kompromissfindung dar. Angesichts einer Bundesregierung, die sich die letzten Jahre einzig
59 dadurch auszeichnete, dass sie Probleme konsequent ausgeschwiegen und Missstände
60 ausgesessen hat, ist dies auch mehr als nötig. Eben jenes Druckmittel fällt jedoch weg, wenn
61 die billige Alternative des Exports als Ausweg im Notfall weiterbesteht. Auch im Interesse einer
62 ehrlichen und pragmatischen Suche nach einem Atommüllendlager in Deutschland, ist daher
63 die Möglichkeit des Atommüllexports dringend und verbindlich auszuschließen.

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Änderung des Deutschen Berggesetzes von 1982

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Änderung des Deutschen Berggesetzes von 1982

1 Das Berggesetz muss endlich reformiert werden und an neue Technologien und deren
2 Anforderungen – wie etwa die Förderung von unkonventionellem Erdgas (Fracking), das wir
3 grundsätzlich ablehnen – und an neue gesellschaftliche Bedingungen sowie die Belange des
4 Natur- und Umweltschutzes fach- und sachgerecht angepasst werden.

5
6 Die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, sich in ihrer Fraktion
7 dafür einzusetzen, dass das bisherige Bergrecht im Deutschen Berggesetz von 1982 den
8 geänderten gesellschaftlichen Bedingungen angepasst, insbesondere die Beteiligung der
9 Verbände, der anliegenden Gemeinden und der anwohnenden Bürgerinnen und Bürger
10 gestärkt wird, das Planungsrecht der Regionalverbände und insbesondere die Belange des
11 Umwelt- und Naturschutzes voll umfänglich beachtet werden.

12

13 **Begründung:**

14 Seit dem 1. Januar 1982 gilt in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesberggesetz
15 (BBergG), das die Berggesetze der Bundesländer ablöste und für einheitliche Regelungen
16 sorgte. Es fasst im Wesentlichen die früheren Landesberggesetze zusammen, wie zum Bei-
17 spiel das Allgemeine Berggesetz für die Preußischen Staaten von 1865, dazu das Gesetz zur
18 Erschließung von Erdöl- und anderen Bodenschätzen sowie die Verordnung über die
19 Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze von 1934 (!!) und ersetzt diese
20 Regelungen gleichzeitig.

21

22 Das Bundesberggesetz beruht auf dem Prinzip der Bergfreiheit. Dadurch sind alle im Gesetz
23 aufgeführten bergfreien Bodenschätze dem Grundeigentum entzogen, so dass dem
24 Grundeigentümer nur die sogenannten grundeigenen Bodenschätze (z.B. Sand, Kies, Gips,
25 Ton, Dachschiefer) zustehen. Die bergfreien Bodenschätze hingegen sind zunächst herrenlos,
26 Eigentum an ihnen kann allerdings nur durch ein staatlich kontrolliertes Verleihungsverfahren
27 erworben werden. Das Bundesberggesetz regelt die Interessenkonflikte zwischen dem Inhaber
28 einer Bergbauberechtigung und betroffenen Grundeigentümern. Der Grundeigentümer hat
29 Anspruch auf Entschädigung, wenn er zum Beispiel sein Land für den Bau von
30 Bergwerksanlagen abtreten muss, mehr aber auch nicht. Das Bundesberggesetz unterscheidet
31 zwischen dem Aufsuchen und dem Gewinnen von bergfreien Bodenschätzen. Jeder Interessent
32 bedarf für das Aufsuchen einer Erlaubnis bzw. für das Gewinnen einer Bewilligung der jeweils
33 zuständigen Bergämter. Dort kann er auch einen Antrag auf Verleihung von Bergwerkseigentum
34 (entspricht einer Bewilligung) stellen, den er in aller Regel erhält. Das Planungsrecht der
35 Regionen und Gemeinden, die Belange des Natur- und Umweltschutzes und vor allem die
36 nachfolgenden Belastungen auch für die Anwohner spielen nur eine untergeordnete Rolle.

37

38 Im bisher geltenden Bergrecht führen die mangelhaften Regelungen zu Transparenz,

39 Bürgerbeteiligung, gesamtgesellschaftlicher Abwägung und Rechtsschutz an sich schon zu
40 Akzeptanzproblemen von Bergbauprojekten. Eine Reform des deutschen Bergrechts ist deshalb
41 sowohl im Sinne der Unternehmen, besonders aber im Sinne betroffener Gemeinden, Verbände
42 und Anwohner und zum Schutz von Natur und Umwelt dringend geboten. Gerade die derzeit
43 überall unternommenen Versuche einiger Energie- oder Ölkonzerne zur Gewinnung von Erdgas
44 aus tiefen Gesteinsschichten (Fracking) zeigen, dass die Interessen der jeweiligen Regionen
45 auf derartige Vorhaben nur über das Regierungspräsidium gesteuert werden können, das der
46 Gemeinden, Anwohner und Umweltverbände hingegen unbedeutend ist und nur wenig Gewicht
47 hat. Wir dürfen und sollten uns aber nicht darauf verlassen, dass allein eine Regierungsbehörde
48 (die noch dazu politisch von der jeweiligen Landesregierung abhängig und auch
49 weisungsgebunden ist) entscheidet, gegen deren Votum nach derzeitigem Recht nur der
50 Antragsteller (der Konzern) ein Rechtsmittel hat.

51

52 Unsere Abgeordneten sollten daher schon jetzt versuchen, dass die SPD-Fraktion für ein
53 modernes, liberales und der Zeit entsprechendes Bergrecht Initiative ergreift.

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

V

Verkehr & Infrastruktur

V 1	Bayern Telekommunikationsinfrastruktur	335
V 2	Schleswig-Holstein Infrastruktur gehört in die öffentliche Hand!	336
V 3	Bayern Abschaffung der 1.Klasse /des Mehrklassensystems im Nahverkehr	337

Titel Telekommunikationsinfrastruktur

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Telekommunikationsinfrastruktur

- 1 Die Sicherstellung der Versorgung des ländlichen Raums mit moderner, stabiler und
2 leistungsfähiger Telekommunikationsinfrastruktur wurde seit der Privatisierung des
3 Telefonnetzes und anderer vergleichbarer Netze (Fernmeldenetze) zugunsten des Profits des
4 Netzbetreibers und der Versorgung des gewinnbringenderen städtischen Raums vernachlässigt.
5
6 Um den Verpflichtungen des Staates gemäß Artikel 87f des Grundgesetzes gerecht zu werden
7 und ländliche Orte für alle Bevölkerungsschichten, insbesondere auch die jüngeren Menschen,
8 attraktiv zu halten, ist eine lückenlose Versorgung aller Haushalte und gewerblicher Betriebe mit
9 Breitbandtelekommunikation (1) unerlässlich. Daraus resultieren die Notwendigkeit der
10 Rückführung der Fernmeldenetze in staatliches Eigentum und ein flächendeckender Ausbau
11 selbiger in öffentlicher Trägerschaft.
12
13 Um eine ausreichende Telekommunikationssicherheit im Katastrophenfall zu erhalten, ist eine
14 Aufrechterhaltung des Amtsnetzes (2) in für den Katastrophenschutz notwendigem Umfang
15 erforderlich. Dies kann aber nur bei einem Netz in staatlichem Eigentum gewährleistet werden,
16 da der Erhalt eines solches Netzes für eine private Firma zu einer ungewollten
17 Gewinnminimierung führen würde.
18
19 (1) Breitband ist ein dynamischer Begriff, zur Zeit ist damit eine Geschwindigkeit von
20 mindestens 6 Megabit pro Sekunde gemeint, man kann jedoch von einer Verdoppelung dieses
21 Wertes im 2-5 jährigen Rhythmus ausgehen (Quelle?) und entsprechend muss die Infrastruktur
22 bereits jetzt so auf-/ausgebaut werden, dass ein weiterer modularer Ausbau langfristig möglich
23 ist.
24
25 (2) unter Amtsnetz versteht man ein Telefonnetz, welches ohne zusätzliche Stromversorgung
26 der Anschlüsse auskommt (altes Analognetz) im Gegensatz zum heute üblichen DSL-Anschluss
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

Titel Abschaffung der 1.Klasse /des
Mehrklassensystems im Nahverkehr

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Abschaffung der 1.Klasse /des Mehrklassensystems im Nahverkehr

- 1 Sollten die Plätze der zweiten Klasse soweit belegt sein, dass eine angenehme Reise in der
- 2 zweiten Klasse stark erschwert ist hat die Bahn die Plätze in der ersten Klasse für alle
- 3 freizugeben. Sollten solche Fälle verstärkt auftreten, so hat die Bahn geeignete Maßnahmen zu
- 4 ergreifen, wie z.B. das Anhängen weiterer Wagons oder die Erhöhung der Taktzahl der
- 5 jeweiligen Verbindung.
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

W

Wirtschaft, Finanzmärkte & Kapitalismuskritik

W 1	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand Europäische Steuerpolitik	339
W 2	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen	342
W 3	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand Genossenschaften stärken - Alternatives und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gezielt fördern und vereinfachen	346
W 4	Rheinland-Pfalz Genossenschaften stärken – für eine umfassende Reform und eine Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Genossenschaftsmodells	350
W 5	Saarland Genossenschaften stärken – für eine umfassende Reform und eine Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Genossenschaftsmodells	354
W 6	Bayern Neuregelung der Mehrwertsteuer	358
W 7	Bayern Tonnagesteuer abschaffen!	360
W 8	Weser-Ems Spekulationen an den Rohstoffmärkten begrenzen	362

Titel Europäische Steuerpolitik

Antragsteller Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso -
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Europäische Steuerpolitik

1 Nach den turbulenten Jahren 2010, 2011 und 2012 scheint es, als hätte die europäische Krise
2 ihren Tiefpunkt überwunden und es macht den Anschein, als würden sich die Verhältnisse
3 innerhalb der Euro-Zone und der Europäischen Union wieder etwas stabilisieren. Dass dieser
4 Eindruck täuscht, ist uns als JungsozialistInnen offensichtlich. Während sich in der deutschen
5 öffentlichen Krisen-Debatte die neoliberale Sichtweise durchsetzte, nach der die Euro-Krise vor
6 allem eine Staatsschuldenkrise sei, haben wir als progressiver Verband vehement darauf
7 verwiesen, dass wir bei der Krise in Europa vielmehr mit einer umfassenden Krise des
8 kapitalistischen Systems konfrontiert sind. Wir haben deshalb als Jusos auf den letzten
9 Bundeskongressen eine Reihe europapolitischer Forderungen formuliert, die aus unserer Sicht
10 weiterhin Bestand haben und die eigentlichen Krisensymptome besser angehen würden, als
11 dies die neoliberale, merkelische Austeritätspolitik tut.

12
13 Der Ansatz, nach der die Krise in der übermäßigen Verschuldung der Staaten zu suchen ist,
14 verlangt in der Folge eine Politik, die auf eine einseitige Haushaltskonsolidierung abzielt. Hierzu
15 werden neben Schuldenbremsen vor allem die Ausgaben in den Blick genommen. Verkürzt
16 gesagt, besteht die Austeritätspolitik darin durch Ausgabenkürzungen und harte soziale
17 Einschnitte angeblich marode Staatsfinanzen zu sanieren. Wer die Leittragenden einer solchen
18 Politik sind, wird in Griechenland, Spanien und den weiteren, am stärksten von der Krise
19 betroffenen, Staaten umso ersichtlicher. Deshalb erscheint es uns als JungsozialistInnen umso
20 wichtiger, den Blick verstärkt auch auf die Einnahmeseite der Staaten zu lenken. Hierbei lassen
21 sich langfristige steuerpolitische Trends innerhalb der Europäischen Union erkennen, die
22 deutlich machen, dass die Staaten Europas kein einseitiges Ausgaben-, sondern eben auch ein
23 Einnahmenproblem haben.

24
25 Die Europäische Union orientiert sich im Bereich der Steuerpolitik an einen
26 wettbewerbsföderalen Grundgedanken, nachdem die nationalen Steuerpolitiken als
27 untereinander in Konkurrenz stehender Standortfaktor den Wettbewerb um „die beste Lösung“
28 begünstigen sollen. Diese Praxis hat dabei gezeigt, dass die bessere Lösung meist in einem
29 Senken von Steuersätzen lag, um potentiellen Investoren anzulocken. Das extremste und
30 bekannteste Beispiel für eine solche Politik ist Irland, das durch Senkung der
31 Körperschaftssteuer von 40% im Jahre 1995 auf heute 12,5% eine Reihe Unternehmen, vor
32 allem aus der Finanzindustrie, anlockte. Die fatalen Folgen einer solchen Standortpolitik
33 müssen seit der Finanzkrise nicht mehr weiter kommentiert werden. Dass Irland diesen Weg der
34 Unternehmensansiedlungsstrategie aber nicht alleine bestritten hat, wird deutlich, wenn man
35 sich die Entwicklung der Körperschaftssteuersätze für die gesamte Europäische Union vor
36 Augen führt. So hat im gesamten EU-Durchschnitt (EU-27) der Steuerwettbewerb zu einer
37 Reduzierung der Körperschaftssteuersätze von 1995 bis 2013 um 12,2 Prozentpunkte geführt.
38 Für den Durchschnitt der alten EU-15 ergibt sich sogar eine Reduzierung um 19,8

39 Prozentpunkte! Die Tendenz ist eindeutig. Der Anteil, den Unternehmen, in Form der
40 Körperschaftssteuer, zur Finanzierung des Gemeinwesens beisteuern, ist unter der Prämisse
41 des europäischen Wettbewerbsraumes immer weiter gesunken. Wir haben es hier mit einem
42 Steuerdumpingwettbewerb und einem race-to-the-bottom zu tun, der sich zwar in den letzten
43 Jahren etwas verlangsamt hat, der aber trotz Krise weiter voranschreitet (Im Vergleich zum
44 Vorjahr haben 2013 Slowenien, Schweden und Großbritannien die Körperschaftssteuer weiter
45 gesenkt).

46

47 Hinzu kommt der Trend, dass für die Finanzierung der Staatshaushalte der Faktor Arbeit im
48 Gegensatz zum Faktor Kapital immer stärker herangezogen wird. So hält bspw. der Ökonom
49 Jarass fest, dass 1980 die Summe der Steuern, die sich aus dem Faktor Arbeit ableiten lassen,
50 das Dreifache der Summe aus Kapitalsteuern ausmachte. 2003 hingegen war es schon das
51 Sechsfache! Verdeutlicht werden kann dies wiederum mit Zahlen von Eurostat, nach denen die
52 Steuerbelastung eines/einer alleinstehenden Arbeitnehmers/Arbeitnehmerin mit 67% des
53 Durchschnittseinkommens in den Jahren 2000 bis 2012 im Durchschnitt (EU-27) lediglich um
54 1,9 Prozentpunkte gesunken ist. Im Vergleichszeitraum ist die Körperschaftssteuer hingegen
55 um 8,7 Prozentpunkte im EU-27-Durchschnitt gesunken. Hinzu kommt, dass TopverdienerInnen
56 durch den Steuerwettbewerb innerhalb Europas weitaus stärker profitieren als
57 DurchschnittsverdienerInnen. So ist im gesamten EU-Durchschnitt der Spitzensteuersatz von
58 2000 bis 2013 um 5,9 Prozentpunkte gesunken, im Zeitraum 1995 bis 2013 gar um 8,6
59 Prozentpunkte.

60

61 Wir finden derzeit in der Europäischen Union ein Steuersystem vor, das im Bereich der direkten
62 Steuern weiterhin in starker nationalstaatlicher Autonomie verhaftet ist und deshalb regional
63 starke Unterschiede in der Besteuerung zur Folge hat. So stehen bspw. die Spitzensteuersätze
64 Frankreichs, Belgiens, Dänemarks und Schwedens, die derzeit bei über 50% liegen, in
65 Konkurrenz mit einem Spitzensteuersatz von lediglich 10% in Bulgarien. Und auch die Differenz
66 im Bereich der Körperschaftssteuer bspw. zwischen Frankreich (36,1%) und wiederum
67 Bulgarien und Zypern (jeweils 10%) ist groß. Dass solche eklatanten Unterschiede auf Dauer
68 nicht tragfähig für die öffentlichen Finanzen innerhalb Europas sind, ist offensichtlich. Dass es,
69 zumindest in Ansätzen, auch anders funktionieren kann, zeigt die Europäische Union im Bereich
70 der indirekten Steuern (Umsatz-/Mehrwertsteuern). Hier konnten sich die Mitgliedstaaten der
71 Europäischen Union auf Mindestsätze und zum Teil auch auf Höchstsätze einigen. So dürfen
72 sich bspw. die nationalen Mehrwertsteuersätze lediglich im Rahmen von 15 bis 25% befinden.
73 Andere Steuersätze sind europarechtlich ausgeschlossen. Wird im Bereich der indirekten
74 Verbrauchssteuern damit argumentiert, dass ein gemeinsamer europäischer Binnenmarkt
75 existiert, der eine Harmonisierung solcher Steuersätze erforderlich macht, gilt dies für die
76 Besteuerung von Kapital und Arbeit bisher nicht, obwohl auch hier die verfassten europäischen
77 Grundfreiheiten (Personenfreizügigkeit und Kapitalverkehrsfreiheit) eine verstärkte
78 Zusammenarbeit und Harmonisierung rechtfertigen würden!

79

80 Anders als die EU-Kommission, sehen wir als JungsozialistInnen deshalb und aufgrund der
81 langfristigen Entwicklungen einen dringenden Handlungsbedarf, um den entstandenen
82 Schieflagen entschieden entgegen zu wirken! Der Steuerwettbewerb, der in den letzten Jahren
83 zu einer Umverteilung von unten nach oben geführt hat und der immer mehr dazu geführt, dass
84 immobiles Kapital immer stärker zur Finanzierung von staatlichen Aufgaben herangezogen wird,
85 muss ein Ende haben.

86

87 Wir brauchen eine stärkere Harmonisierung und vor allem Europäisierung der nationalen
88 Steuerpolitiken wenigstens in der Euro-Zone, wünschenswert für die gesamte Europäische
89 Union!

90

91 • Wir wollen die Steuersenkungsspirale nachhaltig schließen, damit wir die Einnahmeseite
92 der Staatshaushalte stärken sowie "mobiles" Kapital wieder stärker in die Verantwortung
93 zur Finanzierung gesellschaftlicher Ausgaben heran gezogen wird.

94

95 • Konkret gilt es deshalb In einem ersten Schritt sicher zu stellen, dass auf Ebene der
96 Europäischen Union eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer
97 geschaffen wird. Derzeit bestehen vielzählige Regelungen in den einzelnen
98 Mitgliedstaaten, die zur Folge haben, dass eine Reihe von Steuerschlupflöchern existiert.
99 Durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage werden die nationalstaatlichen

100 Steuersysteme europäisch vergleichbarer.

101

102 • In einem zweiten Schritt gilt es zudem sicherzustellen, dass der Steuersenkungs-
103 wettbewerb effektiv gestoppt wird. Hierzu schlagen wir vor, auf Grundlage einer ein-
104 heitlichen Bemessungsgrundlage eine Mindestbesteuerung, wie bei den Verbrauchs-
105 steuern, auch für die Körperschaftssteuer einzuführen. Ziel eines solchen Schrittes soll
106 zudem die schrittweise Annäherung der unterschiedlichen Steuersätze auf ein
107 einheitliches und in der Höhe angemessenes Niveau sein. Wir Jusos lehnen einen
108 Standortwettbewerb, der sich hauptsächlich anhand fiskalpolitischer Indikatoren orientiert,
109 ab.

110

111 • Ähnliches soll nach unserer Überzeugung auch für die Einkommensbesteuerung gelten.
112 Wir sind uns dessen bewusst, dass aufgrund der sehr unterschiedlichen Konzeptionen
113 von Einkommenssteuern und auch einkommensbezogenen Abgaben ein noch weiter aus-
114 differenziertes System in Europa vorherrscht, als dies im Bereich der Unternehmens-
115 besteuern gilt. Wir fühlen uns als JungsozialistInnen aber auch dem Grundsatz
116 verpflichtet, dass in den europäischen Gesellschaften die Solidarität zwischen hohen und
117 niedrigen EinkommensbezieherInnen weiter Bestand haben muss. Deshalb gilt es auch
118 im Bereich der Einkommensbesteuerung Mindestsätze festzuschreiben und einen
119 Umverteilungsanspruch zwischen hohen und niedrigen Einkommen zu gewährleisten.

120

121 • Nicht nur bei der Unternehmensbesteuerung sehen wir einen drastischen Wettbewerb
122 zwischen den EU-Ländern, der meist zu einer Entlastung von mobilem Kapital führt,
123 sondern auch bei der Vermögensbesteuerung. Immer mehr Vermögen konzentriert sich in
124 der Europäischen Union in den Händen einiger Weniger. Insbesondere in Zeiten der Krise
125 benötigen wir eine solidarische Beteiligung von starken Schultern an der Bewältigung der
126 Krise. In einem ersten kurzfristigen Schritt schließen wir uns der Forderung der Gewerk-
127 schaften nach einer einmaligen Vermögensabgabe an. Langfristig fordern wir jedoch eine
128 Reform der Vermögenssteuern in der EU. Innerhalb der EU müssen klare Regeln bei der
129 Besteuerung von Vermögen gelten. Aktuell sind die Besteuerungsmodelle in der EU sehr
130 verschieden, so dass über eine Angleichung diskutiert werden muss.

131

132 • Wir Jusos kämpfen darüber hinaus für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf
133 Ebene der gesamten Europäischen Union, die nicht nur ein bloßes Lippenbekenntnis
134 einzelner Staaten bleiben darf. Wir müssen in der derzeitigen Situation die Verursacher
135 der Krise heranziehen und den Handel mit Finanzprodukten (wie Aktien, Anleihen,
136 Derivaten, etc.) besteuern, so dass auch da mehr Geld für Bildung, Infrastruktur, etc. in
137 die Kassen gespült wird. Die jetzigen Absichten zur Einführung einer
138 Finanztransaktionssteuer nach dem Modell differenzierter Integration einzelner
139 integrationswilliger Staaten kann daher nur den Einstieg in eine gerechtere Besteuerung
140 des Finanzmarktes darstellen und muss zukünftig alle weiteren Mitglieder der
141 Europäischen Union mit einschließen!

142

143 • Steuern sind auch eine Möglichkeit die Idee eines europäischen Staates weiter voran-
144 zutreiben. Deshalb fordern wir, dass das europäische Parlament durch direkte Steuern
145 aus den Mitgliedsländern gestärkt wird. Dies beinhaltet, dass die Finanztransaktionssteuer
146 zu einer direkten Einnahmequelle für den europäischen Haushalt wird und von allen
147 Staaten der europäischen Union umgesetzt wird. In einem zweiten Schritt müssen weitere
148 Steuern anteilig in den Haushalt der EU fließen, wie es bereits bei der Mehrwertsteuer in
149 Bruchteilen der Fall ist.

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen

Antragsteller Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso -
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen

- 1 **Steuerhinterziehung – ein Schaden für die Gesellschaft – durch ein bundeseinheitliches**
- 2 **Handeln entgegenzutreten**
- 3
- 4 Nach Schätzungen gehen in Deutschland zwischen 30 und 160 Milliarden Euro pro Jahr durch
- 5 Steuerhinterziehung verloren. Also mindestens die Leistungen, die der Staat für Hartz-IV
- 6 EmpfängerInnen aufbringt. Dabei brauchen wir mehr Steuereinnahmen, um mehr Geld für
- 7 öffentliche Investitionen bereit halten zu können. Deshalb ist es wichtig, dass alle Teile der
- 8 Bevölkerung ihren gerechten Anteil zur Finanzierung des Staates beitragen.
- 9
- 10 Steuerhinterziehung ist in Deutschland eine Straftat und wird nach § 370 Abgabenordnung mit
- 11 einer Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahre oder mit Geldstrafe geahndet. Trotzdem wird
- 12 Steuerhinterziehung grade von dem Teil der Gesellschaft, dem es möglich ist hohe Einkommen
- 13 aus Vermögen zu generieren, bedingt durch eine allgemein schwindende Steuermoral, versucht
- 14 als Kavaliersdelikt, auch aufgrund der geringen Entdeckungswahrscheinlichkeit und niedrigen
- 15 Straferwartungen, zu klassifizieren.
- 16
- 17 Sowohl die im Vergleich zu Eigentumsdelikten niedrige Straferwartung, welche Täter trotz hoher
- 18 Schadenssumme eher schont, als auch die Einfachheit hohe Einkommen aus Vermögen im
- 19 Gegensatz zu Einkommen aus Arbeit zu verschleiern, verstärkt diesen Effekt.
- 20
- 21 Und so kommt immer noch der größte Teil der Steuereinnahmen aus Einkommenssteuer,
- 22 Lohnsteuer und Umsatzsteuer zustande, also zum großen Teil aus Einkommen aus Arbeit.
- 23
- 24 In unserem Verständnis von einem Staat in dem wir leben wollen, der gut finanziert ist in dem
- 25 sich jeder Mensch seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewusst ist schadet
- 26 Steuerhinterziehung der Gemeinschaft, entweder in Form von höheren Steuern für ehrlich
- 27 Zahlende oder durch geringere staatliche Aufträge und Beschäftigung.
- 28
- 29 Doch gerade die Tatsache, dass einzelne Bundesländer gezielt nicht nach größerer
- 30 Steuerhinterziehung suchen und Einkommenssteuererklärungen der unteren
- 31 Einkommensgruppen eher überprüft werden, um sich einen Standortvorteil zu sichern, wie man
- 32 in Bayern vermuten könnten und auch ein Bundesland wie Hessen kaum Interesse daran hat,
- 33 die einigen gut verdienenden Menschen und Unternehmen mit übertriebener Steuerfahndungen
- 34 zu belasten, wenn doch die Steuerermehreinnahmen zum Großteil an den Bund fließen, schadet
- 35 unserem Gemeinwohl.
- 36
- 37 Andere Bundesländer wie zum Beispiel Bremen sind komplett ausgelastet. Mittel- und
- 38 Kleinbetriebe, welche mit einer bundeseinheitlich vorgesetzten Quote von 70% kontrolliert und

39 die Einkommenssteuererklärung von EinkommensmillionärInnen, die eigentlich ständig
40 kontrolliert werden sollten, fallen oft hinten über. Doch das Interesse an einer Erhöhung des
41 Personalbestands in den Finanzämtern ist aufgrund der zusätzlichen Kosten eher gering, da
42 Einnahmen an den Staat und über den Länderfinanzausgleich an Länder verteilt werden.

43

44 Diese Einzelansichten der Länder, dieser versteckte Steuerföderalismus, schaden unserem
45 Gemeinwesen und führen zu dem Effekt, dass Steuern mehr und mehr von den abhängig
46 Beschäftigten gezahlt werden. Der Beitrag von Unternehmen und Selbstständigen oder aus
47 Einkommen aber sinkt.

48

49 Um es eine vollständigen und auskömmlichen Prüfung durch die Finanzämter zu gewährleisten
50 und Steuerhinterziehung effektiv einzudämmen bedarf es einer strukturellen Wende. Den
51 versteckten Steuerföderalismus, der zu weniger Steuereinnahmen führt und die Finanzierung
52 des Sozialstaates auf die Schultern der Einkommensschwächeren abwälzt gilt es abzuschaffen.
53 Eine Bundesfinanzverwaltung als langfristig angelegte Kontrollbehörde, welche zum Beispiel die
54 Einhaltung bundeseinheitlichen Quoten zur Kontrolle von Steuererklärungen überprüft und bei
55 Interesse Personalbeständen erhöht, zumindest aber die Auslastung der Finanzämtern
56 überblickt und zusätzliche Einstellungen nicht aufgrund zusätzlicher Kosten oder nicht zu Gute
57 kommender Einnahmen überdenkt.

58

59 Vor allem aber bedarf es einer vollständigen und auskömmlichen Prüfung durch die
60 Finanzämter, welche mindestens 11 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr erzielen würde.

61

62 Deshalb fordern wir als erste "Sofortmaßnahmen", vor allem in den von der SPD mitregierten
63 Bundesländern, die zusätzliche Einstellung von SteuerprüferInnen, um insbesondere eine
64 auskömmliche und vollständige Prüfung von Betrieben, der Umsatzsteuer und der
65 Einkommenssteuer zu gewährleisten uns geht es an dieser Stelle nicht darum, Steuern mehr
66 von den abhängig Beschäftigten zahlen zu lassen, sondern darum, den Steuerbeitrag von
67 Unternehmen und Selbstständigen oder aus Einkommen aus Vermögen zu steigern

68

69 Zusätzliche müssen Ausbildungsplätze geschaffen werden um langfristig den Personalbestand
70 zu erhöhen und bundeseinheitliche Vorgaben erfüllen zu können. Auch muss die SPD sich im
71 Bundesrat für eine Initiative stark machen, welche zum Ziel hat, die mögliche Lücke durch eine
72 nicht gesichtete Finanzierung durch Erhöhung des Personalbestands, was zu einer egoistisch
73 Einzelansicht gegen Personalbestandserhöhung führt, zu beseitigen. Eine Möglichkeit würde
74 die Einführung einer Anrechnungsregelung der Ausgaben für die Steuerverwaltung der Länder
75 im Länderfinanzausgleich darstellen.

76

77 **Wirksame Methoden Steuerhinterziehung entgegenzutreten**

78

79 EinE SteuerfahnderIn erwirtschaftet rund eine Millionen Euro pro Jahr für den Fiskus, von der,
80 wenn man Verwaltungs- und Personalkosten abzieht immer noch eine riesige Nettoeinnahme
81 für den Staat übrig bleibt. Doch obwohl jede Stelle das Steueraufkommen erhöht, wird im
82 deutschen Steuersystem viel dafür getan, um einerseits die Steuerehrlichkeit nicht zu steigern
83 und andererseits die Aufklärung von Steuerhinterziehung zu erschweren.

84

85 Die sogenannte Steueramnestie, welche bis 2005 galt, eröffnete zum Beispiel die Möglichkeit
86 nach dem Strafbefreiungserklärungsgesetzes, eine Strafbefreienden Nacherklärung abzugeben
87 und legalisierte sozusagen Steuerhinterziehung rückwirkend. Den gewünschten Effekt als
88 Brücke zur Steuerehrlichkeit verfehlte sie somit völlig.

89

90 Das Steuerabkommen mit der Schweiz, nach welchem bei Schweizer Banken liegendes
91 Schwarzgeld einmalig mit einer Pauschalsteuer zwischen 21 und 41 Prozent besteuert werden
92 sollte, alles anonym und rückwirkend für zehn Jahre und künftige Erträge dann erst von 2013 an
93 genauso besteuert werden sollten wie in Deutschland verstärkte nur den Eindruck von
94 Steuerhinterziehung als Kavaliersdelikt und bestrafte durch die faktische Besserstellung von
95 SteuerhinterzieherInnen bei der Besteuerung ihres Vermögens ehrliche SteuerzahlerInnen.

96

97 Die Kontrollbefugnis der Finanzbehörde, durch welche unbemerkt automatisierte Kontenabrufe
98 ermöglicht wurden, über welche Namen und Kontonummer des Bankkunden abgerufen werde,
99 aber nicht Auskunft über den Kontostand und Kontenbewegungen erhalten werden kann, da

100 sonst ein Konflikt mit dem Bankgeheimnis entstehen würde , geht im Gegensatz zum
101 Strafbefreiungserklärungsgesetzes und dem Steuerabkommen in die richtige Richtung. Die
102 Kontrollbefugnis ist im Kampf gegen die Steuerhinterziehung für die Finanzbehörde aber nur
103 sinnvoll, wenn ihr das Konto bisher nicht bekannt war und sie anschließend eine
104 Auskunftersuchung an ein Kreditinstitut richten kann, um die ordnungsgemäße Verteuerung
105 eventueller Kapitaleinkünfte zu überprüfen. Kontenbewegungen in sogenannte Steueroasen
106 sind von der Kontrollbefugnis der Finanzbehörde nicht gedeckt, dies muss geändert werden.
107 Solang bleibt die einzige Möglichkeit Steuerhinterziehung über sogenannte Steueroasen
108 aufzudecken nach wie vor der Ankauf von CDs mit Daten von Steuersündern dar.

109

110 Der OECD-Initiative "Global Forum on Transparency", durch welche die Arbeit von
111 Finanzbehörden im Kampf gegen Steuerhinterziehung erleichtert und Steueroasen eingedämmt
112 werden sollte, gehören derzeit rund 120 Staaten und Gebiete an, unter der Voraussetzung,
113 dass sie jeweils mit mindestens zwölf anderen Staaten Transparenzabkommen abgeschlossen
114 haben. In diesen Transparenzabkommen verpflichten sich die Staaten, die Anfragen von
115 anderen Finanzbehörden zu beantworten und ein Mindestmaß an Informationsaustausch zu
116 gewährleisten. Wenn sie dies tun, dann fliegen sie von der Schwarzen Liste der Steueroasen.
117 Problematisch, dass auch Finanzoasen untereinander solche Abkommen abschließen können
118 und die Staaten die Aufgabe, die Anfragen von anderen Finanzbehörden zu beantworten und
119 ein Mindestmaß an Informationsaustausch zu gewährleisten nicht immer ganz so ernst
120 nehmen.

121

122 Eine Ausweitung der Kontrollbefugnis der Finanzbehörde im Kampf gegen die
123 Steuerhinterziehung, welche Kontostand, vor allem aber Kontenbewegungen abdeckt und somit
124 Kapitalströme sogenannte Steueroasen aufdecken kann, wäre vor solchen Erfahrungen
125 wesentlich sinnvoller. Solang aber bleibt die einzige Möglichkeit Steuerhinterziehung über
126 sogenannte Steueroasen aufzudecken nach wie vor der Ankauf von CDs mit Daten von
127 Steuersündern.

128

129 Auch Mobbing von Steuerfahndern, welche „zu Gute Arbeit“ leisten gehört zur praktischen
130 Realität im deutschen Steuersystem. Zum Beispiel hatten vier Steuerfahnder schon im Jahr
131 2001 mit zahlreichen Kollegen gegen eine Amtsverfügung protestiert, die nach ihrer Ansicht zur
132 Schonung reicher Steuersünder führte, mit der Folge, dass alle Fahnder, die protestiert hatten,
133 in andere Bereiche der Finanzverwaltung umgesetzt oder versetzt wurden und verstärktem
134 Mobbing. Zahlreiche weitere Fälle belegen Mobbing oder Behinderung bei der Arbeit.

135

136 **Die Jusos fordern daher:**

137

138 • Denn versteckten Steuerföderalismus der Bundesländer, der unserem Gemeinwesen
139 schadet, indem er zu weniger Steuereinnahmen führt zu beenden und eine
140 Bundesfinanzverwaltung als langfristig angelegte Kontrollbehörde, welche zum Beispiel
141 die Einhaltung bundeseinheitlichen Quoten zur Kontrolle von Steuererklärungen überprüft
142 und bei Interesse Personalbeständen erhöht, zumindest aber die Auslastung der
143 Finanzämtern überblickt und zusätzliche Einstellungen nicht aufgrund zusätzlicher Kosten
144 oder nicht zu Gute kommender Einnahmen überdenkt.

145

146 • Eine Ausweitung der Kontrollbefugnis der Finanzbehörde im Kampf gegen die
147 Steuerhinterziehung, welche Kontostand, vor allem aber Kontenbewegungen abdeckt und
148 somit Kapitalströme in sogenannte Steueroasen aufdecken kann.

149

150 • die zusätzliche Einstellung von SteuerprüferInnen, um insbesondere eine auskömmliche
151 und vollständige Prüfung von Betrieben, der Umsatzsteuer und der Einkommenssteuer zu
152 gewährleisten, wobei es uns an dieser Stelle nicht darum geht, Steuern mehr von den
153 abhängig Beschäftigten zahlen zu lassen, sondern darum, den Steuerbeitrag - durch
154 Aufdeckung von Steuerhinterziehung - von Unternehmen und Selbstständigen oder aus
155 Einkommen aus Vermögen zu steigern

156

157 • zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, um langfristig den Personalbestand zu
158 erhöhen und bundeseinheitliche Vorgaben erfüllen zu können.

159

160 • Die Einbringung einer Initiative im Bundesrat, welche zum Ziel hat, die mögliche Lücke

161 durch eine nicht gesichtete Finanzierung durch Erhöhung des Personalbestands, was zu
162 einer egoistisch Einzelansicht gegen Personalbestandserhöhung führt, zu beseitigen. Eine
163 Möglichkeit würde die Einführung einer Anrechnungsregelung der Ausgaben für die
164 Steuerverwaltung der Länder im Länderfinanzausgleich darstellen.

165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221

Titel Genossenschaften stärken - Alternatives und
gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gezielt fördern und
vereinfachen

Antragsteller Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso -
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Genossenschaften stärken - Alternatives und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften
gezielt fördern und vereinfachen

1 Die Landschaft der Unternehmensformen stellt sich, vor allem in Deutschland, als sehr
2 heterogen dar. Neben den im Allgemeinen bekannten Formen, wie Aktiengesellschaften
3 (AG'en), Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH's) oder der Gesellschaft des
4 bürgerlichen Rechts (GbR) gibt es ein weiteres Modelle, welches jedoch in der Gesellschaft
5 weniger bekannt ist. Die Rede ist hier vom Modell der Genossenschaften. Trotz ihrer hohen
6 Mitgliederzahl von fast 21 Millionen Mitgliedern ist ihr Bekanntheitsgrad nur sehr gering, und das
7 obwohl die Vereinten Nationen das Jahr 2012 als „Internationales Jahr der Genossenschaften“
8 ausgerufen haben. Diese Tatsache ist Anlass genug sich mit den bestehenden
9 Rahmenbedingungen der Genossenschaften in Deutschland noch einmal intensiver und
10 tiefergehend auseinander zu setzen.

11
12 Genossenschaften stellen aus mehreren Perspektiven eine Alternative zu den vorherrschenden
13 traditionellen Wirtschaftsformen dar. Das Einsatzfeld von bereits existierenden
14 Genossenschaften erstreckt sich von Produktivgenossenschaften, über Einkaufs- und
15 Distributionsgenossenschaften bis hin zu Wohngenossenschaften. Alle haben jedoch eins
16 gemeinsam:

17
18 Sie sorgen dafür, dass der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zwar nicht gänzlich
19 aufgehoben, durch die Möglichkeit der Einbindung der Arbeiterinnen und Arbeiter in die
20 Entscheidungsprozesse des Unternehmens aber die Abschöpfung des Mehrwertes durch den
21 Kapitalisten nicht in einem Maß erfolgt, wie bei AG, GmbH usw. Durch die erhöhte Beteiligung
22 der Arbeiterinnen und Arbeiter an dem erwirtschafteten Mehrwert (als Mitglieder der
23 Genossenschaft), sowie der Beteiligung an den Entscheidungsprozessen können
24 Genossenschaften eine Abmilderung der kapitalistischen Effekt bewirken und damit eine
25 Möglichkeit darstellen gerechteres Wirtschaften zu fördern.

26
27 Natürlich ist das Modell der Genossenschaften aus jungsozialistischer Sicht kein vollständig
28 perfektes. Vor allem die Tatsache, dass beispielsweise Kapitalgesellschaften als Mitglieder
29 einer Genossenschaft fungieren können, sowie die Möglichkeit Arbeiterinnen und Arbeiter nicht
30 an der Mitgliedschaft zu beteiligen zeigen die Schwächen dieser Unternehmensform. Diese
31 Schwächen sind jedoch größtenteils auf die kapitalistische Produktionsweise selbst
32 zurückzuführen. Denn solange der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Erzeugung
33 des Mehrprodukts und seiner Aneignung durch die Eigentümer der Produktionsmittel gegeben
34 ist, unterliegt die ökonomische Entwicklung infolge des Vorrangs der Profitinteressen dem Hang
35 zur Profitmaximierung. Die Wesensart der Genossenschaften, in der Arbeiterinnen und Arbeiter
36 sowohl Produzent*innen als auch Eigentümer*innen an Produktionsmitteln sein können, nutzt

37 den Widerspruch des Kapitalismus um seine Konsequenzen abzufangen und zu mildern. Aber
38 auch Genossenschaften sind nur Teil dieses Systems und können, wie oben bereits erwähnt,
39 die Widersprüche des Kapitalismus nicht beseitigen. Zumal sich die Art des Wirtschaftens und
40 damit die Beteiligung der Mitglieder in den unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten der
41 Genossenschaften durchaus unterscheidet.

42

43 Bei einer groben Eingruppierung der Genossenschaften in Produktions- und Distributions- und
44 Finanzgenossenschaften zeigen sich schnell einige formspezifische Unterschiede. Die Form
45 von Wirtschaften in Genossenschaften sollte in der Diskussion um wirtschaftspolitische
46 Alternativen zum aktuellen System durchaus mitgedacht werden und mehr in den Fokus rücken.

47

48 **Produktionsgenossenschaften**

49

50 Produktionsgenossenschaften stellen in diversen Wirtschaftsbereichen (z.B. Handwerk,
51 Landwirtschaft,...) eine Möglichkeit der Be- und Verarbeitung von Rohstoffen dar. Durch die
52 Beteiligung der Mitglieder an den wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen und der daraus
53 resultierenden Möglichkeit der eigenbedarfsgesteuerten Produktionsweise steht die geleistete
54 Mehrarbeit den Arbeitnehmer*innen in nahezu uneingeschränktem Zustand zur Verfügung. Dies
55 hat zur Konsequenz, dass der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, welcher in den
56 Kapitalgesellschaften in vielen Bereichen vorkommt, zwar nicht aufgehoben, aber zumindest in
57 nicht unerheblichem Maß abgeschwächt werden kann. Auch die Tatsache, dass die
58 genossenschaftliche Produktionsweise, bei richtiger Anwendung, den Arbeiterinnen und
59 Arbeitern einen nicht unerheblichen Anteil an Mitbestimmung ermöglicht und damit eine (Teil-
60)Herrschaft über die Produktionsmittel macht ist ein entscheidender Faktor.

61

62 **Distributionsgenossenschaften**

63

64 Im Gegensatz zu Produktionsgenossenschaften leisten Distributionsgenossenschaften keine
65 eigene Wertschöpfung im Sinne der Herstellung von Waren. Ihre Formen in denen sie auftreten
66 können vielfältig sein. Vor allem die Wohngenossenschaften konnten, aufgrund steigender
67 Mietpreise, in den vergangenen Wochen und Monaten erneut das öffentliche Interesse für sich
68 gewinnen.

69

70 Mit Hilfe dieser speziellen Form der Distributionsgenossenschaften ist es möglich,
71 gemeinsamen, kollektiven Wohnraum zu einem angemessenen Preis für die Mitglieder bereit zu
72 stellen. Aber auch andere Formen von Distributionsgenossenschaften wie beispielsweise
73 Einkaufsgenossenschaften, Futtermittelgenossenschaften, Dritte-Welt-Läden, Car-Sharing-
74 Genossenschaften usw. bieten, bei richtiger Ausgestaltung die Möglichkeit der Beteiligung der
75 Mitglieder am wirtschaftlichen Prozess des Unternehmens.

76

77 Gleichzeitig wird, gerade bei Distributionsgenossenschaften, auch der ökonomische Nutzen der
78 Mitglieder schnell deutlich. So besteht beispielsweise durch die kollektive Beschaffung von
79 Futtermittel in einer Futtermittelgenossenschaft die Möglichkeit Kosten zu sparen und damit
80 einen höheren Mehrwert zu erzielen, als wenn jedes Mitglied einzeln Futtermittel einkaufen
81 würde. Auch diese vorrangig ökonomisch sinnvolle Komponente einer Genossenschaft ist aus
82 sozialistischer Sicht positiv zu bewerten. Die Ausschaltung kapitalistischer Konkurrenz führt
83 hierbei direkt zu einer Wohlstandsmehrung denn so kann der größere Mehrwert in einer
84 Genossenschaft entsprechend dem Grundgedanken auch zu größeren Teilen an die Mitglieder
85 verteilt werden.

86

87 **Finanzgenossenschaften**

88

89 Das Tätigkeitsfeld von Finanzgenossenschaften beschränkt sich weitestgehend auf die
90 Finanzmärkte und die Verwaltung des investierten Kapitals der Mitglieder. Sie kann vor allem
91 helfen der lohnabhängigen Bevölkerung, sowie Kleinstkapitalisten Zugang zu Kapital in Form
92 von Krediten zu verschaffen. Finanzgenossenschaften haben sich vor allem in der Krise
93 gegenüber großen international tätigen Banken als sehr resistent erwiesen, da ihre Anlagen-
94 und Investitionspolitik nicht dem neoliberalen Trend gefolgt ist, sondern auch in die
95 Realwirtschaft, insbesondere dem Klein- und Mittelstand, investiert und entsprechende Kredite
96 vergeben wurden.

97

98 Alle hier benannten Formen von Genossenschaften haben aus sozialistischer Sicht sowohl
99 gemeinsame Stärken, als auch gemeinsame Schwächen. Ihre Ambivalenz ergibt sich aus der
100 Tatsache, dass sie als Unternehmensform im kapitalistischen System existieren und damit auch
101 allen kapitalistischen Gesetzen und Effekten unterworfen sind, sowie aus der Tatsache, dass
102 sie durch die verschiedenen, in ihnen enthaltenen, Instrumente die kapitalistischen Effekte
103 abmildern. Diese Ambivalenz ist unabhängig von der jeweiligen Ausdifferenzierung und hat zur
104 Folge, dass je nach Ausgestaltung der Genossenschaften die Milderung der kapitalistischen
105 Effekte von überhaupt nicht bis hin zu größtmöglich variiert. Vor allem die Möglichkeit der
106 juristischen Personen als Anteilseigner*innen oder die Verkümmern des
107 genossenschaftlichen Auftrags zur reinen Wahrung der Besitzstände zu nennen. Hier wären
108 beispielsweise Wohngenossenschaften zu nennen, deren selbst gesetzter Auftrag bei einer
109 Gründung die Schaffung von günstigem Wohnraum ist, welche aber nach wenigen Jahren nur
110 noch Wohnungen zu Preisen anbieten, die lediglich gut situierte Menschen bezahlen können.
111 Ab diesem Zeitpunkt wäre das ursprüngliche Ziel (Schaffung von günstigem Wohnraum) nicht
112 mehr erkennbar. Dies würde dann zum Ausschluss von Menschen führen, welche auf
113 günstigeren Wohnraum angewiesen sind und deren Situation verschlechtern. Diese, damit
114 verbundene Ausgrenzung sozial schwächerer Menschen, steht im Widerspruch zum
115 ursprünglichen Ziel.

116

117 Aus sozialistischer Sicht ist das Modell der Genossenschaften vor allem dann
118 unterstützenswert, wenn eine größtmögliche Abmilderung des undemokratischen und
119 kapitalistischen Profitstrebens erfolgt. Das bedeutet konkret, dass Mitglieder einer
120 Genossenschaft natürliche Personen sind, die Mitbestimmung das höchstmögliche Maß
121 erreicht, der Aufbau und die Vorgehensweise der Genossenschaften demokratisch erfolgt,
122 sowie das Handeln einer Genossenschaft stets am Gemeinwohl orientiert ist.
123 Genossenschaften, welche die oben genannten Merkmale ausweisen sind aus unserer Sicht zu
124 fördern und entsprechen unserem Modell einer ideal ausgestalteten Genossenschaft.

125

126 Gerade die oben genannten Vorteile sind Grund genug, das Modell der Genossenschaften
127 weiterentwickelt und ausgebaut werden. Die oben benannten Schwächen, sowie die Hürden zur
128 Gründung von Genossenschaften müssen, soweit möglich, sukzessiv abgebaut und das Modell
129 der Genossenschaften gestärkt werden.

130

131 Unser Anspruch an eine moderne linke Unternehmenspolitik ist geprägt von einer Förderung
132 alternativer Eigentums- wie Wirtschaftsformen, der Steigerung der Mitbestimmung, sowie einer
133 Gemeinwohlorientierung der einzelnen Gesellschaftsformen. Die Genossenschaften können ein
134 Baustein in einem großen Gesamtkonstrukt sein und müssen deshalb aus unserer Sicht weiter
135 gefördert und ihre Attraktivität gesteigert werden. Wir sind uns dennoch bewusst, dass
136 Genossenschaften kein Allheilmittel sind und ihr Einsatz auch nicht auf allen Gebieten Sinn
137 ergibt, sondern durch kommunale, staatliche und private Eigentumsformen ergänzt werden
138 sollte.

139

140 Trotz öffentlichkeitswirksamen Entwicklungen wie beispielsweise der Schritt der Vereinten
141 Nationen das Jahr 2012 zum "Jahr der Genossenschaften" auszurufen, ist der
142 Bekanntheitsgrad von Genossenschaften eher gering. Vor allem ihr Name führt in der
143 Gesellschaft häufig zu einer ablehnenden Reaktion (Sozialismus ist zum Teil immer noch
144 negativ behaftet). Wir möchten Genossenschaften stärken und Vorurteile abbauen, den
145 Bekanntheitsgrad erhöhen und die Vorteile dieser Unternehmensform weiter in den Fokus
146 rücken.

147

148 **Deshalb fordern wir**

149

- 150 • öffentliche Informationsveranstaltungen durch Schulen, Hochschulen und die Bundes- wie
151 Landeszentralen für politische Bildung zur Stärkung des Bewusstseins gegenüber
152 Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Wirtschaftsformen zu unterstützen
- 153
- 154 • die Aufnahme von Genossenschaften als Unternehmensform in die Lehrpläne beruflicher
155 Schulen
- 156
- 157 • den Ausbau von Beratungsangeboten zu Genossenschaften insbesondere durch die
158 Bundesagentur für Arbeit und die Kammern.

159 • den stärkeren Einbezug von Genossenschaften bei Unternehmensgründungsberatungen

160

161 • den Miteinbezug der Genossenschaften als Alternative zu Kapitalgesellschaften bei

162 Neugründungen von regionalen und kommunalen Unternehmen durch Kommunen

163

164 Durch die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2006 wurden die

165 Genossenschaften zum Teil an die Kapitalgesellschaften angeglichen und außerdem die

166 Hürden zur Gründung von Genossenschaften zum Teil abgebaut. Dennoch gibt es noch einige

167 Hürden, welche bei Existenzgründungen durchaus als Hemmschwelle betrachtet werden

168 können. Aus unserer Sicht ist es deshalb zwingend notwendig, diese Hürden weiter abzubauen

169 und so die Attraktivität der Genossenschaften weiter auszubauen.

170

171 **Daher fordern wir**

172

173 • gezielte Reformen zur Erleichterung der Gründung von gemeinwohlorientierten

174 Genossenschaften, gerade in den bisher noch nicht so stark genossenschaftlich

175 organisierten Wirtschaftszweigen

176

177 • den Erhalt und die Stärkung der wichtigen Alleinstellungsmerkmale von

178 Genossenschaften in Richtung Allgemeinwohlorientierung, demokratische Mitbestimmung

179 und Partizipation der Mitglieder, Anteil an Produktionsmitteln u. Ä.

180

181 • die Einbindung von Genossenschaften in staatliche Förderungsprogramme und die

182 Gleichberechtigung an diesem Punkt mit allen anderen „traditionellen“, kapitalorientierten

183 Unternehmensformen

184

185 Auch im Bereich der Forschung zeigt sich noch ein erheblicher Nachholbedarf. Die größere

186 Bedeutung kommt vor allem Genossenschaften im regionalen Bereich zu. Im Nationalen und

187 Internationalen Bereich gibt es bis jetzt wenige Erfahrungen mit Genossenschaften. Dieser

188 Umstand stellt eine weitere Hemmschwelle für die Gründung vor allem von überregionalen

189 Genossenschaften dar.

190

191 Der Ausbau und die Förderung von Forschungsprojekten ist deshalb zwingend notwendig, wenn

192 Genossenschaften als Alternative auf Augenhöhe zu den „traditionellen“ Kapitalgesellschaften

193 wahrgenommen werden sollen.

194

195 **Wir fordern deshalb**

196

197 • den Ausbau und die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der

198 Genossenschaften und gemeinwohlorientierter alternativer Wirtschaftsformen, vor allem

199 im überregionalen Bereich

200

201 • die Evaluation bestehender genossenschaftlicher Projekte im regionalen und

202 überregionalen Bereich zur Bewertung ihrer Entwicklung

203

204 • die Durchführung von Studien und Schaffung von Modellprojekten im Bereich

205 genossenschaftlichen Wirtschaftens

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

Titel Genossenschaften stärken – für eine umfassende Reform und eine Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Genossenschaftsmodells

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Genossenschaften stärken – für eine umfassende Reform und eine Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Genossenschaftsmodells

- 1 Genossenschaften spielen in der heutigen Wirtschaftskonstellation vor allem in Deutschland
2 eine eher untergeordnete Rolle – und das trotz ihrer, mit fast 21 Millionen, sehr hohen
3 Mitgliederzahl. Dabei bieten die Genossenschaften jedoch in vielen Bereichen eine echte
4 Alternative zu den vorherrschenden Wirtschaftsstrukturen, deren Fokus meistens auf der
5 Steigerung des Shareholder-Value und der Gewinnmaximierung liegt. Gerade die Tatsache,
6 dass Genossenschaften im Vergleich zu anderen wirtschaftlichen Erscheinungsformen gut dazu
7 geeignet sind volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mehrwert zu erzeugen hat dazu
8 geführt, dass die Vereinten Nationen das Jahr 2012 zum „Internationalen Jahr der
9 Genossenschaften“ ausgerufen haben.
- 10
- 11 Und auch in der, zum Teil immer noch andauernden, Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich
12 gezeigt, dass es die Genossenschaftsbanken waren, die es größtenteils ohne größeren
13 Schaden davon gekommen sind.
- 14
- 15 Natürlich sind Genossenschaften nicht die Gesamtlösung für alle wirtschaftlichen Bereiche und
16 gesellschaftlichen oder ökonomischen Fragestellungen.
- 17
- 18 So gibt es durchaus Wirtschaftsbereiche, in denen bisher wenig bis keine Erfahrungswerte für
19 ein genossenschaftliches Wirtschaften vorliegen. Genauso, wie Tatsache, dass juristische
20 Personen selbst Mitglieder einer Genossenschaft sein können und damit die Idee der
21 Genossenschaft verloren geht.
- 22
- 23 Nichtsdestotrotz können Genossenschaften ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem
24 sozialistischen Wirtschaften sein – sofern in ihnen der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital
25 wenigstens gemindert wird.
- 26
- 27 So lässt sich aufgrund der großen Bedeutung von Werten wie Demokratie, Selbsthilfe und
28 Solidarität häufig ein wesentlich bodenständigeres und nachhaltigeres Wirtschaften erkennen,
29 als in vielen anderen Unternehmensformen.
- 30
- 31 Und dennoch wurde den Genossenschaften in der Vergangenheit nicht die Aufmerksamkeit zu
32 Teil, die sie in gewissem Maße verdient hätten.
- 33
- 34 Die Ursache liegt zum einen darin begründet, dass diese Wirtschaftsform oft nicht bekannt ist
35 und es zum Teil unnötig große Hürden für den Betrieb von Genossenschaften gibt, zum
36 Anderen, dass auch aus politischer Sicht es in der Vergangenheit versäumt wurde, die
37 Alleinstellungsmerkmale und Besonderheiten von Genossenschaften zu stärken. Stattdessen

38 fand eher eine Angleichung an, von klassischen kapitalinteressen getriebene, Wirtschaftsformen
39 statt.
40
41 Dabei bieten die Genossenschaften, trotz einiger Probleme, die sich in den letzten Jahren
42 aufgrund von Angleichungen an andere Wirtschaftsformen verschärft haben, durchaus auch
43 Vorteile.
44
45 Ihre Grundidee, den Menschen die Möglichkeit zu geben sich an den Stellen selbst zu helfen,
46 an denen der Staat nicht mehr Handlungsfähig ist oder eine Investition sich für kapitalgetriebene
47 Unternehmen als nicht lohnenswert herausstellt, ist aktueller denn je. Durch Privatisierung von
48 ehemaligen Staatsunternehmen und der Einführung von restriktiven, finanzpolitischen
49 Beschränkungen auf kommunaler Ebene wird das solidarische Modell der Genossenschaften
50 wieder mehr in den Fokus gerückt. Es empfiehlt sich die verschiedenen Arten von
51 Genossenschaften im ökonomischen Sinne zu kategorisieren.
52
53 So kann grob zwischen Produktions-, Distributions- und Finanzgenossenschaften unterschieden
54 werden.
55
56 Durch eine Beteiligung der in einer **Produktivgenossenschaft** arbeitenden Personen als
57 Genossen (sog. Mitglieder) kann der immanente Widerspruch der kapitalistischen
58 Produktionsweise (also der zwischen Arbeit und Kapital) gemildert werden. Die geleistete
59 Mehrarbeit ginge zum Teil an die Arbeitenden, wodurch die klassische Mehrarbeit gesenkt
60 werden würde und die Arbeitenden schlicht zu einem größeren Teil für sich selbst arbeiten.
61 Doch der viel entscheidendere Punkt wäre der, dass durch eine Mehrheitsbeteiligung an der
62 Produktivgenossenschaft durch in ihr Arbeitende, ihnen eine Kontrolle über
63 Produktionsentscheidungen zuteilwerden würde und damit ein Schritt weg von einem
64 kapitalistischen, hin zu einem sozialistischen Wirtschaften getan wäre, welches, im Gegensatz
65 zu den anderen beiden Arten, auch eine Art des Wirtschaftens im Sozialismus darstellen
66 könnte.
67
68 **Distributionsgenossenschaften** zeichnen sich hauptsächlich dadurch aus, dass sie selbst
69 keine Wertschöpfung im klassischen Sinne betreiben. Sie können beispielsweise reine
70 Einkaufsgenossenschaften sein oder auch Wohngenossenschaften. Hier findet maximal eine
71 Weiterverarbeitung statt, der Fokus liegt jedoch in der Verteilung der Güter. Gerade in dieser
72 Form kann es vorkommen, dass die Genossenschaft zu einer kleinbürgerlichen Organisation
73 verkommt, die lediglich auf die Wahrung ihrer Besitzstände aus ist. Zum Beispiel eine
74 Wohngenossenschaft, die in einer beliebigen Stadtlage dem unteren Mittelstand einen begehrten
75 Wohnraum zu für ihn zahlbaren Preisen ermöglicht. Dadurch wird für die sozial Schwachen die
76 Situation zusätzlich verschlechtert.
77
78 **Finanzgenossenschaften** sind im Gegensatz zu den beiden beschriebenen
79 Genossenschaftsformen hauptsächlich auf den Finanzmärkten aktiv. Sie haben ebenso wie die
80 Distributionsgenossenschaften den Nachteil, dass sie leicht zu bourgeoisen Zwecken eingesetzt
81 werden können. So kann eine Finanzgenossenschaft (wie die Raiffeisenbank) helfen den
82 Finanzschwachen (also hauptsächlich der lohnabhängigen Bevölkerung) Zugang zu Krediten zu
83 verschaffen oder aber ihr Vermögen vor Umverteilungen des Finanzkapitalismus (wie Inflation)
84 zu schützen.
85
86 Der demokratische Aufbau, die Möglichkeit der Partizipation und das hohe Maß an möglicher
87 Mitbestimmung macht diese Wirtschaftsform vor allem für regionale Projekte, von denen die
88 Gemeinschaft vor Ort profitiert, sehr attraktiv. Gerade in den Bereichen der erneuerbaren
89 Energien und Wohnen befinden sich Genossenschaften auf dem Vormarsch.
90
91 Trotz ihrer Vorzüge und der steigenden Bedeutung ist die Zahl der Neugründungen von
92 Genossenschaften immer noch sehr gering – zumindest im Vergleich gegenüber anderen
93 Geschäftsformen. Dies liegt vor allem an den, zum Teil hohen, gesetzlichen Hürden und der
94 Unsicherheit seitens potentiellen Firmengründer*innen.
95
96 Diese Hürden wollen wir im Sinne einer nachhaltigen und am Gemeinwohl orientierten
97 Wirtschaftspolitik abbauen. Unser Ziel ist es, die Gründung von nicht an der
98 Gewinnmaximierung orientierten Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern.

100 **Schaffung von Öffentlichkeit**

101

102 Wir wollen den Bekanntheitsgrad und die Bedeutung des Genossenschaftsmodells als
 103 Wirtschaftsform in der Gesellschaft stärken. Sowohl die negativen Assoziationen, die mit
 104 Genossenschaften in der Gesellschaft verankert sind („bäuerlich“, „proletarisch“, „altbacken“,
 105 „Sozialismus“, „DDR“, „Gemeinwirtschaft“), als auch dem geringen Bekanntheitsgrad wollen wir
 106 mit einem breit angelegten Diskurs entgegen treten. Vor allem im Bereich der
 107 Gründungsberatung wollen wir dafür sorgen tragen, dass sowohl Steuer- als auch
 108 Unternehmensberatern das Genossenschaftsmodell bekannt ist und bei potentiellen
 109 Unternehmensneugründungen explizit auch auf Genossenschaften eingegangen wird. Dies soll
 110 gemeinsam mit dem Genossenschaftsverband geschehen, sodass eine möglichst umfassende,
 111 rechtsformübergreifende Beratung stattfindet.

112

113 Weiterhin sollen die Lehrpläne an Schulen und Universitäten in ökonomischen Fächern
 114 dahingehend erweitert werden, dass auch ethische Maßstäbe und Alternativen zur aktuellen
 115 ökonomischen Maxime der Gewinnmaximierung aufgezeigt werden. An Schulen müssen vor
 116 allem Grundlagen der Ökonomie von allen Seiten aus beleuchtet werden und neben den
 117 „klassischen“ Planspielen (z.B. Planspiel „Börse“) auch Planspiele mit Schülergenossenschaften
 118 durchgeführt werden.

119

120 Wir fordern daher:

121

- 122 • die Förderung der Bekanntheit des Modells der Genossenschaften durch (Weiter-)
 - 123 Bildungsveranstaltungen, sowie der Schaffung von Angeboten im Bereich der Schul- und
 - 124 Hochschullehre
- 125 • den Ausbau der Beratungsangebote zu Genossenschaften
- 126 • die Erweiterung der Lehrpläne an Schulen und Universitäten um ethische Maßstäbe und
- 127 alternativen zur klassischen ökonomischen Maxime der Gewinnmaximierung
- 128 • die Durchführung von Planspielen zu SchülergenossenschaftenHürden abbauen – Gesetz
- 129 novellieren

130

131 Neben den gesellschaftlichen Hemmnissen, die Genossenschaften immer noch anhaften, gibt
 132 es durchaus auch rechtliche Hürden, welche die Gründung und auch den Betrieb von
 133 Genossenschaften erschweren und Neugründungen verhindern können.

134

135 Die Prüfungsrichtlinien (Gründungsprüfung, gesetzliche Prüfungen, ...), denen
 136 Genossenschaften unterworfen sind haben, ohne Zweifel, ihre Berechtigung und ergeben sich
 137 aus der besonderen Schutzbedürftigkeit der handelnden Akteur*innen innerhalb der
 138 Genossenschaft. Sie dienen zum Schutz für Mitglieder, als auch von Gläubigern. Allerdings
 139 kann die finanzielle Belastung und die Häufigkeit der Pflichtprüfungen auch eine abschreckende
 140 Wirkung habe.

141

142 Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass bei Genossenschaften mit vergleichsweise
 143 geringen Bilanz- und Umsatzsummen die Anzahl der Pflichtprüfungen zu reduzieren und auch
 144 auf Pflichtmitgliedschaften abzuschaffen. Gerade bei kleinen und Kleinstgenossenschaften ist
 145 das Risiko für Mitglieder und Gläubiger vergleichsweise gering.

146

147 Wir wollen uns außerdem dafür einsetzen, dass Genossenschaften ab sofort dieselben
 148 Möglichkeiten bekommen von den Fördermaßnahmen der KfW zu profitieren wie die
 149 kapitalorientierten Wirtschaftsformen. Wir fordern daher:

150

- 151 • die Erleichterung der Gründung von Genossenschaften durch gesetzliche Reformen,
 152 welche die Alleinstellungsmerkmale von Genossenschaften weiter betonen
- 153 • den Abbau von Hürden für den Betrieb von kleinen Genossenschaften
- 154 • die Einbindung von Genossenschaften in jegliche staatlichen Förderungen und
 155 Subventionen die auch den „klassischen“, kapitalorientierten Unternehmen zustehen

156

157 **Modellprojekte schaffen – Forschung vorantreiben**

158

159 Genossenschaften spielen heute vor allem im regionalen Bereich eine bedeutende Rolle. Mit

160 Wohngenossenschaften wird vor allem in urbanen Vororten bezahlbarer Wohnraum geschaffen
161 und im Bereich der erneuerbaren Energien lokale Windparks errichtet.

162

163 Über den regionalen Einsatz von Genossenschaften hinaus gibt es leider bis jetzt nur sehr
164 wenige Beispiele für große Projekte.

165

166 Diese Tatsache erfordert es, dass die Forschung im Bereich Genossenschaften generell, aber
167 auch vor allem im Bereich überregionaler Genossenschaften, die es mit ihrer Größe mit
168 Aktiengesellschaften mithalten können, weiter voran getrieben wird. Dazu ist es auch
169 notwendig, entsprechende Modellprojekte in diesem Bereich zu schaffen um die notwendigen
170 Erfahrungswerte zu erhalten.

171

172 Diese Erfahrungswerte schaffen dann die Grundlagen einer empirischen Forschungsarbeit im
173 Bereich der Genossenschaften, die vorausseilend im theoretischen Bereich ihre Fundierung
174 erhalten soll.

175

176 Anhand dieser Forschungen und der daraus resultierenden Ergebnisse können Konzepte
177 entwickelt werden, welche die Bereiche aufzeigen, in denen genossenschaftliches Wirtschaften
178 Sinn macht.

179

180 Wir fordern daher:

181

- 182 • den Ausbau der Forschung im Bereich von Genossenschaften in allen Bereichen, vor
183 allem im Bereich der überregionalen Genossenschaften
- 184 • die Schaffung von Modellprojekten, welche als Studien für die Tauglichkeit von
185 Genossenschaften im überregionalen Bereich dienen können
- 186 • die Entwicklung von Konzepten für einzelne, möglichst viele, Bereich, in denen
187 genossenschaftliches Wirtschaften sinnvoll nutzbar ist

188

189 **Begründung:**

190 Weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

Titel Genossenschaften stärken – für eine umfassende Reform und eine Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Genossenschaftsmodells

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Genossenschaften stärken – für eine umfassende Reform und eine Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Genossenschaftsmodells

- 1 Genossenschaften spielen in der heutigen Wirtschaftskonstellation vor allem in Deutschland
- 2 eine eher untergeordnete Rolle – und das trotz ihrer, mit fast 21 Millionen, sehr hohen
- 3 Mitgliederzahl. Dabei bieten die Genossenschaften jedoch in vielen Bereichen eine echte
- 4 Alternative zu den vorherrschenden Wirtschaftsstrukturen, deren Fokus meistens auf der
- 5 Steigerung des Shareholder-Value und der Gewinnmaximierung liegt. Gerade die Tatsache,
- 6 dass Genossenschaften im Vergleich zu anderen wirtschaftlichen Erscheinungsformen gut dazu
- 7 geeignet sind volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mehrwert zu erzeugen hat dazu
- 8 geführt, dass die Vereinten Nationen das Jahr 2012 zum „Internationalen Jahr der
- 9 Genossenschaften“ ausgerufen haben.
- 10
- 11 Und auch in der, zum Teil immer noch andauernden, Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich
- 12 gezeigt, dass es die Genossenschaftsbanken waren, die es größtenteils ohne größeren
- 13 Schaden davon gekommen sind.
- 14
- 15 Natürlich sind Genossenschaften nicht die Gesamtlösung für alle wirtschaftlichen Bereiche und
- 16 gesellschaftlichen oder ökonomischen Fragestellungen.
- 17 So gibt es durchaus Wirtschaftsbereiche, in denen bisher wenig bis keine Erfahrungswerte für
- 18 ein genossenschaftliches Wirtschaften vorliegen. Genauso, wie Tatsache, dass juristische
- 19 Personen selbst Mitglieder einer Genossenschaft sein können und damit die Idee der
- 20 Genossenschaft verloren geht.
- 21
- 22 Nichtsdestotrotz können Genossenschaften ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem
- 23 sozialistischen Wirtschaften sein – sofern in ihnen der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital
- 24 wenigstens gemindert wird.
- 25 So lässt sich aufgrund der großen Bedeutung von Werten wie Demokratie, Selbsthilfe und
- 26 Solidarität häufig ein wesentlich bodenständigeres und nachhaltigeres Wirtschaften erkennen,
- 27 als in vielen anderen Unternehmensformen.
- 28 Und dennoch wurde den Genossenschaften in der Vergangenheit nicht die Aufmerksamkeit zu
- 29 Teil, die sie in gewissem Maße verdient hätten.
- 30 Die Ursache liegt zum einen darin begründet, dass diese Wirtschaftsform oft nicht bekannt ist
- 31 und es zum Teil unnötig große Hürden für den Betrieb von Genossenschaften gibt, zum
- 32 Anderen, dass auch aus politischer Sicht es in der Vergangenheit versäumt wurde, die
- 33 Alleinstellungsmerkmale und Besonderheiten von Genossenschaften zu stärken. Stattdessen
- 34 fand eher eine Angleichung an, von klassischen kapitalinteressen getriebene, Wirtschaftsformen
- 35 statt.
- 36 Dabei bieten die Genossenschaften, trotz einiger Probleme, die sich in den letzten Jahren
- 37 aufgrund von Angleichungen an andere Wirtschaftsformen verschärft haben, durchaus auch

38 Vorteile.

39 Ihre Grundidee, den Menschen die Möglichkeit zu geben sich an den Stellen selbst zu helfen,
40 an denen der Staat nicht mehr Handlungsfähig ist oder eine Investition sich für kapitalgetriebene
41 Unternehmen als nicht lohnenswert herausstellt, ist aktueller denn je. Durch Privatisierung von
42 ehemaligen Staatsunternehmen und der Einführung von restriktiven, finanzpolitischen
43 Beschränkungen auf kommunaler Ebene wird das solidarische Modell der Genossenschaften
44 wieder mehr in den Fokus gerückt.

45

46 Es empfiehlt sich die verschiedenen Arten von Genossenschaften im ökonomischen Sinne zu
47 kategorisieren. So kann grob zwischen Produktions-, Distributions- und
48 Finanzgenossenschaften unterschieden werden.

49

50 Durch eine Beteiligung der in einer Produktivgenossenschaft arbeitenden Personen als
51 Genossen (sog. Mitglieder) kann der immanente Widerspruch der kapitalistischen
52 Produktionsweise (also der zwischen Arbeit und Kapital) gemildert werden. Die geleistete
53 Mehrarbeit ginge zum Teil an die Arbeitenden, wodurch die klassische Mehrarbeit gesenkt
54 werden würde und die Arbeitenden schlicht zu einem größeren Teil für sich selbst arbeiten.
55 Doch der viel entscheidendere Punkt wäre der, dass durch eine Mehrheitsbeteiligung an der
56 Produktivgenossenschaft durch in ihr Arbeitende, ihnen eine Kontrolle über
57 Produktionsentscheidungen zuteilwerden würde und damit ein Schritt weg von einem
58 kapitalistischen, hin zu einem sozialistischen Wirtschaften getan wäre, welches, im Gegensatz
59 zu den anderen beiden Arten, auch eine Art des Wirtschaftens im Sozialismus darstellen
60 könnte.

61

62 Distributionsgenossenschaften zeichnen sich hauptsächlich dadurch aus, dass sie selbst keine
63 Wertschöpfung im klassischen Sinne betreiben. Sie können beispielsweise reine
64 Einkaufsgenossenschaften sein oder auch Wohngenossenschaften. Hier findet maximal eine
65 Weiterverarbeitung statt, der Fokus liegt jedoch in der Verteilung der Güter. Gerade in dieser
66 Form kann es vorkommen, dass die Genossenschaft zu einer kleinbürgerlichen Organisation
67 verkommt, die lediglich auf die Wahrung ihrer Besitzstände aus ist. Zum Beispiel eine
68 Wohngenossenschaft, die in einer beliebigen Stadtlage dem unteren Mittelstand einen begehrten
69 Wohnraum zu für ihn zahlbaren Preisen ermöglicht. Dadurch wird für die sozial Schwachen die
70 Situation zusätzlich verschlechtert.

71

72 Finanzgenossenschaften sind im Gegensatz zu den beiden beschriebenen
73 Genossenschaftsformen hauptsächlich auf den Finanzmärkten aktiv. Sie haben ebenso wie die
74 Distributionsgenossenschaften den Nachteil, dass sie leicht zu bourgeoisen Zwecken eingesetzt
75 werden können. So kann eine Finanzgenossenschaft (wie die Raiffeisenbank) helfen den
76 Finanzschwachen (also hauptsächlich der lohnabhängigen Bevölkerung) Zugang zu Krediten zu
77 verschaffen oder aber ihr Vermögen vor Umverteilungen des Finanzkapitalismus (wie Inflation)
78 zu schützen.

79

80 Der demokratische Aufbau, die Möglichkeit der Partizipation und das hohe Maß an möglicher
81 Mitbestimmung macht diese Wirtschaftsform vor allem für regionale Projekte, von denen die
82 Gemeinschaft vor Ort profitiert, sehr attraktiv. Gerade in den Bereichen der erneuerbaren
83 Energien und Wohnen befinden sich Genossenschaften auf dem Vormarsch.

84

85 Trotz ihrer Vorzüge und der steigenden Bedeutung ist die Zahl der Neugründungen von
86 Genossenschaften immer noch sehr gering – zumindest im Vergleich gegenüber anderen
87 Geschäftsformen. Dies liegt vor allem an den, zum Teil hohen, gesetzlichen Hürden und der
88 Unsicherheit seitens potentiellen Firmengründer*innen.

89

90 Diese Hürden wollen wir im Sinne einer nachhaltigen und am Gemeinwohl orientierten
91 Wirtschaftspolitik abbauen. Unser Ziel ist es, die Gründung von nicht an der
92 Gewinnmaximierung orientierten Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern.

93

94 Schaffung von Öffentlichkeit

95 Wir wollen den Bekanntheitsgrad und die Bedeutung des Genossenschaftsmodells als
96 Wirtschaftsform in der Gesellschaft stärken. Sowohl die negativen Assoziationen, die mit
97 Genossenschaften in der Gesellschaft verankert sind („bäuerlich“, „proletarisch“, „altbacken“,
98 „Sozialismus“, „DDR“, „Gemeinwirtschaft“), als auch dem geringen Bekanntheitsgrad wollen wir

99 mit einem breit angelegten Diskurs entgegen treten. Vor allem im Bereich der
100 Gründungsberatung wollen wir dafür sorgen tragen, dass sowohl Steuer- als auch
101 Unternehmensberatern das Genossenschaftsmodell bekannt ist und bei potentiellen
102 Unternehmensneugründungen explizit auch auf Genossenschaften eingegangen wird. Dies soll
103 gemeinsam mit dem Genossenschaftsverband geschehen, sodass eine möglichst umfassende,
104 rechtsformübergreifende Beratung stattfindet.

105

106 Weiterhin sollen die Lehrpläne an Schulen und Universitäten in ökonomischen Fächern
107 dahingehend erweitert werden, dass auch ethische Maßstäbe und Alternativen zur aktuellen
108 ökonomischen Maxime der Gewinnmaximierung aufgezeigt werden. An Schulen müssen vor
109 allem Grundlagen der Ökonomie von allen Seiten aus beleuchtet werden und neben den
110 „klassischen“ Planspielen (z.B. Planspiel „Börse“) auch Planspiele mit Schülergenossenschaften
111 durchgeführt werden.

112

113 **Wir fordern daher:**

114

- 115 • die Förderung der Bekanntheit des Modells der Genossenschaften durch (Weiter-) Bildungsveranstaltungen, sowie der Schaffung von Angeboten im Bereich der Schul- und Hochschulelehre
- 116
- 117
- 118 • den Ausbau der Beratungsangebote zu Genossenschaften
- 119 • die Erweiterung der Lehrpläne an Schulen und Universitäten um ethische Maßstäbe und alternativen zur klassischen ökonomischen Maxime der Gewinnmaximierung
- 120
- 121 • die Durchführung von Planspielen zu Schülergenossenschaften

122

123 Hürden abbauen – Gesetz novellieren

124 Neben den gesellschaftlichen Hemmnissen, die Genossenschaften immer noch anhaften, gibt
125 es durchaus auch rechtliche Hürden, welche die Gründung und auch den Betrieb von
126 Genossenschaften erschweren und Neugründungen verhindern können.

127 Die Prüfungsrichtlinien (Gründungsprüfung, gesetzliche Prüfungen, ...), denen
128 Genossenschaften unterworfen sind haben, ohne Zweifel, ihre Berechtigung und ergeben sich
129 aus der besonderen Schutzbedürftigkeit der handelnden Akteur*innen innerhalb der
130 Genossenschaft. Sie dienen zum Schutz für Mitglieder, als auch von Gläubigern. Allerdings
131 kann die finanzielle Belastung und die Häufigkeit der Pflichtprüfungen auch eine abschreckende
132 Wirkung haben.

133 Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass bei Genossenschaften mit vergleichsweise
134 geringen Bilanz- und Umsatzsummen die Anzahl der Pflichtprüfungen zu reduzieren und auch
135 auf Pflichtmitgliedschaften abzuschaffen. Gerade bei kleinen und Kleinstgenossenschaften ist
136 das Risiko für Mitglieder und Gläubiger vergleichsweise gering.

137 Wir wollen uns außerdem dafür einsetzen, dass Genossenschaften ab sofort dieselben
138 Möglichkeiten bekommen von den Fördermaßnahmen der KfW zu profitieren wie die
139 kapitalorientierten Wirtschaftsformen.

140 Wir fordern daher:

141

- 142 • die Erleichterung der Gründung von Genossenschaften durch gesetzliche Reformen, welche die Alleinstellungsmerkmale von Genossenschaften weiter betonen
- 143
- 144 • den Abbau von Hürden für den Betrieb von kleinen Genossenschaften
- 145 • die Einbindung von Genossenschaften in jegliche staatlichen Förderungen und Subventionen die auch den „klassischen“, kapitalorientierten Unternehmen zustehen

146

147 Modellprojekte schaffen – Forschung vorantreiben

148

149 Genossenschaften spielen heute vor allem im regionalen Bereich eine bedeutende Rolle. Mit
150 Wohngenossenschaften wird vor allem in urbanen Vororten bezahlbarer Wohnraum geschaffen
151 und im Bereich der erneuerbaren Energien lokale Windparks errichtet.

152

153 Über den regionalen Einsatz von Genossenschaften hinaus gibt es leider bis jetzt nur sehr
154 wenige Beispiele für große Projekte.

155 Diese Tatsache erfordert es, dass die Forschung im Bereich Genossenschaften generell, aber
156 auch vor allem im Bereich überregionaler Genossenschaften, die es mit ihrer Größe mit
157 Aktiengesellschaften mithalten können, weiter voran getrieben wird. Dazu ist es auch
158 notwendig, entsprechende Modellprojekte in diesem Bereich zu schaffen um die notwendigen

159

160 Erfahrungswerte zu erhalten.

161 Diese Erfahrungswerte schaffen dann die Grundlagen einer empirischen Forschungsarbeit im

162 Bereich der Genossenschaften, die vorausseilend im theoretischen Bereich ihre Fundierung

163 erhalten soll.

164 Anhand dieser Forschungen und der daraus resultierenden Ergebnisse können Konzepte

165 entwickelt werden, welche die Bereiche aufzeigen, in denen genossenschaftliches Wirtschaften

166 Sinn macht.

167

168 **Wir fordern daher:**

169

170 • den Ausbau der Forschung im Bereich von Genossenschaften in allen Bereichen, vor

171 allem im Bereich der überregionalen Genossenschaften

172 • die Schaffung von Modellprojekten, welche als Studien für die Tauglichkeit von

173 Genossenschaften im überregionalen Bereich dienen können

174 • die Entwicklung von Konzepten für einzelne, möglichst viele, Bereich, in denen

175 genossenschaftliches Wirtschaften sinnvoll nutzbar ist

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

Titel Neuregelung der Mehrwertsteuer

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Neuregelung der Mehrwertsteuer

1 Die heutige Mehrwertsteuer (auch: Umsatzsteuer) wurde 1968 mit dem Wandel der Allphasen-
2 Bruttoumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer eingeführt. Der Normalsatz betrug damals zehn
3 Prozent, der ermäßigte Satz fünf Prozent. Die Erhöhung des normalen Mehrwertsteuersatzes
4 durch die große Koalition auf 19 Prozent war bis dato die siebte und letzte Erhöhung. Der
5 ermäßigte Steuersatz beträgt aktuell sieben Prozent. Auf europäischer Ebene ist die
6 Umsatzsteuer durch die am 01. Januar 2007 in Kraft getretene Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie
7 (MwStSystRL) relativ einheitlich geregelt: Die Mitgliedsstaaten der EU können dabei den
8 Regelsatz mit einer Untergrenze von 15 Prozent und einer Obergrenze von 25 Prozent
9 festlegen. Daneben ist es möglich für bestimmte Waren- bzw. Leistungsgruppen reduzierte
10 Sätze zu erheben. Nach Maßgabe der EU-Richtlinie können einzelne Leistungsgruppen auch
11 ganz von der Mehrwertsteuer befreit werden. In Deutschland wird die Nullsatzregelung
12 beispielsweise in Bezug auf den internationalen Luft- und Seeverkehr angewandt. Arztbesuche,
13 Bankdienstleistungen und Mieten sind ebenfalls von der Mehrwertsteuer befreit.
14
15 Mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz sollten ursprünglich wichtige Güter des täglichen
16 Gebrauchs steuerlich geschont werden. In der Anlage 2 zu §12 Abs. 2 Nr. 1 und 2 UStG sind
17 die Güter aufgeführt, für welche in Deutschland der niedrigere Steuersatz gilt. Allerdings folgt
18 diese Auflistung keiner bestimmten Systematik. Die vielen Änderungen und Ergänzungen der
19 letzten 42 Jahre sind vielmehr das Ergebnis der Lobbyarbeit verschiedener Interessengruppen
20 bzw. sie dienten den regierenden Parteien dazu, Steuergeschenke für ihre jeweilige Klientel zu
21 machen. Dies konnte man zuletzt beim Beschluss des ermäßigten MwSt-Satzes für
22 Hotelübernachtungen auf Drängen der FDP beobachten. Das Ergebnis ist ein Waren- und
23 Dienstleistungs-Misch-Masch für welchen der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gilt, der unter
24 objektiven Gesichtspunkten für niemanden nachvollziehbar ist. So gelten beispielsweise
25 Schokolade oder Pornohefte als Güter des täglichen Bedarfs und werden nur mit dem
26 ermäßigten Satz besteuert, wohingegen Babywindeln und Arzneimittel der vollen Besteuerung
27 unterliegen. Lebensmittel werden mit sieben Prozent besteuert. Genauso Leitungswasser und
28 Tee. Für Mineralwasser gilt dagegen der Steuersatz von 19 Prozent. Pferde, einschließlich
29 reinrassiger Zuchttiere, werden steuerlich begünstigt, ebenso Maulesel und Maultiere. Esel
30 hingegen werden mit 19 Prozent besteuert.
31
32 Die Änderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte führten im Ergebnis zu einer Rechtslage,
33 welche dringend einer Korrektur bedarf. Aus diesem Grund fordern wir Jusos eine grundlegende
34 Überarbeitung des §12 UStG, sowie der Anlage 2. Dabei sind insbesondere auch sozial- und
35 familienpolitische Aspekte zu berücksichtigen. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz sollte dabei
36 neben Lebensmitteln und Hygieneartikel für Kleinkinder insbesondere auch auf Medikamente
37 und Arzneimittel, sowie den Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs ausgeweitet
38 werden. Weitergehende Ermäßigungen insbesondere auf Güter, welche nicht die
39 Grundbedürfnisse abdecken, bedürfen einer strengen Überprüfung. Damit soll dem
40 ursprünglichen Grundgedanken des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes, eben die steuerliche

41 Schonung von Gütern des täglichen Bedarfs, Rechnung getragen werden.

42

43 Für Luxusgüter (Konsumgüter, welche in der Anschaffung einen Preis von 50.000 Euro
44 übersteigen. Die Aufteilung eines Luxusguts in Einzelrechnungen soll verboten werden.) fordern
45 wir die Einführung eines erhöhten Mehrwertsteuersatzes in Höhe von 21 Prozent. Anders als im
46 Bereich der Einkommensteuer ist es bei der Mehrwertbesteuerung dem Konsumenten nicht
47 möglich, die Steuerlast durch Buchungstricks zu mindern. Und auch hier gilt: Starke Schultern
48 müssen mehr tragen als schwache. Mit einem erhöhten Mehrwehsteuersatz auf Luxusgüter
49 würde somit auch ein Beitrag zu einer gerechteren Besteuerung in Deutschland geleistet.

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Tonnagesteuer abschaffen!

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Tonnagesteuer abschaffen!

1 Wir fordern die Abschaffung der Tonnagesteuer. Die Höhe der Besteuerung von
2 Handelsschiffen soll zu-künftig nicht länger pauschal abhängig von der Nettoraumzahl des
3 Schiffes sondern lediglich herkömmlich durch Betriebsvermögensvergleich ermittelt werden.

4

5 Auch in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union muss die Abschaffung der
6 Tonnagesteuer angestrebt werden um eine Steuerharmonisierung zu erzielen und
7 Wettbewerbsnachteile zu beseitigen.

8

9 Die SPD hat sich für die Umsetzung dieser Forderungen einzusetzen.

10

11 **Begründung:**

12 Bei der Tonnagesteuer handelt es sich um keine eigenständige Steuer, sondern um eine
13 wählbare, besondere Gewinnermittlungsart.

14

15 Die Ermittlung des Gewinns der Schifffahrtsgesellschaft erfolgt bei Wahl der Tonnagesteuer
16 nicht wie bei der herkömmliche Gewinnermittlung (gemäß § 4 I oder § 5 EStG) durch
17 Betriebsvermögensvergleich, sondern pauschal anhand der Nettoraumzahl des
18 Handelsschiffes. Diese bemisst sich Größtenteils nach dem vorhandenen Rauminhalt. So heißt
19 es in § 5a EStG:

20

21 *„Der im Wirtschaftsjahr erzielte Gewinn beträgt pro Tag des Betriebs für jedes im internationalen
22 Verkehr betriebene Handelsschiff für jeweils volle 100 Nettotonnen (Nettoraumzahl) 0,92 Euro
23 bei einer Tonnage bis zu 1000 Nettotonnen, [...] 0,23 Euro für die 25000 Nettotonnen
24 übersteigende Tonnage“.*

25

26 Der so ermittelte Gewinn ist im Vergleich zur herkömmlichen Gewinnermittlung außerordentlich
27 gering was unmittelbar dazu führt, dass die Schifffahrtsgesellschaften weniger Steuern zu
28 entrichten haben.

29

30 Stehen dem Schifffahrtsunternehmen schlechte Jahre bevor und scheint das Schreiben von
31 Verlusten wahrscheinlich, so kann wieder auf herkömmliche Gewinnermittlung umgeschaltet
32 werden.

33

34 Dadurch erfolgt de facto eine staatliche Subventionierung der Schifffahrtsindustrie, die die
35 Entwicklung Deutschlands zum Billigflaggenland weiter forciert.

36

37 Nach offiziellen Zahlen der Bundesregierung betrug die Steuerersparnis der Reeder auf Grund
38 der Einführung der Tonnagesteuer im Zeitraum von 1999 bis 2008 zusammengerechnet in etwa
39 3,5 Milliarden Euro.¹

40

41 Im Hinblick auf die Herstellung von Steuergerechtigkeit und die verstärkte Entwicklung
42 Deutschlands zu einem Billigflaggenland scheint die Abschaffung der Tonnagesteuer
43 angebracht.

44

45 Das internationale Wettrennen um die Schaffung der günstigsten Bedingungen für die
46 Ansiedlung der Schifffahrtsgesellschaften muss demnach beendet werden.

47

48 1Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage – Drucksache 17/4088 – Frage 44

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Spekulationen an den Rohstoffmärkten
begrenzen

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Spekulationen an den Rohstoffmärkten begrenzen

1 Wir fordern folgende Regulierungsmaßnahmen durchzusetzen:

2

3 • Einführung Wirksamer Positionslimits: Der rein spekulative Handel mit Rohstoff-Futures
4 muss begrenzt werden.

5 • Institutionelle Anleger wie Versicherungen müssen vom Rohstoffgeschäft ausgeschlossen
6 werden. Dies gilt auch für den physischen Handel mit Rohstoffen.

7 • Publikumsfonds und Zertifikate für Rohstoffe müssen verboten werden.

8

9 **Begründung:**

10 Wird Essen teurer, entsteht Hunger. Finanzmarktspekulationen mit Nahrungsmitteln sind daher
11 unverantwortlich: Durch Wetten auf die Preisentwicklung von Agrarrohstoffen wie Mais oder
12 Weizen treiben Investmentbanken die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe. Sie sind
13 mitschuldig an der Hungerkrise der Welt. Ein Problem, das uns alle angeht: Für die Zockerei im
14 globalen Rohstoff-Kasino setzen Banken Geld ein, das wir in Lebensversicherungen oder
15 Pensionsfonds investieren.

16

17 Verlierer dieses Spekulationswahnsinns sind die Ärmsten dieser Welt, die nicht über das
18 Einkommen verfügen die gestiegenen Kosten für Weizen, Mais, Kakao etc. ausgleichen zu
19 können.

20

21 Diese Entwicklung gefährdet zudem das Millenniumsziel der Vereinten Nationen bis 2015 den
22 Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet zu halbieren.

23

24 Verlierer dieser Entwicklung sind auch die Bauern, denen es aufgrund der stark zunehmenden
25 Volatilität an den Märkten immer schwerer fällt vernünftige Preise für ihre Produkte zu
26 kalkulieren oder durch teure Kurs- und Preissicherungsgeschäfte in Bedrängnis geraten.

27

28 Weitere Verlierer dieser Entwicklung sind die Volkswirtschaften der G20-Staaten. Durch die
29 Spekulation am Öl-Markt steigt auch hier der Rohstoffpreis. Durch die Verteuerung von Öl,
30 gerade als Grundstoff für die chemische Industrie und damit wichtiger Rohstoff für viele
31 Alltagsprodukte wird es den amerikanisch/europäischen Staaten schwerer gemacht ihren
32 Wohlstand zu halten.

33

34 Den übrigen G20-Staaten wird so erschwert ihre Volkswirtschaften zu entwickeln und ihren
35 Wohlstand für die einfache Bevölkerung zu erhöhen. Dies erhöht tendenziell auch Bildung und
36 Einkommen in diesen Staaten und sorgt so gegen Armut, Krankheit und Hunger vor.

37

38